

Herausgegeben von | a cura di | dat ora da  
Günther Pallaver

# Politika 14

| Südtiroler Jahrbuch für Politik

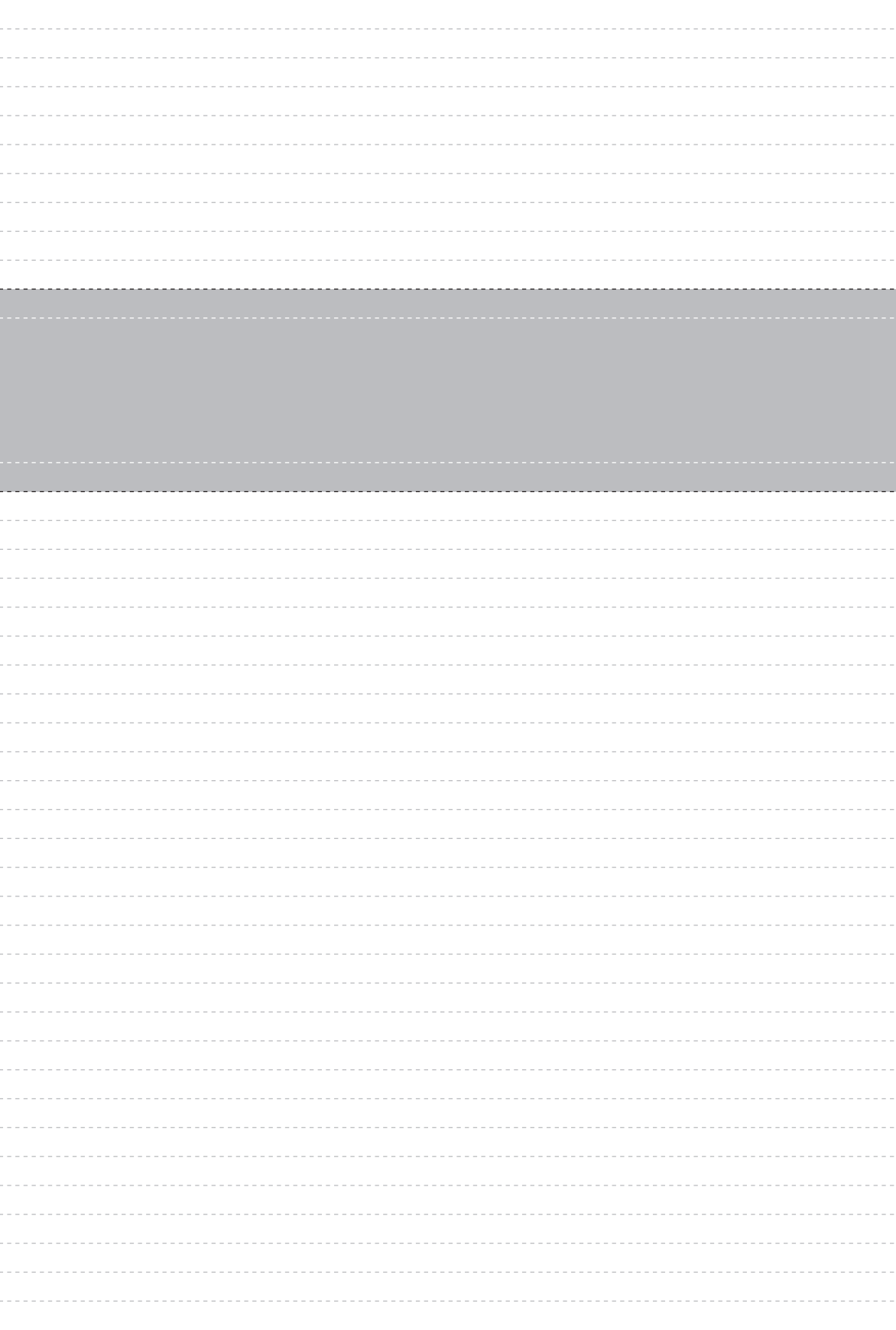
| Anuario di politica dell'Alto Adige

| Anuar de politica dl Südtirol

Die Ereignisse des Jahres | **Gli avvenimenti dell'anno**

Das Wahljahr 2013 | **L'anno delle elezioni 2013**

Politische Bildung | **Educazione politica**



# Politika14

| Südtiroler Jahrbuch für Politik  
| Anuario di politica dell'Alto Adige  
| Anuar de politica dl Südtirol

| Herausgegeben von – a cura di – dat ora da  
| Günther Pallaver

 politik

Edizione  
RAETIA

 Nomos

Gedruckt mit freundlicher Unterstützung der Autonomen Provinz Bozen – Südtirol  
sowie der Stiftung Südtiroler Sparkasse

Stampato con il sostegno della Provincia Autonoma di Bolzano – Alto Adige  
e della Fondazione Cassa di Risparmio

Stampà cun i contribuc dla Provinzia Autonoma de Bulsan – Südtirol  
y dla Fundazion Cassa dl Sparani

AUTONOME  
PROVINZ  
BOZEN  
SÜDTIROL



PROVINCIA  
AUTONOMA  
DI BOLZANO  
ALTO ADIGE



© Edition Raetia, © politika, Bozen 2014

Diese Ausgabe erscheint in Kooperation mit dem Nomos-Verlag.

Herausgegeben von politika – Südtiroler Gesellschaft für Politikwissenschaft

A cura di politika – Società di Scienza Politica dell'Alto Adige

Dat ora da Politika – Società de scienza politica de Südtirol

Grafisches Konzept | Concetto grafico | Cunzet grafich: Dall'O & Freunde

Übersetzung | Traduzione | Traduzion: Franco Grigoletto (Italienisch), Karin Comploj (Ladinisch),  
Cassandra Han (Englisch)

Druckvorstufe | Prestampa | Prestampa: Typoplus

Druck | Stampa | Stampa: Tezzele by Esperia

ISBN (Raetia) 978-88-7283-482-4

ISBN (Nomos) 978-3-8487-1455-1

[www.raetia.com](http://www.raetia.com)

[www.politika.bz.it](http://www.politika.bz.it)

## Politika14

<b>1. Editorial</b>	
<i>Günther Pallaver</i> .....	8
<b>2. Die Ereignisse des Jahres</b>	
<b>Gli avvenimenti dell'anno</b> .....	19
<b>3. Essay: Kritische Bewertung des Jahres 2013</b>	
<b>Saggio: Sintesi e interpretazione critica</b>	
<b>dell'anno politico 2013</b>	
<i>Isabella Cherubini: L'elettorato ha sempre ragione</i>	
<i>Die WählerInnen haben immer recht</i> .....	86
<b>4. Das Wahljahr 2013</b>	
<b>L'anno delle elezioni 2013</b>	
<i>Ulrich Ladurner: Vorwahlen als Nominierungsverfahren in der</i>	
<i>Parteienlandschaft Südtirols</i> .....	103
<i>Marco Angelucci: Tra astensionismo e protesta: le elezioni politiche</i> ....	135
<i>Hermann Atz/Günther Pallaver: Die Normalisierung Südtirols</i> .....	149
<i>Gernot Gruber: Zwei Landtagswahlen im Lichte der</i>	
<i>Meinungsforschung</i> .....	195
<i>Christoph Tauber: Kein Aufbrechen in Sicht – ethnisch fragmentierte</i>	
<i>Berichterstattung im Landtagswahlkampf 2013</i> .....	225
<i>Isabel Gallmetzer: Der Wahlkampf der Parteien im Internet</i> .....	257
<i>Ingo Dejaco: Wahlkampf plakativ</i> .....	283
<i>Greta Klotz: Parteien und Wahlen im Wandel</i> .....	319

## 5. Die Wahlen in den Nachbarregionen

### Le elezioni nelle regioni limitrofe

*Marco Brunazzo*: Il 2013 tra elezioni nazionali e provinciali in Trentino. Fine del bipolarismo? ..... 331

*Ferdinand Karlhofer*: Die Tiroler Landtagswahl 2013 ..... 353

*Claudius Wagemann*: Wiedergewonnene Stabilität oder fortgesetzter Umbruch? ..... 371

## 6. Außerhalb des Jahresthemas

### Altri temi

*Joachim Gatterer*: Randfiguren: Südtirols Landtagsabgeordnete der gesamtstaatlichen Parteien von 1948 bis 2013 ..... 391

*Harald Prosch*: Die Position der Südtiroler Volkspartei (SVP) zur Integration ausländischer StaatsbürgerInnen ..... 415

## 7. Politische Bildung

### Educazione politica

*Andrea Felis*: L'educazione politica/civica nelle scuole di lingua italiana dell'Alto Adige ..... 439

*Thomas Benedikter*: Die Sozialgenossenschaft POLITiS: ein neuer Ansatz für politische Bildung und Forschung ..... 463

*Elisabeth Alber*: Politik der Vielfalt – quo vadis? ..... 469

## 8. Rezensionen

### Recensioni

Federico Scarano: Tra Mussolini e Hitler – Le opzioni dei sudtirolesi nella politica estera fascista ( <i>Leopold Steurer</i> ) .....	479
Gerald Steinacher: Hakenkreuz und Rotes Kreuz. Eine humanitäre Organisation zwischen Holocaust und Flüchtlingsproblematik ( <i>Karl Heiden</i> ) .....	485
Giovanni Agostini: Eravamo la Dc. Memorie della classe dirigente democristiana in Trentino ( <i>Roberto Antolini</i> ) .....	493
Michael Gehler/Günther Pallaver (Hg.): Universität und Nationalismus. Innsbruck 1904 und der Sturm auf die italienische Rechtsfakultät Peter Goller/Georg Tidl: „Jubel ohne Ende!“ Die Universität Innsbruck im März 1938 Österreichische HochschülerInnenschaft (Hg.): Österreichische Hochschulen im 20. Jahrhundert. Austrofaschismus, Nationalsozialismus und die Folgen ( <i>Joachim Gatterer</i> ) .....	496

## 9. AutorInnen

<b>Autori</b> .....	500
---------------------	-----

## 1. Editorial

A series of horizontal dashed lines for writing.



## Vorwort

Der Politologe Ulrich Sarcinelli hat einmal geschrieben: „Wahlkämpfe sind Hochämter in der politischen Alltagsliturgie“. Wenn wir dieser Aussage folgen, so hat es im abgelaufenen Jahr 2013 gleich mehrere solcher Hochämter gegeben. Im Februar gab es vorgezogene Parlamentswahlen mit einem Sieger, der nicht gewonnen hat. Der Partito Democratico (PD) in einer Koalition mit anderen Mitte-links-Parteien, aber auch mit der SVP auf regionaler Ebene (Italia. Bene Comune) hat dank der Mehrheitsprämie in der Abgeordnetenkammer eine absolute Mehrheit der Sitze erzielt, nicht aber im Senat, weil im Gegensatz zur Kammer die Mehrheitsprämie im Senat nicht auf nationaler, sondern auf regionaler Ebene vergeben wird.

Das zweite elektorale Hochamt hat es im Oktober mit den Wahlen zum Südtiroler Landtag gegeben. Auch in diesem Falle gab es einen Wahlsieger, der nicht gewonnen hat. Erstmals in ihrer Geschichte seit den Wahlen von 1948 hat die Südtiroler Volkspartei (SVP) ihre absolute Mehrheit der Mandate verloren. Fünf Jahre zuvor hatte die SVP erstmals die absolute Mehrheit der Stimmen verloren, aber noch 18 von 35 Landtagsmandaten erzielen können.

Dazwischen hat es zwar keine weiteren Hochämter, aber doch weitere Alltagsliturgien gegeben. Sowohl für die Parlamentswahlen wie für die Landtagswahlen haben einige Parteien Vorwahlen durchgeführt, um ihre KandidatInnen „von unten“ zu bestimmen. Die SVP hat darüber hinaus erstmals mittels Vorwahlen auch ihren Landeshauptmannkandidaten parteiintern bestimmt. Aber nicht nur die SVP und der PD haben Vorwahlen durchgeführt, sondern auch die Grünen-Verdi-Vërc und die Bewegung 5 Stelle. Die Praxis der Vorwahlen scheint sich auch in Südtirol immer mehr durchzusetzen.

Beide Wahlgänge, jener zum Parlament und jener zum Landtag, haben für Überraschungen gesorgt. Die SVP hat bei den Parlamentswahlen weit besser abge-

schnitten als erwartet und in Umfragen vorhergesagt. Erstmals hat die SVP auch einen italienischen Senatskandidaten unterstützt, der vom PD vorgeschlagen worden war. Erstmals ist ein deutschsprachiger Abgeordneter ins römische Parlament gewählt worden, der nicht der SVP angehört. Und erstmals ist die deutschsprachige Mannschaft der Kammer zu 100 Prozent ausgetauscht worden.

Eine Zeitenwende hat es bei den Landtagswahlen gegeben. Auf den Verlust der absoluten Mehrheit der SVP ist bereits hingewiesen worden. Genauso eine Zäsur aber war der Umstand, dass Landeshauptmann Luis Durnwalder nach 25 Jahren als Regierungschef nicht mehr zur Landtagswahl angetreten ist und Arno Kompatscher den Regierungsstab übernommen hat. Ohne auf Details dieser letzten 25 Jahre eingehen zu können, kann in einem ersten Urteil gesagt werden, dass der Regierungsantritt Durnwalders mit Euphorie gefeiert worden war, während sein Ausscheiden aus der aktiven Politik von nicht wenigen, auch parteiintern, mit Erleichterung zur Kenntnis genommen wurde. Vereinzelt wurde aus SVP-Kreisen sogar öffentlich kritisiert, dass der Wechsel viel zu spät erfolgt sei.

Nach den Landtagswahlen von 2013 sind die italienischen Parteien mit so wenigen Abgeordneten wie noch nie im Landtag vertreten. Dies hat mit aller Wucht das immer fragiler werdende System der Konkordanzdemokratie evident gemacht, das die maximale Einbindung aller Sprachgruppen in die Entscheidungsfindungsprozesse vorsieht. Wenn der *disagio*, also das Unbehagen der ItalienerInnen weitergeschrieben werden muss, so liegt in der Unterrepräsentation dieser Sprachgruppe in der Landesregierung ein ganz wesentlicher Grund. Der Südtirol-Konvent, der laut Koalitionsprogramm von SVP und PD eingesetzt werden soll, um das Autonomiestatut zu reformieren, ist in dieser Frage besonders gefordert.

Gesamtstaatliche Entwicklungen haben auf Südtirols Parteienlandschaft erheblichen Einfluss. Der überraschende Wahlerfolg des Movimento 5 Stelle bei den Parlamentswahlen auf gesamtstaatlicher Ebene wie auch in Südtirol hat sich bei den Landtagswahlen nicht wiederholen können. Der wenn auch etwas gedämpfte Wahlerfolg von Scelta Civica bei den Parlamentswahlen hat nicht dazu geführt, dass wieder ein italienisches politisches Zentrum im Landtag vertreten ist. Einmalig für Italien dürfte auch der Umstand sein, dass die Partei Forza Italia keine Abgeordneten mehr im Landtag hat. Nachdem die Abgeordnete der Wahlkoalition Forza Alto Adige – Lega Nord – Team Autonomie Elena Artioli die Lega Nord nach den Wahlen verlassen hat, sind die beiden traditionellen Koalitionspartner Forza Italia und Lega Nord 20 Jahre nach Beginn der Ära Berlusconi aus dem Landtag ausgeschieden, wie überhaupt das Mitte-rechts-Lager fast völlig aufgerieben wurde.

Politik ist in der Demokratie immer von Zustimmung abhängig und öffentlich begründungspflichtig, bedarf insgesamt der demokratischen Legitimation. Diese erfolgt heute ganz wesentlich über die politische Kommunikation, da die Machthabenden ihre Entscheidungen in einem ständigen kommunikativen Rückkopplungsprozess mit den ihrer Macht Unterworfenen legitimieren müssen. Auch in dieser Hinsicht hat sich seit den letzten Landtagswahlen im Jahre 2008 ein Transformationsprozess weiter entwickelt, der die Neuen Medien immer stärker in den Mittelpunkt der Kommunikation gerückt hat.

Neben Beiträgen zu den Parlamentswahlen beschäftigt sich der Schwerpunkt dieser Ausgabe mit den Landtagswahlen – und im Rahmen dieses Themenkomplexes besonders mit unterschiedlichen Aspekten der politischen Kommunikation.

Nicht nur in Südtirol hat es im Laufe des Jahres 2013 Landtagswahlen gegeben, sondern auch im Trentino, in Nordtirol und in Bayern. Jedes dieser Länder wartet bei allen Gemeinsamkeiten und Unterschieden mit Besonderheiten auf. Im Trentino regiert ein Landeshauptmann, der nicht aus den Reihen der Mehrheitspartei stammt. In Südtirol hat die SVP ihre historische Mehrheit verloren und beginnt eine neue Ära mit einem neuen Landeshauptmann. In Tirol regiert erstmals eine schwarz-grüne Koalition, in Bayern hat die CSU ihre absolute Mehrheit wieder zurückgewonnen. Die Beiträge, die sich mit diesen Landtagswahlen beschäftigen, geben einen guten Einblick in die besonderen Dynamiken und in das Wahlverhalten dieser Länder.

Zum Abschluss sei allen Autorinnen und Autoren für die konstruktive und angenehme Zusammenarbeit gedankt, genauso wie den Subventionsgebern für ihre Unterstützung.

*Günther Pallaver*

*Präsident der Südtiroler Gesellschaft für Politikwissenschaft*

## Prefazione

Il politologo Ulrich Sarcinelli ha scritto: “Le campagne elettorali sono delle lezioni impartite nella liturgia quotidiana della politica”. Se prendiamo in considerazione questa affermazione allora nel corso del 2013 vi sono state numerose di queste lezioni. In febbraio si sono tenute le elezioni politiche anticipate con un vincitore che non ha vinto. Il Partito democratico (Pd), in coalizione con altri partiti del centro sinistra, ma anche alleato con la Svp a livello regionale (Italia. Bene comune), ha ottenuto, grazie al premio di maggioranza, la maggioranza assoluta nella Camera dei deputati, ma non al Senato, poiché diversamente dalla Camera dei deputati il premio di maggioranza al Senato non viene assegnato a livello nazionale, bensì a livello regionale.

La seconda lezione elettorale si è avuta in ottobre con le elezioni del Consiglio provinciale altoatesino. Anche in questo caso è emerso un vincitore che non ha vinto. Per la prima volta nella sua storia dalle elezioni del 1948 la Südtiroler Volkspartei (Svp) non ha ottenuto la maggioranza assoluta dei seggi. Cinque anni prima la Svp aveva perso per la prima volta la maggioranza assoluta dei voti, ma aveva comunque ottenuto 18 dei 35 seggi del Consiglio provinciale.

Nel frattempo non sono state impartite ulteriori lezioni ma vi sono state altre liturgie quotidiane. Sia per le elezioni politiche che per le elezioni provinciali alcuni partiti hanno effettuato le elezioni primarie, per determinare “dal basso” i loro candidati. Oltre a ciò la Svp per la prima volta ha eletto, attraverso le primarie, anche il proprio candidato alla carica di Presidente della Provincia.

Non solo la Svp ed il Pd hanno svolto le primarie, bensì anche i Verdi-Grünen-Vërc ed il Movimento 5 stelle. La logica delle elezioni primarie sembra affermarsi sempre più anche in Alto Adige.

Entrambe le tornate elettorali, quella per le elezioni politiche e quella per le elezioni provinciali, hanno riservato delle sorprese. In occasione delle elezioni politiche la Svp ha ottenuto un risultato molto migliore delle attese o di quanto era stato previsto dai sondaggi. Per la prima volta la Svp ha sostenuto anche un candidato di lingua italiana al Senato, che era stato proposto dal Pd. Per la prima volta è stato eletto al parlamento un deputato di lingua tedesca che non appartiene alla Svp. E per la prima volta la rappresentanza di lingua tedesca alla Camera è stata completamente cambiata.

In occasione delle elezioni provinciali si è verificata una vera e propria svolta epocale. Abbiamo già accennato alla perdita della maggioranza assoluta da parte della Svp. Un'analoga cesura è stata rappresentata dal fatto che il Presidente della Provincia, Luis Durnwalder, dopo venticinque anni a capo del governo provinciale, non si è più candidato alle elezioni provinciali e la guida della Giunta provinciale è stata assunta da Arno Kompatscher. Senza voler entrare nei dettagli di questi ultimi venticinque anni, in un primo giudizio si può affermare che l'entrata nella Giunta da parte di Durnwalder era stata salutata con euforia, mentre la sua uscita dalla politica attiva è stata accolta da non pochi, anche interni al partito, con sollievo. Singoli rappresentanti della Svp hanno espresso anche pubblicamente la critica che il cambio sia avvenuto con eccessivo ritardo.

Mai come in occasione delle elezioni provinciali del 2013 i partiti italiani hanno visto assottigliarsi il numero dei loro consiglieri. Questo risultato ha evidenziato con grande forza il fatto che la democrazia basata sulla concordanza, che prevede il massimo coinvolgimento di tutti i gruppi linguistici nei processi decisionali, sia ormai un sistema sempre più fragile. E se il disagio degli italiani è destinato a proseguire, un motivo molto importante per spiegare questo fenomeno deve essere individuato nella sottorappresentanza di questo gruppo linguistico nella Giunta provinciale. La convenzione per l'Alto Adige, che dovrebbe essere istituita in base al programma di coalizione siglato tra l'Svp ed il Pd per riformare lo statuto di autonomia, è particolarmente necessaria in relazione a questa questione.

Le evoluzioni verificatesi a livello nazionale hanno avuto una notevole influenza sul panorama partitico altoatesino. Il sorprendente successo elettorale ottenuto dal Movimento 5 stelle nelle elezioni politiche a livello nazionale, così come in Alto Adige, non si è potuto ripetere in occasione delle elezioni provinciali. Il seppur moderato successo elettorale di Scelta civica in occasione delle elezioni politiche non è bastato a far sì che una forza di centro italiana potesse ritrovare la propria rappresentanza nel Consiglio provinciale. Andrebbe inoltre considerato come un esempio unico a livello nazionale il fatto che il partito Forza Italia non abbia più

alcun rappresentante nel Consiglio provinciale. Dopo che la consigliera della coalizione elettorale composta da Forza Italia – Lega nord – Team autonomie ha lasciato la Lega in seguito alle elezioni, entrambi i tradizionali partner di coalizione rappresentati da Forza Italia e dalla Lega nord, venti anni dopo l’inizio dell’era Berlusconi, sono stati eliminati dal Consiglio provinciale, come d’altro canto è stato quasi completamente cancellato l’intero gruppo del centrodestra.

La politica nella democrazia dipende sempre dal consenso, deve ottenere una propria conferma pubblica, necessita nel suo complesso di una legittimazione democratica. Questa avviene oggi in maniera determinante attraverso la comunicazione politica, poiché coloro che detengono il potere devono legittimare le loro decisioni in un costante processo comunicativo di relazione con coloro che sono sottoposti al loro potere. Anche sotto questo punto di vista, rispetto alle ultime elezioni provinciali del 2008, si è ulteriormente sviluppato un processo di trasformazione che ha posto in maniera sempre più marcata i nuovi media al centro della comunicazione.

Oltre che di elezioni politiche, questa edizione si occupa principalmente delle elezioni provinciali e in particolare, all’interno di questo complesso tematico, sui diversi aspetti della comunicazione politica.

Nel corso del 2013 non si sono tenute elezioni provinciali solamente in Alto Adige, bensì anche nel Trentino, nel Tirolo del Nord ed in Baviera. In Trentino è stato eletto un Presidente provinciale che non proviene dalle fila del partito di maggioranza. In Alto Adige la Svp ha perso la sua storica maggioranza ed inizia una nuova era con un nuovo Presidente della Provincia. Nel Tirolo del Nord governa per la prima volta una coalizione composta dai democristiani e dai verdi. In Baviera la Csu ha riconquistato la sua maggioranza assoluta. I contributi che si occupano di queste elezioni provinciali consentono di avere un quadro complessivo delle particolari dinamiche e del comportamento elettorale di questi territori.

Per concludere vorrei esprimere il mio ringraziamento alle autrici ed agli autori per la loro costruttiva e positiva collaborazione, nonché a coloro che hanno sovvenzionato l’opera per il loro sostegno.

*Günther Pallaver*

*Presidente della Società di Scienza Politica dell’Alto Adige*

## Paroles danora

L politologh Ulrich Sarcinelli à scrit n iede: „La campanies liteles ie zeremonies solenes tla liturgia politica da uni di“. Sce tenion cont de chësta afermazion pona fovel tl ann 2013 permò passà merè n valguna de chësta zeremonies solenes. De fauré fovel veles per l Parlamënt tenides dant cun n prim che ne n’ à nia venciù. L Partito Democratico (PD) te na coalizion cun d’ autri partic de zënter-man ciancia, ma nce cun la SVP a nivel regionel (Italia. Bene Comune) à de gra ala premia de maiuranza arjont tla Majon di deputac la maiuranza assoluta, ma nia tl Senat ajache iló ne vën al cuntrer dla Majon di deputac la premia de maiuranza nia data a nivel nazional, ma regionel.

La segunda zeremonia solena ie stata de utober cun la veles dl Cunsëi provinzi-el de Bulsan-Südtirol. Nce te chësc cajo fovel n prim che ne n’ à nia venciù. Per l prim iede te si storia do la veles dl 1948 à la Südtiroler Volkspartei (SVP) perdù la maiuranza assoluta de si mandac. Dan cin ani ova la SVP perdù per l prim iede la maiuranza dla stimes, ma à mo pudù arjonjer 18 di 35 cunselieres tl Cunsëi provinziel.

Danterite ne fovel nia d’ altra zeremonies solenes, ma mpo n valguna zeremonies da uni di. Sibe per la veles dl Parlamënt che per chëles dl Cunsëi provinziel à n valgun partic fat veles danora, per numiné si candidac dala bassa. La SVP à sëuraprò, per l prim iede, nce lità internamënter l candidat a presidënt dla provinzia tres veles danora. Ma nia mé la SVP y l PD à tenì lites danora, ma nce i Grünen-Verdi-Vërc y l muvimënt 5 Stelle. La logica dla veles danora semea che se bat tres for deplù nce te Südtirol.

Duta doves la veles, sibe chëles per l Parlamënt che chëles per l Cunsëi provinziel à purtà nuviteies nia aspitedes. La SVP à stlut ju bëndebò miec de coche n se l aspitava o de coche l fova unì dit danora tla nrescides pra la veles dl Parlamënt. Per

I prim iede à la SVP nce sustenì n candidat talian per l Senat de chël che l PD ova fat la pruposta. Per l prim iede iel nce unì lità tl Parlamënt n candidat dl Südtirol che ne fej nia pert dla SVP. Y per l prim iede ie la squadra dla Majon di deputac unida mudeda ora al 100%.

N mudamënt de n'era iel unì a se l dé pra la veles dl Cunsëi provinziel. La peruda dla maiuranza assoluta dla SVP ie bele unida mustreda su. Nce na zesur fova l fat che l presidënt dl Cunsëi provinziel Luis Durnwalder ne se à nia plu prejentà pra la veles dl Cunsëi provinziel do 25 ani che l ie stat a cë dl guviern y che Arno Kompatscher ie unì do. Zënza jì ite sun detail de chisc 25 ani passei, possen dî te n prim giudize che la tëuta dl pudëi de Durnwalder fova unida festejeda cun euforia y che ntant sce ie si fin dala politica ativa da nia puec, nce internamënter al partit, unida tëuta su sciche lascé ju n pëis. N pert iel tla SVP nce unì critigà publicamënter che l mudamënt ie unì a se l dé true massa tert.

Mo mei sciche do la veles dl Cunsëi provinziel dl 2013 ie i partic talians reprejentei da tan puec cunselieres tl Cunsëi provinziel. Chësc à mustrà su cun duta si forza coche l sistem dla democrazia dla concordanzas che vëija danora de tré ite l plu che la va ti pruzesc de abiné dezijions duta la grupes de rujenedes devënta for plu dëibl. Sce l *disagio*, l melvester di talians, dëssa jì inant pona ie una dla gaujes fundamenteles dessegur la sotrepräsentanza dla grupa de rujeneda tl Cunsëi provinziel. La Cunvenzion per l Südtirol che aldò dl program de coalizion dassova unì purteda ite danter SVP y PD per reformé l statut d'autonomia ie n chësc pont de gran bujën.

Svilups a nivel nazional à na gran nfluënza sun l mond di partic de Südtirol. L suzes che deguni se aspetova dl muvimënt 5 Stelle pra la veles dl Parlamënt a nivel nazional sciche nce te Südtirol ne n'ie nia unì a se l dé mo n iede pra la veles dl Cunsëi provinziel. L suzes de vela nce sce limità de Scelta civica pra la veles dl Parlamënt ne n'è nia purtà che l sibe inò reprejentà n zënter politich talian tl Cunsëi provinziel. Unich per la Talia dassëssel nce vester l fat che l partit Forza Italia ne n'è plu degun cunselier te Cunsëi provinziel. Do che la cunseliera dla coalizion de vela Forza Italia/Lega Nord/Team Autonomie à lascià do la veles la Lega Nord, ie i doi partner de coalizion tradizionalei Forza Italia y Lega Nord do 20 ani do l scumenciamënt dl'era Berlusconi tumei ora dal Cunsëi provinziel y perdrët ie la grupa zënter-man drëta belau morta ora defin.

Politica depënd te na democrazia for dal'apruzazion y ie da mutivé publicamënter, la se adrova dut ntëur na legitimazion democratica. Chësc suzed al didancuei dassënn tres la comunicazion politica, per l fat che chëi che ie al pudëi à da se lascé legitimé tresora si dezijions tres n prozes de cunfront comunicatif. Nce



n chësc cont se à dala ultima veles dl Cunsëi provinziel inant, dal ann 2008, svilupà inant n pruzes de mudamënt che mët i media nueves for plu y plu al zënter dla comunicazion.

Daujin a cuntribuc sun la veles dl Parlamënt ie l pont fundamentel de chësta edizion la veles dl Cunsëi provinziel - y n cont de chësta varietà de argumënc dantaldut i aspec defrënc dla comunicazion politica.

Nia mé te Südtirol fovel ntan l ann 2013 veles dl Cunsëi provinziel, ma nce tl Trentin, tl Tirol dl Nord y tl Paiern. Uniun de chisc raions à danter dut cie che n à unfat y nia nce si particulariteies. Tl Trentin iel n presidënt dl Cunsëi provinziel che ne vën nia dal partit de maiuranza. Te Südtirol à la SVP perdù si maiuranza storica y l mët man n'era nueva cun n presidënt dl Cunsëi provinziel nuef. Tl Tirol iel per l prim iede na coalizion fosch-vërda al pudëi, tl Paiern à la CSU davanià inò la maiuranza assoluta. I cuntribuc che se dà ju cun chësta veles di Cunsëies dà n bel cheder dla dinamiches particuleres y di cumpurtamënc de vela te chisc raions.

Ala fin iel da rengrazië duc i autores per la bona culaburazion, sciche nce i sustenidëures per si sustënies.

*Günther Pallaver*

*Presidënt dla Sozietà de scienza politica de Südtirol*



**2. Die Ereignisse des Jahres**  
**Gli avvenimenti dell'anno**

A series of horizontal dashed lines for writing.

# 2013: Die Ereignisse des Jahres

Zusammengestellt von Eva Fischer, Gebhard Platter, Jonas Werth, Thomas Ohnewein, Michele Bolognini, Greta Klotz, Harald Knoflach, Isabel Gallmetzer, Lukas Unterkofler, Giuseppe De Cesare, Arnold Sorg und Gabriele Di Luca. Redigiert von Joachim Gatterer

## Januar

**1. Januar.** Mauro Minniti (Popolo della Libertà, PdL) tritt offiziell von seinem Amt als Südtiroler Landtagspräsident zurück.

**5. Januar.** Landeshauptmann Luis Durnwalder (Südtiroler Volkspartei, SVP) und Landesrat Thomas Widmann (SVP) reisen für eine Woche nach Sri Lanka und in die Grenzregion Thailand/Myanmar, um Förderprojekte des Landes Südtirol zu besichtigen.

Die Südtiroler Grünen geben bekannt, bei den Parlamentswahlen vom 24./25. Februar auf der Liste der gesamtstaatlichen Partei Sinistra Ecologia Libertà (Sel) anzutreten. Der Journalist Florian Kronbichler wird als regionaler Kandidat für die Abgeordnetenkammer präsentiert. Italienweit tritt Sel im Bündnis mit dem Partito Democratico (PD) zur Wahl an.

**6. Januar.** Die SVP ermittelt ihre Kandidaten für die Parlamentswahl per Basiswahl unter den Parteimitgliedern. Albrecht Plangger, Renate Gebhard, Daniel Alfreider und Manfred Schullian werden dem Wahlergebnis entsprechend als Kandidaten für die Wahl zur Abgeordnetenkammer nominiert. Karl Zeller erreicht die Nominierung im Senatswahlkreis Meran-Vinschgau, Hans Berger jene für den Senatswahlkreis Brixen-Pustertal. Für den Senatswahlkreis Bozen-Unterland wurde im Vorfeld die Nominierung eines gemeinsamen Spitzenkandidaten mit dem PD beschlossen.

**10. Januar.** SVP und PD präsentieren den Verfassungsrechtler Francesco Palermo als gemeinsamen Kandidaten im Senatswahlkreis Bozen-Unterland.

# 2013: Gli avvenimenti dell'anno

Documentazione raccolta da Eva Fischer, Gebhard Platter, Jonas Werth, Thomas Ohnewein, Michele Bolognini, Greta Klotz, Harald Knoflach, Isabel Gallmetzer, Lukas Unterkofler, Giuseppe De Cesare, Arnold Sorg e Gabriele Di Luca  
Testo a cura di Joachim Gatterer

## Gennaio

**1 gennaio.** Mauro Minniti (Popolo della libertà, Pdl) dà ufficialmente le dimissioni dal suo ruolo di Presidente del Consiglio provinciale.

**5 gennaio.** Il Presidente della Provincia Luis Durnwalder (Südtiroler Volkspartei, Svp) e l'assessore Thomas Widmann (Svp) compiono un viaggio in Sri Lanka e nella regione di confine tra la Thailandia ed il Myanmar per visitare alcuni progetti di sviluppo sostenuti dalla Provincia di Bolzano.

I Verdi rendono noto che in occasione delle elezioni politiche che si svolgeranno il 24 e 25 febbraio si presenteranno con il partito Sinistra ecologia e libertà (Sel). Il giornalista Florian Kronbichler viene presentato come candidato di punta a livello regionale alla Camera dei deputati. A livello nazionale Sel si presenta alle elezioni con il Partito democratico (Pd).

**6 gennaio.** La Svp nomina i propri candidati alle elezioni politiche attraverso le elezioni primarie che vengono effettuate interrogando la base elettorale del partito. Nel corso delle primarie Albrecht Plangger, Renate Gebhard, Daniel Alfreider e Manfred Schullian risultano i candidati di punta del partito alle elezioni della Camera dei deputati. Karl Zeller ottiene la nomina a candidato al collegio senatoriale di Merano-Val Venosta, Hans Berger per il collegio senatoriale di Bressanone-Val Pusteria. Per il collegio senatoriale Bolzano-Bassa Atesina è stata decisa a priori la nomina di un candidato di punta comune assieme al Pd.

**10 gennaio.** La Svp ed il Pd presentano come candidato comune al collegio senatoriale Bolzano-Bassa Atesina il costituzionalista Francesco Palermo.

**12. Januar.** Die Parteivorsitzenden Richard Theiner (SVP), Pier Luigi Bersani (PD) und Franco Panizza (Partito Autonomista Trentino Tirolese, PATT) schließen in Rom offiziell ein Wahlbündnis für die Parlamentswahlen.

**14. Januar.** Hans Berger (SVP) tritt aufgrund seiner Parlamentskandidatur von seinen Ämtern in der Südtiroler Landesregierung zurück. Die Funktion des ersten Landeshauptmannstellvertreters wird Landesrat Richard Theiner (SVP) übertragen. Der SVP-Landtagsabgeordnete Arnold Schuler wird informell als Nachfolger Bergers in der Landesregierung bestätigt.

Die Südtiroler Landesregierung garantiert bis Ende Mai 2013 eine finanzielle Unterstützung der 121 Flüchtlinge aus den Krisengebieten Nordafrikas (Arabischer Frühling), die in entsprechenden Einrichtungen auf dem Gebiet der Provinz Bozen betreut werden. Die italienische Staatsregierung hatte die Notstandshilfe für Flüchtlinge zuvor mit Jahresende 2012 eingestellt.

Die Südtiroler Landesregierung beschließt für Jahresbeginn 2014 die Einführung eines „Gästebeitrags“ auf Ferienübernachtungen. Der Beitrag soll von Hotelierinnen und Gastwirten in Form eines Preisaufschlags von ihren Kunden eingehoben werden. Mit den Erlösen werden die örtlichen Tourismusverbände finanziert.

**15. Januar.** Der Südtiroler Landtag wählt Maurizio Vezzali (PdL) zum neuen Landtagspräsidenten. Er tritt die Nachfolge von Mauro Minniti (PdL) an, der mit 1. Januar von diesem Amt zurückgetreten ist.

**18. Januar.** Der Landtag verabschiedet mit Blick auf die Landtagswahlen im Oktober 2013 ein neues Wahlgesetz. Es enthält erstmals eine verpflichtende Frauenquote für die wahlwerbenden Parteien, eine Beschränkung der Wahlkampfkosten für alle Kandidaten und eröffnet Wahlberechtigten, die im Ausland ansässig sind, die Stimmabgabe per Briefwahl.

**23. Januar.** Der SVP-Landtagsabgeordnete Arnold Schuler wird wider Erwarten nicht zum Landesrat gewählt. Im ersten Wahlgang erhält Schuler nicht die notwendige Stimmenmehrheit im Landtag. Daraufhin zieht er seine Kandidatur zurück.

Der Regionalrat für Trentino-Südtirol verabschiedet eine neue Gemeindewahlordnung. Sie sieht für die nächsten Gemeinderatswahlen eine Verringerung der Gemeinderatsmandate sowie eine verpflichtende Frauenquote für die wahlwerbenden Parteien vor.

**12 gennaio.** Il presidente Richard Theiner (Svp), Pier Luigi Bersani (Pd) e Franco Panizza (Partito autonomista trentino tirolese, Patt) sottoscrivono ufficialmente a Roma un patto elettorale per le elezioni politiche.

**14 gennaio.** Hans Berger (Svp) in considerazione della sua candidatura alle elezioni politiche rassegna le dimissioni dai suoi incarichi nella Giunta provinciale altoatesina. La carica di primo vicepresidente della Giunta viene quindi assunta da Richard Theiner. Il consigliere Svp Arnold Schuler viene confermato ufficiosamente come successore di Berger in Giunta provinciale.

La Giunta provinciale garantisce sino alla fine di maggio 2013 il proprio sostegno finanziario ai 121 profughi provenienti dalle aree di crisi del Nord Africa (Primavera araba). I profughi vengono assistiti in apposite strutture esistenti in provincia di Bolzano. Il governo italiano ha abolito lo stato di necessità per i profughi già alla fine del 2012.

La Giunta provinciale altoatesina delibera che con l'inizio del 2014 venga introdotta una "tassa di soggiorno" sui pernottamenti turistici. Il contributo sarà incamerato dagli albergatori sotto forma di sovrapprezzo a carico dei loro clienti. Con il ricavato saranno finanziate le locali associazioni turistiche.

**15 gennaio.** Il Consiglio provinciale elegge Maurizio Vezzali (Pdl) alla carica di presidente. Prende il posto di Mauro Minniti che ha rassegnato le dimissioni il primo gennaio.

**18 gennaio.** Il Consiglio provinciale approva una nuova legge elettorale in relazione alle elezioni provinciali che si terranno nell'ottobre 2013. La nuova legge contiene per la prima volta una quota rosa obbligatoria per i partiti che concorrono alle elezioni, una limitazione delle spese elettorali per tutti i candidati e consente agli aventi diritto che risiedono all'estero di esprimere il loro voto per posta.

**23 gennaio.** Il consigliere Svp Arnold Schuler, contrariamente alle attese, non viene nominato assessore. Nella prima tornata di voti Schuler non ottiene la necessaria maggioranza dei voti in Consiglio provinciale. In seguito a questo risultato ritira la propria candidatura.

Il Consiglio regionale del Trentino-Alto Adige approva un nuovo regolamento per le elezioni comunali. Esso prevede per le prossime elezioni dei consigli comunali una riduzione dei mandati dei consiglieri comunali, così come una quota rosa obbligatoria per i partiti che prendono parte alle elezioni.

**24. Januar.** Die Freiheitlichen (F) reichen beim Oberlandesgericht Trient einen Rekurs gegen die Wahlliste der SVP für die anstehenden Parlamentswahlen ein. Ob des Wahlbündnisses mit PD und PATT stellen die Rekurseinbringer den Status der SVP-Liste als Repräsentantin einer staatlich anerkannten Minderheit in Frage. Der Antrag wird von der Wahlbehörde am Oberlandesgericht abgelehnt.

**25. Januar.** Die Mitglieder des Südtiroler Gemeindenverbands stellen ihrem Präsidenten Arno Kompatscher mittels Urabstimmung die Entscheidung frei, bei den Südtiroler Landtagswahlen im Oktober 2013 zu kandidieren.

Der Verwaltungsrat der Brennerautobahn AG beschließt, vor dem italienischen Staatsrat gegen ein Urteil des Verwaltungsgerichts Berufung einzulegen. Das Urteil sieht für die Ausschreibung der Konzession der Autobahnstrecke A22 eine EU-weite Ausschreibung vor.

**28. Januar.** Die Südtiroler Landesregierung beschließt, die von ihr gewährten Unterstützungen im Wohnbaubereich weiterhin nach Rangordnungen zu vergeben, in denen zwischen EU-Bürgern und Nicht-EU-Bürgern unterschieden wird.

Die Südtiroler Landesregierung beschließt, die Konzessionen für landeseigene Schutzhütten für eine dreijährige Laufzeit an Pächter zu vergeben.

**29. Januar.** Der Spitzenkandidat des PD bei den anstehenden Parlamentswahlen, Pier Luigi Bersani, signalisiert auf einer Wahlkampfveranstaltung in Padua Bereitschaft, über die Abschaffung von Privilegien der italienischen Sonderautonomien zu diskutieren. Die Äußerung sorgt für Reaktionen in den Südtiroler Lokalmedien.

**30. Januar.** Die Gesellschaft SE Hydropower zahlt erstmals 37,65 Millionen Euro an sogenannten Umweltgeldern aus. Die Gelder gehen an 22 Südtiroler Gemeinden, auf deren Gebiet sich Wasserressourcen der Energiegesellschaft befinden. Vertraglich ist eine Geldausschüttung im Dreijahresrhythmus für die kommenden 30 Jahre vorgesehen.

**31. Januar.** Die Staatsadvokatur (Rechtsvertreterin des Staates) beantragt vor dem Verfassungsgerichtshof die Prüfung der Finanzgebarung des „Sonderfonds“ von Landeshauptmann Luis Durnwalder. Eine erste Untersuchung war im Oktober 2012 von Robert Schülmers, Staatsanwalt am Rechnungshof in Bozen, wegen Verdachts auf zweckentfremdete Verwendung der Geldmittel des Sonderfonds eingeleitet worden. Gegen die angelaufene Untersuchung des Rechnungshofs hatte die Südtiroler Landesverwaltung umgehend vor dem Verfassungsgerichtshof interveniert.



**24 gennaio.** I Freiheitlichen presentano alla Corte d'appello di Trento un ricorso contro la lista elettorale presentata dalla Svp per le imminenti elezioni politiche. I ricorrenti contestano l'accordo elettorale della Svp con il Pd ed il Patt temendo che metta in dubbio lo status della lista della Svp come rappresentante di una minoranza riconosciuta a livello nazionale. La domanda viene respinta dalla Corte d'appello di Trento.

**25 gennaio.** I membri del Consorzio dei comuni altoatesini, con una votazione per alzata di mano, lasciano libertà di scelta al loro Presidente Arno Kompatscher in merito alla candidatura alle elezioni provinciali dell'ottobre 2013.

Il Consiglio di amministrazione dell'Autostrada del Brennero Spa decide di presentare ricorso al Consiglio di Stato avverso la sentenza del tribunale amministrativo. La sentenza prevede una gara a livello europeo per il bando di concorso della concessione dell'Autostrada A22.

**28 gennaio.** La Giunta provinciale di Bolzano decide di continuare ad assegnare i contributi da essa erogati nel settore dell'edilizia abitativa sulla base di graduatorie, nelle quali viene effettuata una distinzione tra cittadini dell'Unione europea ed extracomunitari.

La Giunta provinciale delibera di assegnare le concessioni dei rifugi di proprietà della Provincia a gestori esterni per un periodo di tre anni.

**29 gennaio.** Il segretario nazionale del Pd e candidato di punta alle imminenti elezioni politiche, Pier Luigi Bersani, esprime nel corso di una manifestazione elettorale a Padova la propria disponibilità a discutere in merito all'abolizione dei privilegi previsti per le autonomie speciali. L'affermazione provoca molte reazioni nei mass media locali altoatesini.

**30 gennaio.** La società SE Hydropower paga per la prima volta 37,65 milioni di euro, i cosiddetti "soldi per la tutela dell'ambiente". Il denaro viene distribuito a ventidue comuni altoatesini sul cui territorio si trovano risorse idroelettriche della società energetica. In base al contratto è prevista un'erogazione di denaro con cadenza triennale per i prossimi trenta anni.

**31 gennaio.** L'Avvocatura dello Stato (Rappresentanza giuridica dello Stato) richiede alla Corte costituzionale la verifica della gestione finanziaria del "fondo speciale" del Presidente della Provincia Luis Durnwalder. Una prima indagine era stata avviata da Robert Schülmers, procuratore regionale della Corte dei conti, a causa di un presunto utilizzo non conforme del denaro del fondo speciale. L'amministrazione provinciale aveva immediatamente fatto ricorso alla Corte costituzionale contro l'indagine avviata dalla Corte dei conti.

## Februar

**1. Februar.** Als Reaktion auf seine Äußerung vom 29. Januar erklärt Pier Luigi Bersani (PD) auf einer Wahlkampfveranstaltung in Mailand, im Falle seines Wahlsieges wolle er die Sonderautonomien Italiens nicht antasten.

Die italienische Arbeits- und Sozialministerin Elsa Fornero (parteilos) beginnt einen dreitägigen Südtirolaufenthalt in Bozen, in dessen Zentrum die Teilnahme an einer Tagung zum regionalen Zusatzrentenfonds Pensplan steht.

**4. Februar.** Auf einer Wahlkampfveranstaltung zu den Parlamentswahlen äußern die Bündnisparteien SVP, PATT und PD ihre Bestrebung, die Provinzialautonomien von Trient und Bozen ausbauen zu wollen. Auch Ministerpräsident Mario Monti gibt zeitgleich ein Bekenntnis zu Schutz und Ausbau der Sonderautonomien ab.

Mit Blick auf die Parlamentswahlen fordert der Südtiroler Unternehmerverband in einer öffentlichen Stellungnahme politische Maßnahmen zur Stärkung des Wirtschaftswachstums und zur Sicherung von Arbeitsverhältnissen.

**5. Februar.** Der Südtiroler Landtag wählt Elmar Pichler Rolle (SVP) zum neuen Landesrat. Pichler Rolle ersetzt Hans Berger (SVP), der am 14. Januar von seinem Amt als Landesrat zurückgetreten ist. Die Ressorts Bergers werden auf die Landesräte Pichler Rolle, Thomas Widmann (SVP) und Landeshauptmann Luis Durnwalder aufgeteilt.

In einem TV-Interview gibt die PdL-Parlamentskandidatin Michaela Biancofiore eine positive Bewertung der Südtirolpolitik Benito Mussolinis ab. Mussolini habe über Kanalisationsarbeiten die Hygienebedingungen vor Ort verbessert und dadurch Kinderleben gerettet.

Die Freiheitlichen (F) erklären in einer öffentlichen Aussendung wiederholt die Errichtung eines „Freistaates Südtirol“ zu ihrem politischen Ziel.

**7. Februar.** Südtiroler Lokalmedien berichten über einen Abhörskandal. In den Büros der Landesräte Michl Laimer, Hans Berger, Thomas Widmann und jenem von Landeshauptmann Durnwalder seien Hinweise auf installierte Abhörwanzen sichergestellt worden. Die Staatsanwaltschaft habe Ermittlungen zur Klärung des Verdachts aufgenommen.

## Febbraio

**1 febbraio.** Considerate le reazioni alla sua affermazione del 29 gennaio, Pier Luigi Bersani (Pd) dichiara, nel corso di una manifestazione elettorale a Milano, che nel caso di vittoria alle elezioni non intende toccare le autonomie speciali esistenti in Italia.

Durante un soggiorno di tre giorni in Alto Adige, la ministra del Lavoro e degli Affari sociali Elsa Fornero (indipendente) partecipa a Bolzano ad un convegno sul Fondo integrativo regionale “Pensplan”.

**4 febbraio.** Nel corso di una manifestazione elettorale per le elezioni politiche i partiti Svp, Pd e Patt, uniti in una coalizione elettorale, dichiarano il loro impegno a voler ampliare le autonomie provinciali di Trento e Bolzano. Anche il Presidente del Consiglio dei ministri Mario Monti dichiara il proprio impegno per la tutela e lo sviluppo delle autonomie speciali.

In vista delle elezioni politiche l'Assoimprenditori richiede pubblicamente l'adozione di misure politiche per il rafforzamento della crescita economica e per la sicurezza dei rapporti di lavoro.

**5 febbraio.** Il Consiglio provinciale elegge Elmar Pichler Rolle (Svp) alla carica di nuovo assessore. Pichler Rolle va a sostituire Hans Berger il quale il 14 gennaio ha dato le dimissioni dal suo ruolo di assessore provinciale. Le competenze di Berger vengono suddivise tra gli assessori Pichler Rolle, Thomas Widmann ed il Presidente della Provincia Luis Durnwalder.

Durante un'intervista televisiva la candidata alle elezioni politiche Michaela Biancofiore (Pdl) esprime una valutazione positiva sulla politica attuata da Benito Mussolini nei confronti dell'Alto Adige. Attraverso la realizzazione di lavori di canalizzazione, Mussolini avrebbe migliorato le condizioni igieniche e quindi salvato le vite dei bambini.

I Freiheitlichen nel corso di una trasmissione pubblica dichiarano più volte che il loro obiettivo politico è rappresentato da uno “Stato libero del Sudtirolo”.

**7 febbraio.** I media locali riferiscono di uno scandalo relativo alle intercettazioni. Negli uffici degli assessori Michl Laimer, Hans Berger, Thomas Widmann e in quello del Presidente Luis Durnwalder sarebbero state rilevate delle cimici atte alle intercettazioni. La procura della Repubblica avrebbe avviato delle indagini per far luce sulla questione.

**8. Februar.** Die Freiheitlichen fechten das geltende Wahlgesetz für die Parlamentswahlen vor dem Landesgericht Trient an. Sie erachten die 20 Prozent Sperrklausel für Minderheitenparteien, die nur in einer Region zur Wahl antreten, als nicht mit den Prinzipien des Minderheitenschutzes kompatibel, da die Regelung kleine Regionalparteien benachteilige. Der Rekurs wird abgewiesen.

Giorgio Holzmann (Fratelli d'Italia, ehemals PdL) reagiert auf die Äußerung Biancofiore vom 6. Februar und fordert die Wähler dazu auf, bei den anstehenden Parlamentswahlen nicht für den PdL zu stimmen.

**9. Februar.** In einem Presseinterview äußert sich Ministerpräsident Mario Monti (parteilos) positiv zur Südtirolautonomie. In außergewöhnlichen Krisenzeiten stünde allerdings die Einheit des Staates gegenüber den Sonderautonomien im Vordergrund.

**10. Februar.** Ein von der Regierung genehmigtes Referendum über die territoriale Angliederung der Gemeinden Feltre, Cesiomaggiore, Arsìe, Canale d'Agordo, Falcade, Gosaldo und Rocca Pietore an die Region Trentino-Südtirol scheitert am notwendigen Beteiligungsquorum (50 Prozent + eine Stimme). Von den 35 Prozent der Wahlberechtigten, die ihre Stimme abgeben hatten, stimmten mehr als 90 Prozent für die Abtrennung ihrer Gemeinden von der Region Venetien.

Über die Lokalmedien kritisieren die SVP-Parlamentskandidaten Daniel Alfreider und Karl Zeller die positiven Äußerungen von Ministerpräsident Mario Monti zur Südtirolautonomie, da diese mit der praktizierten Politik seiner Regierung nicht übereinstimmen.

Die Protestbewegung Movimento 5 Stelle (M5S) hält in Bozen eine Wahlkampfveranstaltung ab, an der Starkomiker Beppe Grillo teilnimmt.

**11. Februar.** Die Südtiroler Landesregierung ficht das italienische Finanzgesetz vor dem Verfassungsgerichtshof an, da es die Autonomieregelungen für Südtirol in mehreren Bereichen verletze.

**13. Februar.** Auf einer gemeinsamen Pressekonferenz von SVP und PD stellt der scheidende SVP-Parlamentarier Siegfried Brugger die Möglichkeit in Aussicht, im Sinne der Förderung des Zweitsprachenerwerbs in Südtirol auch das Südtiroler Autonomiestatut (Artikel 19) in dieser Hinsicht abzuändern.

**8 febbraio.** I Freiheitlichen impugnano la legge elettorale in vigore per le elezioni politiche davanti al tribunale di Trento. Essi considerano la clausola dello sbarramento del 20 per cento, imposto ai partiti che rappresentano minoranze e che si presentano in una sola regione, non compatibile con i principi della tutela delle minoranze poiché in questo modo la regolamentazione danneggerebbe i piccoli partiti regionali. Il ricorso viene respinto.

Giorgio Holzmann (Fratelli d'Italia, ex Pdl) reagisce alla dichiarazione della Biancofiore del 6 febbraio ed invita gli elettori a non esprimere il proprio voto a favore del Pdl in occasione delle imminenti elezioni politiche.

**9 febbraio.** Nel corso di un'intervista il Presidente del Consiglio dei ministri Mario Monti (indipendente) si esprime a favore dell'autonomia altoatesina ma sostenendo anche che, in tempo di eccezionale crisi, l'unità del Paese andrebbe posta in primo piano rispetto alle autonomie speciali.

**10 febbraio.** Un referendum approvato dal governo riguardo all'annessione territoriale alla Regione Trentino-Alto Adige dei comuni di Feltre, Cesiomaggiore, Arsìè, Canale d'Agordo, Falcade, Gosaldo e Rocca Pietore fallisce per il mancato raggiungimento del quorum (fissato al 50 per cento più un voto). Oltre il 90 per cento del 35 per cento degli aventi diritto che hanno espresso il proprio voto si è dichiarato a favore della separazione dei propri comuni dalla Regione Veneto.

Attraverso i media locali i candidati alle elezioni politiche della Svp Daniel Alfreider e Karl Zeller criticano le dichiarazioni a favore dell'autonomia del Presidente del Consiglio dei ministri Mario Monti, poiché queste non coinciderebbero con la politica praticata nel concreto dal suo governo.

Il movimento di protesta Movimento 5 stelle (M5s) organizza a Bolzano una manifestazione elettorale alla quale prende parte il comico Beppe Grillo.

**11 febbraio.** La Svp impugna la legge finanziaria statale davanti alla Corte costituzionale poiché, a suo giudizio, la legge violerebbe in vari punti le regolamentazioni dell'autonomia altoatesina.

**13 febbraio.** Nel corso di una conferenza comune di Svp e Pd il parlamentare Svp uscente, Siegfried Brugger, esprime la possibilità che per incentivare il bilinguismo in Alto Adige si possa modificare anche lo statuto di autonomia (articolo 19).

Die Landeshauptleute Südtirols und des Trentino einigen sich auf den 27. Oktober 2013 als gemeinsamen Wahltermin für die Landtagswahlen in den Provinzen Bozen und Trient.

**14. Februar.** Landesrat Christian Tommasini (PD) begrüßt den Vorschlag Siegfried Bruggers vom 13. Februar. Deutschsprachige Oppositionsparteien kritisieren Bruggers Vorschlag als Aushöhlung des Autonomiestatus.

**15. Februar.** SVP und PD stellen auf einer gemeinsamen Pressekonferenz in Aussicht, ein neues, „drittes“ Autonomiestatut für Südtirol ausarbeiten zu wollen.

**18. Februar.** Landeshauptmann Luis Durnwalder erklärt öffentlich, die Möglichkeit einer Strafanzeige gegen Staatsanwalt Robert Schülmers prüfen zu wollen. Schülmers habe im Rahmen seiner Recherchen zu Durnwalders Nutzung des Sonderfonds das Untersuchungsgeheimnis verletzt.

**21. Februar.** Der österreichische Außenminister Michael Spindelegger (ÖVP) wünscht sich im Interview mit einer Südtiroler Tageszeitung bei den anstehenden Parlamentswahlen ein starkes Mandat für die Südtiroler Volkspartei.

Lorenzo Dellai (Scelta Civica per Monti, ehemals Landeshauptmann der Provinz Trient) spricht sich in einem öffentlichen Statement für Wahrung und Ausbau der Sonderautonomien von Trient und Bozen aus.

Vor dem Hintergrund der laufenden Ermittlungen der Staatsanwaltschaft gegen Landeshauptmann Durnwalder bekunden mehrere Vertreter von Südtiroler Interessenverbänden über die Lokalmedien ihre Solidarität mit dem Landeshauptmann.

**22. Februar.** Der Parlamentswahlkampf in Italien endet mit letzten Großkundgebungen der wahlwerbenden Parteien.

Beim offiziellen Akt anlässlich der Eröffnung des Gerichtsjahres am Bozner Rechnungshof benennt Staatsanwalt Robert Schülmers die Existenz eines „ethischen Vakuums“ in der Südtiroler Landespolitik.

**24. Februar.** Am ersten Tag der italienischen Parlamentswahlen liegt die Wahlbeteiligung italienweit bei 55 Prozent. In Südtirol haben an diesem Tag 63,7 Prozent der Wahlberechtigten ihre Stimme abgegeben.

I presidenti provinciali dell'Alto Adige e del Trentino concordano sulla data del 27 ottobre per lo svolgimento delle elezioni provinciali nelle province di Bolzano e Trento.

**14 febbraio.** L'assessore Christian Tommasini (Pd) esprime il proprio plauso per la proposta avanzata da Siegfried Brugger il 13 febbraio. I partiti d'opposizione di lingua tedesca criticano la proposta di Brugger ritenendola uno svuotamento dello statuto di autonomia.

**15 febbraio.** Nel corso di una conferenza stampa la Svp ed il Pd dichiarano di voler elaborare un "terzo" statuto di autonomia per l'Alto Adige.

**18 febbraio.** Il Presidente della Provincia Luis Durnwalder dichiara pubblicamente di voler prendere in considerazione la possibilità di presentare una denuncia nei confronti del procuratore regionale della Corte dei conti Robert Schülmers. Nell'ambito delle indagini sull'utilizzo del fondo speciale da parte di Durnwalder, Schülmers avrebbe infranto il segreto d'ufficio.

**21 febbraio.** Nel corso di un'intervista alla "Südtiroler Tageszeitung" il ministro degli Esteri austriaco Michael Spindelegger (Övp) auspica che dalle imminenti elezioni politiche per il parlamento esca un forte mandato a favore della Svp.

Nel suo intervento ad una manifestazione pubblica Lorenzo Dellai (Scelta civica per Monti, Sc, già Presidente della Provincia di Trento) si esprime a favore della tutela e dello sviluppo delle autonomie speciali di Trento e di Bolzano.

In merito alle indagini in corso da parte della procura della Repubblica nei confronti del Presidente della Provincia Luis Durnwalder, numerosi rappresentanti di associazioni di categoria dichiarano attraverso i media locali la propria solidarietà al Presidente della Provincia.

**22 febbraio.** La campagna elettorale per le elezioni politiche italiane si conclude con le ultime grandi manifestazioni dei partiti in lizza.

Nel corso della cerimonia ufficiale di inaugurazione dell'anno giudiziario della Corte di conti di Bolzano, il procuratore regionale della Corte dei conti Robert Schülmers cita l'esistenza di un "vacuum" etico nella politica provinciale altoatesina.

**24 febbraio.** Il primo giorno delle elezioni politiche la partecipazione al voto a livello nazionale è del 55 per cento. In Alto Adige nella prima giornata ha votato il 63,7 per cento degli aventi diritto.

Im Gedenken an den Tod des Tiroler Freiheitskämpfers Andreas Hofer (gest. am 20. Februar 1810) veranstaltet der Südtiroler Schützenbund in Bozen und in zahlreichen Gemeinden des Landes die alljährlichen Gedenkkundgebungen.

**25. Februar.** Nach Schließung der Wahllokale um 15 Uhr wird am Abend das vorläufige Endergebnis der Parlamentswahlen bekannt gegeben. In Südtirol haben 82,1 Prozent der Wahlberechtigten ihre Stimme abgegeben. Aus dem Wahlkreis Trentino-Südtirol werden folgende zwölf Mandatare in die Abgeordnetenversammlung gewählt: Daniel Alfreider, Renate Gebhard, Mauro Ottobre, Albrecht Plangger, Manfred Schullian (SVP-PATT), Gianclaudio Bressa, Luisa Gnechchi, Michele Nicoletti (PD), Michaela Biancofiore (PdL), Lorenzo Dellai (Scelta Civica per Monti), Riccardo Fraccaro (M5S), Florian Kronbichler (Sel). In den drei Südtiroler Senatswahlkreisen werden Karl Zeller (SVP), Hans Berger (SVP) und Francesco Palermo (SVP-PD) gewählt.

**28. Februar.** Das Bozner Landesgericht verkündet das Urteil im Prozess der Staatsanwaltschaft gegen den ehemaligen Südtiroler Landesrat Michl Laimer (SVP) und Maximilian Rainer, den ehemaligen Direktor der Südtiroler Elektrizitätsaktiengesellschaft (SEL AG). Über ein gerichtliches Vergleichsverfahren wird Laimer zu einer Freiheitsstrafe von zwei Jahren und acht Monaten, Rainer zu einer Haft von zwei Jahren und sechs Monaten verurteilt; für beide Strafen besteht Antragsmöglichkeit um Ableistung in Form von Sozialdienst. Die Verurteilten werden ebenso von der zukünftigen Vergabe öffentlicher Ämter und jedweden Vertragsabschlüssen mit der öffentlichen Hand ausgeschlossen.

Gegen Laimer und Rainer war seit 2011 wegen Amtsmissbrauchs, Wettbewerbsbeeinflussung und Betrugs im Zuge der Vergabe von öffentlichen Konzessionen an Energiegesellschaften ermittelt worden.

Papst Benedikt XVI. beendet sein Pontifikat.

## März

**3. März.** Die nationale Tageszeitung „Il Fatto Quotidiano“ berichtet unter Bezugnahme auf die E-Mail-Korrespondenz des Staatsanwalts Robert Schülmers, Mitarbeiter des italienischen Staatspräsidenten hätten Schülmers informell dazu gedrängt, die laufenden Ermittlungen gegen Landeshauptmann Luis Durnwalder („Sonderfonds“) zugunsten Durnwalders einzuschränken.



In ricordo del combattente per la libertà del Tirolo Andreas Hofer (morto il 20 febbraio del 1810) la Lega degli Schützen sudtirolesi organizza manifestazioni celebrative a Bolzano ed in numerosi comuni della provincia.

**25 febbraio.** Dopo la chiusura dei seggi elettorali, alle ore 15, in serata viene reso noto il risultato provvisorio delle elezioni politiche. In Alto Adige ha preso parte alla tornata elettorale l'82,1 per cento degli aventi diritto. Nella circoscrizione elettorale del Trentino-Alto Adige vengono eletti i seguenti dodici deputati della Camera: Daniel Alfreider (Svp), Renate Gebhard (Svp), Mauro Ottobre (Patt), Albrecht Plangger (Svp), Manfred Schullian (Svp-Patt), Gianclaudio Bressa (Pd), Luisa Gneccchi (Pd), Michele Nicoletti (Pd), Michaela Biancofiore (Pdl), Lorenzo Dellai (Sc), Riccardo Fraccaro (M5s), Florian Kronbichler (Sel). Nelle tre circoscrizioni senatoriali vengono eletti Karl Zeller (Svp), Hans Berger (Svp) e Francesco Palermo (Svp-Pd).

**28 febbraio.** Il tribunale di Bolzano emette la sentenza nel processo istituito dalla procura della Repubblica contro l'ex assessore provinciale Michl Laimer e Maximilian Rainer, ex direttore della società altoatesina per la produzione di energia elettrica Sel Spa.

Attraverso una procedura processuale di conciliazione Laimer viene condannato ad una pena detentiva di due anni ed otto mesi, Rainer ad una detenzione di due anni e sei mesi; per entrambe le pene vi è la possibilità di affidamento ai servizi sociali. I condannati vengono inoltre esclusi dalla futura attribuzione di incarichi pubblici e dalla stipula di qualsiasi tipo di contratto con l'ente pubblico. A partire dal 2011 contro Laimer e Rainer furono avviate delle indagini per abuso d'ufficio, turbativa d'asta e truffa nel corso dell'assegnazione di concessioni pubbliche a società produttrici d'energia.

Papa Benedetto XVI conclude il proprio pontificato.

## Marzo

**3 marzo.** Il quotidiano nazionale "il Fatto Quotidiano" pubblica un articolo, utilizzando stralci della corrispondenza elettronica del procuratore regionale della Corte dei conti Robert Schülmers, in base al quale collaboratori del Presidente della Repubblica avrebbero esercitato informalmente delle pressioni al fine di limitare le indagini in corso a carico del Presidente della Provincia Luis Durnwalder, in merito al fondo speciale.

**4. März.** Der italienische Staatspräsident Giorgio Napolitano bestreitet in einer Aussendung zur Berichterstattung der Tageszeitung „Il Fatto Quotidiano“ den Vorwurf, das laufende Verfahren der Staatsanwaltschaft gegen Landeshauptmann Durnwalder sei von Mitarbeitern seines Stabs beeinflusst worden. Luis Durnwalder gibt parallel dazu bekannt, die kolportierten Anschuldigungen entsprächen nicht der Wahrheit.

Der langjährige Regionalpolitiker und ehemalige Landesrat Armando Bertorelle (Democrazia Cristiana, DC) stirbt im Alter von 93 Jahren in Bozen.

**5. März.** Die Staatsanwaltschaft nimmt gegen ihren Exponenten am Bozner Rechnungshof, Robert Schülmers, Ermittlungen wegen Verleumdung und Beleidigung des Staatspräsidenten auf.

**7. März.** Der Minister für Umweltangelegenheiten, Corrado Clini (parteilos), eröffnet in Bozen die 52. Sitzung des Ständigen Ausschusses der Alpenkonvention. Die Alpenkonvention ist ein völkerrechtliches Abkommen aus dem Jahr 1989, das acht Alpenländer sowie die EU ratifiziert haben. Ziel der Alpenkonvention ist die nachhaltige Entwicklung des Alpenraums und die Interessenvertretung der ortsansässigen Bevölkerung.

**11. März.** Der Staatsanwalt am Bozner Rechnungshof, Robert Schülmers, gibt die Ermittlungen über die Finanzgebarung des „Sonderfonds“ von Landeshauptmann Durnwalder ab. Schülmers erstattet ergänzend eine persönliche Strafanzeige gegen Durnwalder wegen Rufschädigung und deponiert eine Aufforderung bei der Staatsanwaltschaft, sie möge Ermittlungen gegen den Präsidenten des nationalen Rechnungshofes, Luigi Giampaolino, und dessen Generalstaatsanwalt, Salvatore Nottola, wegen des Verdachts auf Amtsmissbrauch aufnehmen.

Der Obmann der Südtiroler Volkspartei, Richard Theiner, gibt öffentlich bekannt, an den parteiinternen Vorwahlen zur Ermittlung des SVP-Spitzenkandidaten für die Landtagswahlen vom Oktober 2013 teilzunehmen. Die Vorwahlen sind für den 21. April anberaumt.

**13. März.** Der amtierende Präsident des Südtiroler Gemeindenverbands, Arno Kompatscher, gibt bekannt, bei den parteiinternen Vorwahlen der SVP zur Ermittlung des Spitzenkandidaten für die Landtagswahlen gegen Richard Theiner anzutreten.

Jorge Mario Bergoglio wird in Rom zum 266. Papst der römisch-katholischen Kirche gewählt. Er gibt sich den Namen Franziskus.

**4 marzo.** Il Presidente della Repubblica Giorgio Napolitano contesta, in una nota, l'articolo del quotidiano "il Fatto Quotidiano" secondo il quale il procedimento in corso da parte della procura della Repubblica contro il Presidente della Provincia Luis Durnwalder sarebbe stato influenzato da collaboratori del proprio staff. Nel contempo Luis Durnwalder rende noto che le presunte accuse sono prive di fondamento.

Il politico regionale di lungo corso ed ex assessore Armando Bertorelle (Democrazia cristiana, Dc) muore a Bolzano all'età di 93 anni.

**5 marzo.** La procura della Repubblica avvia delle indagini contro il proprio esponente presso la Corte dei conti, Robert Schülmers, per calunnie ed offese nei confronti del Presidente della Repubblica.

**7 marzo.** Il ministro dell'Ambiente Corrado Clini (indipendente) inaugura a Bolzano la cinquantaduesima seduta della Conferenza permanente della Convenzione delle Alpi. La Convenzione delle Alpi è un accordo di diritto internazionale siglato nel 1989 da otto Paesi dell'arco alpino e ratificato dall'Unione europea. Obiettivo della Convenzione delle Alpi è lo sviluppo sostenibile dell'arco alpino e la rappresentanza degli interessi delle popolazioni ivi residenti.

**11 marzo.** Il procuratore regionale della Corte dei conti Robert Schülmers lascia le indagini riguardo al finanziamento del fondo speciale del Presidente della Provincia Luis Durnwalder. Schülmers presenta inoltre una denuncia personale contro Durnwalder per danno d'immagine e deposita una richiesta presso la procura della Repubblica affinché venga avviata un'indagine nei confronti del Presidente nazionale della Corte dei Conti Luigi Giampaolino e del suo procuratore generale Salvatore Nottola per presunto abuso d'ufficio.

Il Presidente della Svp Richard Theiner rende ufficialmente noto che prenderà parte alle primarie interne per la definizione dei candidati di punta della Svp alle elezioni provinciali che si svolgeranno nell'ottobre del 2013. Le primarie vengono fissate per il 21 aprile.

**13 marzo.** Il Presidente in carica del Consorzio dei comuni Arno Kompatscher rende noto di volersi confrontare con Richard Theiner alle primarie interne della Svp per la definizione dei candidati di punta alle elezioni provinciali.

Jorge Mario Bergoglio viene eletto a Roma 266° Papa della Chiesa cattolico-romana ed assume il nome di Francesco.

**18. März.** Die ehemalige Senatorin Helga Thaler-Außerhofer erklärt öffentlich, nicht als Kandidatin für die parteiinternen Vorwahlen der SVP zur Ermittlung des Spitzenkandidaten für die anstehenden Landtagswahlen zur Verfügung zu stehen. Thaler-Außerhofer war von Lokalmedien zuvor als potentielle Kandidatin gehandelt worden.

**22. März.** Vier Wochen nach Bekanntgabe des Ergebnisses der italienischen Parlamentswahlen erteilt Staatspräsident Giorgio Napolitano dem Parteivorsitzenden des Partito Democratico (PD), Pier Luigi Bersani, den Auftrag zur Regierungsbildung. Bersanis Parteienbündnis Italia. Bene Comune verfügt nur in der Abgeordnetenkammer über die notwendige Stimmenmehrheit. Für die Bildung einer Koalitionsregierung kündigt Bersani Gespräche mit der Protestbewegung Movimento 5 Stelle (M5S) an und schließt die Bildung einer Großen Koalition mit dem Popolo della Libertà (PdL) aus.

**23. März.** Auf dem Landesparteitag der Südtiroler Grünen legen Sepp Kusstatscher und Brigitte Foppa ihre Ämter als Parteisprecher nieder. Der Landtagsabgeordnete Riccardo Dello Sbarba wird zum neuen Parteisprecher bestimmt. Mit Blick auf die anstehenden Landtagswahlen beschließt die Landesversammlung per Urabstimmung, die Listenkandidaten über einen Vorwahlmodus zu bestimmen.

## April

**1. April.** Landesrat Elmar Pichler Rolle gibt bekannt, an der Basiswahl zur Bestimmung des Spitzenkandidaten der SVP für die anstehenden Landtagswahlen teilzunehmen. Arno Kompatscher und Richard Theiner hatten ihre Kandidatur bereits zuvor bekanntgegeben.

**2. April.** Richard Theiner zieht seine Kandidatur für die Besetzung des Spitzenkandidaten auf der SVP-Landtagsliste kurzfristig zurück. Theiner reagiert eigenen Angaben zufolge auf einen unangemessenen Diskussionsstil im Rahmen der Basiswahlkampagne, in der ihn sein Konkurrent Arno Kompatscher mit Silvio Berlusconi verglichen hatte.

Der ehemalige Landesrat und Landeshauptmannstellvertreter Remo Ferretti (Democrazia Cristiana, DC) stirbt im Alter von 76 Jahren in Bozen an den Folgen eines Schlaganfalls.

**4. April.** Lokalmedien veröffentlichen Umfrageergebnisse zur SVP-Basiswahl, die Richard Theiner geringe Siegchancen bescheinigt hätten. Kommentatoren sehen darin den entscheidenden Grund für Theiners Verzicht auf die Kandidatur als Spitzenkandidat.

**18 marzo.** L'ex senatrice Helga Thaler Ausserhofer dichiara ufficialmente di non essere disponibile a candidarsi per le primarie interne della Svp per la definizione dei candidati di punta alle imminenti elezioni provinciali. Thaler Ausserhofer era stata considerata una potenziale candidata dai media locali.

**22 marzo.** Quattro settimane dopo i risultati delle elezioni politiche il Presidente della Repubblica Giorgio Napolitano assegna al segretario del Pd Pier Luigi Bersani l'incarico di formare il governo. La coalizione di partiti denominata "Italia. Bene comune" guidata da Bersani dispone solamente alla Camera della necessaria maggioranza di seggi. Per la formazione di un governo di coalizione Bersani annuncia di avviare consultazioni con il movimento di protesta M5s ed esclude la formazione di una grande coalizione con il Pdl.

**23 marzo.** In occasione dell'assemblea provinciale del partito dei Verdi Sepp Kusstatscher e Brigitte Foppa presentano le loro dimissioni dal ruolo di portavoce. Il consigliere provinciale Riccardo Dello Sbarba viene eletto nuovo portavoce del partito. In merito alle elezioni provinciali l'assemblea provinciale del partito decide, per alzata di mano, di definire le liste dei candidati attraverso le primarie.

## Aprile

**1 aprile.** L'assessore Elmar Pichler Rolle rende noto di voler prendere parte alle primarie per la definizione del candidato di punta della Svp alle elezioni provinciali. In precedenza erano state presentate le candidature di Arno Kompatscher e di Richard Theiner.

**2 aprile.** Richard Theiner ritira la sua candidatura per la definizione del candidato di punta della Svp alle elezioni provinciali. Secondo quanto dichiarato da Theiner il suo ritiro dalla competizione è causato da un non appropriato confronto dialettico adottato all'interno della base elettorale del partito nell'ambito della campagna elettorale; il suo concorrente Arno Kompatscher lo aveva paragonato a Silvio Berlusconi.

L'ex assessore e vicepresidente della Giunta provinciale Remo Ferretti (Dc) muore all'età di 78 anni a Bolzano, in seguito ad un infarto.

**4 aprile.** I media locali pubblicano i risultati di un sondaggio effettuato all'interno della base elettorale della Svp, secondo il quale Richard Theiner avrebbe scarse possibilità di vittoria. I commentatori leggono in questo dato il fattore determinante per la rinuncia di Theiner a competere per la candidatura di punta del partito.

**9. April.** Der Regionalrat für Trentino-Südtirol entsendet Rosa Thaler (SVP), Alberto Pacher (PD) und Pino Morandini (PdL) zur Wahl des Staatspräsidenten, die für den 18. April in Rom anberaumt ist. Der Staatspräsident wird nach Ablauf einer siebenjährigen Amtszeit von den Mitgliedern der Abgeordnetenversammlung, des Senates und von Vertretern aus den Regionalräten in gemeinsamer Sitzung gewählt.

Martina Ladurner (SVP) übernimmt offiziell das Landtagsmandat von Hans Berger (SVP). Berger war bei den Parlamentswahlen vom 24./25. Februar in den Senat gewählt worden.

**10. April.** Der 14. Dalai Lama nimmt im Rahmen eines Festaktes in Bozen den „Minderheitenpreis des Landes Südtirol“ entgegen. Die Südtiroler Landesregierung hatte die Preisvergabe am 5. Februar angekündigt.

**12. April.** Die Süd-Tiroler Freiheit (SF) veranstaltet die Generalversammlung 2013 der Europäischen Freien Allianz (EFA) in Meran. An der Veranstaltung nehmen rund 150 politische Vertreter von Minderheiten und „Völkern“ aus Europa teil.

**15. April.** Die Südtiroler Landesregierung beschließt auf einer Sondersitzung, eine Neubewertung jener Konzessionen für Stromkraftwerke vorzunehmen, bei deren Vergabe die Südtiroler Energiegesellschaft SEL in Zusammenarbeit mit Landesrat Michl Laimer (SVP) das Vergabeverfahren widerrechtlich zu eigenen Gunsten beeinflusst hatte.

**16. April.** Landeshauptmann Luis Durnwalder bricht mit einer Delegation von Südtiroler Wirtschaftsvertretern zu einer mehrtägigen Reise nach Israel auf. Die Delegation wird Nazareth, Jerusalem und die Universität Haifa besuchen und sich dabei u. a. über die Themen Minderheitenschutz und Zusammenleben in Grenzgebieten informieren.

**17. April.** Der Untersuchungsausschuss des Südtiroler Landtags zur widerrechtlichen Vergabe von Stromkonzessionen an die SEL AG gibt, basierend auf laufenden Recherchen und Befragungen, bekannt, dass die SEL AG, gemessen an den getätigten Investitionen, bis dato bescheidene Gewinne erwirtschaftet habe.

Auf Antrag des Privatanzwalts von Luis Durnwalder wird die laufende Ermittlungsfrist zur Causa „Sonderfonds“ vom leitenden Voruntersuchungsrichter um sechs Monate verlängert. Ein Prozessbeginn ist somit erst nach den Landtagswahlen vom 27. Oktober möglich.

**9 aprile.** Il Consiglio regionale del Trentino-Alto Adige designa Rosa Thaler (Svp), Alberto Pacher (Pd) e Pino Morandini (Pdl) come propri rappresentanti all'elezione del Presidente della Repubblica fissata per il 18 aprile a Roma. Il Presidente della Repubblica al termine di un mandato settennale viene eletto dai membri della Camera, del senato e dai rappresentanti dei Consigli regionali riuniti in seduta comune.

Martina Ladurner (Svp) assume ufficialmente il mandato di consigliere provinciale di Hans Berger. Berger è stato eletto al senato nelle elezioni politiche tenutesi il 24 e 25 febbraio.

**10 aprile.** In occasione di una cerimonia tenutasi a Bolzano il Dalai Lama viene insignito del "Premio delle Minoranze della Provincia di Bolzano". La Giunta provinciale aveva annunciato l'assegnazione del riconoscimento il 5 febbraio.

**12 aprile.** La Süd-Tiroler Freiheit (Sf) organizza l'assemblea generale 2013 della Europäische Freie Allianz (Efa) a Merano. Prendono parte alla manifestazione circa cento-cinquanta rappresentanti politici di minoranze e di "popoli" europei.

**15 aprile.** Nel corso di una seduta straordinaria la Giunta provinciale decide di avviare una nuova valutazione delle concessioni per le centrali idroelettriche, nella cui assegnazione la Società energetica altoatesina Sel, in collaborazione con l'assessore provinciale Michl Laimer, aveva influito in maniera illecita a proprio favore nell'ambito del procedimento di attribuzione.

**16 aprile.** Il Presidente della Provincia Luis Durnwalder intraprende un viaggio di alcuni giorni in Israele con una delegazione di rappresentanti del mondo economico altoatesino. La delegazione visita Nazareth, Gerusalemme e l'Università di Haifa, creando anche l'occasione per uno scambio di esperienze in merito alla tutela delle minoranze e alla cooperazione nelle aree di confine.

**17 aprile.** In base alle ricerche e alle interrogazioni condotte, la commissione d'inchiesta del Consiglio provinciale in merito all'assegnazione illegale delle concessioni energetiche alla Sel Spa rende noto che la Sel Spa avrebbe ottenuto dei modesti profitti dagli investimenti effettuati sino ad ora.

Su richiesta dell'avvocato difensore di Luis Durnwalder il termine della scadenza delle indagini per la causa fondi speciali viene prolungato di sei mesi dal giudice per le indagini preliminari. L'inizio del processo sarà quindi possibile solamente dopo le elezioni provinciali del 27 ottobre.

Die Südtiroler Grünen präsentieren ihr Vorwahlkonzept zur Ermittlung der ersten sechs Listenkandidaten für die Landtagswahlen 2013. Wahlberechtigt sind alle in Südtirol ansässigen Personen, die das 16. Lebensjahr überschritten haben, unabhängig von ihrer Staatsangehörigkeit. Der Wahlmodus sieht neben einer persönlichen Stimmabgabe auch die Wahl via Internet vor.

**18. April.** Die Mandatare der Abgeordnetenkammer, des Senats und die Delegierten der 20 Regionen treten im Palazzo Montecitorio in Rom zusammen, um den 12. Staatspräsidenten der Republik zu wählen.

**20. April.** Die Obfrau der Freiheitlichen, Ulli Mair, wird von den Parteidelegierten des ordentlichen Parteitages für drei weitere Jahre in ihrem Amt bestätigt.

Giorgio Napolitano wird im sechsten Wahlgang zum 12. Staatspräsident Italiens gewählt. Napolitano wurde als Kompromisskandidat von den beiden Großparteien PdL und PD nominiert. Er ist der erste Präsident in der Geschichte der Republik, der für eine zweite Amtszeit gewählt wurde. Unmittelbar nach der Wahl Napolitanos legt Pier Luigi Bersani sein Amt als Vorsitzender des PD nieder und ebnet damit den Weg zu Koalitionsverhandlungen mit dem PdL.

**21. April.** Die Südtiroler Volkspartei hält ihre Basiswahl ab, um die Listenführer und die Bezirkskandidaten für die Landtagswahlen im Oktober zu ermitteln. Arno Kompatscher erhält dabei 82,4 Prozent der Mitgliederstimmen und wird als Spitzenkandidat der SVP nominiert.

**24. April.** Staatspräsident Giorgio Napolitano beauftragt Enrico Letta (PD) mit der Bildung einer neuen Regierung.

**25. April.** Im Rahmen der laufenden Sondierungsgespräche zur Bildung der Staatsregierung treffen Vertreter der SVP mit dem designierten Ministerpräsidenten Enrico Letta zusammen.

**28. April.** Enrico Letta wird von Staatspräsident Giorgio Napolitano als neuer Ministerpräsident Italiens vereidigt.



I Verdi altoatesini presentano il loro progetto di primarie per la definizione dei primi sei candidati della lista alle elezioni provinciali del 2013. Possono prendervi parte tutte le persone residenti in Alto Adige che abbiano compiuto 16 anni, indipendentemente dalla loro nazionalità. La modalità di voto prevede, oltre alla votazione di persona, anche il voto via internet.

**18 aprile.** I rappresentanti della Camera, del senato ed i delegati delle venti regioni si riuniscono a palazzo Montecitorio a Roma per eleggere il dodicesimo Presidente della Repubblica.

**20 aprile.** La segretaria provinciale dei Freiheitlichen Ulli Mair viene riconfermata nell'incarico ricoperto per ulteriori tre anni dai delegati del partito riuniti in assemblea ordinaria.

Al sesto scrutinio Giorgio Napolitano viene eletto dodicesimo Presidente della Repubblica. Napolitano è stato proposto come candidato di compromesso tra i due maggiori partiti (Pdl e Pd). È il primo Presidente nella storia della Repubblica ad essere eletto per un secondo mandato. Immediatamente dopo l'elezione di Napolitano, Pier Luigi Bersani rassegna le sue dimissioni da segretario del Pd ed apre la strada, in questo modo, alle trattative per la coalizione con il Pdl.

**21 aprile.** La Svp svolge le consultazioni nella propria base elettorale per definire i candidati di punta ed i candidati a livello comprensoriale alle elezioni provinciali di ottobre. Arno Kompatscher ottiene l'82,4 per cento dei consensi e viene nominato candidato di punta della Svp.

**24 aprile.** Il Presidente della Repubblica Giorgio Napolitano incarica Enrico Letta (Pd) di formare il nuovo governo.

**25 aprile.** In occasione dei sondaggi per la formazione del nuovo governo, i rappresentanti della Svp incontrano il Presidente del Consiglio designato Enrico Letta.

**28 aprile.** Enrico Letta presta giuramento davanti al Presidente della Repubblica Giorgio Napolitano quale nuovo Presidente del Consiglio dei ministri.

Bei den Landtagswahlen im Bundesland Tirol bleibt die Österreichische Volkspartei (ÖVP) mit 39,35 Prozent (16 Mandate) stärkste politische Kraft. SPÖ und FPÖ können ihre fünf bzw. vier Landtagsmandate des Jahres 2008 trotz Stimmenverluste halten. Die Grünen gewinnen ein fünftes Mandat hinzu. Die Liste „Vorwärts Tirol“, die sich vor der Wahl von der ÖVP abgespalten hatte, schafft mit vier Mandaten den Einzug in den Landtag.

## Mai

**1. Mai.** Am traditionellen Kampftag der internationalen Arbeiterbewegung halten auch die in Südtirol tätigen Gewerkschaftsbünde Veranstaltungen ab und fordern Maßnahmen zur Bekämpfung von Armut und Arbeitslosigkeit.

**2. Mai.** Die Südtiroler Gesellschaft für Politikwissenschaft ehrt Franz Thaler als politische Persönlichkeit des Jahres 2012. Thaler war 1944 wegen Wehrdienstverweigerung von Südtiroler Nationalsozialisten in das Konzentrationslager Dachau eingeliefert worden und hatte die schwere Lagerhaft bis Kriegsende 1945 überlebt. Durch die Veröffentlichung seiner Erinnerungen im Jahr 1989 hatte Thaler wesentlich zur Aufarbeitung der Südtiroler NS-Vergangenheit beigetragen.

**3. Mai.** Die Südtiroler Parlamentarierin Michaela Biancofiore (PdL) wird von Ministerpräsident Enrico Letta (PD) zur Unterstaatssekretärin für Chancengleichheit ernannt.

**4. Mai.** Ministerpräsident Letta zieht Unterstaatssekretärin Michaela Biancofiore vom Ressort Chancengleichheit ab und weist sie dem Ministerium für Öffentliche Verwaltung zu. Letta reagiert damit auf öffentliche Kritik an Biancofiore, der aufgrund mehrerer Aussagen latente Homophobie vorgeworfen worden war.

**6. Mai.** Der mehrfache italienische Ministerpräsident und Senator auf Lebenszeit Giulio Andreotti (Democrazia Cristiana, DC) stirbt im Alter von 94 Jahren in Rom. Andreotti hatte maßgeblich an den Verhandlungen um das Zweite Autonomiestatut für Südtirol mitgewirkt.

Die Süd-Tiroler Freiheit (SF) stellt eine Rechtsstudie des Innsbrucker Universitätsprofessors Peter Hilpold vor. Die SF interpretiert die von ihr in Auftrag gegebene Studie dahingehend, dass eine Sezession Südtirols von Italien aus völkerrechtlicher Sicht „nicht verboten“ sei.

In occasione delle elezioni regionali del Tirolo la Österreichische Volkspartei (Övp) con il 39,35 per cento dei voti (16 seggi) si conferma la maggior forza politica. Spö ed Fpö nonostante il calo di consensi, riescono a conservare rispettivamente i loro cinque e quattro seggi ottenuti nelle precedenti elezioni del 2008. I Verdi conquistano un quinto seggio. La lista Vorwärts Tirol, che si era scissa dalla Övp prima del voto, ottiene con quattro seggi l'entrata nel Consiglio regionale del Tirolo.

## Maggio

**1 maggio.** Nel giorno tradizionalmente dedicato al movimento internazionale dei lavoratori anche in Alto Adige le organizzazioni sindacali organizzano delle manifestazioni e chiedono misure per la lotta alla povertà ed alla disoccupazione.

**2 maggio.** La Società altoatesina di Scienze politiche rende omaggio a Franz Thaler come personalità politica del 2012. Per essersi rifiutato di servire nella Wehrmacht, Thaler è stato deportato nel 1944 dai nazisti sudtirolesi nel campo di concentramento di Dachau dove è rimasto sino alla fine del conflitto nel 1945. Con la pubblicazione delle sue memorie nel 1989 Thaler ha contribuito in maniera significativa all'elaborazione della storia nazista sudtirolese.

**3 maggio.** La parlamentare altoatesina Michaela Biancofiore viene nominata dal Presidente del Consiglio dei ministri Enrico Letta alla carica di sottosegretaria alle pari opportunità.

**4 maggio.** Il Presidente del Consiglio Enrico Letta toglie alla sottosegretaria Michaela Biancofiore la competenza del dipartimento per le pari opportunità e la assegna al ministero per la Pubblica amministrazione. In questo modo Letta reagisce alle pubbliche critiche rivolte alla Biancofiore; sulla base di sue numerose dichiarazioni, le viene infatti attribuita una latente omofobia.

**6 maggio.** Il più volte Presidente del Consiglio e senatore a vita Giulio Andreotti (Dc) si spegne a Roma all'età di 94 anni. Andreotti ha contribuito in maniera significativa alle trattative per il secondo statuto di autonomia dell'Alto Adige.

Il partito Sf presenta i risultati di uno studio giuridico commissionato al docente universitario di Innsbruck Peter Hilpold e ne estrapola la conclusione secondo cui una secessione dell'Alto Adige dall'Italia sotto il profilo della politica internazionale "non sarebbe vietata".

**7. Mai.** Die Freiheitlichen schließen ihren Landtagsabgeordneten Thomas Egger von der Kandidatenliste für die anstehenden Landtagswahlen im Oktober 2013 aus.

**8. Mai.** Die Junge Generation (JG) in der SVP stellt Philipp Achammer und Hans Christian Oberarzbacher als ihre Kandidaten auf der SVP-Liste für die Landtagswahlen vor. Beide Kandidaten wurden über organisationsinterne Vorwahlen ermittelt.

Der Südtiroler Landtag verabschiedet nach mehrmonatigen Debatten ein „Familiengesetz“, das diverse finanzielle Hilfeleistungen für Ehepaare mit Kindern vorsieht.

Der ehemalige Ministerpräsident Silvio Berlusconi (PdL) wird in Mailand wegen Steuerhinterziehung (Mediaset-Prozess) in zweiter Instanz zu vier Jahren Haft und fünfjährigem Ausschluss von allen öffentlichen Ämtern verurteilt. Berlusconi kündigt an, umgehend gegen das Urteil in dritter und letztmöglicher Instanz zu berufen.

**9. Mai.** Als Reaktion auf den Ausschluss Thomas Eggers von der Kandidatenliste der Freiheitlichen für die anstehenden Landtagswahlen tritt der Bezirksrat Wipptal der Freiheitlichen geschlossen zurück.

**11. Mai.** Die Südtiroler Grünen präsentieren 23 KandidatInnen, die bei den parteiinternen Vorwahlen zur Erstellung der Kandidatenliste für die Landtagswahlen antreten.

**13. Mai.** Der amtierende Bürgermeister von Bozen, Luigi Spagnolli (PD), gibt bekannt, bei den anstehenden Landtagswahlen nicht zu kandidieren, und sein Bürgermeisteramt bis zum Ende der laufenden Legislaturperiode im Jahr 2015 ausüben zu wollen.

**15. Mai.** Die Freiheitlichen präsentieren eine zweite Fassung ihres Entwurfs für die Errichtung eines „Freistaates Südtirol“. An der Ausarbeitung des Konzepts hat sich u. a. der Verfassungsrechtler Peter Pernthaler, Professor an der Universität Innsbruck, beteiligt.

**16. Mai.** Landeshauptmann Luis Durnwalder trifft in Rom Graziano Delrio (PD), Minister für regionale Angelegenheiten und Autonomien. Delrio bekräftigt, sich für eine rasche Besetzung der südtirolspezifischen Parlamentskommissionen (Sechser- und Zwölferkommission) einzusetzen. Ebenso verspricht Delrio den Erlass weiterer Durchführungsbestimmungen zur Ausgestaltung der Südtirolautonomie (u. a. im Bereich der Ortsnamengebung).

**7 maggio.** I Freiheitlichen escludono il loro consigliere provinciale Thomas Egger dalla lista dei candidati alle elezioni provinciali che si svolgeranno nell'ottobre 2013.

**8 maggio.** La Junge Generation (Movimento giovanile della Svp) propone Philipp Achammer e Hans Christian Oberarzbacher come candidati per la lista della Svp alle elezioni provinciali. Entrambi i candidati sono stati nominati attraverso elezioni primarie interne all'organizzazione.

Dopo vari mesi di discussione il Consiglio provinciale approva una “legge sulla famiglia” che prevede vari sostegni finanziari per le coppie con figli.

A Milano l'ex Presidente del Consiglio Silvio Berlusconi (Pdl) viene condannato in secondo grado a quattro anni di reclusione ed a cinque anni di interdizione da tutti i pubblici uffici per frode fiscale (processo Mediaset). Berlusconi presenta immediatamente ricorso contro la sentenza in un terzo ed ultimo grado di giudizio.

**9 maggio.** Come conseguenza dell'esclusione di Thomas Egger dalla lista dei candidati dei Freiheitlichen alle elezioni provinciali, il Consiglio di circoscrizione dell'alta Valle Isarco si ritira in blocco dai Freiheitlichen.

**11 maggio.** I Verdi altoatesini presentano ventitré candidati che prenderanno parte alle primarie per la definizione della lista dei candidati alle elezioni provinciali.

**13 maggio.** Il sindaco di Bolzano Luigi Spagnolli (Pd) rende noto che non si candiderà alle elezioni provinciali e che porterà a termine il proprio mandato di sindaco sino al termine della attuale legislatura nel 2015.

**15 maggio.** I Freiheitlichen presentano una seconda stesura del loro progetto per la creazione di uno “Stato libero del Sudtirolo”. Alla stesura del testo ha preso parte, tra gli altri, anche il costituzionalista Peter Pernthaler, docente all'Università di Innsbruck.

**16 maggio.** Il Presidente della Provincia Luis Durnwalder incontra a Roma Graziano Delrio (Pd), ministro per gli Affari regionali e le Autonomie. Delrio conferma il proprio impegno per una rapida costituzione delle commissioni parlamentari con specifiche competenze sull'Alto Adige (Commissione dei sei e dei dodici). Delrio promette, inoltre, l'emanazione di ulteriori norme di attuazione per la definizione dell'autonomia altoatesina (tra l'altro nell'ambito della toponomastica).

**17. Mai.** Die Regierung Letta verabschiedet ein erstes Dekret zur Wirtschaftsförderung. Es enthält Finanzmaßnahmen in Höhe von einer Milliarde Euro und gewährt Wohnungseigentümern für den Monat Juni einen Erlass der Immobiliensteuer IMU auf deren Erstwohnung.

**27. Mai.** Die Südtiroler Landesregierung präsentiert einen Gesetzesentwurf zur Einführung eines regionalen Bausparmodells. Dieses sieht eine Mindestkapitaleinbringung der Begünstigten in den regionalen Zusatzrentenfonds vor, wofür Darlehen zu günstigen Konditionen erworben werden können. Die Darlehen können von den Begünstigten sowohl in den Bau neuer Immobilien als auch in Kauf und Sanierung von Altwohnungen investiert werden.

**29. Mai.** Eine Delegation der Südtiroler Volkspartei unter Führung von Luis Durnwalder trifft in Rom mit Ministerpräsident Enrico Letta (PD) zusammen, um über die künftige Zusammenarbeit der Regierung mit der Südtiroler Landesverwaltung zu beraten. Beide Seiten geben bekannt, im Juli ein gemeinsames Maßnahmenpaket in Bozen zu präsentieren (siehe 5. August).

## Juni

**2. Juni.** Italien begeht den jährlichen Staatsfeiertag in Erinnerung an die Gründung der Republik (Referendum über die Staatsform, 1946). Aufgrund der angespannten wirtschaftlichen Situation des Landes wird in Rom erstmals eine verkürzte Militärparade abgehalten.

Landeshauptmann Luis Durnwalder regt in einem öffentlichen Statement an, in Südtirol eine eigene Schule für Kinder mit Migrationshintergrund einzurichten, in der paritätisch in deutscher und italienischer Sprache unterrichtet werden solle. Der Vorschlag stößt sowohl unter den Verfechtern wie unter den Gegnern eines mehrsprachigen Schulmodells aus unterschiedlichen Motiven auf Ablehnung.

**3. Juni.** Die Südtiroler Grünen eröffnen ihre offenen Vorwahlen zur Ermittlung der ersten sechs Listenkandidaten für die Landtagswahl 2013. Wie im April angekündigt, können sich Ortsansässige, die das 16. Lebensjahr vollendet haben, direkt oder via Internet bis zum 9. Juni an der Abstimmung beteiligen.

Die Süd-Tiroler Freiheit (SF) präsentiert ihre 35 Kandidaten für die Landtagswahl 2013 auf Schloss Maretsch.

**17 maggio.** Il governo Letta emana un primo decreto sull'incentivazione economica. Il decreto contiene misure finanziarie per un ammontare di un miliardo di euro e garantisce ai proprietari di alloggi entro il mese di giugno l'esenzione dal pagamento dell'imposta sugli immobili per la prima casa, Imu.

**27 maggio.** La Giunta provinciale presenta un disegno di legge sull'introduzione di un modello di risparmio regionale nel settore edile. Questo prevede un apporto minimo di capitale da parte dei beneficiari nel Fondo pensionistico integrativo regionale, per il quale possono essere richiesti dei mutui a condizioni agevolate. I mutui possono essere investiti dai beneficiari sia nella costruzione di immobili nuovi che nell'acquisto e nel risanamento di abitazioni già esistenti.

**29 maggio.** Una delegazione della Svp, guidata da Luis Durnwalder, incontra a Roma il Presidente del Consiglio Enrico Letta per discutere della futura collaborazione del governo con l'amministrazione provinciale. Entrambe le parti rendono noto che in luglio sarà presentato a Bolzano un pacchetto comune di misure (si veda il 5 agosto).

## Giugno

**2 giugno.** L'Italia celebra come di consueto la Festa nazionale in ricordo della fondazione della Repubblica (Referendum di riforma dello Stato, 1946). A causa della difficile situazione economica del Paese per la prima volta la parata militare a Roma si svolgerà in forma ridotta.

Il Presidente della Provincia Luis Durnwalder propone nel corso di una dichiarazione pubblica la costituzione in Alto Adige di una scuola a sé stante per bambini con background migratorio, nella quale le lezioni dovrebbero essere tenute pariteticamente in tedesco ed italiano. La proposta si scontra, per motivi diversi, con il rifiuto sia dei sostenitori che degli oppositori di un modello di scuola plurilingue.

**3 giugno.** I Verdi tengono le loro primarie aperte per la definizione dei primi sei rappresentanti di lista alle elezioni provinciali del 2013. Come annunciato in aprile possono prendervi parte, sino al 9 giugno, direttamente o via internet, persone residenti in provincia che abbiano compiuto 16 anni.

Il partito Sf presenta a Castel Mareccio i suoi trentacinque candidati alle elezioni provinciali 2013.

Der ehemalige SVP-Europaparlamentarier und Miteigentümer der Verlagsanstalt Athesia, Michl Ebner, wird vom Kammerrat der Handelskammer Bozen für weitere fünf Jahre als Präsident bestätigt.

**4. Juni.** Im Südtiroler Landtag konstituieren sich zwei neue Fraktionen. Thomas Egger tritt aus der Fraktion der Freiheitlichen aus und gründet die Fraktion „Wir-Südtiroler“. Elena Artioli ändert den Namen ihrer Fraktion von Lega Nord in „Lega Nord – Team Autonomie“.

Der SVP-Bezirksobmann des Wipptals, Christian Egartner, zieht seine Forderung nach einem Listenplatz auf der SVP-Liste für die Landtagswahlen zurück, da gegen ihn in einem laufenden Strafverfahren ermittelt wird.

**5. Juni.** Der Südtiroler Landtag beschließt auf Antrag der Fraktion der Grünen den öffentlichen Kapitalanteil der Provinz Bozen an der Fluggesellschaft Air Alps zu verkaufen. Air Alps stellt noch im selben Monat ihren Flugbetrieb ein. Die öffentliche Kapitalbeteiligung an der Fluggesellschaft und am Flughafen Bozen war seit Jahren Gegenstand teils heftiger Kontroversen.

**6. Juni.** Der Südtiroler Landtag verabschiedet auf Antrag der SVP-Fraktion ein Gesetz zur Neuregelung direktdemokratischer Entscheidungsmechanismen auf Provinzialebene. Die Oppositionsparteien und die außerparlamentarische „Initiative für mehr Demokratie“ lehnen das Gesetz ab und kündigen an, die Regelung per Referendum abändern zu wollen.

Die Süd-Tiroler Freiheit (SF) erinnert mit einer widerrechtlichen Verhüllungsaktion des Alpinidenkmals in Bruneck an den 75. Jahrestag von dessen Errichtung. Die SF sieht in dem Denkmal eine Verherrlichung des italienischen Faschismus und fordert seit Jahren den vollständigen Abbau des Monuments, welches nach mehreren Bombenanschlägen seit den 1970er-Jahren nur mehr als Torso existiert.

**8. Juni.** Ein regionaler Parteiableger der Gruppierung Scelta Civica (SC) um den ehemaligen Ministerpräsidenten Mario Monti gibt bekannt, bei den Südtiroler Landtagswahlen 2013 anzutreten. Südtiroler Spitzenvertreter der Partei sind die ehemalige Landesrätin Barbara Repetto (ehemals PD) und Paolo Berloff, Sohn des ehemaligen DC-Politikers Alcide Berloff.



L'ex europarlamentare Svp e comproprietario della casa editrice Athesia Michl Ebner viene riconfermato dal Consiglio camerale della Camera di commercio di Bolzano per ulteriori cinque anni alla carica di presidente.

**4 giugno.** Nel Consiglio provinciale si costituiscono due nuove fazioni. Thomas Egger si ritira dalla fazione dei Freiheitlichen e fonda la fazione Wir Südtiroler. Elena Artioli cambia il nome della sua fazione da Lega nord a Team autonomie.

Il Presidente del comprensorio Svp dell'alta Valle Isarco Christian Egartner ritira la sua richiesta di essere incluso nella lista dei candidati della Svp alle elezioni provinciali dato che nei suoi confronti sono in corso indagini nell'ambito di un procedimento penale.

**5 giugno.** Il Consiglio provinciale delibera, su richiesta del gruppo dei Verdi, di vendere la propria quota di capitale pubblico della società aerea Air Alps. Air Alps chiude la propria attività nel corso del mese. La partecipazione dell'ente pubblico al capitale della società aerea ed all'aeroporto di Bolzano era da anni oggetto di forti controversie.

**6 giugno.** Il Consiglio provinciale approva, su richiesta del gruppo Svp, una legge sulla nuova regolamentazione dei meccanismi decisionali della democrazia diretta a livello provinciale. I partiti d'opposizione ed il movimento extraparlamentare Iniziativa per più democrazia si oppongono alla legge ed annunciano di voler cambiare la regolamentazione attraverso una consultazione referendaria.

Il partito Sf ricorda con un'azione illegale di copertura del monumento di Brunico dedicato all'Alpino il settantacinquesimo anniversario della sua installazione. Il partito Sf identifica nel monumento un'esaltazione del fascismo e chiede da anni la completa rimozione del monumento che, dopo numerosi attentati negli anni '70, è ormai ridotto solamente ad un busto.

**8 giugno.** Una emanazione regionale del raggruppamento Sc, nato intorno all'ex Presidente del Consiglio Mario Monti, rende noto di volersi presentare alle elezioni provinciali dell'ottobre 2013. I rappresentanti di spicco a livello provinciale sono l'ex assessora Barbara Repetto (ex Pd) e Paolo Berloff, figlio dell'ex politico democristiano Alcide Berloff.

**10. Juni.** Die Südtiroler Grünen geben das Ergebnis der parteiinternen Vorwahlen bekannt. Laut Angaben der Veranstalter haben sich rund 1500 Personen an den Vorwahlen zur Ermittlung der ersten sechs Listenkandidaten beteiligt. Dem Wahlergebnis entsprechend werden Brigitte Foppa, Hans Heiss, Ricardo Dello Sbarba, Evelyn Gruber Fischnaller, Patrizia Trincanato und Tobias Planer als Listenkandidaten nominiert.

**11. Juni.** Nach einem gewalttätigen Übergriff von Jugendlichen mit Migrationshintergrund auf Söhne des Chefredakteurs der Tageszeitung „Dolomiten“, Toni Ebner, startet die entsprechende Zeitung eine umfassende Pressekampagne gegen gewalttätige Übergriffe im öffentlichen Raum. Die mehrwöchige Kampagne erfährt aufgrund ihrer Problemorientierung teilweise Zuspruch. Aufgrund des persönlichen Motivs des Initiators und des starken Zuschnitts der Kampagne auf Migranten wird sie von einigen Beobachtern abgelehnt.

**12. Juni.** Landeshauptmann Luis Durnwalder wird in Wien vom amtierenden Bürgermeister Michael Häupl (SPÖ) mit dem „Großen Goldenen Ehrenzeichen für Verdienste um das Land Wien“ ausgezeichnet.

**13. Juni.** Die Südtiroler Volksanwaltschaft feiert in den Räumlichkeiten des Südtiroler Landtages ihr 30-jähriges Bestehen. Die Einrichtung, die als Vermittler zwischen BürgerInnen und öffentlicher Verwaltung fungiert, wurde 1983 gegründet.

**14. Juni.** Landeshauptmann Luis Durnwalder folgt einer Vorladung an den Rechnungshof, wo er von Staatsanwältin Alessia de Gregorio im Rahmen der Ermittlungen zur Klärung der Ausgabengebarung seines „Sonderfonds“ befragt wird.

**18. Juni.** Die italienische Notenbank legt ihren regionalen Jahresbericht vor. Dem Bericht zufolge ist die Wirtschaftsleistung in der Region Trentino-Südtirol 2012 um zwei Prozent zurückgegangen. Staatsweit ist das Bruttoinlandsprodukt im selben Jahr um 2,4 Prozent gesunken.

**19. Juni.** Bei einem Treffen der Landeshauptleute von Südtirol und dem Trentino mit dem Minister für Transportwesen, Maurizio Lupi (PdL), sichert der Minister zu, dass die italienische Regierung weitere Gelder für den Bau des Brennerbasistunnels zur Verfügung stellen wird.

**20. Juni.** Die Föderalistische Union Europäischer Volksgruppen (FUEV) eröffnet in Brixen ihren 58. Kongress. Die FUEV ist eine Vereinigung europäischer Volksgruppen und verfolgt das Ziel, die Rechte von ethnischen Minderheiten zu stärken.

**10 giugno.** I Verdi rendono noto il risultato delle primarie interne al partito. Secondo quanto riportato dagli organizzatori, circa 1.500 persone hanno preso parte alle primarie per la definizione dei primi sei rappresentanti di lista. In base al risultato delle consultazioni i candidati nominati per la lista delle elezioni provinciali sono Brigitte Foppa, Hans Heiss, Riccardo Dello Sbarba, Evelyn Gruber-Fischnaller, Patrizia Trincanato e Tobias Planer.

**11 giugno.** Dopo una violenta aggressione perpetrata da giovani con background migratorio ai danni dei figli del capo redattore del quotidiano “Dolomiten” Toni Ebner, il giornale intraprende una campagna contro questi atti di violenza. La campagna portata avanti per varie settimane riscuote un certo sostegno. A causa del coinvolgimento personale del promotore e del forte taglio contro gli immigrati, la campagna viene avversata da alcuni osservatori.

**12 giugno.** Il Presidente della Provincia Luis Durnwalder viene insignito a Vienna dal sindaco Michael Häupl (Spö) della “Grande Croce d’Onore d’oro” per i propri servizi a favore del Land di Vienna.

**13 giugno.** La Difesa civica della Provincia celebra presso la sede del Consiglio provinciale i trenta anni della propria attività. Questo organo di garanzia, che svolge il ruolo di mediatore tra i cittadini e la pubblica amministrazione, è stato istituito nel 1983.

**14 giugno.** Il Presidente della Provincia Luis Durnwalder viene citato in giudizio presso la Corte dei conti dove viene interrogato dal pubblico ministero Alessia De Gregorio nell’ambito delle indagini per accertamenti sulle spese del suo fondo speciale.

**18 giugno.** La Banca d’Italia presenta la sua Relazione annuale regionale. In base alla Relazione la capacità economica della regione Trentino-Alto Adige nel corso del 2012 è calata del 2 per cento. A livello nazionale nello stesso periodo il prodotto interno lordo è calato del 2,4 per cento.

**19 giugno.** Nel corso di un incontro con i presidenti delle province di Bolzano e Trento, il ministro dei Trasporti Maurizio Lupi (Pdl) assicura che il governo italiano metterà a disposizione ulteriori fondi per la costruzione del Tunnel di base del Brennero.

**20 giugno.** L’Unione federale dei gruppi popolari europei (Föderalistische Union Europäischer Volksgruppen, Fuev) inaugura a Bressanone il suo cinquantottesimo congresso. La Fuev persegue l’obiettivo di rafforzare i diritti delle minoranze etniche.

**21. Juni.** Die Landesräte Thomas Widmann (SVP) und Roberto Bizzo (PD) stellen die „Südtirol Finance AG“ vor. Mit einer öffentlichen Kapitalausstattung von 250 Millionen Euro soll die Gesellschaft im Bereich der regionalen Wirtschaftsförderung aktiv werden.

Die österreichische Bundesministerin für Bildung und Kultur, Claudia Schmied (SPÖ), kündigt am Rande einer Ausstellungseröffnung in Meran an, sich für weitere Kooperationen zwischen Österreich und Südtirol in den Bereichen Kunst und Bildung einzusetzen.

**24. Juni.** Der ehemalige Ministerpräsident Silvio Berlusconi (PdL) wird in Mailand wegen Amtsmissbrauchs und sexuellen Kontakts mit Minderjährigen (Ruby-Prozess) erstinstanzlich zu sieben Jahren Haft verurteilt und von der Bekleidung öffentlicher Ämter lebenslang ausgeschlossen. Berlusconi kündigt an, umgehend Berufung gegen das Urteil einzulegen, das erst nach Verhandlung in dritter Instanz nicht mehr angefochten werden kann.

Der ehemalige Ministerpräsident und Senator auf Lebenszeit Emilio Colombo (DC) stirbt im Alter von 94 Jahren in Rom.

**25. Juni.** Landesrat Thomas Widmann (SVP) gibt bekannt, dass der Flugbetrieb am Flugplatz Bozen mit Ende des Monats durch die Schweizer Fluggesellschaft „Darwin Airlines“ wieder aufgenommen wird. Der Flugbetrieb der Gesellschaft Air Alps war im laufenden Monat Juni kurzfristig eingestellt worden.

In Meran übergibt Landeshauptmann Luis Durnwalder von der Provinzverwaltung finanzierte Neubauwohnungen an italienische Berufssoldaten. Im Gegenzug wird der Lokalverwaltung das Eigentum an freistehenden Kasernenarealen des italienischen Heeres übertragen. Im Jahr 2007 wurde das erste Tauschgeschäft dieser Art zwischen der Südtiroler Landesverwaltung und dem italienischen Außenministerium getätigt.

**26. Juni.** Infolge des Rücktritts von Ministerin Josefa Idem (PD) werden die Zuständigkeiten des Ressort Sport an Minister Graziano Delrio (PD) und Unterstaatssekretärin Michaela Biancofiore (PdL) übertragen.

**27. Juni.** Die Landtagsabgeordneten Maurizio Vezzali (PdL) und Alessandro Urzi (L'Alto Adige nel cuore) geben bekannt, bei den Landtagswahlen 2013 auf einer gemeinsamen Liste zu kandidieren.

**21 giugno.** Gli assessori Thomas Widmann e Roberto Bizzo (Pd) presentano la Alto Adige Finance Spa. Dotata di 250 milioni di euro stanziati dalla Regione, la società svolgerà la propria attività nel settore dell'incentivazione dello sviluppo economico dell'Alto Adige.

La ministra federale austriaca per la Formazione e la cultura Claudia Schmied (Spö) dichiara, a margine dell'inaugurazione di una mostra a Merano, di volersi impegnare per la realizzazione di ulteriori collaborazioni tra l'Austria e l'Alto Adige nei settori dell'arte e della formazione.

**24 giugno.** L'ex Presidente del Consiglio Silvio Berlusconi (Pdl) viene condannato in primo grado dal tribunale di Milano a sette anni di reclusione ed all'interdizione perpetua dai pubblici uffici per abuso d'ufficio e per concussione e prostituzione minorile (processo Ruby). Berlusconi annuncia il ricorso in cassazione contro la sentenza che oltre il terzo grado non può più essere impugnata.

L'ex Presidente del Consiglio e senatore a vita Emilio Colombo (Dc) muore a Roma all'età di 94 anni.

**25 giugno.** L'assessore Thomas Widmann rende noto che a fine mese riprenderà all'aeroporto di Bolzano il traffico aereo della società svizzera Darwin Airlines. L'attività aerea della società Air Alps è stata bloccata improvvisamente.

A Merano il Presidente della Provincia Luis Durnwalder consegna all'Esercito italiano i nuovi alloggi per militari costruiti dalla Provincia. L'amministrazione locale ottiene in cambio la proprietà di aree dismesse. La prima di queste permuta tra la Provincia di Bolzano ed il Ministero della Difesa è stata siglata nel 2007.

**26 giugno.** In seguito alle dimissioni della ministra Josefa Idem (Pd) le competenze dello sport passano al ministro Graziano Delrio ed alla sottosegretaria Michaela Biancofiore.

**27 giugno.** Il consigliere Maurizio Vezzali ed Alessandro Urzì (L'Alto Adige nel cuore) rendono noto che in occasione delle elezioni provinciali del 2013 si candideranno in una lista comune.

**28. Juni.** Der Präsident der Südtiroler Energiegesellschaft SEL AG, Wolfram Sparber, präsentiert die erste Jahresbilanz nach der gerichtlichen Verurteilung seines Amtsvorgängers Maximilian Rainer im Februar 2013. Mit einem Jahresumsatz von 528 Millionen Euro habe die SEL AG 2012 den höchsten Umsatz seit ihrer Gründung im Jahr 1998 erwirtschaftet.

## Juli

**1. Juli.** Movimento 5 Stelle (M5S) stellt im Kolpinghaus von Bozen seine Kandidatenliste für die Landtagswahlen vor. Sie umfasst 20 Exponenten aus allen drei Südtiroler Sprachgruppen.

Die Südtiroler Landesregierung kündigt an, Vertreter von Vereinigungen des öffentlichen Lebens zu einer Diskussionsrunde einzuladen, um über Maßnahmen gegen gewalttätige Übergriffe im öffentlichen Raum zu diskutieren („Sicherheitsgipfel“). Die Maßnahme gilt Beobachtern zufolge als direkte Reaktion auf die einschlägige Pressekampagne der Tageszeitung „Dolomiten“, die am 11. Juni gestartet worden war.

Die Süd-Tiroler Freiheit (SF) veröffentlicht das Ergebnis einer Meinungsumfrage, der zufolge 54 Prozent der Südtiroler eine Loslösung Südtirols von Italien befürworteten. Das Umfrageergebnis beruht auf einer Befragung von 700 Personen.

**3. Juli.** Zwei Spitzenexponenten des Gewerkschaftsbunds AGB/CGIL legen ihre Ämter nieder und präsentieren sich als Kandidaten für die Landtagswahlen 2013: Cornelia Brugger gibt ihre Kandidatur auf der Liste des Partito Democratico (PD) bekannt; Lorenzo Sola bestätigt, als Vertreter von Sinistra Ecologia Libertà (Sel) auf der Liste der Südtiroler Grünen zur Wahl anzutreten.

**4. Juli.** 60 PromotorInnen reichen im Südtiroler Landtag einen Antrag um Abhaltung eines Referendums ein, bei dem über die Abschaffung/Beibehaltung des Gesetzes zur Regelung direktdemokratischer Entscheidungsmechanismen abgestimmt werden soll. Die Promotoren rund um die außerparlamentarische Initiative für mehr Demokratie verfolgen das Ziel, das Landesgesetz vom 6. Juni 2013 abzuschaffen.

Die Süd-Tiroler Freiheit (SF) stellt auf einer Pressekonferenz die Modalitäten eines unabhängig durchzuführenden „Referendums“ vor, bei dem die Südtiroler Bevölkerung über die staatliche Zugehörigkeit Südtirols zu Italien entscheiden könne. Der Abstimmungsbeginn wird für September 2013 angekündigt. Kritiker weisen auf den gesetzlich unverbindlichen Charakter der Initiative hin, der de facto mit einer Meinungsumfrage gleichzusetzen sei.

**28 giugno.** Il Presidente della società altoatesina per l'energia Sel Wolfram Sparber presenta il primo bilancio annuale dopo la condanna giudiziaria del suo predecessore Maximilian Rainer, avvenuta nel febbraio 2013. Con un fatturato annuo di 528 milioni di euro la Sel Spa nel 2012 ha ottenuto il maggiore fatturato dalla sua fondazione, avvenuta nel 1998.

## Luglio

**1 luglio.** Il M5s presenta presso la Casa Kolping di Bolzano la lista dei suoi candidati alle elezioni provinciali. La lista comprende venti esponenti dei tre gruppi linguistici.

La Giunta provinciale annuncia di voler invitare i rappresentanti delle associazioni della società civile per discutere in merito all'adozione di una serie di misure contro il verificarsi di atti di violenza (vertice sulla sicurezza). La misura, secondo gli osservatori, è la diretta conseguenza dell'intensa campagna promossa l'11 giugno dal quotidiano "Dolomiten".

Il partito Sf pubblica i risultati di un sondaggio d'opinione in base ai quali il 54 per cento dei sudtirolesi appoggia la separazione dell'Alto Adige dall'Italia. Il sondaggio si basa sulle interviste a 700 persone.

**3 luglio.** Due esponenti di spicco del sindacato Cgil/Agb danno le dimissioni e si candidano alle elezioni provinciali del 2013. Cornelia Brugger si candida nella lista del Pd; Lorenzo Sola conferma di presentarsi alle elezioni provinciali quale rappresentante di Sinistra ecologia libertà (Sel) nella lista dei Verdi.

**4 luglio.** Sessanta promotori depositano presso il Consiglio provinciale una richiesta di referendum con cui la popolazione è chiamata ad esprimersi in merito al mantenimento/abolizione della legge che regola i meccanismi decisionali della democrazia diretta. I promotori raggruppati intorno all'Iniziativa per più democrazia si prefiggono l'obiettivo di abolire la legge provinciale approvata il 6 giugno 2013.

Nel corso di una conferenza stampa il partito Sf presenta le modalità di svolgimento di un "referendum" autogestito, con cui la popolazione altoatesina potrebbe decidere in merito all'appartenenza dell'Alto Adige all'Italia. L'inizio delle consultazioni viene annunciato per il mese di settembre 2013. I critici pongono l'accento sul carattere giuridicamente non vincolante dell'iniziativa che, di fatto, ha la stessa valenza di un sondaggio d'opinione.

**6. Juli.** Der Österreichische Nationalrat lehnt im Rahmen der Beschlussfassung zur Neuregelung der Staatsbürgerschaftsrechte mit breiter Mehrheit ab, italienischen Staatsbürgern aus Südtirol den Erwerb der österreichischen Staatsbürgerschaft zu ermöglichen. Für die Eröffnung einer Möglichkeit zum Erwerb der zweiten (österreichischen) Staatsbürgerschaft hatten sich zuvor vor allem die Süd-Tiroler Freiheit (SF) und einige Politiker der SVP eingesetzt.

**10. Juli.** Senator Claudio Zin (Movimento Associativo Italiani all'Estero, MAIE) wechselt von der Senatsfraktion Scelta Civica per l'Italia zur Fraktion Per le Autonomie. Letzterer Fraktion gehören u. a. die Senatoren der SVP an. Mit dem Tod des Senators auf Lebenszeit Emilio Colombo (ehemals DC) hatte die Fraktion am 24. Juni ihr zehntes Mitglied verloren. Bis zum Fraktionswechsel des gebürtigen Bozners Zin war die notwendige Mindestanzahl an Senatoren für die Aufrechterhaltung der Fraktion nicht mehr gegeben gewesen.

Landeshauptmann Luis Durnwalder trifft in Wien mit dem österreichischen Staatspräsidenten Heinz Fischer (SPÖ) zusammen. Beide Amtsträger versichern, sich trotz der Ablehnung der doppelten Staatsbürgerschaft für Südtiroler durch den Österreichischen Nationalrat weiterhin für die Umsetzung einer entsprechenden Gesetzesregelung einzusetzen.

**11. Juli.** Der Südtiroler Landtag verabschiedet mit knapper Mehrheit die letzten Artikel eines neuen Gesetzes zur Regelung von Flächennutzungsrechten („Raumordnung“). Die Regelung der Flächennutzung in Zusammenhang mit der Baupolitik der Landesverwaltung sorgt im Südtiroler Landtag seit einigen Jahren konstant für Kontroversen zwischen Regierungs- und Oppositionsparteien.

**12. Juli.** Die Südtiroler Grünen kündigen an, mittels Anfrage an die Südtiroler Landesregierung prüfen zu lassen, ob die Pressekampagne der Tageszeitung „Dolomiten“ gegen gewalttätige Übergriffe im öffentlichen Raum (siehe 11. Juni) gegen das Verfassungsprinzip des Diskriminierungsverbots verstößt.

Der Parteitag der Tiroler Landessektion der Freiheitlichen Partei Österreichs (FPÖ-Tirol) beschließt eine engere Zusammenarbeit mit den Südtiroler Freiheitlichen (F). Mitglieder der Südtiroler Freiheitlichen können in Zukunft auch Mitglied der FPÖ-Tirol werden und sich für Parteiämter bewerben. Der Sitz des Landesparteiobmanns der Südtiroler Freiheitlichen im Landesparteivorstand der FPÖ-Tirol wird vom Beobachterstatus zu einem Sitz mit Stimmrecht aufgewertet.



**6 luglio.** Nell'ambito della stesura della delibera per la nuova regolamentazione dei diritti di cittadinanza, il Consiglio di Stato austriaco respinge a larga maggioranza la proposta di consentire ai cittadini altoatesini di nazionalità italiana l'acquisizione della nazionalità austriaca. A favore dell'apertura di una possibilità di acquisizione della seconda cittadinanza (austriaca) si erano espressi in precedenza soprattutto il partito Sf ed alcuni esponenti politici della Svp.

**10 luglio.** Il senatore Claudio Zin (Movimento associativo italiani all'estero, Maie) passa dalla fazione dei senatori di Sc alla fazione Per le autonomie. Di quest'ultima fazione fanno parte, tra gli altri, i senatori della Svp. Con la scomparsa del senatore a vita Emilio Colombo la fazione aveva perso il suo decimo membro. Sino al passaggio del senatore Zin, bolzanino di nascita, non sussisteva il numero minimo di senatori necessario per il mantenimento della fazione.

Il Presidente della Provincia Luis Durnwalder viene ricevuto a Vienna dal Presidente della Repubblica austriaca Heinz Fischer (Spö). Entrambi assicurano, nonostante il rifiuto della concessione della doppia nazionalità per i sudtirolesi da parte del Consiglio di Stato austriaco, il loro impegno per la realizzazione di una corrispondente regolamentazione legislativa.

**11 luglio.** Il Consiglio provinciale licenzia, a stretta maggioranza, gli ultimi articoli della nuova legge per la regolamentazione dei diritti di utilizzo di superficie (urbanistica). La regolamentazione dell'utilizzo di superficie in relazione con la politica edilizia della Giunta provinciale rappresenta, da alcuni anni, un motivo di costante contrasto in seno al Consiglio provinciale tra i partiti di governo e l'opposizione.

**12 luglio.** I Verdi annunciano di voler verificare attraverso un'interrogazione alla Giunta provinciale se la campagna portata avanti dal quotidiano "Dolomiten" contro gli atti di violenza (si veda l'11 giugno) sia contraria al principio costituzionale di divieto di discriminazione.

L'assemblea della sezione tirolese del Freiheitlichen Partei Österreichs (Fpö Tirol) decide di avviare una più stretta collaborazione con i Südtiroler Freiheitlichen. In futuro i membri dei Südtiroler Freiheitlichen potranno essere iscritti al partito Fpö Tirol e concorrere a ricoprire incarichi all'interno del partito. Il seggio del segretario provinciale dei Südtiroler Freiheitlichen nella presidenza provinciale del Fpö Tirol passa dallo status di osservatore a quello di seggio con diritto di voto.

**14. Juli.** Ugo Rossi (Partito Autonomista Trentino Tirolese, PATT) wird nach offenen Vorwahlen innerhalb des Mitte-links-Parteibündnisses um den Partito Democratico (PD) zu dessen Spitzenkandidaten für die Landtagswahlen im Trentino nominiert. Die Landtagswahlen im Trentino finden zeitgleich mit jenen zum Südtiroler Landtag am 27. Oktober statt. Die Abgeordneten beider Landtage bilden gemeinsam den Regionalrat für Trentino-Südtirol.

**15. Juli.** Die Freiheitlichen (F) fordern in einer Aussendung den Rücktritt des SVP-Spitzenkandidaten für die Landtagswahlen, Arno Kompatscher, von seinem Amt als Präsident des Gemeindenverbandes. Die Freiheitlichen erblicken in der Kandidatur Kompatschers bei laufender Amtsführung einen Interessenskonflikt.

**16. Juli.** Die italienische Abgeordnetenkammer beschließt mit großer Mehrheit, die Regierung mit der Einsetzung einer paritätischen Fachkommission („Runder Tisch“) zu beauftragen. Sie soll im Streit um die offizielle Benennung der Südtiroler Orts- und Flurnamen eine Kompromisslösung zwischen den Interessen des Staates und der Provinz Bozen erarbeiten. Der Südtiroler Landtag hatte im September 2012 per Gesetz eine entsprechende Regelung verabschiedet, die von der italienischen Regierung umgehend vor dem Verfassungsgerichtshof angefochten worden war.

**20. Juli.** Der italienische Staatspräsident Giorgio Napolitano beginnt einen zweiwöchigen Urlaubsaufenthalt in Sexten.

**23. Juli.** Der Landtagsabgeordnete Andreas Pöder (BürgerUnion) und Alberto Pizzinini (Ladins Dolomites) geben bekannt, bei den anstehenden Landtagswahlen auf einer Gemeinschaftsliste zur Wahl anzutreten.

Die Initiative für mehr Demokratie beginnt mit der Sammlung von Unterschriften zur Beantragung einer Volksabstimmung über die Beibehaltung/Abschaffung des geltenden Landesgesetzes zur Regelung der direktdemokratischen Bürgerbeteiligung auf Provinzialebene (siehe 6. Juni). Die Initiative verfolgt das Ziel, bis September 2013 rund 8.000 Unterstützer zu mobilisieren.

**28. Juli.** Unterstaatssekretärin Michaela Biancofiore (PdL) kündigt in einem Interview mit der nationalen Tageszeitung „La Repubblica“ an, von ihrem Regierungsamts zurückzutreten, sollte Silvio Berlusconi im letztinstanzlichen Verfahren vor dem Kassationsgericht wegen Steuerbetrugs (siehe 8. Mai) verurteilt werden.

**14 luglio.** Nel corso delle elezioni primarie aperte nell'ambito della coalizione di centro-sinistra creatasi attorno al Pd, Ugo Rossi (Patt) viene nominato candidato di punta alle elezioni provinciali del Trentino. Le elezioni provinciali in Trentino si svolgeranno in contemporanea con quelle per l'elezione del Consiglio provinciale di Bolzano il 27 ottobre. I consiglieri di entrambi i consigli formano il Consiglio regionale del Trentino-Alto Adige.

**15 luglio.** Con un comunicato stampa i Freiheitlichen chiedono le dimissioni del candidato di punta della Svp alle elezioni provinciali, Arno Kompatscher, dal suo incarico di Presidente del Consorzio dei comuni. I Freiheitlichen identificano un conflitto d'interessi nella candidatura di Kompatscher mentre ricopre ancora una carica direttiva.

**16 luglio.** La Camera dei deputati delibera, a grande maggioranza, di incaricare il governo di insediare una commissione paritetica (tavola rotonda). La commissione ha il compito di identificare una soluzione di compromesso nella disputa in merito alla denominazione ufficiale della toponomastica provinciale tra gli interessi dello Stato e quelli della Provincia di Bolzano. Il Consiglio provinciale aveva approvato nel settembre 2012 una legge riguardante una relativa regolamentazione che era stata prontamente impugnata dal governo davanti alla Corte costituzionale.

**20 luglio.** Il Presidente della Repubblica Giorgio Napolitano trascorre una vacanza di due settimane a Sesto.

**23 luglio.** Il consigliere provinciale Andreas Pöder (BürgerUnion) ed Alberto Pizzinini (Ladins Dolomites) rendono noto che in occasione delle elezioni provinciali si candideranno in una lista comune.

L'Iniziativa per più democrazia inizia la raccolta di firme per la presentazione di un referendum per il mantenimento/abolizione della legge provinciale in vigore in materia di regolamentazione della partecipazione democratica diretta dei cittadini a livello provinciale (si veda il 6 giugno). L'Iniziativa ha l'obiettivo di mobilitare entro settembre 2013 circa 8.000 sostenitori.

**28 luglio.** La sottosegretaria Michaela Biancofiore (Pdl) annuncia in un'intervista con il quotidiano nazionale "la Repubblica" che darà le dimissioni dal proprio incarico di governo, nel caso in cui Silvio Berlusconi dovesse essere condannato in ultima istanza dalla Corte di cassazione per frode fiscale (si veda l'8 maggio).

## August

**1. August.** Das Urteil gegen den ehemaligen Ministerpräsidenten Silvio Berlusconi vom 8. Mai 2013 wird vom Obersten Gerichtshof in Rom in letzter Instanz teilweise bestätigt. Das Gericht sanktioniert die verhängte Haftstrafe von vier Jahren mit Möglichkeit zur Ableistung in Form von Sozialdienst oder Hausarrest. Das Urteil über einen fünfjährigen Ausschluss Berlusconis von öffentlichen Ämtern wird an ein Mailänder Gericht zur Begutachtung zurückgewiesen. Die erstmalige unwiderrufliche Verurteilung Berlusconis löst in der politischen Öffentlichkeit Italiens und in internationalen Medien heftige Reaktionen aus.

Martin Alber übernimmt von Philipp Achammer das Amt des Parteisekretärs der Südtiroler Volkspartei. Achammer ist im Mai von der Jungen Generation (JG) in der SVP als Kandidat für die Landtagswahlen nominiert worden.

**5. August.** Landeshauptmann Luis Durnwalder und Ministerpräsident Enrico Letta (PD) unterzeichnen in Bozen eine Absichtserklärung („Bozner Abkommen“), in der kurz- und mittelfristige Ziele genannt werden, welche die Südtiroler Landesverwaltung in Zusammenarbeit mit der italienischen Regierung zu erreichen gedenkt. Das Abkommen gilt als Signal für eine bessere Zusammenarbeit zwischen Staat und Provinz, nachdem das Verhältnis der Südtiroler Landesregierung zur Staatsregierung unter Ministerpräsident Mario Monti von Konflikten überschattet war.

**7. August.** Der Gewerkschafter Meinrad Mairl gibt die Gründung der Südtiroler Arbeitnehmerpartei (SAP) bekannt. Die SAP plant, bei den Südtiroler Landtagswahlen im Oktober mit einer eigenen Liste anzutreten.

**13. August.** Staatsanwalt Guido Rispoli beantragt die Eröffnung eines gerichtlichen Hauptverfahrens gegen den ehemaligen Landesrat Michl Laimer (SVP) und den ehemaligen Direktor der Energiegesellschaft SEL AG, Maximilian Rainer, wegen Verdachts auf widerrechtliche Vergabe von Kraftwerkskonzessionen an das Unternehmen Stein an Stein. Laimer und Rainer waren am 28. Februar in einem ersten Verfahren in ähnlicher Causa verurteilt worden.

**20. August.** Die Gesellschafter der Regionalfluglinie Air Alps geben die Liquidation ihres Unternehmens bekannt. Air Alps hatte den Flugbetrieb im Monat Juni eingestellt. Das 1998 gegründete Unternehmen war wegen der umfassenden Querfinanzierung durch die Südtiroler Landesverwaltung seit Jahren Gegenstand von Kritik.

## Agosto

**1 agosto.** La sentenza contro l'ex Presidente del Consiglio Silvio Berlusconi dell'8 maggio 2013 viene parzialmente confermata dal tribunale superiore di Roma in ultima istanza. Il tribunale sanziona la pena detentiva di quattro anni con la possibilità di affidamento ai servizi sociali o degli arresti domiciliari. La sentenza riguardante l'interdizione di Berlusconi per cinque anni dai pubblici uffici viene rinviata al tribunale di Milano per una rideterminazione della durata. La prima condanna definitiva di Berlusconi scatena nell'opinione pubblica italiana e nei media internazionali delle forti reazioni.

Martin Alber assume la carica di segretario della Svp subentrando a Philipp Achammer. Achammer in maggio è stato candidato dal movimento giovanile della Svp (Junge Generation) alle elezioni provinciali di ottobre.

**5 agosto.** Il Presidente della Provincia Luis Durnwalder ed il Presidente del Consiglio dei ministri Enrico Letta sottoscrivono a Bolzano una dichiarazione d'intenti (memorandum di Bolzano) nella quale vengono menzionati gli obiettivi, a breve e medio termine, che la Giunta provinciale intende raggiungere con il governo. L'accordo rappresenta un segnale verso una migliore collaborazione tra lo Stato e la Provincia, dopo che il rapporto della Giunta provinciale con il governo italiano era stato incrinato da alcuni conflitti durante il mandato di Mario Monti.

**7 agosto.** Il sindacalista Meinrad Mairl annuncia la fondazione del Südtiroler Arbeitnehmer Partei, Sap (Partito dei lavoratori sudtirolesi). Il Sap intende presentarsi con una propria lista alle elezioni provinciali di ottobre.

**13 agosto.** Il procuratore della Repubblica Guido Rispoli avvia un procedimento giudiziario contro l'ex assessore provinciale Michl Laimer e l'ex direttore della Sel Spa Maximilian Rainer, per presunta assegnazione illegale delle concessioni idroelettriche all'impresa Stein an Stein. Laimer e Rainer sono stati condannati il 28 febbraio in un primo procedimento di una causa analoga.

**20 agosto.** I soci della compagnia aerea regionale Air Alps rendono nota la liquidazione della propria impresa. Air Alps aveva chiuso la propria attività aerea nel mese di giugno. L'impresa fondata nel 1998 era da anni oggetto di critiche a causa del finanziamento incrociato da parte della Provincia di Bolzano.

Der italienische Ministerpräsident Enrico Letta (PD) trifft in Wien mit dem österreichischen Bundeskanzler Werner Faymann (SPÖ) zusammen. Am Rande des Treffens wird u. a. die aktuelle politische Situation in Südtirol besprochen.

**24. August.** Die Piratenpartei Südtirol gibt nach Abhaltung ihres Parteitages bekannt, nicht bei den anstehenden Landtagswahlen vom Oktober anzutreten.

**26. August.** Landeshauptmann Luis Durnwalder und Graziano Delrio (PD), Minister für regionale Angelegenheiten und Autonomien, geben bekannt, eine Einigung hinsichtlich der Verwendung zweisprachiger Hinweisschilder auf Südtiroler Wanderwegen getroffen zu haben. Die Debatte um die Sprachverwendung auf Wegschildern hatte im Jahr 2010 begonnen, nachdem italienische Urlauber gegen die weitgehend einsprachige Beschilderungen Protest erhoben hatten. Die italienische Regierung hatte die Südtiroler Landesregierung daraufhin zur Gewährleistung der Zweisprachigkeit angehalten. Die getroffene Lösung sieht in ausgewählten Fällen eine Verwendung von zweisprachigen Schildern vor.

**27. August.** Der parlamentarische Untersuchungsausschuss des Südtiroler Landtags zur Klärung der widerrechtlich erfolgten Konzessionsvergabe an die Energiegesellschaft SEL AG (siehe 28. Februar) beendet seine Tätigkeit. Die Oppositionsparteien kündigen an, ergänzend zum technischen Abschlussbericht eigene Ergebnisberichte vorzulegen. Der Untersuchungsausschuss war im Oktober 2012 vom Südtiroler Landtag eingesetzt worden, nachdem die Staatsanwaltschaft einschlägige Ermittlungen aufgenommen hatte.

Der Parlamentsabgeordnete Florian Kronbichler (Sel) trifft in Rom mit Graziano Delrio (PD), Minister für regionale Angelegenheiten und Autonomien, zusammen. Kronbichler gibt in Bezug auf die getroffene Lösung zur zweisprachigen Beschilderung von Wanderwegen zu bedenken, dass jedwedes Problem im Zusammenleben der Südtiroler Sprachgruppen nur unter Einbeziehung der ortsansässigen Bevölkerung und nicht im exklusiven Dialog der Südtiroler Volkspartei mit der italienischen Regierung gelöst werden könne.

**31. August.** Das Südtiroler Arbeitsförderungsinstitut (AFI) veröffentlicht eine Erhebung des italienischen Statistikinstituts ISTAT zur Arbeitslosigkeit. In den Monaten April, Mai und Juni des Jahres 2013 ist die Arbeitslosigkeit in Südtirol im Vergleich zum Vorjahr von 4,1 auf 5,4 Prozent angestiegen.

Il Presidente del Consiglio dei ministri Enrico Letta incontra a Vienna il Cancelliere austriaco Werner Faymann (Spö). Nel corso dell'incontro si parla, tra l'altro, dell'attuale situazione politica in Alto Adige.

**24 agosto.** Il Partito dei pirati (Piratenpartei) rende noto al termine della propria assemblea che non parteciperà alle elezioni provinciali di ottobre.

**26 agosto.** Il Presidente della Provincia Luis Durnwalder ed il ministro per gli Affari regionali e le Autonomie Graziano Delrio annunciano di aver raggiunto un accordo in merito all'utilizzo della segnaletica bilingue lungo i sentieri altoatesini. Il dibattito in merito all'utilizzo della lingua sulla segnaletica dei sentieri era iniziato nel 2010, dopo che alcuni turisti italiani avevano protestato contro la pressoché totale utilizzazione di segnaletica monolingue. Il governo italiano aveva invitato la Giunta provinciale a garantire il bilinguismo della segnaletica. La soluzione adottata prevede, in casi specifici, un'utilizzazione di segnaletica bilingue.

**27 agosto.** La commissione parlamentare d'inchiesta del Consiglio provinciale per l'accertamento dell'assegnazione illegale di concessioni alla società Sel Spa (si veda il 28 febbraio) conclude la propria attività. I partiti d'opposizione annunciano di voler presentare ad integrazione della relazione tecnica conclusiva alcune relazioni sui risultati raggiunti. La commissione d'inchiesta era stata nominata nell'ottobre 2012 dal Consiglio provinciale, dopo che la procura della Repubblica aveva avviato le relative indagini.

Il deputato al parlamento Florian Kronbichler incontra a Roma Graziano Delrio, ministro per gli Affari regionali e le Autonomie. In relazione alla soluzione adottata in materia di segnaletica bilingue Kronbichler sottolinea che qualsiasi problema riguardante la convivenza dei gruppi linguistici in Alto Adige può essere risolto solamente attraverso il coinvolgimento della popolazione ivi residente e non in un dialogo esclusivo della Svp con il governo italiano.

**31 agosto.** L'Istituto per la promozione dei lavoratori (Ipl-Afi) pubblica una ricerca effettuata dall'Istituto nazionale di statistica Istat sulla disoccupazione. Nei mesi di aprile, maggio e giugno del 2013 la disoccupazione in Alto Adige è aumentata rispetto all'anno precedente dal 4,1 al 5,4 per cento.

## September

**2. September.** Die Süd-Tiroler Freiheit (SF) gibt auf einer Pressekonferenz den offiziellen Beginn ihres selbstverwalteten „Referendums“ bekannt. Die gesetzlich wahlberechtigte Bevölkerung Südtirols soll für den Zeitraum der folgenden drei Monate von der Partei die Möglichkeit erhalten, ihre Meinung darüber zu äußern, ob in Südtirol eine gesetzlich verbindliche Volksabstimmung über die Beibehaltung der staatlichen Zugehörigkeit Südtirols zu Italien durchgeführt werden soll.

**5. September.** Im Auftrag der Südtiroler Landesregierung wird auf Schloss Tirol der „Große Verdienstorden des Landes Südtirol“ an folgende zwölf Persönlichkeiten verliehen: Gianclaudio Bressa, Lorenzo Dellai, Manfred Fuchs, Michael Häupl, Peter Jankowitsch, Waltraud Klasnic, Erwin Pröll, Claudia Schmied, Wolfgang Schüssel, Edmund Stoiber, Bernhard Vogel und Wendelin Weingartner. Der Preis wurde 2008 zum ersten Mal vergeben.

**6. September.** In den Südtiroler Lokalmedien präsentiert sich ein parteiunabhängiges Komitee zur Unterstützung des SVP-Spitzenkandidaten Arno Kompatscher. Dem Komitee gehören mehrere Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens an.

**10. September.** Der schwedischen Staatsbürgerin und SVP-Kandidatin Marie Måwe wird wenige Wochen nach Antragstellung und kurz vor Verstreichen der Frist um Einreichung der Wahllisten für die anstehenden Landtagswahlen die italienische Staatsbürgerschaft verliehen. Oppositionsparteien kritisieren die rasch erfolgte Einbürgerung Måwes als unverhältnismäßige Privilegierung. Elena Artioli (Team Autonomie) weist zusätzlich darauf hin, dass italienischsprachige Südtiroler trotz entsprechender Staatsbürgerschaft von der SVP bis dato als Listenkandidaten abgelehnt wurden.

**11. September.** Mainrad Mairl, Gründer der Südtiroler Arbeitnehmerpartei (SAP), zieht die angekündigte Kandidatur seiner Partei bei den anstehenden Landtagswahlen zurück.

**13. September.** Elena Artioli (Team Autonomie) und Michaela Biancofiore (PdL) geben bekannt, bei den anstehenden Landtagswahlen im Bündnis Forza Alto Adige – Lega Nord – Team Autonomie zur Wahl anzutreten. Elena Artioli wird als Spitzenkandidatin der Liste präsentiert.



## Settembre

**2 settembre.** Nel corso di una conferenza stampa il partito Sf annuncia l'inizio del suo "referendum" autogestito. Per tre mesi il partito darà l'opportunità alla popolazione altoatesina avente diritto di esprimere la propria opinione in merito alla necessità di un referendum giuridicamente vincolante riguardo al mantenimento dell'appartenenza dell'Alto Adige all'Italia.

**5 settembre.** A Castel Mareccio la Giunta provinciale conferisce il "Grande Ordine di Merito della Provincia di Bolzano" a: Gianclaudio Bressa, Lorenzo Dellai, Manfred Fuchs, Michael Häupl, Peter Jankovitsch, Waltraud Klasnic, Erwin Pröll, Claudia Schmied, Wolfgang Schüssel, Edmund Stoiber, Bernhard Vogel e Wendelin Weingartner. Il riconoscimento è stato istituito per la prima volta nel 2008.

**6 settembre.** Nei media locali si presenta un comitato apartitico riunitosi per sostenere il candidato di punta della Svp, Arno Kompatscher. Fanno parte del comitato numerose personalità della vita pubblica.

**10 settembre.** La cittadina svedese e candidata della Svp Marie Måwe riceve la cittadinanza italiana poche settimane dopo la presentazione della domanda e poco prima dello scadere del termine per la presentazione delle liste elettorali per le elezioni provinciali. I partiti dell'opposizione criticano la rapida risoluzione della pratica di cittadinanza della Måwe e la definiscono un privilegio spropositato. Elena Artioli segnala inoltre che i sudtirolesi di lingua italiana, nonostante il possesso della relativa cittadinanza, sino a questo momento vengono rifiutati come candidati di lista da parte della Svp.

**11 settembre.** Meinrad Mairl, fondatore del partito dei lavoratori sudtirolesi, ritira l'annunciata candidatura del proprio partito alle elezioni provinciali.

**13 settembre.** Elena Artioli e Michaela Biancofiore annunciano di candidarsi alle elezioni provinciali nella coalizione elettorale Forza Alto Adige – Lega nord – Team autonomie. Artioli viene presentata come candidata di punta della lista.

**24. September.** Die Initiative für mehr Demokratie hinterlegt beim Präsidium des Südtiroler Landtags ihren Antrag um Durchführung eines Referendums über Beibehaltung/Abschaffung des Landesgesetzes zur Regelung direktdemokratischer Entscheidungsmechanismen (siehe 6. Juni). Der Antrag wurde von über 17.000 Unterstützern unterzeichnet, und muss aufgrund der erreichten Mindestanzahl von 8.000 Unterschriften vom Südtiroler Landtag behandelt werden.

Die Wahlbehörde der Provinz Bozen gibt die 14 Wahllisten bekannt, die offiziell zur Südtiroler Landtagswahl am 27. Oktober zugelassen werden. Zwei Listen (Italia dei Valori, Fratelli d'Italia) wurden aufgrund fehlender Unterschriften bzw. eines Formfehlers von der Teilnahme an den Landtagswahlen ausgeschlossen. Drei Listenkandidatinnen (je eine der Parteien Grüne-Verdi-Vërc, Rifondazione Comunista und La Destra) wurden wegen fehlender Sprachgruppenzugehörigkeitserklärung von den Kandidatenlisten gestrichen. Eine Kandidatin der Partei La Destra wurde aufgrund eines Formfehlers bei der Einreichung ihrer Kandidatur von der Teilnahme an der Wahl ausgeschlossen.

**28. September.** Die Minister und Staatssekretäre des Popolo della Libertà (PdL) treten von ihren Regierungsposten zurück. Die Aufkündigung der Regierungszusammenarbeit mit dem Partito Democratico (PD) soll den angekündigten Parlamentsausschluss Silvio Berlusconis infolge seiner rechtskräftigen Verurteilung am 1. August verhindern.

**29. September.** Bei der Nationalratswahl in Österreich erhalten die Sozialdemokratische Partei Österreichs (SPÖ) (26,8 Prozent) und die Österreichische Volkspartei (ÖVP) (24 Prozent) die geringste Wählerzustimmung seit den ersten Nationalratswahlen 1945. Die Freiheitliche Partei Österreichs (FPÖ) kann mit einem Ergebnis von 20,5 Prozent der Stimmen den größten Mandatszuwachs verzeichnen. Die Grünen erreichen 14,2 Prozent, die Liste Team Stronach 5,7 Prozent und die Partei NEOS 5 Prozent der Wählerstimmen. Das Bündnis Zukunft Österreich (BZÖ) scheitert an der Vier-Prozent-Sperrklausel. An der Wahl haben sich 74,9 Prozent der Wahlberechtigten beteiligt.

## Oktober

**2. Oktober.** Als Reaktion auf den Rücktritt der Minister und Staatssekretäre des Popolo della Libertà (PdL) am 28. September stellt Ministerpräsident Enrico Letta (PD) im Senat die Vertrauensfrage. Der PdL entschließt sich nach internen Diskussionen kurzfristig für den Verbleib in der Regierungskoalition. Die Regierung Letta erhält daraufhin das Vertrauen des Parlaments und bleibt im Amt.

**24 settembre.** L'Iniziativa per più democrazia deposita presso la presidenza del Consiglio provinciale la richiesta di svolgimento di un referendum riguardo al mantenimento/abolizione della legge provinciale sulla regolamentazione dei meccanismi decisionali della democrazia diretta (si veda il 6 giugno). La richiesta di referendum è stata sottoscritta da oltre 17.000 sostenitori e deve essere quindi trattata dal Consiglio provinciale in considerazione del fatto che è stato abbondantemente superato il numero minimo di 8.000 firme.

La commissione elettorale della Provincia di Bolzano rende note le quattordici liste elettorali ammesse ufficialmente alle elezioni provinciali del 27 ottobre. Due liste (Italia dei valori e Fratelli d'Italia) sono state escluse dalla partecipazione alla tornata elettorale a causa, rispettivamente, della mancanza di firme e di un errore formale. Tre candidate (rispettivamente dei Grüne-Verdi-Vërc, Rifondazione comunista e La Destra) sono state escluse dalle liste elettorali a causa della mancanza della dichiarazione di appartenenza ad un gruppo linguistico. Una candidata del partito La Destra è stata esclusa dalla partecipazione alle elezioni a causa di un errore formale nella presentazione della candidatura.

**28 settembre.** I ministri ed i sottosegretari del Pdl danno le dimissioni dai loro incarichi di governo. La cessazione della collaborazione di governo con il Pd ha lo scopo di impedire l'annunciata esclusione dal parlamento di Silvio Berlusconi in seguito alla sua condanna definitiva avvenuta il primo agosto.

**29 settembre.** In occasione delle elezioni del parlamento austriaco il Partito socialdemocratico austriaco (Spö) raggiunge il 26,8 per cento dei consensi ed il Partito popolare (Övp) il 24 per cento, la percentuale più bassa dalle prime elezioni politiche del 1945. Il Freiheitliche Partei Österreichs (Fpö) può vantare, con il 20,5 per cento dei consensi, la maggiore crescita nel numero dei seggi. I Grünen raggiungono il 14,2 per cento, la lista Team Stronach il 5,7 per cento ed il partito Neos il 5 per cento dei voti. La lega Zukunft Österreich (Bzö) non supera per la prima volta lo sbarramento del 4 per cento. Prende parte al voto il 74,9 per cento degli aventi diritto.

## Ottobre

**2 ottobre.** Come reazione alle dimissioni dei ministri e dei sottosegretari del Pdl del 28 settembre il Presidente del Consiglio dei ministri Enrico Letta pone al senato la questione di fiducia. Il Pdl decide, dopo discussioni interne, di sostenere la coalizione di governo. Il governo Letta riceve quindi la fiducia del parlamento e rimane in carica.

**3. Oktober.** Die Süd-Tiroler Freiheit (SF) beginnt im Rahmen ihres selbstverwalteten „Referendums“ mit dem Versenden von rund 400.000 persönlich adressierten und kodifizierten Stimmzetteln an alle Wahlberechtigten. Die Onlineabstimmung war wenige Wochen nach Start der Initiative am 2. September aufgrund von aufgedeckten Sicherheitsmängeln im EDV-System eingestellt worden.

**4. Oktober.** Der Landtagsabgeordnete Alessandro Urzì (L'Alto Adige nel cuore) erstattet bei der Staatsanwaltschaft Anzeige gegen die Süd-Tiroler Freiheit (SF). Urzì sieht in der Präsentation der Umfrageinitiative der SF den Tatbestand der Verschleierung von Sachverhalten als erhärtet.

**6. Oktober.** Ministerpräsident Enrico Letta (PD) bestätigt gegenüber Journalisten, er habe von den Rücktrittsgesuchen der Minister und Staatssekretäre des PdL (siehe 28. September) einzig jenes von Unterstaatssekretärin Michaela Biancofiore angenommen. Der PdL hatte seinen geschlossenen Regierungsaustritt am 2. Oktober kurzfristig wieder zurückgezogen. Biancofiore war daraufhin am 5. Oktober über die Medien unerwartet von ihrem Ausscheiden aus dem Regierungsamts in Kenntnis gesetzt worden.

**7. Oktober.** Die Südtiroler Volkspartei fordert die wahlberechtigte Bevölkerung Südtirols in einer öffentlichen Stellungnahme dazu auf, nicht am selbstverwalteten „Referendum“ der Süd-Tiroler Freiheit (SF) teilzunehmen (siehe 2. September). In den vergangenen Wochen hatten sich auch mehrere Oppositionsparteien wiederholt gegen die Initiative der SF ausgesprochen.

**10. Oktober.** Der italienische Staatsrat bestätigt letztinstanzlich den Ausschluss der Liste Fratelli d'Italia von der Beteiligung an den Südtiroler Landtagswahlen. Der Spitzenkandidat der Partei, Giorgio Holzmann, hatte unmittelbar nach Bekanntwerden des Ausschlusses am 24. September einen Rekurs gegen die Entscheidung der Wahlbehörde angestrengt. Das Rekursverfahren hat gleichzeitig eine zeitliche Verzögerung der Versendung der Wahlunterlagen an die registrierten Briefwähler im Ausland bewirkt.

Die Landeshauptleute des Bundeslands Tirol und der Provinzen Bozen und Trient treffen in Neustift zur Jahresversammlung der Europaregion Tirol-Südtirol-Trentino (Euregio) zusammen. Dabei wird der zweijährige Vorsitzturnus von Luis Durnwalder an den Tiroler Landeshauptmann Günther Platter (ÖVP) übergeben. Die Europaregion Tirol-Südtirol-Trentino wurde 1998 auf Basis geltender EU-Bestimmungen gegründet und 2011 in einen „Europäischen Verbund territorialer Zusammenarbeit“ transformiert.

**3 ottobre.** Il partito Sf inizia ad inviare, nell'ambito del suo "referendum" autogestito, circa 400.000 schede di voto indirizzate e codificate personalmente a tutti gli aventi diritto. Le consultazioni online sono state bloccate il 2 settembre, poche settimane dopo l'avvio dell'iniziativa, a causa dell'identificazione di carenze nella sicurezza del sistema di elaborazione dei dati.

**4 ottobre.** Il consigliere provinciale Alessandro Urzi presenta un esposto presso la procura della Repubblica nei confronti della Sf. Urzi contesta all'iniziativa di sondaggio d'opinione avviata dalla Sf una tendenziosa dissimulazione dei fatti.

**6 ottobre.** Il Presidente del Consiglio dei ministri Enrico Letta conferma ai giornalisti di aver accolto solamente le dimissioni della sottosegretaria Michaela Biancofiore tra tutte quelle presentate dai ministri e dai sottosegretari del Pdl (si veda il 28 settembre). Il Pdl aveva ritirato improvvisamente le proprie dimissioni collettive il 2 ottobre. La Biancofiore è stata così informata il 5 ottobre, attraverso i mass media, della sua esclusione dalla carica governativa.

**7 ottobre.** La Svp prende ufficialmente posizione e invita la popolazione altoatesina con diritto di voto a non prendere parte al "referendum" autogestito da Sf (si veda il 2 settembre). Nelle settimane precedenti anche numerosi partiti di opposizione si erano espressi ripetutamente contro l'iniziativa promossa da Sf.

**10 ottobre.** Il Consiglio di Stato conferma, in ultima istanza, l'esclusione della lista Fratelli d'Italia dalla partecipazione alle elezioni provinciali. Il candidato di punta del partito Giorgio Holzmann subito dopo la notizia dell'esclusione resa nota il 24 settembre ha presentato ricorso contro la decisione della commissione elettorale. Il procedimento di ricorso ha provocato un ritardo nell'invio della documentazione elettorale agli elettori registrati all'estero.

I presidenti del Land Tirolo e delle province di Bolzano e Trento s'incontrano a Novacella per l'assemblea annuale dell'Euregione Tirolo-Alto Adige-Trentino. In quest'occasione ha luogo il passaggio di consegne della presidenza biennale dell'Euregio da Luis Durnwalder al Presidente del Tirolo Günther Platter (Övp). L'Euregione Tirolo-Alto Adige-Trentino è stata fondata nel 1998 sulla base delle norme previste dall'Unione europea e nel 2011 si è trasformata nel Gruppo europeo di cooperazione territoriale (Gect).

**11. Oktober.** Die ehemaligen Aufsichtsräte der Südtiroler Energieaktiengesellschaft (SEL AG) Franz Pircher und Klaus Stocker werden wegen Amtsmissbrauchs und Betrugs im Zusammenhang mit der Vergabe von Betriebskonzessionen an das private Energieunternehmen Stein an Stein erstinstanzlich zu einem Jahr und acht Monaten Haft verurteilt (siehe 28. Februar und 13. August).

Der ehemalige SS-Hauptsturmführer und rechtskräftig verurteilte Kriegsverbrecher Erich Priebke stirbt im Alter von 100 Jahren in Rom. Priebke war 1944 am Massaker in den Ardeatinischen Höhlen beteiligt und nach Kriegsende zeitweilig in Südtirol untergetaucht. Die anstehende Bestattung Priebkes in Rom führt zu tagelangen Protesten und erfolgt schließlich an einem geheimen Ort.

**14. Oktober.** Matteo Renzi, Kandidat für das Amt des Parteisekretärs des Partito Democratico (PD), nimmt in Bozen an einer Wahlkampfveranstaltung seiner Partei anlässlich der anstehenden Landtagswahlen teil.

**15. Oktober.** Arno Kompatscher, Spitzenkandidat der Südtiroler Volkspartei bei den anstehenden Landtagswahlen, wird in Berlin von der deutschen Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) zu einer persönlichen Aussprache empfangen. Zeitgleich nimmt der ehemalige Ministerpräsident Bayerns, Edmund Stoiber (CSU), in Bozen an einer Wahlkampfveranstaltung der SVP teil.

Senator Francesco Palermo (SVP-PD) referiert im Senatsplenum zur Rolle der Sonderautonomien im Prozess der laufenden Verfassungsreform. Palermo plädiert dafür, die Sonderautonomien als Modelle effizienter Lokalverwaltung für andere Verfassungsinstitutionen zu adaptieren und vom Aspekt ausschließlicher Privilegierung gegenüber den Regionen mit Normalstatut abzusehen.

**18. Oktober.** Auf Einladung des französischen Europaministers Thierry Repentin treffen sich Vertreter von Alpenstaaten und -regionen in Grenoble, um grundlegende Ziele für eine strategische Zusammenarbeit zu definieren („Makroregion Alpen“). Die Schlussresolution wird vom Präsidenten der Region Trentino-Südtirol, Alberto Pacher (PD), und dem Präsidenten des Tiroler Landtags, Herwig van Staa (ÖVP), unterzeichnet.

**21. Oktober.** Die Südtiroler Landesregierung beschließt die Umsetzung jener Maßnahmen zur Förderung der Erwerbstätigkeit, die mit Vertretern mehrerer Gewerkschaftsbünde als „Generationenvertrag“ ausgehandelt wurden. Die Maßnahmen sehen vor, im Öffentlichen Dienst Übertritte aus dem Erwerbsverhältnis in die Pension durch finanzielle Unterstützungen zu begünstigen. Dadurch sollen bestehende Arbeitsplätze für junge Erwerbstätige frei gemacht werden.

**11 ottobre.** Gli ex revisori dei conti della Sel Spa, Franz Pichler e Klaus Stocker, vengono condannati in prima istanza ad un anno ed otto mesi di reclusione per abuso d'ufficio e truffa in relazione all'assegnazione di concessioni all'impresa energetica privata Stein an Stein (si veda il 28 febbraio e il 13 agosto).

L'ex ufficiale delle SS Erich Priebke, condannato definitivamente per crimini di guerra, muore a Roma all'età di 100 anni. Nel 1944 Priebke ha preso parte a Roma al massacro delle Fosse Ardeatine e dopo la fine del conflitto si è nascosto per un periodo in Alto Adige. L'inumazione di Priebke a Roma scatena proteste che si protraggono per alcuni giorni e viene quindi effettuata in una località segreta.

**14 ottobre.** Matteo Renzi, candidato alla carica di segretario nazionale del Pd, prende parte a Bolzano ad una manifestazione della campagna elettorale del suo partito organizzata in occasione delle elezioni provinciali.

**15 ottobre.** Arno Kompatscher, candidato di punta della Svp alle elezioni provinciali, viene ricevuto a Berlino dalla Cancelliera federale Angela Merkel (Csu). Nel contempo l'ex Presidente della Baviera Edmund Stoiber (Csu) prende parte a Bolzano ad una manifestazione nell'ambito della campagna elettorale a favore della Svp.

Il senatore Francesco Palermo riferisce nel corso dell'assemblea plenaria del senato in merito al ruolo delle autonomie speciali nell'ambito del processo della riforma costituzionale attualmente in atto. Palermo prende posizione a favore delle autonomie speciali intese come modello di efficiente amministrazione locale per altre istituzioni previste dalla costituzione ed invita a non considerarle esclusivamente come privilegiate rispetto alle regioni a statuto ordinario.

**18 ottobre.** Su invito del ministro francese per gli Affari europei Thierry Repentin i rappresentanti dei Paesi e delle Regioni dell'arco alpino s'incontrano a Grenoble per definire gli obiettivi fondamentali di una collaborazione strategica (macroregione alpina). La risoluzione conclusiva viene sottoscritta dal Presidente della Regione Trentino-Alto Adige Alberto Pacher e dal Presidente del Consiglio del Land del Tirolo Herwig van Staa (Övp).

**21 ottobre.** La Giunta provinciale altoatesina delibera l'introduzione del patto generazionale, un regolamento per l'incentivazione dell'attività economica, definito in collaborazione con numerose organizzazioni sindacali. Le misure del patto prevedono che nel settore pubblico vengano favorite le uscite dal rapporto di lavoro di impiegati vicini alla pensione attraverso sostegni economici. In questo modo si libereranno posti di lavoro per i giovani in cerca di occupazione.

In Bozen wird zum dritten Mal das zweitägige Business Forum der Dachverbände der Industrie Italiens und Deutschlands (Confindustria und Bundesverband der Deutschen Industrie) eröffnet. An der Veranstaltung nehmen Vertreter der Europäischen Zentralbank, des deutschen Bundesministeriums für Wirtschaft und Technik sowie Flavio Zanonato, italienischer Minister für Wirtschaftsentwicklung (PD), teil.

**23. Oktober.** Landesrat Roberto Bizzo (PD) gibt auf einer Pressekonferenz im Werk des Industriebetriebs Memc bekannt, die Lohnausgleichszahlungen für die Belegschaft würden mit Unterstützung der Südtiroler Landesregierung um weitere sechs Monate verlängert. Der Betrieb des international tätigen Siliziumherstellers in Sinich war aufgrund gestiegener Energiepreise 2012 in eine anhaltende Produktions- und damit Beschäftigungskrise geraten.

**25. Oktober.** Die Genossenschaft Vinschgauer Energiekonsortium (VEK) und die Südtiroler Energiegesellschaft (SEL AG) einigen sich in einem außergerichtlichen Vergleich auf eine gemeinsame Bewirtschaftung des Wasserkraftwerks Laas/Martell. Das VEK hatte die Konzessionsvergabe der Südtiroler Landesregierung an die SEL AG 2009 gerichtlich angefochten. Für den Fall einer Prozessfortsetzung war ein definitives Urteil vom zuständigen Gericht für März 2014 angekündigt worden.

Der Antrag der Initiative für mehr Demokratie auf Abhaltung eines Referendums (siehe 24. September) wird von einer Richterkommission unter Berufung auf formale Mängel als unzulässig erklärt. Ein parallel eingebrachter Antrag von Landtagsabgeordneten wurde für gültig befunden und garantiert die Abhaltung des Referendums vorzeitig. Die Initiative für mehr Demokratie kündigt Rekurs gegen den Verwaltungsakt an (siehe 7. Dezember).

Zum Abschluss des Südtiroler Landtagswahlkampfes nehmen mehrere nationale Spitzenpolitiker in Bozen an Wahlkampfveranstaltungen ihrer Parteien teil, u.a. Guglielmo Epifani (PD), Beppe Grillo (M5S), Daniela Satanchè (PdL), Francesco Storace (La Destra) und Oliviero Diliberto (Comunisti Italiani).

**27. Oktober.** In Südtirol und im Trentino finden zum 15. Mal seit 1948 Wahlen zum Südtiroler Landtag, zum Trentiner Landtag und zum gemeinsamen Regionalrat für Trentino-Südtirol statt. In Südtirol liegt die Wahlbeteiligung bei 79,7 Prozent, im Trentino bei 62,8 Prozent.



A Bolzano viene inaugurata la terza edizione del Business Forum, evento ospitato da Assoimprenditori Alto Adige. Due giorni di incontri tra due associazioni imprenditoriali del settore industriale, una italiana e una germanica (Confindustria e Bundesverband der Deutschen Industrie). Prendono parte alla manifestazione rappresentanti della Banca centrale europea, del ministero tedesco-federale per l'Economia e la Tecnica oltre a Flavio Zanonato (Pd), ministro italiano dello Sviluppo economico.

**23 ottobre.** L'assessore Roberto Bizzo rende noto, nel corso di una conferenza stampa presso la sede dell'azienda industriale Memc a Sinigo, che i pagamenti della cassa integrazione per i dipendenti verranno prolungati di ulteriori sei mesi grazie al sostegno della Giunta provinciale. Dal 2012 l'azienda multinazionale, che produce silicio a Sinigo, si trova in una persistente crisi produttiva ed occupazionale a causa dell'aumento dei prezzi dell'energia.

**25 ottobre.** La cooperativa della Val Venosta per la produzione di energia (Vek) e la Sel Spa hanno raggiunto un accordo stragiudiziale per una gestione comune della centrale idroelettrica di Lasa/Martello. La Vek aveva impugnato nel 2009 l'assegnazione della concessione idroelettrica da parte della Giunta provinciale alla Sel Spa. Per quanto riguarda la prosecuzione del processo viene annunciata una sentenza definitiva da parte del tribunale competente per marzo 2014.

La richiesta dell'Iniziativa per più democrazia riguardo all'organizzazione di un referendum (si veda il 24 settembre) viene considerata, da una commissione di giudici, non ammissibile a causa di carenze formali. Una richiesta parallela, presentata da consiglieri provinciali, è stata dichiarata ammissibile e garantisce quindi anticipatamente l'attuazione del referendum. L'Iniziativa per più democrazia annuncia ricorso contro l'atto amministrativo (si veda il 7 dicembre).

A conclusione della campagna elettorale per le elezioni provinciali numerosi leader politici nazionali prendono parte alle manifestazioni elettorali organizzate dai loro partiti, tra gli altri: Guglielmo Epifani (Pd), Beppe Grillo (M5s), Daniela Santanchè (Pdl), Francesco Storace (La Destra) ed Oliviero Diliberto (Comunisti italiani).

**27 ottobre.** Per la quindicesima volta dalle elezioni del 1948, in Alto Adige e nel Trentino si svolge l'elezione del Consiglio provinciale altoatesino, del Consiglio provinciale del Trentino e del comune Consiglio regionale del Trentino-Alto Adige. In Alto Adige la partecipazione al voto raggiunge il 79,7 per cento, nel Trentino il 62,8 per cento.

**28. Oktober.** Die Wahlbehörde der Provinz Bozen veröffentlicht das vorläufige Endergebnis der Südtiroler Landtagswahlen. Die Südtiroler Volkspartei erhielt am Wahltag 45,7 Prozent der Wählerstimmen (17 Mandate), die Freiheitlichen 17,9 Prozent (sechs Mandate), die Südtiroler Grünen 8,7 Prozent (drei Mandate), Süd-Tiroler Freiheit 7,2 Prozent (drei Mandate), Partito Democratico 6,7 Prozent (zwei Mandate), Forza Alto Adige – Lega Nord – Team Autonomie 2,5 Prozent (ein Mandat), Movimento 5 Stelle 2,5 Prozent (ein Mandat), BürgerUnion – Ladins Dolomites – Wir Südtiroler 2,1 Prozent (ein Mandat), L'Alto Adige nel cuore 2,1 Prozent (ein Mandat). Die Listen Unitalia, Scelta Civica, La Destra, Rifondazione Comunista und Comunisti Italiani verfehlten die notwendige Stimmenanzahl zur Erreichung eines Mandats.

Die Wahlbehörde der Provinz Trient gibt die Direktwahl von Ugo Rossi (PATT) zum Landeshauptmann des Trentino bekannt. Rossis Mitte-links-Parteienbündnis erreicht nach Auszählung der Stimmen 23 der 35 Landtagsmandate. Sieben Landtagssitze entfallen auf das unabhängige Parteienbündnis um den Spitzenkandidaten Diego Mosna. Lega Nord und Movimento 5 Stelle erreichen je zwei Mandate, die Liste Forza Trentino ein Mandat.

**29. Oktober.** Die beiden Spitzenvertreter der italienischen Mitte-rechts-Parteien Südtirols, Giorgio Holzmann (Fratelli d'Italia) und Michaela Biancofiore (PdL), machen sich über die Lokalmedien gegenseitig für die Wahlniederlage der Parteien ihres ideologischen Spektrums verantwortlich. Die italienischen Mitte-rechts-Parteien haben bei den Landtagswahlen vom 27. Oktober gegenüber den Landtagswahlen 2008 drei von fünf Mandaten verloren.

**30. Oktober.** Der gewählte Spitzenkandidat der Südtiroler Volkspartei, Arno Kompatscher, kündigt über die Lokalmedien an, alle im Südtiroler Landtag vertretenen Parteien zu Sondierungsgesprächen hinsichtlich der Bildung der 15. Südtiroler Landesregierung einzuladen. Alle Parteien geben über die Presse bekannt, grundsätzlich für Sondierungsgespräche zur Verfügung zu stehen.

**31. Oktober.** Arno Kompatscher (SVP) tritt nach seiner Wahl in den Südtiroler Landtag als Bürgermeister der Gemeinde Völs am Schlern sowie von seinem Amt als Präsident des Südtiroler Gemeindenverbandes zurück.

**28 ottobre.** La commissione elettorale per la Provincia di Bolzano pubblica il risultato provvisorio delle elezioni provinciali altoatesine. La Svp raggiunge il 45,7 per cento dei voti (diciassette seggi), i Freiheitlichen il 17,9 per cento (sei seggi), i Verdi l'8,7 per cento (tre seggi), la Sf il 7,2 per cento (tre seggi), il Pd il 6,7 per cento (due seggi), Forza Alto Adige – Lega nord – Team autonomie il 2,5 per cento (un seggio), il M5s il 2,5 per cento (un seggio), BürgerUnion – Ladins Dolomites – Wir Südtiroler il 2,1 per cento (un seggio), L'Alto Adige nel cuore il 2,1 per cento (un seggio). Le liste Unitalia, Sc, La Destra, Rifondazione comunista e Comunisti italiani non raggiungono il numero di voti necessario al conseguimento di un seggio.

La commissione elettorale della Provincia di Trento rende nota l'elezione di Ugo Rossi (Patt) alla carica di Presidente della Provincia di Trento. La coalizione di centro-sinistra di Rossi ottiene ventitré dei trentacinque seggi del Consiglio provinciale. Sette seggi vengono assegnati alla coalizione di partiti indipendenti riunitasi intorno al candidato di punta Diego Mosna. Lega nord e M5s ottengono rispettivamente due seggi ciascuno, la lista Forza Trentino ottiene un seggio.

**29 ottobre.** Attraverso i mass media locali i candidati di punta dei partiti di centro-destra altoatesini, Giorgio Holzmann e Michaela Biancofiore, scaricano uno sull'altro la responsabilità della sconfitta elettorale dei partiti della loro area ideologica. I partiti italiani di centro-destra hanno perso in occasione delle elezioni provinciali del 27 ottobre, rispetto alle elezioni del 2008, ben cinque dei loro otto seggi.

**30 ottobre.** Il candidato di punta della Svp Arno Kompatscher annuncia, tramite i mass media locali, di voler incontrare i rappresentanti di tutti i partiti eletti in Consiglio provinciale in vista della formazione della quindicesima Giunta provinciale. Tutti i partiti rendono noto di essere disponibili ad instaurare, in linea di principio, un dialogo con Kompatscher.

**31 ottobre.** Dopo la sua elezione in Consiglio provinciale, Arno Kompatscher rassegna le proprie dimissioni da sindaco di Fiè allo Sciliar e dal suo incarico di Presidente del Consorzio dei comuni.

## November

**2. November.** Die Südtiroler Parlamentsabgeordnete Luisa Gnechchi (PD) schlägt über die Lokalmedien vor, die 15. Südtiroler Landesregierung aus elf Landesräten zusammenzusetzen. Dadurch würden aufgrund der geltenden Bestimmungen des ethnischen Proporz zwei Landesräte von der italienischen Sprachgruppe gestellt. Arno Kompatscher (SVP) hat unmittelbar nach Veröffentlichung des Wahlergebnisses bekannt gegeben, sich für die Bildung einer achtköpfigen Landesregierung einzusetzen. Aufgrund der verringerten Präsenz der italienischen Sprachgruppe im Landtag würde bei dieser Gesamtanzahl erstmals seit 1948 nur ein Landesrat aus der italienischen Sprachgruppe nominiert.

**6. November.** Die Südtiroler Grünen teilen in einer Presseaussendung mit, grundsätzlich für eine Regierungszusammenarbeit mit der SVP zur Verfügung zu stehen.

Der Industriekonzern Hoppe macht über eine Presseaussendung publik, sein Werk in St. Martin in Passeier mit Jahresende 2013 zu schließen. Von der Werkschließung sind rund 160 Mitarbeiter betroffen. Hoppe begründet die Entscheidung mit einer anhaltenden Absatzkrise im Bausektor.

**7. November.** Die Parteioberfrau der Freiheitlichen, Ulli Mair, bestätigt gegenüber den Lokalmedien das grundsätzliche Interesse ihrer Partei, mit der Südtiroler Volkspartei in einer Regierungskoalition zusammenzuarbeiten. Freiheitliche, Grüne und Partito Democratico werden von Beobachtern seit Veröffentlichung des Wahlergebnisses der Südtiroler Landtagswahlen als mögliche Koalitionspartner der SVP gehandelt.

**10. November.** Die geschäftsführende Landesregierung legt den 9. Februar 2014 als Termin zur Abhaltung eines Referendums über Beibehaltung/Abschaffung des geltenden Landesgesetzes zur Regelung direktdemokratischer Entscheidungsmechanismen fest. Die Initiative für mehr Demokratie und mehrere Landtagsabgeordnete hatten hierfür im Südtiroler Landtag entsprechende Anträge hinterlegt (siehe 24. September und 25. Oktober).

**12. November.** Der gewählte Spitzenkandidat der Südtiroler Volkspartei, Arno Kompatscher, trifft sich in einem Bozner Gastlokal mit Exponenten aller im Südtiroler Landtag vertretenen Parteien; die Südtiroler Freiheit nimmt den Gesprächstermin nicht wahr. Die Parteienvertreter vereinbaren für 26. November den Beginn von Sondierungsgesprächen zur Bildung der 15. Südtiroler Landesregierung.

## Novembre

**2 novembre.** La parlamentare altoatesina Luisa Gnechchi propone attraverso i mass media locali di costituire la Giunta provinciale con undici assessori. In questo modo, sulla base delle norme in vigore inerenti alla proporzionale etnica, vi sarebbero due assessori del gruppo linguistico italiano. Arno Kompatscher aveva reso noto, immediatamente dopo la pubblicazione dei risultati elettorali, di impegnarsi per la formazione di una Giunta provinciale composta da otto persone. Sulla base della ridotta presenza del gruppo linguistico italiano nel Consiglio provinciale, per la prima volta dal 1948, sarebbe consentita la nomina di un solo assessore del gruppo linguistico italiano.

**6 novembre.** I Verdi dichiarano, nel corso di una conferenza stampa, di essere disponibili ad una collaborazione con la Svp in Giunta provinciale.

Con un comunicato stampa il gruppo industriale Hoppe annuncia che la sua sede di San Martino in Passiria chiuderà i battenti alla fine del 2013. La chiusura dello stabilimento riguarda circa 160 dipendenti. La Hoppe motiva la decisione con una persistente crisi economica nel settore delle costruzioni.

**7 novembre.** La segretaria dei Freiheitlichen Ulli Mair conferma attraverso i mass media locali l'interesse del suo partito per una collaborazione di governo con la Svp. Dopo la pubblicazione dei risultati elettorali i Freiheitlichen, i Verdi ed il Pd vengono considerati dagli osservatori come possibili partner di coalizione della Svp.

**10 novembre.** La Giunta provinciale fissa per il 9 febbraio 2014 la data in cui avrà luogo il referendum per il mantenimento/abolizione della legge provinciale in vigore, relativa alla regolamentazione dei meccanismi decisionali in materia di democrazia diretta. L'Iniziativa per più democrazia e numerosi consiglieri provinciali avevano presentato a tale riguardo le relative richieste in Consiglio provinciale (si veda il 24 settembre e il 25 ottobre).

**12 novembre.** Il candidato di punta eletto dalla Svp Arno Kompatscher incontra in un locale bolzanino gli esponenti di tutti i partiti rappresentati in Consiglio provinciale; il partito Sf non prende parte al colloquio. I rappresentanti dei partiti concordano sul 26 novembre come data dell'inizio dei colloqui di sondaggio per la formazione della quindicesima Giunta provinciale.

**13. November.** Die Staatsanwaltschaft Bozen gibt den Abschluss des Ermittlungsverfahrens gegen Landeshauptmann Luis Durnwalder wegen Veruntreuung öffentlicher Gelder („Sonderfonds“) bekannt (siehe 17. April). Durnwalder erhält die Möglichkeit, innerhalb von 20 Tagen gegen den Schadensvorwurf an die Staatsanwaltschaft zu replizieren. Im Anschluss an die Anhörung Durnwalders wird der leitende Staatsanwalt Guido Rispoli darüber befinden, ob gegen Durnwalder Anklage erhoben wird.

**14. November.** Landeshauptmann Luis Durnwalder wird in Innsbruck vom Tiroler Landeshauptmann Günther Platter (ÖVP) mit dem „Ring des Landes Tirol“ ausgezeichnet, der höchsten Auszeichnung, die vom Bundesland Tirol vergeben wird.

**16. November.** Der Popolo della Libertà (PdL) spaltet sich in zwei Parteien. Nach Silvio Berlusconis Verurteilung am 1. August und eine daran anschließende Regierungskrise (28. September bis 6. Oktober) kehrt Berlusconi mit regierungsskeptischen Parlamentariern zur Parteibezeichnung Forza Italia zurück, mit der er 1994 seine politische Laufbahn begonnen hatte. Angelino Alfano überführt die regierungstreuen Parlamentarier des PdL in die Parlamentsfraktion Nuovo Centrodestra.

**18. November.** Der Parteiausschuss der Südtiroler Volkspartei designiert Arno Kompatscher offiziell zum Kandidaten für die Wahl des Landeshauptmanns von Südtirol. Die Wahl wird per Gesetz vom Südtiroler Landtag im Rahmen der Bestellung der Südtiroler Landesregierung vorgenommen.

Der ehemalige Südtiroler Landesrat Michl Laimer (SVP) und Maximilian Rainer, ehemaliger Direktor der Südtiroler Elektrizitätsaktiengesellschaft (SEL AG), stimmen im Rahmen eines gerichtlichen Vergleichs einer Haftstrafe von je zwei Monaten zu ihren Lasten zu. Laimer und Rainer waren von der Staatsanwaltschaft wegen Amtsmissbrauchs und Wettbewerbsverzerrung in Zusammenhang mit der Vergabe der Betriebskonzession des Wasserkraftwerks Laas/Martell (siehe 25. Oktober) angeklagt worden. Am 28. Februar hatte das Landesgericht Bozen Laimer und Rainer in ähnlicher Causa bereits erstinstanzlich zu Haftstrafen verurteilt.

**22. November.** Der Südtiroler Landtag eröffnet nach den Landtagswahlen vom 27. Oktober seine 15. Legislaturperiode. Martha Stocker (SVP) wird von der Mehrheit der Landtagsabgeordneten zur Landtagspräsidentin gewählt, Roberto Bizzo (PD) zum Vizepräsidenten. Mehrere Parteien haben sich im Vorfeld gegen die Wahl Stockers zur Landtagspräsidentin ausgesprochen, da sie einen baldigen Wechsel Stockers in die Südtiroler Landesregierung vermuten.

**13 novembre.** La procura della Repubblica di Bolzano annuncia la conclusione delle indagini a carico del Presidente della Provincia Luis Durnwalder a causa dell'utilizzo improprio di denaro pubblico (fondo speciale) (si veda il 17 aprile). Durnwalder ha la facoltà di replicare entro venti giorni alla procura della Repubblica in merito all'accusa di danno erariale. Al termine dell'audizione di Durnwalder il procuratore generale Guido Rispoli deciderà se avviare il procedimento d'accusa nei confronti di Durnwalder.

**14 novembre.** Il Presidente della Provincia Luis Durnwalder viene insignito da Günther Platter (Övp) dell'Anello del Land Tirol. L'anello rappresenta la più alta onorificenza assegnata dal Land federale del Tirolo.

**16 novembre.** Il Pdl si scinde in due partiti. Dopo la sentenza a carico di Silvio Berlusconi del primo agosto ed una successiva crisi di governo (dal 28 settembre sino al 6 ottobre), Berlusconi torna ad adottare, insieme a parlamentari scettici nei confronti del governo, la denominazione di Forza Italia con la quale aveva iniziato la sua carriera politica nel 1994. Angelino Alfano traghetta i parlamentari del Pdl fedeli alla linea del governo nella fazione parlamentare del Nuovo centrodestra.

**18 novembre.** Il direttivo della Svp designa ufficialmente Arno Kompatscher quale candidato alla carica di Presidente della Provincia. In base alla legge il voto del Consiglio provinciale ha luogo nell'ambito della nomina della Giunta provinciale.

L'ex assessore provinciale Michl Laimer e Maximilian Rainer, ex direttore di Sel Spa, accettano a loro carico un accordo giudiziale che prevede una pena di due mesi ciascuno. Laimer e Rainer erano stati accusati dal procuratore della Repubblica di abuso d'ufficio e di turbativa d'asta in relazione all'assegnazione di concessioni per lo sfruttamento della centrale idroelettrica di Lasa/Martello (si veda il 25 ottobre). Il 28 febbraio il tribunale di Bolzano aveva già condannato Laimer e Rainer in prima istanza a pene detentive in una causa analoga.

**22 novembre.** Il Consiglio provinciale inaugura dopo le elezioni provinciali del 27 ottobre la sua quindicesima legislatura. Martha Stocker (Svp) viene eletta dalla maggioranza dei consiglieri alla carica di Presidente del Consiglio provinciale, Roberto Bizzo viene eletto alla vicepresidenza. Numerosi partiti si sono dichiarati prioritariamente contrari alla nomina di Martha Stocker alla presidenza perché prevedono un rapido passaggio della Stocker in Giunta provinciale.

**26. November.** In Bozen beginnen erste Sondierungsgespräche der Südtiroler Volkspartei zur Bildung der 15. Südtiroler Landesregierung. Arno Kompatscher und Richard Theiner empfangen am ersten Verhandlungstag Delegationen der Freiheitlichen, des Partito Democratico, der Südtiroler Grünen und der Süd-Tiroler Freiheit.

Der italienische Senat verabschiedet gegen Mitternacht ein umfassendes Haushaltsgesetz für das Jahr 2014 („legge di stabilità“). Mit diesem Gesetz wird u. a. den Provinzen Bozen und Trient ab Jänner 2014 die primäre Gesetzgebungskompetenz für die Festsetzung und Einhebung von Lokalsteuern übertragen. Senator Karl Zeller (SVP) wertet die Übertragung dieser Kompetenzen als bedeutende Errungenschaft im Sinne des juristischen Ausbaus der Provinzialautonomie.

**27. November.** Die Sondierungsgespräche der SVP zur Bildung der 15. Südtiroler Landesregierung werden nach Treffen mit Verhandlungsdelegationen der Landtagsfraktionen Forza Alto Adige – Lega Nord – Team Autonomie, L'Alto Adige nel cuore, BürgerUnion – Ladins Dolomites – Wir Südtiroler und Movimento 5 Stelle abgeschlossen.

**28. November.** Der Regionalrat für Trentino-Südtirol tritt zur ersten Sitzung nach den Landtagswahlen in Südtirol und im Trentino zusammen und eröffnet damit seine 15. Legislaturperiode.

**30. November.** Die Süd-Tiroler Freiheit (SF) gibt das Ende der dreimonatigen Abstimmungsfrist bekannt, innerhalb der sich alle wahlberechtigten SüdtirolerInnen am selbstverwalteten „Referendum“ der Partei beteiligen konnten (siehe 2. September). Die Ergebnisse der Umfrage werden im Jänner 2014 veröffentlicht.

## Dezember

**2. Dezember.** Die Parteileitung der SVP erklärt, nach Abschluss der ersten Sondierungsgespräche am 27. November mit dem Partito Democratico (PD) konkrete Koalitionsverhandlungen zur Bildung der 15. Südtiroler Landesregierung aufzunehmen.

**3. Dezember.** Landeshauptmann Luis Durnwalder gibt über die Lokalmedien bekannt, bei der Staatsanwaltschaft ein Ansuchen um persönliche Anhörung seines Standpunkts zum Vorwurf der Veruntreuung öffentlicher Gelder („Sonderfonds“) hinterlegt zu haben. Die Staatsanwaltschaft hatte ihre Ermittlungen am 13. November abgeschlossen, und Durnwalder daraufhin ein gesetzlich vorgesehenes Recht auf Replik eingeräumt. Im Anschluss an die Anhörung Durnwalders entscheidet die Staatsanwaltschaft, ob sie gegen Durnwalder Anklage erheben wird.



**26 novembre.** Iniziano a Bolzano i primi incontri di sondaggio della Svp per la formazione della quindicesima Giunta provinciale. Arno Kompatscher e Richard Theiner accolgono nel corso della prima giornata di trattative le delegazioni dei Freiheitlichen, del Pd, dei Verdi sudtirolesi e della Sf.

Il senato approva verso la mezzanotte una legge finanziaria complessiva per il 2014 (legge di stabilità). Con questa legge viene attribuita, tra l'altro, alle province di Bolzano di Trento, a partire dal gennaio 2014, la competenza primaria per la fissazione e la riscossione dei tributi locali. Il senatore Karl Zeller considera il passaggio di queste competenze come una conquista significativa per lo sviluppo giuridico dell'autonomia provinciale.

**27 novembre.** I colloqui della Svp per la formazione della quindicesima Giunta provinciale si concludono dopo l'incontro con le delegazioni che prendono parte alle trattative in rappresentanza delle fazioni di Forza Alto Adige – Lega nord – Team autonomie, L'Alto Adige nel cuore, BürgerUnion – Ladins Dolomites – Wir Südtiroler e del M5s.

**28 novembre.** Il Consiglio regionale del Trentino-Alto Adige si riunisce per la sua prima seduta dopo le elezioni dei consigli provinciali dell'Alto Adige e del Trentino ed inaugura in questo modo la sua quindicesima legislatura.

**30 novembre.** Il partito Sf conclude il trimestre entro il quale gli altoatesini aventi diritto hanno potuto prendere parte al "referendum" autogestito (si veda il 2 settembre). I risultati della rilevazione vengono pubblicati nel gennaio del 2014.

## Dicembre

**2 dicembre.** La direzione della Svp rende noto che, dopo la conclusione avvenuta il 27 novembre dei primi colloqui di sondaggio, vengono avviate concrete trattative con il Pd per la formazione della quindicesima Giunta provinciale.

**3 dicembre.** Il Presidente della Provincia Luis Durnwalder dichiara di aver presentato presso la procura della Repubblica una richiesta di audizione personale in merito all'accusa di utilizzo improprio di denaro pubblico (fondo speciale). La procura della Repubblica aveva concluso le indagini il 13 novembre e quindi ha invitato Durnwalder ad avvalersi del diritto di replica previsto dalla legge. Al termine dell'audizione di Durnwalder la procura della Repubblica deciderà quindi se procedere con l'accusa nei suoi confronti.

**4. Dezember.** Der italienische Verfassungsgerichtshof erklärt das geltende Wahlgesetz für das italienische Parlament („Porcellum“) acht Jahre nach seiner Einführung für verfassungswidrig. Der Richtspruch erfolgt als letzter Akt eines Gerichtsverfahrens, welches 2009 vom parteiunabhängigen Rechtsanwalt Aldo Bozzi am Mailänder Gerichtshof gegen die italienische Regierung und das Innenministerium angestrengt und bis zur letzten Instanz durchgefochten worden war.

**6. Dezember.** SVP und Partito Democratico nehmen in Bozen konkrete Verhandlungen zur Bildung der 15. Südtiroler Landesregierung auf.

**7. Dezember.** Die Initiative für mehr Demokratie reicht beim Landesgericht Bozen Rekurs gegen die Ablehnung ihres Referendumsantrags vom 24. September ein. Aufgrund eines gültigen Parallelantrags von Landtagsabgeordneten wurde der Termin für die Abhaltung des Referendums von der Südtiroler Landesregierung bereits für den 9. Februar 2014 festgesetzt. Das Landesgericht Bozen sichert eine Rekursbearbeitung im Eilverfahren zu.

**8. Dezember.** Der Bürgermeister von Florenz, Matteo Renzi, wird bei selbstverwalteten Wahlen („primarie“) des Partito Democratico (PD) mit rund 68 Prozent Zustimmung zum Parteisekretär gewählt. An der landesweiten Urabstimmung beteiligten sich rund drei Millionen Parteimitglieder und -sympathisanten. In Südtirol nahmen 6.850 Personen an der Abstimmung teil.

**10. Dezember.** Landeshauptmann Luis Durnwalder wird mit Verdacht auf einen erlittenen Herzinfarkt in das Krankenhaus Bozen eingeliefert und umgehend einem chirurgischen Eingriff unterzogen. Nach erfolgreicher Behandlung kann Durnwalder das Krankenhaus nach wenigen Tagen verlassen.

**13. Dezember.** Der Bürgermeister der Gemeinde Vahrn, Andreas Schatzer (SVP), wird von der Generalversammlung des Südtiroler Gemeindenverbands zu dessen Präsidenten gewählt. Schatzer tritt die Nachfolge von Arno Kompatscher (SVP) an, der nach seiner Wahl in den Südtiroler Landtag am 31. Oktober von diesem Amt zurückgetreten ist.

**16. Dezember.** Luis Durnwalder hält im Palais Widmann in Bozen seine letzte wöchentliche Pressekonferenz als Vorsitzender der Südtiroler Landesregierung.

**4 dicembre.** La Corte costituzionale dichiara illegale la legge elettorale in vigore per il parlamento (porcellum) otto anni dopo la sua entrata in vigore. Il verdetto è l'ultimo atto di un procedimento giudiziario, avviato nel 2009 dal giudice indipendente Aldo Bozzi presso il tribunale di Milano, contro il governo italiano ed il Ministero dell'Interno e portato avanti sino all'ultima istanza.

**6 dicembre.** La Svp ed il Pd avviano a Bolzano concrete trattative per la formazione della quindicesima legislatura provinciale.

**7 dicembre.** L'Iniziativa per più democrazia presenta ricorso al tribunale di Bolzano contro la bocciatura della sua richiesta di referendum del 24 settembre. In base ad una richiesta parallela presentata da consiglieri provinciali la data per l'effettuazione del referendum era già stata fissata dalla Giunta provinciale per il 9 febbraio 2014. Il tribunale di Bolzano assicura un procedimento d'urgenza per l'esame del ricorso.

**8 dicembre.** Nel corso di elezioni primarie autogestite da parte del Pd il sindaco di Firenze Matteo Renzi viene nominato segretario del partito con circa il 68 per cento delle preferenze. Alle elezioni primarie prendono parte a livello nazionale circa tre milioni di iscritti e di simpatizzanti del partito. In Alto Adige si registra l'affluenza alle primarie del Pd di 6.850 persone.

**10 dicembre.** Il Presidente della Provincia Luis Durnwalder viene ricoverato per un sospetto infarto all'ospedale di Bolzano e sottoposto immediatamente ad intervento chirurgico. Dopo un trattamento coronato da successo Durnwalder può lasciare il nosocomio nell'arco di pochi giorni.

**13 dicembre.** Il sindaco di Varna Andreas Schatzer (Svp) viene eletto Presidente del Consorzio dei comuni dall'assemblea dei sindaci. Schatzer succede ad Arno Kompatscher che, dopo l'elezione nel Consiglio provinciale, il 31 ottobre ha rassegnato le dimissioni da questo incarico.

**16 dicembre.** Luis Durnwalder tiene a Palazzo Widmann a Bolzano la sua ultima conferenza stampa settimanale in qualità di Presidente della Giunta provinciale.

**17. Dezember.** Graziano Delrio (PD), Minister für regionale Angelegenheiten und Autonomien, gibt die Namen der sechs Personen bekannt, die von der Regierung Letta in die paritätischen Kommissionen für die Sonderautonomien Trentino-Südtirols („Sechser- und Zwölferkommission“) entsandt werden. Die Regierungsernennung erhalten haben Lorenzo Dellai (Scelta Civica), Gianclaudio Bressa (PD), Brunhilde Platzer (parteilos), Daniel Alfreider (SVP), Franca Penasa (Nuovo Centrodestra) und Michele Nicoletti (PD). Die paritätischen Kommissionen, welche weitere sechs Mitglieder mit Regionalernennung umfassen, wurden mit Verabschiedung des Zweiten Autonomiestatuts 1972 verfassungsrechtlich konstituiert. Sie sind gesetzlich verpflichtend an der Ausarbeitung von Kompetenzübertragungen des Staates an die Sonderautonomien von Trient und Bozen beteiligt.

**27. Dezember.** Das Landesgericht Bozen erklärt den Antrag um Abhaltung eines Referendums, der von der Initiative für mehr Demokratie am 24. September beim Südtiroler Landtag hinterlegt worden war, für gültig. Damit wird die negative Entscheidung der erstinstanzlichen Begutachtungskommission vom 25. Oktober aufgehoben. Die Initiative für mehr Demokratie kann sich aufgrund dieses Entscheids gleichberechtigt mit politischen Parteien am Vorwahlkampf zum Bürgerentscheid vom 9. Februar 2014 beteiligen.

**30. Dezember.** Arno Kompatscher, Richard Theiner (beide SVP), Antonio Frena und Carlo Costa (beide PD) unterzeichnen nach zweiwöchigen Verhandlungen ein gemeinsames Abkommen, welches die Grundlage für die Zusammenarbeit beider Parteien in der 15. Südtiroler Landesregierung bilden soll. Neben inhaltlichen Leitlinien wird der personelle Umfang der Landesregierung auf acht Landesräte festgelegt. Sieben davon werden aus den Reihen der SVP entsandt, ein Landesrat der italienischen Sprachgruppe aus den Reihen des PD. Die Wahl der 15. Südtiroler Landesregierung wird im Jänner 2014 vom Südtiroler Landtag vorgenommen.

**17 dicembre.** Graziano Delrio, ministro degli Affari regionali e delle Autonomie, rende noti i nomi delle sei persone designate dal governo Letta a comporre le commissioni paritetiche per le autonomie speciali del Trentino-Alto Adige (Commissione dei sei e dei dodici). Le designazioni da parte del governo riguardano Lorenzo Dellai (Sc), Gianclaudio Bressa (Pd), Brunhilde Platzer (indipendente), Daniel Alfreider (Svp), Franca Penasa (Nuovo centrodestra) e Michele Nicoletti (Pd). Le commissioni paritetiche, che riguardano altri sei membri di nomina regionale, sono state costituite con la promulgazione del secondo statuto di autonomia del 1972. Esse vengono obbligatoriamente coinvolte nell'elaborazione di passaggi di competenze dallo Stato alle autonomie speciali di Trento e di Bolzano.

**27 dicembre.** Il tribunale di Bolzano dichiara ammissibile la richiesta di organizzazione di un referendum presentata dall'Iniziativa per più democrazia il 24 settembre presso il Consiglio provinciale. In questo modo viene annullata la decisione negativa emessa in prima istanza dalla commissione per i procedimenti referendari del 25 ottobre. Grazie a questo verdetto l'Iniziativa per più democrazia può partecipare con riconosciuta dignità alla campagna elettorale per l'interrogazione popolare del 9 febbraio 2014.

**30 dicembre.** Arno Kompatscher, Richard Theiner, Antonio Frena (Pd) e Carlo Costa (Pd) sottoscrivono, dopo due settimane di trattative, un accordo comune che rappresenta la base per la collaborazione dei due partiti alla quindicesima legislatura provinciale. Oltre alle linee guida relative ai contenuti, viene fissata ad otto assessori la composizione della Giunta provinciale. Sette di essi provengono dalle fila della Svp, un assessore di lingua italiana viene designato dalle fila del Pd. L'elezione della quindicesima Giunta provinciale sarà effettuata dal Consiglio provinciale nel gennaio del 2014.

- 3. Essay: Kritische Bewertung des Jahres 2013**  
**Saggio: Sintesi e interpretazione dell'anno politico 2013**

A series of horizontal dashed lines for writing.



**Isabella Cherubini**

**L'elettorato ha sempre ragione**

**Die WählerInnen haben immer recht**

2013 ist im kollektiven Bewusstsein ein Jahr des Wandels.

Es scheint, als hätten alle gemeinsam – Deutsche, Ladiner und Italiener – unabhängig von ihrer sozialen Stellung und Ideologie, ihr eigenes ziviles Bewusstsein verändert. Wir haben uns jetzt alle ein bisschen weiterbewegt. Und wir haben dabei die Parteien hinter uns gelassen.

Das letzte Amtsjahr der Ära Durnwalder war in Wahrheit schon der Anfang einer neuen Zeit. Mehr als zu Ende gegangen ist die Ära Durnwalder zusammengebrochen.

Der Großteil der politischen Akteure hat dies allerdings nicht bemerkt und ist daher anmaßend unvorbereitet zu den Wahlen geschritten.

Den italienischen Wählern zum Beispiel schien es, als würden ihnen schon längst abgelaufene Produkte verkauft. Und sie haben sich daher gar nicht erst zur Wahl begeben. Das Jahr 2013, eingebettet zwischen den italienischen Parlamentswahlen Ende Februar und den Südtiroler Landtagswahlen Ende Oktober, war *das* Wahljahr.

Schon das Wahlergebnis im Februar hat klare Signale gesetzt. Obwohl die SVP es dank der Mehrheitsprämie schaffte, vier Abgeordnete in die Kammer zu entsenden (darunter zum ersten Mal einen Ladiner), hat sie im Vergleich zu 2008 immerhin ein paar Hundert Stimmen verloren. Der PD hat seine Stimmen indes fast halbiert, so auch die italienischen Mitte-rechts-Parteien. Auf der anderen Seite konnten die Freiheitlichen fast 16 Prozent der Stimmen für sich gewinnen (2008 waren sie auf 9,4% gekommen, die Union für Südtirol, die 2013 nicht kandidiert hat, auf 4,2%).

Die Grünen haben gemeinsam mit Sel im Vergleich zum Ergebnis des Bündnisses Sinistra Arcobaleno vom Jahr 2008 5.000 Stimmen dazu gewonnen: Zum ersten Mal zieht ein deutschsprachiger Nicht-SVPler in das italienische Parlament ein. Viele Wähler setzen ihre Hoffnung aber auf neue Zeichen.

So erhält Scelta Civica fast gleich viel Stimmen wie der PdL (6,5%) und auch Südtirol wird vom Phänomen der Fünf-Sterne-Bewegung (fast 25.000 Stimmen: 8,1%) überwältigt. Und im Senatswahlkreis mit dem höchsten Anteil an Italienern – Bozen/Unterland – muss die SVP mit dem PD nicht nur einen Kompromiss für einen italienischen Kandidaten eingehen, sondern ebenso akzeptieren, dass dieser auch von sonst nicht traditionellen Verbündeten wie der Grünen-Sel-Liste mit Wohlwollen angenommen wird. Und der gewählte Francesco Palermo betrachtet sich von Beginn an als ein Unabhängiger.

Im Laufe des Jahres wird der Graben zwischen Parteien und Gesellschaft sichtbarer. So kommt es zur Wahl im Oktober: die Parteien unwissend und unempfindlich gegenüber den Orientierungen und Empfindungen der Wähler. Die politischen



Il 2013 è un anno di spostamento nella coscienza collettiva.

È come se tutti insieme, tedeschi, ladini e italiani, quasi indipendentemente dalla singola collocazione sociale e ideologica, abbiano modificato la propria consapevolezza civile. Ora siamo tutti un po' più in là. E ci siamo lasciati indietro proprio i partiti.

L'ultimo anno dell'era Durnwalder è stato in realtà già il primo di un nuovo tempo.

Più che finire, l'era Durnwalder è crollata.

Gran parte della politica ufficiale però non se ne è accorta ed è arrivata presuntuosamente impreparata all'esame delle urne.

Agli elettori di lingua italiana, per esempio, è proprio sembrato che si volesse vendere loro prodotti già scaduti. E non sono andati al mercato.

Racchiuso fra le politiche di fine febbraio e le provinciali di fine ottobre, il 2013 è stato infatti un anno elettorale.

Già il risultato di febbraio mandava segnali precisi. Se, per effetto del premio di maggioranza, la Svp è riuscita a mandare alla camera quattro deputati (e per la prima volta un ladino) ha perso comunque qualche centinaio di voti rispetto alle politiche del 2008. Il Pd si è quasi dimezzato e così il centro-destra. D'altra parte i Freiheitlichen hanno raccolto quasi il 16 per cento dei voti (nel 2008 erano al 9,4 e l'Union, assente nel 2013, era al 4,2). I Verdi con Sel sono cresciuti di cinquemila voti rispetto al risultato della Sinistra arcobaleno del 2008: per la prima volta entra in parlamento un tedesco non targato Svp. Molti elettori però ripongono speranze in sigle nuove. Scelta civica raccoglie quasi lo stesso numero di voti del Pdl (6,5 per cento) e, anche in Alto Adige, esplose il fenomeno 5 stelle (quasi venticinquemila voti: 8,1 per cento). E poi nel collegio più italiano del senato, quello di Bolzano-Bassa Atesina, la Svp deve accettare non solo il compromesso con il Pd su un nome italiano ma addirittura che questo stesso nome risulti gradito a chi non è tradizionale alleato, cioè la lista Verdi-Sel. E l'eletto Francesco Palermo si considererà da subito un indipendente.

Nel corso dell'anno il solco fra partiti e società si accentua. Si arriva all'appuntamento d'ottobre con i partiti ignari o insensibili rispetto agli orientamenti e alle pulsioni degli elettori. Le forze politiche sembrano convinte ancora di poter aver presa facile in quanto autonominatesi esperte della cosa pubblica.

Kräfte scheinen immer noch überzeugt, ein leichtes Spiel zu haben, da sie sich selbst zu Experten des Gemeinwohls ernannt haben.

Und so kam es zu einer x-ten Neuauflage einer Liste von „verantwortlichen Italienern“, überzeugt davon, es sei genug, sich als solche zu präsentieren, um von der SVP und vor allem von der eigenen Gemeinschaft gewählt zu werden.

Die Rechte hat sich in einzelne Personen aufgespaltet, die sich nur darum zu streiten scheinen, wer der beste Zeuge der Vergangenheit ist.

Die (wenn auch verborgene) Enttäuschung bei der italienischen Regierungspartei war groß: Sie brachte es nicht mal fertig, den meistgewählten Italiener zu stellen.

Mit tausend Stimmen mehr als bei den Landtagswahlen 2008 (aber fast einem Drittel weniger als bei den Parlamentswahlen im Februar) konnte der PD das Debakel der Rechten nicht für sich nutzen. Die Partei konnte sozusagen ihre „unumgängliche Notwendigkeit“ bestätigen, aber auch nicht viel mehr.

Am Ende überwog das Misstrauen und nicht der Protest. Dies betrifft auch die Fünf-Sterne-Bewegung, die aber immerhin in den Landtag einzieht.

Fast jeder zweite Italiener hat nicht gewählt. „Der Wähler hat immer recht“ – lautet die Regel der Demokratie. Folglich waren diese Parteien nicht fähig, sich die Stimmen zu verdienen (auch wenn die ersten unbeugsamen Kommentare von „Wählern, die nichts verstehen“, gesprochen haben).

Die deutschen und ladinischen Parteien waren sich des neuen Klimas des Wandels bewusster, aber auch die SVP erlebte nach den Wahlen Überraschungen und Enttäuschungen. So schafften es Warnungen seitens der Medien nicht, die bereits im Februar verlorenen Stimmen zurückzuholen. Im Gegenteil: Die SVP verlor die absolute Mehrheit im Landtag. Ungefähr 15.000 Stimmen sind verschwunden, ein Teil ist zur liberalen Rechten und den Unabhängigkeitsverfechtern gewandert, der andere Teil in Richtung Grüne.

So kam es, dass eine bekannte Persönlichkeit vom Kaliber eines Elmar Pichler Rolle einfach weggefeigt wurde. Oder dass ein mächtiger Landesrat wie ein Thomas Widmann, der mit allen Teilen der Wirtschaft verbunden ist, stark an Zustimmung verlor. Es kam, dass der Obmann Richard Theiner, von dem man hätte meinen können, er würde hinter dem Landeshauptmann den zweiten Platz besetzen, überholt wurde. Und es kam auch dazu, dass sogar einer der treuesten Männer an der Seite Durnwalders, Florian Mussner, sehr viel an Zustimmung verlor.

Und auf der anderen Seite kommen neue Gesichter zum Vorschein. Die Unterstützung für Exponenten aus weniger „orthodoxen“ Kreisen, wie den Vinschger Sepp Nogger, aber auch der Konsens für den Bozner Dieter Steger wird größer. Arnold Schuler, der vor allem aufgrund seiner relativen Unabhängigkeit und der Wür-

E così si è vista una ennesima riedizione della lista degli “italiani responsabili”, convinti che basti proclamarsi tali per essere scelti dalla Svp e soprattutto dalla propria comunità.

La destra si è frantumata in singoli personaggi che sembravano solo litigarsi la palma di miglior testimone della forza passata.

La delusione è stata grande – anche se celata – anche per il partito italiano di governo che non si è portato a casa neppure l’italiano più votato. Con un migliaio di voti in più rispetto alle provinciali del 2008, ma quasi un terzo dei voti in meno rispetto alle politiche di febbraio, il Pd non ha sfondato sulla *débâcle* della destra. Si è confermata la sua ineluttabile necessità, per così dire, ma niente di più.

E infine la diffidenza ha prevalso sulla protesta anche per il Movimento 5 stelle, che comunque approda in consiglio.

Quasi un italiano su due non ha votato.

La regola della democrazia è che l’elettore ha sempre ragione. Dunque questi partiti non sono stati capaci di meritarsi il voto. (Anche se i primi commenti, irriducibili, parlavano di elettori che non capiscono).

Più consapevoli dell’aria di cambiamento i partiti dell’area tedesca e ladina, anche se per la Svp non sono mancate dall’urna sorprese e delusioni. Gli allarmi lanciati attraverso i media non hanno fatto recuperare i voti persi già a febbraio, anzi. La Svp non ha più la maggioranza assoluta in consiglio. Circa quindicimila dei suoi voti sono sfuggiti, migrando verso la destra liberale e indipendentista da una parte e verso i Verdi dall’altra.

È successo così che uno storico personaggio della nomenclatura come Elmar Pichler Rolle sia stato spazzato via; che un potente assessore ammanicato con tutti gli ambienti che contano dell’economia, come Thomas Widmann, abbia perso sonoramente consensi; che lo stesso Obmann, Richard Theiner, sia stato sorpassato quando logica voleva che fosse secondo dopo il candidato presidente; che abbia perso molti consensi anche l’uomo più silenziosamente fedele a Durnwalder, Florian Mussner.

E d’altra parte invece entrano volti nuovi; aumentano i consensi per gli esponenti di circondari meno ortodossi, il venostano Sepp Noggler, ma anche il bolzanino Dieter Steger; ottiene un clamoroso successo Arnold Schuler, apprezzato per la relativa autonomia delle sue posizioni e per la dignità mostrata nella battaglia interna al partito e poi in consiglio provinciale, quando rifiutò la carica di assessore dopo l’agguato tesogli da una parte dei suoi. Non è un caso che sia stato Presidente del Consorzio dei comuni come il capolista Arno Kompatscher, il cui risultato per altro non

de, die er im internen Parteikampf und später gegenüber der Landesregierung gezeigt hat (als er nach einem internen Hinterhalt das Amt des Landesrats ablehnte), erzielt ein aufsehenerregendes Ergebnis. Es ist kein Zufall, dass er wie der Spitzenkandidat Arno Kompatscher einmal Präsident des Gemeindenverbandes war. Letzterer macht mit seinem eigenen Ergebnis im Vergleich zu früheren Traumergebnissen Durnwalders keineswegs eine schlechte Figur. Die Vertretung im Landtag zeigt nun eine neue Machtverteilung innerhalb der Partei. Mit der Wahl von Leuten, die weniger Teil der „Kaste“ sind, verlangt auch der SVP-Wähler nach Erneuerung.

Viele andere haben hingegen keine Angst mehr davor, das Wohl der eigenen Sprachgruppe zu gefährden, indem sie ihre Stimme anderenorts vergeben. Es ist der Triumph der Freiheitlichen: Sie geben kein unterwürfiges Bild ab. Die Partei setzt sich für die privaten Interessen ein, jedoch zu fairen und durchsichtigeren Spielregeln und plädiert für eine neue Politik, die weltlicher und daher unabhängiger ist. Sie wollen einen Freistaat Südtirol, weil er sich auszahlt.

Aber auch wenn sie aus diesem Ziel eine politische Herzensangelegenheit im Zuge einer idealistischen Vision machen, sammeln sie auf diese Weise neue Stimmen gegen die „Berufspolitiker“ der Sammelpartei, die sie als Opportunisten und als unehrlich verurteilen.

Zwischen den Freiheitlichen und der Süd-Tiroler Freiheit platzieren sich auf der Rangliste die Grünen, die ihr historisch bisher bestes Ergebnis erreichen. 8,7 Prozent der Wähler stimmen für eine soziale und ökologische Alternative, die allerdings hauptsächlich den engagierten Kampf der Grünen im SEL-Skandal belohnt, einen Kampf für mehr Transparenz und das Recht der Kontrolle von unten.

Zuerst war da das lange Tauziehen um die Geheimhaltung der Verträge über die Verwaltung der Wasserkraftwerke, die wichtigsten davon von der Landesregierung ausgearbeitet. Und dann – wie versprochen – die Enthüllung von Betrügereien und geheimen Machenschaften. Die Grünen haben die gesamte Gesellschaft angesprochen, auch die Basis der SVP, die Verwaltungsbeamten der peripheren Gemeinden und sogar die direkt betroffenen Arbeiter und sie haben damit mehr informierte als politische Propaganda gemacht.

Dieser Skandal ist das Symbol einer zusammengebrochenen Ära. Er ist die Enthüllung von immer undemokratischeren und undurchsichtigeren Regierungspraktiken, die die Regeln des Rechtsstaats verletzen, verfälschen und betrügen. Und all das bei einer so großen Sache wie jener der Energiekontrolle. Es ist der schwerwiegendste Skandal in der Geschichte der Autonomie.

Der Schock über die Regierenden ist stark und verschiebt, wie schon zu Beginn angesprochen, das kollektive Bewusstsein.

sfigura davanti al passato consenso oceanico del re Durnwalder. La rappresentanza in consiglio disegna una nuova geografia dei poteri nel partito e nella sua area.

Anche l'elettore Svp chiede dunque rinnovamento, scegliendo i meno coinvolti nella casta.

Molti altri invece non temono più di tradire il bene del proprio gruppo linguistico se spostano i loro voti. È il trionfo dei Freiheitlichen: danno un'immagine di sé non ossequiosa, che legittima l'interesse privato, ma nella trasparenza delle regole valide per tutti, e che rivendica una visione laica, e dunque più libera, della politica in questa terra. Vogliono lo Stato libero del Sudtirolo perché conviene.

Ma anche chi di questo obiettivo ha fatto il cuore dell'azione politica sulla spinta identitaria e ideale, raccoglie voti nuovi contro i "politicanti di mestiere" del partito di raccolta, giudicati opportunisti se non addirittura disonesti.

Fra Freiheitlichen e Süd-Tiroler Freiheit, nella classifica del successo elettorale stanno i Verdi, che toccano il loro massimo storico. C'è un 8,7 per cento dell'elettorato che sceglie un'alternativa sociale ed ecologista, ma che premia soprattutto la battaglia ingaggiata dai Verdi, sullo scandalo Sel, per la trasparenza delle azioni del potere e per il diritto di controllo dal basso. Prima il lungo braccio di ferro sulla segretezza dei contratti economici per la gestione delle centrali idroelettriche, i più importanti stipulati dalla giunta provinciale. E poi, mantenendo le promesse, lo svelamento di inghippi e storture. I Verdi hanno parlato a tutta la società, compresi gli amministratori dei comuni periferici, la base Svp e persino gli stessi addetti ai lavori, facendo informazione ancor prima che propaganda politica.

Questo scandalo è il simbolo del crollo di un'era. È la messa a nudo di pratiche di governo sempre meno democratiche e trasparenti tanto da arrivare alla violazione delle regole dello Stato di diritto, alla falsificazione e all'inganno. E tutto questo su una partita epocale come quella del controllo dell'energia.

È lo scandalo più grave della storia dell'autonomia.

La scossa al regime è forte e, come si diceva all'inizio, sposta la coscienza collettiva.

Nella vicenda dell'energia si concentra un'idea del governo di questa terra e della sua autonomia, che non regge più. Anzi spinge i responsabili all'illegalità e poi alla catastrofe. Le conseguenze concrete sono: vicende giudiziarie, in sede penale e civile, ancora in corso; la questione delle concessioni ancora pericolosamente sospesa; i gravi danni economici che incombono sulla finanza pubblica e quelli già abbattutisi sui comuni danneggiati.

Dieses Ereignis führt eine Regierung dieses Landes und seiner Autonomie vor, die sich nicht mehr trägt. Sie drängt die Verantwortlichen in die Illegalität und danach in eine Katastrophe. Die konkreten Folgen der Handlungen sind noch laufende straf- und zivilrechtliche Anklagen, schwerwiegende noch bevorstehende wirtschaftliche Schäden für die öffentliche Hand sowie für die betroffenen Gemeinden, Konzessionen, die noch ausgesetzt sind.

Aber es gibt noch weitere Konsequenzen. Das Thema Energie hat die gesamte Legislaturperiode betroffen und kann sogar als einer der „roten Fäden“ in Durnwalders interner Verwaltung bezeichnet werden (die Landesenergiegesellschaft SEL wurde 1998 gegründet).

Die Justiz auf der einen Seite und die vom Landtag in den letzten Monaten der Legislaturperiode ins Leben gerufene Untersuchungskommission auf der anderen Seite haben das Bild der illegalen Machenschaften und des Machtmissbrauchs rekonstruiert. Die Richter haben die Verantwortlichen der einzelnen Vergehen identifiziert und verurteilt, doch für alle war klar, dass diese in einem spezifischen Machtkontext und gemäß eines politischen Schemas gehandelt haben. Der Mann dieses Schemas ist damit politisch am Ende.

Es handelt sich hierbei um eine Frage der Ehre: Der zuständige Landesrat und der Direktor der Landesenergiegesellschaft haben Papiere gefälscht, um den Ausgang des Wettbewerbs um die zentralen Konzessionen abzuändern.

Der Betrieb wurde unvorsichtig und kurzsichtig verwaltet: Die SEL schloss halsabschneiderische Verträge mit den Energiegiganten ab, die sie einem hohen Finanzrisiko aussetzten – in der Überzeugung, dass es kein drittes Organ gab, das über den Wettbewerb zu entscheiden hatte, vielmehr würde das der Eigentümer der SEL tun – die Provinz. Und dass der Schiedsrichter gleichzeitig auch Mitbewerber war, ist von zweifelhafter Rechtmäßigkeit.

Vor allem handelte es sich aber um eine politische Angelegenheit: Die SEL wollte, ja musste sogar die Konzessionen gewinnen, aber an jedem Wettbewerb nahmen öffentliche Gesellschaften wie die Gemeinden teil. Dazu gehörte beispielsweise die historische Etschwerke AG von Bozen und Meran (Azienda Energetica S.p.A.), ein lokal verankerter Betrieb des Landes. Provinz und Gemeinden traten gegeneinander an, ohne dabei auf die Werte der Autonomie Rücksicht zu nehmen.

Durnwalder und seine Leute haben ihre Macht ungeniert und arrogant in Anspruch genommen und damit der Demokratie, der Wirtschaft und der Autonomie der Gemeinden geschadet, sowie das Vertrauen der Bürger missbraucht. Das legitime Ziel, die Ressourcen des Landes verstärkt zu kontrollieren, wurde hoffnungslos

Ma ci sono anche altre conseguenze. La partita dell'energia ha occupato l'intera legislatura, anzi è uno dei fili rossi dell'intera gestione Durnwalder (la Sel, la società elettrica provinciale, nasce nel 1998).

La magistratura da una parte e la commissione d'inchiesta istituita dal consiglio provinciale negli ultimi mesi della legislatura dall'altra, hanno ricostruito il quadro delle illegalità e degli abusi di potere. I magistrati hanno individuato e condannato i responsabili concreti dei singoli reati, ma per chiunque è stato chiaro che questi hanno agito in un preciso contesto di potere e a latere di un disegno politico. L'uomo di questo disegno è dunque politicamente finito.

C'è una questione morale: l'assessore responsabile e il direttore dell'azienda pubblica dell'energia hanno falsificato le carte per modificare l'esito delle gare per le concessioni delle centrali.

C'è imperizia e miopia di gestione: Sel stringe accordi capestro con i colossi dell'energia, ad alto rischio finanziario, confidando sul fatto che non ci sia un organo terzo che deciderà la gara, ma che a scegliere sarà la proprietaria di Sel, la Provincia.

E che l'arbitro sia anche concorrente è di dubbia legittimità.

Ma c'è soprattutto una questione politica. Sel voleva e doveva vincere le concessioni, ma in tutte le gare concorrevano società pubbliche formate dai comuni, fra cui la storica Aew di Bolzano e Merano (Azienda energetica Spa – Etschwerke AG), espressioni cioè del governo locale del territorio. Era la Provincia contro i comuni. A dispetto dei valori dell'autonomia.

C'è stata dunque una disinvolta e arrogante gestione del potere da parte di Durnwalder e dei suoi, a danno delle regole democratiche, del rapporto di fiducia con i cittadini e soprattutto dell'economia e dell'autonomia dei comuni. Il fine legittimo di un maggior controllo delle risorse del territorio è irrimediabilmente oscurato e rimane solo il tentativo di autocelebrazione di chi comanda.

Tutto questo è stato capito dagli elettori, più profondamente di quanto sembri.

Ci sono intere comunità offese nel loro desiderio di autogoverno e possibilità di gestione delle risorse. Ci sono tanti delusi dal grande Durnwalder, burbero, ma gioviale; furbo ma ricco di buon senso; difensore del suo popolo, ma sovrano di tutti: un'immagine per la verità accreditata soprattutto fra gli italiani (e probabilmente quel migliaio di voti Svp scomparsi nel nulla sono proprio degli italiani che in passato avevano fatto il grande passo di votare il solido partito di governo). Ci sono i tanti scandalizzati, che mai avrebbero pensato ad una edizione di poteri collusi in

in den Hintergrund gerückt und diente nur mehr der Selbstverherrlichung derjenigen, die an der Macht waren.

Die Wähler haben all das verstanden, sogar mehr, als es schien. Ganze Gemeinden wurden in ihrem Wunsch nach Selbstverwaltung und der Möglichkeit, die eigenen Ressourcen selbst zu verwalten, verletzt. Viele sind vom großen Durnwalder enttäuscht: mürrisch, aber dennoch gesellig, schlau, aber mit gesundem Hausverstand, Beschützer seines Volkes, aber dennoch allen überlegen. Dieses Bild ist in Wirklichkeit vor allem bei den Italienern verbreitet (wahrscheinlich sind genau ihnen, die in der Vergangenheit den großen Schritt gemacht hatten, die solide Regierungspartei zu wählen, die tausend Stimmen anzurechnen, welche der SVP verloren gegangen sind). Viele sind erschüttert, hätten eine solche Machtverstrickung in Bozner Ausgabe niemals für möglich gehalten, da ja das letzte tragfähige Argument zum Schutz der Autonomie immer das Folgende gewesen war: Wir verhalten uns ganz anders. Und vor allem gibt es nun immer mehr Menschen, die den personellen und zentralistischen Führungsstil Durnwalders für überholt erachten. Vertreter aus der Wirtschaft und den Interessengruppen, aber auch Personen der lokalen Verwaltungsebene und Vertreter der Provinz, Bürgerinitiativen und Vereine plädieren für eine neue Ära, sowohl in Bezug auf mehr Liberalismus als auch auf mehr direkte Beteiligung vonseiten der Basis (Die Tageszeitung Dolomiten macht auf diesen Unmut aufmerksam und kritisiert den Leader).

In der italienischen Welt überwiegt somit ein negatives Urteil über die Vorschlagsmöglichkeiten und die effektive Macht der Politik. In der deutschen Welt Südtirols sieht es anders aus.

Der Wunsch nach einem Freistaat Südtirols wird immer konkreter, auch in Kreisen, die dagegen immun schienen. Dazu beigetragen hat sicher auch, dass das Image Italiens unter Berlusconi auf internationaler Ebene stark beschädigt wurde, aber auch die Wirtschaftskrise, die für nachfolgende Regierungen fast unbezwingbar scheint.

Innerhalb der SVP hat die Nachfolge Durnwalders schon seit geraumer Zeit den Zusammenhalt und das gegenseitige Vertrauen stark auf die Probe gestellt. Es fehlt die Rolle des starken Mediators und unterschiedliche Interessen prallen aufeinander.

Der neue Mann, Arno Kompatscher, entsprach durch seine Funktion als Präsident des Gemeindenverbandes dem Verlangen nach Unabhängigkeit und konnte zudem durch seine Dialogfähigkeit überzeugen. Es war jedoch mehr die Schwäche der gesamten Partei als seine persönliche Stärke, die ihn so weit gebracht hat („König ohne Königreich“ lautete die Schlagzeile der Wochenzeitschrift FF nach den Wahlen). Der Obmann Richard Theiner hat auf das Duell bei den Vorwahlen



salsa bolzanina, quando l'ultimo argomento forte in difesa dell'autonomia era sempre stato: noi ci comportiamo in modo diverso. E soprattutto si è allargata notevolmente l'area di chi pensa che il modo di governare di Luis Durnwalder, personalistico e accentratore, abbia fatto il suo tempo. Settori dell'economia e gruppi di interesse, ma anche livelli di base dell'amministrazione locale e funzionari provinciali, oltre a iniziative civiche e associazioni, premono per un'aria nuova, sia in senso liberale che di una maggior partecipazione dal basso. (Il quotidiano "Dolomiten" raccoglie questi malumori e martella il leader).

Così, se nel mondo italiano vince un giudizio negativo sulle capacità di proposta e di potere reale della classe politica, nel mondo di lingua tedesca si scalpita.

E fra l'altro prende sempre più piede, anche in ceti che ne sembravano immuni, il sogno di uno Stato libero del Sudtirolo, anche sotto la spinta del grave scadimento d'immagine a livello internazionale dell'Italia di Berlusconi e della crisi economica che sembra ingestibile per i governi successivi.

Dentro la Svp la successione a Durnwalder ha minato da tempo la coesione e la fiducia reciproca. Non c'è più la figura forte di mediazione e gli interessi si scontrano.

L'uomo nuovo, Arno Kompatscher, è certo stato spinto in alto da quella rivendicazione d'autonomia che ha rappresentato con i comuni e per merito di un'affabile capacità di dialogo. Ma quasi più da una debolezza dell'intero partito che da una vera forza personale ("re senza regno" titolava la copertina del settimanale "ff" dopo le elezioni). L'Obmann Richard Theiner ha rinunciato al confronto con lui nelle primarie. Certo temeva un risultato troppo esplicito per lui, ma evitando così di mettere a nudo le reali differenze, si è riservato mano libera per il futuro, cioè l'opportunità di alleanze mobili ed un'eventuale possibilità di giocare il partito contro scelte innovative.

Durante la campagna elettorale Kompatscher veniva indicato come il simbolo del nuovo, ma contemporaneamente lasciato da solo. Chi conta sono sempre i soliti, era il messaggio in campagna elettorale. Come abbiamo visto però, una parte consistente degli elettori si è ribellata. Kompatscher, che in nessun senso potrà mai essere un Durnwalder, sale alla guida di un partito che ha subito perdite pesanti e non sembra ancora pronto né a cedere spazio reale ad altri nel governo, né a darsi con coraggio un volto nuovo, eliminando magari vecchi personaggi pur molto potenti. Il re senza regno rischia la paralisi sotto veti incrociati e ricatti. Una raggelante lotta intestina sembra dunque la prima reazione al travaglio prodotto proprio da quella trasformazione nel sentire comune della società di cui abbiamo detto.

verzichtet. Er hatte sicherlich Angst vor einem eindeutigen Ergebnis und hat es somit unterlassen, die wahren Unterschiede aufzudecken; dadurch hat er sich Spielraum für die Zukunft gelassen: die Möglichkeit für freie Bündnisse sowie die eventuelle Chance, die Partei gegen innovative Entscheidungen auszuspielen.

Während der Wahlkampagne wurde Kompatscher als Symbol der Erneuerung dargestellt, zugleich aber auch allein gelassen. Es haben immer dieselben etwas zu sagen, das war die Moral, die sich während der Wahlkampagne herauskristallisiert hat. Wie wir jedoch mit ansehen konnten, hat sich ein beträchtlicher Teil der Wähler dagegen aufgelehnt. Kompatscher wird zwar in keiner Hinsicht je ein Durnwalder sein, ist jedoch an die Spitze einer Partei getreten, die sofort große Einbußen verzeichnen musste. Die Partei scheint weder in der Lage, anderen Parteien einen Spielraum in der Regierung einzuräumen, noch sich selbst ein neues Image zu verschaffen, indem sie etwa alt eingessene, aber noch immer sehr mächtige Persönlichkeiten beseitigt. Der „König ohne Königreich“ riskiert einen Stillstand aufgrund von Vetos und Erpressungen. Ein eiskalter innerer Kampf scheint somit die erste Reaktion auf diese Schweregeburt, die durch die Veränderung im Gemeinverständnis, von der wir bereits gesprochen haben, initiiert wurde.

Die Tatsache, dass sich die Bürger des Landes Südtirol, sei es, weil sie enttäuscht oder misstrauisch sind, sei es, weil sie von neuen Bedürfnissen geleitet werden, nicht mehr auf den großen Vater verlassen, hat dem neuen Landeshauptmann sicher geholfen. Und zugleich auch die Tatsache, dass die Interessengruppen oder die Gemeinschaft einen Hoffnungsschimmer für eine Politik sehen, die stärker auf Einvernehmen setzt.

Mehr Weltlichkeit und der Verzicht auf Ideologien, mehr Mut und die Beschreibung von neuen Pfaden, mehr Vertrauen in die Bürger durch das Aufgeben der zentralistischen Kontrolle, mehr Mitbestimmung und Transparenz bei der Verwaltung der Politik, sodass nicht immer nur dieselben Personen bevorzugt werden: Das sind die Forderungen, die alle verbinden, egal ob sie links, rechts oder überhaupt nicht mehr wählen.

A favore del nuovo presidente sta il fatto che, che siano delusi o diffidenti o spinti da nuovi bisogni, i cittadini della Provincia di Bolzano non pensino più di affidarsi ad un grande padre. E che gruppi di interesse o comunità vedano aprirsi spiragli per una politica di maggior concertazione.

Più laicità, con l'abbandono di bandiere ideologiche; più coraggio, con lo sperimentare strade inedite; più fiducia nei cittadini, con l'abbandono di un controllo accentratore; più compartecipazione e più trasparenza nella gestione della cosa pubblica così che non siano avvantaggiati sempre i soliti gruppi di potere: questa è la richiesta che accomuna chi vota a destra, chi vota a sinistra e chi non vota più.

## Abstracts

### The electorate is always right

The year 2013 marked a shift in the collective consciousness. Only a few parties, even if capturing different aspects, have understood this: Not those of the Italian language group, who proposed stale reasoning again – losing a lot of voters. Not even the SVP, which exited from the ballot box thrashing, dazed and, both beforehand and afterwards, blocked by an internal struggle. Their new man is as a “king without a kingdom.”

The symbol of the collapse of the Durnwalder era is the SEL scandal, which marked the failure of centralized management of the autonomy and brought the arrogance and incompetence of the ruling class into the open. More co-partnership and more confidence in the people, more transparency in the management of power, more courage towards the new, and more laity against ideological barriers: this is what people are asking for, whether they vote right, left or don't vote anymore.

## I litadëures à for rejon

L 2013 à dat sèni de n spustamënt dla cuscienza coletiva. Mé n valgun partic, nce sce i à tēut su aspec defrēnc, l à capì. Nia chēi de rujeneda taliana, che à purtà dant inò logiches da zacan y à perdù trup litadëures. Nianca la SVP che se l' à paieda a unì ora dla urnes, fova cëurna y dant y do blucheda da na batalia interna. Si èl nuef ie nsci n “rè zënza rēni”.

L simbol dl jì ndalauter dl'era Durnwalder ie l scandal dla SEL, che à senià l falimënt de na gestion zentraliseda dl' autonomia y à purtà a lum aruganza y ncumpetënza dla tlas che governea.

Deplù partezipazion y deplù crëta ti zitadins, deplù trasparënza tla gestion dl pudēi, deplù snait de vieres dl nuef y deplù laizità contra mures ideologics. Chësc se damanda chēi che lita a man drëta, chēi che lita a man ciancia y chēi che ne lita nia plu.

**4. Das Wahljahr 2013**  
**L'anno delle elezioni 2013**

A series of horizontal dashed lines for writing.

Ulrich Ladurner

# Vorwahlen als Nominierungsverfahren in der Parteienlandschaft Südtirols

Rahmenbedingungen, Zielsetzungen und Analyse der Ergebnisse

## 1. Einleitung

In den letzten Jahren etablierten sich in Südtirol Vorwahlen als Instrument der Mitbestimmung immer stärker. Diese Entwicklung wird anhand einer kritischen Analyse untersucht, wobei Schwierigkeiten und die von den Parteien bezweckten Ziele aufgezeigt werden sollen.

Eingangs wird durch eine kurze theoretische Einleitung, mit Definitionsversuch, Vorwahltypunterscheidung und Beschreibung der Zielsetzungen an dieses aus Amerika importierte partizipativ-unmittelbar demokratische Instrument herangeführt. Anschließend wird die italienische Problematik der legislativen Verankerung der Rahmenbedingungen von fakultativen Vorwahlen als Hilfsmittel für private Vorwahlen sowie das Regionalwahlgesetz der Toskana, dessen Prinzipien auch für Südtirol von Interesse sein können, beschrieben.

Im Hauptteil dieser Arbeit sind die Erfahrungen der Südtiroler Parteien, insbesondere der Südtiroler Volkspartei (SVP), beschrieben. Obwohl die ursprünglichen Zielsetzungen der Erfinder<sup>1</sup> der Vorwahlen, dem *Progressive Reform Movement*, die demokratisch-hegemoniale Stellung der SVP als ethnische *catch-all-party* ei-

gentlich gefährden würden, entschied diese sich trotzdem, Vorwahlen zu organisieren. Ihr gelang es geschlossene Vorwahlmodelle erfolgreich als politisches Instrument, welches von programmatischen und inhaltlichen Krisen abzulenken vermag, anzuwenden.

In Italien unternahm der Partito Democratico (PD) im Sinne des *dinamismo locale* auf subnationaler Ebene die ersten Vorwahlversuche. Daraus schließende Erfolge bei den allgemeinen Wahlen führten 2005 zu nationalen Vorwahlen für die Nominierung des Ministerpräsidentenskandidaten des Mitte-links-Bündnisses. Als die SVP für die Kandidatennominierung der EU-Wahlen geschlossene Vorwahlen abhielt, etablierte sich dieses Nominierungsverfahren auch in Südtirol, sodass 2013 für die Landtags- und Parlamentswahlen vier Südtiroler Parteien Vorwahlen abhielten: SVP, PD, Grüne-Verdi-Vërc (Grüne) und Movimento 5 Stelle (M5S). Die Erfahrungen dieser vier Parteien werden kritisch anhand der Wahlordnungen analysiert und nach ihrem Erfolg beurteilt.

Zudem werden folgende Hauptargumente der theoretischen Zielsetzungen von Vorwahlen an den Südtiroler Erfahrungen, insbesondere der SVP, geprüft, wodurch deren Motivation und politische Strategie verifiziert werden sollen:

- Erhöhung der Wählerbindung,
- Erweiterung und Gleichstellung des Kandidatenfeldes,
- Einbindung des gesamten Wahlkörpers, einschließlich politischer Minderheiten und der Zivilgesellschaft,
- Öffnung des Kandidatennominierungsprozesses,
- Verringerung des Einflusses der Partieliten bei der Listenerstellung und mehr Transparenz (Plasser 1992, 11; Marra 1995, 87).

## 2. Vorwahlen als theoretisches Vertretungskonzept

Die ersten Erfahrungen mit diesem partizipativen Nominierungsprozess gehen in das Amerika des 17. Jahrhunderts zurück. In ihrer heutigen Form als modernes Vertretungskonzept, gibt es die *primaries* jedoch erst seit knapp 100 Jahren. Die Erfinder der modernen Vorwahlen wollten mit deren Etablierung eine Öffnung des Kandidatennominierungsprozesses erreichen und dadurch den Einfluss der Partieliten vermindern (Magiera 1971, 45). Das demokratische System sollte nicht von bürokratischen Strukturen wie Parteien beherrscht werden, da diese nach egozentrischen Spielregeln agieren und somit der Wählerwille verzerrt würde (Melchionda 2005, 17). *Primaries* sollten das optimale Allheilmittel sein, um neue gesellschaft-



liche Fragen zu bewältigen. Obligatorische Vorwahlen sollten die Quasi-Einparteiensysteme der Südstaaten aufbrechen, partizipationsfördernd sein sowie exklusive Funktionärszirkel mit politischen *self starters* austauschen (Plasser 1992).

Heute sind Vorwahlen weltweit und seit einigen Jahren auch in Südtirol bedeutend. Jedoch kann nicht jede von Parteien breit angelegte Personalentscheidung als Vorwahl per definitionem bezeichnet werden. Vorwahlen sind Wahlverfahren zur Auswahl von Kandidaten für darauffolgende allgemeine Wahlen, an denen unter bestimmten Voraussetzungen derselbe Wahlkörper teilnehmen kann. Als Vorwahlen bezeichnet man demzufolge Abstimmungen über eine Kandidatenfindung, an welcher alle Interessierten, die akzeptieren, sich in Registrierungslisten eintragen zu lassen und ihre Absicht der Ausübung des aktiven Wahlrechts kundtun, teilnehmen können. Nicht jede parteiinterne Abstimmung gilt als Vorwahl, denn Vorwahlen sind grundsätzlich frei, offen und öffentlich ausgelegt. Alle in Südtirol abgehaltenen Vorwahlen sind private, von Parteien und nicht öffentlich organisierte Vorwahlen. Öffentliche Vorwahlen, welche durch die öffentliche Verwaltung organisiert und reglementiert werden, finden in Europa nur in der Region Toskana statt, welche hierfür ein eigenes Vorwahlgesetz erlassen hat. Weiters wird neben der Unterscheidung von kollegialen oder monokratischen, Partei- beziehungsweise Koalitionsvorwahlen aufgrund der Voraussetzungen für das aktive Wahlrecht zwischen offenen und geschlossenen Vorwahlen unterschieden. Geschlossene Vorwahlen, wie jene der SVP, setzen eine Parteimitgliedschaft voraus. Offene Vorwahlen hingegen stehen dem gesamten Wahlkörper der allgemeinen Wahlen offen. Die Vorwahlen des PD und der Grünen werden hingegen als halbgeschlossene (Teilnahme parteiunabhängiger Wähler mittels Registrierung) beziehungsweise halboffene Vorwahlen bezeichnet (Übereinstimmungsbekundung mit dem Wahlprogramm) (Fusaro 2006, 44).

Um zu verstehen, warum Parteien eine ihrer wichtigsten Aufgaben, die Nominierung von Kandidaten für politische Wahlen, an einen mehr oder weniger offenen und oft autonom entscheidenden Wahlkörper delegieren, ist es wichtig, die Zielsetzungen von Vorwahlen zu kennen. Solche sind die Auswahl der geeignetsten Kandidaten, die Gleichstellung derselben hinsichtlich Wahlkampfbedingungen und Wahlkampf voraussetzungen, die Mobilisierung des Wahlkörpers zu einem Konsens, die Verringerung des Einflusses der Parteistrukturen durch höhere Partizipation und die Einbindung von Interessenvertretungen sowie Öffnung zu einem transparenteren Entscheidungsprozess (Marra 1995). Abseits dieser theoretischen Aufarbeitung sind im effektiven Entscheidungsprozess jedoch oft die in Aussicht gestellte Lösung eines Problems oder der etwaig beabsichtigte Zweck, die angestrebte Wahlbeteili-

gung, die allgemeine politische Situation oder etwa der Einfluss bestimmter Parteistömungen, ausschlaggebend. Die spätere Auswahl der Kandidaten fußt häufig auf der Basis von Umfragewerten, welche nicht immer zutreffend sein müssen und oft nicht unter allen potentiellen Kandidaten durchgeführt werden. Es bleibt ein Mittelweg zwischen Vertrauen in Umfragen, Einfluss des Parteiapparates und Öffnung hin zur Gesellschaft zu suchen. Zum Beispiel könnte eine *Office-seeking*- oder *Voter-seeking*-Partei mit Sicherheit offene und möglichst unkontrollierte Vorwahlen abhalten, da sie eine durch eine möglichst breite und somit für die allgemeinen Wahlen repräsentative Wählerbasis auserkorene Kandidatenfindung sucht. Eine etablierte Partei mit starker Parteistruktur hingegen muss parteiinterne Entscheidungswege respektieren und entsprechend Parteigremien und -mitglieder einbinden (Florida 2009, 17).

## 2.1 Rechtliche Rahmenbedingungen

Die politischen Parteien sind unverzichtbare Institutionen eines demokratischen politischen Systems. Auch das italienische politische System wird maßgeblich von politischen Parteien geprägt (Gambino 2006). Schon 1948 stellte die verfassungsgebende Versammlung mit der Formulierung des Artikels 49 der Verfassung die maßgeblichen Weichen zur Teilhabe der Bürger durch Parteien. Parteien sollen die politische Willensbildung und Beteiligung der Bürger sichern, hierfür nehmen sie an Wahlen teil und versuchen gleichgelagerte Interessen zu konzentrieren und zu artikulieren, sodass ihnen eine wichtige Funktion als Bindeglied zwischen Staatsvolk und Volksvertretung (Parteienstaatlichkeit) zukommt (Riz 2003, 189). In Italien ist politische Willensbildung außerhalb der Parteienstrukturen nur begrenzt möglich, da nur ihnen, als im Sinne des Zivilgesetzbuches privatrechtlich nicht anerkannte Vereinigungen, eine Teilnahme am Wettbewerb um politische Mandate möglich ist (Fusaro 2006).

Inwieweit politischen Parteien durch gesetzliche Bestimmung die Abhaltung von Vorwahlen oder deren Ablauf vorgegeben werden kann, um bestimmte Mindeststandards an Transparenz, Chancengleichheit, Wahlwerbung oder Ähnlichem zu garantieren, bedarf einer kurzen Vertiefung. Vorweggenommen wird, dass es keinen Rechtsanspruch auf eine passive Kandidatur gibt.<sup>2</sup> Zudem obliegt es dem Gesetzgeber, Regeln zur Erstellung der zu hinterlegenden Listen zu erlassen, um verfassungsrechtliche Prinzipien zu schützen,<sup>3</sup> beispielsweise das Geschlechterverhältnis.<sup>4</sup> Auch Carlo Fusaro interpretiert hieraus die generelle Möglichkeit legisla-

tiver Vorgaben zur Listenerstellung: „*ai fini della promozione di principi e valori costituzionalmente riconosciuti e/o rilevanti, il legislatore può imporre modalità e vincoli relativi alla presentazione delle candidature a cariche elettive*“ (Fusaro 2006, 52). Demnach ist eine gesetzliche Reglementierung von öffentlichen oder privaten Vorwahlen möglich.

In der verfassungsgebenden Versammlung gab es das Interesse, eine normative Institutionalisierung der Parteien vorzunehmen. Ziel war es, die Aufgaben und internen Abläufe der Parteien zu reglementieren und demokratiepolitische Garantien zu setzen. Doch diese und auch spätere Versuche, wie in den 80er-Jahren in der *Commissione Bozzi*, Vorwahlen zu normieren (Moschella 1995, 36; Anastasi 2009) oder Pierluigi Castagnettis Vorstoß zu obligatorischen Vorwahlen sowie der letzte Anlauf 2011 des PD,<sup>5</sup> einen Teil der Parteienfinanzierung an die Abhaltung von Vorwahlen zu koppeln, scheiterten.

## 2.2 Regionalwahlgesetz der Toskana als Vorbild

Der Erkenntnis nach, dass Vorwahlen verfassungsrechtlich nicht obligatorisch vorgeschrieben werden können, sondern nur ein legislatives Rahmenwerk von Mindeststandards fakultativer Vorwahlen vorzugeben ist, erließ die Region Toskana das europaweit erste Vorwahlgesetz. 1999 erhielten die Regionen die legislative Zuständigkeit für ihre Wahlgesetze. Mit dem Regionalgesetz Nr. 70/2004 wurde in der Toskana somit der Versuch unternommen, Rahmenbedingungen für fakultative Vorwahlen zu erstellen. Dieses für Vorwahlen beispielhafte Wahlgesetz versucht den politischen Parteien Hilfestellungen zu geben und fördert somit die Abhaltung von Vorwahlen. Da manche der Argumente auch für ein neues Südtiroler Wahlgesetz Interesse finden könnten, werden die Eckpfeiler kurz beschrieben:

Jeder Wahllisteneinbringer, politische Parteien und Bündnisse, können unter Vorweis einer bestimmten Unterschriftenanzahl in zumindest sechs Wahlsprengeln Kandidaten für die Wahl zum Regionalrat mittels der für alle zeitgleich stattfindenden Vorwahlabstimmungen ermitteln. Als Basismodell gelten offene Vorwahlen unter allen in den entsprechenden Wählerlisten eingetragenen Personen. Jedoch besteht auch die Möglichkeit, halboffene beziehungsweise halbgeschlossene Vorwahlen mittels von den Parteien erstellten Wählerlisten durchzuführen. Für die Ermittlung der an den Vorwahlen teilnehmenden Kandidaten obliegt es jeder Partei, parteiinterne Reglements zu beschließen. Da bei den allgemeinen Regionalwahlen zwischen Regionalkandidaten und Wahlsprengelkandidaten unterschieden wird, gibt

es auch für die Vorwahlen eine derartige Unterscheidung. Regionalkandidaten sind die Spitzenvertreter der einzelnen Parteien, während die auf der Wahlliste der allgemeinen Wahlen nachgereihten Kandidaten aus den Wahlsprengelvorwahlen kommen. Jede Partei kann bei den Vorwahlen geschlechterparitätisch zwischen zwei und zehn Regionalkandidaten nominieren. Die Anzahl der Wahlsprengelkandidaten darf höchstens doppelt so hoch wie die hierfür vorgesehenen Listenplätze bei den allgemeinen Regionalwahlen sein. Bei den Wahlsprengelkandidaten muss eine Geschlechterquote von einem Drittel eingehalten werden. Die Kandidatenreihung ist geschlechteralternierend. Für die Vorwahlliste des Amtes des Präsidenten der Region sind zwei oder drei Kandidaten zulässig, welche nicht zugleich Regionalratskandidaten sein dürfen. Das Wahldatum für alle gleichzeitig stattfindenden Vorwahlen wird vom Präsidenten der Region zumindest zehn Sonntage vor den allgemeinen Wahlen festgesetzt. Innerhalb von zwanzig Tagen nach Festsetzung des Wahldatums müssen alle Vorwahlen abhaltenden Parteien und Wahlbündnisse dem Wahlamt der Region ihr Listenzeichen, die Kandidatenlisten, eine parteiinterne Verordnung, welche einen Verhaltenskodex und Wahlkampfeinschränkungen mit entsprechenden Sanktionen vorgibt, sowie einen Kriterienkatalog für Chancengleichheit der Geschlechter übermitteln und eine Kaution in Höhe von 5.000 Euro einzahlen.

Zur Bekanntmachung der Vorwahlen veranlasst der Präsident der Region entsprechende Veröffentlichungen in lokalen Zeitungen und anderen Medien. Den Gemeinden wird die operative Abhaltung und Organisation der Vorwahlen übertragen, wobei die Region die anfallenden Spesen übernimmt. Diese müssen auch eine den Wahlberechtigten entsprechende Anzahl von Wahllokalen, welche vorwiegend in öffentlichen Räumen sein sollten, zur Verfügung stellen sowie die Präsidenten und andere Mitarbeiter der Wahlsektionen ernennen. Unter Vorzeigen eines gültigen Personalausweises können alle Wahlberechtigten der allgemeinen Wahlen an den Vorwahlen teilnehmen. Ein Wahlkollegium, welches über die ordnungsgemäße Abhaltung und Organisation der Vorwahlen wacht, wird mit Zweidrittelmehrheit des Regionalrates eingesetzt. Zudem obliegt es dem Wahlkollegium für die Einhaltung der Wahlergebnisse zu sorgen und entsprechende Bekanntmachungen im Amtsblatt der Region zu veröffentlichen beziehungsweise über die Rückerstattung der Kaution zu verfügen (Florida 2006; Fusaro 2006).

Wenn dieses Gesetz auch auf Schwierigkeiten wie die Datenschutzbestimmungen oder die mangelnde *par condicio* stößt, könnte es trotzdem als Ausgangspunkt für andere Regionen oder autonome Provinzen dienen. Grundsätzlich sollten jedenfalls auch in Südtirol Rahmenbedingungen und Mindeststandards, sei es für

offene als auch für geschlossene Vorwahlen, geschaffen werden, um eine ordnungsgemäße Abhaltung für alle Beteiligten zu garantieren.

### 3. Vorwahlen in Italien

Die ersten Vorwahlen Italiens wurden Ende des 20. Jahrhunderts auf lokaler Ebene erprobt. Diese Entwicklung von der subnationalen zur nationalen Ebene ist für Italien untypisch, da Entwicklungen dieser Art gewöhnlich zentralistisch waren. Hauptgrund dieses *dinamismo locale* waren die Wahlrechtsreformen für Gemeinden und Regionen. Durch die Einführung der Direktwahl der Bürgermeister und der Präsidenten der Regionen stieg der Einfluss des Wahlkörpers und die Parteien waren gefordert, starke Spitzenkandidaten zu nominieren, wofür Vorwahlen als geeignet erschienen.

Bei den römischen Regionalratswahlen 1998 experimentierte Alleanza Nazionale (AN) als erste italienische Partei mit dem Instrument der Vorwahlen. AN organisierte damals Vorwahlen für die Kandidaten der Regionalratsabgeordneten, nicht aber für den Präsidenten der Region. Die Wahlkoalition Ulivo führte im selben Jahr zum ersten Mal, mit einer Wahlbeteiligung von 20.000 Wählern, Vorwahlen für ein monokratisches Organ, das Amt des Bürgermeisters von Bologna, durch. Interessanter waren die Vorwahlen des Mitte-links-Bündnisses vom Januar 2005 in Apulien. Der Koalitionspartner Partito della Rifondazione Comunista (PRC) war mit dem designierten Spitzenkandidaten der Koalition nicht einverstanden und drängte auf die Abhaltung von Vorwahlen. Rund 80.000 Wähler nahmen an diesen halboffenen Vorwahlen teil, aus welchen Nichi Vendola, der Kandidat der Kommunisten, knapp als Wahlsieger hervorging. Dabei gelang es dem PRC besser seine Anhänger zu mobilisieren, da sie einen punktuelleren und ideologischeren Wahlkampf führten. Bei den allgemeinen Wahlen konnte Nichi Vendolas Koalition einen enormen Stimmenzuwachs verzeichnen, was Wahlanalysen zufolge auf die Vorwahlen zurückzuführen war (Rossi/Gori 2008).

Nach diesen Anfängen kam es im Herbst 2005 zu den ersten Vorwahlen auf nationaler Ebene. Das Bündnis Unione ermittelte ihren Kandidaten für das Amt des Ministerpräsidenten per Vorwahlen. Nach dem Erfolg bei den allgemeinen Wahlen – Vorwahlsieger Romano Prodi wurde Ministerpräsident – hielt das Mitte-links-Bündnis immer wieder Vorwahlen ab.

Seither wurde eine Reihe von Vorwahlen durchgeführt, hierzu eine Übersicht zu einigen der wichtigsten Vorwahlen Italiens:

**Tab. 1: Übersicht Vorwahlen in Italien**

Datum	Ort	Partei/ Wahlbündnis	Wahl- beteiligung	Amt	Wahlsieger
11.2004	Kalabrien	Unione		Präsident der Region	Agazio Loiero
1.2005	Apulien	Unione	ca. 80.000	Präsident der Region	Nichi Vendola
2.2005	Toskana	Democratici di Sinistra		Regionalrat	
10.2005		Unione	4.300.000	Ministerpräsident	Romano Prodi
12.2005	Sizilien	Unione		Präsident der Region	Rita Borsellino
1.2006	Rom	Unione		Bürgermeister	Bruno Ferrante
2.2007	Genua	Unione	35.500	Bürgermeister	Marta Vincenzi
2.2007	Palermo	Unione		Bürgermeister	Leoluca Orlando
10.2007		Partito Democratico	3.550.000	Parteisekretär	Walter Veltroni
10.2007		Partito Democratico	3.550.000	Parteisekretäre der Regionen	
12.2008	Bologna	Partito Democratico	25.000	Bürgermeister	Flavio Delbono
2.2009	Florenz	Partito Democratico	37.000	Bürgermeister	Matteo Renzi
10.2009		Partito Democratico	3.100.000	Parteisekretär	Pier Luigi Bersani
10.2009		Partito Democratico	3.100.000	Parteisekretäre der Regionen	
1.2010	Apulien	Mitte-links-Bündnis	200.000	Präsident der Region	Nichi Vendola
11.2010	Mailand	Mitte-links-Bündnis	67.500	Bürgermeister	Giuliano Pisapia
1.2011	Bologna	Mitte-links-Bündnis	28.000	Bürgermeister	Virginio Merola
1.2011	Neapel	Mitte-links-Bündnis	16.500	Bürgermeister	Andrea Cazzolino
2.2011	Turin	Mitte-links-Bündnis	29.000	Bürgermeister	Piero Fassino
2.2012	Genua	Mitte-links-Bündnis	25.000	Bürgermeister	Marco Doria
3.2012	Palermo	Mitte-links-Bündnis	30.000	Bürgermeister	Fabrizio Ferrandelli
12.2012	Lombardei	Patto Civico per la Lombardia	150.000	Präsident der Region	Umberto Ambrosoli
12.2012		Italia. Bene Comune	3.110.000 (Stichwahl 2.800.000)	Ministerpräsident	Pier Luigi Bersani
12.2012		Partito Democratico und Sinistra Ecologia Libertà		Abgeordnetenversammlung / Senat	
4.2013	Rom	Roma. Bene Comune	100.000	Bürgermeister	Ignazio Marino

Quelle: eigene Auswertung, April 2013

## 4. Vorwahlen in Südtirol

Allmählich etablierte sich das Instrument der politischen Vorwahlen als Wahlnominierungsverfahren auch in der Autonomen Provinz Bozen – Südtirol. In den letzten Jahren haben sich vor allem die SVP und der PD damit auseinandergesetzt. Für die Landtagswahlen 2013 organisierten auch die Grünen Vorwahlen, und der M5S hielt für die Ermittlung der Parlamentskandidaten Vorwahlen ab. Um den praktischen Erfolg der theoretischen Zielsetzungen von Vorwahlen untersuchen zu können, werden nun nachfolgend der Ablauf, die Wahlordnungen, die Ergebnisse und die Schwierigkeiten der wichtigsten Vorwahlen Südtirols beschrieben und analysiert.

### 4.1 Demokratische Partei

#### 4.1.1 Vorwahlen *sui generis* für parteiinterne Ämter

Nach ersten gesamtstaatlichen Vorwählerfahrungen, wie 2005 und 2007 für das Amt des nationalen Parteisekretärs, führte der Südtiroler PD im November 2009 zum ersten Mal landesweite Vorwahlen für das Amt des Landesekretärs durch. Obwohl vom PD auch auf gesamtstaatlicher Ebene als Vorwahlen (*primarie*) bezeichnet, können Nominierungen oder Ernennungen für parteiinterne Ämter durch die Parteimitglieder nicht als Vorwahlen im engen Sinn bezeichnet werden. Denn Vorwahlen sind ein Auswahlverfahren, wodurch Kandidaten nominiert werden, welche später zu allgemeinen Wahlen antreten. Also ist eine zeitliche Abfolge von Vorwahlen und darauffolgenden Hauptwahlen oder allgemeinen Wahlen Voraussetzung, was für die Besetzung von Parteiämtern nicht zutrifft. Vorwahlen für Parteifunktionen sind somit Vorwahlen *sui generis* und entfallen der allgemeinen Definition. Dennoch, bei den Abstimmungen zur Ernennung des nationalen Parteivorsitzenden und des Landesekretärs beteiligten sich in den 15 Südtiroler Wahllokalen 5.786 Parteimitglieder und PD-Anhänger. Für das Amt des Landesekretärs wurde Antonio Frena ohne Gegenkandidatur mit 4.555 Stimmen bestätigt. Bei dieser halboffenen Vorwahl wurde für das aktive Wahlrecht entweder die Parteimitgliedschaft des PD oder die Unterzeichnung einer Sympathieerklärung verlangt. Teilnehmen durften über 16-jährige Staatsbürger, EU-Bürger mit Wohnsitz in der Provinz sowie Nicht-EU-Bürger mit gültiger Aufenthaltsgenehmigung. Für die Finanzierung der Vorwahlen wurde ein Unkostenbeitrag von zumindest zwei Euro eingehoben. Als Hürde für das passive Wahlrecht wurden Unterstützungserklärungen von einem Prozent der regionalen

Parteimitglieder oder zehn Prozent der scheidenden Mitglieder des Hauptausschusses (*Assemblea Provinciale*) vorausgesetzt (PD 2009; Alto Adige 27.20.2009).

Trotz der Euphorie rund um die hohe Wahlbeteiligung waren mit der Wahl Antonio Frenas nicht alle Parteigranden glücklich. Parteiinterne Machtkämpfe um die endgültige Nachfolge von Christian Tommasini prägten die Vorwahlphase, und es wurde bemängelt, dass es keinen Gegenkandidaten gab. Viele ungültige und weiße Stimmen waren die Folge. Trotzdem waren diese Vorwahlen *sui generis* ein kleiner Erfolg. Obwohl die Konsensbildung unter Parteirichtungen beziehungsweise Koalitionspartnern als eines der erhofften Ziele von (Koalitions-)Vorwahlen gilt, konnten bei diesem Beispiel Meinungsverschiedenheiten nicht überwunden werden. Der Hauptgrund für diese Polemiken liegt in der Nichteinbindung der politischen Minderheiten. Die Nominierung eines eigenen Vorwahlkandidaten und die Unterzeichnung eines *Gentlemen's Agreement*, welches die Vorwahlverlierer verpflichtet, das Wahlergebnis zu akzeptieren, hätten zur Lösung dieser Auseinandersetzung beitragen können.

#### 4.1.2 Kandidatennominierung für das Amt des Ministerpräsidenten

Im November 2012 hielt das Wahlbündnis Italia. Bene Comune, bestehend aus dem PD, Sinistra Ecologia Libertà und dem Partito Socialista Italiano, Koalitionsvorwahlen zur Ermittlung des gemeinsamen Kandidaten für das Amt des Ministerpräsidenten ab. Im zweiten Wahlgang konnte sich der Parteisekretär des PD Pier Luigi Bersani mit etwas mehr als 60 Prozent der Stimmen gegen Matteo Renzi durchsetzen.

An diesen Vorwahlen nahmen in Südtirol 6.557 Personen teil, davon wählten 2.980 Pier Luigi Bersani. Obwohl die Wahlbeteiligung im Vergleich zu 2009 um 12,6 Prozent höher lag, war diese in den 17 Wahlsitzen sehr unterschiedlich. Am meisten Anhänger beteiligten sich in Bozen, im gesamten Vinschgau waren es nur 17 Wähler (Alto Adige 26.11.2012). Alle Kandidaten mussten einen Verhaltenskodex und ein *Gentlemen's Agreement* unterzeichnen sowie wöchentliche Berichte über ihre Wahlwerbung abliefern. Anders als bei den Vorwahlen 2009 durften diesmal keine Minderjährigen teilnehmen, ansonsten galten für das aktive Wahlrecht dieselben subjektiven Voraussetzungen wie 2009. Neben der Bezahlung eines Mindestbetrages von zwei Euro musste noch eine Erklärung (*carta d'intenti*) unterzeichnet sowie eine namentliche Registrierung abgelegt werden (PD 2012). Da kein Kandidat die 50-Prozent-Hürde erreichen konnte, fand im Dezember eine Stichwahl statt, bei der Bersani rund 60 Prozent der 6.093 Südtiroler Stimmen erhielt.



### 4.1.3 Kandidatennominierung für die Parlamentswahlen

Nach den erfolgreichen Vorwahlen für den Spitzenkandidaten des Mitte-links-Bündnisses fanden Ende Dezember 2012 Vorwahlen zur Ermittlung der Parlamentskandidaten von Italia. Bene Comune statt. Der PD organisierte für die Abgeordnetenkommission Vorwahlen. Bei einer niedrigen Wahlbeteiligung (1.312 Personen) war Luisa Gnechi mit 711 Stimmen die Meistgewählte (Alto Adige 29.12.2012). Die Vorzugsstimmen mussten genderparitätisch vergeben werden. Außerdem wurde im Wahlreglement eine Unvereinbarkeit mit bezahlten politischen Mandaten, wie Mitglied des Europäischen Parlaments, Bürgermeister von Gemeinden mit über 5.000 Einwohnern, Präsident einer Provinz oder Region oder Regionalratsabgeordneter, festgeschrieben. Um auf die Kandidatenliste zu gelangen, mussten 500 Unterstützungserklärungen von Parteimitgliedern eingeholt werden (PD 2013). In Südtirol einigte man sich jedoch, dass nur 50 Unterstützungserklärungen in mindestens drei Ortskreisen ausreichen. Für die Senatswahlkreise wurden jedoch keine Vorwahlen abgehalten. Der Grund lag zum Ersten darin, dass eine aussichtsreiche Kandidatur eines PD-Kandidaten nur im Senatskreis Bozen/Unterland bestand – die Senatswahlkreise West und Ost wurden seit jeher von der SVP dominiert, und zum Zweiten, dass der Senatswahlkreis Bozen/Unterland äußerst umstritten und in einer historischen Bündnispolitik mit der SVP steht. Die beiden Parteien wollten meist einen Wahlerfolg des rechten Lagers, wie jenen 1996 von Adriana Pasquali (Movimento Sociale Italiano) verhindern. Da jedoch auch die SVP Vorwahlen abhielt, verliefen die Verhandlungen nur schleppend. Gemeinsame Vorwahlen standen außer Frage, außerdem hatte die SVP erst nach der Nominierungsphase des PD endgültig entschieden, dem Wahlbündnis Italia. Bene Comune beizutreten.

### 4.2 Grüne-Verdi-Vërc

Soziale Konflikte um Fragen zur Ökologie, des Umweltschutzes und zu den Grenzen der Wachstumsgesellschaft lassen in Europa zu Beginn der 1980er Grüne Bewegungen entstehen. Die Anhänger kamen vorwiegend aus Bürgerinitiativen, aus der Umgebung der Neuen Linken und der Neuen Sozialen Bewegungen. Die Ursprünge der Vorläuferbewegung der Grünen Südtirols fanden sich in Studentenbewegungen der 1970er und der 1978 gegründeten Liste Neue Linke/Nuova Sinistra, mit welcher Alexander Langer erstmals den Einzug in den Südtiroler Landtag schaffte. Langer war niemals Parteimitglied der Grünen, gilt jedoch als Vordenker und Integrationsfigur der

Südtiroler ökosozialen Bewegung, welche seit 1983 mit zumindest zwei Abgeordneten im Landtag vertreten war. 1996 erfolgte in Südtirol mit der Verabschiedung eines Parteistatutes und der Wahl der Parteigremien die statutarische Gründung der Grünen (Pallaver 2007a). Die ursprünglich vorwiegend italienischsprachige Wählerschaft wurde allmählich von der deutschsprachigen ergänzt, sodass die Grünen ihren interethnischen Charakter zu schärfen versuchten und in Richtung der deutschsprachigen Bürgerlisten ihr autoritätskritisches Image aufpolierten (Gatterer 2009, 24, 174). Aus der ursprünglichen Einthemenbewegung wurde eine *catch-all-party*, welche versucht alle gesellschaftspolitisch wichtigen Themen zu besetzen (Atz 2007, 55).

Mit dem Ziel, sich zu öffnen und „eine vielfältige und ausgewogene Liste zu ermöglichen, die den Kriterien Geschlecht, Sprachgruppe, gesellschaftliche Schicht und Verteilung nach Bezirken entspricht“ (Grüne 2013, 1), konnten sich die Kräfte um die Landessprecherin Brigitte Foppa im Grünen Rat durchsetzen, sodass die Grünen beschlossen, Vorwahlen zur Ermittlung des Listenkopfes für die Landtagswahlen 2013 abzuhalten. Dabei einigte man sich, die ersten sechs Listenplätze durch Vorwahlen bestimmen zu lassen. Der siebte und achte der insgesamt 35 Listenplätze ging an den Koalitionspartner Sinistra Ecologia e Libertà. Das aktive Wahlrecht dieser Vorwahlen wurde allen in die Wählerlisten der Südtiroler Gemeinden eingetragenen Personen sowie allen Personen mit Wohnsitz in Südtirol gewährt. Wobei hier ausdrücklich auf die vierjährige Ansässigkeit, welche das Autonomiestatut für das aktive Wahlrecht bei allgemeinen Wahlen vorsieht, verzichtet wurde. Zudem wurde das Mindestalter auf 16 Jahre herabgesetzt. Die Grünen setzten sich eine Wahlbeteiligung von mindestens 500 Personen zum Ziel, das Dreifache der Parteimitgliederanzahl. Für die Ausübung des aktiven Wahlrechts musste eine Unterstützungserklärung für die allgemeinen Wahlen unterzeichnet werden. Darum sind die Vorwahlen der Grünen unter die halboffenen Vertretungskonzepte einzuordnen, auch wenn die Grünen ihre Vorwahlen wiederholt als offene Vorwahlen bezeichneten. Als Voraussetzungen für eine Kandidatur galten die Unterzeichnung einer Verpflichtungserklärung und das passive Wahlrecht für die allgemeinen Wahlen. Zudem musste jeder Kandidat von 20 Personen für eine Kandidatur vorgeschlagen werden. Die Stimmabgabe konnte entweder nach einer Registrierung in den eigens eingerichteten Wahlsitzen erfolgen, mittels Online- oder Briefwahl. Das Onlineportal stand für zwei Wochen, die Wahllokale standen für zwei Tage offen. Die Wähler mussten genderparitätisch bis zu vier Vorzugsstimmen vergeben.

Insgesamt unterzeichneten 1.854 Personen die Erklärung „Für eine gerechte Zukunft“ für die Teilnahme an den Vorwahlen, die Wahlbeteiligung lag jedoch nur bei 1.564 Wählern. 38 Stimmen waren ungültig, 1.032 Mal wurde die Onlinewahl

genutzt und 532 Personen suchten ein Wahllokal auf. Die sechs Meistgewählten waren Brigitte Foppa (692), Hans Heiss (553), Riccardo Dello Sbarba (503), Evelyn Gruber-Fischnaller (315), Patrizia Trincanato (307) und Tobias Planer (246). Im Ganzen wurden 4.691 Vorzugsstimmen, also durchschnittlich knapp drei vergeben. Dabei wurden 2.346 Vorzugsstimmen an die zehn Kandidatinnen und 2.345 Vorzugsstimmen an die 13 Kandidaten vergeben. Somit war das Ziel der Einbindung beider Geschlechter erreicht worden. Im Großraum Bozen war die höchste Wahlbeteiligung, jedoch gelang es nicht, die Kandidaten der Peripherie zu positionieren. Alle sechs Meistgewählten wohnen in Bozen oder sind Mandatsträger des Bozner Gemeinderats oder des Südtiroler Landtages (Grüne 2013a).

**Tab. 2: Vorwahlergebnis Landtagswahlen 2013**

Nachname	Vorname	Online*	%	Wahlsitze	%*	Gesamt	%*	Platz
Foppa	Brigitte	474	46	218	41	692	44	1
Heiss	Hans	387	38	166	31	553	35	2
Dello Sbarba	Riccardo	318	31	185	35	503	32	3
Gruber-Fischnaller	Evelyn	242	23	73	14	315	20	4
Trincanato	Patrizia	180	17	127	24	307	20	5
Planer	Tobias „Tobe“	193	19	53	10	246	16	6
Atz	Sybille Friederike Antonia	142	14	70	13	212	14	7
Lorenzi	Marialaura	136	13	73	14	209	13	8
Fassa	Erika	122	12	55	10	177	11	9
Toffol	Franca	104	10	66	12	170	11	10
Daniel	Martin	109	11	31	6	140	9	11
Schuster	Klaus	58	6	77	14	135	9	12
Moar	Christoph	86	8	42	8	128	8	13
Liberto	Valentino	92	9	24	5	116	7	14
Egger	Klaus	87	8	22	4	109	7	15
Franceschini	Iris	70	7	39	7	109	7	16
Niederkofler	Hanspeter	62	6	38	7	100	6	17
Kripp	Gaudenz	78	8	15	3	93	6	18
Unterkircher	Andreas	46	4	39	7	85	5	19
Basili	Flavia	44	4	37	7	81	5	20
Rossi	Andrea	49	5	25	5	74	5	21
Steinmann	Richard	43	4	28	5	71	5	22
De Vuono	Giorgio	43	4	23	4	66	4	23
<b>WählerInnen</b>		<b>1.032</b>		<b>532</b>		<b>1.564</b>		
<b>Vorzugsstimmen</b>		<b>3.165</b>		<b>1.526</b>		<b>4.691</b>		

\* Prozent der WählerInnen, welche der jeweiligen Person eine Vorzugsstimme gegeben haben.  
Quelle: Grüne 2013a

### 4.3. Fünf-Sterne-Bewegung

Die Bewegung M5S um Beppe Grillo wurde 2009 gegründet. Die sich als Protestbewegung verstehende Liste erreichte bei den Parlamentswahlen 2013 italienweit ein Viertel der Sitze. An der Vorwahl, der sich insgesamt 1.400 Kandidaten stellten, beteiligten sich im November 2012 rund 95.000 Parteimitglieder mittels Onlineabstimmung.

In Südtirol wurden nur zehn Kandidaten nominiert. Für die Abgeordnetenkommission wurde eine Vorwahl für die gesamte Region Trentino-Südtirol durchgeführt. Die Teilnehmer durften bis zu drei Vorzugsstimmen vergeben, allerdings wurden in Südtirol insgesamt nur 512 Vorzugsstimmen abgegeben. Die meistgewählten Kandidaten waren Teresa Fortini (49), Marco Casarin (28), Alessandro Borzaga (26), Mario D'Alterio (25), Andreas Perugini (24), Andrea Sbironi (24), Fabrizio Cunial (18), Diego Nicolini (16), Alberto Dell'Osbel (16) und Paul Köllensperger (15). Die Südtiroler Andrea Sbironi, Diego Nicolini, Alberto Dell'Osbel und Paul Köllensperger wurden auf hintere Listenplätze für die Abgeordnetenkommission gereiht. Für den Senatswahlkreis Bozen wurde Maria Teresa Fortini aufgestellt und für die Senatswahlkreise West und Ost Alessandro Borzaga beziehungsweise Marco Casarin. Bei den Parlamentswahlen erhielt Riccardo Fraccaro aus Trient das einzige Mandat (Alto Adige 17.1.2013; Alto Adige 12.8.2013).

Für die Landtagswahlen plante der M5S eine vorwahlähnliche Kandidatennominierung. Da jedoch die Kandidatensuche sehr mühsam verlief, beschloss man die Kandidaten in fünf Wahlversammlungen zu ermitteln und bei einer Mitgliederversammlung die Reihenfolge der Listenplätze zu bestimmen (Pitro 2013). Wenn auch vom M5S als Vorwahlen bezeichnet, ist eine solche Mitgliederabstimmung bei einer einzigen Wahlversammlung keine Vorwahl per definitionem. Nicht nur, dass der Wahlkörper geschlossen war (18 Monate Parteimitgliedschaft als Voraussetzung), vor allem erfolgte die Stimmabgabe nicht in Wahllokalen, sondern in einer Mitgliedervollversammlung. Zudem beteiligten sich nur rund 60 Parteimitglieder an dieser Wahlversammlung, was nicht mit dem Wahlkörper der allgemeinen Wahlen zu vergleichen ist. Trotzdem wurde im Juli 2013 der spätere Landtagsabgeordnete Paul Köllensperger mit 28 Stimmen zum Listenführer gewählt. Später kam es zu einem Eklat, da der ursprünglich zweitgereichte Andreas Perugini wegen Kontroversen mit anderen Landtagskandidaten aus der Liste ausgeschlossen wurde (Redazione/gadilu 2013).

#### 4.4. Südtiroler Volkspartei

Die SVP wurde 1945 als Sammelpartei der deutsch- und ladinischsprachigen Südtiroler gegründet. Sie versteht sich somit als parteipolitische Vertretung der deutschen und ladinischen Minderheit in Südtirol und kann den (ethno-) regionalen Parteien zugeordnet werden. Statutarisch erhebt sie den Anspruch als Sammelpartei „alle sozialen Schichten“ zu vertreten, was durch die verschiedenen parteiinternen Richtungen wie Arbeitnehmer, Wirtschaft oder Landwirtschaftsausschuss erreicht werden soll. Dieser Zielsetzung konnte die SVP weitgehend nachkommen, da es ihr gelungen ist, diese unterschiedlichen Interessengruppen, welche normalerweise von modernen europäischen Parteien nur einzeln vertreten werden, zu integrieren. So arbeiten liberale, christdemokratische, konservative und sozialdemokratische Kräfte in einer Partei zusammen. Durch diese Besonderheiten nahm die SVP als ethnische *catch-all-party* über Jahrzehnte eine demokratisch-hegemoniale Stellung ein. Die SVP hatte seit 1948 und bis zu den Landtagswahlen 2013 immer die absolute Mehrheit an Landtagsmandaten. Auch auf kommunaler Ebene kann die SVP in den meisten der 116 Gemeinden den direktgewählten Bürgermeister sowie die absolute Mehrheit in den Gemeindeverwaltungen stellen (Pallaver 2007b). Diese hegemoniale Stellung ging mit den Landtagswahlen 2013 verloren.

In der Landesversammlung vom März 2009 wurde entschieden, die Möglichkeit zur Abhaltung von Vorwahlen im Parteistatut zu verankern und diese grundsätzlich als Nominierungsverfahren vor Hauptwahlen ohne Vorzugsstimmenvergabe durchzuführen. Da das Abhalten von Vorwahlen allmählich auch für den Südtiroler PD zur Tradition wurde, wollte die SVP als Sammelpartei mit ihren rund 50.000 Mitgliedern als zweite Partei dieses Nominierungsverfahren für sich nutzen. Dabei war es von Anfang an klar, dass Vorwahlen nur unter den Mitgliedern durchgeführt werden sollten. Die SVP beabsichtigt damit vor allem die Parteimitglieder in den Nominierungsprozess einzubinden, was bei offenen Vorwahlen per definitionem nicht möglich ist. Durch die Vorwahlen erhofft sich die SVP auch eine stärkere Wählerbindung, um die zuletzt steigende Wechselwählerquote zu verringern. Zudem binden Vorwahlen alle Richtungen und Interessenvertretungen der Sammelpartei ein. Gerade bei den Parlamentswahlen, wo wenige politische Mandate vergeben werden, war dies oft schwierig. Parteiinterne Auseinandersetzungen werden somit von den Parteimitgliedern gelöst. Zudem konnten dadurch verschiedene Verbände, Interessenvertretungen oder Organisationen bereits lange vor den allgemeinen Wahlen für eine Unterstützung gewonnen werden.

#### 4.4.1 Kandidatennominierung für die Gemeinderatswahlen

Die Erstellung der Kandidatenliste durch die lokalen Parteigremien gewährleistet, dass alle Parteirichtungen eingebunden werden. Durch die Anwendung des statutarisch festgeschriebenen sogenannten Drittelwahlsystems (Höchstanzahl der Vorzugsstimmen bis zu einem Drittel der zu Wählenden) können auch Minderheiten ihre Kandidaten auf die Liste setzen, was im Nominierungsverfahren den Sammelparteicharakter garantieren soll. Seit der Einführung der Direktwahl des Bürgermeisters 1995 versucht die SVP für dieses Amt einen Kandidatenpluralismus zu gewährleisten. In den sogenannten ethnisch sensiblen Gemeinden, bei welchen die Wahl eines SVP-Bürgermeisters nicht sicher ist, soll ein einziger Kandidat aufgestellt werden, wobei zuvor eine Auswahl durch Abstimmung in den Ortsausschüssen gewährleistet sein muss. In den anderen Gemeinden, in denen das Bürgermeistermandat nicht gefährdet scheint, ist eine Mehrfachnominierung für die Gemeinderatswahlen zu bevorzugen (Pallaver 2005).

Diese Entscheidungen unterliegen keiner zentralen Weisungsgebundenheit und erfolgen in voller Autonomie der Ortsgruppen. Da auch im Parteistatut keine Vorgaben über die Abhaltung von Vorwahlen als Nominierungsverfahren für die kommunale Ebene festgeschrieben sind, bestimmen die Ortsausschüsse auch über den Vorwahltyp. Ob offene, geschlossene, halboffene oder halbgeschlossene Vorwahlen mit entweder offenen oder geschlossenen Kandidatenlisten abgehalten werden, entscheiden allein die Ortsausschüsse. Die Listenerstellung selbst kann jedoch von Gemeinde zu Gemeinde unterschiedlichen Regeln unterliegen, welche man als lokales parteiinternes „Gewohnheitsrecht“ bezeichnen könnte. So sind beispielsweise in manchen Gemeinden gewisse Listenplätze Kandidaten aus bestimmten Ortsteilen wie Bergweilern oder Fraktionen vorbehalten, sodass die Kandidatenlisten einen territorialen Spiegel der Wählerschaft bilden.

Bei den Gemeinderatswahlen 2005 und 2010 wurden die Vorwahlen für das Amt des Bürgermeisters immer wichtiger, besonders 2010, als die gesetzliche Mandatsbeschränkung von 15 Jahren für das Bürgermeisteramt zum ersten Mal zur Anwendung kam und 51 Bürgermeistern eine Wiederkandidatur untersagt war. 2005 wurden in rund der Hälfte der Südtiroler Gemeinden Vorwahlen abgehalten. Dabei wurden nur in Ausnahmefällen offene Vorwahlen durchgeführt (Pallaver 2005, 461). 2010 führte die SVP zum ersten Mal zeitgleich, landesweit und flächendeckend organisierte Vorwahlen für die Gemeinderatswahlen durch. 212 von 292 Ortsausschüssen entschieden, ihre Zuständigkeit bei der Listenerstellung an die Mitglieder beziehungsweise den gesamten Wahlkörper der allgemeinen Wahlen zu

delegieren, sodass in 91 von 111 Gemeinden Vorwahlen durchgeführt wurden (in fünf Gemeinden fanden vorgezogene Gemeinderatswahlen statt). Im Bezirk Vinschgau organisierten alle 43 Ortsgruppen Vorwahlen. In Bozen waren es 15 von 20 Gemeinden, im Burggrafenamt 17 von 25, im Unterland neun von zwölf, im Eisacktal zwölf von 14, im Wipptal drei von fünf und im Pustertal 22 von 24 Gemeinden (SVP 2010a).

„An den Vorwahlen durften sich in den meisten Gemeinden bzw. Fraktionen nicht nur SVP-Mitglieder, sondern alle wahlberechtigten Bürger/innen beteiligen.“ (SVP 2010b). Dies war im Unterschied zu 2005 neu, denn fünf Jahre zuvor waren offene Vorwahlen noch die Ausnahme. Allerdings wird diese Entwicklung dadurch relativiert, dass es keine statutarische Verpflichtung der Ortsausschüsse gibt, die Wahlergebnisse zu beachten. Neben nachvollziehbaren Korrekturen, da beispielsweise eine Richtung oder ein Ortsteil unterrepräsentiert ist, wurden auch Vorwahlverlierer auf die Wahllisten gesetzt.

Die Wahlbeteiligung der verschiedenen kommunalen Vorwahlen reichte von 14 bis 95 Prozent. In den meisten Gemeinden konnte jedoch eine Wahlbeteiligung zwischen 30 und 40 Prozent erreicht werden. Nur in wenigen Gemeinden durften 16- bis 18-Jährige mitbestimmen. In vielen Gemeinden wurden nur für das Bürgermeisteramt Vorwahlen durchgeführt, in anderen nur für die Gemeinderatskandidaten und in einigen für beide Listen. In anderen Gemeinden wiederum entschied der Ortsausschuss sogenannte Vorschlagswahlen durchzuführen. Bei solchen, meist offenen Vorschlagswahlen, können die Teilnehmer Namen für das Amt des Bürgermeisters oder den Gemeinderat abgeben und somit Vorschläge unterbreiten. Die politischen Funktionäre des Ortsausschusses suchen dann das Gespräch mit den Meistgenannten und versuchen so neue Kandidaten für die Liste zu gewinnen. Solche Vorschlagswahlen wurden meist offen abgehalten, sodass alle in die Wählerliste der Gemeinden eingetragenen Bürger daran teilnehmen konnten.

#### *4.4.2 Kandidatennominierung für die europäischen Parlamentswahlen*

Die Reihung der Kandidaten für das Europäische Parlament wurde seit Jahrzehnten in den sieben Bezirksausschusssitzungen mit den Stimmrechten der Ortsgruppen vorgenommen. Doch bereits vor der statutarischen Verankerung der fakultativen Vorwahlen entschied sich die SVP Vorwahlen zur Ermittlung des Spitzenkandidaten für die Wahlen zum Europäischen Parlament 2009 durchzuführen. Nach eingehender Diskussion und Überzeugung der Skeptiker beschloss der Parteiausschuss

im Februar sein Nominierungsrecht an die Parteimitglieder zu übertragen und verzichtete darauf, Kandidaten namhaft zu machen beziehungsweise von der bis dahin praktizierten Vorgehensweise der Nominierung über die Stimmrechte der Ortsausschüsse abzusehen. So beschloss der Parteiausschuss eine Wahlordnung, welche die ersten landesweit angelegten Vorwahlen der SVP regelte. Eine Nominierung der an den Vorwahlen teilnehmenden Kandidaten konnte innerhalb Februar von den SVP-Ortsausschüssen, dem ladinischen Verbindungsausschuss, den Bezirksleitungen und den Landesgremien der Organisationen und beratenden Organe erfolgen. Die vorgeschlagenen Kandidaten mussten sich den Bezirksausschüssen präsentieren und einer Abstimmung unterziehen, bei welcher die sieben Bezirke nach Stimmrechten der rund 290 Ortsausschüsse ihre präferierten Kandidaten nominieren konnten. Dabei wurde festgesetzt, dass nur die sechs meistgewählten Kandidaten an den Vorwahlen teilnehmen dürfen. Eine weitere Voraussetzung war die Unterzeichnung der Annahmeerklärung sowie einer Verpflichtungserklärung. In der Verpflichtungserklärung mussten alle Kandidaten auf bezahlte Wahlwerbung verzichten. Interessant war, dass die Kandidaten diese Regelung nicht nur selbst einhalten mussten, sondern auch dafür Sorge zu tragen hatten, dass Organisationen oder Verbände, welche sie bei den Vorwahlen unterstützten, sich an diese Vorgaben hielten. Bei Nichteinhaltung hatte das Schiedsgericht zu entscheiden und konnte eine Geldstrafe bis zu 30.000 Euro oder den Ausschluss von den Vorwahlen verhängen (SVP 2009a).

Die so ermittelten Kandidaten stellten sich der Vorwahl, welche von den rund 290 Ortsgruppen organisiert wurde. Die Wahl konnte mit Stimmzettel in über 300 Wahllokalen vorgenommen werden. Die Reihung der Kandidaten auf dem Vorwahlstimmzettel erfolgte durch die Ortsausschüsse per Delegiertenstimmrecht. Diese ersten landesweit angesetzten Vorwahlen waren, wie auch alle nachfolgenden, geschlossene, private und nicht öffentlich organisierte Vorwahlen. Diese hatten eine Eigenart, da innerhalb der Familie mit schriftlicher Vollmacht das aktive Wahlrecht delegiert werden konnte. Dadurch wurde nicht nur das persönliche Wahlrecht umgangen, sondern es wurden auch in organisierter Form Bevollmächtigungen gesammelt, sodass später von dieser Möglichkeit abgesehen wurde (SVP 2009b).

Von ursprünglich acht Kandidaten stellten sich nur sechs den Abstimmungen durch die Ortsausschüsse in den Bezirken. Dabei konnte Christoph Perathoner mit insgesamt 766 Stimmen vor Herbert Dorfmann (570) die meisten Stimmrechte auf sich vereinen und führte somit die Liste der Vorwahlen an. Im zweiten, entscheidenden Schritt beteiligten sich 45,36 Prozent der rund 56.000 Mitglieder an den Vorwahlen und entschieden sich mehrheitlich, im Gegensatz zu den Delegierten der Bezirksausschüsse, für Herbert Dorfmann. Dieser erhielt in den 309 Wahlloka-



len insgesamt 10.791 Stimmen, während sich lediglich 9.416 Mitglieder für Perathoner entschieden (SVP 2009c). Ezio Marra beschreibt die Unterbindung von Machtspielen und Einfluss der Parteiapparate als möglichen Erfolg von Vorwahlen: „*ridurre l’influenza degli apparati di partito*“ (Marra 1995, 87). In der Tat kann der Druck auf die Delegierten der Bezirksausschüsse sehr hoch sein, müssen sie nicht nur den Auftrag des Ortsausschusses, sondern auch ihrer Parteirichtung sowie ihres Bezirkes und nicht zuletzt ihre persönliche Präferenz beachten. Auch lassen sich rund 3.000 Parteifunktionäre leichter in Stimmung bringen als die gesamten Mitglieder. Vielleicht ist dieser Unterschied im Ergebnis der Nominierungsphase und der Vorwahlen darauf zurückzuführen, dass Christoph Perathoner die Parteifunktionäre besser für sich mobilisieren konnte und bei den Vorwahlen Herbert Dorfmann als Kandidat der Landwirtschaft auf die massive Unterstützung durch den Bauernbund zurückgreifen konnte. Jedenfalls war die Meinung der Funktionäre different zu jener der gesamten Mitglieder (vgl. Atz/Pallaver 2010).

#### *4.4.3 Kandidatennominierung für die italienischen Parlamentswahlen*

Nachdem alle Versuche, das geltende italienische Wahlgesetz zu reformieren, gescheitert waren und wiederum keine Vorzugsstimmen vergeben werden konnten, entschied der Parteiausschuss Ende 2012 Vorwahlen gemäß der Wahlordnung vom Oktober 2010 durchzuführen. Somit waren im Januar 2013 über 50.000 Parteimitglieder aufgerufen an den geschlossenen, privaten Vorwahlen zur Ermittlung der Kandidaten für die Senatswahlkreise Ost und West sowie für die Abgeordnetenkammer teilzunehmen (SVP 2012a). Nachdem die SVP auf Staatsebene ein Listenbündnis mit dem PD und auf regionaler Ebene mit dem Partito Autonomista Trentino Tirolese (PATT) eingegangen war, einigte man sich mit dem PD, gemeinsam Francesco Palermo für den Senatswahlkreis Bozen/Unterland ins Rennen zu schicken, sodass nur für die Kandidatennominierungen der Abgeordnetenkammer und der Senatswahlkreise Ost und West Vorwahlen abgehalten wurden. Aufgrund der Vorverlegung des Wahltermins musste die gesamte Nominierungsphase abgeändert werden (SVP 2012b). Von einer Nominierung durch die Delegierten der Ortsausschüsse, ähnlich wie für die EU-Vorwahlen, musste abgesehen werden. Es wurde beschlossen, dass eine Kandidatur nur die Unterzeichnung der Annahmeerklärung voraussetzt. Diesmal konnte die Stimmabgabe nach den Erfahrungen der Vorwahlen zum Europäischen Parlament 2009 nicht delegiert werden und hatte persönlich zu erfolgen (SVP 2012c).

40,61 Prozent der in den 301 Wahllokalen wahlberechtigten 50.668 Parteimitglieder beteiligten sich an den Vorwahlen. Im Senatswahlkreis Ost, Eisacktal, Pustertal und Wipptal, entschied Hans Berger mit 65,82 Prozent der 9.788 abgegebenen Stimmen das Rennen gegen Michael Gostner für sich. Im Senatswahlkreis West, Burggrafenamt, Vinschgau und in einigen Gemeinden des Bezirkes Bozen Land erhielt der amtierende Parlamentarier Karl Zeller 79,82 Prozent und sein Gegenkandidat Klaus Runer 20,18 Prozent der insgesamt 7.116 Stimmen. Bei der Nominierung für die Abgeordnetenkommission war Albrecht Plangger mit 26,50 Prozent der Meistgewählten, gefolgt von Renate Gebhard (25,45%), Daniel Alfreider (17,79%), Manfred Schullian (17,46%) und Klaus Ladinser (12,79%). Von den insgesamt 20.581 Wählern wählten am meisten Wahlberechtigte im Bezirk Vinschgau (57,23 Prozent). Die niedrigste Wahlbeteiligung war im Bezirk Burggrafenamt mit 33,68 Prozent. Im Unterland gingen 46,81 Prozent an die Urnen, in den restlichen Bezirken jeweils zwischen 36 und 42 Prozent. Alle Kandidaten, bis auf den Letztgewählten Klaus Ladinser, erhielten in ihrem Heimatbezirk am meisten Stimmen (SVP 2013a).

**Tab. 3: Vorwahlergebnis Abgeordnetenkommission 2013**

Kammer	Daniel Alfreider	Renate Gebhard	Klaus Ladinser	Albrecht Plangger	Manfred Schullian	Weißer	Ungültig	Insgesamt
Bezirk BG	113 3,88 %	626 21,55 %	369 12,66 %	1.604 55,04 %	200 6,86 %	62 2,06 %	32 1,06 %	3.008 33,68 %
Bezirk BX	223 7,63 %	2.091 71,56 %	299 10,23 %	174 5,95 %	135 4,62 %	81 2,68 %	15 0,50 %	3.018 39,99 %
Bezirk BZ	520 10,90 %	880 18,45 %	1.203 25,23 %	339 7,11 %	1.827 38,31 %	45 0,93 %	43 0,89 %	4.857 41,63 %
Bezirk PT	2.061 62,43 %	731 17,55 %	435 10,44 %	219 5,26 %	180 4,32 %	143 3,29 %	37 0,85 %	4.346 37,00 %
Bezirk UL	32 2,29 %	130 9,29 %	92 6,57 %	42 3,00 %	1.104 78,86 %	4 0,26 %	5 0,35 %	1.409 46,81 %
Bezirk VG	18 0,59 %	139 4,56 %	39 1,28 %	2.832 92,88 %	21 0,69 %	21 0,68 %	21 0,68 %	3.091 57,23 %
Bezirk WT	60 7,26 %	502 60,70 %	128 15,48 %	103 12,45 %	34 4,11 %	12 1,41 %	13 1,53 %	852 35,74 %
<b>Gesamt</b>	<b>3.567</b> 17,79 %	<b>5.101</b> 25,45 %	<b>2.565</b> 12,79 %	<b>5.313</b> 26,50 %	<b>3.501</b> 17,46 %	<b>368</b> 1,79 %	<b>166</b> 0,81 %	<b>20.581</b> 40,61 %

Basiswahl 6. Januar 2013 (BG = Burggrafenamt, BX = Brixen, BZ = Bozen, PT = Pustertal, UL = Unterland, VG = Vinschgau, WT = Wipptal)

Quelle: SVP 2013a

Mit einem Wahlergebnis von 24,2 Prozent auf regionaler Ebene schafften bei den Parlamentswahlen schließlich mit Albrecht Plangger, Renate Gebhard, Daniel Alfreider, Mauro Ottobre (PATT) und Manfred Schullian fünf Abgeordnete des Listenbündnisses den Einzug in die Kammer. In den römischen Senat wurden Karl

Zeller, Hans Berger, Francesco Palermo (PD/SVP) und Franco Panizza (PATT) gewählt, wobei die beiden letzten nicht auf der Liste, sondern im Wahlbündnis mit der SVP standen. Dieser Wahlerfolg zeigt, dass sich die SVP aus ihrem Umfrage-tief Ende 2012, welches von Skandalen um die Energiepolitik gekennzeichnet war, erholen konnte, da die Vorwahl von Schwierigkeiten des politischen Alltags ablenken konnte und zu einem positiven *agenda setting* führte.

#### 4.4.4 Kandidatennominierung für die Landtagswahlen

Vor der Statutenänderung 2012 gab ein obligatorisches komplexes Prozedere unter Einbindung aller Funktionärserebenen die Kandidatenlistenstellung für die Landtagswahlen vor. So mussten die rund 130 Mitglieder des Parteausschusses, welcher zur Gewährleistung der Vertretung aller Richtungen und Interessengruppen zum Großteil aus Rechtsmitgliedern wie Senioren-, Jugend-, Frauen-, Wirtschafts- oder Arbeitnehmervertretern und nur zum kleineren Teil aus gewählten Mitgliedern besteht, mit einfacher Mehrheit die endgültige Kandidatenliste genehmigen. Dabei wurden bis zu 35 Kandidaten nominiert und eine entsprechende Listenreihung vorgenommen. Zwei Drittel dieser Listenplätze wurden von den Ortsausschüssen vorgeschlagen und in den sieben Bezirksausschüssen mit den Stimmrechten der Ortsausschüsse nominiert. Jeder Bezirk konnte dabei höchstens so viele Kandidaten nominieren, wie er bei den vorhergehenden Landtagswahlen im Verhältnis zu den anderen Bezirken Listenstimmen erhalten hatte. Diese Abstimmungen nach Stimmrechten in den Bezirksausschüssen waren in der Vergangenheit oft sehr umkämpft. Besonders in den größeren Bezirken führte die Anwendung des Drittelwahlsystems zu harten Auseinandersetzungen. Da in den größeren Bezirken mehrere Listenplätze vergeben werden, führt das Drittelwahlsystem nämlich dazu, dass mehr als eine Vorzugsstimme vergeben werden kann. Da jedoch dem favorisierten Kandidaten pro Stimmrecht der Ortsgruppen nur eine Vorzugsstimme gegeben werden kann, entstand ein regelrechter Handel um die Zweitstimme der Stimmrechte. Diese Zweitstimme wird bei solchen Abstimmungen einem anderen Kandidaten zugesagt und dessen Unterstützer retournieren im Gegenzug ihre Zweitstimme dem eigenen Kandidaten. Da die Stimmvergabe in den Ortsausschüssen unter Anwesenheit der verschiedenen Richtungsvertreter erfolgte, kam es des Öfteren zu harten Auseinandersetzungen. Dies ging sogar soweit, dass jedem Ortsausschussmitglied mehrere Empfehlungen unterbreitet wurden, um bestimmten Kandidaten einen möglichst hohen Anteil der Erst- und Zweitstimmen zukommen zu lassen. Neben dieser Ver-

gabe von zwei Dritteln der Listenplätze obliegt es der Jungen Generation (JG) durch Vorwahlen ihre zwei Kandidaten zu ermitteln sowie dem ladinischen Verbindungsausschuss in gemeinsamer Sitzung aller ladinischen Ortsausschüsse einen eigenen Kandidaten zu ernennen, welche vom Parteiausschuss bindend auf die Kandidatenliste zu setzen sind. Für die übrigen Listenplätze gibt es eine Sonderregelung. Diese Listenplätze sind in der Vergangenheit oft dazu benutzt worden, um bestimmten Kandidaten unmittelbare Konkurrenten vorzusetzen. Zudem waren diese Listenplätze oft das Auffangbecken für Kandidaten, welche eine Nominierung über die Bezirksausschüsse nicht geschafft haben. Diese restlichen Kandidaten wurden meist nicht von ihren Bezirken bei den Landtagswahlen unterstützt, da sie als Konkurrenz zu den eigentlichen gewählten Bezirkskandidaten gesehen wurden. So versuchten oft Parteiausschussmitglieder eines bestimmten Bezirkes Kandidaten anderer Bezirke zu nominieren, um den dortigen Bezirkskandidaten direkte Konkurrenten vorzusetzen und so deren Bezirksstimmenpotenzial zu teilen, um den eigenen Bezirkskandidaten einen indirekten Vorteil zu verschaffen.

Um solches Taktieren zu beenden, wurde 2012 auf der Landesversammlung dieser Paragraph des Parteistatuts dahingehend abgeändert, dass die Restplätze vom Parteiobmann und den Spitzenkandidaten in einem Blockvorschlag dem Parteiausschuss zur Abstimmung vorgebracht werden, welcher diesen mit Zweidrittelmehrheit genehmigen muss.

Die ersten Vorwahlen für Landtagswahlen hielt die SVP 2008 im Bezirk Vinschgau ab. 51,84 Prozent der 6.199 über 15-jährigen SVP-Mitglieder gingen an die Urnen (Der Vinschger 2008). Nach diesem kleinen Erfolg wurde 2012 die Möglichkeit von fakultativen, geschlossenen, privat organisierten Bezirksvorwahlen im Parteistatut aufgenommen: „Die Kandidaten/innen des Bezirkes können auch mittels Vorwahlen unter den Mitgliedern laut § 131 Absatz 1 ermittelt werden“ (SVP 2012d). Im März 2013 wurden Richtlinien für die Basiswahlen erlassen. Dabei wurde festgehalten, dass alle Bezirksvorwahlen am selben Tag stattfinden sollten, was die Organisation und Kommunikation erleichtern sollte. Die Vorzugsstimmvergabe erfolgte nach dem Drittelwahlssystem. Zudem soll laut Landesgesetz die Geschlechterquote von einem Drittel eingehalten werden. Wenn das Vorwahlergebnis davon abweicht, schafft das letzte Drittel der vom Parteiobmann und dem Spitzenkandidaten zu vergebenden Listenplätze Abhilfe. Mehrfachkandidaturen wurden ausgeschlossen, davon ausgenommen sind Jugendkandidaten, welche eigene Jugendvorwahlen durchführen. Bezahlte Wahlwerbung wurde wiederum untersagt und die Unterzeichnung einer Annahmeerklärung nach den Prinzipien der Fairness und Korrektheit vorausgesetzt (SVP 2013b).

Insgesamt stellten sich 29 Kandidaten, acht Frauen und 21 Männer, den Basiswahlen der Bezirke Unterland, Eisacktal, Pustertal und Bozen. Im Unterland erhielt der favorisierte Oswald Schiefer 1.083 Stimmen der wahlberechtigten 3.208 SVP-Mitglieder und Werner Dissertori 383 Stimmen. Im Bezirk Eisacktal nominierten 4.134 von 7.674 Mitgliedern Magdalena Amhof mit 1.069 Stimmen, Philipp Achammer mit 1.028 Stimmen und Peter Gasser mit 885 Stimmen. Im Pustertal nahmen 5.302 von 11.913 Parteimitgliedern teil. Gewählt wurden Christian Tschurtschenthaler mit 1.067 Stimmen, Martha Stocker (876), Albert Wurzer (842) und Maria Hochgruber Kuenzer (685). Bei einer Wahlbeteiligung von 54,63 Prozent der 12.129 Parteimitglieder wurden im Bezirk Bozen Dieter Steger (1.904), Albin Kofler (1.713), Thomas Widmann (1.589), Franz Locher (1.268), Otto von Dellemann (1.032), Walburga Kössler Thaler (990) und Helmuth Renzler (950) für die Kandidatenliste bestimmt. Die Bezirke Burggrafenamt, Wipptal und Vinschgau bestimmten ihre Kandidaten ohne Vorwahlen.

**Tab. 4: Vorwahlergebnis Landtagswahlen 2013 Unterland**

Werner Dissertori	Oswald Schiefer	weiße und ungültige Stimmen	Stimmen gesamt Wahlbeteiligung
383 26,13 %	1.083 73,87 %	42 18	1.526 47,58 %

Quelle: SVP 2013c

**Tab. 5: Vorwahlergebnis Landtagswahlen 2013 Eisacktal**

Philipp Achammer	Magdalena Amhof	Peter Gasser	Werner Kuss-tatscher	Helga Lantschner Fischnaller	Robert Messner	weiße und ungültige Stimmen	Stimmen gesamt Wahl-beteiligung
1.028 26,27 %	1.069 27,32 %	885 22,62 %	531 13,57 %	204 5,21 %	196 5,01 %	129 92	4.134 53,72 %

Quelle: SVP 2013c

**Tab. 6: Vorwahlergebnis Landtagswahlen 2013 Pustertal**

Waltraud Deeg	Luise Eppacher	Maria Hochgruber	Manfred Huber	Hans Christian Oberarzbacher	Kurt Ploner	Alexander Robert Steger	Martha Stocker	Christian Tschurtschenthaler	Albert Wurzer	weiße und ungültige Stimmen	Stimmen gesamt Wahlbeteiligung
508 10,03 %	189 3,73 %	685 13,52 %	114 2,25 %	366 7,22 %	260 5,13 %	150 2,96 %	876 17,29 %	1.076 21,24 %	842 16,62 %	130 106	5.302 44,44 %

Quelle: SVP 2013c

**Tab. 7: Vorwahlergebnis Landtagswahlen 2013 Bozen**

Otto von Dellemann	Sylvia Hofer	Albin Kofler	Walburga Kossler Thaler	Franz Locher	Thomas Oberrauch	Eimar Pichler Rolle	Helmuth Renzler	Dieter Steger	Luis Walcher	Thomas Widmann	weiße und ungültige Stimmen	Stimmen gesamt Wahlbeteiligung
1.032 8,75%	663 5,62%	1.713 14,53%	990 8,40%	1.268 10,75%	137 1,16%	818 6,94%	959 8,06%	1.904 16,15%	726 6,16%	1.589 13,48%	284 55	12.129 54,63%

Quelle: SVP 2013c

#### 4.4.5 Kandidatennominierung der Jungen Generation

Die SVP-Jugendorganisation JG war in der Legislaturperiode 2008–2013 nicht direkt im Landtag vertreten. Ihr gelang es jedoch bereits 2012 zwei durch Vorwahlen ermittelte fixe Listenplätze im Parteistatut festzuschreiben. Entsprechend früh wurde die Strategie zur Ermittlung der jungen Landtagskandidaten festgelegt. Ziel war es, möglichst starke Kandidaten mit breiter Akzeptanz zu finden. Zudem wollte die JG möglichst viele junge Menschen auf ihre Arbeit aufmerksam machen und somit schon für die Landtagswahlen werben.

4.691 der unter 30-jährigen Mitglieder konnten an der geschlossenen kombinierten Online- und Briefvorwahl teilnehmen. Die Wahlordnung lehnt sich an die anderen SVP-Vorwahlordnungen an: Nominierung per Stimmrechte durch die Ortsjugendausschüsse über die Bezirke, Annahmeerklärung und Einschränkungen in der Wahlwerbung (SVP 2013d). 864 Jugendmitglieder bestimmten Philipp Achammer (427 Stimmen) und Hans Christian Oberarzbacher (237 Stimmen) zu den beiden Jugendkandidaten für die Landtagswahlen (SVP 2013e).

#### 4.4.6 Kandidatennominierung für den Landeshauptmann

Im Autonomiestatut findet die Kurationsfunktion des Landtages keine genaue Regelung, ebenso wenig im Landeswahlgesetz Nr. 51/2013: „Die Landeshauptfrau/der Landeshauptmann wird vom Landtag aus seiner Mitte in geheimer Wahl und mit absoluter Mehrheit der Abgeordneten gewählt. Für die Wahl der Landeshauptfrau/des Landeshauptmanns geben die Parteien oder die politischen Gruppierungen über ihre Fraktionen eine Regierungserklärung ab.“ Auch im SVP-Parteistatut,

wenn auch in den vergangenen beiden Jahrzehnten Wiederwahlen vorprogrammiert waren, findet sich keine Vorgabe zur parteiinternen Bestimmung des Landeshauptmannkandidaten beziehungsweise darüber, wen die SVP Landtagsabgeordneten zum Landeshauptmann wählen sollen.

Eine diesbezügliche legislative Reglementierung, unabhängig von der diskutierten Direktwahl, würde Sicherheit schaffen und den verfassungsrechtlichen Anspruch der Beachtung des Wählerwillens stärken, könnte eine Partei mit absoluter Mehrheit doch ihren Listenletztgewählten zum Landeshauptmann wählen.

Entsprechend beschloss die SVP-Landesversammlung 2012, um die Nachfolge des langjährigen Landeshauptmanns Luis Durnwalder beziehungsweise den Spitzenkandidaten zu bestimmen, geschlossene Mitgliedervorwahlen abzuhalten. Die Wahlordnung folgt den gleichen Prinzipien wie jene für die Nominierung der Landtagskandidaten. Abweichend sind lediglich die Nominierungsvoraussetzungen: Vorschlagsrecht einer Landesleitung einer Organisation, einer Bezirksleitung oder der Ortsgruppen mit 20 Stimmrechten. Nach Unterzeichnung der Annahmeerklärung erfolgten Vorstellungsrunden in den Bezirksausschüssen und schließlich fanden, zeitgleich mit den Bezirksvorwahlen zur Nominierung der Landtagskandidaten, geschlossene und nichtöffentliche Vorwahlen statt (SVP 2013f).

Kurz vor dem Wahltag kündigte Parteiobmann Richard Theiner, der einzige Kandidat neben dem späteren Vorwahlsieger Arno Kompatscher, seinen plötzlichen Rückzug an.<sup>6</sup> Daraufhin stellte sich Elmar Pichler Rolle als Gegenkandidat zur Verfügung. Bei einer Wahlbeteiligung von 46,01 Prozent erhielt Arno Kompatscher 19.038 der abgegebenen 24.145 Stimmen (SVP 2013g).

## 5. Fazit

Der Erfahrung wegen, dem Potenzial einer etablierten, kapillar organisierten und den Bonus einer Regierungspartei ausnutzenden Partei entsprechend, konnte die SVP Vorwahlen als Vertretungskonzept in Südtirol bisher am zweckmäßigsten einsetzen.

Die offenen Vorwahlen des PD, des M5S und der Grünen sind erfolgreich verlaufen, allerdings konnten sie nicht jene Aufmerksamkeit hervorrufen wie die geschlossenen SVP-Basiswahlen. Jedoch können weitere Erfahrungsmomente der Parteien und der Wähler zu einer entsprechenden Vorwahlkultur führen.

Zu den an Fritz Plassers und Ezio Marras Zielsetzungen von Vorwahlen angelehnten Thesen lässt die empirische Aufarbeitung folgende Schlüsse zu:

Der SVP gelang es den Vorwahlsiegern eine hohe Wählerbindung und eine breite Identifikation mit der Parteibasis zu verschaffen, wodurch diese sich auch aktiver in den allgemeinen Wahlkampf einbrachte. Das Ziel, das Kandidatenfeld zu erweitern und politische *self starter* zu unterstützen, konnte von der SVP aufgrund des geschlossenen Vorwahltyps jedoch nicht erreicht werden. Eine Teilnahme an parteiinternen Vorwahlen bedarf eines bestimmten Bekanntheitsgrades bei der Parteibasis und der Zustimmung der Ortsgruppen, was ohne parteiinternes Engagement nur schwer möglich ist. Somit sind die Wahlkampf Voraussetzungen nicht für alle Kandidaten gleich. Zudem ist die Mitgliederstruktur nicht repräsentativ zur Gesamtbevölkerung, beispielsweise weisen die SVP-Mitglieder ein hohes Durchschnittsalter auf. Im Allgemeinen gelang es der SVP jedoch die Mitsprache der Parteimitglieder zu stärken und die Parteimitgliedschaft aufzuwerten, wodurch ein Mitgliederzuwachs verzeichnet werden konnte. Bei landesweiten Wahlbeteiligungen um 40 Prozent konnten sich jedoch Minderheitenkandidaten nur schwer durchzusetzen.

Trotzdem konnten sogenannte marginale Gruppen, wie die Unterstützer der Vorwahlverlierer, bei den allgemeinen Wahlen eingebunden werden, da es der SVP gelang, Konsens zu schaffen, was auch die Ergebnisse der allgemeinen Wahlen zeigten. Auch gelang es der SVP die Zivilgesellschaft, gemeint sind hier Verbände, Vereine und Organisationen, bereits in den Vorwahlkampf einzubinden. Außerdem wurde der Kandidatennominierungsprozess offener, wodurch sich der Einfluss der Parteieliten (auch zum Teil der Basisfunktionäre) verringerte, wie sich bei der Kandidatennominierung für die EU-Vorwahlen zeigte, als die Ortsgruppen sich für einen anderen Kandidaten als die Parteimitglieder entschieden. Nicht zuletzt wurde die Transparenz bei der Erstellung der Kandidatenlisten erhöht, da auch die mediale Aufmerksamkeit erhöht werden konnte, womit die Erwartungshaltung, Personalentscheidungen nicht im kleinen Kreis zu treffen, wuchs. Auch gelang es der SVP von ihren Problemen als Regierungspartei wie beispielsweise der Energiepolitik abzulenken, da sie wochenlang die Medienberichterstattung mit der Landeshauptmannnachfolge und der angestrebten Politikererneuerung dominierte, dadurch Trends setzte und es so schaffte, aus dem Umfragetief zu kommen.

Auch die Erfahrungen der anderen Parteien bestätigen einige meiner Thesen. Die Vorwahlen des PD und der Grünen erhielten eine hohe mediale Aufmerksamkeit, wodurch es zu einer Öffnung der Nominierungen und Erhöhung der Transparenz kam. Die These der Einbindung des gesamten Wahlkörpers trifft für den PD und die Grünen eher zu als für die SVP, da diese Parteien halboffene beziehungsweise halbgeschlossene Vorwahlen abhielten und es somit jedem Interessierten



möglich war teilzunehmen. Allerdings konnten der PD, M5S und die Grünen nur schwer Lobbys mobilisieren, dafür die Wählerbindung stärken. Der Einfluss der Parteispitzen auf die Listenerstellung wurde verringert. Schwierig war für diese Parteien die Erweiterung des Kandidatenfeldes, da es prinzipiell nicht um einen fixen Listenplatz, sondern um die Reihung auf der Liste ging, schließlich mussten beide Listen mit unbekanntem Kandidaten gefüllt werden.

Im Allgemeinen geht die Südtiroler Parteienlandschaft fortschrittlich mit dem Nominierungsinstrument der Vorwahlen um, jedoch hatten alle Parteien bei der Durchführung der Vorwahlen Herausforderungen und Schwierigkeiten zu meistern, wie die Finanzierung, die Suche nach geeigneten nichtöffentlichen Wahllokalen oder die Einschränkung der Wahlwerbung. Bei der Überarbeitung des Landeswahlgesetzes im Mai 2013 hätten durch Rahmenbedingungen und Mindeststandards diese Hürden beseitigt, die Qualität der Vorwahlen verbessert und somit bestmögliche Voraussetzungen für fakultative Vorwahlen geschaffen werden können. Dies sollte bei der nächsten Reform berücksichtigt werden.

---

## Anmerkungen

- 1 Soweit im Beitrag die männliche Form verwendet wird, ist sie als geschlechtsneutral zu verstehen.
- 2 Urteil VfGH 203/1975.
- 3 Urteil VfGH 83/1992.
- 4 Urteil VfGH 49/2003.
- 5 Der Gesetzesvorschlag AC Nr. 598 der Abgeordnetenkommer sowie der Gesetzesvorschlag S Nr. 550 des Senats sehen beide in Art. 10 eine zehnpromzentige Erhöhung der Wahlkampfkostenrückerstattung für Parteien vor, welche zur Kandidatenermittlung Vorwahlen abhalten.
- 6 Nach einer angeblichen Beleidigung durch Arno Kompatscher teilte Richard Theiner via *facebook* seinen Rücktritt als Vorwahlkandidat mit.

---

## Literaturverzeichnis

- Alto Adige* (27.20.2009). Frena: „Adesso basta, ho vinto io“, [http://ricerca.gelocal.it/altoadige/archivio/altoadige/2009/10/27/AZ6PO\\_AZ601.html](http://ricerca.gelocal.it/altoadige/archivio/altoadige/2009/10/27/AZ6PO_AZ601.html) (8.1.2014)
- Alto Adige* (26.11.2012). In *Alto Adige* vince Bersani, [http://ricerca.gelocal.it/altoadige/archivio/altoadige/2012/11/26/NZ\\_04\\_01.html](http://ricerca.gelocal.it/altoadige/archivio/altoadige/2012/11/26/NZ_04_01.html) (12.7.2013)
- Alto Adige* (29.12.2012). Primarie del Pd: Gneccchi vince con 711 voti su 1.312, Berti seconda con 501 preferenze, <http://altoadige.gelocal.it/cronaca/2012/12/29/news/primarie-del-pd-gneccchi-vince-con-711-voti-su-1-312-berti-seconda-con-501-preferenze-1.6267078> (30.7.2013)
- Alto Adige* (17.1.2013). La campagna low-cost del movimento 5 stelle, <http://altoadige.gelocal.it/cronaca/2013/01/17/news/la-campagna-low-cost-del-movimento-5-stelle-1.6368272> (9.1.2014)
- Alto Adige* (12.8.2013), Movimento 5 stelle passione di famiglia, <http://altoadige.gelocal.it/cronaca/2012/12/08/news/movimento-5-stelle-passione-di-famiglia-1.6165514> (9.1.2014)
- Anastasi, Antonino (2009). Partiti e offerta di elezioni primarie per la scelta dei candidati alle cariche pubbliche: tra democratizzazione, plebiscitarismo e partecipazione, 19.9.2009, [www.sisp.it/files/papers/2009/antonino-anastasi-390.pdf](http://www.sisp.it/files/papers/2009/antonino-anastasi-390.pdf) (20.1.2014)
- Atz, Hermann (2007). Die Grünen Südtirols, Innsbruck: Studien Verlag
- Atz, Hermann/Pallaver, Günther (2010). Die Wahlen zum Europäischen Parlament. Der Wahlsieg der SVP zwischen internen Vorwahlen und gescheiterten Konkurrenten, in: Pallaver, Günther (Hg.). *Politika10. Jahrbuch für Politik/Annuario di politica/Anuer de pulitica* (Südtiroler Gesellschaft für Politikwissenschaft/Società di Scienza Politica dell'Alto Adige/Südtiroler Sozietà per Scienza Pulitica), Bozen: Edition Raetia, 295–326

- Der Vinschger* (2008). Die zwei bindenden SVP Kandidaten stehen fest, März 2008, [www.dervinschger.it/artikel.phtml?id\\_artikel=10149&q=Die+zwei+bindenden+SVPKandidaten+stehen+fest+&a=&r=&re=](http://www.dervinschger.it/artikel.phtml?id_artikel=10149&q=Die+zwei+bindenden+SVPKandidaten+stehen+fest+&a=&r=&re=) (1.8.2013)
- Floridia*, Antonio (2009). Contro la democrazia „immediata“: democrazia e partecipazione nei partiti, 30.1.2009, <http://cise.luiss.it/cise/wp-content/uploads/2009/03/floridia-contra-la-democrazia-immediata-.pdf> (8.1.2014)
- Fusaro*, Carlo (2006). „Elezioni primarie: prime esperienze e profili costituzionali“, in: *Quaderni dell’Osservatorio Elettorale*, Nr. 55, August 2006, 41–62
- Gambino*, Silvio (2006). *Forme di governo*, Mailand: Giuffré
- Gatterer*, Joachim (2009). „rote milben im gefieder“. Sozialdemokratische, kommunistische und grün-alternative Parteipolitik in Südtirol, Innsbruck: Studienverlag
- Grüne* (2013). Grundsatzpapier „Grüne Vorwahlen – primarie aperte“, 10.4.2013
- Grüne* (2013a). Ergebnisse der offenen Vorwahlen 2.0, [www.verdi.bz.it/ergebnisse-der-offenen-vorwahlen-2-0/](http://www.verdi.bz.it/ergebnisse-der-offenen-vorwahlen-2-0/) (30.7.2013)
- Magiera*, Siegfried (1971). *Die Vorwahlen (Primaries) in den Vereinigten Staaten. Demokratisierung von Wahlen und Parteien*, Bamberg: Athenäum Verlag
- Marra*, Ezio (1995). Primarie: Come si vota?, in: *Gambino*, Silvio (Hg.). *Elezioni primarie e rappresentanza politica*, Messina: Rubbettino, 79–100
- Melchionda*, Enrico (2005). *Alle origini delle primarie. Democrazia e direttismo nell’America progressista*, Roma: Ediesse
- Moschella*, Giovanni (1995). Elezioni primarie e redistribuzione delle funzioni di rappresentanza politica, in: *Gambino*, Silvio (Hg.). *Elezioni primarie e rappresentanza politica*, Messina. Rubbettino, 31–54
- Pallaver*, Günther (2005) *Le Primarie all’interno della Südtiroler Volkspartei*, in: *Le Regioni*, 3, 459–462
- Pallaver*, Günther (2007a). Südtirols politische Parteien 1945 – 2005, in: *Ferrandi*, Giuseppe/*Pallaver*, Günther (Hg.). *Die Region Trentino – Südtirol im 20. Jahrhundert – I. Politik und Institutionen*, Trient; Museo storico in Trento onlus, 589–628
- Pallaver*, Günther (2007b). *Die Südtiroler Volkspartei*, in: *Ferrandi*, Giuseppe/*Pallaver*, Günther (Hg.). *Die Region Trentino – Südtirol im 20. Jahrhundert – I. Politik und Institutionen*, Trient; Museo storico in Trento onlus, 629–655
- PD* (2009). Wahlordnung, Regolamento per l’elezione del Segretario e dell’Assemblea Provinciale di Bolzano, [www.demokratischepartei.bz/index.php?option=com\\_docman&task=doc\\_download&gid=13&Itemid=&lang=de](http://www.demokratischepartei.bz/index.php?option=com_docman&task=doc_download&gid=13&Itemid=&lang=de) (16.8.2013)
- PD* (2012). Unterstützungserklärung, [www.pdcornaredo.it/wordpress/wp-content/uploads/2012/07/carta\\_intenti\\_pd.pdf](http://www.pdcornaredo.it/wordpress/wp-content/uploads/2012/07/carta_intenti_pd.pdf) (28.8.2013)
- PD* (2013). Regolamento per le candidature al parlamento per le elezioni politiche 2013, [www.primarie-parlamentaripd.it/regolamento.htm](http://www.primarie-parlamentaripd.it/regolamento.htm) (30.7.2013)
- Pitro*, Susanne (2013). M5S: Der nächste Anlauf, in: *Salto – Nachrichten- und communityportal für Südtirol*, 7.6.2013, [www.salto.bz/de/article/07062013/m5s-der-naechste-anlauf](http://www.salto.bz/de/article/07062013/m5s-der-naechste-anlauf) (11.9.2012)
- Plasser*, Fritz (1992). *Vorwahlen und Vorwahlpraxis in den Vereinigten Staaten*, in: *Neisser*, Heinrich/*Plasser*, Fritz (Hg.): *Vorwahlen und Kandidatennominierung im internationalen Vergleich*, Wien: Signum Verlag, 7–27

- Redazione/gadilu* (2013). M5S: Andreas Perugini estromesso dalla lista, in: Salto – Nachrichten- und communityportal für Südtirol, 10.9.2013, [www.salto.bz/de/article/10092013/m5s-andreas-perugini-estromesso-dalla-lista](http://www.salto.bz/de/article/10092013/m5s-andreas-perugini-estromesso-dalla-lista) (11.9.2012)
- Riz, Roland/Happacher Brezinka, Esther* (2003). Grundzüge des Italienischen Verfassungsrechts unter Berücksichtigung der verfassungsrechtlichen Aspekte der Südtiroler Autonomie, Innsbruck: Studia Universitätsverlag
- Rossi, Emanuele/Gori, Luca* (2008). Le elezioni primarie come forma di partecipazione alla vita politica italiana: un primo bilancio dopo dieci anni di „esperimenti“, in: *Revista catalana de dret public*, Nr. 37, 75–128
- SVP* (2009a). Erklärung der KandidatInnen der Basiswahl zur Nominierung des/der SpitzenkandidatIn zur EU-Wahl 2009, 9.3.2009
- SVP* (2009b). Wahlordnung zur Nominierung des/der Spitzenkandidaten/in – Wahl zum europäischen Parlament 6. und 7. Juni 2009, 16.2.2009
- SVP* (2009c). Herbert Dorfmann gewinnt mit 42,28 Prozent die SVP-Basiswahl, 6.4.2009, [www.svp.eu/de/medienmitteilungen/herbert-dorfmann-gewinnt-mit-4228-prozent-die-svp-basiswahl/](http://www.svp.eu/de/medienmitteilungen/herbert-dorfmann-gewinnt-mit-4228-prozent-die-svp-basiswahl/) (13.8.2013)
- SVP* (2010a). Für SVP sind Vorwahlen ein voller Erfolg, 5.3.2010, [www.svp.eu/de/medienmitteilungen/fuer-svp-sind-vorwahlen-ein-voller-erfolg/](http://www.svp.eu/de/medienmitteilungen/fuer-svp-sind-vorwahlen-ein-voller-erfolg/) (13.8.2013)
- SVP* (2010b). Helene Amort neue Ortsobfrau – Vorwahlen für Bürgermeisterkandidaten am 14. März, 23.2.2010, [www.svp.eu/de/medienmitteilungen/helene-amort-neue-ortsobfrau-vorwahlen-fuer-buergermeisterkandidat-am-14-maerz](http://www.svp.eu/de/medienmitteilungen/helene-amort-neue-ortsobfrau-vorwahlen-fuer-buergermeisterkandidat-am-14-maerz) (17.8.2013)
- SVP* (2012a). Argumentationshilfe für die Basiswahl, 31.12.2012
- SVP* (2012b). Rundschreiben des Parteiobermannes „Parlamentswahlen 2013/Vorverlegung der SVP-Basiswahl“, 10.12.2012
- SVP* (2012c). Wahlordnungen für die Vorwahlen der Kandidaten/innen für das römische Parlament in der überarbeiteten Version, 10.12.2012
- SVP* (2012d). § 136 Statut der Südtiroler Volkspartei, 24.3.2012
- SVP* (2013a). Ergebnis der SVP-Basiswahl vom 6. Jänner 2013, Präsentation in der Sitzung der Parteileitung, 7.1.2013
- SVP* (2013b). Richtlinien für die Basiswahl in den Bezirken, Beschluss der Parteileitung in gemeinsamer Sitzung mit der Landtagsfraktion, 25.3.2013
- SVP* (2013c). Ergebnisbericht der SVP-Basiswahl, Sitzung der Parteileitung, 22.4.2013
- SVP* (2013d). Wahlordnung zur Nominierung der JG-Kandidaten, 26.11.2013
- SVP* (2013e). Präsentation Landesjugendleitung, Ergebnis der JG-Basiswahl, 5.2013
- SVP* (2013f). Wahlordnung zur Nominierung des/der Spitzenkandidaten/in, 11.3.2013
- SVP* (2013g). Richtlinien für die Basiswahl der Jungen Generation in der SVP, 26.3.2013

## Abstracts

### **Le primarie come procedura di nomina nel panorama partitico altoatesino**

Negli ultimi anni in Alto Adige si è fatto ricorso sempre più spesso alle primarie. I quattro partiti che per la definizione delle candidature nelle ultime elezioni provinciali e politiche hanno effettuato le primarie, hanno perseguito obiettivi diversi tra loro. Con gli esempi proposti si tenta di raggiungere i seguenti obiettivi: uguaglianza dei candidati, mobilitazione del corpo elettorale, trasparenza, apertura delle liste dei candidati e coinvolgimento delle rappresentanze di interessi.

Da questo quadro emerge una panoramica dettagliata sulla storia delle elezioni primarie in Alto Adige (ordinamenti elettorali, analisi dei risultati, sfide ed effetti). La Svp ha utilizzato sinora questa procedura di voto ottenendo il successo maggiore; infatti in questo modo ha creato un clima positivo all'interno del partito, ha coinvolto le organizzazioni collegate, ha incentivato il legame tra elettori e partito ed ha inoltre conquistato un grande consenso politico. Il secondo dato emerso da questo studio è che le condizioni quadro di carattere legislativo con standard minimi sono in grado di influenzare in maniera positiva, sia qualitativamente che quantitativamente, lo strumento delle primarie e di creare occasioni pratiche di confronto.

## **La veles danora sciche pruzes de numinazion tl mond di partic de Südtirol**

Ti ani passei fovel te Südtirol for inò veles danora. Duc cater partic, che à tenì veles danora per abiné i candidat per l'ultima veles dl Cunsëi provinziel y per la veles dl Parlamënt se ova metù d'autri fins. L arjonjer de chisc fins (valivanza di candidat, mobilisazion di litadëures, trasparënza, giaurida dla lista di candidat o purté ite reprejentanzes de nteresc ) vën analisà cun chisc ejëmpli. A chësta maniera vëniel fat n cheder genel sun la storia dla veles danora te Südtirol (urdenamënt dla veles, analisa di resultat, sfides y consequënzes). La SVP se à nuzà nchina sën de chësc pruzes de numinazion cun plu suzes ajache la à nsci fat unì su bona ueia, la à mubilisà, la à danora trat ite urganisations y à judà do che i litadëures reste liei, coche la à nce fat nascer n cunsëns politich. L secondo pont de chësc lëur ie che cundizions de curnisc legislativa nfluenzea tres standards minims l strumënt dla veles danora sibe cualitativamënter che cuantitativamënter y ressolv sfides pratiches.

### **Primaries as a nomination process within the landscape of South Tyrol's political parties**

In recent years, more and more primaries have been held in South Tyrol. Each of the four parties that held primaries in order to determine candidates for the last provincial and parliamentary elections pursued a different goal. The achievement of these objectives (parity of the candidates, mobilization of the electoral body, transparency, opening of the candidate list and involvement of interest groups) is analyzed in these examples. The result is a complete overview of primaries in South Tyrol (electoral regulations, analysis of results, challenges and effects). The SVP has used this nomination process most successfully to date, because through it the party lifted spirits, mobilized its supporters, integrated front organizations, encouraged voter commitment and created political consensus. The second finding of this study is that prevailing legislative framework with minimum standards has a positive effect on the instrument of the primary, both qualitatively and quantitatively, and would resolve practical challenges.

**Marco Angelucci**

## **Tra astensionismo e protesta: le elezioni politiche**

### **1. Introduzione<sup>1</sup>**

Le elezioni politiche arrivano dopo due anni di governo tecnico che, a causa dell'emergenza economica, è stato costretto ad adottare misure impopolari come la riforma delle pensioni o l'introduzione dell'Imu, la tassa sulla casa. Benché fosse sostenuto tanto dal Pd quanto dal Pdl, il governo Monti viene scaricato da tutti alla vigilia del voto. Alla fine con Monti rimarranno solo Fini e Casini in quello che sarà un tentativo, fallito, di ricostruire una forza centrista alternativa sia alla destra, sia alla sinistra.

Anche l'Svp è stata scottata dall'esperienza Monti che ha imposto alle autonomie grossi sacrifici. Il direttore della ripartizione Finanze della Provincia li quantifica in quasi due miliardi di euro in soli due anni. I conflitti davanti alla Corte costituzionale si moltiplicano e per la Stella alpina è quasi inevitabile finire tra le braccia del centrosinistra che promette un nuovo atteggiamento nei confronti dell'autonomia, assicurando l'intenzione di consultare il Presidente della Provincia prima di prendere ogni decisione che riguardi l'Alto Adige. Architetto dell'accordo

è ancora una volta Gianclaudio Bressa. Il deputato bellunese convince l'Svp ad entrare nella coalizione di Pier Luigi Bersani: un'alleanza che sarà decisiva per regalare al centrosinistra il premio di maggioranza alla Camera. Lo slogan scelto è "Autonomie in Gefahr" (Die Neue Südtiroler Tageszeitung online 2013), un chiaro messaggio per far sapere ai sudtirolesi che ora come non mai è importante fare squadra per difendere il diritto all'autogoverno della minoranza tedesca in Italia.

L'Svp teme di scendere sotto la soglia del 40 per cento, senza la quale non avrebbe diritto ad alcun deputato. Il Porcellum infatti stabilisce uno sbarramento regionale del 20 per cento per i partiti che non superano la soglia di sbarramento nazionale del 4 per cento. C'è dunque il rischio che la Stella alpina rimanga fuori dalla Camera e anche per questo l'Obmann Richard Theiner insiste fino all'ultimo per la costituzione di una lista insieme agli autonomisti trentini che, con i loro sedicimila voti, daranno un importante contributo al risultato Svp.

## **2. L'offerta politica**

Alle elezioni del 24 febbraio si presentano cinque grandi blocchi. Il centrosinistra di Pier Luigi Bersani; il centrodestra di Silvio Berlusconi che alla fine riesce a mantenere l'alleanza con la Lega offrendo a Roberto Maroni la presidenza della regione Lombardia e ad imbarcare anche La Destra di Francesco Storace e Fratelli d'Italia; il centro di Mario Monti, Gianfranco Fini e Pier Ferdinando Casini; il Movimento 5 stelle di Beppe Grillo; e Rivoluzione civile, nata dall'alleanza di Rifondazione comunista, Comunisti italiani, Verdi (non quelli altoatesini) e Italia dei valori che propone come candidato premier l'ex pubblico ministero di Palermo Antonio Ingroia (Diamanti 2013).

### **2.1. Svp-centrosinistra**

L'accordo tra Svp e Pd, che coinvolge anche i trentini del Patt, è la chiave di questa consultazione elettorale. Proprio grazie ai voti della Stella alpina lo schieramento di centrosinistra riesce ad ottenere il bonus di maggioranza alla Camera dei deputati. Il candidato premier Pier Luigi Bersani infatti ottiene 10.049.393 voti contro i 9.923.600 della coalizione guidata da Silvio Berlusconi. I 146.800 voti dell'Svp risultano decisivi per regalare al centrosinistra il premio di maggioranza alla Camera in virtù del quale l'Svp elegge cinque deputati, il Pd tre e in extremis entra an-



che Florian Kronbichler, capolista di Sel. Sia l'Svp sia il Pd scelgono i loro candidati tramite elezioni primarie che si tengono proprio a ridosso di Natale. Una scelta azzardata ma che ha successo in termini di partecipazione ed è foriera di diverse sorprese.

Per quanto riguarda l'Svp vince Albrecht Plangger che fa il pieno di consensi in val Venosta risultando il più votato di tutti i candidati con 5.294 preferenze. Dietro l'ex sindaco di Curon, paladino della battaglia dei comuni venostani per l'energia, si piazza Renate Gebhard che, trainata dalle donne Svp, raccoglie voti in tutti i comprensori fino ad arrivare a quota 5.095. È una sorpresa anche il terzo posto di Daniel Alfreider (3.564 voti), trentenne Obmann dell'Svp ladina che da anni ambiva ad avere un proprio rappresentante a Roma. Solo quinto il vicesindaco di Bolzano Klaus Ladinsler (2.559 voti), davanti a lui arriva persino l'assessore di Caldaro Manfred Schullian (3.500 voti). In tutto i votanti sono più di ventimila, il 40 per cento degli iscritti al partito di raccolta.

Una volta chiuse le primarie l'Obmann dell'Svp Richard Theiner inizia a trattare con i cugini del Patt trentino per riproporre un accordo regionale.

Il Porcellum, la contestata legge elettorale scritta dall'ex ministro leghista Roberto Calderoli, prevede infatti che gli undici seggi (un posto in più è stato assegnato alla Regione in seguito alla pubblicazione dei dati dell'ultimo censimento Istat) siano attribuiti all'interno di un collegio unico regionale. L'Svp propone di cedere al Patt il quarto ed il sesto posto in lista e parallelamente tratta con il Pd per apparentarsi alla coalizione di Bersani. Theiner riesce a condurre in porto entrambe le operazioni e, dopo alcune resistenze, a convincere il Patt – corteggiato anche da Scelta civica di Dellai – ad entrare nella lista Svp. Il 10 gennaio viene siglato l'accordo a Roma tra Theiner, Bersani e Panizza: se il centrosinistra ottiene il premio di maggioranza il quarto deputato potrebbe saltar fuori e così anche il Patt accetta le condizioni Svp. Alla fine gli eletti saranno addirittura cinque: Albrecht Plangger, Renate Gebhard, Daniel Alfreider, Mauro Ottobre e Manfred Schullian.

Più complessa invece è la gestazione della lista del Pd. I democratici organizzano primarie separate a Trento e a Bolzano, in Alto Adige vota solo il 22 per cento degli iscritti e la spunta Luisa Gnechchi con 711 preferenze davanti a Franca Berti (501), Fernando Biague (452) e Pietro Calò (334). Subito dopo iniziano le trattative, tesissime, con Trento per definire l'ordine di lista.

La decisione finale viene presa a Roma, la segreteria del Pd indica come capolista Gianclaudio Bressa che ha ottenuto la deroga a candidarsi ancora una volta. Trento pretende il secondo e il terzo posto ma non la spunta: Elisa Filippi, seconda

classificata dietro il segretario provinciale Michele Nicoletti, scivola al quarto posto dietro Bressa, Nicoletti e la deputata uscente Luisa Gnechchi che ha vinto le primarie altoatesine.

L'accordo Theiner-Bersani-Panizza, sottoscritto ufficialmente a Roma l'11 gennaio, prevede anche che Pd ed Svp concordino insieme un candidato per il collegio senatoriale della Bassa Atesina. Nelle ultime tre legislature è sempre stato eletto Oskar Peterlini; ora il Pd chiede il posto per un italiano. La trattativa prosegue fino all'ultimo momento utile: spuntano i nomi di Alberto Zocchi, Antonio Frena, Siegfried Brugger e Oswald Schiefer. Contemporaneamente si tratta anche a Trento dove Scelta civica, Pd e Patt decidono di spartirsi, uno per ciascuno, i tre collegi trentini; rimane in sospeso solo la situazione in Bassa Atesina. Il 10 gennaio Pd e Volkspartei convergono sul nome di Francesco Palermo e annunciano il lieto evento alle redazioni dei giornali tra l'incredulità generale. Il professore universitario sarà candidato sotto i simboli del Pd e della Svp: è un momento storico con l'Svp che candida ufficialmente un italiano. Appena la notizia si diffonde le redazioni si riempiono di reazioni positive. Udc, Scelta civica, Verdi e anche Sel convergono tutti sul nome di Palermo che si propone di avviare un progetto di riforma dello statuto di autonomia. Subito dopo Theiner vola a Roma per siglare l'apparentamento con il centrosinistra di Bersani insieme al segretario del Patt Franco Panizza.

Rientra nell'alveo del centrosinistra anche l'alleanza tra Sel e Verdi. Gli ecologisti altoatesini, scottati alle ultime elezioni politiche dall'esperienza della Sinistra arcobaleno, guardano con diffidenza la coalizione formata da Idv, Rifondazione e Comunisti italiani guidata dall'ex pubblico ministero di Palermo Antonio Ingroia.

In controtendenza con i Verdi nazionali, gli ecologisti altoatesini annunciano che non sosterranno Ingroia e avviano una trattativa con Sel. Il patto, benedetto da Nichi Vendola, prevede la candidatura di Florian Kronbichler come capolista di Sel alla Camera. Il tentativo di mandare a Roma un tedesco non Svp riesce in extremis: grazie ai complessissimi meccanismi del Porcellum il Trentino-Alto Adige ottiene un deputato in più rispetto agli undici previsti. Infatti grazie all'alleanza Pd-Svp, il Trentino-Alto Adige risulta la regione dove la coalizione di centrosinistra ha vinto di più e ne beneficiano tutte le forze della coalizione, Sel compresa. L'elezione viene contestata dal candidato umbro Massimo Donati, ma il Viminale inserisce Kronbichler tra gli eletti.

Se alla Camera Svp, Pd e Verdi sono tutti insieme appassionatamente, al senato ognuno corre per conto suo eccetto in Bassa Atesina dove tutti sostengono Palermo. I Verdi puntano su candidati forti come Michil Costa in Pusteria e Cristina

Kury a Merano, il Pd invece preferisce non dare troppo fastidio all'Svp lanciando nella mischia Susanna Manco a Brunico e Karl Trojer nel Burgaviato.

Se a livello provinciale il centrosinistra è abbondantemente sopra la soglia del 50 per cento, a livello nazionale la coalizione guidata da Bersani supera di poco i dieci milioni di voti. Solo un terzo del totale. Il Pd infatti ha lasciato sul campo quasi tre milioni di voti rispetto al 2008.

## 2.2. Il Movimento 5 stelle

Anche il Movimento 5 stelle sceglie i propri candidati attraverso le primarie ribattezzate parlamentarie. I nomi vengono tenuti segreti fino all'ultimo e il regolamento pubblicato dallo staff di Grillo consente di candidarsi solo a coloro che sono iscritti da più di un anno. Il gruppo trentino insorge perché con queste regole nessuno avrebbe diritto di presentarsi. Così lo staff riapre le candidature. Inspiegabilmente rimane fuori Mirko de Giuli, animatore del primo meetup bolzanino, per un problema legato alla registrazione del documento. Le più votate risultano la bolzanina Teresa Fortini (49 voti) e la trentina Milena Bertagnin (55 voti) che vengono, come tutti gli over quaranta, dirottate nei collegi del senato. Capolista alla Camera sarà Riccardo Fraccaro che con 32 voti si piazza quarto alle parlamentarie.

Seguendo la linea dettata da Beppe Grillo, il Movimento 5 stelle promette di lottare contro la casta e di porre fine alle ruberie di una classe politica debilitata da innumerevoli scandali (Bordignon/Ceccarini 2013).

## 2.3. Il centrodestra

La formazione delle liste di centrodestra non avviene tramite primarie e la grande frammentazione è il preludio del disastro elettorale che arriverà con le provinciali. Il Pdl si affida totalmente a Michaela Biancofiore che con l'uscita di Giorgio Holzmann, passato a Fratelli d'Italia, e di Mauro Minniti, non ha più rivali interni in Alto Adige. E infatti sarà lei a guidare la lista del partito di Berlusconi. Dietro di lei, il deputato uscente Maurizio Del Tenno e terzo Enrico Lillo. I trentini sono tutti in posizioni non eleggibili. In extremis il Pdl stringe accordi, oltre che con la Lega, anche con La Destra di Storace e Fratelli d'Italia e con il Mir (Moderati italiani in rivoluzione) di Gianpiero Samorì. Ma nessuno degli alleati presenta candi-

dati di peso, anzi Fratelli d'Italia non riesce nemmeno a raccogliere le firme per presentare la lista alla Camera.

In senato ognuno va per conto suo, tanto i collegi sono praticamente già decisi. In Trentino il centrodestra fa qualche sforzo in più e infatti riesce ad eleggere un senatore sul filo del rasoio, il leghista Sergio Divina.

Ancora una volta Berlusconi tenta la carta dell'anticomunismo che però stavolta non funziona: debilitato dagli scandali e dalle promesse non mantenute il centrodestra perderà quasi sei milioni di voti rispetto al 2008.

#### 2.4. I centristi

Particolarmente curiosa è la formazione delle liste centriste. Il nome di Mario Monti dovrebbe unificare tutti ma il professore ha scelto l'ex governatore trentino Lorenzo Dellai come plenipotenziario in Regione che gioca su diversi tavoli. Infatti, se alla Camera Scelta civica si pone come alternativa al centrosinistra, al senato Dellai trova un accordo per spartirsi i collegi con Pd e Patt. La cosa non va giù ad Alessandro Urzì che, rotti gli indugi, abbandona il partito di Fini e al posto di Futuro e libertà dà vita ad una nuova formazione politica: L'Alto Adige nel cuore. Insieme ad un pugno di militanti raccoglie le firme per presentarsi nei tre collegi senatoriali mentre rinuncia ad essere presente alla Camera.

#### 2.5. La destra tedesca

Fallito il tentativo di costituire una lista comune con Süd-Tiroler Freiheit, i Freiheitlichen decidono di correre da soli. Ulli Mair è il candidato premier, Pius Leitner guida la lista per la Camera. Nei tre collegi senatoriali i liberalnazionali mettono candidati di peso come Siegmund Stocker, Peter Pichler e Christian Trafojer. L'obiettivo è dare una sonora lezione ad una Svp debilitata dallo scandalo Sel raccogliendo il voto degli scontenti.

## 2.6. La sinistra

Rifondazione, Pdc e Idv convergono sul nome del pubblico ministero di Palermo Antonio Ingroia. Dopo lunghe discussioni si arriva alla composizione della lista e dei collegi senatoriali. Qualcuno recrimina per la mancata intesa con i Verdi almeno al senato. Alla fine vengono candidati Iris Franceschini in Bassa Atesina, David Augscheller a Merano e Ghita Sadeghi in Pusteria. Tutti dovranno accontentarsi di percentuali da prefisso telefonico. Alla Camera, dopo Ingroia, c'è la trentina Lucia Coppola, terzo Robert Ladurner dell'Idv. Al centro del programma la lotta all'austerità e la difesa dei servizi dalla privatizzazione. Per la prima volta a sinistra compaiono slogan antieuropei.

## 2.7. L'estrema destra

Altro dato nuovo è l'alleanza Unitalia e CasaPound. I neofascisti sono presenti al senato solo a Bolzano con Maurizio Puglisi Ghizzi mentre alla Camera dopo il leader nazionale Simone Di Stefano c'è il bolzanino Matteo Demetri.

Completano il quadro Fare per fermare il declino di Oscar Giannino, presente alla Camera e nel collegio di Bolzano, e il cantautore Oscar Ferrari che con la sua presenza nel collegio della Bassa Atesina porta una ventata di buonumore in un'elezione già decisa.

**Tab. 1: Il voto alla Camera in Alto Adige: dati a confronto**

	2013		2008		
Svp	132.159	44,17 %	132.612	44,31 %	Svp
Pd	28.364	9,48 %	48.473	16,20 %	Pd
Pdl	19.941	6,66 %	42.017	14,04 %	Pdl
Lega Nord	2.837	0,95 %	5.951	1,99 %	Lega Nord
Die Freiheitlichen	47.634	15,92 %	28.224	9,43 %	Die Freiheitlichen
Rivoluzione civile	2.779	0,93 %	9.933	3,32 %	Sinistra arcobaleno
Movimento 5 stelle	24.864	8,30 %			-
<b>Votanti</b>	<b>310.364</b>	<b>82,10 %</b>	<b>312.174</b>	<b>84,60 %</b>	

Fonte: Elezioni politiche (2013)

### 3. I risultati elettorali

Fare un confronto dei dati è piuttosto difficile anche perché le coalizioni sono profondamente cambiate ed è subentrata la grande novità del Movimento 5 stelle che anche in Alto Adige va oltre le attese. Tuttavia è possibile trarre qualche considerazione.

Il numero di votanti rimane pressoché invariato (da 312.000 si scende a 310.000) nonostante il numero degli aventi diritto sia notevolmente aumentato (378.000 contro i 369.000 del 2008). L'affluenza infatti scende di due punti percentuali, soprattutto a Bolzano dove votano 2.500 persone in meno rispetto al 2008 (61.278 contro i 63.706 del 2008).

L'Svp rimane stabile ma nel 2008 si era parlato di *débâcle* visto che migliaia di Arbeitnehmer avevano voltato le spalle al partito di raccolta che aveva scelto di rimanere "blockfrei". Allora il Pd aveva ottenuto un successo oltre le attese totalizzando 48.000 voti che tuttavia non è riuscito a tenere. In parte sono andati a Sel che, candidando Florian Kronbichler, ha ottenuto un risultato molto al di sopra delle aspettative. Con 15.600 voti Sel raccoglie il 5,2 per cento, risultato impensabile senza l'alleanza con i Verdi.

I Freiheitlichen risultano in netta ascesa guadagnando 20.000 voti rispetto al 2008: in parte sono i voti di Andreas Pöder (12.000) ma in parte, almeno 8.000, sono elettori che hanno definitivamente abbandonato l'Svp.

Il tracollo del centrodestra è impressionante: Pdl e Lega perdono più della metà dei voti che vanno in gran parte al Movimento 5 stelle di Beppe Grillo. Nel collegio di Bolzano il Pdl passa da 28.000 voti a 8.000, una mazzata in parte spiegabile con l'alta concorrenza (le liste di centrodestra erano cinque) ma sommando i voti di tutti i candidati di area non si arriva a 14.000. Altro dato significativo è il successo di Urzì che praticamente doppia il suo rivale Holzmann che si ferma al 3,3 per cento. Un chiaro messaggio in vista delle provinciali dato che le sfide nel collegio di Bolzano sono state interpretate come una sorta di primarie interne al centrodestra altoatesino. Alla fine tutti hanno perso ma la sconfitta non è bastata visto che alle provinciali si è ripresentata la stessa situazione che ha avuto come conseguenza una drammatica riduzione della rappresentanza italiana.

Il centro, trainato da Monti e Dellai, ottiene un discreto successo che illude i vertici locali di Scelta civica in vista delle provinciali dove i centristi non confermeranno lo score ottenuto alle politiche. Infatti Udc e Scelta civica raccolgono insieme 20.000 voti, alle provinciali saranno solamente poco più di 4.000.

L'elettorato della Bassa Atesina mostra di apprezzare la candidatura di Palermo che, raccogliendo il 51,8 per cento dei consensi, va addirittura oltre il risultato otte-

nuto da Peterlini nel 2008 che si era fermato al 47 per cento. Va detto che allora gli avversari erano di tutt'altro spessore e, soprattutto, molti di meno.

La lista Ingroia, con soli 3.000 voti, riesce a far peggio di Sinistra arcobaleno che nel 2008 aveva raccolto oltre 9.000 voti. È la dimostrazione che, con l'avvento dei grillini, non c'è più spazio alla sinistra dei Verdi-Sel. (Per un confronto con le politiche del 2008 si veda Angelucci 2009).

**Tab. 2: Senato: Il collegio di Bolzano**

	2013		2008		
Palermo Francesco	47.623	51,80%	43.235	46,08%	Peterlini Oskar
Fortini Maria Teresa	14.335	15,60%			
Tagnin Mario	11.480	12,50%	26.265	28,00%	Vezzali Maurizio
Trafoier Christian	7.357	8,00%	3.433	3,66%	Mall Arno
Franceschini Iris	1.597	1,70%	8.539	9,10%	Angelucci Sandro

Fonte: Elezioni politiche (2013a)

## 4. Conclusioni

Le elezioni politiche danno una serie di segnali che alle provinciali di ottobre risulteranno ancora più evidenti. In primis l'aumento dell'astensionismo che ridimensiona in maniera impressionante la rappresentanza italiana. Gli altoatesini di lingua italiana hanno perso fiducia nei partiti tradizionali e solo in parte si sono rivolti al Movimento 5 stelle che propone un radicale rinnovamento della politica. Insieme ai grillini aumentano anche i Freiheitlichen che catalizzano il voto di protesta dei sudtirolesi di lingua tedesca.

L'asse Svp-Pd si conferma l'unica coalizione in grado di governare coinvolgendo entrambi i gruppi etnici. L'Svp, che dopo tutti gli scandali è stata costretta a rinnovarsi, si conferma come il partito di raccolta dei sudtirolesi anche se ormai la maggioranza assoluta pare irrimediabilmente persa.

L'alleanza Verdi-Sel riporta la sinistra italiana ai tempi del langerismo: negli ultimi anni infatti i Verdi avevano progressivamente perso la loro base italiana e l'alleanza con Sel, in cui è confluito gran parte del gruppo dirigente della Cgil, ridà vita ad una forza di sinistra veramente interetnica. L'esperimento riproposto alle provinciali otterrà ancora più successo nonostante la concorrenza di Rifondazione e Comunisti italiani che assomigliano sempre di più agli ultimi giapponesi che combattevano su un atollo deserto del Pacifico.

Il risultato che esce dalle urne fa precipitare il paese nel vortice dell'ingovernabilità. Se il centrosinistra ha la maggioranza alla Camera, al senato ci sono tre blocchi: centrodestra, centrosinistra e grillini. La legge scritta da Calderoli nel 2006 con l'obiettivo di impedire la vittoria di Prodi svolge ancora una volta la sua funzione. Senza possedere i numeri a Palazzo Madama, Bersani, dopo aver inutilmente tentato di convincere il Movimento 5 stelle, è costretto a fare un passo indietro. È l'inizio delle larghe intese, una Große Koalition che in Italia era considerata impossibile. Uno choc tanto per il centrodestra quanto per il centrosinistra che mai avrebbero pensato di governare insieme. A Palazzo Chigi si insedia Enrico Letta che sceglie come suo vice Angelino Alfano: per l'opposizione grillina si apre un'autostrada.



---

## Note

- 1 Per il seguente lavoro ci si è basati essenzialmente su articoli della stampa locale (“Alto Adige”, “Corriere dell’Alto Adige”, “Dolomiten”, “Neue Südtiroler Tageszeitung”, “Adige”, “Trentino”, “ff-Das Südtiroler Wochenmagazin”).

---

## Riferimenti bibliografici

- Angelucci, Marco* (2009). Politiche 2008: elettori in libertà, ma non per forza, in: *Pallaver, Günther/Kager, Thomas* (a cura di): *Politika 13. Jahrbuch für Politik/Annuario di politica/Anuar de politica* (Südtiroler Gesellschaft für Politikwissenschaft/Società di Scienza Politica dell’Alto Adige/Sozieta de scienza pulitica de Sudtirol), Bozen: Edition Raetia, 103-115
- Bordignon, Fabio/Ceccarini, Luigi* (2013). “Tsunami” a 5 stelle, in: *Diamanti, Ilvo* (a cura di): *Un salto nel voto. Ritratto politico dell’Italia di oggi*, Roma-Bari: Laterza, 60-71
- Diamanti, Ilvo* (2013). *Un salto nel voto. Ritratto politico dell’Italia di oggi*, Roma-Bari: Laterza
- Die Neue Südtiroler Tageszeitung online* (2013). Die Angst-Kampagne. [www.tageszeitung.it/2013/01/26/die-angst-kampagne/](http://www.tageszeitung.it/2013/01/26/die-angst-kampagne/) (09.02.2014)
- Elezioni politiche* (2013). Camera dei deputati. [www.provinz.bz.it/vote/parl2013/camerprov\\_li\\_vg.htm](http://www.provinz.bz.it/vote/parl2013/camerprov_li_vg.htm) (09.02.2014)
- Elezioni politiche* (2013a). Senato della Repubblica. [www.provinz.bz.it/vote/parl2013/senat\\_li\\_vg.htm](http://www.provinz.bz.it/vote/parl2013/senat_li_vg.htm) (09.02.2014)

## Abstracts

### **Zwischen Stimmenthaltung und Protest: die italienischen Parlamentswahlen 2013 in Südtirol**

Die Parlamentswahlen vom Februar 2013 brachten nicht nur in Italien, sondern auch in Südtirols politischer Landschaft einige historische Neuerungen, die in diesem Beitrag zusammengefasst werden. Die Südtiroler Volkspartei konnte im Bündnis mit den italienischen Mitte-links-Parteien den größten Wahlerfolg ihrer Geschichte erzielen; das Bündnis erreichte in der Region Mandate für acht Abgeordnete und sechs Senatoren. Das fragmentierte italienische Mitte-rechts-Lager verlor im nationalen Trend hingegen überproportional an Stimmen und konnte nur mehr ein Mandat für Michaela Biancofiore und den Trentiner Parlamentarier Sergio Divina halten. Neben zusätzlichen Achtungserfolgen für die Freiheitlichen und die neue Protestbewegung Movimento 5 Stelle brachte die Parlamentswahl vor allem auf personeller Ebene zwei historische Veränderungen. Mit Francesco Palermo wurde erstmals ein italienischsprachiger Südtiroler mit Unterstützung der SVP ins Parlament gewählt. Florian Kronbichler schaffte demgegenüber als erster deutschsprachiger Südtiroler über eine gesamtstaatliche Parteienliste den Sprung ins Parlament.

## **Danter ne jì nia a lité y prutesta: la veles dl Parlamënt talian te Südtirol tl 2013**

La veles dl Parlamënt dl 2013: dala furmazion dla listes ai resultat de vela.

La ujes dla SVP ti scinca la vitoria al zënter-man ciancia che ie bon de lité nchinamei 8 deputac y 6 senatores, canche dal'otra pert l zënter-man drëta va sot danter la mile spartizions, l sëuraviv mé Biancofiore y Divina.

L suzes dl muvimënt 5 Stelle y di Freiheitlichen ne se aspitova deguni nsci.

Per l prim iede ie la SVP bona de cunvëncer si litadëures a ti dé la usc a n talian per l Senat, Francesco Palermo. Y per l prim iede ruva tl Parlamënt n sudtirolesc de rujeneda tudëscia nia SVP.

L resultat de Scelta civica premieia Dellai y ngiana i zentrisć dl Südtirol sce n ti cëla ala veles dl Cunsëi provinziel.

### **Between abstention and protest: The 2013 Italian parliamentary elections in South Tyrol**

The parliamentary elections in February 2013 brought some historical reforms not only to Italy but also to South Tyrol's political landscape; they are summarized in this paper. The South Tyrolean People's Party, in alliance with the Italian center-left parties, was able to achieve the greatest electoral success of its history; the alliance attained mandates for eight deputies and six senators in the region. Meanwhile the fragmented Italian center-right camp, reflecting the national trend, lost a disproportionate number of votes and managed to retain only a mandate for Michaela Biancofiore and Trentino parliamentarian Sergio Divina. In addition to further initial successes for Die Freiheitlichen and the new protest movement Movimento 5 Stelle, the parliamentary election brought two historical changes, especially at the personal level. Francesco Palermo became the first Italian-speaking South Tyrolean to be elected to parliament with the support of the SVP. On the other hand, Florian Kronbichler became the first German-speaking South Tyrolean to enter parliament on a national party list.



# Die Normalisierung Südtirols

Die Landtagswahlen 2013: Ergebnisse, Trends und Perspektiven

## 1. Politische Rahmenbedingungen

Nach den Parlamentswahlen im Februar fanden in Südtirol am 27. Oktober 2013 Landtagswahlen statt, die von einer Reihe von Unsicherheitsfaktoren gekennzeichnet waren. Offen war, ob die Südtiroler Volkspartei (SVP) ihre absolute Mehrheit behalten würde, ob die deutschsprachigen (sezessionistischen) Parteien ihren Konsens würden steigern können und ob sich die Wahlergebnisse der gesamtstaatlichen italienischen Parteien bei den Parlamentswahlen auf Landesebene bestätigen würden.

Untergeordnete Unsicherheitsfaktoren waren: Würde es zu einer Konsolidierung oder zu einer weiteren Fragmentierung der italienischen Parteien kommen? Würde das ethnische Wahlverhalten der vergangenen Wahlgänge bestätigt werden oder würde es zu einer Aufweichung kommen? Und schließlich stand die Frage im Raum, mit wem die SVP beim Verlust ihrer absoluten Mandatsmehrheit die neue Landesregierung bilden würde.

Die Südtiroler Volkspartei befand sich im Jahr 2013 vor einer Zeitenwende. Der seit 1989 amtierende Landeshauptmann Luis Durnwalder trat nicht mehr zu den Wahlen an. Mit ihm wurde das „System Südtirol“ weitgehend identifiziert, das wirtschaftlich zwar erfolgreich war, aber zugleich immer größere demokratiepoliti-

sche Defizite aufzeigte. Die zu Beginn der Amtszeit von Landeshauptmann Durnwalder eingeführte frühmorgendliche Sprechstunde, zu der die BürgerInnen mit ihren Anliegen gehen konnten, hatte anfänglich das Image der Volksnähe, des Landeshauptmanns „zum Anpacken“ positiv geprägt, bis diese Sprechstunden im Volksmunde allmählich zur „Bittgangdemokratie“ verkamen, worunter feudales Gehabe und Klientelismus verstanden wurden.

Der Dezisionismus von Durnwalder hatte demokratische Mitentscheidungsprozesse immer mehr verkümmern lassen. Dies äußerte sich unter anderem in der Beziehung zwischen Zentrum und Peripherie, zwischen Land und Gemeinden. Der Zentralismus Roms war schrittweise durch den Zentralismus Bozens abgelöst worden. Dieser Fetischismus des „Landes“, der Entscheidungsfindungsprozesse jenseits des Landtags oder einer modernen *governance* privilegierte, führte letztlich zum größten Korruptionsskandal, den Südtirol bislang erlebte. Der SEL-Skandal belastete die SVP und ihre Führungsschicht enorm (Hinterwaldner 2013), wobei der SEL-Skandal letztlich das CSU-Syndrom auch in Südtirol bestätigte: Jahrzehntelange Machtausübung mit absoluten Mehrheiten ohne effiziente demokratische Kontrolle führt leicht zu ausuferndem Klientelismus, Verfälschung und Vetternwirtschaft bis hin zu strafrechtlich relevanten Handlungen. Dabei kam die Kritik an Durnwalder, den Erneuerungsprozess blockiert und sich eine Legislaturperiode zu spät zurückgezogen zu haben, am stärksten aus der eigenen Partei (Donatini 2013).

Die SVP hatte zwar bei den vorgezogenen Parlamentswahlen im Februar 2013 (Diamanti 2013) mandatsmäßig einen Erfolg erzielen können, der allerdings mehr durch die Parteibündnisse abgesichert worden war, weniger durch den Konsens der SüdtirolerInnen (vgl. den Beitrag von Marco Angelucci in diesem Band). Mit 44,2 Prozent (Parlamentswahlen 2013) lag die SVP auf Landesebene unter der Mehrheitsschwelle, um bei den Landtagswahlen wiederum die absolute Mandatsmehrheit zu erzielen. Dies bestätigten auch die verschiedenen Umfragen vor den Landtagswahlen.

Neben diesen spezifischen Gründen schlug sich auch die schwierige wirtschaftliche Situation Italiens auf die Zufriedenheit bzw. Unzufriedenheit der BürgerInnen Südtirols nieder (vgl. den Beitrag von Gernot Gruber in diesem Band). Die SVP unterstützte die Regierung Mario Montis, die sich vor allem durch eine Politik von „Blut und Tränen“ bemerkbar machte. Dazu kam insgesamt eine immer größer werdende Parteienverdrossenheit, ja Parteienablehnung, zumal Parteien nicht mehr imstande waren (und sind), den BürgerInnen glaubhafte Angebote zu machen. Die häufigen Skandale (Korruption, Bestechung, Unterschlagungen, persönliche

Bereicherung usw.), die sich in Italien tagtäglich in den Medien nachlesen lassen, wirkten sich auch in Südtirol negativ auf die (regierenden) Parteien aus, sodass sich der Erosionsprozess ihrer politischen Legitimation in Rom genauso wie in Bozen breitmachte (vgl. Ignazi 2012; Revelli 2013).

Die Aufbruchstimmung, die die Partei durch die internen Vorwahlen erlebte (vgl. den Beitrag von Ulrich Ladurner in diesem Band), konnte allerdings nicht über die vielen internen Querelen und Konflikte hinwegtäuschen. Die SVP setzte deshalb in ihrem Wahlkampf vor allem auf die Botschaft „Bewahren und Erneuern“, wie das Wahlprogramm lautete (SVP 2013). In Zeiten der sozialen Unsicherheit sollte den WählerInnen soziale und politische Sicherheit vermittelt werden (verantwortliche Autonomiepolitik, Regierbarkeit), aber auch Erneuerung, nicht in revolutionärer Abgrenzung zum auslaufenden Durnwalder-System, sondern im Sinne eines evolutionären Übergangs. Den zunehmenden Sezessionstendenzen anderer Parteien setzte die SVP ihr Modell der „Vollautonomie“ entgegen, aber auch den europäischen Gedanken, der sich in der Europaregion Tirol-Südtirol-Trentino artikulierte. Für diesen Weg stand Arno Kompatscher, der die SVP-internen Vorwahlen souverän für sich entscheiden konnte und als Spitzenkandidat der SVP und somit als Landeshauptmannkandidat zu den Wahlen antrat.

Der größte Herausforderer für die SVP waren die Freiheitlichen, die bereits bei den Parlamentswahlen im Februar 2013 auf knapp 16 Prozent der Stimmen gekommen waren. Die Freiheitlichen kritisierten das System SVP, deren Machtmonopol, die damit verbundenen Demokratiedefizite und deren Konsequenzen wie die Parteibuchwirtschaft, SEL-Skandal und Klientelismus, betonten den Vorrang der Einheimischen gegenüber den Einwanderern und das Projekt eines Freistaates, das mit allen drei Sprachgruppen verwirklicht werden sollte (Die Freiheitlichen 2013).

Bei der Süd-Tiroler Freiheit als im Wesentlichen einer *one issue party* stand die Selbstbestimmung Südtirols im Mittelpunkt des Wahlprogramms (Süd-Tiroler Freiheit 2013). Zur Aktivierung und Mobilisierung diente auch das sogenannte Selbstbestimmungsreferendum, das von der Süd-Tiroler Freiheit bereits im September eingeleitet worden war (Süd-Tiroler Freiheit 2014).<sup>1</sup>

Der Partito Democratico (PD) setzte in seinem Programm auf eine substanzielle Reform des Autonomiestatuts, auf Selbstverwaltung, Dezentralisierung und Föderalismus. Der Schwerpunkt lag auf der Zielsetzung, eine mehrsprachige Gesellschaft zu verwirklichen. Dazu sollten vor allem die Bildungseinrichtungen herangezogen, insbesondere eine mehrsprachige Schule verwirklicht werden. Absicherung des Sozialstaates und Schaffung von Arbeitsplätzen sollten die sozialdemokratische Ausrichtung der Partei unterstreichen (PD 2013).

Die Wahlkoalition Forza Alto Adige – Lega Nord – Team Autonomie setzte den Schwerpunkt auf die Verwirklichung der Rechte der italienischsprachigen BürgerInnen in Südtirol, vor allem auch jener der „Gemischtsprachigen“. Neben den Forderungen nach Regelung der Einwanderung und nach Hilfe für die Familien konzentrierte sich die Wahlkoalition auf ökonomische Fragen, die vielfach gesamtstaatlich ausgerichtet waren (Team Autonomie 2013).

Die Grünen-Verdi-Vërc/Sel griffen in erster Linie lokale Themen auf. Sie sprachen sich in ihrem Wahlprogramm gegen die ethnische Trennung der Gesellschaft aus, gegen Nationalismus und Separatismus, für mehr direkte Demokratie und Chancengleichheit, für mehr Ökologie und für eine Reform des Autonomiestatuts (Grüne-Verdi-Vërc/Sel 2013).

Im Wahlkampf dominierten, wie in der Zwischenzeit in ganz Europa (Plasser 2003), die metapolitischen Themen, dazu gehören etwa Berichte über den Wahlkampfstil, Wahlspekulationen und durchgeführte Diskussionsveranstaltungen, Wahlkampfbündnisse, Kandidaturen und Koalitionsspekulationen. Mehr als 30 Prozent der Berichterstattung widmeten die beiden Tageszeitungen Dolomiten und Alto Adige diesen metapolitischen Themen. Weit abgeschlagen wurden sachpolitische Themen wie etwa Verkehr, Toponomastik, Bildung, Energie oder die Beziehung unter den Sprachgruppen angesprochen (vgl. den Beitrag von Christoph Tauber in diesem Band).

## 2. Politisches Angebot

Das politische Angebot bei den Landtagswahlen spiegelt die Entwicklung der Parteien auf Landes- sowie auf Staatsebene, den Trend zur Territorialisierung der Parteien sowie deren ethnische Zuordnung wider. Ein längerfristiger Vergleich der Entwicklung wird für die Zeitspanne zwischen 1988 und 2013 präsentiert. Es handelt sich um 25 Jahre, die mitunter bereits als Ära Durnwalder bezeichnet werden. 1988 war das Wahljahr, in dem Luis Durnwalder zum Landeshauptmann gewählt wurde; 2013 war das Wahljahr, in dem Durnwalder nicht mehr zur Wahl antrat und durch Arno Kompatscher ersetzt wurde.

Waren im Jahr 2008 noch 15 Listen angetreten, so konnten sich diesmal nur mehr 14 Listen der Wahl stellen, weil die Liste Fratelli d'Italia, die vom ehemaligen Alleanza-Nazionale-Exponenten und späteren Parlamentarier des Popolo della Libertà (PdL) Giorgio Holzmann angeführt wurde, aus formalen Gründen nicht zugelassen wurde (salto.bz 2014a). Allerdings täuscht die ähnliche Zahl eine Stabili-



**Tabelle 1: Parteienangebot und Erfolgsquoten 1988–2013**

Wahljahr	Kandierende Parteien	Regionale Parteien				Gesamtstaatliche Parteien	Erfolgsquoten – Parteien im Landtag			
		dt	it	lad	int		dt	it	lad	int
1988	12	3	1		1	7	3	4		1
1993	16	4	2	1	1	7	3	5	1	1
1998	13	3	2	1	1	6	3	6	1	1
2003	13	3	4	1	1	4	3	5		1
2008	15	5	2	1	1	6	4	4		1
2013	14	4	2		1	7	4	4		1

Quelle: Eigene Berechnung aufgrund der amtlichen Wahlergebnisse  
 Abkürzungen: dt = deutsch; it = italienisch; lad = ladinisch; int = interethnisch

tät vor, die es in Wirklichkeit nicht gab. Vor allem das Berlusconi-Bündnis PdL war im Lauf der Legislatur in drei Ein-Mann-Parteien zerfallen. Dementsprechend wollten nicht weniger als vier Gruppierungen die Nachfolge antreten, von denen aber, wie erwähnt, eine ausgeschlossen wurde. Eine der drei übrigen Nachfolgelisten, die mit dem Namen Forza Alto Adige den Anspruch erhob, die legitime Erbin des PdL zu sein, hatte sich mit Elena Artioli und den von ihr angeführten Resten der Lega Nord Südtirol zusammengeschlossen. Einen weiteren Zusammenschluss bildete das Bündnis BürgerUnion – Ladins Dolomites – Wir Südtiroler zwischen Andreas Pöder, dem 2008 für die Union für Südtirol gewählten Abgeordneten, der Liste Ladins und dem abtrünnigen Freiheitlichen Thomas Egger. Von den 2008 konkurrierenden Listen traten drei nicht mehr an: Italia dei Valori, Unione dei Democratici Cristiani e di Centro (UDC) und die Bürgerbewegung. Umgekehrt stellten sich im Gefolge ihrer Erfolge bei den Parlamentswahlen vom Februar der Movimento 5 Stelle und die Liste Scelta Civica erstmals der Wahl, Letztere vor allem von ehemaligen Popolari- bzw. Democrazia-Cristiana-Exponenten getragen. Schließlich trat Rifondazione Comunista, das 2008 Teil der Sinistra dell’Alto Adige war, diesmal allein an. Der Vollständigkeit halber muss noch erwähnt werden, dass die Grünen zwei Vertretern der Linkspartei Sel die Plätze 7 und 8 auf ihrer Liste einräumten. Damit schlossen die beiden Parteien an die gemeinsam bereits erfolgreich durchgeführte Parlamentswahl im Februar an, bei der sie ihren Kandidaten Florian Kronbichler in die Abgeordnetenkammer bringen konnten (Camera dei deputati 2014).

Aus dieser kurzen Darstellung wird klar, wie unübersichtlich sich das politische Angebot für politisch weniger interessierte Personen präsentierte, vor allem in der italienischen Wahlarena. Dort konkurrierten – einschließlich der Grünen – nicht

weniger als zehn Parteien beziehungsweise Listen, die Hälfte davon zum ersten Mal. In der deutsch-ladinischen Wahllarena herrschte wesentlich mehr Kontinuität, die einzige Neuerung bestand im Zusammenschluss von BürgerUnion (2008 noch Union für Südtirol) und Ladins Dolomites, während umgekehrt die Bürgerbewegung sich nicht mehr der Wahl stellte. Diese Metamorphosen des Parteiensystems machen es zudem für die Analyse schwer, Vergleiche zum vorherigen Wahlgang zu ziehen.

Insgesamt betrachtet befanden sich unter den 14 Parteien vier deutschsprachige (SVP, Die Freiheitlichen, Süd-Tiroler Freiheit, Bündnis BürgerUnion – Ladins Dolomites – Wir Südtiroler), neun italienischsprachige (PD, Forza Alto Adige – Lega Nord – Team Autonomie, Movimento 5 Stelle, L’Alto Adige nel cuore, Unitalia, Scelta Civica per l’Alto Adige-Südtirol, La Destra Minniti, Partito della Rifondazione Comunista, Partito dei Comunisti Italiani – Südtiroler Kommunisten) und eine interethnische Partei (Grüne-Verdi-Vërc/Sel) (Südtiroler Landesregierung 2013). Von diesen 14 Parteien waren sieben regionale und sieben gesamtstaatliche Parteien. Unter diesen Parteien befanden sich auch die drei zitierten Wahlbündnisse. Solche Wahlbündnisse sind nichts Neues, traten bislang aber eher vereinzelt auf (z. B. 1998: Lista Civica – Forza Italia – Centro Cristiano Democratico (CCD); 2008: Grüne – BürgerListeCiviche) und werden von der Notwendigkeit diktiert, durch die Bündelung der Stimmen zumindest ein Restmandat zu erzielen oder jedenfalls keine Stimmen „wegzuwerfen“. Im Vergleich zu den Wahlen ab 1988 waren noch nie drei Wahlbündnisse angetreten, die alle erfolgreich waren. Ein verstecktes Wahlbündnis, das aber nicht im Listennamen aufschien, war auch der Partito Democratico (PD) mit den Sozialisten eingegangen, die dafür einige Listenplätze zugewiesen erhielten.

Das politische Angebot hat sich entgegen der landläufigen Meinung, dass sich das Parteiensystem in Südtirol zunehmend fragmentieren würde, im Vergleich zu den Wahlen seit 1988 nicht sonderlich geändert. 2008 hatten 15 Parteien, 1993 sogar 16 Parteien an den Wahlen teilgenommen. Selbst wenn die Anzahl der Parteien nach ethnischen Zuordnungen aufgeteilt wird, hat die Fragmentierung nicht wesentlich zugenommen. 1988 hatten acht italienische Parteien kandidiert, 2013 waren es neun, 1993 waren es auch schon einmal zehn Parteien gewesen. Das Angebot auf deutschsprachiger Seite war 2008 mit fünf Parteien auch schon höher als 2013 mit nur vier Parteien gewesen.

Konstant als interethnische Partei sind immer die Grünen angetreten, die 1988 noch als Grün-Alternative Liste an den Landtagswahlen teilgenommen hatten. Eine weitere Änderung hat es auch im Angebot der italienischen Parteien gegeben. Wäh-

rend bis Anfang der 80er-Jahre nur gesamtstaatliche Parteien zu den Landtagswahlen antraten, haben seitdem immer wieder rein territoriale italienische Parteien am politischen Wettbewerb teilgenommen. 2013 waren es zwei Parteien gewesen, nämlich Unitalia und L'Alto Adige nel cuore. Wenn man sämtliche Parteien im neuen Landtag heranzieht, kann auch noch das Team Autonomie dazugezählt werden, das zu den Wahlen noch in einem Wahlbündnis mit Forza Italia angetreten war und somit einen gesamtstaatlichen Anspruch erhoben hatte. Nach der Trennung von Forza Italia und Lega Nord reiht sich das Team Autonomie unter die rein territorialen Parteien ein (salto.bz 2014), sodass im Landtag nur mehr der PD und der Movimento 5 Stelle als gesamtstaatliche Parteien vertreten sind.

Aufschlussreich sind die Erfolgsquoten der angetretenen Parteien. Die Erfolgsquote bei den deutschsprachigen Parteien ist bedeutend höher als bei den italienischsprachigen. Mit Ausnahme der Naturgesetzpartei (1993) und der Bürgerbewegung (2008) sind immer alle deutschsprachigen Parteien, die zu den Wahlen angetreten sind, auch in den Landtag gewählt worden.

Anders bei den italienischen Parteien: In der Regel treten doppelt so viele Parteien als im deutschsprachigen Lager an, allerdings schaffen in der Regel auch immer nur die Hälfte der angetretenen Parteien den Sprung in den Landtag. 2013 waren neun Parteien angetreten, nur vier konnten Mandate erzielen. Die territorialen unter den italienischen Parteien weisen eine leicht höhere Erfolgsquote als die gesamtstaatlichen Parteien auf. Von den sieben gesamtstaatlichen Parteien kamen drei in den Landtag, von den beiden regionalen Parteien schaffte es eine. Wenn Team Autonomie zu den territorialen Parteien gezählt wird, verschiebt sich das Ergebnis noch deutlicher zugunsten der regionalen Parteien.

Die beiden gesamtstaatlichen Parteien, die erstmals bei den Parlamentswahlen im Februar 2013 ins italienische Parlament eingezogen waren, nämlich Scelta Civica von Mario Monti und Movimento 5 Stelle von Beppe Grillo, stellten sich auch in Bozen zur Wahl und versuchten auf der gesamtstaatlichen Sympathiewelle (Movimento 5 Stelle) auch in Südtirol erfolgreich zu sein. Scelta Civica bot sich indirekt bereits während des Wahlkampfes als Koalitionspartner der politischen Mitte der SVP an.

Von den neun italienischen Parteien, die zu den Wahlen angetreten sind, haben sich vier mit einem zweisprachigen Namen oder zumindest mit einem deutschsprachigen Hinweis in ihrem Namenszug präsentiert. Es sind dies: Partito Democratico – Demokratische Partei; Scelta Civica per l'Alto Adige-Südtirol, Partito dei Comunisti Italiani – Südtiroler Kommunisten. Den Namen Team Autonomie kann man deutsch (Autonomie in der Einzahl), aber auch italienisch lesen (*autonomia* in der

Mehrzahl). Auch 2008 hatten vier der acht wahlwerbenden italienischen Parteien ihren Namen mit einem deutschsprachigen Zusatz ergänzt. Am konsequentesten ist hier seit 1988 der PCI/KPI und alle seine Nachfolgeparteien.

Der zweisprachige (oder jedenfalls zweisprachig ergänzte) Namenszug hängt mit dem Versuch all dieser Parteien zusammen, die ethnische Wahlarena zu durchbrechen und in allen Sprachgruppen Wählerkonsens zu erzielen. Der Anspruch, rein mit dem zweisprachigen Namen bereits die Identität einer interethnischen Partei erworben zu haben, lässt sich empirisch aber nicht halten. Darauf wird im Kapitel über das Parteiensystem noch genauer eingegangen.

Die Landtagswahlen von 1988 waren die letzten der sogenannten Ersten Republik. Anfang der 90er-Jahre des vorigen Jahrhunderts kam es aus unterschiedlichen Gründen zur Implosion des alten Parteiensystems und zur Neugründung von politischen Bewegungen (vgl. Morlino/Tarchi 2006). Von diesem Transformationsprozess wurden auch die in Südtirol agierenden nationalen Parteien erfasst. Es darf deshalb nicht verwundern, wenn von den 1988 im Landtag vertretenen Parteien im Jahre 2013 nur mehr die SVP unter ihrem ursprünglichen Namen kandidierte.

### **3. Das Wahlergebnis**

#### **3.1. Wahlberechtigte und Wahlbeteiligung**

Am 15. Mai 2013 trat das neue Gesetz für die Wahl des Südtiroler Landtages in Kraft. Wie vom Autonomiestatut vorgesehen (Art. 47 und 48), wird der Landtag nach dem Verhältniswahlssystem gewählt. Neu geregelt und eingeführt wurde für AuslandssüdtirolerInnen das Briefwahlrecht, eine gesetzlich vorgeschriebene Mandatsbeschränkung für Mitglieder der Landesregierung auf drei Amtszeiten, die Beschränkung der Wahlkampfkosten auf 40.000 Euro pro KandidatIn. Mit dem neuen Gesetz wurde erstmals eine Geschlechterquote eingeführt. Diese sieht vor, dass ein Geschlecht nicht mehr als zwei Drittel der Listenplätze besetzen darf. Für die Landesregierung gilt künftig eine Obergrenze von neun Mitgliedern, bestehend aus dem Landeshauptmann/der Landeshauptfrau und weiteren maximal acht LandesrätInnen (Autonome Provinz Bozen Südtirol 2013). Mit diesen neuen Regelungen fanden die 15. Wahlen zum Südtiroler Landtag seit Ende des Zweiten Weltkriegs statt.

Am 27. Oktober wurden insgesamt 297.837 Stimmen abgegeben, um gut 16.000 weniger als fünf Jahre zuvor. Angesichts einer Gesamtzahl von Wahlberechtigten,

die erstmals die Grenze von 400.000 überschritt, lag die Wahlbeteiligung damit bei 74,3 Prozent, was eine deutliche Abnahme um 5,8 Prozentpunkte gegenüber den Wahlen des Jahres 2008 bedeutet.

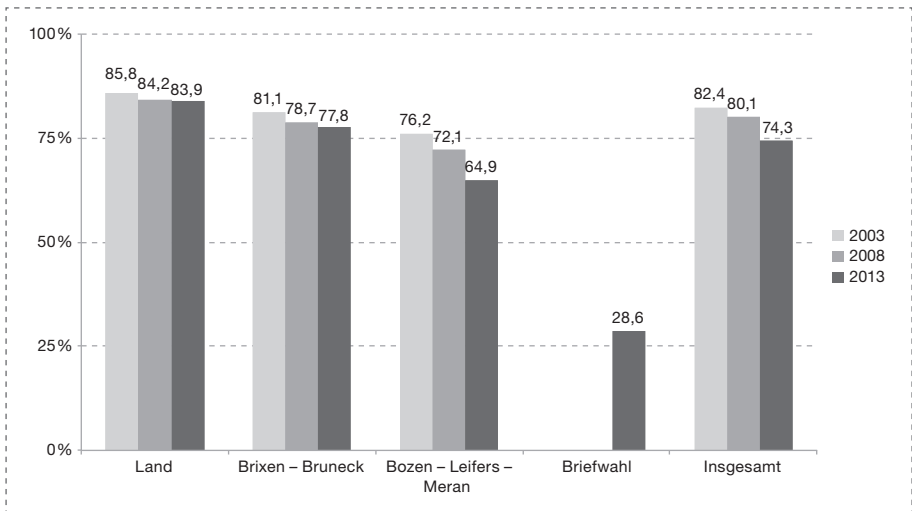
In der Berichterstattung war häufig von einer Wahlbeteiligung von 77,7 Prozent die Rede, die sich jedoch nur auf jenen Teil der Wählerschaft bezieht, der in der jeweiligen Heimatgemeinde seine Stimme abgeben konnte. Erstmals kam bei diesem Wahlgang nämlich die neu eingeführte Briefwahl zum Tragen. Fast 28.000 WählerInnen, zum Großteil solche, die im Register der Heimatfernen eingetragen sind, hatten nämlich nur die Möglichkeit, ihre Stimme per Post abzugeben. Heimatferne hatten ausdrücklich mitteilen müssen, wenn sie nicht brieflich, sondern persönlich in der Heimatgemeinde abstimmen wollten. Ansässige WählerInnen konnten eine Adresse außerhalb Südtirols angeben, an die ihnen dann der Stimmzettel und die entsprechenden Unterlagen zugesandt wurden (bei den Heimatfernen erfolgte diese Zusendung automatisch). Trotzdem lag die Beteiligungsquote der BriefwählerInnen nur bei 29 Prozent, wodurch sich die gesamte Beteiligungsquote – sie allein ist mit den Daten aus früheren Wahlgängen vergleichbar – eben auf die besagten 74,3 Prozent verringerte.

Stärkere Auswirkungen auf Wahlbeteiligung und Ergebnis aus diesem Umstand sind in jenen Gemeinden zu erwarten, in denen sehr viele Personen ins Register der Heimatfernen eingetragen sind. Das trifft in erster Linie auf den Obervinschgau zu, wo die Zahl der in der Gemeinde Wahlberechtigten um 15 Prozent zurückgegangen ist, mit dem Spitzenwert in Taufers in Münstertal (–24%).

Auf den ersten Blick setzt sich ein langjähriger internationaler Trend der abnehmenden Bereitschaft, an Wahlen teilzunehmen, fort, der auch in Südtirol Ende der 80er-Jahre eingesetzt hat. Bei genauerem Hinsehen wird jedoch deutlich, dass dieser Trend vor allem in den städtischen Zentren ausgeprägt ist, während im ländlichen Gebiet nur minimale Rückgänge zu verzeichnen sind. Eine gewisse Rolle spielt dabei, dass die – vor allem aus ländlichen Regionen stammenden – Heimatfernen, deren Wahlbeteiligung sehr gering ist, diesmal nicht an ihrem ehemaligen Wohnort, sondern getrennt als BriefwählerInnen gezählt wurden. Aber der Großteil der Differenz geht auf die immer geringere Beteiligung der italienischsprachigen Wählerschaft an regionalen Wahlgängen zurück.

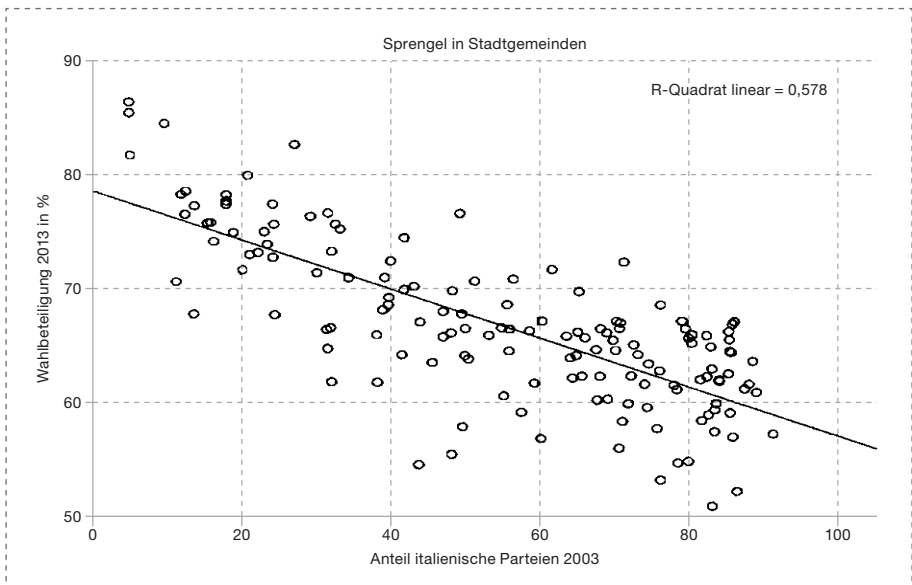
Eine weitere Aufgliederung zeigt, dass es die Gemeinden Bozen, Leifers und Meran sind, die fast allein für den relativ starken Rückgang der Wahlbeteiligung verantwortlich sind, während die Abnahme in Brixen und Bruneck nur einen Prozentpunkt beträgt. Da in den erstgenannten Gemeinden auch die Mehrheit der

**Abbildung 1: Wahlbeteiligung nach Wohngebiet 2003, 2008, 2013**



Quelle: Südtiroler Landtag, eigene Auswertung

**Abbildung 2: Wahlbeteiligung und Sprachgruppe**



Anmerkung: Wahlsprengel mit einem Anteil italienischer Parteien unter 5 Prozent wurden von der Analyse ausgeklammert.

Quelle: Südtiroler Landtag, eigene Auswertung

italienischsprachigen Bevölkerung des Landes lebt, liegt es auf der Hand, ein entsprechendes Verhalten dieses Teils der Wählerschaft zu vermuten. Die seit mehreren Wahlgängen zum Südtiroler Landtag festzustellende Schere zwischen Stadt und Land und vor allem zwischen deutscher bzw. ladinischer und italienischer Sprachgruppe öffnet sich damit weiter: In den ländlichen Gebieten liegt die Beteiligung mit durchschnittlich 84 Prozent um fast 20 Prozentpunkte höher als in den Stadtgemeinden Bozen, Leifers und Meran mit 65 Prozent. Das bewirkt insgesamt, dass die Zusammensetzung des Südtiroler Landtags immer mehr von den WählerInnen deutscher bzw. ladinischer Sprache bestimmt wird.

Dahinter steht als politisches Phänomen ein fortschreitender Rückzug der italienischsprachigen Bevölkerung Südtirols aus der Landespolitik, der schon für die Wahlen 2003 im Vergleich zu 1998 festzustellen war (Atz 2004, 199) und sich 2008 bestätigt hatte (Atz 2009, 214). Während die unterschiedlich starke Teilnahme an Landtagswahlen zwischen Stadt- und Landgemeinden nämlich auch Gründe hat, die offenbar mit der unterschiedlichen Sozialstruktur zusammenhängen, lässt sich anhand des Wahlverhaltens in den Städten nachweisen, dass italienischsprachige BürgerInnen – unabhängig vom Wohnort – mit deutlich geringerer Wahrscheinlichkeit zur Urne schreiten als deutschsprachige. Wie aus Abbildung 2 hervorgeht, liegt die Wahlbeteiligung 2013 in rein deutschen städtischen Sprengeln durchschnittlich bei fast 80 Prozent, in rein italienischen tendenziell unter 60 Prozent.<sup>2</sup>

Wiederholt man dieselbe Analyse für ländliche Gemeinden, so ergibt sich ein weitgehend ähnliches Bild, nur dass rein deutsch-ladinische Sprengel eine Wahlbeteiligung über 80 Prozent aufweisen. Daraus lässt sich folgern, dass die in den Städten konzentrierte italienischsprachige Bevölkerung zu über 40 Prozent den Wahlen ferngeblieben ist, während sich die hauptsächlich im ländlichen Gebiet lebende deutsch- und ladinischsprachige Bevölkerung nur zu circa einem Sechstel nicht daran beteiligt hat.

Eine kleine Hochrechnung aus diesen Ergebnissen unter Berücksichtigung der Stärke der Sprachgruppen laut Volkszählung ergibt, dass 2013 nur rund ein Fünftel aller Stimmen von WählerInnen italienischer Sprache stammen dürfte, die große Mehrheit (circa 80 %) von solchen deutscher und ladinischer Sprache. Es setzt sich damit eine Entwicklung fort, die das Gewicht der italienischen Stimmen immer mehr schwinden lässt und so die Diskrepanz zur Stärke laut Sprachgruppenzählung 2011 vergrößert, wonach der Anteil der italienischen Sprachgruppe 26,1 Prozent beträgt.

### 3.2. Ergebnisse nach Listen

Trotz der beträchtlichen Veränderungen im politischen Angebot haben die Wahlen keine radikale Umwälzung gebracht, sondern – mit einer Ausnahme – nur relativ bescheidene Verschiebungen des Kräfteverhältnisses. Stärkste Partei wurde, wie nicht anders zu erwarten, die Südtiroler Volkspartei, auf die 45,7 Prozent der gültigen Stimmen entfallen, um 2,4 Prozentpunkte weniger als 2008. Damit verbunden war allerdings der Verlust des 18. Mandats und damit der absoluten Mehrheit im Südtiroler Landtag. Der Rückgang um 15.300 Stimmen hätte normalerweise den Verlust von zwei Mandaten bewirken müssen, doch durch das gleichzeitige Absinken der Teilnahme an den Wahlen um rund sechs Prozentpunkte blieb es bei einem Mandat weniger für die SVP. Eindeutige Wahlsieger sind die Freiheitlichen mit einem Zuwachs von 3,6 Prozentpunkten oder fast 8.000 Stimmen. Aber auch die Grünen (+2,9 Prozentpunkte) und die Süd-Tiroler Freiheit (+2,3 Prozentpunkte) erzielten deutliche Zuwächse. Alle drei genannten Parteien legten jeweils um einen Sitz im Landtag zu. Unter den neu angetretenen Listen erzielten Movimento 5 Stelle und L'Alto Adige nel cuore Achtungserfolge und erreichten jeweils ein Restmandat. Ein Restmandat sicherte sich zudem das Bündnis BürgerUnion – Ladins – Wir Südtiroler. Einen kleinen Zuwachs verzeichnete schließlich noch der Partito Democratico, der damit aber den Gewinn des angestrebten dritten Mandats verfehlte.

Die oben erwähnte Ausnahme von den sonst eher mäßigen Verschiebungen bildet der Absturz von Forza Alto Adige – Lega Nord – Team Autonomie bzw. des gesamten italienischen Mitte-rechts-Lagers, das über zwei Jahrzehnte die italienische Wahlarena dominiert hatte. Vergleicht man das Abschneiden dieser Nachfolgeliste mit dem Stimmenanteil, den PdL und Lega Nord 2008 zusammen auf sich vereint hatten, so beträgt der Rückgang nicht weniger als 7,9 Prozentpunkte oder fast 25.000 Stimmen und damit den Verlust von drei Mandaten. Aber auch bei Berücksichtigung der neuen Splitterparteien hat sich der Anteil für alle italienischen Gruppierungen abgegebenen Stimmen, die dem rechten Lager zuzuordnen sind, fast halbiert oder, relativ betrachtet, von 12 auf 7 Prozentpunkte reduziert.

Umgekehrt haben linke und dem Zentrum zuzuordnende Listen ebenfalls um rund 5.000 Stimmen oder einen Prozentpunkt an Zustimmung verloren. Die von der Fünf-Sterne-Bewegung erzielten 2,5 Prozent an Wählerzustimmung können diese Verluste bei Weitem nicht wettmachen, sodass das Gewicht der italienischen Parteien insgesamt von 22 Prozent auf 18 Prozent der Stimmen gesunken ist.

Noch deutlicher hat sich das als Folge mehrerer „Zufälle“ auf die Verteilung der Sitze ausgewirkt. Da nämlich einerseits auf der Liste des Movimento 5 Stelle



ein deutschsprachiger Kandidat zum Zug kam, andererseits mehrere italienische Listen relativ knapp ein Restmandat verfehlten (Unitalia, Scelta Civica), sank die Zahl der italienischsprachigen VertreterInnen im Südtiroler Landtag von acht im vorhergehenden Landtag auf nur mehr fünf: zwei auf der Liste des PD, je einer für Forza Alto Adige – Lega Nord – Team Autonomie und für L'Alto Adige nel cuore und einer auf der Liste der Grünen.

Der Stimmen- und Mandatsverlust auf italienischer Seite stärkte naturgemäß die Parteien der deutsch-ladinischen Wahlarena. Ihnen fielen als Folge der schwachen Beteiligung der italienischsprachigen Wählerschaft zwei zusätzliche Sitze zu, von denen einer der SVP und einer der Süd-Tiroler Freiheit zugutegekommen sind. 82 Prozent aller Stimmen und 30 von 35 Landtagssitzen werden nunmehr von den VertreterInnen der fünf Parteien eingenommen, welche die deutsch-ladinische Parteienlandschaft bilden (der italienischsprachige Riccardo Dello Sbarba von den Grünen wurde hier mitgezählt). Und innerhalb dieses Spektrums haben vor allem die drei eher rechten, „patriotisch“ (sezessionistisch) orientierten Parteien Freiheitliche, Süd-Tiroler Freiheit und das Bündnis erheblich an Gewicht gewonnen.

Alle drei im Landtag vertretenen deutschen Oppositionsparteien kommen zusammen somit auf 10 Sitze (zwei mehr als in der vorherigen Legislatur). Zählt man noch die deutschsprachigen Vertreter der Grünen im Landtag hinzu, so stehen 16 deutschsprachigen VolksvertreterInnen und einem Ladinier auf der Liste der SVP zwölf auf insgesamt vier Oppositionslisten gegenüber – im vorherigen Landtag hatte das Verhältnis noch 18:9, vor 10 Jahren sogar 21:6 gelautet. Somit hat sich das Gewicht der Opposition in der deutschen und ladinischen Wahlarena weiter erhöht, der Alleinvertretungsanspruch der SVP für die sprachlichen Minderheiten, der vor allem gegenüber Rom, Wien und Brüssel bisher wie selbstverständlich geltend gemacht wurde, ist nicht mehr aufrechtzuerhalten.

Auf italienischer Seite konnte der Partito Democratico nicht vom Zerfall des rechten italienischen Parteienspektrums profitieren; mit 6,7 Prozent der Stimmen (und das trotz der niedrigen Wahlbeteiligung) verfehlte er das angestrebte Ziel von drei Mandaten und auch die erhoffte Etablierung als interethnische Partei, die eine Wahl der drittgerihten Kandidatin Cornelia Brugger signalisiert hätte. Vom Zerfall des Berlusconi-Bündnisses und der Schwäche der Nachfolgegruppierungen profitierte einzig die erstmals angetretene Fünf-Sterne-Bewegung, die nunmehr einen – allerdings deutschsprachigen – Abgeordneten stellt. Nicht einmal das rechte „Urgestein“ Donato Seppi mit seiner Liste Unitalia konnte die ehemals stärkste italienische Partei im Landtag beerben, auch er verlor seinen Sitz. Völlig gescheitert ist auch der Versuch, anknüpfend an die alte DC eine südtirolspezifische Grup-

pierung in der Mitte des politischen Spektrums aus der Taufe zu heben: Trotz einer Reihe bekannter KandidatInnen (darunter der ehemalige „Kurzeitbürgermeister“ von Bozen, Giovanni Benussi) misslang dieser als Ableger der Partei Scelta Civica von Mario Monti angetretenen Liste der Sprung in den Landtag. Die schon immer schwachen kleinen Linksparteien verloren noch mehr an Zustimmung und blieben mit zusammen weniger als einem Prozent der Stimmen völlig marginal.

Damit hat die zwei Jahrzehnte bestehende Vorherrschaft des rechten politischen Lagers in der italienischen Wahlarena auf unerwartete Weise ihr Ende gefunden. Mitte-Links (wenn man Scelta Civica dazurechnet) konnte erstmals seit Langem

**Tabelle 2: Ergebnis der Landtagswahlen 2013 – Stimmen und Mandate**

Liste	Ergebnisse 2013			Veränderung zu 2008	
	Stimmen	%	Sitze	Stimmen	%-Punkte
SVP Südtiroler Volkspartei	131.255	45,7%	17	-15.300	-2,4%
Die Freiheitlichen	51.510	17,9%	6	7.895	3,6%
Grüne-Verdi-Vörc/Sel	25.070	8,7%	3	7.325	2,9%
Süd-Tiroler Freiheit	20.743	7,2%	3	5.855	2,3%
PD Partito Democratico – Demokratische Partei	19.210	6,7%	2	1.069	0,7%
Forza Alto Adige – Lega Nord – Team Autonomie (a)	7.120	2,5%	1	-24.590	-7,9%
Movimento 5 Stelle	7.100	2,5%	1	7.100	2,5%
Bündnis BürgerUnion – Ladins Dolomites – Wir Südtiroler (b)	6.065	2,1%	1	-4.317	-1,3%
L'Alto Adige nel cuore	6.061	2,1%	1	6.061	2,1%
Unitalia Movimento per l'Alto Adige	4.832	1,7%		-857	-0,2%
Scelta Civica per l'Alto Adige-Südtirol	4.525	1,6%		4.525	1,6%
La Destra Minniti	1.655	0,6%		1.655	0,6%
Partito della Rifondazione Comunista (c)	1.134	0,4%		-1.092	-0,3%
Partito dei Comunisti Italiani – Südtiroler Kommunisten	730	0,3%		-532	-0,2%
<b>Insgesamt</b>	<b>287.010</b>	<b>100%</b>	<b>35</b>	<b>-17.626</b>	
Gültige Stimmzettel	287.010	96,4%		-17.626	-0,7%
Weißer Stimmzettel	3.196	1,1%		-251	0,0%
Ungültige Stimmzettel	7.631	2,6%		1.771	0,7%
Ausgezählte Stimmzettel	297.837	100,0%		-16.106	
Wahlberechtigte	400.961			8.993	
Wahlbeteiligung	74,3%			-5,8%	

(a) Vergleichsbasis 2008: Popolo della Libertà Berlusconi + Lega Nord Südtirol.

(b) Vergleichsbasis 2008: Union für Südtirol + Ladins Dolomites.

(c) Vergleichsbasis 2008: Sinistra dell'Alto Adige/Linke für Südtirol

Quelle: Südtiroler Bürgernetz; Südtiroler Landtag

Mitte-Rechts an Stimmen überholen und an Mandaten gleichziehen, und das trotz einer Einbuße von rund 5.000 Stimmen. Der – gemessen an den Erwartungen – eher bescheidene Erfolg des Movimento 5 Stelle war viel zu gering, um die Verluste von Mitte-Rechts und Mitte-Links zu kompensieren, und hatte den schon beschriebenen Einbruch der italienischen Vertretung im Südtiroler Landtag zur Folge.

### 3.3. Wahlergebnisse nach Kleinregionen

Üblicherweise werden die Wahlergebnisse in Südtirol entweder nach Bezirks- und Talgemeinschaften oder nach den SVP-Bezirken aufgeschlüsselt. Hier soll jedoch die geografische Verteilung nach den weniger bekannten sogenannten funktionalen Kleinregionen analysiert werden, wie sie vom Landesinstitut für Statistik (ASTAT) verwendet werden, denn diese haben den Vorzug, Südtirol in 15 kleinere, intern eng verflochtene Gebiete zu gliedern (siehe Abbildung 3). Allerdings sind die Gebiete unterschiedlich groß, sie umfassen zwischen 20 Gemeinden (Bozen einschließlich Umland) und drei Gemeinden (Naturns, St. Martin in Passeier); generell sind die Gebiete in Ballungsräumen größer und bevölkerungsreicher als an der Peripherie.

**Abbildung 3: Funktionale Kleinregionen**



Quelle: Landesinstitut für Statistik – ASTAT

Beginnen wir mit den Parteien der deutschen Wahlarena: Wie aus Tabelle 3 ablesbar, erreichte die Südtiroler Volkspartei ihr bestes Ergebnis mit knapp zwei Drittel der Stimmen im Gadertal, in den Kleinregionen St. Ulrich in Gröden und Mals (Obervinschgau) erzielte sie rund 56 Prozent. Andererseits blieb sie nicht nur im Bereich der Städte Bozen, Meran und Brixen, wo ein erheblicher Anteil der Bevölkerung der italienischen Sprachgruppe angehört, sondern in weiteren drei Kleinregionen (Lana, Sterzing, Sand in Taufers) unter 50 Prozent. Die Freiheitlichen erreichten ihr Spitzenergebnis (28 %) im Ahrntal (Sand in Taufers), konnten aber auch in den Kleinregionen Lana und Brixen mehr als ein Viertel der Stimmen auf sich vereinen. Vergleichsweise schwach fiel ihr Ergebnis in Bozen, im Gadertal (Abtei) und im Südtiroler Unterland (Auer-Neumarkt) aus. Die Süd-Tiroler Freiheit hat ihre Hochburgen im Ahrn- und im Passeiertal, ist aber auch in den anderen

**Tabelle 3: Ergebnisse nach funktionalen Kleinregionen 2013**

Kleinregion	Partito dei Comunisti Italiani – Südtiroler Kommunisten	Forza Alto Adige – Lega Nord – Team Autonomie	Unitalia Movimento per l’Alto Adige	L’Alto Adige nel cuore	SVP Südtiroler Volkspartei	La Destra Minniti	Partito della Rifondazione Comunista
Prozentanteil innerhalb der Kleinregion							
Mals	0,1%	0,2%	0,1%	0,2%	56,1%	0,1%	0,2%
Schlanders	0,1%	0,3%	0,1%	0,2%	52,1%	0,1%	0,2%
Naturns	0,1%	0,3%	0,1%	0,2%	54,1%	0,1%	0,3%
Meran	0,3%	2,8%	1,1%	1,8%	41,5%	2,7%	0,6%
Lana	0,0%	0,7%	0,3%	0,3%	48,8%	0,2%	0,1%
St. Martin/ Passeier	0,0%	0,1%	0,1%	0,1%	53,9%	0,0%	0,1%
Bozen	0,5%	5,1%	4,2%	4,6%	37,5%	0,6%	0,7%
Auer – Neumarkt	0,2%	2,7%	0,8%	1,7%	51,8%	0,3%	0,2%
St. Ulrich	0,0%	0,7%	0,1%	0,6%	56,3%	0,1%	0,1%
Brixen	0,2%	1,0%	0,4%	1,5%	47,4%	0,2%	0,1%
Sterzing	0,1%	1,4%	0,6%	1,1%	47,6%	0,5%	0,1%
Bruneck	0,2%	0,6%	0,2%	0,4%	50,2%	0,1%	0,2%
Sand in Taufers	0,0%	0,2%	0,2%	0,1%	46,8%	0,0%	0,0%
Innichen	0,2%	1,2%	0,4%	0,9%	52,7%	0,1%	0,2%
Abtei	0,1%	0,7%	0,1%	0,2%	64,5%	0,1%	0,1%
BriefwählerInnen	0,3%	0,6%	0,4%	0,5%	55,5%	0,2%	0,6%
<b>Zusammen</b>	<b>0,3%</b>	<b>2,5%</b>	<b>1,7%</b>	<b>2,1%</b>	<b>45,7%</b>	<b>0,6%</b>	<b>0,4%</b>

Quelle: Südtiroler Landtag, eigene Auswertung

ländlichen Gebieten (außer Abtei und St. Ulrich) relativ gleichmäßig vertreten. Im Verteilungsmuster des Listenbündnisses BürgerUnion – Ladins Dolomites – Wir Südtiroler lässt sich erkennen, woher die jeweiligen SpitzenkandidatInnen stammen: Im Gadertal (Abtei), historische Hochburg der Ladins, und im Wipptal (Sterzing), dem Heimatbezirk von Thomas Egger, konnte das Bündnis die besten Ergebnisse erzielen, etwas überdurchschnittlich ist das Abschneiden auch in den Kleinregionen St. Ulrich (Ladinergebiet<sup>3</sup>) und Lana, der Wohnsitzgemeinde von Andreas Pöder.

Die Stimmen der italienischen Parteien verteilen sich räumlich mehr oder weniger so wie die italienischsprachige Bevölkerung. Das heißt, Partito Democratico, Forza Alto Adige – Lega Nord – Team Autonomie, L’Alto Adige nel cuore, Movimento 5 Stelle, Unitalia, Rifondazione und Comunisti Italiani sind im Großraum

	PD Partito Democratico – Demokratische Partei	Süd-Tiroler Freiheit	Die Freiheitlichen	Grüne-Verdi-Vërc/Sel	Bündnis BürgerUnion – Ladins Dolomites – Wir Südtiroler	Scelta Civica per l’Alto Adige-Südtirol	Movimento 5 Stelle
	Prozentanteil innerhalb der Kleinregion						
	0,8%	9,0%	22,8%	7,6%	1,8%	0,5%	0,5%
	1,2%	10,1%	24,0%	7,7%	3,1%	0,1%	0,6%
	0,8%	13,0%	21,4%	6,4%	2,8%	0,1%	0,4%
	5,9%	7,5%	17,2%	9,1%	1,9%	4,7%	3,0%
	1,3%	9,4%	26,4%	7,5%	3,4%	0,4%	1,0%
	0,4%	15,9%	24,0%	3,7%	1,3%	0,1%	0,3%
	13,8%	4,1%	11,0%	9,7%	0,9%	2,4%	4,8%
	7,4%	6,8%	15,1%	8,5%	1,0%	0,8%	2,7%
	1,4%	5,5%	20,1%	8,4%	5,3%	0,1%	1,3%
	3,9%	6,9%	26,4%	8,2%	1,5%	1,2%	1,0%
	3,5%	10,0%	18,7%	6,4%	8,6%	0,3%	1,0%
	2,3%	10,3%	24,9%	8,2%	1,6%	0,2%	0,6%
	0,9%	17,2%	28,3%	4,6%	1,3%	0,1%	0,2%
	2,2%	7,9%	22,4%	9,1%	1,5%	0,5%	0,8%
	1,2%	3,4%	13,0%	2,9%	11,4%	0,3%	2,2%
	4,2%	6,2%	5,1%	23,3%	1,3%	0,6%	1,3%
	6,7%	7,2%	17,9%	8,7%	2,1%	1,6%	2,5%

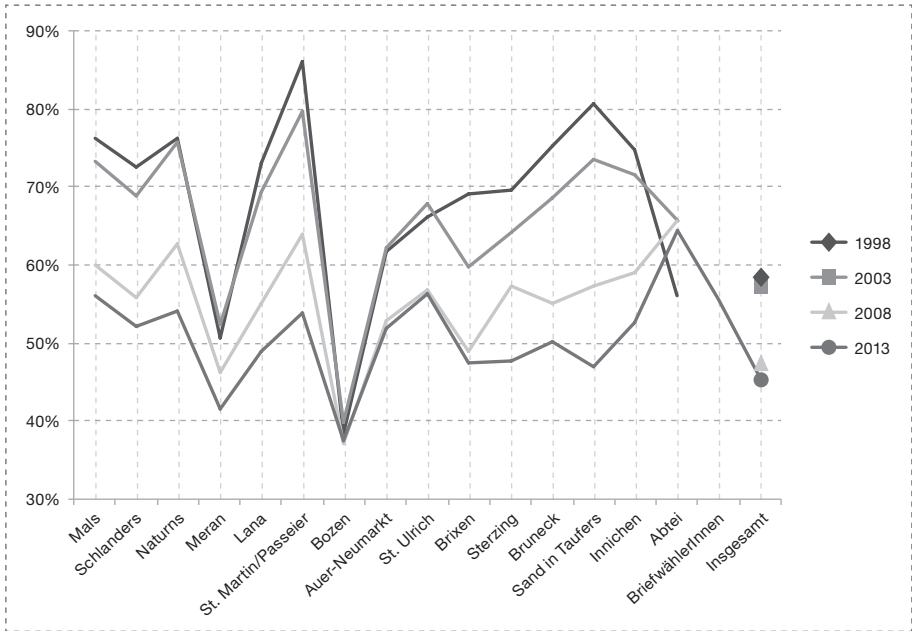
Bozen jeweils am stärksten, gefolgt von Meran und Umgebung, Südtiroler Unterland und Brixen samt Umland. Allerdings ist bei L'Alto Adige nel cuore und Unitalia, deren SpitzenkandidatInnen aus Bozen stammen, das Übergewicht der Landeshauptstadt besonders ausgeprägt, während Scelta Civica (mit dem Meraner Giorgio Balzarini als Zugpferd) und La Destra Minniti – Minniti ist ebenfalls Meraner – in Meran und Umland relativ am besten abgeschnitten haben. Vergleichsweise schwach ist das Ergebnis der Demokratischen Partei in Meran und Umgebung, wo ihr Anteil niedriger liegt als im Südtiroler Unterland. Diese kleinräumige Analyse bestätigt zweierlei: einmal die Unterteilung der Wählerschaft auf die ethnischen Wahlarenen mit vom Umfang her sehr beschränkten Abweichungen. Zum anderen zeigt sich, dass gerade das Abschneiden von Kleinparteien stark mit der lokalen Beliebtheit ihre SpitzenkandidatInnen zusammenhängt, wie oben anhand etlicher Beispiele gezeigt wurde.

Weitere Aufschlüsse bringt ein Vergleich der letzten vier Landtagswahlen in der räumlichen Gliederung nach funktionalen Kleinregionen. Die Südtiroler Volkspartei hat demnach nur im Gadertal gegenüber 1998 zugelegt, in Bozen und Umgebung konnte sie ihren Stimmenanteil halten, im Meraner Raum, in der Kleinregion St. Ulrich und im Südtiroler Unterland lag der Verlust über 15 Jahre bei circa 10 Prozentpunkten. In allen anderen Kleinregionen musste die SVP im Vergleich zu 1998 jedoch Verluste um mindestens 20 Prozentpunkte hinnehmen, im Passeier sogar um rund 40, im Ahrntal um circa 35 Prozentpunkte. Beschränkt man sich auf die letzten fünf Jahre, so konnte der Stimmenanteil in Bozen, Auer-Neumarkt, St. Ulrich und Brixen in etwa gehalten werden, überall sonst gingen zwischen 5 und 10 Prozentpunkte an Zustimmung verloren.

Bei den Grünen sticht eine besonders gleichmäßige Verteilung der Stimmenanteile nach Kleinregionen ins Auge, die sich daraus erklärt, dass diese Partei als einzige in halbwegs ausgewogenem Maß in beiden Wahlarenen punktet. Die höchste Zustimmung wurde im Großraum Bozen erzielt, auch in Meran und Umgebung und im Hochpustertal (Innichen) lag der Anteil über 9 Prozent. Nicht einmal halb so viel an Zustimmung erzielte die Liste im Gadertal, im Passeiertal und im Ahrntal. Überall sonst liegt der Stimmenanteil zwischen 6 und 9 Prozent.

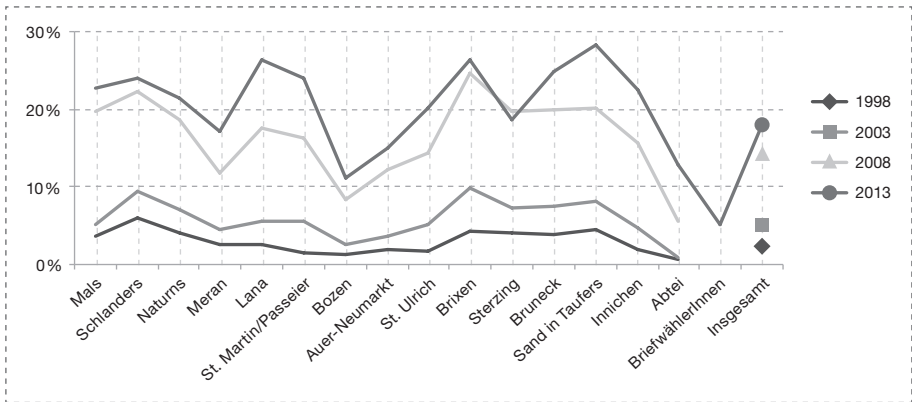
Fast spiegelbildlich stellt sich die Entwicklung der Freiheitlichen dar. Sie hatten ihren Stimmenanteil bereits zwischen 1998 und 2003 in fast allen Kleinregionen mehr oder weniger verdoppelt (Ausnahme: Gadertal, wo es keinen Zuwachs gab). 2008 war ein noch stärkerer Sprung nach oben zu beobachten, durch den sich das Muster an Hochburgen und Schwächegebieten akzentuierte, aber nicht grundlegend veränderte. Der weitere Anstieg an Zustimmung bei den aktuellen Wahlen be-

**Abbildung 4: Südtiroler Volkspartei – Ergebnisse nach funktionalen Kleinregionen im Zeitvergleich 1998 bis 2013**



Quelle: Südtiroler Landtag, eigene Auswertung

**Abbildung 5: Die Freiheitlichen – Ergebnisse nach funktionalen Kleinregionen im Zeitvergleich 1998 bis 2013**



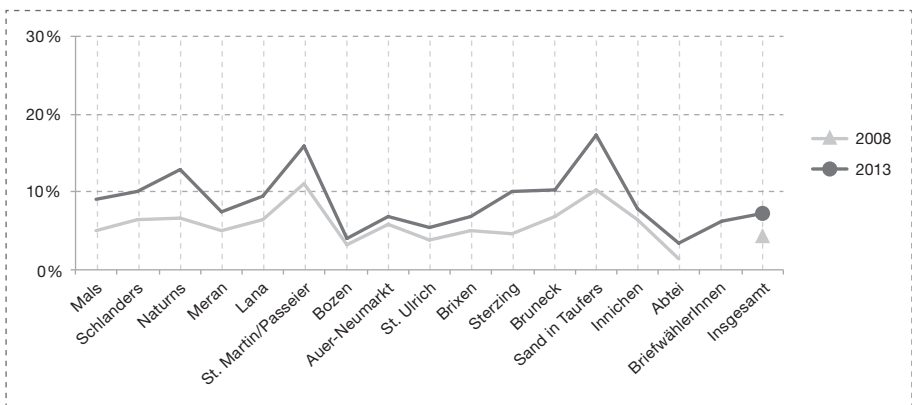
Quelle: Südtiroler Landtag, eigene Auswertung

stätigte diesen Trend mit einigen Nuancen: besonders hohe Gewinne in den Kleinregionen Lana, St. Martin in Passeier und Sand in Taufers, Stagnation im Wipptal (aus dem der mit eigener Liste angetretene ehemalige Landtagsabgeordnete der Freiheitlichen Thomas Egger stammt) und in Brixen, wo 2008 das beste Ergebnis erzielt worden war.

Relativ gleichmäßig fielen auch die Zuwächse der Süd-Tiroler Freiheit aus. Am stärksten ist der Anstieg im Ahrntal, das schon 2008 eine Hochburg bildete, relativ deutlich auch im unteren Vinschgau (Naturts), im Wipptal und in der weiteren Hochburg Passeier (aus dem die Spitzenkandidatin Eva Klotz stammt). Eher schwach schneidet die Süd-Tiroler Freiheit dagegen in den städtischen Regionen, in den ladinischen Tälern und im Südtiroler Unterland ab, dort gab es auch nur mäßige Zugewinne.

Das Listenbündnis BürgerUnion – Ladins Dolomites – Wir Südtiroler erwies sich als Koalition der VerliererInnen. Mit Ausnahme des Wipptals, wo Thomas Egger einen kleinen Achtungserfolg erzielen konnte, waren überall Einbußen gegenüber dem Stimmenanteil zu verzeichnen, den die Komponenten des Bündnisses 2008 zusammen erreicht hatten. Am deutlichsten ist das im Gadertal und im Grödnertal zu sehen, wo sich der Anteil gegenüber dem damaligen Abschneiden der Liste Ladins Dolomites jeweils halbiert hat. Analoges gilt für das Ergebnis der BürgerUnion in der Kleinregion Lana, und auch überall sonst war die Zustimmung rückläufig.

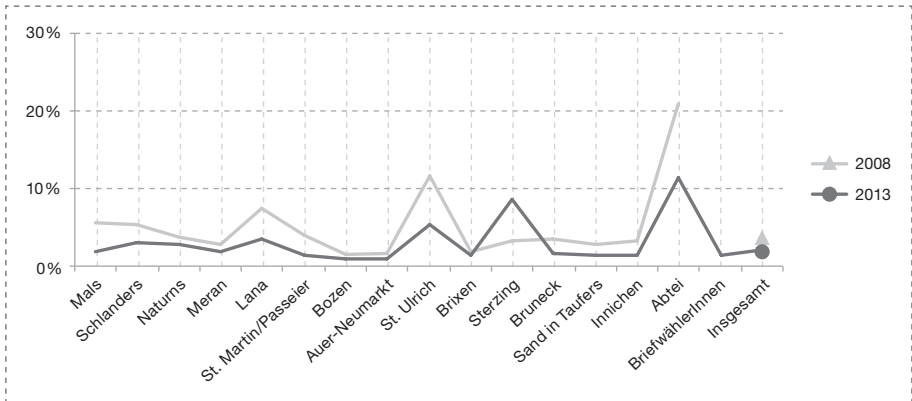
**Abbildung 6: Süd-Tiroler Freiheit – Ergebnisse nach funktionalen Kleinregionen im Zeitvergleich 1998 bis 2013**



Quelle: Südtiroler Landtag, eigene Auswertung

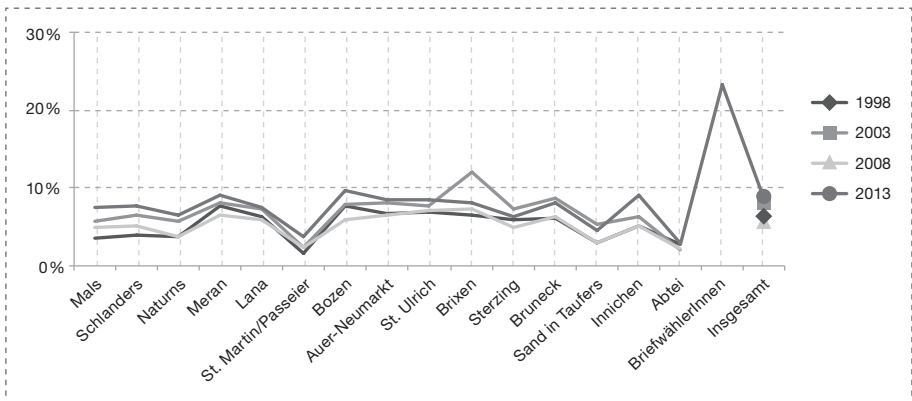


**Abbildung 7: BürgerUnion – Ladins Dolomites – Wir Südtiroler – Ergebnisse nach funktionalen Kleinregionen im Zeitvergleich 1998 bis 2013**



Quelle: Südtiroler Landtag, eigene Auswertung

**Abbildung 8: Grüne-Verdi-Vërc/Sel – Ergebnisse nach funktionalen Kleinregionen im Zeitvergleich 1998 bis 2013**



Quelle: Südtiroler Landtag, eigene Auswertung

Bei den Grünen ist gegenüber dem Ergebnis vor fünf Jahren ein allgemein ansteigender Trend zu beobachten, der mehr oder weniger das bestehende Muster bestätigt, wenn auch mit kleinen Verschiebungen: Überdurchschnittliche Zuwächse gab es in der Kleinregion Innichen, im gesamten Vinschgau, aber auch in Meran bzw. in Bozen und Umgebung. Besonders schwach war der Anstieg dagegen im Gadertal und im Raum Brixen, unterdurchschnittlich auch in der Kleinregion St. Ulrich und im Passeiertal.

### 3.4. Umfragen versus Ergebnisse

Umfragen sind Momentaufnahmen über die Meinung der WählerInnen und können Einfluss nehmen auf die Parteien, die WählerInnen, auf die Medien und auf die politische Kommunikation insgesamt (Corbetta/Gasperoni 2007). Im Jahr 2012 markierte der SEL-Skandal den Tiefpunkt eines zunehmenden Vertrauensverlustes, den die Südtiroler Volkspartei in der letzten Amtszeit von Landeshauptmann Luis Durnwalder bis hinein in ihre Kernwählerschichten erlitt. Dies lässt sich auch anhand von Meinungsumfragen gut belegen. Bis Mitte 2012 war die Zustimmung bei der Sonntagsfrage noch bei 43 bis 45 Prozent gelegen, um den Jahreswechsel 2012/2013 ergaben drei Umfragen verschiedener Institute einhellig Beliebtheitswerte von nur mehr rund 40 Prozent oder sogar darunter. Die Kür von Arno Kompatscher und das unerwartet gute Abschneiden bei den Parlamentswahlen dürften dann für die Kehrtwende verantwortlich sein, die eine Erholung auf das tatsächliche Ergebnis von fast 46 Prozent einleitete. Spiegelbildlich dazu erlebten die Freiheitlichen, zum Teil auch Grüne und Partito Democratico einen Höhenflug in den Umfragen, der sich bis zum tatsächlichen Wahltermin hin wieder etwas abschwächte.

**Tabelle 4: Sonntagsfrage zu den Landtagswahlen – Ergebnisse verschiedener Umfragen 2011 bis 2013**

Durchführendes Institut, Befragungszeit	SVP	Freiheitliche	PdL	PD	Grüne-Verdi-Verc	Süd-Tiroler Freiheit	BürgerUnion	Lega Nord	Movimento 5 Stelle	Scelta Civica	Unitalia	Altri
Gruber, 11/2011 a)	44,9	19,6	4,6	7,9	8,7	3,4	1,8	0,9				8,2
Gruber, 06/2012 b)	43,2	18,4	5,2	10,0	7,8	4,8	2,1	0,7				7,8
Gruber, 11/2012 c)	40,6	23,7	3,6	9,5	5,8	5,6	1,9	0,8	1,2			7,3
apollis 01/2013 d)	40,1	21,9	5,0	11,4	9,0	3,3	1,6				1,8	5,9
market 02/2013 e)	38,0	24,0	4,0	10,0	11,0	4,0	1,0	2,0		3,0	1,0	2,0
apollis 09/2013 f)	45,2	16,1	4,7	6,8	13,0	5,7			2,2	3,4		2,9
Gruber, 10/2013 g)	44,8	14,2	6,5	11,9	8,1	6,0	1,6		2,3	1,4	1,2	2,0

Quellen: a) [www.archivio.sondaggipoliticoelettorali.it](http://www.archivio.sondaggipoliticoelettorali.it); b) [www.sondaggipoliticoelettorali.it](http://www.sondaggipoliticoelettorali.it); c) Neue Südtiroler Tageszeitung, 6.11.2012; d) FF, 31.01.2013; e) Dolomiten, 7.2.2013; f) FF, 10.10.2013; g) Neue Südtiroler Tageszeitung, 8.10.2013

### 3.5. Wählerstruktur

Für eine genaue Analyse der Wählerstruktur nach sozialen und demografischen Merkmalen fehlen leider aussagekräftige Datenquellen. Einige Schlüsse lassen sich aber aus einer in zwei Wellen (Jänner 2013, September 2013) durchgeführten Wahlumfrage im Auftrag der Wochenzeitschrift FF ziehen (apollis 2013a, apollis 2013b). Aussagen können jedoch nur über die größeren Parteien gemacht werden.

Die Ergebnisse der Befragung zeigen bei zwei Parteien eine deutliche Geschlechterdifferenz: Die Freiheitlichen finden fast doppelt so viel Zustimmung unter Männern als unter Frauen, bei den Grünen ist es genau umgekehrt. Was die Altersstruktur der jeweiligen Anhängerschaft betrifft, sind die Profile offenbar weniger stark ausgeprägt als vor fünf Jahren. Die Zustimmung für die SVP ist generell gesunken, am stärksten schneidet sie bei Personen im Rentenalter ab, aber ansonsten ist kein starker Generationeneffekt festzustellen. Die Grünen finden bei WählerInnen ab 65 Jahren nach wie vor weniger Zustimmung, ansonsten gibt es wenig Unterschiede zwischen den Altersgruppen. Klar ist die Tendenz allerdings bei den Freiheitlichen: je jünger die WählerInnen, desto höher die Zustimmung.

Die Altersstruktur der jeweiligen Wählerschaft hat auch Entsprechungen bei deren Zusammensetzung nach Bildungsgrad. Unter den WählerInnen der SVP finden sich besonders viele Personen, die nur einen Pflichtschulabschluss haben. Umgekehrt ist es bei den Grünen: Sie sind bei den Personen mit Hochschulabschluss oder Matura die zweitstärkste Partei nach der SVP, haben aber in den unteren Bildungsschichten nur wenige AnhängerInnen. WählerInnen der deutschen Oppositionsparteien verfügen typischerweise über niedere bis mittlere schulische Abschlüsse. Besonders gut liegen die Freiheitlichen bei Personen mit Lehrabschluss oder vergleichbaren berufspraktischen Qualifikationen, sie haben aber auch bei den höher Gebildeten etwas aufgeholt. Der Partito Democratico wird, ähnlich wie die Grünen, vornehmlich von Personen mit höherer Schulbildung gewählt.

### 3.6. Ethnische Wählarenen

In Südtirol wird traditionell ethnisch gewählt: Die deutsch- und ladinischsprachige Wählerschaft wählt vor allem Parteien, die sich explizit als Vertretung dieser sprachlichen Minderheiten deklarieren, die italienischsprachige Wählerschaft vor allem nationale Parteien oder Parteien, die sich als Vertretung der italienischen

Sprachgruppe in Südtirol darstellen. Entsprechend gering ist die Durchlässigkeit zwischen den ethnischen Wählarenen (vgl. Atz 2007).

Aufgrund ihrer programmatischen Ausrichtung und der sprachlichen Zusammensetzung ihrer KandidatInnen kann bei den Landtagswahlen 2013 davon ausgegangen werden, dass von den 14 angetretenen Listen nur folgende vier auf Wählerstimmen aus mehreren Wählarenen hoffen konnten und dies auch anstreben: Grüne-Verdi-Vërc/Sel, Partito Democratico, Movimento 5 Stelle und SVP. Rifondazione Comunista und Südtiroler Kommunisten fallen zwar grundsätzlich ebenfalls in diese Gruppe, sollen aufgrund ihrer geringen Bedeutung hier aber nicht weiter betrachtet werden.

In welchem Umfang es diesen Parteien tatsächlich gelungen ist, in beiden Wählarenen Zuspruch zu erhalten, lässt sich zwar nicht genau sagen, aber doch recht gut abschätzen. Methodisch wurden dabei einerseits Wahlumfragen genutzt (apollis 2013a, 2013b), andererseits Korrelationsanalysen auf der Ebene der Wahlsprengelergebnisse gemacht.

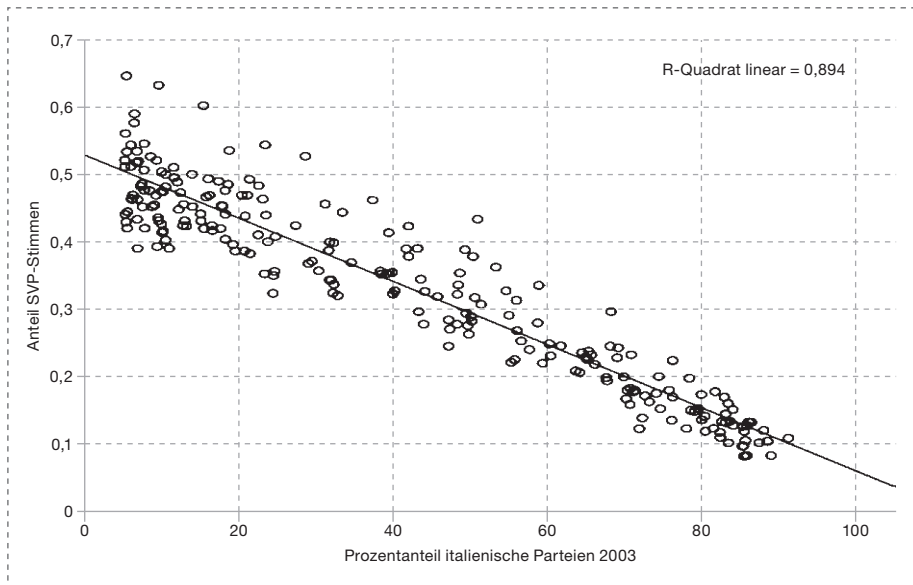
Als Beispiel für das empirische Vorgehen wird in Abbildung 7 der Zusammenhang zwischen dem Stimmenanteil für die SVP und der Stärke der italienischen Sprachgruppe dargestellt. Aus diesem Streudiagramm lässt sich einerseits der ethnische Charakter der SVP-Wählerschaft klar ablesen: Je höher der Anteil der italienischen Sprachgruppe, desto weniger Zustimmung hat die SVP erhalten. Andererseits sieht man jedoch auch, dass die Trendgerade beim Skalenwert 100 Prozent auf der waagrechten Achse nicht den Wert null auf der senkrechten Achse annimmt, sondern diese circa bei 0,06 schneidet. Das kann so gedeutet werden, dass schätzungsweise 6 Prozent der italienischsprachigen Wählerstimmen auf die SVP entfallen. Diese Tendenz bestätigt sich in den Wahlumfragen, wo circa 10 Prozent der italienischsprachigen Befragten ihre Präferenz für die SVP ausdrücken. Der wahre Wert kann also im Bereich 6 bis 10 Prozent angenommen werden (siehe unten). Auf der Grundlage dieser Daten wurde die Anzahl „italienischer“ Stimmen für die SVP auf circa 4.000 geschätzt. Damit fällt die Unterstützung der SVP durch italienischsprachige WählerInnen – in absoluten Zahlen – wieder auf jenen Wert zurück, der schon seit längerer Zeit als realistisch galt, der aber bei den Landtagswahlen 2008 um ein paar Tausend Stimmen überschritten wurde (Atz 2009, 229). Anteilsmäßig ist der Anteil der SVP-Stimmen innerhalb der italienischen Wählarena zwar fast unverändert, aber wegen der stark rückläufigen Wahlbeteiligung der italienischen Sprachgruppe kommt das doch einer merklichen Abnahme der Stimmenzahl gleich.

Die Grünen hatten bei den letzten Landtagswahlen – trotz ihrer interethnischen Ausrichtung – in der deutschsprachigen Wählerschaft deutlich besser abgeschnitten

als in der italienischen (allerdings auf relativ bescheidenem Niveau). Diesmal konnten sie generell wieder deutlich zulegen, nicht zuletzt dank der Tatsache, dass sie in der italienischen Wahlarena eine vergleichbar hohe Zustimmung erhalten haben wie in der deutsch-ladinischen (nämlich 8 bis 9 Prozent), was absolut gesehen gut 5.000 Stimmen entspricht. Allerdings ist hier anzumerken, dass die Grünen aufgrund ihrer programmatischen Ausrichtung gerade für die ethnisch nicht eindeutig festgelegte Wählerschaft anziehend sein sollten.

Als nicht ethnisch ausgerichtet ist auch die Liste Movimento 5 Stelle einzustufen, zumal einer ihrer profiliertesten Kandidaten (seit den Parlamentswahlen im Februar 2013) der deutschen Sprachgruppe angehört: Paul Köllensperger, der dann auch in den Landtag gewählt wurde. Die statistischen Analysen zeigen jedoch, dass die Zustimmung in der deutsch- bzw. ladinischsprachigen Wählerschaft nur bei circa einem halben Prozent liegt, was etwa 1.000 Stimmen entspricht. Der Partito Democratico schließlich dürfte dagegen nur einige Hundert deutsch- oder ladinischsprachige WählerInnen angesprochen haben und das, obwohl die deutschsprachige Gewerkschafterin Cornelia Brugger als Spitzenkandidatin lanciert wurde und auch am drittmeisten Vorzugsstimmen erhielt.

**Abbildung 9: Stimmenanteil der SVP nach Sprachgruppenverteilung im Sprengel**



Anmerkung: Wahlsprengel mit einem Anteil italienischer Parteien unter 5 Prozent wurden von der Analyse ausgeklammert.

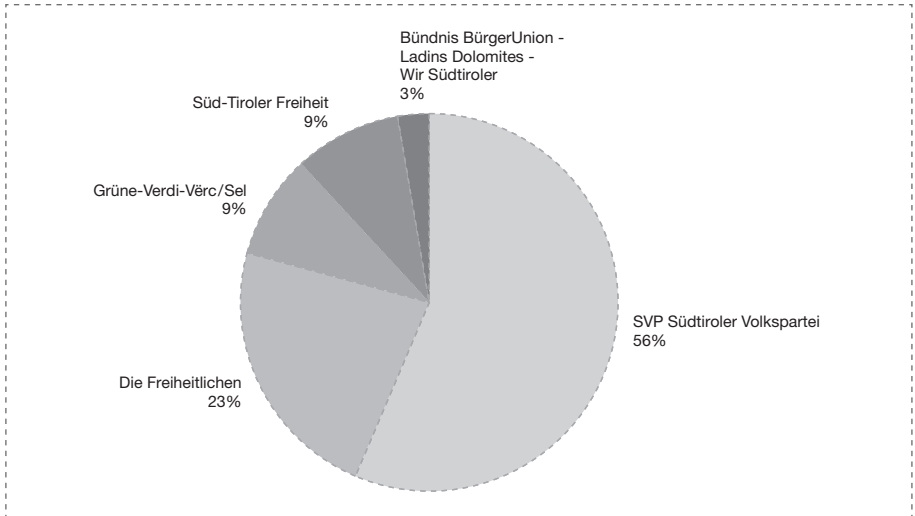
Quelle: Südtiroler Landtag, eigene Auswertung

Damit scheint die weitgehende Geschlossenheit der ethnischen Wählarenen eher zu- als abgenommen zu haben. Vor allem die deutsch- und ladinischsprachige Wählerschaft entschied sich zu 99 Prozent für ethnisch deutsche bzw. ladinische Parteien oder die interethnischen Grünen. Umgekehrt sind auch italienischsprachige WählerInnen zu über 90 Prozent in ihrer Arena verblieben. Insgesamt haben damit weniger als zwei Prozent der WählerInnen ihre jeweilige Wahlarena verlassen. Pikanterweise ist es nach wie vor die SVP als Sammelpartei der deutschen und ladinischen Sprachminderheit, die die größte Attraktivität über die ethnischen Grenzen hinweg ausübt und Zustimmung vonseiten italienischsprachiger WählerInnen in einem für die Mandatszahl relevanten Ausmaß erhält (vgl. auch salto.bz 2013).

Unter Berücksichtigung der oben erläuterten Abschätzung, wie sich die Wählerschaft der verschiedenen Parteien zusammensetzt, lässt sich auch die Verteilung innerhalb der großen Wählarenen ermitteln. Dabei werden die deutsche und die ladinische Arena aus statistisch-methodischen Gründen zusammengefasst, obwohl es aus politikwissenschaftlicher Sicht besser wäre, sie zu differenzieren. In dieser zusammengefassten Arena dominiert offensichtlich die Südtiroler Volkspartei mit einem Anteil von rund 56 Prozent. Fast ein Viertel der Stimmen (23%) entfallen auf die Freiheitlichen, gut 9 Prozent auf die Süd-Tiroler Freiheit, weitere 3 Prozent auf das Listenbündnis BürgerUnion – Ladins Dolomites – Wir Südtiroler. Zusammen entfallen auf diese rechts der SVP anzusiedelnden deutschen bzw. ladinischen Oppositionsparteien mehr als ein Drittel (35%) der entsprechenden Wählerschaft. Die restlichen 9 Prozent sind den Grünen zuzurechnen. Dazu kommen noch Bruchteile von Prozenten von Movimento 5 Stelle, Partito Democratico und Rifondazione Comunista.

Während die deutsche Wahlarena nach dem Ausscheiden bzw. Zusammenschluss einiger Kleinparteien an Übersichtlichkeit gewonnen hat, stellt sich die italienische Wahlarena noch zersplitterter dar als vor fünf Jahren. Damals hatten die beiden stimmenstärksten Parteien zusammen noch mehr als die Hälfte ausgemacht, nunmehr erreicht nur mehr der Partito Democratico mit knapp einem Drittel der Stimmen eine mittlere Größe, alle anderen Listen konnten maximal 12 Prozent der italienischsprachigen Wählerschaft überzeugen. Immerhin sieben dieser Listen haben dabei eine Stärke, die gerade noch oder gerade nicht mehr für ein Restmandat reicht. Drei davon (Forza Alto Adige – Lega Nord – Team Autonomie, Movimento 5 Stelle, L'Alto Adige nel cuore) erreichten dieses Mandat, zwei weitere (Unitalia, Scelta Civica) verfehlten es. Dazu kommen noch die „italienischen“ Stimmen der Grünen und der SVP, die zum Erfolg dieser beiden Listen ihren Beitrag leisteten, wobei nur im Fall der Grünen auch ein italienischsprachiger Kandidat zum Zug

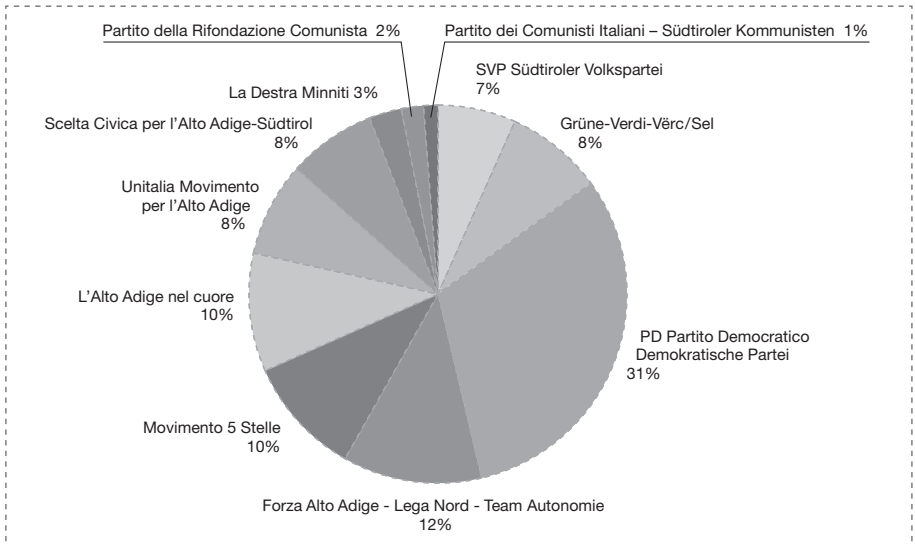
**Abbildung 10: Listenstimmen 2013 – deutsch-ladinische Wahlarena**



Anmerkung: Die Anteile aller anderen Parteien liegen laut Schätzung unter 0,5 Prozent, weshalb sie in dieser Grafik nicht dargestellt sind.

Quelle: Südtiroler Landtag, eigene Auswertung

**Abbildung 11: Listenstimmen 2013 – italienische Wahlarena**



Quelle: Südtiroler Landtag, eigene Auswertung

kam. Es ist offensichtlich, dass allein durch die Zersplitterung mindestens ein Mandat für die italienische Sprachgruppe verloren gegangen ist (zwei weitere gehen auf die Rechnung der gesunkenen Wahlbeteiligung).

### 3.7. Wählerwanderungen

Auf eine detaillierte Analyse der Wählerwanderungen muss hier aus verschiedenen Gründen verzichtet werden. Aus der oben belegten, weiterhin bestehenden Geschlossenheit der Wählaren und unter Berücksichtigung von eigenen Umfragedaten lassen sich aber doch einige Aussagen zu den großen Tendenzen treffen.

Demnach hat die SVP den Großteil ihrer Verluste von rund 15.000 Stimmen an die Freiheitlichen, an die Grünen und an die Süd-Tiroler Freiheit abtreten müssen, doch auch ins Lager der NichtwählerInnen dürften nicht wenige abgewandert sein. Schließlich haben die Stimmen auch in der deutsch-ladinischen Wählarena um circa 2.000 abgenommen, und das trotz einer Zunahme der Wahlberechtigten um 10.000. (In Wirklichkeit sprechen wir bei diesen Zahlen vom Wanderungssaldo, die Ströme sind um einiges größer, da es in der Regel ja Wechsel in beide Richtungen gibt.) Ein Naheverhältnis besteht zudem zwischen allen deutschen Oppositionsparteien. Die Ladins haben offensichtlich nur rund die Hälfte ihrer Wählerschaft aus dem Jahr 2008 ins neue Bündnis mitnehmen können, die andere Hälfte (circa 1.500 Stimmen) ist wohl mehrheitlich zur SVP gewandert – was man auch am guten Abschneiden der Volkspartei in den ladinischen Gemeinden ablesen kann. Die Grünen haben einerseits von der SVP gewonnen und wohl auch einige Stimmen von der Bürgerbewegung zurückgeholt, andererseits dürften sie – gerade unter der italienischsprachigen Wählerschaft – ihre bescheidenen Zugewinne auf Kosten verschiedener Mitte-links- und Linksparteien gemacht haben, die aber im Einzelnen schwer zu eruieren sind.

In der italienischen Wählarena ist der hauptsächliche Strom offensichtlich vom ehemaligen Berlusconi-Bündnis und der Lega Nord in Richtung Nichtwählerschaft gegangen, denn per saldo beträgt der Verlust aller rechtsgerichteten italienischen Parteien fast 18.000. Daneben gibt es einen gewissen Austausch zwischen Demokratischer Partei, Lista Civica und Grünen. Die Liste Scelta Civica weist eine programmatische Nähe zur diesmal nicht mehr angetretenen UDC auf und sprach überdies unzufriedene PD-WählerInnen an. Der Movimento 5 Stelle schließlich dürfte seine gut 7.000 Stimmen aus allen Lagern, einschließlich der NichtwählerInnen gewonnen haben.



### 3.8. SpitzenkandidatInnen und Personalisierung

Seit Langem wird in der Politik eine Tendenz zur Personalisierung beobachtet (Swanson/Mancini 1996, Brettschneider 2002). Es stellt sich daher die Frage nach der Bedeutung der SpitzenkandidatInnen der einzelnen Parteien, die hier anhand der abgegebenen Vorzugsstimmen analysiert werden soll.

Als Erstes fällt auf, dass die WählerInnen von Parteien der deutsch-ladinischen Wahlarena im Mittel mehr als doppelt so viele Vorzugsstimmen (2,6) vergeben wie jene der italienischen Wahlarena (1,2). An der Spitze steht dabei die Wählerschaft der SVP mit durchschnittlich fast drei Vorzugsstimmen, aber auch bei den Freiheitlichen, der Süd-Tiroler Freiheit, dem Bündnis BürgerUnion – Ladins Dolomites – Wir Südtiroler und den Grünen (die hier der Einfachheit halber der deutsch-ladinischen Wahlarena zugerechnet werden) liegt die mittlere Zahl der Vorzugsstimmen je Stimme für die Liste jeweils über zwei. Dagegen erreicht unter den italienischen Parteien lediglich der Partito Democratico (1,4) und Scelta Civica (1,3) Vorzugsstimmenquoten, die merklich über eins liegen. Für alle anderen italienischsprachigen Listen schwankt die mittlere Vorzugsstimmenzahl zwischen 1,2 (L'Alto Adige nel cuore) und 0,7 (Movimento 5 Stelle). Bei den Wahlen des Jahres 2008 war eine ähnliche Struktur des Wählerverhaltens in Bezug auf die Vorzugsstimmen zu beobachten gewesen, die Unterschiede zwischen den Wahlarenen haben sich allerdings noch etwas vergrößert (Atz 2009, 234).

Doch zurück zu den KandidatInnen, die auf ihrer Liste jeweils am meisten Vorzugsstimmen sammeln konnten. Absolut gesehen liegt Arno Kompatscher (SVP) mit über 81.000 Präferenzen unangefochten an der Spitze, es folgen Pius Leitner (Freiheitliche) mit fast 37.000 Stimmen vor Eva Klotz (Süd-Tiroler Freiheit) und Hans Heiss (Grüne-Verdi-Vërc/Sel), die jeweils rund 13.000 Vorzugsstimmen auf sich vereinigen konnten. Bezogen auf die Zahl der für die Liste abgegebenen Stimmen nimmt dagegen Pius Leitner von den Freiheitlichen klar die erste Stelle ein: 71% der WählerInnen, die freiheitlich gewählt haben, entschieden sich auch für ihn persönlich. Rund 60 Prozent der Listenstimmen konnten Eva Klotz, Arno Kompatscher und Alessandro Urzì (L'Alto Adige nel cuore) auf sich vereinigen, etwa die Hälfte Hans Heiss, Andreas Pöder (Bündnis BürgerUnion – Ladins Dolomites – Wir Südtiroler), Donato Seppi (Unitalia) und Mauro Minniti (La Destra Minniti).

Aber erst wenn auch die für andere KandidatInnen abgegebenen Vorzugsstimmen einbezogen werden, ergibt sich ein vollständiges Bild. Sehr aussagekräftig ist diesbezüglich der Vorsprung des oder der Meistgewählten gegenüber der Nummer zwei der jeweiligen Liste (in der Tabelle als „Überlegenheitsfaktor“ dargestellt).

Hier zeigt sich, dass Eva Klotz, Andreas Pöder und Pius Leitner trotz ihres starken persönlichen Abschneidens jeweils starke PartnerInnen oder KonkurrentInnen haben, die fast ebenso viele Vorzugsstimmen erhalten haben (Sven Knoll auf der Liste Süd-Tiroler Freiheit, Thomas Egger beim Bündnis, Ulli Mair bei den Freiheitlichen). Ebenso klar lassen sich die reinen Ein-Mann-Parteien von Donato Seppi, Mauro Minniti und Alessandro Urzi identifizieren, auf die vier- bis fünfmal so viele Vorzugsstimmen entfallen wie auf die jeweils nächsterfolgreichen KandidatInnen der Liste. Schließlich ist erkennbar, dass die (Spitzen-)KandidatInnen beim Movimento 5 Stelle und bei den linken Kleinparteien für deren Wählerschaft nur geringe Bedeutung haben.

**Tabelle 5: Vorzugsstimmen und Stärke der SpitzenkandidatInnen 2013**

Liste	Meistgewählte KandidatInnen	Vorzugsstimmen der Meistgewählten	Vorzugsstimmen pro Listenstimme	Anteil der Meistgewählten an Listenstimmen	Anteil der Meistgewählten an Vorzugsstimmen	Überlegenheitsfaktor (Erste/Zweite)
SVP Südtiroler Volkspartei	Arno Kompatscher	81.117	2,9	62%	21%	2,6
Die Freiheitlichen	Pius Leitner	36.764	2,4	71%	30%	1,2
Süd-Tiroler Freiheit	Eva Klotz	13.037	2,1	63%	31%	1,1
Grüne-Verdi-Vörc/Sel	Hans Heiss	12.703	2,1	51%	25%	1,4
PD Partito Democratico – Demokratische Partei	Christian Tommasini	6.829	1,4	36%	25%	1,3
L'Alto Adige nel cuore	Alessandro Urzi	3.492	1,2	58%	50%	3,9
Bündnis BürgerUnion – Ladins Dolomites – Wir Südtiroler	Andreas Pöder	3.045	2,1	50%	24%	1,1
Unitalia Movimento per l'Alto Adige	Donato Seppi	2.403	1,1	50%	44%	5,1
Forza Alto Adige – Lega Nord – Team Autonomie	Elena Artioli	2.054	1,1	29%	26%	1,5
Scelta Civica per l'Alto Adige-Südtirol	Giorgio Balzarini	1.505	1,3	33%	25%	2,1
Movimento 5 Stelle	Paul Köllensperger	1.334	0,7	19%	25%	1,6
La Destra Minniti	Mauro Minniti	757	0,9	46%	49%	4,6
Partito della Rifondazione Comunista	David Augscheller	320	1,1	28%	25%	1,7
Partito dei Comunisti Italiani – Südtiroler Kommunisten	Carlo Carlini	180	0,8	25%	32%	2,8

Quelle: Südtiroler Landtag, eigene Auswertung

Interessant ist in diesem Zusammenhang die Situation bei der SVP. Einerseits war der Spitzenkandidat Kompatscher offenbar zugkräftig: Schließlich hat er mehr Vorzugsstimmen erhalten als Luis Durnwalder bei seinem ersten Antritt als Spitzenkandidat der Volkspartei und – anteilmäßig nicht viel weniger – als der Langzeitlandeshauptmann vor fünf Jahren; auch der Abstand zu Arnold Schuler, dem Zweitgewählten ist sehr deutlich. Andererseits entfiel nur jede fünfte Vorzugsstimme innerhalb der SVP auf Kompatscher. Das zeigt, dass neben dem Spitzenkandidaten auch die VertreterInnen der verschiedenen Bezirke und Interessengruppierungen innerhalb der Sammelpartei eine wichtige Rolle spielen und damit einen erheblichen Einfluss auf die Attraktivität der Liste haben.

### 3.9. Personelle Zusammensetzung des Landtages

Das neue Gesetz für die Wahl des Südtiroler Landtages vom Mai 2013 hat erstmals eine Geschlechterquote eingeführt, die vorsieht, dass ein Geschlecht nicht mehr als zwei Drittel der Listenplätze besetzen darf. Auch darauf ist es zurückzuführen, dass sich unter den insgesamt 424 KandidatInnen, die sich für die 35 Landtagssitze beworben haben, 156 Frauen (36,8 %) finden (Alto Adige 2013).

Mit zehn von 35 Abgeordneten (28,5 %) ist die Frauenquote im Vergleich zu 2008 dennoch gleich geblieben.<sup>4</sup> Lediglich bei den Wahlen 2003 lag die Frauenquote mit elf Abgeordneten noch höher. Von 1948 bis 1964 hatte sich der Landtag ausschließlich aus Männern zusammengesetzt. Erst ab den 70er-Jahren des vorigen Jahrhunderts, also ab dem Zweiten Autonomiestatut, begann der leichte Anstieg der Frauen im Landtag (Cherubini 2009).

**Tabelle 6: Frauen im Südtiroler Landtag 1948–2013**

1948–1964	1964–1968	1968–1973	1973–1978	1978–1983	1983–1988	1988–1993	1993–1998	1998–2003	2003–2008	2008–2013	2013–2018
0	2	1	3	4	5	3	6	7	11	10	10

Quelle: Eigene Auswertung auf Grundlage der amtlichen Wahlergebnisse

Von den neun Parteien im neuen Südtiroler Landtag weisen lediglich vier Parteien Frauen in ihrer Fraktion auf. Es sind dies die SVP (fünf Frauen), die Freiheitlichen (zwei), die Grünen, die Süd-Tiroler Freiheit und das Team Autonomie (je eine Frau). Prozentuell gesehen besetzt die SVP 29 Prozent ihrer Mandate mit Frauen, die anderen Parteien liegen jeweils bei 33 Prozent, sieht man von der Ein-

Frau-Fraktion Team Autonomie ab, die auch die einzige Italienerin stellt. Auch 2008 waren neun Parteien im Südtiroler Landtag vertreten, in sechs Fraktionen gab es Frauen: SVP (fünf), Lega Nord, PdL, PD, Freiheitliche und Süd-Tiroler Freiheit mit jeweils einer Abgeordneten.

Wenn wir eine erste soziodemografische Analyse der Landtagsabgeordneten vornehmen, so fällt auf, dass von den 35 Abgeordneten 13 (37 %) das erste Mal im Landtag vertreten sind. Die größte Erneuerung hat die SVP mit acht von 17 Abgeordneten vollzogen (47 %). Jeweils einen Neuzugang haben die Grünen, die Süd-Tiroler Freiheit und die Freiheitlichen. Unter den italienischen Abgeordneten gab es keine Erneuerung. 2008 sind 12 Abgeordnete das erste Mal in den Landtag gezogen (34 %).

Die dienstälteste Abgeordnete ist Eva Klotz von der Süd-Tiroler Freiheit, die in ihre siebte Legislaturperiode geht, Pius Leitner von den Freiheitlichen beginnt seine fünfte Legislaturperiode, Andreas Pöder, Alessandro Urzì, Martha Stocker und Richard Theiner treten ihre vierte an. Fünf Jahre zuvor begann Luis Durnwalder seine achte Legislaturperiode.

Das Durchschnittsalter der Abgeordneten liegt bei 48 Jahren, wobei jenes der italienischen Abgeordneten mit 50 Jahren etwas höher ist. 2008 lag das Durchschnittsalter der Abgeordneten bei 45 Jahren, bei den ItalienerInnen bei knapp 46 Jahren. Das Durchschnittsalter der Frauen liegt diesmal bei 53 Jahren, 2008 waren es im Mittel 46 Jahre gewesen.

Der an Jahren älteste Abgeordnete ist 2013 Oswald Schiefer von der SVP (Jahrgang 1950), der jüngste Philipp Achammer, ebenfalls von der SVP (Jahrgang 1985). 2008 war Luis Durnwalder der an Jahren älteste Abgeordnete (Jahrgang 1941), der jüngste Abgeordnete war Sven Knoll von der Süd-Tiroler Freiheit (Jahrgang 1980).

Gemessen am Alter ihrer Mitglieder ist die Fraktion der Grünen insgesamt die älteste (56), gefolgt von der SVP (52). In allen anderen Fraktionen liegt der Altersdurchschnitt zwischen 44 und 49 Jahren. Die Grünen hatten in dieser Hinsicht auch schon 2008 das Altersprimat mit 55 Jahren, gefolgt von der SVP (53). Bei allen anderen Fraktionen lag das Durchschnittsalter damals zwischen 38 (PdL, LN) und 47 Jahren (PD).

20 von 35 Abgeordneten verfügen über einen akademischen Abschluss, das sind 57 Prozent. 2008 waren es um rund zehn Prozentpunkte weniger.

Im Vergleich der beiden Wahlgänge kann man feststellen: Das neue Landesparlament weist eine etwas größere personelle Erneuerung auf als jenes von 2008, während die Frauenquote so gut wie gleich geblieben ist. Die Abgeordneten sind im Durchschnitt etwas älter als 2008 und formal etwas höher gebildet.

**Tabelle 7: Die Abgeordneten im Landtag – 2013**

Parteien	Frauen	Erneuerung	Durchschnitts- alter	Akad. Abschluss
SVP	5/17	8/17	52	12/17
Die Freiheitlichen	2/6	1/6	45	1/6
Grüne	1/3	1/3	56	3/3
Süd-Tiroler Freiheit	1/3	1/3	49	1/3
PD	-	-	49	2/2
Team Autonomie	1/1	-	44	0/1
Movimento 5 Stelle	-	1/1	44	1/1
BürgerUnion – Ladins – Wir Südtiroler	-	-	47	0/1
L'Alto Adige nel cuore	-	-	48	0/1
Insgesamt			48	20/35

Anmerkung: Team Autonomie, BürgerUnion und L'Alto Adige nel cuore waren 2008 unter den aktuellen Namen nicht im Landesparlament gewesen. Es besteht aber eine personelle Kontinuität jenseits der formalen Etiketten.

#### 4. Ideologie und Autonomie: Änderungen des Parteiensystems

Die ethnische *cleavage* bleibt auch nach den Landtagswahlen 2013 das markanteste Kennzeichen des Südtiroler Parteiensystems wie des politischen Systems insgesamt (Pallaver 2008). Deutsch- und italienischsprachige Parteien haben ihren Wahlkampf im Wesentlichen ethnozentriert innerhalb ihrer jeweiligen ethnischen Wahlarena geführt. Lediglich die Grünen haben als interethnische Partei ihren Wahlkampf sprachgruppenübergreifend in allen ethnischen Subarenen geführt.

Im Gegensatz zu den vorherigen Landtagswahlen haben diesmal mehrere Parteien den Anspruch erhoben, ebenfalls die ethnischen Abgrenzungen zu überwinden. Dieser Anspruch wurde in erster Linie mit zwei Argumenten betont: dass sich auf der Liste KandidatInnen aus allen Sprachgruppen befinden und dass die politische Werbung in den Landessprachen erfolgt, im Wesentlichen in den beiden großen, Deutsch und Italienisch.

Nach unserer Typologisierung kann man von einer interethnischen Partei sprechen, wenn folgende Voraussetzungen gegeben sind: Als Zielgruppe gelten alle ethnischen Gruppen, extern werden die betreffenden Parteien als interethnisch wahrgenommen, die interne und externe Kommunikation ist zumindest zweisprachig. Die Organisation ist interethnisch, besteht somit aus MitarbeiterInnen aller Sprachgruppen. Mitglieder, KandidatInnen und WählerInnen kommen ebenfalls

aus allen Sprachgruppen und das Gesellschaftsmodell geht in Richtung Integration, nicht in Richtung ethnischer Separation (Pallaver 2012, 256).

Wenn wir von dieser Typologie ausgehen und uns die Parteien ansehen, die im Oktober zu den Wahlen angetreten sind, so fallen die Grünen zweifelsfrei darunter, während die anderen Parteien nur zum Teil diese Voraussetzungen einer interethnischen Partei erfüllen.

Dass fast alle Parteien alle Sprachgruppen als Zielgruppe ansehen, ist im Sinne der Stimmenmaximierung weiters keine Besonderheit. Während die externe Kommunikation mitunter zweisprachig erfolgte – das gilt am meisten für den PD, für das Team Autonomie, den Movimento 5 Stelle, aber auch für die SVP und vereinzelt sogar für die Süd-Tiroler Freiheit (die ladinische Realität wird hier nicht berücksichtigt) –, ist die interne Kommunikation in der Regel jeweils einsprachig. Das gilt für den PD genauso wie für den Movimento 5 Stelle oder die SVP und betrifft auch die Funktionärs- und Mitarbeiterebene. Das Gesellschaftsmodell wiederum geht vor allem bei den italienischen Parteien in Richtung Integration.

Die meisten Parteien waren bei diesem Wahlgang sehr bemüht, KandidatInnen aus allen Sprachgruppen auf ihre Liste zu setzen. Das betrifft beispielsweise den PD, der mit Cornelia Brugger an dritter Listenstelle gehofft hatte, eine deutschsprachige Kandidatin ins Landesparlament zu entsenden (was aber wegen des relativ schlechten Abschneidens der Partei nicht erfolgte). Unter den ersten zehn PD-KandidatInnen nach Vorzugsstimmen befanden sich immerhin drei Deutschsprachige. Bei allen anderen Parteien fanden sich vereinzelt KandidatInnen aus der jeweils anderen Sprachgruppe auf den Listen, aber deren Anzahl sowie ihre Platzierung auf der Liste waren kaum relevant. Einer der wichtigsten Indikatoren, nämlich dass interethnische Parteien von allen Sprachgruppen in konsistenter Weise gewählt werden, ist auch bei den Wahlen 2013 nicht erfolgt, sodass im Landtag lediglich Grüne-Verdi-Vërc/Sel und, mit erheblichen Abstrichen, der Movimento 5 Stelle als interethnische Parteien vertreten sind und als solche auch von der Öffentlichkeit wahrgenommen werden.

Was die Entwicklung der ideologischen Pole betrifft, so fällt auf, dass sich das Parteiensystem zentrifugal entwickelt. Das Zentrum wird elektoral schrittweise erodiert, während die Mitte-rechts- und die Mitte-links-Parteien an Konsens gewinnen.

Innerhalb der letzten 25 Jahre sind der extrem linke (PCI) und der extrem rechte Pol (MSI) weggefallen. Während die Mitte-links-Parteien 1988 bei 10,7 Prozent und drei Mandaten lagen, haben diese Parteien 2013 im Vergleich um zwei Mandate zugenommen und liegen bei 18,0 Prozent. Den stärksten Zuwachs erlebten die Mitte-rechts-Parteien, die von 3,6 Prozent und zwei Mandaten im Jahre 1988 auf 31,8 Prozent und 12 Mandate zugenommen haben. Die Zunahme dieses Pols geht

im Wesentlichen auf die deutschsprachigen Parteien zurück, während die beiden italienischen Parteien lediglich auf 4,6 Prozent kommen.

Starke Verluste musste die politische Mitte hinnehmen, die von knapp 70 Prozent im Jahre 1988 und 25 Mandaten auf rund 46 Prozent und 17 Mandate abgenommen hat. Im Vergleich zu 2008 sind die ideologischen Pole aber im Wesentlichen gleich geblieben. Lediglich die Mitte-links-Parteien haben dank des Movimento 5 Stelle substantziell zugelegt.

Insgesamt kann man sagen, dass sich die Südtiroler Wählerschaft im Jahre 1988 zu rund 80 Prozent mit den Mitte-links-Parteien identifiziert hat (SVP und DC auf der einen Seite, Partito Socialista Italiano (PSI), GAL-LVA (Grün-Alternative Liste/Lista Verde Alternativi) auf der anderen Seite, wobei auch der PCI in jenen Jahren seine Anti-System-Haltung längst abgelegt hatte. Diese breite elektorale Mehrheit drückte sich auch in der Regierungskoalition der Mitte-links-Parteien aus (SVP, DC, PSI). Die Mitte-links-Wählerschaft ist aber von 80 Prozent auf rund 64 Prozent zurückgegangen. Südtirols WählerInnen haben sich in den letzten 25 Jahren nach Mitte-Rechts bewegt, zumal diese Parteien heute bei rund 32 Prozent liegen. Eine weitere Besonderheit liegt darin, dass es im Vergleich zu 1988 im italienischen Parteienlager keine Zentrumspartei mehr gibt (vgl. Pallaver 2013, 63–266).

**Tabelle 8: Vergleich der Wahlergebnisse bei den Landtagswahlen 1988–2013 auf der Links-rechts-Achse**

	Links	Mitte-Links	Mitte	Mitte-Rechts	Rechts
1988	PCI/KPI	PSI, GAL-LVA	SVP, DC	FPS, SHB	MSI-DN
Prozent	3,0	10,7	69,4	3,6	10,3
Anzahl Mandate (35)	1	3	25	2	4
2008	-	PD, Verdi Grüne Vörc	SVP	UfS/BU, STF, F, LN, PdL	Unitalia
Prozent	-	11,8	48,1	31,9	1,9
Anzahl Mandate (35)	-	4	18	12	1
2013	-	PD, Grüne Verdi Grüne Vörc – Sel Movimento 5 Stelle	SVP	BU/L/W, STF, F, Team Autonomie, L'Alto Adige nel cuore	
Prozent	-	18,0	45,7	31,8	
Anzahl Mandate (35)	-	6	17	12	

Abkürzungen: DC: Democrazia Cristiana; F: Die Freiheitlichen; FPS: Freiheitliche Partei Südtirols; GAL-LVA: Grün-Alternative Liste/Lista Verde Alternativi; LN: Lega Nord; MSI-DN: Movimento Sociale Italiano-Destra Nazionale; PCI: Partito Comunista Italiano; PD: Partito Democratico; PSI: Partito Socialista Italiano; SHB: Südtiroler Heimatbund; STF: Süd-Tiroler Freiheit; UfS/BU: Union für Südtirol/BürgerUnion; BU/L/W: Bürger-Union – Ladins – Wir Südtiroler; GAL-LVA: Grün-Alternative Liste/Lista Verde Alternativi.

Quelle: Eigene Berechnung auf Grundlage der amtlichen Wahlergebnisse 1988, 2008 und 2013. In die Berechnung wurden nur jene Parteien aufgenommen, die in den Landtag gewählt worden sind, sodass die Summen nicht immer 100 Prozent ergeben.

In Abweichung zu Giovanni Sartori (1976) ziehen wir bei der Einordnung des Südtiroler Parteiensystems anstelle der ideologischen Distanz die Nähe beziehungsweise Entfernung der Parteien zur Autonomie als Gradmesser der Polarität heran. Dabei unterscheiden wir zwischen Autonomieparteien, Semi-Autonomieparteien und Anti-Autonomieparteien (Pallaver 2010).

Unter Autonomieparteien sind Parteien zu verstehen, die im Sinne der Typologisierung De Winters (1998) für die Autonomie ihrer Region eintreten. Dazu zählten nach den Landtagswahlen von 1988 alle Parteien außer dem Movimento Sociale Italiano (MSI), der mit 10,3 Prozent der Stimmen als Anti-Autonomiepartei eingestuft werden konnte, weil die neofaschistische Partei die Autonomie ablehnte. Auf deutschsprachiger Seite war der Südtiroler Heimatbund mit 2,3 Prozent die einzige Anti-Autonomiepartei. Alle anderen Parteien im Südtiroler Landtag mit rund 85 Prozent waren Autonomieparteien. Darunter befanden sich 61,7 Prozent deutschsprachige, 16,4 Prozent italienischsprachige und 6,7 Prozent interethnische Parteien.

Als Semi-Autonomieparteien können jene Parteien eingestuft werden, welche die Autonomie als Zwischenlösung bejahen, aber nur als Ausgangspunkt für eine sezessionistische Lösung (bei italienischen Parteien bedeutet dies umgekehrt die Forderung nach einer stärkeren Rückkehr des Staates). Solche Parteien gab es 1988 noch keine.

Mit den Landtagswahlen 2013 hat sich dieses Bild geändert. Den Autonomieparteien (SVP, PD, Grüne, Movimento 5 Stelle, Team Autonomie, L'Alto Adige nel cuore) mit insgesamt 68,2 Prozent stehen die Freiheitlichen und das Wahlbündnis BürgerUnion mit 20,0 Prozent als Semi-Autonomieparteien gegenüber. Deren Ziel ist die Errichtung eines Freistaates, die Freiheitlichen wollen dies mit dem Konsens der italienischen Sprachgruppe. Die Süd-Tiroler Freiheit (7,2%) will hingegen die Loslösung von Italien und (als naheliegenden zweiten Schritt) den Anschluss an Österreich auch ohne Konsens der italienischsprachigen SüdtirolerInnen. Den rund 68 Prozent an Autonomieparteien stehen somit rund 27 Prozent an Semi- und Anti-Autonomieparteien gegenüber. Sartori paraphrasierend können wir von einem gemäßigten Autonomieparteiensystem sprechen.

Bis 2008 musste man hingegen von einem polarisierten Autonomieparteiensystem sprechen, weil es an den beiden extremen (italienischen und deutschen) Polen Anti-Autonomieparteien gab, wobei das Parteiensystem auch ethnisch (und zum Teil auch ideologisch) polarisiert war und zu einem zentrifugalen Wahlverhalten führte. Die Autonomieparteien als Zentrum verloren immer mehr Konsens an die beiden Extreme, an die italienischen und deutschen Anti-Autonomieparteien.



Mit den Wahlen 2013 hat es in dieser Hinsicht eine Trendumkehr gegeben. Dies hängt stark damit zusammen, dass die ehemaligen italienischen Anti- bzw. Semi-Autonomieparteien wegen ihrer starken Fragmentierung, persönlicher Konflikte und der Parteienverdrossenheit der italienischen Wählerschaft vielfach den Einzug in den Landtag nicht mehr geschafft haben. Oder ehemals Semi-Autonomieparteien haben einen Wandel zu Autonomieparteien gemacht, wie dies etwa für das Team Autonomie oder L'Alto Adige nel cuore zutrifft.

Die Autonomieparteien gehören dem Zentrum und dem Mitte-links-Lager an, die Anti- und Semi-Autonomieparteien gehören dem Mitte-rechts-Lager an. Die Konstellation Mitte/Mitte-Links/Pro-Autonomie versus Mitte-Rechts/Anti- oder Semi-Autonomie entspricht der gesamten Geschichte der Südtirolautonomie. Auffällig ist, dass sich die Anti- und Semiautonomieparteien alle im deutschsprachigen Lager befinden, während in der Vergangenheit diese Parteien im italienischen Lager zu finden waren.

**Tabelle 9: Position der Parteien zur Autonomie 1988–2013**

Jahr	Italienische Parteien		Interethnische Parteien		Deutsche Parteien		
	Anti-Autonomieparteien	Semi-Autonomieparteien	Autonomieparteien			Semi-Autonomieparteien	Anti-Autonomieparteien
1988	MSI-DN 10,3	–	DC, PCI, PSI 16,4	GAL-LVA 6,7	SVP, FPS 61,7	–	SHB 2,3
Autonomieparteien: 84,8% – dt. Parteien: 61,7%, it. Parteien 16,4%, interethnische Parteien 6,7% Semi-Autonomieparteien: 0% <b>Anti-Autonomieparteien: 12,6%, dt. Parteien 2,3%, it. Parteien 10,3%</b>							
2013	–	–	PD, L'Alto Adige nel cuore, Movimento 5 Stelle, <sup>5</sup> Team Autonomie 13,8	Grüne 8,7	SVP 45,7	F, BU/L/W 20,0	STF 7,2
Autonomieparteien: 68,2%, dt. Parteien 45,7%, italienische Parteien 13,8%, interethnische Parteien 8,7%. Anti-Autonomieparteien: 7,2%, nur dt. Parteien Semi-Autonomieparteien: 20,0%, nur dt. Parteien							
Differenz 1988 2013	–10,3	–	–2,6	+2,9	–16,0	+20,0	+4,9

Quelle: Eigene Berechnungen. Diesen liegen die Ergebnisse der Landtagswahlen 1988, 2008 und 2013 zugrunde. Allerdings blieben jene Parteien, die kandidiert haben, aber den Einzug in den Landtag nicht geschafft haben, als für das Parteiensystem nicht relevant unberücksichtigt. Deshalb ergeben die Prozentsätze in Summe auch nicht den Wert 100.

## 5. Resümee

Die Landtagswahlen 2013 haben definitiv den bereits vor längerer Zeit eingeleiteten Prozess der Normalisierung und Europäisierung Südtirols bestätigt. Die bis dahin mit absoluten Mehrheiten ausgestattete Südtiroler Volkspartei hat erstmals in ihrer Geschichte auch die Mandatsmehrheit verloren, nachdem sie 2008 schon bei den Stimmen unter die 50-Prozent-Schwelle gerutscht war. Parteien mit absoluten Mehrheiten, auch auf regionaler Ebene, sind in Europa rar geworden.

Die Logik der ethnischen Sammelpartei, die ideologieübergreifend gewählt wurde, um als ethnische Minderheit bestehen zu können und um die Autonomie zu verwirklichen, ist brüchig geworden. Die BürgerInnen der deutsch- und ladinischsprachigen Minderheit orientieren sich in ihrem Wahlverhalten vorwiegend an ihren Interessen, politischen Orientierungen und Präferenzen, immer weniger an ethnischen Vorgaben. Die Volatilität der WählerInnen ist in den letzten Jahren immer größer geworden, die Stammwählerschaft nimmt stetig ab.

Die in Europa immer stärker vordringenden rechtspopulistischen Parteien haben auch in Südtirol einen fixen Platz im Parteiensystem erobert. Die zunehmende Unzufriedenheit der BürgerInnen mit den traditionellen Parteien, die von den Parteien zum Großteil selbst verschuldet worden ist, die zunehmende soziale Unsicherheit, die auch in Südtirol den Weg in die Prekariatsgesellschaft eröffnet hat, die steigende Zahl an ModernisierungsverliererInnen, die sich als WutbürgerInnen zu Wort melden, haben den Konsens für solche Parteien gefördert. Dazu kommt aber auch der Wunsch vieler WählerInnen, der lange dominierenden Mehrheitspartei durch eine stärkere Opposition Grenzen aufzuzeigen – eine Tendenz, von der vor allem die Freiheitlichen, aber auch die Grünen als schon lange in diesem Sinn profilierte politische Kräfte profitiert haben (apollis 2013b).

Das vielleicht folgenreichste Ergebnis der Landtagswahlen 2013 stellt der starke Erosionsprozess der italienischen Parteien dar. Das ehemals starke Mitte-rechts-Lager, im letzten Landtag noch durch drei MandatarInnen auf der Berlusconi-Liste PdL und zwei weitere Ein-Personen-Parteien vertreten, ist auf weniger als die Hälfte zusammengeschrumpft, der PD mit zwei Mandataren zur stärksten italienischen Partei geworden, die aber nur rund 30 Prozent der italienischsprachigen Bevölkerung vertritt. Die Ursachen liegen dabei sowohl auf gesamtstaatlicher als auch auf regionaler Ebene und haben nicht zuletzt mit dem permanenten Ausschluss der Mehrheit der italienischen MandatarInnen von der Macht in Südtirol zu tun. Diese mangelnde Repräsentanz hat bereits bei den Koalitionsverhandlungen zwischen der SVP und dem PD ein Problem virulent werden lassen, nämlich wie

die adäquate Vertretung der italienischen Sprachgruppe in der Landesregierung gewährleistet werden kann.

Das Autonomiemodell, das 1948 geschaffen wurde, entspricht dem Modell der Konkordanzdemokratie (vgl. Lijphard 1977) und steckt die jeweiligen Einflussphären der Sprachgruppen ab (Pallaver 2011). Unter anderem sieht dieses Modell die Beteiligung aller relevanten Sprachgruppen an der (Regierungs-)Macht und an verschiedenen nachgeordneten Subsystemen vor. Es handelt sich dabei um das Prinzip der proportionalen Inklusion aller Sprachgruppen.

Dieses Prinzip ist in den letzten zwanzig Jahren in eine starke Schieflage geraten. Laut Autonomiestatut müssen die Sprachgruppen im Verhältnis ihrer proportionalen Stärke im Landtag auch in der Landesregierung vertreten sein. In der ersten Republik hatten die traditionellen Koalitionspartner der SVP, die Democrazia Cristiana (DC) und die Sozialisten (PSI), immer die große Mehrheit der ItalienerInnen vertreten. Mit den Landtagswahlen 2013 ist die Anzahl der italienischsprachigen Abgeordneten auf fünf gesunken, was nur mehr für einen Vertreter in der Landesregierung reicht. Die italienische Sprachgruppe, die laut der Zählung des Jahres 2011 einen Anteil von 26 Prozent an der Bevölkerung hat, stellt somit nur 14 Prozent der Abgeordneten im Landtag und 12,5 Prozent der Mitglieder der Landesregierung.

Derselbe Einbruch ist auch auf kommunaler Ebene feststellbar (Goller 2013). Die kontinuierlich abnehmende Inklusion der italienischen Sprachgruppe ist unter anderem ein Grund für das sogenannte „Unbehagen der Italiener“ (vgl. Pallaver 2013), weil sich die ItalienerInnen in den zentralen Entscheidungsgremien nicht angemessen vertreten sehen und damit ihr politischer Einfluss immer mehr schwindet. Dies führt zu einem Systemproblem, weil das Prinzip der maximalen Einbindung aller Sprachgruppen in der Landesregierung nicht mehr der Wirklichkeit entspricht. Es wird eine vordringliche Aufgabe des im Koalitionsabkommen vereinbarten Autonomiekonvents sein, hier eine Lösung zu finden. Denn nur dann besteht Hoffnung, dem zunehmenden Desinteresse der italienischsprachigen Bevölkerung an der Landespolitik Einhalt zu gebieten, das sich an der schon länger zu beobachtenden, diesmal jedoch drastisch gesunkenen Wahlbeteiligung dieses Teils der Wählerschaft ablesbar ist und das von Resignation zeugt. Denn nur alle Sprachgruppen gemeinsam werden in der Lage sein, einerseits jenen zentralstaatlichen Kräften Paroli zu bieten, die sich die Sonderautonomien zur Zielscheibe erkoren haben und dabei auch wesentliche Errungenschaften der Südtirolautonomie infrage stellen, andererseits den erstarkten sezessionistischen Tendenzen den Wind aus den Segeln zu nehmen.

---

## Anmerkungen

- 1 An der Umfrage nahmen knapp 15 Prozent der Südtiroler Wahlberechtigten teil. Von den 61.189 abgegebenen Stimmen sprachen sich 92,17 Prozent für die Selbstbestimmung aus (stol 2014).
- 2 Die Zusammensetzung der Bevölkerung nach Sprachgruppe ist für jede Gemeinde, aber nicht auf der Ebene der Wahlsprengel bekannt. Als Proxy-Variable wurde daher der Anteil von Stimmen herangezogen, der im Jahr 2003 auf eindeutig italienischsprachige Parteien entfällt. Dieser Zeitpunkt eignet sich deshalb besser als spätere, weil die zunehmende Wahlenthaltung der italienischsprachigen Wählerschaft deren Anteil unterschätzen und ein verzerrtes Bild zeichnen würde.
- 3 Die funktionale Kleinregion St. Ulrich umfasst neben den drei Grödner Gemeinden auch Kastelruth und Lajen, sodass der Anteil der ladinischsprachigen Bevölkerung nur bei rund 50 Prozent liegt, während er in der Kleinregion Abtei (Gadertal) 96 Prozent erreicht.
- 4 Änderungen im Laufe der Legislaturperiode werden nicht berücksichtigt. Allerdings hat Michela Biancofiore vom PdL 2008 schon gleich zu Beginn der Legislaturperiode auf ihr Mandat verzichtet.
- 5 Der Umstand, dass wir den Movimento 5 Stelle zu den italienischen Mitte-links-Parteien zählen, ist erklärungs-pflichtig. Die Bewegung erfüllt nur einen Teil der Kriterien, um als interethnisch klassifiziert zu werden, sodass wir den Movimento 5 Stelle unter die italienischen Parteien einordnen. Was die Einreihung unter die Mitte-links-Parteien betrifft, so herrscht in der politikwissenschaftlichen Literatur keine einhellige Meinung. Mitunter wird der Movimento 5 Stelle als „postideologisch“ bezeichnet (Pedrazzani/Pinto 2013, 119), aber auch als „nicht definiert“ (Bardignon/Ceccarini 2013, 67). Der größere Wähleranteil kommt italienweit von den linken und Mitte-links-Parteien. Bei den Wahlen des Jahres 2012 kamen schätzungsweise 41,2 Prozent vom PD – Italia dei Valori und 36,1 Prozent von PdL, Lega Nord, Movimento per le Autonomie. In der Selbstpositionierung lag die Provenienz von den „linken“ Parteien insgesamt bei knapp 53 Prozent, von den „rechten“ Parteien lediglich bei 27,5 Prozent (Pedrazzani/Pinto 2013, 106, 110). Bei den Parlamentswahlen 2013 waren beide Lager mit rund 30 Prozent bei den Grillini vertreten (Bardignon/Ceccarini 2013, 69). Obgleich die Partei populistisch und antieuropäisch ist, bleibt doch auch noch die spezifische Südtiroler Situation des Movimento 5 Stelle mit ihrem Landtagsabgeordneten Köllensperger zu berücksichtigen – alles Gründe, die zu dieser unserer Entscheidung geführt haben.

---

## Literaturverzeichnis

- Alto Adige* (2013). In lizza 424 candidati di 14 liste, <http://altoadige.gelocal.it/cronaca/2013/10/27/news/in-lizza-424-candidati-di-14-liste-1.8004950> (6.2.2014)
- apollis* (2013a). Politische Umfrage zu den Landtagswahlen 2013 – Welle 1 (Jänner). Unveröffentlichter Bericht an den Auftraggeber. Bozen (auszugsweise wiedergegeben in *FF Nr. 5, 31.1.2013*, „*Blaulicht für Südtirol*“, 18–27)
- apollis* (2013b). Politische Umfrage zu den Landtagswahlen 2013 – Welle 2 (September). Unveröffentlichter Bericht an den Auftraggeber. Bozen (auszugsweise wiedergegeben in *FF Nr. 41, 10.10.2013*, „*Die große Wahlumfrage*“, 16–29)
- Atz, Hermann (2004). Die Landtagswahlen 2003 in Südtirol, in: *Filzmaier*, Peter et al. (Hg.). *Jahrbuch für Politik. Tirol und Südtirol 2003*, Bozen: Athesia, 196–217
- Atz, Hermann (2007). *Die Grünen Südtirols. Profil und Wählerbasis*, Innsbruck: Studienverlag
- Atz, Hermann/Pallaver, Günther (2009). Der lange Abschied von der Sammelpartei. Die Landtagswahlen 2008 in Südtirol, in: *Karlhofer*, Ferdinand/Pallaver, Günther (Hg.). *Politik in Tirol. Jahrbuch 2009*, Innsbruck: Studienverlag, 95–127
- Autonome Provinz Bozen Südtirol* (2013). Landtag: Neues Wahlgesetz tritt am Mittwoch in Kraft, Pressemitteilung vom 10.5.2013, [www.provinz.bz.it/lpa/285.asp?aktuelles\\_action=4&aktuelles\\_article\\_id=425071](http://www.provinz.bz.it/lpa/285.asp?aktuelles_action=4&aktuelles_article_id=425071) (17.2.2014)
- Bordignon*, Fabio/Ceccarini, Luigi (2013). „Tsunami“ a 5 stelle, in: *Diamanti*, Ilvo (Hg.). *Un salto nel voto*, Roma: Laterza, 60–71
- Bretschneider*, Frank (2002). *Spitzenkandidaten und Wählerfolg*, Wiesbaden: Westdeutscher Verlag
- Camera dei deputati* (2014). Kronbichler Florian, [www.camera.it/leg17/29?tipoAttivita=&tipoVisAtt=&tipoPersona=&shadow\\_deputato=306270&idLegislatura=17](http://www.camera.it/leg17/29?tipoAttivita=&tipoVisAtt=&tipoPersona=&shadow_deputato=306270&idLegislatura=17) (5.2.2014)
- Cherubini*, Isabella (2009). Un gioco duro. Donne e elezioni, in: *Pallaver*, Günther/Kager, Thomas (Hg.). *Politika 09. Jahrbuch für Politik/Annuario di politica/Anuar de politica* (Südtiroler Gesellschaft für Politikwissenschaft/Società di Scienza Politica dell'Alto Adige/Sozieta de scienza pulitica de Sudtirol), Bozen: Edition Raetia, 323–327
- Corbetta*, Piergiorgio/Gasperoni, Giancarlo (2007). *I sondaggi politici nelle democrazie contemporanee*, Bologna: Il Mulino
- De Winter*, Lieven/Türsan, Huri (Hg.) (1998). *Regionalist Parties in Western Europe*, London: Routledge
- Diamanti*, Ilvo (2013). *Un salto nel voto. Ritratto politico dell'Italia di oggi*, Roma: Laterza
- Die Freiheitlichen* (2013). *Wahlprogramm der Freiheitlichen für die Landtagswahl 2013*, [www.die-freiheitlichen.com/images/stories/\\_downloads/wahlprogramm%202013.pdf](http://www.die-freiheitlichen.com/images/stories/_downloads/wahlprogramm%202013.pdf) (5.2.2014)
- Donatini*, Orfeo (2013). Brugger: „Svp punita per aver tenuto Durnwalder 25 anni“, *Alto Adige*, 14.11.2013, <http://altoadige.gelocal.it/cronaca/2013/11/14/news/brugger-svp-punita-per-aver-tenuto-durnwalder-25-anni-1.8116152> (5.2.2014)
- Forza Italia* (2013). *Delibera dell'Ufficio di Presidenza del PdL*, [www.forzaitalia.it/notizie/10080/ufficio-di-presidenza-comunicato-ufficiale](http://www.forzaitalia.it/notizie/10080/ufficio-di-presidenza-comunicato-ufficiale) (5.2.2013)

- Goller, Markus (2013). Die Vertretung der italienischen Sprachgruppe in den Südtiroler Gemeinden 1952–2010, in: *Pallaver, Günther* (Hg.). *Politika13. Jahrbuch für Politik/Annuario di politica/Anuar de politica* (Südtiroler Gesellschaft für Politikwissenschaft/Società di Scienza Politica dell'Alto Adige/Sozieta de scienza pulitica de Sudtirol), Bozen: Edition Raetia, 283–302
- Hinterwaldner, Karl (2013). Ein System zerbricht, in: *Pallaver, Günther* (Hg.). *Politika13. Jahrbuch für Politik/Annuario di politica/Anuar de politica* (Südtiroler Gesellschaft für Politikwissenschaft/Società di Scienza Politica dell'Alto Adige/Sozieta de scienza pulitica de Sudtirol), Bozen: Edition Raetia, 345–357
- Ignazi, Pietro (2012). *Forza senza legittimità. Il vicolo cieco dei partiti*, Roma: Laterza
- Koalitionsabkommen zur Bildung der Landesregierung für die Legislaturperiode 2013 bis 2018* (2013), [www.provinz.bz.it/land/landesregierung/download/koalitionsabkommen-de\\_2013-12-30.pdf](http://www.provinz.bz.it/land/landesregierung/download/koalitionsabkommen-de_2013-12-30.pdf) (28.1.2014)
- Lijphart, Arend (1977). *Democracy in Plural Societies. A Comparative Exploration*. New Haven: Yale University Press
- Morlino, Leonardo/Tarchi, Marco (2006). *Partiti e caso italiano*, Bologna: Il Mulino
- Pallaver, Günther (2004). Südtirols Parteiensystem. Versuch einer Typologisierung nach den Landtagswahlen 2003, in: *Filzmaier, Peter et al.* (Hg.). *Jahrbuch für Politik. Tirol und Südtirol 2003*, Bozen: Athesia, 103–123
- Pallaver, Günther (2008). South Tyrol's Consociational Democracy. Between Political Claim and Social Reality, in: *Woelk, Jens/Palermo, Francesco/Marko, Joseph* (Hg.). *Tolerance through Law. Self Governance and Group Rights in South Tyrol*. Leiden: Martinus Nijhoff Publishers, 303–327
- Pallaver, Günther (2013). I partiti italiani in Alto Adige, in: *Pallaver, Günther* (Hg.). *Politika 13. Jahrbuch für Politik/Annuario di politica/Anuar de politica* (Südtiroler Gesellschaft für Politikwissenschaft/Società di Scienza Politica dell'Alto Adige/Sozieta de scienza pulitica de Sudtirol), Bozen: Edition Raetia, 247–282
- Pallaver, Günther (2013). *Politika13. Jahrbuch für Politik/Annuario di politica/Anuar de politica* (Südtiroler Gesellschaft für Politikwissenschaft/Società di Scienza Politica dell'Alto Adige/Sozieta de scienza pulitica de Sudtirol), Bozen: Edition Raetia
- Parlamentswahlen* (2013). [www.provinz.bz.it/vote/parl2013/home\\_id\\_vg.htm](http://www.provinz.bz.it/vote/parl2013/home_id_vg.htm) (5.2.2014)
- Pedrazzani, Andrea/Pinto, Luca (2013). Gli elettori del Movimento 5 stelle, in: *Corbetta, Piergiorgio/Gualmini, Elisabetta* (Hg.). *Il partito di Grillo*, Bologna: Il Mulino, 89–122
- PD (2013). La Trasformazione dell'Autonomia e la Sfida dell'Autogoverno. [www.partitodemocratico.bz/index.php/it/component/docman/doc\\_view/889-20130529-documento-politico](http://www.partitodemocratico.bz/index.php/it/component/docman/doc_view/889-20130529-documento-politico) (31.1.2014)
- Plasser, Fritz/Plasser, Gunda (2003). *Globalisierung der Wahlkämpfe. Praktiken der Campaign Professionals im weltweiten Vergleich* (Schriftenreihe des Zentrums für Angewandte Politikforschung, Bd. 27), Wien: WUV Universitätsverlag
- Revelli, Marco (2013). *Finale di partito*, Torino: Einaudi
- salto.bz (2013). Il voto italiano? Fortemente ridimensionato, [www.salto.bz/de/article/04112013/il-voto-italiano-alla-svp-fortemente-ridimensionato](http://www.salto.bz/de/article/04112013/il-voto-italiano-alla-svp-fortemente-ridimensionato) (5.2.2014)
- salto.bz (2014). Elena Artioli lascia la Lega Nord, [www.salto.bz/de/article/20012014/elena-artioli-lascia-la-lega-nord](http://www.salto.bz/de/article/20012014/elena-artioli-lascia-la-lega-nord) (5.2.2014)

- salto.bz* (2014a). Fratelli d'Italia von den Wahlen ausgeschlossen, [www.salto.bz/it/article/10102013/fratelli-ditalia-von-den-wahlen-ausgeschlossen](http://www.salto.bz/it/article/10102013/fratelli-ditalia-von-den-wahlen-ausgeschlossen) (5.2.2014)
- Sartori, Giovanni* (1976). *Parties and party systems. A Framework for analysis*, Cambridge: Cambridge Univ. Press
- Stol.it* (2014). Süd-Tiroler Freiheit: „56.000 Personen für Selbstbestimmung“, [www.stol.it/Artikel/Politik-im-Ueberblick/Lokal/Sued-Tiroler-Freiheit-56.000-Personen-fuer-Selbstbestimmung](http://www.stol.it/Artikel/Politik-im-Ueberblick/Lokal/Sued-Tiroler-Freiheit-56.000-Personen-fuer-Selbstbestimmung) (6.2.2014)
- Süd-Tiroler Freiheit* (2013). Wahlprogramm der Süd-Tiroler Freiheit 2013. [www.suedtiroler-freiheit.com/wahlprogramm-der-sued-tiroler-freiheit-2013/](http://www.suedtiroler-freiheit.com/wahlprogramm-der-sued-tiroler-freiheit-2013/) (31.1.2014)
- Süd-Tiroler Freiheit* (2014). Selbstbestimmungs-Referendum. Alle statistischen Daten im Detail nach Gemeinden, Bezirken und Alter, [www.suedtiroler-freiheit.com/selbstbestimmungs-referendum-alle-statistischen-daten-im-detail-nach-gemeinden-bezirke-und-alter/](http://www.suedtiroler-freiheit.com/selbstbestimmungs-referendum-alle-statistischen-daten-im-detail-nach-gemeinden-bezirke-und-alter/) (6.2.2014)
- Südtiroler Landesregierung* (2013). Südtiroler Landtag. Wahlen 2013, [www.landtag-bz.org/download/12.13.de\\_wahlen.pdf](http://www.landtag-bz.org/download/12.13.de_wahlen.pdf) (5.2.2013)
- SVP* (2013). Südtirol! Gutes Bewahren. Neues Wagen. Das Programm der Südtiroler Volkspartei Landtagswahl 2013. Südtiroler Volkspartei, <http://landtagswahl.svp.eu/positionen/> (31.1.2014)
- Swanson, David L./Mancini, Paolo* (1996). *Politics, media, and Modern Democracy*, Westport, Connecticut: Praeger
- Team Autonomie* (2013). Programm/a, [www.teamautonomie.org/programma-3](http://www.teamautonomie.org/programma-3) (31.1.2014)
- Tageszeitung online* (2014). Das Umfragen-Chaos, [www.tageszeitung.it/2013/02/06/svp-bei-32-prozent/](http://www.tageszeitung.it/2013/02/06/svp-bei-32-prozent/) (7.2.2014)
- Grüne-Verdi-Verc/Sel* (2013). Sauberes Land – Gesunde Politik. Die grünen Vorschläge für ein neues Südtirol, [www.verdi.bz.it/wp-content/uploads/2013/09/130918ProgrammA\\_VerdiGrueVerc.pdf](http://www.verdi.bz.it/wp-content/uploads/2013/09/130918ProgrammA_VerdiGrueVerc.pdf) (31.1.2014)

### **Internet-Datenquellen**

- Südtiroler Bürgernetz: Landtagswahlen 2008, [www.provinz.bz.it/vote/landtag2008](http://www.provinz.bz.it/vote/landtag2008) (20.2.2014)
- Südtiroler Landtag: Ergebnisse der Landtagswahlen 2013, [www.landtag-bz.org/de/wahlen/ergebnisse-landtagswahlen.asp](http://www.landtag-bz.org/de/wahlen/ergebnisse-landtagswahlen.asp) (201.2.2014)

## Abstracts

### **La normalizzazione dell'Alto Adige: risultati, tendenze e prospettive delle elezioni provinciali del 2013**

Le elezioni provinciali del 2013 hanno confermato il processo di normalizzazione e di europeizzazione avviato già da tempo in Alto Adige. Il partito della Südtiroler Volkspartei, sinora in possesso della maggioranza assoluta, per la prima volta nella storia ha perso anche la maggioranza dei seggi, dopo che nel 2008 il livello dei voti era già sceso al di sotto della soglia del 50 per cento. In Europa sono oramai diventati rari i partiti con la maggioranza assoluta, anche a livello regionale. La logica di un partito etnico di raccolta, che trova il proprio consenso al di là delle ideologie, è ormai fragile. Negli ultimi anni è invece aumentata la volatilità dei votanti e parallelamente si è ridotta la quota di elettori abitudinari; resta comunque sostanzialmente inalterata, non proprio in linea con i tempi, la impenetrabilità degli elettori etnici.

Il forte processo di erosione dei partiti italiani ha portato a far sì che ormai solamente 5 dei 35 consiglieri appartengano al gruppo linguistico italiano. Questo stato di cose conduce ad una irregolarità del sistema poiché in questo modo è a rischio il principio del massimo coinvolgimento di tutti i gruppi linguistici nei processi decisionali a livello centrale. Sarà quindi compito prioritario della convenzione sull'autonomia, concordata nel programma di coalizione, trovare una soluzione per ovviare a questo problema; soluzione da cui non dipende solamente la pace interna, bensì anche la forza con la quale l'autonomia altoatesina possa essere difesa dagli attacchi provenienti dall'esterno.



## La normalisazion de Südtirol: resultat, tendënzes y perspectives dla veles provinzieles 2013

La veles dl Cunsëi provinziel 2013 à cunfermà l pruzes de normalisazion y europeisazion de Südtirol scumencià bele da n pez incà. La Südtiroler Volkspartei, che nchin a chël mumënt ova la maiuranza assoluta, à per l prim iede tla storia perdù nce la maiuranza di mandac, do che la fova sbrisceda bele tl 2008 sota l nivel dl 50 % n cont dla ujes giapedes. Partic cun na maiuranza assoluta, nce a nivel regionel, ie deventei reres te Europa. La logica dl partit etnich de racolta che abina adum l cunsëns nce sëura la ideologies ora scumëncia a se desfé. Ntant sce ie la volatilità di litadëures ti ultimi ani jita for suvier, l nivel di litadëures tradizionei ie a pèr jita juvier, perauter resta – nia iust aldò di tèmps – che i litadëures ne se lascia nia destò da si purtenienza etnica.

L gran pruzes de erojion di partic talians à purtà tan inant che l ie mé plu cinch danter i 35 cunselieres che purtèn ala grupa de rujeneda taliana. Chësc cumporta n fal tl sistem, ajache l prinzip de tré ite l plu che la va duta la grupes de rujeneda pra i pruzes de dezi-jion zentrei se storj. L sarà n duvier fundamentel dla Cunvenzion per l'autonomia metuda a una tl program de coalisazion de abiné na soluzion a chësta situazion da chëla che l ne depënd nia mé la pesc interna, ma nce la forza cun chëla che n ie boni de defënder l'autonomia de Südtirol da agrescions da dedora.

### The Normalization of South Tyrol: Results of, trends in and perspectives about the province's 2013 parliamentary elections

The 2013 parliamentary elections confirmed a process that had already begun some time ago: the normalization and Europeanization of South Tyrol. The South Tyrolean People's Party, which had previously enjoyed an absolute majority, lost the majority mandate for the first time in its history after having slipped under the threshold of 50 percent of the vote in 2008. Parties with an absolute majority, including those at the regional level, have become a rarity in Europe. The logic of a collective ethnic party that is supported by overarching ideologies has deteriorated. Instead voter volatility has increased steadily over the last years, and the electoral base has withered as a result. However the impenetrability of ethnic ballot boxes fundamentally persists, though it isn't quite in step with the modern world.

The marked process of erosion that has been taking place within the Italian parties has resulted in only five out of the 35 parliamentary representatives elected coming from the Italian-language group. This leads to a systemic problem because it puts at risk the principle of maximum involvement of all language groups in central decision-making processes. It will be a top priority to find a solution within the coalition agreement, as set forth in the autonomy convention, upon which not only inner peace but also the strength with which South Tyrol's autonomy can be defended against attacks from the outside depends.



**Gernot Gruber**

## **Zwei Landtagswahlen im Lichte der Meinungsforschung**

Einfluss und Zusammenwirken von Metastimmungen in der Südtiroler Bevölkerung im Vorfeld der letzten beiden Wahlgänge. Erkenntnisse aus den Lebensstilmilieus

### **1. Einführung**

Der vorliegende Bericht versucht, einen Überblick über die Ergebnisse von insgesamt 31 Meinungsforschungsprojekten zur politischen Stimmungslage auch und vor allem in Hinblick auf die zur Zeit der Durchführung der Analysen anstehenden Landtagswahlen in Südtirol zu geben. Die Untersuchungen fanden im Zeitraum September 2005 bis Oktober 2013 jeweils unter der Federführung des Autors statt. Die jeweiligen Eckdaten zu Fallzahlen, Schwankungsbreiten und Durchführungszeitraum sowie methodische Anmerkungen sind in den Ergebnischarts angeführt. Der Autor verzichtet zugunsten einer besseren Lesbarkeit, im Text darauf einzugehen. Ziel der Langzeitanalyse war es zum einen, empirische Erkenntnisse darüber zu erlangen, inwieweit die politisch-ökonomische Stimmungslage in der Bevölkerung auf das Wahlergebnis Einfluss nimmt und inwieweit sich auf Basis von Lebensweltzugehörigkeiten, sprich Milieuzugehörigkeit, eine Parteien- und Themenaffinität in Südtirol darstellen und beobachten lässt.

Hierzu war es zunächst nötig, für Südtirol eine milieuspezifische Segmentierung der Südtiroler Bevölkerung vorzunehmen. Diese wurde im Zeitraum 2006/2007 vom Autor im Zuge einer Auftragsstudie in Angriff genommen und seit diesem Zeitpunkt laufend adaptiert. Da der Forschungsansatz zu Beginn des Projektes ein Ansatz der Konsumforschung war, kam der Autor durch seine laufenden, eng politikwissenschaftlichen Fragestellungen sehr rasch zur Erkenntnis, wie sie Ralph Weiß ausführt: „Lebenslagen und Formen der Lebensführung bestimmen darüber, ob und wie die medienvermittelte politische Kommunikation Einfluss auf politische Vorstellungen, Einstellungen und Handlungen ausübt“ (Weiß 2013, 205).

Um das Wirkungsgefüge zwischen Lebenslagen und Lebensformen – in Folge als Lebensstilmilieu bezeichnet – und den Stimmungen zu den Landtagswahlen 2008 und 2013 darzulegen, erfolgt zunächst eine kurze Beschreibung des Projektablaufs der Milieusegmentierung sowie eine kurze Darstellung der einzelnen Südtiroler Lebensstilmilieus. Im Anschluss daran wird auf die Langzeitanalyse der politischen und der wirtschaftlichen Stimmungslage eingegangen, da diese als determinierende Einflussfaktoren auf Wahlentscheidungen gelten können. Im Speziellen sei hier die These angeführt, dass der ab Mitte der 2000er-Jahre einsetzende Trend des *Regrounding* zum Vorteil der bisherigen Mehrheitspartei vor allem 2008 und im geringeren Maße 2013 Auswirkungen gezeigt hat. *Regrounding* umschreibt den zentralen Trendbefund, dass nämlich die rasanten Veränderungen in der Welt unter massiver Zunahme der Komplexität eine gesellschaftliche Sehnsucht zu Bodenhaftung, Ruhe, Stabilität und Kontinuität auslösen (vgl. Navigator 2005).

Somit versucht der vorliegende Artikel folgende zentrale Frage zu beantworten: Ist die relative Mehrheit für die Südtiroler Volkspartei bei den Landtagswahlen 2013 dem Wunsch nach Kontinuität unter einem anderen Gesicht zuzuschreiben oder deutet sie die Sehnsucht nach einem Paradigmenwechsel an?

## 2. Der Milieuansatz

Der Milieuansatz des Marktforschungsinstituts Sinus Sociovision zielt seit den 70er-Jahren darauf ab, den Wertewandel und die Lebenswelten der Menschen in Deutschland – und mittlerweile in verschiedenen anderen Nationen – zu erforschen. Die Sinus-Milieus sind mittlerweile eines der bekanntesten und akzeptiertesten Zielgruppen-Segmentierungsmodelle. Im Rahmen der Milieuforschung werden alle wichtigen Lebensbereiche erfasst, mit denen eine Person täglich oder nahezu täglich zu tun hat: Arbeit, Familie, Freizeit, Geld, Konsum, Medien usw.

Zentrales Ergebnis dieser Forschungen besteht darin, empirisch ermittelte Wertprioritäten und Lebensstile zu einer Basistypologie zu verdichten (vgl. Sinus 2014).

## 2.1. Die europäische Orientierung

Über die Ländergrenzen hinweg lassen sich gemeinsame Grundorientierungen, Wertehaltungen und Lebensstile identifizieren. Oft verbindet Menschen aus verschiedenen Ländern, aber vergleichbaren Milieus mehr, als sie mit dem Rest ihrer Landsleute verbindet.

Speziell in einer zweisprachigen und in weiten Teilen „zweikulturellen“ Gesellschaft, wie die Südtiroler Gesellschaft sie darstellt, reicht es aber nicht aus, die deutsche Bevölkerung entlang der für Österreich oder Deutschland definierten Milieus sowie die italienische Bevölkerung entlang der für Italien definierten Milieus zu segmentieren.

Aus diesem Grunde entschied der Autor, sich im Forschungsdesign zwar an den Sinus-Meta-Milieus<sup>®</sup> für Westeuropa als Grundraster zu orientieren, aber die für Südtirol spezifische Segmentierung auf Basis quantitativer und qualitativer Befunde zu generieren. Insgesamt wurden im Projektzeitraum 18.000 quantitative Interviews und 16.000 qualitative Erhebungen durchgeführt. Dabei wurde ein Item-Katalog mit 58 Indikatoren entwickelt und operational überprüft.

**Abbildung 1: Sinus-Meta-Milieus**

<p><b>Traditional</b> Orientierung an <i>Sicherheit</i> und Status quo; Festhalten an traditionellen Werten wie Pflichterfüllung, Disziplin und Ordnung</p>	<p><b>Consumer Materialistic</b> Konsummaterialistische Orientierung; Versuch, den Konsum-Standard des Mainstreams zu halten; häufig soziale Benachteiligung und Entwurzelung</p>
<p><b>Established</b> Leistungsbereitschaft und Führungsansprüche; Statusbewusstsein und ausgeprägte Exklusivbedürfnisse</p>	<p><b>Sensation Orientated</b> Suche nach Fun &amp; Action, nach neuen Erfahrungen und intensiven Erlebnissen, Leben im Hier und Jetzt; Individualismus und Spontaneität; Provokation und unkonventionelle Stilistik</p>
<p><b>Intellectual</b> Weltoffenheit und postmaterielle Werte; ausgeprägte kulturelle und intellektuelle Interessen, Streben nach Selbstverwirklichung und Persönlichkeitsentfaltung</p>	<p><b>Modern Performing</b> Jung, flexibel und sozial mobil; intensives Leben im Sinne von Erfolg und Spaß, hohe Qualifikation und Leistungsbereitschaft; Multimedia-Faszination</p>
<p><b>Modern Mainstream</b> Wunsch nach einem angenehmen und harmonischen Leben; Streben nach materieller und sozialer Sicherheit</p>	

Zusätzlich wurden im Zuge der Projektvorbereitung und der Datenvalidierung Sekundärdaten unterschiedlichster Quellen herangezogen.<sup>1</sup> Als sehr hilfreiche Datensammlung erwies sich auch das Kompendium von Tappeiner, Lechner, Tappeiner mit einer ganzen Fülle von Indikatoren zu Gesellschaft und Wirtschaft (2007).

## 2.2. Die Südtiroler Lebensstilmilieus

Auf Basis der für die Sinus-Meta-Milieus festgelegten Lebensstilindikatoren lässt sich die erwachsene Bevölkerung Südtirols als Angehörige dieser verschiedenen Lebenswelten quantitativ gruppieren. Natürlich ist der relative Bevölkerungsanteil der insgesamt 11 Milieus unterschiedlich stark ausgeprägt. Naturgemäß zeigt sich auch, dass die Grenzen der Milieus teilweise fließend bzw. überlappend sind. Dies ist aber ein grundlegender Bestandteil des Milieukonzeptes. Zwischen den Milieus gibt es Berührungspunkte und Übergänge, welche auf gemeinsamer Wertorientierung und Statuszugehörigkeit sowie auf diversen anderen Indikatoren beruhen.

Als beste Form der Darstellung der Milieus gilt die sogenannte Kartoffelgrafik. Sie stellt die Größenverhältnisse der einzelnen Milieus, die oben beschriebenen Überlappungen, deren Positionierung auf der Wertachse (Tradition/Moderne/Postmoderne) sowie die Achse zum sozialen Status dar.

**Abbildung 2: Schema der Südtiroler Lebensstilmilieus**



Quelle: Die Südtiroler Lebensstilmilieus – Interne Arbeitsunterlage, Gernot Gruber

### 2.3. Die elf Südtiroler Lebensstilmilieus in der Kurzbeschreibung

Die folgende, zum Teil stichwortartige Kurzbeschreibung<sup>2</sup> dient dem Verständnis der empirischen Ergebnisse und Erkenntnisse in Bezug auf die politische Stimmung im Vorfeld beider Landtagswahlen 2008 und 2013.

#### **a) Traditionelles (klein)bürgerliches Mainstream-Milieu**

17 Prozent der Erwachsenen in der Südtiroler Bevölkerung; die auf Sicherheit, Tradition und Ordnung orientierte Kriegs- und Nachkriegsgeneration. Mehrheitlich kleinbürgerlich, aber auch kleinbäuerlich verwurzelt; die im bäuerlichen Milieu aufgewachsenen Arbeiter, Angestellten und Handwerker.

##### *Soziodemografischer Hintergrund:*

Dominanter Anteil der über 60- bis 65-Jährigen; hoher Frauenanteil aufgrund der Altersstruktur; überwiegend MittelschulabsolventInnen mit abgeschlossener Berufsausbildung; mehrheitlich RentnerInnen (vorher kleine Angestellte, ArbeiterInnen, Bauern/Bäuerinnen); Einkommen ab 10.000 Euro bis zu 45.000 Euro.<sup>3</sup> Besitz ist meist auf Eigenheim konzentriert. Bauern bilden die Ausnahme. Deutlicher Überhang der deutschen und ladinischen Sprachgruppe im ländlichen Gebiet. In der italienischen Sprachgruppe findet sich dieses Milieu stark unter den urbanen RentnerInnen.

##### *Lebensstile und Werte:*

Kleine Haushalte mit Stützpunktcharakter für die Nachkommen. Mitglieder in Traditionsvereinen (Schützen, Alpenverein usw.) sowie SeniorInnen- und Hobbyvereinen (BienenzüchterInnen usw.). Kleines Eigenheim oder Eigentumswohnung; sparsames Familienauto oder Kleinwagen. Bewahrer der traditionellen Werte, Pflichterfüllung, Disziplin, Moral. Sie leben die Pflege von Familien- und Nachbarschaftsbanden und suchen nach Anerkennung im unmittelbaren sozialen Umfeld. Sich in den Mittelpunkt zu stellen, Traditionen aufzugeben, kommt nicht infrage. Interessen kreisen eng um die eigenen vier Wände, Familie, Basteln usw. Haben ein Leben lang gespart und halten nach wie vor ihr Geld fest; Kinder und Enkelkinder unterstützen sie dagegen gerne.

## **b) Etabliert-konservatives Milieu**

Umfasst 6 Prozent der Erwachsenen der Südtiroler Bevölkerung. Die Etabliert-Konservativen sind zum einen sehr gebildet und selbstbewusst, zum anderen Personen mit hohem Einkommen und Besitzstand. Sie sind aufgrund der rasanten wirtschaftlichen Entwicklungen in Südtirol aber auch relativ „neureich“.

### *Soziodemografischer Hintergrund:*

Konzentriert auf zwei Generationen, zum einen ist es die Generation ab Mitte Dreißig und zum anderen die Generation der 60+. In der älteren Generation hohes und mittleres Bildungsniveau, in der jungen Generation überdurchschnittliches Bildungsniveau. Sie sind UnternehmerInnen, Industrielle, Hoteliers. Einkommen über 60.000 Euro.

### *Lebensstile und Werte:*

Deutlich stärker in der deutschen und ladinischen, sehr gering in der italienischen Sprachgruppe vertreten. Während die junge Gruppe meist in Drei- oder Mehr-Personen-Haushalten lebt, lebt die ältere Generation in Zwei-Personen-Haushalten. Meist verheiratet. Keine starke Vereinsbindung (Kulturvereine oder exklusive Freizeitvereine). Ausschließlich Eigenheime, Häuser, Villen und Altstadtwohnungen. Die Jüngeren fahren SUVs oder sportliche Limousinen, die Älteren Limousinen. Der eigene Stand ist von hoher Bedeutung, wird aber sehr häufig auch mit der Interessensvertretung gleichgesetzt. Sehr kunst- und kulturaffin, tendenziell klassische Orientierung. Beruflicher Erfolg ist genauso wichtig wie das Interesse an Politik und Wirtschaft. Sehr engagiert in Vereinigungen, Verbänden (Rotary, Lions, Kiwanis usw.). Familie und Zusammenhalt sind sehr wichtig.

## **c) Aufstiegsorientiertes Milieu**

Umfasst 11 Prozent der erwachsenen Südtiroler Bevölkerung. Die Welt der Aufstiegsorientierten ist jene der Marken mit hohem Prestigecharakter. Sie streben aus dem traditionellen kleinbürgerlichen oder modernen bürgerlichen Arbeitnehmermilieu ins etablierte Milieu. Sie wollen mehr erreichen als ihre Eltern, aber nicht durch Sparen, sondern durch Leistung. Konsum steht sehr hoch im Kurs.

### *Soziodemografischer Hintergrund:*

Altersstruktur: Ab Ende 20 bis maximal 50 Jahre. Dominant männlich, Frauen holen auf. Mittlere Bildungsschicht, zunehmend mehr AkademikerInnen. Meist selbstständig, stark im Bereich Handel, aber auch expansionsorientierte Handwerker vertreten. Einkommen zwischen 25.000 und 50.000 Euro.



### *Lebensstile und Werte:*

Tendenziell in allen Sprachgruppen vorhanden, in der italienischen leicht schwächer. Sehr hohe Singlerate; Beziehungen sind durchschnittlich von geringerer Dauer. Kaum Kinder und nicht formalisierte Beziehungen. Netzwerke sind wichtiger als Vereine, Verbände haben Bedeutung, sind jedoch nur mit geringem persönlichem Engagement verbunden. Beim Wohnen zählt Prestige, nicht nur Eigenheim, sondern aufgrund der Dynamik dieses Milieus wird häufig die präsentable Mietwohnung bevorzugt. Sie fahren SUVs oder Limousinen bzw. sportliche Ausführungen bekannter Marken. Insgesamt weisen sie eine sehr hohe Markenaffinität für Statuslabels auf. Edelkonsum ist Bestandteil des Aufstiegsmilieus. Beruflicher Erfolg steht auf der Werteskala ganz oben, als Garant für aufwendigen Lebensstil und noblen Konsum und nicht als Selbstfindungszweck.

### **d) Gehobenes liberal-intellektuelles Milieu**

Rund 7 Prozent der Südtiroler erwachsenen Bevölkerung. Liberales Bildungsbürgertum. Hoher Stellenwert von Selbstverwirklichung und Selbstbezug, speziell in Beruf und Freizeit. Ablehnung von Äußerlichkeitswerten (man schätzt aber das Edle, Echte, Auserlesene).

### *Soziodemografischer Hintergrund:*

Breites Altersspektrum: ab Anfang 20 bis ins Alter der „jungen Alten“. Dominant männlich, obwohl Frauen stark aufholen. Fast ausschließlich Matura und Hochschulabschluss. Qualifizierte und leitende Angestellte, BeamtInnen, FreiberuflerInnen, StudentInnen. Einkommen ab 40.000 Euro. Nur teilweise Besitzstand.

### *Lebensstile und Werte:*

Tendenziell in allen Sprachgruppen gleichermaßen vorhanden (bedingt durch die Konzentration auf urbane Gebiete). Häufig größere Haushalte mit Kindern. Sinnhafter Genuss auf hohem Niveau ist wichtiger als Konsum. Weiterbildung ist ein lebenslängliches Thema, weil sie sich mehr über Intellekt und Kreativität definieren. Politisches Engagement, verantwortungsbewusster Umgang mit sich und der Welt, soziale Gerechtigkeit, ökologische und politische Korrektheit macht sie wählerisch in Sachen sozialer Bindungen. Wohnen in gediegenen Altbauwohnungen, gepflegter Lebensstil. Das Auto hat funktionalen Charakter: Sicherheit statt Status. Zeichnen sich durch hohes Vertrauen in ihre eigenen Fähigkeiten aus, gehen souverän mit beruflichen Herausforderungen um, wollen Erfolg im Beruf, aber nicht um jeden Preis. Ihre Ansprüche richten sich auf die Entfaltung ihrer individuellen

Bedürfnisse und Neigungen, auf das Schaffen von Freiräumen für sich. In hohem Maße sind sie interessiert an Literatur, Kunst und Kultur.

#### **e) Harmonieorientierter Mainstream**

8 Prozent der Erwachsenen der Südtiroler Bevölkerung. Diese Personen streben ein ausgeglichenes, angenehmes und behütetes Leben an, ohne Risiken und Extreme. Die deutlich katholische oder spiritualistische Orientierung grenzt sie vom modernen bürgerlichen Mainstream ab. Sehr hoher Stellenwert von sozialen Beziehungen. Im internationalen Vergleich ist dieses Milieu stark ausgeprägt, vor allem in seiner christlich/spiritualistischen Orientierung. Daher ist in den Südtiroler Lebensstilmilieus eine Abgrenzung hin zum deutlich säkularisierten Alltagsleben des modernen ArbeitnehmerInnen-Mainstream notwendig.

#### *Soziodemografischer Hintergrund:*

30 bis 50 Jahre, leicht erhöhter Frauenanteil (weibliche Singles). Mittlerer Bildungsstand, zwei- bis dreijährige Ausbildung nach Mittelschule oder Matura überrepräsentiert. Hoher BeamtenInnenanteil, LehrerInnen und soziale Berufe, Angestellte und FacharbeiterInnen. Einkommen ab 10.000 Euro bis zu 45.000 Euro. Meist auf die Schaffung eines Eigenheims konzentriert.

#### *Lebensstile und Werte:*

Sehr ähnliche Verteilung über alle Sprachgruppen. Mehrpersonen-Haushalte, meist verheiratet, sehr kinderfreundlich. Sehr hohe Mitgliederquote in Vereinen wie im Katholischen Familienverband, aber auch im Verein für Kinderspielplätze und Erholungsinitiativen, Kirchenchören und Pfarrgemeinderäten. Das Eigenheim als zentrales Familienziel, viele Ausgaben werden für Einrichtung getätigt. Das sichere Familienauto und der Zweitwagen für die Frau zählen. Bodenständig, häuslich und modern zugleich. Thema Nummer eins sind Familie und Kinder – darum kreist das Leben und Denken dieses Milieus ganz entscheidend: Familie und Kinder zu genießen und den Wohlstand mit der Familie zu teilen. Sehr wichtig sind Lebensqualität, Sicherheit, materielles wie auch emotionales Wohlergehen. Die soziale Mitte als selbstverständlicher Platz in der Gesellschaft ist die Basis ihres sozialen Engagements (aber immer mit Gleichgesinnten). Klare Ablehnung von extremen Haltungen.

## **f) Postmoderne Ökosoziale**

Der Bevölkerungsanteil liegt bei 4 Prozent der erwachsenen Bevölkerung. Aufgeklärte nach 68er, kosmopolitisch und tolerant. Kulturpessimistisch setzen sich mit den Auswirkungen der Übertechnisierung und Globalisierung auseinander. Ökosoziale Gerechtigkeit ist fast gleich wichtig wie die persönliche Entfaltung.

### *Soziodemografischer Hintergrund:*

Breites Altersspektrum, ab Anfang 20 bis ins Alter der „jungen Alten“. Dominant weiblich, obwohl Männer stark aufholen. Fast ausschließlich Matura und Hochschulabschluss. Qualifizierte und leitende Angestellte und BeamtenInnen, FreiberuflerInnen, StudentInnen. Einkommen ab 30.000 Euro, nur teilweise Besitzstand.

### *Lebensstile und Werte:*

Sehr ähnliche Verteilung über alle Sprachgruppen. Häufig größere Haushalte mit Kindern. Das Auto hat nur funktionalen Charakter, kein Statussymbol. Sicherheit und Ökonomie zählen. Ihr Lebensstil ist umwelt- und gesundheitsbewusst (Balance zwischen Körper, Geist und Seele). Sie schätzen subtile Genüsse, überflüssigen Konsum lehnen sie ab. Nach dem Motto „weniger ist mehr“ kaufen sie selektiv und mit hohem Informationsstand. Hohe Bedeutung von KonsumentInnenenschutz.

## **g) Experimentalistische PerformerInnen**

4 Prozent der Erwachsenen der Südtiroler Bevölkerung. Extremer Individualismus als Experiment. Der Experimentalist lebt in Widersprüchen. Das Selbstverständnis ist ein Lebensstil der Avantgarde.

### *Soziodemografischer Hintergrund:*

Sehr junges Milieu, Altersschwerpunkt unter 30 Jahren. Gehobene Bildungsabschlüsse, SchülerInnen, StudentInnen. (Mittlere) Angestellte, (kleinere) Selbständige und FreiberuflerInnen. Vergleichsweise hoher Anteil an Personen ohne eigenes Einkommen, aber Haushaltsnettoeinkommen im Durchschnitt (gut situierte Eltern).

### *Lebensstile und Werte:*

Sehr ähnliche Verteilung über alle Sprachgruppen. Häufig größere Haushalte mit Kindern. Nur spontane Bindungen, kaum geregelte Vereinsmitgliedschaften. Wohnen häufig noch zu Hause oder in Wohnungen im Besitz der Eltern. Das Auto hat geringe Bedeutung als Statussymbol, Akzeptanz nur als Fortbewegungsmittel und damit austauschbar. Haben große Lust am Leben, sind tolerant und offen gegen-

über unterschiedlichsten Lebensstilen, Szenen und Kulturen. Ablehnung von Zwängen, Routinen und Rollenvorgaben. Materieller Erfolg, Status und Karriere sind weniger wichtig. Sie sind mit Multimedia groß geworden und nutzen intensiv Onlineangebote, Video- und Computerspiele, soziale Netzwerke. Kaum Konsum klassischer Medien. Hohes Interesse an Musik, Kunst und Kultur, Filmen und Literatur. Großes Bedürfnis nach Kommunikation und Unterhaltung. Extremes spontanes Konsumverhalten, kaufen möglichst Ungewöhnliches. Vielfältige Outdoor-Aktivitäten (Extremsportarten).

## **h) HedonistInnen**

7 Prozent der Erwachsenen der Südtiroler Bevölkerung. Die HedonistInnen zeichnet der starke (und ausgelebte) Drang nach Abenteuer und Spaß aus. Ein dominant junges Milieu mit sehr heterogener Soziodemografie.

### *Soziodemografischer Hintergrund:*

Jüngere und mittlere Altersgruppen bis 50 Jahre, Schwerpunkt unter 30 Jahren. Einfache bis mittlere Formalbildung, relativ oft ohne abgeschlossene Berufsausbildung. Einfache Angestellte und ArbeiterInnen, viele SchülerInnen und Auszubildende. Vergleichsweise großer Anteil von Personen ohne eigenes Einkommen. Wenn Einkommen vorhanden, bis maximal 15.000 Euro.

### *Lebensstile und Werte:*

Sehr ähnliche Verteilung über alle Sprachgruppen, die deutsche leicht überrepräsentiert. Nur in geringem Maße gibt es „italophile“ HedonistInnen. Häufig größere Haushalte mit Kindern. In Freizeitvereinen organisiert (signifikantes Beispiel: Auto-Tuning-Gruppe). Wohnen meist noch zu Hause bei den Eltern. Hoher Stellenwert von Autos und Motorrädern, „getunte“ Gebrauchtwagen. Spaßorientierte untere Mittel- bis Unterschicht, immer auf der Suche nach Fun und Action (*on the road*). Nicht selten wird das Wochenende unterwegs im Auto verbracht. Trotzdem träumen sie von einem geordneten Leben mit Familie, geregeltm Einkommen und schönem Auto/Motorrad. Daher herrscht häufig aggressive Underdogstimmung vor. Bei den deutschsprachigen Jugendlichen drückt sich dies auch in rechtlastiger Abgrenzung zur italienischen Sprachgruppe und Kultur aus.

### **i) Traditionell Bäuerlich-Ländliche**

4 Prozent der Südtiroler Bevölkerung gehören dem kleinbäuerlichen Milieu an, das von großem Stolz und Ausharrungswillen geprägt ist. Die häufigste Berufsgruppe bilden natürlich Bauern und Bäuerinnen, aber auch landwirtschaftliche ArbeiterInnen.

#### *Soziodemografischer Hintergrund:*

Breite Altersstreuung bis ins hohe Alter. Meist Grund- und/oder Mittelschulabschluss mit oder ohne Berufsausbildung. Fast ausschließlich Bauern und Bäuerinnen, Saisonarbeitskräfte und landwirtschaftliche HilfsarbeiterInnen im engen Familienverbund. Untere Einkommensklasse. Die Einkommen liegen bei 20.000 bis 35.000 Euro.

#### *Lebensstile und Werte:*

Nur in der deutschen und ladinischen Sprachgruppe vorhanden. Häufig größere Haushalte mit Kindern. Der soziale Kontakt läuft über die traditionellen Ereignisse im Jahresverlauf: Kirchtag, Markt usw. Vereinszugehörigkeit nur im bäuerlichen Kontext. Gewohnt wird am eigenen Hof oder bei den ArbeitgeberInnen. Vielleicht so: Der Mobilität dient ein Gebrauchtwagen, wenn vorhanden. Stark ausgeprägtes Traditionsbewusstsein. Leicht bis stark modernisierungsscheu. Das Erbe weiterführen mit eigenem Stolz ist wichtiger, als sich um Förderungen zu kümmern. Wenn möglich, versucht man SelbstversorgerIn zu sein. Kaum Konsum, nur Nutzungsorientierung vorhanden.

### **j) Moderne bürgerliche ArbeitnehmerInnen**

Umfasst 14 Prozent der Südtiroler Bevölkerung. Der statusorientierte moderne Mainstream: Streben nach beruflicher und sozialer Etablierung, nach gesicherten und harmonischen Verhältnissen.

#### *Soziodemografischer Hintergrund:*

Dominante Streuung in der Altersgruppe zwischen 30 bis 50 Jahren. Qualifizierte mittlere Bildungsabschlüsse. Einfache/mittlere Angestellte und BeamtenInnen, FacharbeiterInnen, vereinzelt kleinere oder mittlere landwirtschaftliche BetriebsinhaberInnen, selbständige und unselbständige HandwerkerInnen. Mittlere Einkommensklasse zwischen 25.000 und 35.000 Euro.

### *Lebensstile und Werte:*

Sehr ähnliche Verteilung über alle Sprachgruppen. Bei der italienischen Sprachgruppe ein höherer Anteil zuungunsten des traditionellen Kleinbürgertums. Mehr-Personen-Haushalte, meist verheiratet, sehr kinderfreundlich. Sehr hohe Mitgliederquote in Vereinen (Feuerwehr, Sport, Freizeit). Das Eigenheim als gepflegtes Ambiente. Familienauto, das sicher, aber auch sportlich ist. Das Lebensziel ist es, in gut gesicherten Verhältnissen zu leben. Das Milieu der modernen bürgerlichen ArbeitnehmerInnen sucht nach gleichgesinnten und gleich situierten FreundInnen, die ihnen den Lebensrahmen geben. Sie wollen sich einen angemessenen Wohlstand erarbeiten, sich leisten können, worauf sie Lust haben. Dabei bleiben sie aber flexibel und realistisch. Beruflicher Erfolg, eine gesicherte Position und die Etablierung in der Mitte der Gesellschaft sind ihnen wichtig. Zeigen Leistung und Zielstrebigkeit. Partiiell herrschen Abstiegsängste.

### **k) Konsumorientierte MaterialistInnen**

19 Prozent der Südtiroler Bevölkerung gehören dieser Milieugruppe an. Stark materialistisch geprägte untere Mittelschicht und Unterschicht. Geprägt vom Versuch, am traditionellen (klein)bürgerlichen Mainstream oder am bürgerlichen ArbeitnehmerInnenentum Anschluss zu haben, um die soziale Benachteiligung nicht sichtbar werden zu lassen.

### *Soziodemografischer Hintergrund:*

Breite Altersstreuung, dominant im Erwerbstätigenalter bis 60 Jahre und darüber. Meist Grund- und/oder Mittelschulabschluss mit oder ohne Berufsausbildung. Überdurchschnittlich viele ArbeiterInnen/FacharbeiterInnen, Saisonarbeitskräfte. Untere Einkommensklassen, von unter 10.000 bis maximal 20.000 Euro. BeziehInnen geringer Pensionen, sehr hoher Anteil an BeziehInnen von Mindestrenten. Sehr ähnliche Verteilung über alle Sprachgruppen. Häufig größere Haushalte mit überdurchschnittlicher Anzahl an Kindern.

### *Lebensstile und Werte:*

Vereinsmitgliedschaft wird als Notwendigkeit betrachtet, um dazuzugehören. Streben zu traditionellen oder modernen Milieus, je nachdem sind es die entsprechenden Vereine, zu denen dieses Milieu gehört. In den Städten wird in Mietwohnungen (häufig Sozialwohnungen) gewohnt und am Land auch in Eigenheimen (durch geförderten Wohnbau). Teilweise hohe Überschuldung aufgrund des Wohnbaus. Es wird versucht, ein durchschnittlich „repräsentatives“ Auto zu fahren. Trotz oder

vor allem aufgrund der beschränkten Mittel hoher Konsummaterialismus. Meist konzentriert man sich auf das Hier und Heute. Konsumieren spontan, um zu beweisen, dass sie mithalten können. Haben häufig das Gefühl, zu den Benachteiligten zu gehören, obwohl sie gern als „normale DurchschnittsbürgerInnen“ gelten würden. Unterhaltungsorientiertes Freizeitverhalten: Fußball, Gasthaus oder Einkaufsbummel, wenn möglich in größeren Geschäften, aber auch Zuhause bleiben ist sehr beliebt.

### **3. Langzeitdaten zur wirtschaftlichen und politischen Stimmung 2005–2013 in Südtirol**

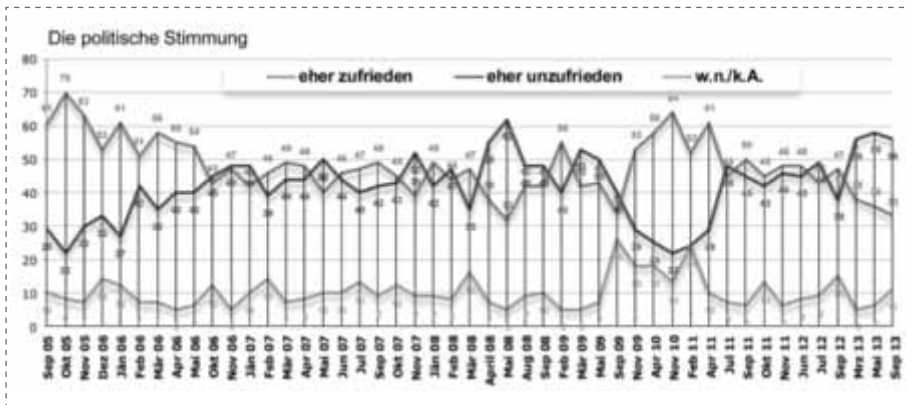
Der Einfluss der ökonomischen Stimmungslage auf das konkrete Wahlverhalten ist eine bereits seit Jahrzehnten politikwissenschaftlich und volkswirtschaftlich geführte Diskussion, die, allein um einen Überblick der Standpunkte zu schaffen, den Rahmen dieses Artikels sprengen würde. Stellvertretend sei auf die Arbeit von Sören Enkelmann (2013) verwiesen, der ausführt: „We show that a positive assessment of the economy significantly improves government popularity while negative evaluations decrease satisfaction“.

Um für die lokale Südtiroler Politik eine befriedigende Antwort auf die Frage des ökonomischen Einflusses zu geben, können Daten einer Langzeitanalyse herangezogen werden. Südtirol galt vor allem in den letzten zwei Jahrzehnten als „Wohlstandsland“, an dem sämtliche Konjunkturschwankungen europäischer oder Weltmarktprovenienz „vorbeischwappten“. Die regierende Mehrheitspartei, die Südtiroler Volkspartei, galt nach ihrem Halten der Mandatsmehrheit 2008 als eine der, wenn nicht sogar *die* letzte mehrheitsfähige Volkspartei Europas. Kann daher Südtirol als Gegenbeweis für den Einfluss ökonomischer Befindlichkeiten dienen? Oder ist es sogar möglich, das Wirkungsgefüge zu belegen? Mit dieser Forschungshypothese hat der Autor über den Zeitraum<sup>5</sup> von acht Jahren – mit den jeweils gleichlautenden Fragestellungen – die politische und wirtschaftliche Stimmungslage erhoben.

#### **3.1. Die politische Metastimmung: Zufriedenheit allgemein**

In der folgenden Abbildung 3 wird zunächst das Gesamtergebnis der Fragestellung, „Wenn Sie im Allgemeinen an die Politik in Südtirol denken, sind Sie damit eher zufrieden oder eher unzufrieden?“ dargestellt.

**Abbildung 3: Politische Stimmung in Südtirol im Zeitraum September 2005 bis September 2013**



Quelle: Monatliche telefonische Repräsentativerhebung. Von September 2005 bis September 2008: n = 1000 Interviews; Grundgesamtheit: die wahlberechtigte Bevölkerung Südtirols aller drei Sprachgruppen. Faktorengewichtung Schwankungsbreite  $\pm 3,45\%$ . Mai/September/November 2009/November 2010/Februar 2011/Juli 2011/September 2011/Okttober 2011/November 2011/November 2011/Juni 2012/September 2012/März 2013/Mai 2013/September 2013: n = 700 Interviews; Grundgesamtheit: die wahlberechtigte Bevölkerung Südtirols aller drei Sprachgruppen. Faktorengewichtung Schwankungsbreite  $\pm 3,70\%$ . Ausgearbeitet vom Autor. Internes Arbeitspapier.

Das Liniendiagramm stellt den jeweiligen Prozentanteil der Antworten der Modalitäten „eher zufrieden“, „eher unzufrieden“ „w.n./k.A.“ (weiß nicht/keine Antwort) auf der Zeitachse dar. Die Zufriedenheit mit der Politik in Südtirol kann innerhalb der letzten acht Jahre im Wesentlichen in sechs Phasen eingeteilt werden:

### Phase 1: Deutliche, wenn auch sukzessiv abfallende Zufriedenheit

In der Zeitphase zwischen September 2005 und Januar 2006 kann wohl (noch) von der lang anhaltenden herrschenden „Systemzufriedenheit“ der Mehrheit der Südtiroler Bevölkerung gesprochen werden. Die politische Zufriedenheit der 1990er-Jahre spiegelte sich auch in den Wahlergebnissen und der Führungsrolle der SVP (vgl. Pallaver 2001).

### Phase 2: Die Wende in der Zufriedenheit

Zwischen Februar 2006 und Oktober 2006 kam es zu einem Paradigmenwechsel innerhalb der SVP in Bezug auf die nationale Positionierung: Erstmals trat die Südtiroler Volkspartei bei der Parlamentswahl 2006 einem Mitte-links-Wahlbündnis unter der Führung von Romano Prodi bei. Dies führte zu teils heftigen partei-internen Disputen, vor allem im Wirtschaftsflügel, aber auch im rechten volkstums-



politisch orientierten Lager. Diese latente polarisierte Unzufriedenheit setzte sich in den KernwählerInnenschichten der Volkspartei als zunehmende Unsicherheit fort.

### **Phase 3: Die Polarisierung**

Ab Herbst 2006 bis zum Frühjahr 2008, als erneut eine Parlamentswahl durchgeführt wurde, blieb die polarisierende Situation aufrecht, um schließlich in der vierten Phase endgültig, wenn auch zeitlich begrenzt, zu kippen.

### **Phase 4: Massive Unzufriedenheit**

Im Frühjahr 2008, kurz vor der Parlamentswahl, kippte die politische Stimmung innerhalb der Südtiroler Bevölkerung schließlich massiv mit Spitzenwerten bis zu 62 Prozent „Unzufriedenheit“. Das Ergebnis der Südtiroler Volkspartei mit dem bis dahin historisch geringsten Wert von 44,2 Prozent spiegelte diese Stimmung wider.

### **Phase 5: Die vorläufige Rückkehr der Zufriedenheit**

Mit Beginn des Jahres 2009 bis zum Frühjahr 2011 setzte schließlich eine Renaissance der politischen „Zufriedenheit“ ein, welche wieder das Niveau des Jahres 2005 erreichte. Diese Phase ist ein erster deutlicher Hinweis auf einen *Re-grounding*-Effekt, da wir in dieser Phase eine mediale Dominanz der Finanzkrise vorfinden. In den Jahren 2009 und 2010 gelang es der Südtiroler Volkspartei auch wieder, bei den EU-Wahlen (Juni 2009) und bei den Gemeinderatswahlen (Mai 2010) absolute Mehrheiten zu erreichen.

### **Phase 6: Neuerliche Polarisierung**

Ab Frühjahr 2011 setzte schließlich eine weitere Phase der Polarisierung zwischen „Zufriedenheit“ und „Unzufriedenheit“ ein, welche bis zum Frühjahr 2013 anhielt.

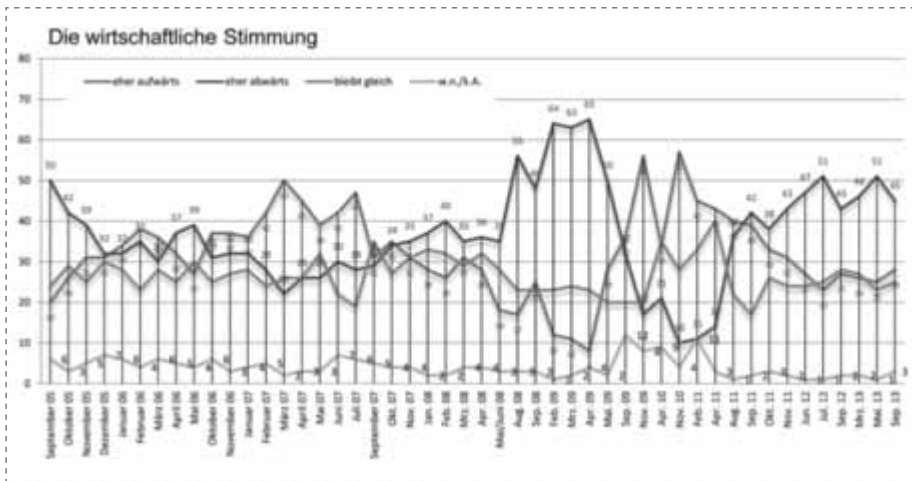
### **Phase 7: Wiederkehr der massiven Unzufriedenheit**

Mit Ende 2012 setzte eine erneute, mehrheitliche Unzufriedenheit in Bezug auf die politische Situation ein. Hier muss natürlich der Skandal rund um die Südtiroler Elektrizitätsaktiengesellschaft (SEL) als beeinflussender Faktor gesehen werden (vgl. Weissensteiner 2012). Die Parlamentswahlen im Februar 2013 schließlich ergaben mit 44,1 Prozent der Stimmen erneut ein historisch schlechtes Ergebnis für die Regierungspartei. Sind die Faktoren, welche maßgeblich auf die politische Stimmungslage beeinflussend wirken, nur eng politischer Natur, wie das Beispiel im Zusammenhang mit dem SEL-Skandal nahelegt?

### 3.2. Die wirtschaftliche Stimmung: Einschätzung der Wirtschaftslage

Mit der zweiten zentralen Fragestellung in der Langzeitstimmungsanalyse<sup>6</sup> kommt man einer möglichen Antwort näher. Hier die zweite Fragestellung im Wortlaut: „Wenn Sie einmal an die Wirtschaft in Südtirol denken, geht es Ihrer Meinung nach eher aufwärts oder eher abwärts?“

**Abbildung 4: Wirtschaftliche Stimmung in Südtirol im Zeitraum September 2005 bis September 2013**



Quelle: Siehe Seite 208.

Auch in Bezug auf die Einschätzung der wirtschaftlichen Lage können Zeitphasen beschrieben werden:

#### **Phase 1: Sinkender Pessimismus**

Zu Beginn der Langzeiterhebung zwischen September 2005 und Frühjahr 2006 gab es eine deutlich abfallende pessimistische Mehrheit der SüdtirolerInnen. Daraufhin folgte eine kurze polarisierte Phase bis in den Spätsommer 2006.

#### **Phase 2: Deutlicher Optimismus**

Ab Sommer 2006 bis zum Spätsommer 2007, dem Beginn der US-Immobilienkrise, herrschte in Bezug auf die wirtschaftliche Entwicklung eine deutlich optimistische Grundhaltung vor.

### Phase 3: Zunehmender Pessimismus macht sich breit

Ab November 2007 kippte die Stimmung deutlich in Richtung pessimistischer Grundhaltung mit Spitzenwerten bis zu 65 Prozent der SüdtirolerInnen, welche bekundeten, an einen Abwärtstrend zu glauben.

### Phase 4: Der Turnaround zu Optimismus

Ab September 2009 bis September 2011 waren schließlich die OptimistInnen in Sachen Wirtschaftsentwicklung wieder in der Mehrheit.

### Phase 5: Erneute Besorgnis macht sich breit

Ab September 2011 bis zum Herbst 2013 herrscht in Südtirol in Sachen wirtschaftliche Entwicklung wieder mehrheitlich Pessimismus vor.

Um den Zusammenhang beiden Fragestellungen noch besser entlang der Zeitachse zu veranschaulichen, wurde für die Abbildung 5 die Darstellung der jeweiligen Antwortanteile der Modalität „eher unzufrieden“ (politisch) mit der Modalität „eher abwärts“ (wirtschaftlich) gewählt.

Abbildung 5: Politische Unzufriedenheit und wirtschaftlicher Pessimismus



Quelle: Siehe Seite 208.

Dabei fallen primär drei Zeitphasen ins Auge, welche deutliche Parallelitäten in den Trends ableiten lassen. Im Zeitraum 1 zeigen sich sowohl Ab- als auch Zunahmen der Unzufriedenheit. Sie zeigen eine teilweise zeitlich versetzte Parallelbewegung in der Einschätzung der wirtschaftlichen Lage. Im Zeitraum 2 ist dies

noch deutlicher wahrzunehmen, während Zeitraum 3 die Korrelationsthese nochmals eindrucksvoll bestätigt. Konkret lassen sich folgende Erkenntnissätze formulieren:

*Wirtschaftlicher Pessimismus zieht politische Unzufriedenheit nach sich: Ausmaß und Intensität der Unzufriedenheit verstärken sich in den Folgemonaten.*

Die gemeinsame Betrachtung der Ergebnisse zur politischen und zur wirtschaftlichen Stimmungslage lässt die Formulierung folgender Kernthese zu:

*Zunahme des Wirtschaftspessimismus führt zu verstärkter politischer Unzufriedenheit.*

Nicht endgültig geklärt bleibt die Frage, inwiefern sich reziprok die Stimmungslagen beeinflussen. Daher ist es vielleicht zielführender, detaillierteres Datenmaterial zur Stimmungslage heranzuziehen.

### 3.3. Die Themenwahrnehmung im Vorfeld der Landtagswahlen 2008

Themenkompetenzprofile für die politischen BewerberInnen können einen Aufschluss darüber liefern, inwiefern der Wunsch nach Verbesserung der Lage den Zuspruch für eine politische Gruppierung stärkt. Mit anderen Worten: Wem vertrauen die WählerInnen eine Änderung der prognostizierten Zukunft an?

In einem Projekt zur Erhebung der konkreten Themenaffinitäten sowie der Stimmungslage und der Kompetenzzuordnungen der wahlwerbenden Parteien im Mai und Juni 2008, bei dem insgesamt 3.500 Interviews aufgeteilt auf acht Bezirkssamples<sup>7</sup> durchgeführt worden sind, hat der Autor versucht, Themenkompetenzprofile der Parteien zu erstellen. Die konkrete Fragestellung lautete: „Ich nenne Ihnen nun einige Politikbereiche und Sie sagen mir bitte, welcher Partei Sie am ehesten zutrauen, die Probleme und Herausforderungen zu meistern.“

Abbildung 6: Kompetenzprofil Wirtschaft



Abkürzungen: SVP = Südtiroler Volkspartei; GRÜNE = Grüne/Verdi; BL = Bürgerliste (zum Zeitpunkt der Erhebung war das Bündnis mit den Grünen noch nicht definitiv); Freiheitl. = Freiheitliche Partei Südtirols; Südt. Freiheit = Süd-Tiroler Freiheit; Union=Union für Südtirol (Pöder); Mitte-links = italienische Parteien des damaligen Linksbündnisses; Mitte-rechts = italienische Parteien des damaligen Rechtsbündnisses  
 Quelle: Telefonische Repräsentativerhebungen in den 8 Bezirken. Unterschiedliche Samplegrößen: Bozen 500 Interviews, Unterland 400, Burggrafenamt 500, Vinschgau 400, Salten-Schlern 400, Eisacktal 500, Wipptal 300, Pustertal 500. Grundgesamtheit: die wahlberechtigte Bevölkerung des jeweiligen Bezirks aller drei Sprachgruppen. Faktorengewichtung. Schwankungsbreite  $\pm 4,38\%$  bzw.  $\pm 4,90\%$ . Durchgeführt im Zeitraum Mai und Juni 2008. Ausgearbeitet vom Autor. Internes Arbeitspapier.

Auffällig im Datensatz ist natürlich das gute Drittel an befragten Personen, welche keiner der Parteien Wirtschaftskompetenz zuordneten bzw. alle als gleich „kompetent“ einstufen. Der Anteil derjenigen Personen, welche der SVP, damals noch Mehrheitspartei, zutrauten, Südtirols Wirtschaft weiterzubringen, lag bei 46 Prozent<sup>8</sup>.

Die Einschätzung der generellen Wirtschaftslage ist nicht unabhängig von der persönlichen ökonomischen Einschätzung zu betrachten. 2008 war die „sinkende Kaufkraft“ eines der zentralen Wahlkampfthemen. In den Kompetenzprofilen zeigt sich auch, dass wirtschaftliche Stimmungslage und Alltagsempfinden zum Teil stark divergieren können.

Die konkrete Fragestellung in Bezug auf den im Vorfeld der Wahl stark medial thematisierten „Kaufkraftverlust“ lautete: „Ich nenne Ihnen nun einige Politikbereiche und Sie sagen mir bitte, welcher Partei Sie am ehesten zutrauen, die Probleme und Herausforderungen zu meistern.“

Abbildung 7: Kompetenzprofil Kaufkraftverlust



Quelle: Siehe Seite 213.

Die eindeutige Sachlage, dass nahezu die Hälfte der SüdtirolerInnen „keiner“ bzw. allen Parteien (und hier ist die Interpretation zulässig: allen gleich wenig) zutrauen, Maßnahmen gegen den Kaufkraftverlust zu setzen, stellt aus Sicht des Autors keine befriedigende Beantwortung dar, ob die aus der politikwissenschaftlichen Forschung bekannten Erklärungshypothesen wie die Belohnungs-/Bestrafungshypothese oder die Parteidifferenzhypothese anwendbar auf die Südtiroler Verhältnisse sind.<sup>9</sup>

Da beide Hypothesen von der Grundannahme ausgehen, es gäbe eine homogene WählerInnenschaft, zeigt sich umso mehr, dass eine differenziertere Betrachtung einzelner Bevölkerungsgruppen notwendig ist. Im folgenden Abschnitt wird deshalb zunächst ausgeführt, wie es um die Themenaffinität der einzelnen Milieus im Vorfeld der Landtagswahlen 2008 bestellt war. Der Vergleich zu den Landtagswahlen 2013 in Bezug auf die Stimmungen in den wichtigsten Milieus kann zusätzliche Thesen ermöglichen.

## 4. Die Milieustimmungen 2008

### 4.1. Parteienpräferenz und Themenpriorität

In der folgenden tabellarischen Darstellung der Parteiaffinitäten und der im Zeitraum Mai bis August 2008 erhobenen Milieustimmungen werden die Ergebnisse der Fragestellungen: Parteienpräferenz<sup>10</sup> (gesicherte Wahlabsicht, tendenzielle Wahlabsicht) sowie die ungestützte (spontane) Themenpriorität dargestellt. Zur besseren Einordnung der Milieus wird zudem die soziale Ebene sowie die Zugehörigkeit zu den Wertedimensionen dargestellt.

**Abbildung 8: Milieuübersicht 2008**

Milieugruppe	Parteiaffinität (der wichtigsten wahlwerbenden Gruppen)	Spontane Themenpriorität	Soziale Ebene	Wertedimension
<b>Traditioneller (klein)bürgerlicher Mainstream</b>	SVP 47 % Freiheitliche 15 % Union 3 % Süd-Tiroler Freiheit 1,6 % Grüne 0,5 % Unentschlossene 38 %	Familie (Erhöhung des Kindergeldes) 51 % Erhöhung der Renten und Löhne 33 % Zuwanderung stoppen 29 % Kaufkraft stärken 6 %	Mittelschicht	Tradition
<b>Traditionell Bäuerlich-Ländliche</b>	SVP 78 % Freiheitliche 9 % Union 2 % Süd-Tiroler Freiheit 2 % Grüne 1 % Unentschlossene 8 %	Familie (Erhöhung des Familiengeldes) 54 % Soziales – Renten erhöhen 19 % AusländerInnen – Zuwanderung stoppen 18 % Großprojekte und Bauwut reduzieren 15 % Kaufkraft-Maßnahmen setzen 13 %	Untere Mittelschicht und Unterschicht	Tradition
<b>Etabliert-Konservative</b>	SVP 65 % Freiheitliche 1 % Union 0 % Süd-Tiroler Freiheit 1 % Grüne 2 % Unentschlossene 31 %	Steuern senken 55 % Familie (Erhöhung des Kindergeldes) 32 % Wirtschaft fördern 19 % Gesundheitswesen verbessern 12 %	Oberschicht	Tradition

Milieugruppe	Parteienaffinität (der wichtigsten wahlwerbenden Gruppen)	Spontane Themenpriorität	Soziale Ebene	Wertedimension
<b>Aufstiegsorientierte</b>	SVP 45 % Freiheitliche 9 % Union 0,5 % Süd-Tiroler Freiheit 0 % Grüne 9 % Unentschlossene 55 %	Familie (Erhöhung des Kindergeldes/Familienförderung generell) 42 % Steuern senken 15 % Wirtschaft fördern 12 % Zuwanderung regeln 9 %	Obere und mittlere Mittelschicht	Moderne
<b>Konsum-MaterialistInnen</b>	SVP 33 % Freiheitliche 22 % Union 2 % Süd-Tiroler Freiheit 0,5 % Grüne 1 % Unentschlossene 38 %	Familie (Erhöhung des Familiengeldes) 32 % AusländerInnen: Zuwanderung stoppen/weniger unterstützen 13 % Soziales – Bedürftigen helfen 10 % Löhne erhöhen 8 % Steuern senken 8 % PolitikerInnengehälter kürzen 7 %	Untere Mittelschicht und Unterschicht	Tradition/ Moderne
<b>Moderne Bürgerliche</b>	SVP 34 % Freiheitliche 17 % Union 2 % Süd-Tiroler Freiheit 1 % Grüne 6 % Unentschlossene 38 %	Familie (Erhöhung des Familiengeldes/Kinderbetreuung verbessern) 52 % Soziales – Bedürftigen helfen 20 % Löhne erhöhen 18 % AusländerInnen: Zuwanderung stoppen/weniger unterstützen 15 % Steuern senken 8 % PolitikerInnengehälter kürzen 7 %	Untere und mittlere Mittelschicht	Moderne
<b>Harmonieorientierter Mainstream</b>	SVP 35 % Freiheitliche 1 % Union 15 % Süd-Tiroler Freiheit 1 % Grüne 8 % Unentschlossene 31 %	Familie (Erhöhung des Kindergeldes/Schaffung von mehr Betreuungseinrichtungen) 43 % Soziales – Bedürftigen helfen 21 % Kaufkraft stärken 12 % Löhne erhöhen 23 % Weniger Verbauung 12 % Großprojekte – mehr Mitspracherecht 8 %	Mittlere und obere Mittelschicht	Moderne/ Postmoderne



Milieugruppe	Parteienaffinität (der wichtigsten wahlwerbenden Gruppen)	Spontane Themenpriorität	Soziale Ebene	Wertedimension
<b>Gehobene Liberal-Intellektuelle</b>	SVP 22 % Freiheitliche 0 % Union 0 % Süd-Tiroler Freiheit 0 % Grüne 24 % PD 12 % Unentschlossene 32 %	Familie (Anpassung der Familienförderung/ neue Konzepte und Angebote) 44 % Soziales – höhere Treffsicherheit 15 % Kaufkraft stärken 14 % Gesundheitswesen verbessern 13 % Bildung – Stipendien erhöhen 8 %	Obere Mittelschicht und Oberschicht	Moderne/ Postmoderne
<b>HedonistInnen</b>	SVP 22 % Freiheitliche 24 % Union 6 % Süd-Tiroler Freiheit 5 % Grüne 4 % Unentschlossene 32 %	AusländerInnen: Zuwanderung stoppen/weniger unterstützen 43 % Familie (Erhöhung des Familiengeldes) 18 % Soziales – Bedürftigen helfen 12 % Steuern senken 8 % Löhne erhöhen 8 % PolitikerInnengehälter kürzen 7 %	Untere Mittelschicht und Unterschicht	Moderne/ Postmoderne
<b>ExperimentalistInnen</b>	SVP 28 % Freiheitliche 12 % Union 4 % Süd-Tiroler Freiheit 5 % Grüne 12 % Unentschlossene 39 %	AusländerInnen: Problem lösen 43 % Umwelt – Klimawandel ernst nehmen 24 % Steuern senken 8 % Löhne erhöhen 8 % PolitikerInnengehälter kürzen 7 %	Untere Mittelschicht und obere Mittelschicht	Postmoderne
<b>Postmodern-Ökosoziale</b>	SVP 7 % Freiheitliche 0 % Union 3 % Süd-Tiroler Freiheit 0 % Grüne 45 % PD 12 % Unentschlossene 33 %	Familie (Anpassung der Familienförderung/neue Konzepte und Angebote) 44 % Soziales – höhere Treffsicherheit 15 % Kaufkraft stärken 14 % Gesundheitswesen verbessern 13 % Bildung – Stipendien erhöhen 8 %	Mittlere und obere Mittelschicht	Postmodern

Quelle: Siehe Seite 213.

NB: Im Anteil der Unentschlossenen sind auch potenzielle bzw. deklarierte NichtwählerInnen subsumiert.

## 4.2. Fazit der Milieustimmungen 2008

Die Dominanz der spontanen Wichtigkeitszuordnung des Themenbereichs „Familie“ (wenn auch mit lebensweltbedingten Nuancen) zeigt einen klaren Befund, sofern die Makrostimmungsebene der wirtschaftlichen Einschätzung mitberücksichtigt wird: Die vom Pessimismus getriebene Flucht in die eigene „Lebensumgebung Familie“ als Erhaltungs- und Gestaltungsbereich und der Wunsch an die Politik nach materieller, ökonomischer Absicherung ist ein Trend des *Regrounding*. Der Wunsch nach Ruhe, Stabilität und Kontinuität liegt diesem zugrunde.

Dies ist auch der entscheidende Grund dafür, dass die Oppositionsparteien, allen voran die Freiheitlichen, die trotz eines massiven Vordringens in die Gruppen der KernwählerInnen, welche auch entlang der Milieugrenzen klar differenzierbar sind, es nicht schafften, die absolute Mehrheit der SVP zu brechen. Vor allem in den Unterschichtenmilieus, in denen beispielsweise das AusländerInnen Thema stark gefühlt wurde, war schlussendlich das Protestpotenzial doch konservativer gepolt als erwartet und Experimenten gegenüber skeptisch. Der massive „Pessimismus-Schub“ im Herbst 2008 bewirkte eine geringere Bereitschaft für einen Paradigmenwechsel in der Regierungsform jenseits einer absoluten Mehrheit im Lande.

Und fünf Jahre später? Hält der Befund? Oder zeigt der erstmalige Verlust der absoluten Mehrheit der SVP bei Landtagswahlen neue Erklärungsthesen?

## 5. Die Stimmung 2013 und die zentralen Thesen für den Ausgang der Landtagswahl 2013

Das empirische Datenmaterial, das dem Autor 2013 vorlag, erreicht leider nicht den Umfang des Materials des Jahres 2008. Dennoch ist auch aufgrund einer verbesserten Operationalisierung und von Referenzmessungen auf Basis der damaligen Grundlagenerhebung ausreichend Material vorhanden, um Kontinuitäten und Unterschiede herauszuarbeiten.

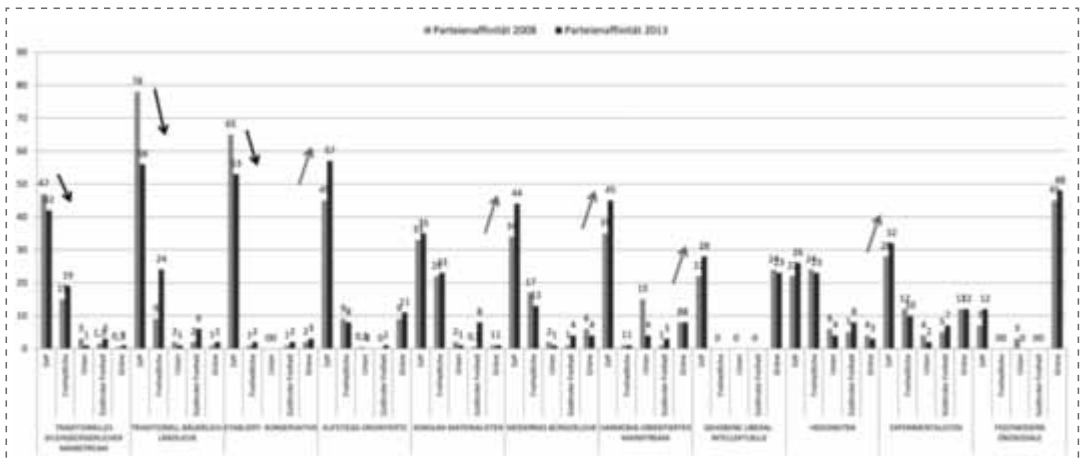
Auf der Ebene der Metastimmungen sind die beiden Wahljahre sehr ähnlich verlaufen: Der Anteil der „Unzufriedenen“ erreichte, sei es 2008 als auch 2013, eine deutliche Mehrheit. In beiden Wahljahren fanden zudem im April Parlamentswahlen statt. Die SVP erreichte in beiden Fällen ein nahezu identisches Wahlergebnis (2008: 44,2 % – 2013: 44,1 %). Die wirtschaftliche Stimmungslage war wiederum in beiden Wahljahren dominant „pessimistisch“.

Die Kompetenzzuordnungen der Parteien waren nur in geringem Maße – leicht über der Schwankungsbreite – zugunsten der Freiheitlichen und zuungunsten der Südtiroler Volkspartei „verschoben“. Dies galt sowohl für die *Welfare*-Themen (soziale Absicherung, Arbeitsplatzsicherung) und die 2013 noch (für den Wahlkampf) zentralere Frage der Wirtschaftskompetenz. Trotzdem scheiterte die bisherige Mehrheitspartei das erste Mal an der absoluten Mandatsmehrheit. War der *Re-grounding*-Effekt verblasst oder übertüncht von einem SEL-Effekt? Eine monokausale Erklärung ist nicht leicht mit dem Milieuansatz in Übereinstimmung zu bringen.

Die folgende Abbildung zeigt eine Grafik, welche die Parteienaffinität der Milieus in den Wahljahren quantitativ vergleicht. Die Fragestellung lautete: „Wenn bereits am kommenden Sonntag Landtagswahlen wären, welche Partei würden Sie wählen?“ Kumuliert wurden auch die Werte der Nachfrage „Und zu welcher Partei tendieren Sie am ehesten?“ an jene, die bei der vorherigen Frage angaben, unentschieden zu sein.<sup>11</sup>

Die Erkenntnis aus diesem Vergleich zeigt eine deutliche Verschiebung der Affinitäten vor allem in Bezug auf die SVP und die Freiheitlichen. Die SVP verliert an Konsens innerhalb der traditionellen Milieus, bleibt stabil im größten Milieu (KonsummaterialistInnen) und verzeichnet Zugewinne in den modernen und sogar

**Abbildung 9: Vergleich der Parteienaffinität (Wahlabsichtsbekundung 2008 und 2013)**



Quelle: Telefonische Repräsentativerhebung September 2008: n = 1000 Interviews; Grundgesamtheit: die wahlberechtigte Bevölkerung Südtirols aller drei Sprachgruppen. Faktorengewichtung Schwankungsbreite  $\pm 3,45\%$  sowie Telefonische Repräsentativerhebung September 2013: n = 700 Interviews; Grundgesamtheit: die wahlberechtigte Bevölkerung Südtirols aller drei Sprachgruppen. Faktorengewichtung Schwankungsbreite  $\pm 3,70\%$ . Ausgearbeitet vom Autor. Internes Arbeitspapier.

postmodernen Milieus. Dies bedingt natürlich – aufgrund der zahlenmäßig ungleich verteilten Milieus nicht unwesentliche Mengenverschiebungen. Im konkreten Fall wurde damit das Gesamtergebnis beeinflusst.

Auf den ersten Blick scheint die Wechselbereitschaft der traditionellen und damit wertebewahrenden Milieus im Widerspruch zu der bisher vertretenen *Re-grounding*-These. Das zentrale Wahlkampfmotiv der Südtiroler Volkspartei „Gutes bewahren, Neues wagen“ liefert dazu die Antwort. Der Wunsch nach Stabilität ist in den traditionellen Milieus noch deutlicher ausgeprägt als anderswo. Aus dieser Sicht kann man – mit Blick auf die Abbildung 5 - formulieren: Ein postulierter Paradigmenwechsel seitens der regierenden Mehrheitspartei hätte im Zeitraum 2009 und 2010 deutlich bessere Aussicht auf Erfolg gehabt. Auf der Habenseite des neuen Landeshauptmanns Arno Kompatscher muss aber auch vermerkt werden, dass es gelungen ist, die Wählbarkeit der SVP in den bisher gegenüber der Volkspartei skeptischen Lebensstilmilieus deutlich zu verbessern. Als nächste zu formulierende Fragestellung für die politische Meinungsforschung bleibt jene, ob es der SVP unter dem neuen Landeshauptmann Kompatscher gelingt, das an die Freiheitlichen und an die Süd-Tiroler Freiheit abgetretene Terrain in den traditionellen Milieus zurückzuerobern, oder ob dieses auf längere Zeit verloren bleibt.

---

## Anmerkungen

- 1 Unter anderem ASTAT Jahrbücher 2005 bis 2012 sowie diverse Publikationen, zu finden unter [www.provinz.bz.it/astat/de](http://www.provinz.bz.it/astat/de) (12.2.2014)
- 2 An dieser Stelle ist eine detaillierte Beschreibung aus editorischem Platzmangel leider nicht möglich. Für vertiefende Informationen kann man sich an den Autor wenden.
- 3 Bei den hier angegebenen Durchschnittseinkommen handelt es sich um Bruttobeträge.
- 4 Tuning beschreibt die Aufrüstung von Automobilen mittels zusätzlicher Karosserieteile (Spoiler, Spezialstoßstangen) sowie Eingriffe in die Wagenaufhängung usw.
- 5 Quelle: Monatliche telefonische Repräsentativerhebung. Von September 2005 bis September 2008: n = 1.000 Interviews – Grundgesamtheit: die wahlberechtigte Bevölkerung Südtirols aller drei Sprachgruppen. Faktorengewichtung Schwankungsbreite  $\pm 3,45\%$ . Mai/September/November 2009/November 2010/Februar 2011/Juli 2011/September 2011/Okttober 2011/November 2011/Juni 2012/September 2012/März 2013/Mai 2013/September 2013: n = 700 Interviews – Grundgesamtheit: die wahlberechtigte Bevölkerung Südtirols aller drei Sprachgruppen. Faktorengewichtung Schwankungsbreite  $\pm 3,70\%$
- 6 Quelle: Monatliche telefonische Repräsentativerhebung. Von September 2005 bis September 2008: n = 1.000 Interviews – Grundgesamtheit: die wahlberechtigte Bevölkerung Südtirols aller drei Sprachgruppen. Faktorengewichtung Schwankungsbreite  $\pm 3,45\%$ . Mai/September/November 2009/April 2010/November 2010/Februar 2011/Juli 2011/September 2011/Okttober 2011/November 2011/Juni 2012/September 2012/März 2013/Mai 2013/September 2013: n = 700 Interviews – Grundgesamtheit: die wahlberechtigte Bevölkerung Südtirols aller drei Sprachgruppen. Faktorengewichtung Schwankungsbreite  $\pm 3,70\%$
- 7 Folgende Samplegrößen wurden für die acht Bezirksgemeinschaften ausgewählt: Bozen 500 Interviews, Unterland 400, Burggrafenamt 500, Vinschgau 400, Salten-Schlern 400, Eisacktal 500, Wipptal 300, Pustertal 500.
- 8 2013 erreicht die Südtiroler Volkspartei in einer südtirolweit durchgeführten telefonischen Repräsentativerhebung (n = 700 Interviews, Grundgesamtheit: wahlberechtigte Bevölkerung, durchgeführt im Juni 2013) bei derselben Fragestellung 43%.
- 9 Die Belohnungs-/Bestrafungshypothese besagt im Wesentlichen, dass die WählerInnen die Regierungspartei am Wahltag für die Verschlechterung der Wirtschaftslage abstrafen und sie für eine Verbesserung belohnen, während die Parteiendifferenzhypothese davon ausgeht, dass die WählerInnen sich für jene Partei entscheiden, der sie die größte Kompetenz zur Lösung aktueller und künftiger (!) wirtschaftlicher Probleme zutrauen. Siehe auch Rattinger/Maier 1998.
- 10 Fragestellung 1: „Wenn bereits am kommenden Sonntag Landtagswahlen wären, welche Partei würden Sie wählen“, Nachfrage bei Unentschlossenen: „Und zu welcher Partei tendieren Sie am ehesten?“ Fragestellung 2: „Welches sind aus Ihrer Sicht die dringendsten Themen, um die sich die Politik kümmern sollte?“
- 11 Für die Daten 2008: Folgende Samplegrößen wurden für die acht Bezirksgemeinschaften ausgewählt: Bozen 500 Interviews, Unterland 400, Burggrafenamt 500, Vinschgau 400, Salten-Schlern

400, Eisacktal 500, Wipptal 300, Pustertal 500. Grundgesamtheit: wahlberechtigte Bevölkerung, Faktorengewichtung, Theoretische max. Schwankungsbreite:  $\pm 1,94$ , Zeitraum Mai/Juni 2008. Für die Daten 2013: n = 700 Interviews Südtirol Grundgesamtheit: wahlberechtigte Bevölkerung, Faktorengewichtung, Theoretische max. Schwankungsbreite:  $\pm 3,70$ , Zeitraum: Juni und Referenzmessung September 2013

---

## Literaturverzeichnis

- Enkelmann, Sören* (2013). Government Popularity and the Economy. First Evidence from German Micro Data. Working Paper. [www.leuphana.de/institute/ivwl/publikationen/working-papers.html](http://www.leuphana.de/institute/ivwl/publikationen/working-papers.html) (12.2.2014)
- Navigator* (2005). Die Bodenhaftung nicht verlieren. Die Bundestagswahl 2005 im Lichte der soziokulturellen Forschung von Sinus Sociovision. In: Navigator, Der Newsletter von Sinus Sociovision, 2/2005, 1-3
- Pallaver, Günther* (2001). Die Südtiroler Volkspartei. Erfolgreiches Modell einer ethnoregionalen Partei. Trends und Perspektiven, in: Institut za Narodnostna Vprasanja/Institute for Ethnic Studies (Hg.). Razprave in Gradivo/Treaties and Documents (38/39), Ljubljana: Institut Za Narodnostna, 314-358
- Rattinger, Hans/Maier, Jürgen* (1998). Der Einfluss der Wirtschaftslage auf die Wahlentscheidung bei den Bundestagswahlen 1994 und 1998 in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 52, 45-54
- Sinus* (2014) (Hg.). Die Sinus Milieus, [www.sinus-institut.de/de/loesungen/sinus-milieus.html](http://www.sinus-institut.de/de/loesungen/sinus-milieus.html) (8.1.2014)
- Tappeiner, Ulrike/Lechner, Oswald/Tappeiner, Gottfried* (Hg.) (2007). Nachhaltiges Südtirol? Indikatoren zu Umwelt, Gesellschaft, Wirtschaft, Bozen: Athesia
- Weiß, Ralph* (2013). Segmentierung politischer Kommunikation in Milieus, in: *Imhof, Kurt/Blum, Roger/Bonfadelli, Heinz/Jarren, Ottfried* (Hg.). Stratifizierte und segmentierte Öffentlichkeit, Wiesbaden: Springer VS, 205-218
- Weissensteiner, Robert* (2012). Bricht SEL-Skandal der SVP das Genick? In: Südtiroler Wirtschaftszeitung, 19.10.2012, 1

### Due elezioni provinciali nell'ottica della ricerca d'opinione

Sulla base di un materiale ampio e documentato (31 progetti di sondaggi d'opinione effettuati nel periodo compreso tra il 2005 ed il 2013) l'autore dimostra, attraverso analisi empiriche, sino a che punto la situazione politico-economica della popolazione altoatesina sia in grado di condizionare il risultato elettorale. Per delineare l'influenza delle meta-situazioni sui personali contesti familiari e sociali degli elettori, nell'articolo vengono descritti gli ambienti e gli stili di vita degli altoatesini e, per la prima volta in Alto Adige, vengono pubblicati dei risultati in relazione diretta con l'ambiente. A seconda dell'appartenenza ad un determinato ambiente sociale si sono riscontrati notevoli cambiamenti nelle preferenze accordate ai partiti, cambiamenti che consentono di elaborare delle nuove interpretazioni soprattutto in relazione alle elezioni provinciali del 2013. La tesi centrale del testo: nel 2008 una tendenza di "re-grounding" ha avuto come risultato il raggiungimento, per un soffio, della maggioranza assoluta dei voti da parte della Svp. Al contrario, nel 2013 la Svp ha perso consensi, in parte anche in maniera significativa, negli ambienti tradizionalmente affini alla Volkspartei.

Tali perdite sono state compensate grazie all'acquisizione di voti negli ambienti definiti moderni e soprattutto post-moderni. Non si sono pressoché registrati cambiamenti negli ambienti appartenenti alle moderne fasce basse della società.

## Doi veles dl Cunsëi provinziel ala lum dla nrescida sun la minonghes

Cun dac bëndebò avisa y documentei (31 proiec de nrescides de minonghes ti ani danter l 2005 nchin l 2013) cëla l autor de descrì tres cunescënzes empiriches tan inant che la situazion politica-economica dla jënt de Südtirol nfluenza l resultat dla veles. Per mustré su coche la meta-situazions nfluenza la vita persunela di litadëures vëniel te chësc articul descrì i stii de vita di sudtirolesc y per l prim iede vëniel publicà resultac mesurei n referimënt al ambient soziel. L'afinità de partit aldò dla purtenienza a n cër ambient soziel mostra su nia puec spustamënc tla sozietà n cont dl'afinità de partit che lascia pro interpretazions nueves dantaldut dla veles dl Cunsëi provinziel 2013. La tesa plu mpur-tanta: tl 2008 à na tendënza de "re-grounding" fat a na moda che la SVP à mantenì per puech si maiuranza assoluta. Tl 2013 ntant sce pierd la SVP ti si ambienc tradizionei de afinità n pert dassënn cunsëns. Chësta perdudes se à cumpensà cun davanies da pert dantaldut de ambienc postmoderns. Belau degun mudamënc fovel ti ambienc moderns basc.

### Two provincial elections in the light of opinion polling

On the basis of well-founded data material (31 opinion-polling projects in the period from 2005 to 2013), the author describes empirical evidence regarding to what extent the political-economic mood of the South Tyrolean population has an influence on election results. In order to illustrate the influence of *meta-moods* on the personal lives of the voters, the South Tyrolean lifestyle milieus are presented in the article and milieu-quoted results are published for the first time in South Tyrol. Party affinity along milieu affiliation partially reflects not insubstantial inter-societal migrations in party affinity, allowing for new interpretations mainly regarding the 2013 provincial election. The main theses: 2008 brought about a re-grounding trend in the SVP's scant absolute majority. In 2013, however, the SVP lost approval in the traditional SVP-affinity milieu, sometimes significantly. These losses were offset by gains in the modern and especially postmodern milieus. There was little change in the modern lower-class milieu.



**Christoph Tauber**

## **Kein Aufbrechen in Sicht – ethnisch fragmentierte Berichterstattung im Landtagswahlkampf 2013**

Eine Inhaltsanalyse der Wahlkampfberichterstattung  
zu den Landtagswahlen in Südtirols dominierenden Printmedien  
Alto Adige und Dolomiten

### **1. Einleitung**

Die Landtagswahl im Oktober 2013 stand unter dem Zeichen des Wechsels und der Veränderung, denn nach 25 Jahren im Amt trat Landeshauptmann Luis Durnwalder nicht mehr bei den Wahlen an. Bereits im Frühjahr 2013 ermittelte die Südtiroler Volkspartei (SVP) in parteiinternen Vorwahlen ihren Spitzenkandidaten für die Landtagswahl im Herbst. Die eindeutige Wahl fiel auf Arno Kompatscher, Völser Bürgermeister und Präsident des Gemeindenverbandes.

Bei den Landtagswahlen verlor die SVP im Vergleich zu den Landtagswahlen 2008 ihre absolute Mandatsmehrheit. Mit 17 von insgesamt 35 Mandaten war die SVP gezwungen, nicht nur unter ethnischen, sondern auch unter politischen Vorzeichen einen italienischen Koalitionspartner in die Regierung zu nehmen. Sowohl die Freiheitlichen als auch die Grünen-Verdi-Vërc/Sel, die Süd-Tiroler Freiheit und der Partito Democratico erzielten einen Stimmenzuwachs. Für die ersten drei ging

sich jeweils ein zusätzliches Mandat aus. Die Freiheitlichen erreichten sechs Mandate, die Grünen und die Süd-Tiroler Freiheit jeweils drei. Der Partito Democratico musste sich mit zwei Mandaten zufriedengeben, das erhoffte dritte Mandat blieb aus. Das Wahlbündnis Forza Alto Adige – Lega Nord – Team Autonomie mit Spitzenkandidatin Elena Artioli, Beppe Grillos Movimento 5 Stelle, die Bürger-Union von Andreas Pöder und L'Alto Adige nel cuore von Alessandro Urzì erreichten jeweils ein Mandat. Verloren haben bei den Wahlen vor allem die italienischen Mitte-rechts-Parteien, die durch interne Streitereien und eine starke Fragmentierung die Parteienverdrossenheit ihrer WählerInnen verstärkt haben (Landesinstitut für Statistik ASTAT 2013, 532).

## 2. Nachrichten und Wahlkampflogik

Politik ist für die BürgerInnen nicht direkt erfahrbar. Es braucht eine Vermittlungsinstanz, welche ihnen Themen, Prozesse und Struktur politischer Entscheidungen näherbringt. Politik ist für die meisten BürgerInnen nur über die Medien erfahrbar, die Informationen über aktuelle politische Vorgänge zur Verfügung stellen. Die Politikerfahrung der Bevölkerung beruht auf „redaktionellen, medienvermittelten Sekundärwahrnehmungen und weniger auf direkten Erfahrungen durch persönliche Gespräche oder Brief- und E-Mail-Verkehr mit politischen Entscheidungsträgern.“ (Lengauer/Plasser/Seeber 2012, 58).

Derzeit befinden wir uns in der „postmodernen Ära“ der politischen Kommunikation (Norris 2000). Diese Phase ist geprägt von einer Zunahme der Wettbewerbsfähigkeit der Medienangebote und von einem Perspektivenwechsel hinsichtlich der Art und Weise der politischen Kommunikation (Tschigg/Pallaver/Vorhofer 2009). Information wird hierbei als Produkt verstanden, das sich im Wettbewerb behaupten muss. Um die „Verkaufschancen“ der Nachrichten zu erhöhen, wenden die Nachrichtenproduzenten verschiedene Mittel an, wie beispielsweise die Dramatisierung und Spektakularisierung der Nachrichten bzw. eine vermehrte Konzentration auf die Persönlichkeit der KandidatInnen (Tschigg/Pallaver/Vorhofer 2009).

In den vergangenen Jahren hat in Südtirol die Bedeutung des Internets wie überall stark zugenommen. Viele PolitikerInnen besitzen einen eigenen Facebook- oder Twitter-Account und versuchen über diesen Weg die WählerInnen direkt und in einer persönlichen Art und Weise anzusprechen (siehe den Beitrag von Isabel Gallmetzer in diesem Band). Dennoch erreichen PolitikerInnen über die Kanäle ihrer Social Media lange nicht Reichweiten wie etwa über einen TV-Beitrag in der

Tagesschau des RAI-Senders Bozen oder über einen Bericht in den Tageszeitungen Dolomiten und Alto Adige. Das Internet besitzt zwar die Chance, so die Autoren Tschigg, Pallaver und Vorhofer (2009) in ihrem Bericht über die Landtagswahlen 2008, die ethnische Fragmentierung des Mediensystems zu überwinden und dadurch eine transethnische Kommunikationslogik einzuleiten. Dennoch hat sich auch anlässlich der Landtagswahlen 2013 gezeigt, dass das Mediensystem in Südtirol noch immer stark ethnisch geprägt ist und das politische System der Konkordanzdemokratie widerspiegelt. Dieses System beruht auf den Prinzipien von Inklusion und Exklusion. Alle im Autonomiestatut anerkannten Sprachgruppen werden auf der Ebene der Entscheidungsinstanzen inkludiert, die Zivilgesellschaft ist hingegen noch immer stark ethnisch getrennt (Pallaver 2008).

Die Logik der ethnischen Trennung setzt sich im Bereich des Mediensystems fort. Sowohl die deutsche wie die italienische Sprachgruppe besitzen eigene einsprachige Medien, sowohl im öffentlich-rechtlichen Bereich der audiovisuellen Medien als auch im privatrechtlichen Bereich der Printmedien. Zwar haben in den vergangenen Jahren einige zwei- oder mehrsprachige Internetportale wie beispielsweise *franzmagazine.com*, *salto.bz* oder *barfuss.it* ihre Tätigkeit aufgenommen, doch bleibt der Großteil der Nachrichteninformation nach Sprachgruppen getrennt.

Unter politischer Kommunikation wird unter anderem der Austausch von Informationen zwischen den AkteurInnen der Öffentlichkeiten verstanden, also zwischen dem politischen System, dem System der Medien und den BürgerInnen/WählerInnen (Mazzoleni 2004, 45). Eine ethnische Trennung der politischen Kommunikation ist eine Folge, zugleich aber auch eine Bedingung für eine Trennung der (Südtiroler) Öffentlichkeit(en), mit allen Konsequenzen für die Legitimation von HerrschaftsträgerInnen genauso wie für die demokratische politische Kultur.

In Gesellschaften, in denen mehrere Sprachgruppen miteinander leben, sind laut Pallaver die (Massen)Medien aber besonders aufgerufen, nicht nur ihrer Informationsaufgabe nachzukommen, sondern auch einen Beitrag zur Friedensstiftung zwischen den Sprachgruppen zu leisten. Sie haben zudem die Aufgabe, gegenseitiges Vertrauen unter den Sprachgruppen zu fördern und Misstrauen abzubauen, um ethnische Schranken zu überwinden und um dadurch die Kommunikation und Kooperation unter den Sprachgruppen zu fördern. Ziel sollte deshalb die Herstellung einer ethnisch ungeteilten Öffentlichkeit sein (Pallaver 2006, 10–11). Ausgehend von diesem normativen Anspruch sollen deshalb in dieser Untersuchung nicht nur die Medienberichterstattung über die Landtagswahlen untersucht werden, sondern auch die (ethnischen) Unterschiede in der Berichterstattung der beiden dominanten Printmedien Dolomiten und Alto Adige.<sup>1</sup>

### 3. Methode und Untersuchungsdesign

Die vorliegende empirische Untersuchung basiert auf einer Analyse der redaktionellen Politikberichterstattung der deutschsprachigen Zeitung Dolomiten und des italienischsprachigen Alto Adige in den beiden Zeiträumen vom 16. bis zum 29.9.2013 und in den letzten beiden Wahlkampfwochen vom 14. bis zum 26.10.2013. Der Wahltag war der 27. Oktober 2013. Die Berichterstattung am Wahltag und die Nachwahlberichterstattung waren nicht Teil des Untersuchungssamples. Die Wahlkampfberichterstattung wurde mittels einer quantitativen und qualitativen Inhaltsanalyse untersucht. Untersuchungsgegenstand waren die 14 wahlwerbenden Parteien und Parteienbündnisse sowie die 423 antretenden KandidatInnen. Ergänzt wurde die Liste der KandidatInnen durch den Amtsinhaber Luis Durnwalder, da auf diese Weise ein allfälliger Amtsinhaberbonus, der durch die Berichterstattung über die laufenden Amtsgeschäfte anfällt, ermittelt werden kann.

Untersuchungsrelevant waren all jene Beiträge, die auf Nennungsebene einen Südtirolbezug aufwiesen. So wurden Artikel, welche sich mit der römischen Politik beschäftigten, nicht in die Analyse übernommen, es sei denn, es gab einen expliziten Südtirolbezug wie etwa über die handelnden AkteurInnen oder über die vertretenen Themen. So wurden Artikel, welche sich mit der Problematik der Toponomastik in Südtirol beschäftigten, in die Untersuchung aufgenommen, auch wenn sich der Zeitungsartikel im Großen und Ganzen mit der nationalen Politik beschäftigte. Alle Berichte, in denen die relevanten KandidatInnen vorgekommen sind, wurden in die Untersuchung aufgenommen. Dies bedeutet auch, dass gesamtstaatliche Parteien in die Untersuchung mit aufgenommen wurden, falls sie im Zusammenhang mit untersuchungsrelevanten AkteurInnen zu den Landtagswahlen genannt worden sind.

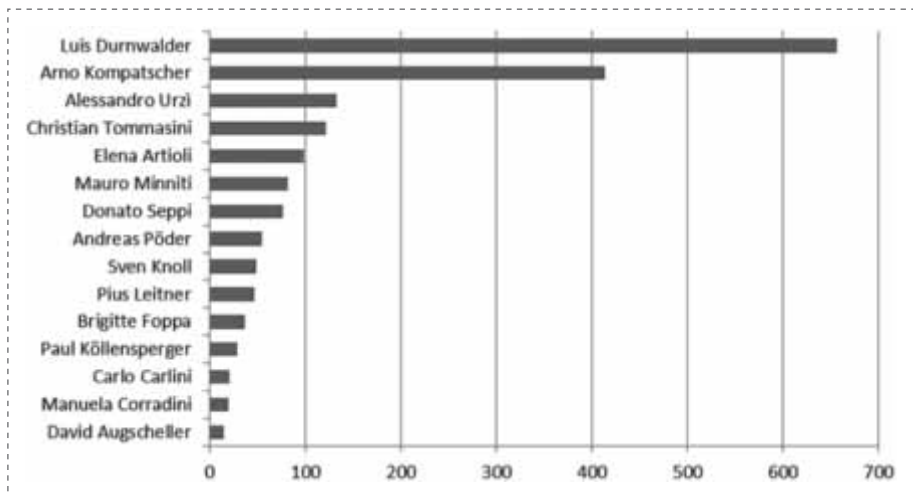
Die Auswahl der Medien erfolgte nach Kriterien der Reichweite und der publizistischen Relevanz für die jeweilige Sprachgruppe. Auf eine Hereinnahme weiterer zwei Tageszeitungen in die Untersuchung musste aufgrund von Ressourcenproblemen verzichtet werden.<sup>2</sup> Insgesamt wurden im gesamten Untersuchungszeitraum 1.263 redaktionelle Beiträge analysiert.

## 4. Die Struktur der Wahlkampfberichterstattung

### 4.1 Präsenz der (Spitzen)KandidatInnen

Luis Durnwalder ist noch immer Nummer 1 unter den PolitikerInnen in Südtirol und liegt damit bei der Anzahl der Nennungen (656) im Untersuchungszeitraum an einsamer Spitze. Er überflügelte den SVP-Spitzenkandidaten Arno Kompatscher (413) um mehr als 200 namentliche Nennungen. Die beiden SVP-Politiker führen im Präsenzranking unangefochten und decken mehr als 50 Prozent der Berichterstattung ab.

**Abbildung 1: Präsenz der SpitzenkandidatInnen im Südtiroler Landtagswahlkampf 2013 (N = 1842)**



Quelle: eigene Ausarbeitung

Erst an dritter Stelle folgen Alessandro Urzì von L'Alto Adige nel cuore (132) und der Spitzenkandidat des SVP-Koalitionspartners Christian Tommasini vom Partito Democratico (121). Alle weiteren SpitzenkandidatInnen der antretenden Parteien überschreiten die 100er-Grenze im Präsenzranking nicht und erreichen somit eine geringe mediale Präsenz. Auffallend ist bei Scelta Civica, dass Giorgio Balzarini, der an zweiter Stelle auf der Kandidatenliste angeführt ist, mit 54 namentlichen Nennungen fast drei Mal so viel an Präsenz aufweist wie die Spitzenkandidatin der Partei Manuela Corradini (19 Nennungen). Dies hängt mit der Position von Balzarini als Vizebürgermeister der Stadt Meran zusammen, aber auch

mit der Tatsache, dass ihm als einzigem Kandidaten Außenseiterchancen eingeräumt worden sind. Das Wahlergebnis spricht hier für sich. Balzarini erreichte mit 1.505 Vorzugsstimmen beinahe siebenmal mehr Stimmen als die eigentliche Spitzenkandidatin Manuela Corradini (Provinz Bozen 2013).

Bei den Grünen zeigt sich eine ähnliche Tendenz. Dort führt im Kandidatenranking Riccardo Dello Sbarba (91) vor Hans Heiss (46) und Brigitte Foppa (36). Die Spitzenkandidatin der Grünen erreicht damit weit weniger mediale Präsenz als die zwei hinter ihr auf der Kandidatenliste Gereihten. In diesem Falle wirkt sich der „Amtsinhaberbonus“ auf die mediale Präsenz aus. Während Riccardo Dello Sbarba und Hans Heiss bereits im Landtag saßen, musste Brigitte Foppa erst um den Einzug ins Hohe Haus kämpfen. Dementsprechend fielen auch die Vorzugsstimmergebnisse aus. Hans Heiss erreichte mit 12.703 Vorzugsstimmen den ersten Platz, gefolgt von Brigitte Foppa mit 9.270 Stimmen und Riccardo Dello Sbarba mit 8.431 Stimmen (Landtagswahlen 2013). Betrachtet man die Präsenz der SpitzenkandidatInnen nach den jeweiligen ethnisch determinierten Medien, so zeigt sich, dass über die SpitzenkandidatInnen der italienischsprachigen Parteien Forza Alto Adige – Lega Nord – Team Autonomie, L'Alto Adige nel cuore, Partito Democratico, La Destra und Unitalia vor allem in der italienischsprachigen Tageszeitung Alto Adige berichtet wurde, in den Dolomiten kamen diese KandidatInnen bis zu zehn Mal seltener vor. Diese ethnisch unterschiedliche Berichterstattung gilt jedoch nicht für den Spitzenkandidaten der SVP Arno Kompatscher. Kompatscher erreicht im Alto Adige eine Präsenz von 203 namentlichen Nennungen, während er in den Dolomiten 210 Mal namentlich erwähnt wird. Bei Luis Durnwalder ist das Ergebnis differenzierter. In den Dolomiten kommt er mit 420 Nennungen doppelt so oft vor wie im Alto Adige mit 236 Nennungen. Dasselbe Schema wie bei Arno Kompatscher kann man aber auch für die SpitzenkandidatInnen der deutschsprachigen Oppositionsparteien erkennen. Bei ihnen gibt es zwar einen leichten Überhang der Berichterstattung in den Dolomiten, aber ansonsten ist die Berichterstattung ausgeglichen.

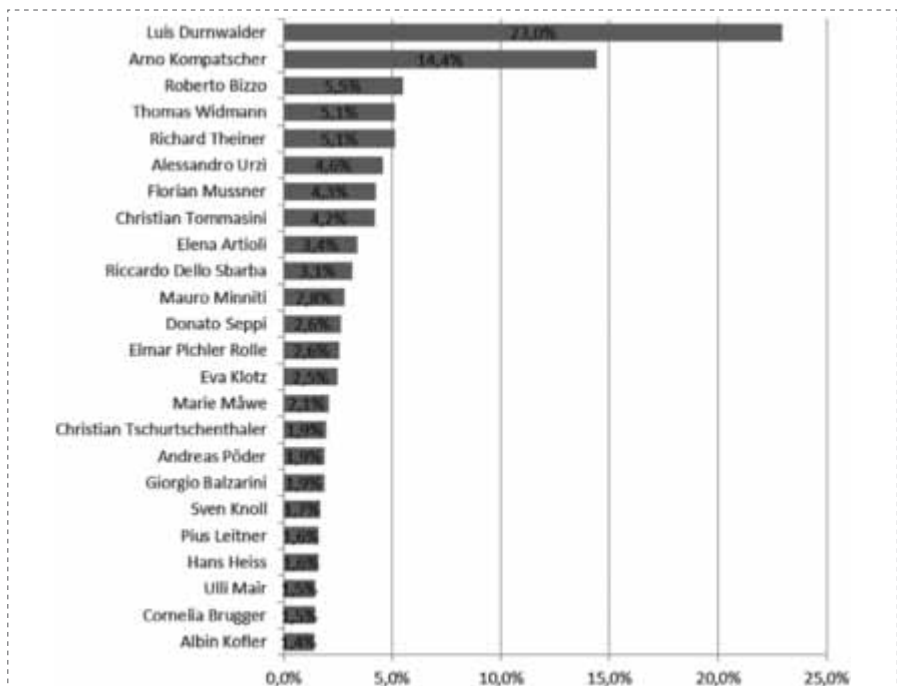
Zwar sorgt der Status eines Spitzenkandidaten oder einer Spitzenkandidatin in der Regel für eine größere mediale Präsenz, doch zeigt die Verteilung aller KandidatInnen, dass dies allein nicht ausschlaggebend ist. Denn nach dem SVP-Spitzenkandidaten Arno Kompatscher folgen bereits der italienische Landesrat Roberto Bizzo (159 Nennungen) und die beiden SVP-Landesräte Thomas Widmann und Richard Theiner. Nach Alessandro Urzì von L'Alto Adige nel cuore schließt bereits mit 123 namentlichen Nennungen der ladinische Landesrat Florian Mussner an. Eva Klotz schlägt im direkten Vergleich den Spitzenkandidaten ihrer Partei, Sven Knoll, im Präsenzranking und liegt bereits an 15. Stelle. Direkt hinter Eva Klotz

**Tabelle 1: Ranking der SpitzenkandidatInnen (Angaben in Prozent).**

KandidatIn	Prozent
Luis Durnwalder	35,6 %
Arno Kompatscher	22,4 %
Alessandro Urzi	7,1 %
Christian Tommasini	6,5 %
Elena Artioli	5,3 %
Mauro Minniti	4,4 %
Donato Seppi	4,1 %
Andreas Pöder	2,9 %
Sven Knoll	2,6 %
Pius Leitner	2,5 %
Brigitte Foppa	1,9 %
Paul Köllensperger	1,5 %
Carlo Carlini	1,1 %
Manuela Corradini	1,0 %
David Augscheller	0,8 %

Quelle: eigene Ausarbeitung

**Abbildung 2: Präsenzverteilung in Prozent der am häufigsten genannten KandidatInnen**

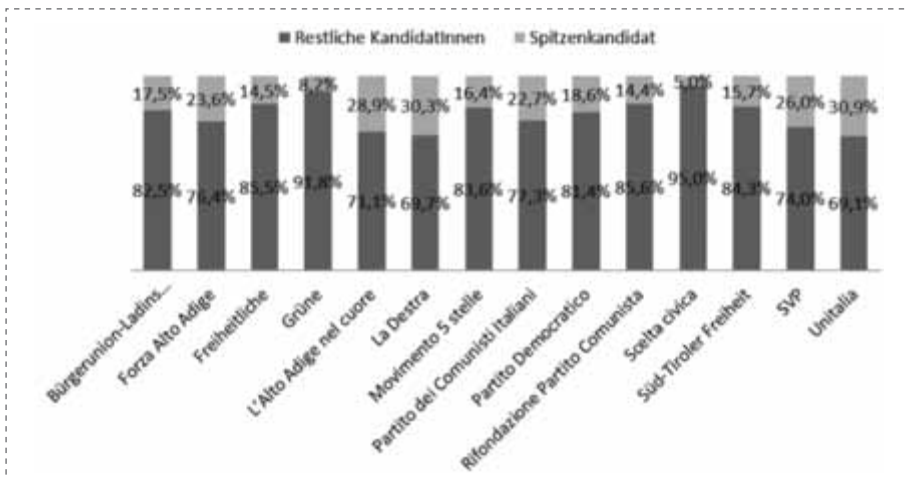


Quelle: eigene Ausarbeitung

liegt Marie Måwe, die SVP-Quereinsteigerin aus Schweden, die es vor allem mit dem Erwerb ihrer Staatsbürgerschaft in die Medien geschafft hat.

Auffallend ist im Verlauf der Berichterstattung die geringe Elitenzentrierung, welche nur knapp über die 30-Prozent-Marke hinausreicht. Unitalia erreicht hier den Spitzenplatz, während selbst die SVP mit dem Landeshauptmannkandidaten Arno Kompatscher nur 26 Prozent erreicht. Für diese geringe Elitenzentrierung ist die Berichterstattung des Alto Adige verantwortlich, welche alle KandidatInnen am Beginn und am Ende des Wahlkampfes mit Bild abgedruckt hat. Dies hat zu diesen geringeren Werten im Vergleich zur Berichterstattung im Jahre 2008 geführt. Damals lag der Personalisierungsgrad der Berichterstattung in den Print- und audiovisuellen Medien Südtirols bei durchschnittlich 39 Prozent (Tschigg/Pallaver/Vorhofer 2009, 155).

**Abbildung 3: Elitenzentrierung. Verteilung der Nennungen der SpitzenkandidatInnen und der restlichen KandidatInnen pro Partei (Angaben in Prozent, N = 5722)**



Quelle: eigene Ausarbeitung

Ein Weg von PolitikerInnen in das Bewusstsein der WählerInnen führt über das gedruckte oder gesprochene Wort, ein anderer Weg führt über das Auge. Berichte, in denen KandidatInnen zu sehen sind, ergeben in der Regel einen Zusatznutzen für die wahlwerbenden KandidatInnen, da einerseits eine zusätzliche visuelle Präsenz ermöglicht wird und andererseits diese Präsenz auch leichter fassbar ist. Für RezipientInnen ist es nämlich mit weniger kognitivem Aufwand verbunden, Bilder zu erfassen. Anders als bei einem Text, der erst gelesen und verstanden



werden muss, brauchen die RezipientInnen beim Betrachten eines Bildes keine große kognitive Leistung vollbringen, um die Botschaft eines Bildes zu entschlüsseln (Ballensiefen 2009, 35). Die Bedeutung und die Anzahl der Bilder in den Medien haben mit den technischen Entwicklungen stetig zugenommen und sind heutzutage ein wichtiges Element der politischen Kommunikation und des politischen Marketings. Visuelle Kommunikation wird so zum „zentralen Konstitutionsmoment der modernen, hochkomplexen Politik [...] und es wird grundsätzlich davon ausgegangen, dass visuelle Kommunikation in ihrer Funktionalität für moderne Gesellschaften bzw. für gesellschaftliche Evolution überhaupt begriffen werden muss“ (Hofmann 2004, 312). Allein das Vorkommen eines Kandidaten in der Bildberichterstattung eines Mediums hat daher Auswirkungen darauf, wie KandidatInnen gesehen werden. Betrachtet man die Berichterstattung im Landtagswahlkampf 2013, so zeigt sich, dass rund ein Drittel der Berichte nicht bebildert war (31,4 Prozent), ein weiteres Drittel (36,6 Prozent) zwar bebildert war, aber nicht die KandidatInnen zeigte. In einem weiteren Drittel (32 Prozent) wurden die KandidatInnen gezeigt, entweder im Rahmen einer Pressekonferenz, von Wahlkampfveranstaltungen, als RednerInnen bei politischen Veranstaltungen oder im Büro und Amtszimmer.

**Tabelle 2: Art der Visualisierung der KandidatInnen, Angaben in Prozent (N = 1263)**

Form der Visualisierung	
Bebilderung, aber nicht KandidatIn	36,6%
KandidatIn ist visuell nicht präsent – nicht relevant	31,4%
Visualisierung im Rahmen einer Pressekonferenz	10,1%
Visualisierung im Rahmen einer Wahlkampfveranstaltung	7,0%
Visualisierung als RednerIn bei einer politischen Veranstaltung, Parteitag etc.	4,4%
Visualisierung im Büro bzw. Arbeits- oder Amtszimmer	2,0%
andere Visualisierungsformen	1,9%
Visualisierung im Gespräch mit PassantInnen, WählerInnen, BürgerInnen etc.	1,9%
Visualisierung als AkteurIn in einem politischen Werbespot, auf Plakaten etc.	1,8%
Visualisierung als „Privatmann/frau“, SportlerIn, Familienmensch etc.	1,5%
Visualisierung im Rahmen einer Kabinettsitzung, Parteivorstand, anderen Sitzung	0,9%
Visualisierung auf der außenpolitischen Bühne	0,5%
Visualisierung als Interviewgast im TV-Studio	0,1%
<b>Gesamtergebnis</b>	<b>100,0%</b>

Quelle: eigene Ausarbeitung

## 4.2 Präsenz der Parteien

Im Präsenzranking der Parteien war die SVP am erfolgreichsten. Mit 864 namentlichen Nennungen erreichte sie knapp mehr als ein Drittel der Nennungen aller wahlwerbenden Parteien. Sie erreichte damit weit über das Doppelte der Nennungen als die im Präsenzranking zweitplatzierte Partei, der Partito Democratico (350). Damit folgt an zweiter Stelle bereits der italienische Koalitionspartner der SVP. Während bei der Berichterstattung zu den Landtagswahlen 2008 an zweiter Stelle im Präsenzranking mit 15,2 Prozent das Mitte-rechts-Bündnis Popolo della Libertà folgte, hat die Aufspaltung der Mitte-rechts-Parteien negative Folgen auf das Vorkommen in der Wahlkampfberichterstattung. Ihnen gelingt es nicht mehr in dem Maße wie vor fünf Jahren für Medienpräsenz zu sorgen. So erreichen L'Alto Adige nel cuore, Forza Alto Adige – Lega Nord – Team Autonomie und La Destra zusammen nur mehr 10,8 Prozent medialer Präsenz im Vergleich zu 2008, als der PdL noch 15,2 Prozent Parteienpräsenz erreichte (Tschigg/Pallaver/Vorhofer 2009). Zwar kann man einwenden, dass die Untersuchungen aufgrund des größeren Mediensamples 2008 nur bedingt vergleichbar sind, doch auch im Jahre 2008 beanspruchten Dolomiten und Alto Adige einen großen Teil der redaktionellen Wahlkampfberichterstattung für sich. Eine Tendenz lässt sich folglich durchaus

**Tabelle 3: Präsenzranking der Parteien- und Parteibündnisse (N = 2506)**

Partei	Präsenz
Südtiroler Volkspartei	34,5 %
Partito Democratico	14,0 %
Grüne	10,1 %
Die Freiheitlichen	6,4 %
Scelta Civica	5,7 %
Movimento 5 Stelle	4,5 %
L'Alto Adige nel cuore	4,5 %
Forza Alto Adige – Lega Nord – Team Autonomie	3,9 %
Süd-Tiroler Freiheit	3,6 %
Unitalia	3,1 %
Rifondazione Partito Comunista	2,9 %
La Destra	2,4 %
Bündnis „BürgerUnion - Ladins Dolomites - Wir Südtiroler“	2,4 %
Partito dei Comunisti Italiani/Südtiroler Kommunisten	2,0 %

Quelle: eigene Ausarbeitung

ablesen. Im Präsenzranking der Parteien folgen nach der Demokratischen Partei die Grünen-Verdi-Vërc mit 254 namentlichen Nennungen, gefolgt von den Freiheitlichen mit 160 Erwähnungen. Es zeigt sich, dass sich die Medienberichterstattung im Vergleich zu den einzelnen Mitte-rechts-Parteien weit stärker auf die neuen italienischen Parteien und Bewegungen wie Scelta Civica (143 Nennungen) und Beppe Grillos Movimento 5 Stelle (114 Nennungen) konzentriert. Alessandro Urzís neue Partei L'Alto Adige nel cuore liegt mit 113 namentlichen Nennungen nur geringfügig unter den Grillini. Die restlichen deutsch- und italienischsprachigen Parteien erreichen alle eine Präsenz von jeweils unter 100 namentlichen Nennungen oder 4 Prozent der gesamten medialen Parteipräsenz.

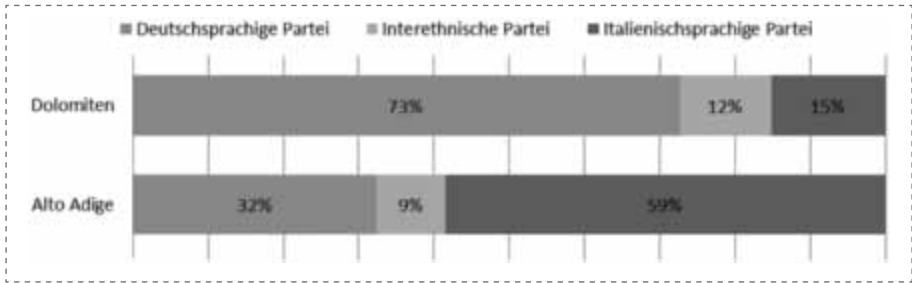
### 4.3 Ethnisch fragmentierte Berichterstattung

In Südtirol verläuft die Berichterstattung in den unterschiedlichen Medien entlang des ethnischen *cleavage* (Pallaver 2006, 88-114). Betrachtet man die Präsenz von Parteien und Parteibündnissen nach Medium und Sprachgruppe getrennt, so zeigt sich, dass die Dolomiten weit stärker über deutschsprachige Parteien berichten als über italienischsprachige oder interethnische Parteien. Bei der Zuordnung zu interethnischen Parteien bestand in diesem Wahlkampf die Problematik, dass sich einige italienische Parteien deutschsprachige KandidatInnen auf ihre Listen genommen hatten. So hat beispielsweise der Partito Democratico an dritter Stelle in der Kandidatenliste gleich hinter Christian Tommasini und Roberto Bizzo die deutschsprachige Kandidatin Cornelia Brugger aufgestellt. Damit wollte die Demokratische Partei gezielt deutschsprachige WählerInnen ansprechen. Dies reicht allerdings nicht aus, um den Partito Democratico als interethnische Partei zu klassifizieren. Allein die Grünen können in diesem Sinne als interethnische Partei klassifiziert werden.

Die Analyse zeigt, dass die Medienberichterstattung noch immer stark ethnisch ausgerichtet ist. Deutschsprachige Medien berichten vorzugsweise über deutschsprachige KandidatInnen, italienischsprachige Medien berichten vorzugsweise über italienische KandidatInnen. Es zeigt sich aber, dass der Alto Adige in seiner Berichterstattung über die Parteien ausgewogener ist als die Dolomiten, denn dort konzentriert sich die Berichterstattung über die Parteien vor allem auf die Südtiroler Volkspartei. Etwas mehr als die Hälfte der Nennungen fällt hier auf die SVP, während im Alto Adige nur etwa ein Viertel der Parteienennungen die SVP betrifft. Auffallend ist hier jedoch, dass die SVP auch beim Alto Adige den ersten Platz im

Nennungsranking einnimmt. Hier folgt erst an zweiter Stelle der Partito Democratico mit 18,1 Prozent der Parteienennungen. Einzig die interethnische Partei der Grünen schafft es, in beiden Medien, mit 9 Prozent im Alto Adige und mit 12 Prozent in den Dolomiten, etwa gleich oft genannt zu werden.

**Abbildung 4: Präsenzverteilung der Parteien bzw. Parteienbündnisse in Prozent (N = 2506)**

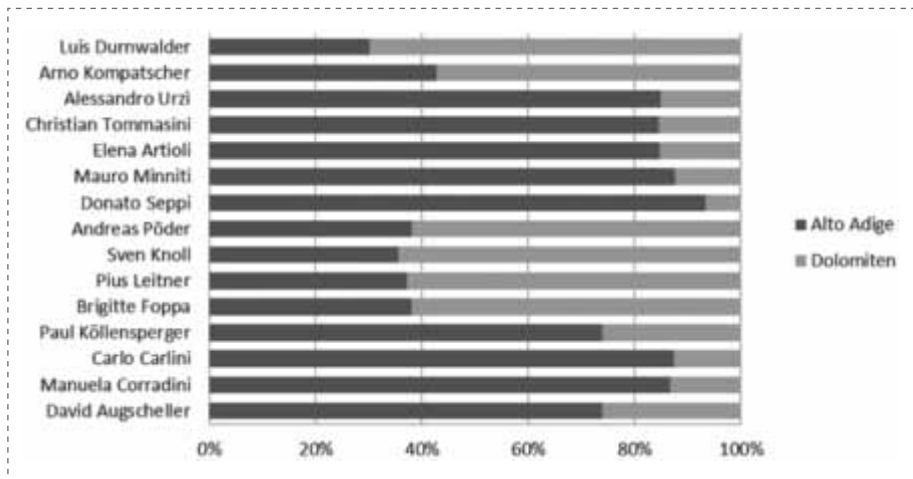


Quelle: eigene Ausarbeitung

Tendenziell entspricht die ethnische Aufteilung in den beiden Wahlarenen und den darin agierenden Parteien der Aufteilung bei den Landtagswahlen vor fünf Jahren. Dort belief sich das Verhältnis von italienischen Parteien zu deutschsprachigen und zu interethnischen Parteien bei den italienischsprachigen Medien in etwa auf zwei Drittel Berichterstattung über italienische Parteien, ein Viertel über deutschsprachige Parteien und etwa zehn Prozent für interethnische und ladinische Parteien. In den deutschsprachigen Medien wurde vor fünf Jahren noch mit 22 Prozent der Parteienennungen über italienische Parteien berichtet. Dieser Wert ist bei den Landtagswahlen 2013 um 7 Prozentpunkte gesunken. Zwar ist ein direkter Vergleich mit der Analyse vor fünf Jahren nicht möglich, da damals das Mediensample weit größer war, doch kann eine gleichbleibende Tendenz zu einer ethnisch fragmentierten Berichterstattung festgestellt werden (Tschigg/Pallaver/Vorhofer 2009, 160).

Auf KandidatInnenebene zeigt sich, dass sich auch die Berichterstattung über die SpitzenkandidatInnen entlang der Sprachgruppen bewegt. Sowohl Alto Adige als auch Dolomiten berichten in weit stärkerem Maße über die KandidatInnen der jeweils eigenen Sprachgruppe. Während im Alto Adige auf Alessandro Urzì, Christian Tommasini, Elena Artioli, Mauro Minniti, Donato Seppi, Carlo Carlini und Manuela Corradini durchwegs 80 Prozent der KandidatInnennennungen fallen, liegt dieses Verhältnis bei den deutschsprachigen SpitzenkandidatInnen bei circa 40 Prozent der Nennungen im Alto Adige zu rund 60 Prozent der Nennungen in den Dolomiten.

**Abbildung 5: Präsenzverteilung der SpitzenkandidatInnen nach Medium getrennt (N = 1842)**



Quelle: eigene Ausarbeitung

#### 4.4. Themenanalyse

Betrachtet man die Politikberichterstattung, so kann man zwischen mehreren Kategorien unterscheiden. Auf der einen Seite können JournalistInnen über Vorhaben, Leistungen und Probleme in bestimmten sachpolitischen Bereichen (*policy issues*) berichten. Zum anderen kann der Fokus der Berichterstattung verstärkt auf die Machtspiele und den Wettbewerbscharakter des Wahlkampfes liegen. In diesem Falle spricht man von *metapolitischen issues*. Dabei geht es um Gewinn- und Verlustchancen von Parteien und KandidatInnen, um das Wettrennen der KandidatInnen um die Gunst der WählerInnen. In der politikwissenschaftlichen Forschung ist seit Längerem ein Trend zu einer verstärkten *Game-Zentrierung* festzustellen. Medien berichten in Wahlkampfzeiten nicht mehr so sehr über die sachpolitischen Themen und Vorhaben von Parteien und KandidatInnen, sondern vielmehr über den Konkurrenzkampf der Parteien und KandidatInnen um die Stimmen der WählerInnen (vgl. Höller/Pig/Vorhofer 2009; Lengauer/Pallaver/Pig 2007). Diese Tendenz kann auch am unterschiedlichen Themenprofil der medialen Berichterstattung abgelesen werden.

Untersucht man die wichtigsten 30 Themen im Verlauf der Wahlkampfberichterstattung, so fällt der hohe Anteil der metapolitischen Themen auf. Wahlkampfstil, Wahlspekulationen und Diskussionsveranstaltungen nehmen einen großen Teil

der Berichterstattung ein. Dass das Thema Wahlbündnisse und Kandidaturen mit 32,5 Prozent an erster Stelle liegt, könnte auf die Auswahl der beiden Untersuchungszeiträume zurückgeführt werden. Besonders zu Beginn und am Ende der heißen Wahlkampfphase wird vermehrt über die antretenden Parteien und KandidatInnen berichtet. Im ersten Untersuchungszeitraum Ende September reichten die Parteien ihre KandidatInnenlisten bei der Wahlbehörde ein, was zu einer erhöhten Berichterstattung geführt hat. In den letzten beiden Wahlkampfwochen ging es vielfach darum, die WählerInnen daran zu erinnern, zur Wahl zu gehen, und noch einmal aufzuzeigen, wer zur Wahl antritt. In dieser Hinsicht hat vor allem der Alto Adige alle antretenden KandidatInnen aller Parteien zu Beginn und am Ende der Wahlkampfphase mit Namen und mit Bildern versehen aufgelistet. Die zahlenmäßig verstärkte Berichterstattung über das Thema Verkehr hing damit zusammen, dass in den letzten Wahlkampfwochen in Südtirol viele Straßenverkehrsbauten wie die Umfahrungen in Auer und Meran fertiggestellt und Neueinweihungen von Bahnhöfen vorgenommen wurden. Das Thema Toponomastik liegt an achter Stelle der Berichterstattung und ist auf die Berichterstattung über die Namensgebung der Schutzhütten und der Wanderwege in Südtirol zurückzuführen. Sachpolitische Themen wie Wirtschaft, Bildung, Energie, Tourismus und Gesundheit gehen demgegenüber in der Berichterstattung etwas unter. Was gemacht wird bzw. wurde, ist im Verlauf des Wahlkampfes nicht so wichtig, wie und dass etwas gemacht wird, scheint wichtiger zu sein.

**Tabelle 4: Themenpräsenzranking, Angaben in Prozent (N = 7404)**

Thema	Prozent
Wahlbündnisse und -kandidaturen – Inland	32,5 %
Wahlkampfstil	14,3 %
Wahlspekulationen	6,8 %
Diskussionsveranstaltungen	4,1 %
Wahlen, Abstimmungen, Plebiszite – Inland	4,0 %
Wahlkampfstrategie	3,2 %
Verkehr	3,1 %
Toponomastik	2,6 %
Biografisches zur Person	2,2 %
Bildung	2,2 %
Energie	1,9 %
Wahlkampf als <i>horse race</i>	1,9 %
<i>keyhole issues</i> – Persönliche Affären und Skandale	1,7 %

Thema	Prozent
Beziehungen zwischen den Sprachgruppen	1,6 %
Wahlkampforganisation	1,6 %
nicht erkennbar	1,5 %
Wirtschaft, Wettbewerb und Markt	1,5 %
Zustand Regierung	1,3 %
politische Repräsentation	1,3 %
Volksbegehren und -befragungen	1,2 %
Partei-Organisation	1,1 %
Soziales	1,1 %
Tourismus	1,1 %
Gesundheit	1,1 %
Kommunalpolitik	1,0 %
Society – Adabei – Gesellschaftliches	0,9 %
PolitikerInnenverhältnis	0,9 %
politische Kultur	0,9 %
Kultur	0,9 %
Arbeitsmarkt	0,8 %

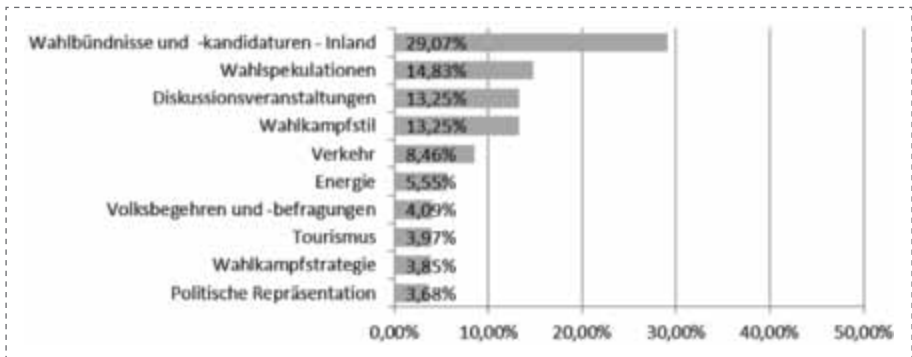
Quelle: eigene Ausarbeitung

Vergleicht man die Berichterstattung von Dolomiten und Alto Adige, so zeigt sich, dass beide Medien den Wahlbündnissen einen großen Teil der Berichterstattung widmen. Zwischen 30 Prozent der Nennungen (Dolomiten) und 47 Prozent (Alto Adige) stehen im Zusammenhang mit den KandidatInnenlisten der einzelnen Parteien und Parteienbündnisse. Metapolitische Themen folgen sowohl bei den Dolomiten als auch beim Alto Adige. Das Thema Diskussionsveranstaltungen ist bei den Dolomiten an dritter Stelle zu finden. Dies liegt an der ausgedehnten Berichterstattung der Dolomiten über die vom Medienhaus Athesia organisierten Wahldiskussionsabende in den einzelnen Südtiroler Bezirken. Auffallend ist jedoch der hohe Anteil an metapolitischen Themen in der Berichterstattung des Alto Adige. Während bei den Dolomiten bereits an fünfter und sechster Stelle die Sachthemen Verkehr und Energie folgen, liegen die sachpolitischen Themen Toponomastik und Bildung beim Alto Adige weit abgeschlagen an achter und zehnter Stelle.

Betrachtet man die Themenwertung der 20 wichtigsten Sachthemen, so fällt auf, dass eine negative Bewertung der Themen überwiegt. Die Berichterstattung über diese Sachthemen ist aber im Großen und Ganzen durch eine neutrale Berichterstattung gekennzeichnet. Das Thema Verkehr ruft verstärkt negative Resonanz

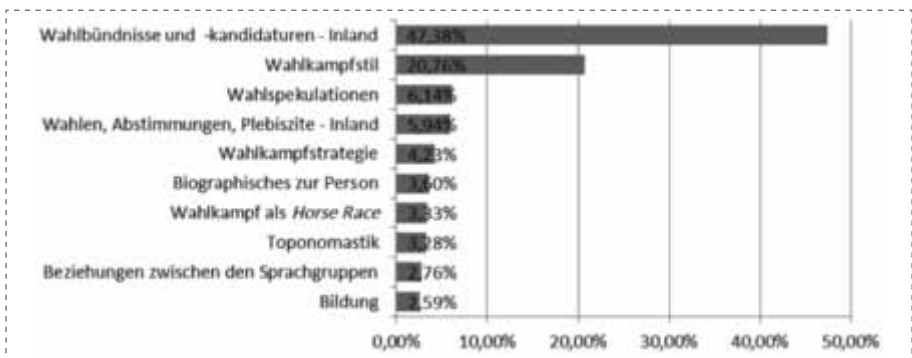
hervor; dies ist einerseits auf die Kritik der Oppositionsparteien in Bezug auf die südlichen Zulaufstrecken des Brennerbasistunnels sowie der Kritik am Bozner Flughafen und andererseits auf Pendlerproteste im Südtiroler Unterland und in Bozen zurückzuführen. Das Thema Toponomastik ist dabei in erwartbarer Weise von einer starken negativen Berichterstattung geprägt. Dies hängt mit der Kritik der italienischen Rechtsparteien, aber auch des Partito Democratico am Vorgehen der SVP und dem sogenannten Delrio- bzw. Fitto-Abkommen zusammen. Der Koalitionspartner der SVP kritisierte dabei vor allem die Zustimmung zu einem Antrag der Süd-Tiroler Freiheit in Bezug auf Umbenennungen von Schutzhütten in Südtirol. Ähnlich in diesem Falle auch das Thema, das die Beziehungen der Sprachgruppen in Südtirol erfasst. Es ist ebenso wie die Toponomastik durch eine erhöhte

**Abbildung 6: Top-Ten-Themen Dolomiten**



Quelle: eigene Ausarbeitung

**Abbildung 7: Top-Ten-Themen Alto Adige**

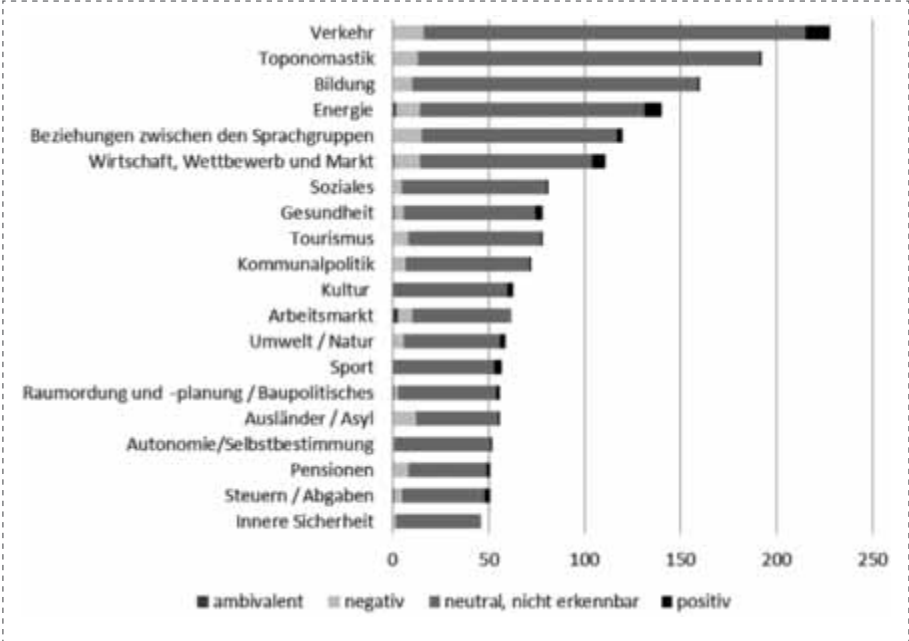


Quelle: eigene Ausarbeitung



negative Berichterstattung gekennzeichnet. Unzweifelhaft sticht auch die hohe negative Wertungsdichte beim Ausländerthema ins Auge. Doch ist es nicht das wichtigste Sachthema im Wahlkampf gewesen. Wesentlich wichtiger waren Verkehr (228 Nennungen), Toponomastik (192), Bildung (160), Energie (140), Beziehungen zwischen den Sprachgruppen (120) und Wirtschaftsthemen (111). Obwohl im Wahlkampf auf die schlechter werdenden Bedingungen in der Wirtschaft und am Arbeitsmarkt eingegangen worden ist, zeigt die Analyse, dass das Thema Verkehr doch noch immer an erster Stelle steht. Für die negative Berichterstattung sorgen in der Kategorie Wirtschaft die schlechte Entwicklung von Gemeinden in der Peripherie wie beispielsweise Moos in Passeier oder die negativen Auswirkungen des hohen Steuerdrucks auf die Unternehmen in Südtirol. Das von der Süd-Tiroler Freiheit forcierte Thema der Selbstbestimmung landet hierbei mit 52 Nennungen im unteren Bereich der Sachthemen. Es zeigt sich, dass trotz aller Bemühungen dieses Thema keinen großen Niederschlag in der Medienberichterstattung erfahren hat.

**Abbildung 8: Wertende Berichterstattung über die 20 wichtigsten Sachthemen (N = 1813)**



Quelle: eigene Ausarbeitung

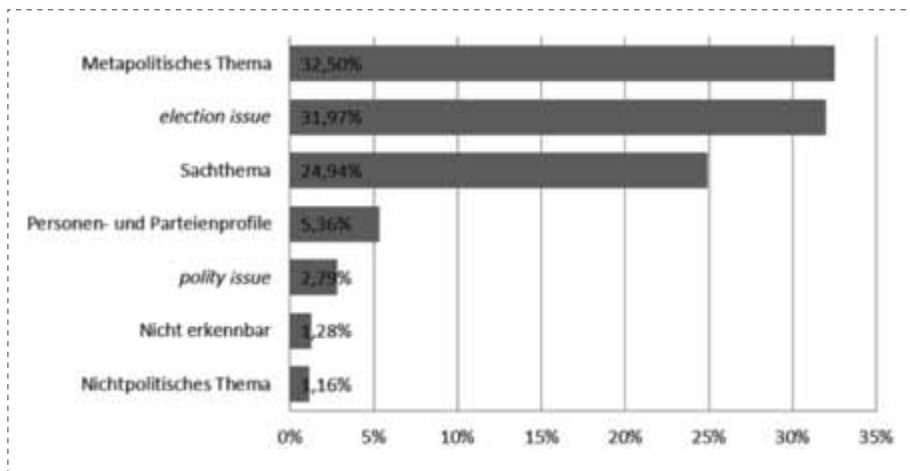
Die metapolitischen Themen, welche den Wahlkampf an sich, die Gewinn- und Verlustchancen der Parteien, Medienauftritte, Wahlkampfveranstaltungen von Parteien und KandidatInnen und Diskussionsrunden zu den Wahlen erfassen, nehmen im Themenranking die vordersten Ränge ein. Betrachtet man die metapolitischen Themen noch etwas genauer, so zeigt sich, dass das Thema Wahlkampfstil mit 1.062 Nennungen oder fast 50 Prozent der metapolitischen Nennungen mehr als doppelt so häufig vorkommt wie das zweitwichtigste metapolitische Thema der Wahlspekulationen. Dies zeigt, dass die Parteien und KandidatInnen vor allem über Wahlveranstaltungen und Angriffe auf gegnerische KandidatInnen den Weg in die Medien schaffen.

Das Thema der Wahlspekulationen nimmt im Wahlkampf 2013 einen großen Teil der Berichterstattung ein. Dies ist auf den Landeshauptmannwechsel zurückzuführen. Luis Durnwalder trat nach 25 Jahren an der Spitze der Landesregierung nicht mehr bei den Wahlen an, weshalb das Interesse groß war, wie das Wahlergebnis des „Neuen“, Arno Kompatscher, wohl aussehen würde, und vor allem, wen er in die Landesregierung berufen würde. Dass die SVP wieder den Landeshauptmann stellen würde, war von vornherein klar; ob Arno Kompatscher dies jedoch aus der sicheren Position einer absoluten Mandatsmehrheit heraus tun können oder aber die Mandatsmehrheit verlieren würde, das stand vor dem 27. Oktober noch nicht fest. An dritter Stelle der metapolitischen Berichterstattung lagen die Diskussionsveranstaltungen, die von Vereinen und Zeitungen zu den Wahlen organisiert worden waren, wobei hier vor allem die Veranstaltungsserie des Medienhauses Athesia „Leser bewegen das Land“ für die umfangreiche Medienberichterstattung verantwortlich war.

Der Fokus der Wahlkampfberichterstattung der Dolomiten lag auf dieser Veranstaltungsreihe, der Rest der Berichterstattung war business as usual. Es zeigt sich hier eine Strategie der Medien, mithilfe von selbst organisierten Diskussionsveranstaltungen verstärkt darüber mitzubestimmen, worüber die KandidatInnen sprechen. Medien erzeugen damit selbst die Ereignisse, worüber sie dann berichten. Dadurch ist es den Medienunternehmen noch stärker möglich, die Schwerpunkte ihrer Berichterstattung zu bestimmen und gleichzeitig bieten solche Veranstaltungen die Möglichkeit, Marketing in eigener Sache zu betreiben.

Die Themenanalyse zeigt eine Kontinuität, wie sie schon bei den vergangenen Landtagswahlen in Südtirol und auch in Tirol festgestellt worden ist. Auch beim Landtagswahlkampf 2008 lag das Wahlkampfthema an unangefochtener erster Stelle. Es zeigt sich jedoch, dass 2008 das Thema Wirtschaft bereits an zweiter Stelle im Themenranking lag (Höllner, Pigi, Vorhofer 2009, 164).

Abbildung 9: Themen nach Überthemen, Angaben in Prozent (N = 8886)



Quelle: eigene Ausarbeitung

## 5. Thematische Fragmentierung

Interessant war bei diesem Wahlkampf weiters, dass es auch bei den einzelnen Themen je nach KandidatInnen eine unterschiedliche Intensität der Berichterstattung in den einzelnen Medien gab. Nimmt man beispielsweise das recht prominente und kontroversielle Thema Toponomastik her, dann sieht man, dass sich zwar beim Landeshauptmann Luis Durnwalder – dessen Anteil an seiner Gesamtberichterstattung lag bei 9,5 Prozent – die Berichterstattung gleichmäßig mit jeweils 4,7 Prozent an Durnwalders Gesamtberichterstattung in beiden Medien verteilt, nicht jedoch bei Sven Knoll. Mit diesem Thema kommt Knoll einzig und allein im Alto Adige vor – 18,8 Prozent nimmt die Toponomastik an seinen Themen ein und die Berichterstattung darüber findet allein im Alto Adige statt. Bei Eva Klotz ähnelt hingegen die Berichterstattung jener von Luis Durnwalder. In beiden Medien kommt sie mit jeweils 4,3 Prozent der Nennungen zu diesem Thema vor.

Auch beim Thema Energie ist eine unterschiedliche Berichterstattung je nach KandidatIn in den einzelnen Medien feststellbar. Landesrat Florian Mussner und der grüne Landtagsabgeordnete Riccardo Dello Sbarba sprechen im Verhältnis zu ihrer sonstigen Medienpräsenz mit 11,2 Prozent zu 16,5 Prozent recht häufig zu diesem Thema. Dies ist auf den Fall des bereits im Planungsstadium gescheiterten Projektes eines Pumpspeicherkraftwerkes im Unterland zurückzuführen. Doch

während Mussner recht ausgeglichen in beiden Medien – 4,1 Prozent im Alto Adige und 7,3 Prozent in den Dolomiten – vorkommt, konzentriert sich die Präsenz von Dello Sbarba vor allem auf den Alto Adige – 13,2 Prozent Nennungen zu diesem Thema versus 3,3 Prozent in den Dolomiten.

Ein anderes Beispiel für eine unterschiedliche Berichterstattung in den beiden Medien ist der „Fall Måwe“ bzw. allgemein das Thema der Skandale und Affären. Die Berichterstattung über die Verleihung der Staatsbürgerschaft im Schnellverfahren für die SVP-Kandidatin Marie Måwe zeigt, dass vor allem im Alto Adige dies als Skandal und als Affäre thematisiert wurde. 24 Prozent der Themenpräsenz von Marie Måwe sind mit dem Thema „Skandale und Affären“ verbunden und diese 24 Prozent kommen alle im Alto Adige vor. Daraus kann man auf eine unterschiedliche Berichterstattung schließen. Måwe kommt in den Dolomiten zu diesem Themenbereich und auch zum Thema der Staatsbürgerschaftsverleihung nicht vor. Bei diesem Aufregertema haben die RedakteurInnen der Dolomiten im Untersuchungszeitraum beide Augen zugeedrückt.

Ein anderes, zwar weniger prominentes Thema im Wahlkampf, aber speziell *das* Wahlkampfthema der Süd-Tiroler Freiheit, zeigt unterschiedliche Ansprech-

**Tabelle 5: Anteil der Themenberichterstattung der meistgenannten KandidatInnen**

	Durnwalder	Kompatscher	Bizzo	Theiner	Widmann	Urzi	Mussner	Tommasini	Artoli
Wahlkampfstil	4,6 %	14,8 %	25,8 %	9,5 %	10,4 %	25,8 %	3,3 %	22,3 %	32,7 %
Wahlspekulationen	5,5 %	15,0 %	2,5 %	8,8 %	2,8 %	3,0 %	5,7 %	5,0 %	0,0 %
Wahlbündnisse und -kandidaturen – Inland	0,8 %	2,4 %	3,8 %	3,4 %	3,5 %	8,3 %	4,1 %	4,1 %	8,2 %
Toponomastik	9,5 %	0,2 %	1,9 %	0,7 %	3,5 %	2,3 %	0,0 %	5,0 %	1,0 %
Verkehr	2,7 %	1,5 %	0,0 %	0,0 %	38,9 %	0,0 %	33,3 %	0,0 %	1,0 %
Wahlkampfstrategie	0,6 %	4,4 %	2,5 %	6,1 %	0,7 %	0,8 %	0,0 %	5,0 %	4,1 %
Wahlen, Abstimmungen, Plebiszite – Inland	2,6 %	0,5 %	0,6 %	0,0 %	0,0 %	4,5 %	0,0 %	0,0 %	2,0 %
Diskussionsveranstaltungen	0,0 %	1,7 %	0,0 %	3,4 %	0,0 %	3,8 %	0,0 %	2,5 %	5,1 %
Energie	4,0 %	6,5 %	0,0 %	4,1 %	0,0 %	0,0 %	11,4 %	0,0 %	1,0 %
Bildung	4,3 %	1,9 %	0,0 %	1,4 %	0,0 %	0,0 %	4,9 %	15,7 %	3,1 %

Quelle: eigene Ausarbeitung. Spaltenprozentage der restlichen Themen ergeben 100 Prozent.

partner für die Medien auf. Während der Alto Adige sich vorwiegend an Eva Klotz, die Grande Dame der Süd-Tiroler Freiheit wendet (11,4 Prozent der Nennungen versus 2,9 Prozent in den Dolomiten), sprechen die Dolomiten-RedakteurInnen vor allem mit dem Spitzenkandidaten Sven Knoll – 14,6 Prozent der Nennungen entfallen hier auf die Dolomiten und nur 2,1 Prozent auf den Alto Adige.

Betrachtet man die Themenverteilung der meistgenannten KandidatInnen, so zeichnet sich ein gewisser Trend ab. KandidatInnen sprechen vorwiegend zu Themen, die in ihren Kompetenzbereich fallen bzw. im Falle der Regierungsmitglieder in ihr Ressort. So konzentriert sich Landesrat Thomas Widmann vor allem auf das Thema Verkehr; mit 38,9 Prozent Anteil an seiner Berichterstattung ist es Widmanns Kernthema. Dies hängt mit seiner Rolle als Verkehrslandesrat zusammen. Auch bei Landesrat Florian Mussner nimmt das Thema Verkehr mit einem Drittel einen Großteil seiner Medienpräsenz ein, doch auch die Energie spielt bei Mussner mit 11 Prozent eine große Rolle. So gesehen streut Mussner seine Themenpräsenz deutlich stärker, als dies Landesrat Widmann gemacht hat. Auffallend ist jedoch, dass bei nur wenigen KandidatInnen der Oppositionsparteien eine thematische Kernkompetenz auffällt.

Dello Sbarba	Minniti	Seppi	Pichler Rolle	Klotz	Tschurtschenthaler	Pöder	Balzarini	Mäuse	Knoll	Gesamt
5,5 %	13,6 %	25,0 %	0,0 %	17,1 %	0,0 %	13,0 %	16,7 %	16,0 %	8,3 %	16,1 %
4,4 %	4,9 %	5,3 %	4,2 %	7,1 %	14,3 %	5,6 %	14,8 %	4,0 %	2,1 %	8,1 %
5,5 %	13,6 %	13,2 %	6,9 %	5,7 %	8,9 %	9,3 %	14,8 %	10,0 %	10,4 %	6,2 %
6,6 %	1,2 %	0,0 %	0,0 %	8,6 %	0,0 %	0,0 %	0,0 %	0,0 %	18,8 %	3,5 %
3,3 %	2,5 %	0,0 %	1,4 %	2,9 %	5,4 %	1,9 %	0,0 %	0,0 %	0,0 %	3,5 %
4,4 %	6,2 %	0,0 %	4,2 %	1,4 %	0,0 %	3,7 %	1,9 %	0,0 %	0,0 %	3,5 %
3,3 %	4,9 %	1,3 %	4,2 %	1,4 %	1,8 %	0,0 %	7,4 %	0,0 %	0,0 %	3,5 %
6,6 %	1,2 %	6,6 %	1,4 %	4,3 %	0,0 %	9,3 %	1,9 %	0,0 %	12,5 %	3,4 %
16,5 %	1,2 %	0,0 %	6,9 %	0,0 %	0,0 %	0,0 %	0,0 %	0,0 %	0,0 %	2,5 %
1,1 %	0,0 %	0,0 %	0,0 %	0,0 %	0,0 %	3,7 %	1,9 %	0,0 %	0,0 %	2,2 %

Mit Ausnahme vielleicht von Riccardo Dello Sbarba, der gemessen an seiner Gesamtanzahl der Nennungen mit 16,5 Prozent relativ häufig zum Thema Energie spricht, werden die restlichen OppositionskandidatInnen der 20 meistgenannten KandidatInnen vor allem im Zusammenhang mit metapolitischen Themen genannt: Alessandro Urzì 25 Prozent (Wahlkampfstil), Elena Artioli 32,7 Prozent, Donato Seppi 25 Prozent, Mauro Minniti 13,6 Prozent, Andreas Pöder 13 Prozent, Giorgio Balzarini 16,7 Prozent und Eva Klotz 17,1 Prozent. Dabei fällt auf, dass die metapolitische Berichterstattung in Bezug auf das wichtigste Thema Wahlkampfstil vor allem auf die Berichterstattung des Alto Adige zurückzuführen ist. Bei Artioli zum Beispiel macht dieser Bereich 28,6 Prozent im Alto Adige und 4,1 Prozent in den Dolomiten aus (gemessen an Artiolis Vorkommen in den beiden Zeitungen), bei Seppi ist dies ähnlich. 23,7 Prozent von Seppis Berichterstattung ist metapolitischer Natur im Alto Adige, verglichen mit nur 1,3 Prozent in den Dolomiten. Diese Tendenz stimmt überein mit dem hohen Anteil an metapolitischer Berichterstattung im Alto Adige.

## 6. Frame-Analyse

Im Wechselspiel zwischen PolitikerInnen und Medien sind die beteiligten AkteurInnen in der Lage, in gewisser Weise die transportierten Inhalte zu bestimmen. Medien sind jedoch weit stärker in der Lage zu bestimmen, worüber die BürgerInnen diskutieren sollen, indem sie Themen setzen und über Themen berichten. Der *Agenda-setting*-Ansatz geht davon aus, dass in einer Mediendemokratie, zu der auch Südtirol zählt, die Medien darüber bestimmen können, worüber die BürgerInnen diskutieren und welche Themen die BürgerInnen für wichtig erachten (McCombs, Shaw, Weaver 1997; Lengauer, Pallaver, Pig 2007). Es hat sich in dieser Analyse gezeigt, dass sich zwar die AkteurInnen je nach Medien unterscheiden haben – die Dolomiten als deutschsprachiges Medium berichten vermehrt über deutschsprachige KandidatInnen; der Alto Adige als italienischsprachiges Medium berichtet stärker über italienischsprachige KandidatInnen als über deutschsprachige – nicht jedoch bei der Themenberichterstattung. In beiden untersuchten Medien führen im Themenpräsenzranking metapolitische Wahlkampfthemen vor Sachthemen. Die Bestimmung der medialen Agenda durch die Medien selbst ist eine Möglichkeit, die Berichterstattung zu formen. Eine andere Möglichkeit der JournalistInnen besteht darin, mittels Rahmung (*framing*) eines Beitrages den Deutungsrahmen festzulegen und auf diese Weise zu determinieren, wie ein Beitrag von den WählerInnen interpretiert werden soll. Der *Framing*-Ansatz geht davon aus, dass Medien

durch journalistische Darstellungsmittel mitbestimmen können, wie ein Thema oder ein Ereignis von den LeserInnen einer Zeitung interpretiert werden soll.

Dabei werden zwei Ebenen unterschieden. Auf der ersten Ebene geht es darum, welche Objekte (Themen und AkteurInnen) dargestellt werden; auf der zweiten Ebene geht es um die Art und Weise, wie diese Themen und AkteurInnen dargestellt werden. Mittels formaler und inhaltlicher Mechanismen legen die Medien einen Deutungsrahmen vor, in diesem Falle die Medienberichterstattung in Wahlkampfzeiten (Lengauer, Pallaver, Pig 2007, 106; Lengauer 2005). Insgesamt können mehrere unterschiedliche Rahmungen unterschieden werden.

### 6.1. *Game-/Policy-Frame*

Eine Wahl ist ein Wettkampf der KandidatInnen und Parteien um die Stimmen der WählerInnen, aber auch ein Wettkampf der Meinungen und besten Ideen. So gesehen ist es den JournalistInnen möglich, in ihren Berichten eher auf den Wettkampfcharakter der Wahl, auf das Wettrennen der KandidatInnen um die Stimmen, auf die Spekulationen um den Wahlausgang oder auf die politische Taktik und Strategie der Parteien und KandidatInnen einzugehen. Auf der anderen Seite können sich die JournalistInnen auch darauf beschränken, politische Sachthemen darzustellen und sich auf die Auseinandersetzung der relevanten Themen und Problemlagen zu konzentrieren. Eine vergleichende Untersuchung von Lengauer aus dem Jahre 2007 hat ergeben, dass sich bei den Wahlkämpfen zum österreichischen Nationalrat 1999 und auch 2006 rund die Hälfte der Beiträge um den Wettkampfcharakter drehten. Nur ein Drittel aller Politikbeiträge beschäftigte sich mit sachpolitischen Themen bzw. waren sachpolitisch gerahmt. Lengauer kommt zum Schluss, dass in Wahlkampfzeiten sach- und demokratiepolitische Diskussionen im Schatten des Wahlkampfes selbst stehen (Lengauer, Pallaver, Pig 2007, 124).

**Tabelle 6: *Game-* versus *Policy-*Zentrierung in der Wahlkampfberichterstattung in Dolomiten und Alto Adige (N = 1263)**

	Alto Adige	Dolomiten
eher <i>game-centered reporting</i>	58 %	46 %
eher <i>policy/issue-centered reporting</i>	33 %	46 %
<i>frame</i> ist nicht erkennbar	7 %	6 %
gleichgewichtig	2 %	2 %

Quelle: eigene Ausarbeitung

Die Ergebnisse der vorliegenden Untersuchung stehen damit im Zusammenhang mit den österreichischen und internationalen Untersuchungen. Betrachtet man die gesamte Berichterstattung, so konzentrieren sich 52 Prozent der Beiträge auf den Wettbewerb von KandidatInnen und Parteien um die Gunst der WählerInnen, während sich nur 40 Prozent der Beiträge mit sachpolitischen Themen auseinandersetzen. Im direkten Vergleich zwischen Dolomiten und Alto Adige zeigt sich, dass die Berichterstattung des Alto Adige näher am Schema des österreichischen Wahlkampfes liegt, als es die Berichterstattung in den Dolomiten ist. Diese orientiert sich stärker an der internationalen Tendenz, dass knapp die Hälfte der Berichte sich mit dem Wettbewerb von Parteien und KandidatInnen beschäftigt und die andere Hälfte mit den sachpolitischen Themen (Lengauer, Pallaver, Pig 2007, 124f).

## 6.2. Konflikt-/Konsenszentrierung

Wirtschaftlicher Druck führt bei den Medien zu einer Konzentration der Berichterstattung auf sogenannte *bad news* (Schulz 2010, 70f); Skandale, Unfälle, Kriminelles, Mord und Totschlag im Chronikteil und Konflikte und politische Scharmützel in der Politikberichterstattung sollen für den nötigen kommerziellen Erfolg sorgen. Diese internationale Tendenz gilt in Südtirol nur bedingt. Während beispielsweise für Deutschland und Österreich für die Jahre um 2007 eine Zunahme dieses sogenannten konfrontativen Negativismus festgestellt wurde, war bereits bei der Berichterstattung zu den Landtagswahlen 2008 in Südtirol eine Konfliktzentrierung von unter 30 Prozent der Beiträge festgestellt worden (Tschigg, Pallaver, Vorhofer 2009, 165; Lengauer, Pallaver, Pig 2007, 117ff.). Während in Österreich die negative Berichterstattung bei den Nationalratswahlkämpfen von 1999 auf 2006 zugenommen hat, ging die Konfliktzentrierung in Südtirol sogar etwas zurück. Nur mehr 17 Prozent der Gesamtberichterstattung waren 2013 auf Auseinandersetzung, Konflikt und Streit zwischen den KandidatInnen und Parteien ausgerichtet (Tschigg, Pallaver, Vorhofer 2009, 165).

Gleich geblieben ist im Vergleich zum Landtagswahlkampf 2008 der relativ hohe Prozentsatz an Beiträgen, bei denen der *Frame*-Indikator nicht erkenntlich ist. In den Dolomiten liegt dieser Indikator bei 74 Prozent, beim Alto Adige liegt dieser Wert um genau 10 Prozentpunkte niedriger (Tschigg, Pallaver, Vorhofer 2009, 165).



**Tabelle 7: Konfliktzentrierung in der Wahlkampfberichterstattung in Dolomiten und Alto Adige (N = 1263)**

	Alto Adige	Dolomiten
eher konfliktorientiert	23 %	11 %
eher konsensorientiert	11 %	13 %
Frame-Indikator nicht relevant	64 %	74 %
gleichgewichtig	2 %	2 %

Quelle: eigene Ausarbeitung. Die Prozentangaben wurden auf- bzw. abgerundet.

### 6.3. Persönlichkeits-/issue-Zentrierung

Eine weitere Möglichkeit der Rahmung eines Beitrages stellt der journalistische Fokus auf die Person und die Persönlichkeit einzelner KandidatInnen dar im Unterschied zu einer Fokussierung auf kollektive Institutionen wie Parteien und sachpolitische Themen. Laut Lengauer ist die Zunahme der Personalisierung in der Medienberichterstattung einerseits zwar einer der am häufigsten genannten Indikatoren, gleichzeitig aber einer der am umstrittensten. Langzeitstudien würden nämlich zeigen, dass es im Bereich der massenmedialen Berichterstattung keine solche vermehrte Konzentration der Berichterstattung auf Persönlichkeiten gibt. Eine erhöhte Personalisierung kann man daran festmachen, dass vor allem die SpitzenrepräsentantInnen einer Partei oder einer Institution in der Medienberichterstattung präsent sind, während der Großteil der restlichen KandidatInnen nur sporadisch genannt wird. Wenige politische AkteurInnen werden als Identifikationsfiguren und TrägerInnen der politischen Botschaften benutzt (Lengauer, Pallaver, Pig 2007, 112). Im Gegensatz dazu steht der kollektiv-institutionenzentrierte bzw. *issue*-zentrierte Fokus. Hier konzentriert sich die Berichterstattung einerseits auf Parteien und andere kollektive AkteurInnen und andererseits auf Themen; nicht eine Person steht in diesem Fall im Zentrum der Berichterstattung, sondern das Kollektiv der Partei bzw. der anderen KandidatInnen.

Im Gegensatz zur festgestellten internationalen Tendenz der Fokussierung auf Persönlichkeiten zeigt die vorliegende Untersuchung, dass trotz allem der Fokus in der Berichterstattung zum Südtiroler Landtagswahlkampf auf der Vermittlung von Sachthemen und kollektiven Institutionen lag. Dies kann damit zusammenhängen, dass sich zwar einerseits ein großer Teil der Berichterstattung mit dem Wahlkampf an sich auseinandergesetzt hat, ein beträchtlicher Teil der Berichterstattung sich jedoch mit den alltäglichen Amtsgeschäften der Regierung beschäftigt hat. Bei die-

**Tabelle 8: Imagezentrierung in der Wahlkampfberichterstattung in Dolomiten und Alto Adige (N = 1263)**

	Alto Adige	Dolomiten
eher kollektiv-institutionen- bzw. <i>issue</i> -zentriert	67 %	75 %
eher personen- bzw. imagezentriert	30 %	17 %
<i>Frame</i> -Indikator nicht erkennbar	1 %	8 %
gleichgewichtig	1 %	1 %

Quelle: eigene Ausarbeitung. Die Prozentangaben wurden auf- bzw. abgerundet.

ser Berichterstattung steht jedoch nur in den seltensten Fällen eine Person im Zentrum des Interesses. Zwar hat der Landeshauptmann die neue Kirche eingeweiht, aber der Werdegang und die Schilderung des Baufortschrittes legen eine *Issue*-Zentrierung und Kollektiv-Institutionenzentrierung der Berichterstattung nahe.

## 7. Zusammenfassung

Die Wahlkampfberichterstattung in den beiden großen Südtiroler Tageszeitungen Dolomiten und Alto Adige erweist sich, dem internationalen Trend folgend, als stark auf den Wettbewerbscharakter der Wahl und das Thema der Wahl selbst konzentriert. Ein Trend in Richtung Personalisierung konnte nur bedingt festgestellt werden; den internationalen Trend zum konfrontativen Negativismus gehen die beiden Südtiroler Leitmedien nicht mit. „Der Luis“ (Durnwalder) spielte im Wahlkampf zwar keine große inhaltliche Rolle mehr, als scheidender Landeshauptmann erwies er sich aber als beständige Größe in der Medienberichterstattung. Auf diese Weise kann der Amtsbonus in etwa abgeschätzt werden. Dieser macht fast zwei Drittel der Berichterstattung eines wahlkämpfenden Amtsinhabers aus.

Das politische System in Südtirol bewegt sich entlang der ethnischen Bruchlinie in der Gesellschaft, dasselbe ist beim Südtiroler Mediensystem der Fall. Die Berichterstattung über KandidatInnen und Parteien orientiert sich ebenfalls an diesem Muster. Die Dolomiten berichten vor allem über deutschsprachige KandidatInnen, der Alto Adige hingegen vor allem über italienischsprachige Parteien und KandidatInnen.

Dabei zeigt sich, dass bei den traditionellen Printmedien eine Öffnung hin zur jeweiligen anderen Sprachgruppe nicht stattgefunden hat. Die Analyse hat gezeigt, dass es nicht nur eine unterschiedliche Berichterstattung hinsichtlich der KandidatInnen in den beiden untersuchten Medien gegeben hat, sondern in Teilen auch bei

den Themen. So wurden bestimmte Themen, wie beispielsweise die Verleihung der Staatsbürgerschaft an Marie Mäwe, vor allem vom Alto Adige aufgegriffen, während die Dolomiten hier beide Augen zugeedrückt haben. Zudem zeigt sich, dass sich die Berichterstattung bei den Regierungsmitgliedern sehr stark auf deren Regierungsarbeit konzentriert und Wahlkampfthemen und Wahlkampfveranstaltungen eine eher untergeordnete Rolle gespielt haben. Business as usual, so scheint es, war bei der SVP das Ziel im Wahlkampf. Es scheint so, als ob der Wunsch vorhanden war, die Kontinuität in der politischen Arbeit und die Bilanz der Regierung zu präsentieren und nicht groß Wahlkampf im engeren Sinne zu betreiben.

Diese Darstellung der SVP könnte auch auf die Tendenz der Dolomiten zurückzuführen sein, die Wahlkampfberichterstattung einzuschränken und sie auf das athesiaeigene Wahldiskussionsformat „Leser bewegen das Land“ zu beschränken, wo KandidatInnen aller wichtigen und in der Regel deutschsprachigen Parteien von BürgerInnen zu bestimmten Themen befragt wurden und darüber diskutieren konnten. Der Rest der Berichterstattung konzentrierte sich auf die Regierungsarbeit und deren Erfolge, was sich in der Berichterstattung über Einweihungen und Eröffnungen von Bauten und Ähnlichem festmachen lässt.

Die geringe Präsenz der restlichen KandidatInnen könnte auch damit zusammenhängen, dass sich der Trend hin zu einem Social-Media-Wahlkampf und zum direkten Kontakt mit den WählerInnen auch verstärkt in Südtirol bemerkbar macht. Nicht mehr alle WählerInnen sollten über die Printmedien angesprochen werden, sondern die einzelnen WählerInnen zielgruppenspezifisch bzw. in einem „persönlicheren“ Kontakt über die Social-Media-Kanäle, wobei sich allerdings zeigt, dass sich die Parteien noch schwer damit tun, da sie diese neuen Medienkanäle teilweise wie Verlautbarungsorgane benutzen und sich der Interaktion mit den WählerInnen verweigern (siehe den Beitrag von Isabel Gallmetzer in diesem Band).

Zu untersuchen wäre jedoch noch, ob die zunehmende Konzentration auf Facebook, Twitter & Co. eine Sprengung der ethnischen Fragmentierung zur Folge hatte und folglich jeder in der eigenen Sprache die einzelnen KandidatInnen anschreiben konnte und in der eigenen Sprache auch eine Antwort bekam bzw. ob die KandidatInnen die eigenen Statusmeldungen auf Facebook überwiegend oder abwechselnd zweisprachig gestalten.

---

## Anmerkungen

- 1 Für die Bereitstellung der Ausgaben der beiden Tageszeitungen bedanke ich mich bei den beiden Chefredakteuren Toni Ebner (Dolomiten) und Alberto Faustini (Alto Adige).
- 2 An dieser Stelle möchte ich mich recht herzlich bei Marianna Kastlunger für die Unterstützung bei der Kodierarbeit, bei Andreas Hacker und Günther Lengauer für die technische Mithilfe sowie bei Günther Pallaver für die Mithilfe bei der Sammlung des Datenmaterials bedanken.

---

## Literaturverzeichnis

- Ballensiefen, Moritz* (2009). Bilder machen Sieger – Sieger machen Bilder. Die Funktion von Pressefotos im Bundestagswahlkampf 2005. 1. Auflage, Wiesbaden: Verlag für Sozialwissenschaften
- Hofmann, Wilhelm* (2004). Die politische Kultur des Auges. Der pictorial turn als Aspekt des cultural turn in der Politikwissenschaft, in: *Schwelling, Birgit* (Hg.). Politikwissenschaft als Kulturwissenschaft. Theorien, Methoden, Problemstellungen, Wiesbaden: Verlag für Sozialwissenschaften, 309–334
- Höller, Iris/Pig, Clemens/Vorhofer, Hannes* (2009). Die Tiroler Landtagswahlkämpfe in den Medien. Eine Inhaltsanalyse der Wahlkampfberichterstattung in Nord- und Südtirol, in: *Hämmerle, Kathrin/Plaickner, Peter* (Hg.). Tiroler Jahrbuch für Politik 2008/2009, Wien: Facultas, 151–169
- Landesinstitut für Statistik ASTAT* (2013). Statistisches Jahrbuch für Südtirol. Bozen. [www.provinz.bz.it/astat/download/Jahrbuch\\_2013.pdf](http://www.provinz.bz.it/astat/download/Jahrbuch_2013.pdf) (8.1.2014)
- Landtagswahlen* (2013). Vorzugsstimmen Südtirol insgesamt. [www.provinz.bz.it/vote/landtag2013/results/prefvt\\_ld\\_p7795\\_vg.htm](http://www.provinz.bz.it/vote/landtag2013/results/prefvt_ld_p7795_vg.htm) (20.1.2014)
- Lengauer, Günther* (2005). Die postmoderne Nachrichtenlogik in medienzentrierten Demokratien. Eine transnational-komparative Inhaltsanalyse der massenmedialen Politik- und Wahl-Berichterstattung im deutschen Bundestagswahlkampf 1998, im österreichischen Nationalratswahlkampf 1999 und im US-Präsidentenwahlkampf 2000, politikwissenschaftliche Dissertation, Universität Innsbruck
- Lengauer, Günther/Pallaver, Günther/Pig, Clemens* (2007). Redaktionelle Politikvermittlung in österreichischen Wahlkämpfen, 1999–2006, in: *Plasser, Fritz/Ullram, Peter A.* (Hg.). Wechselwahlen. Analysen zur Nationalratswahl 2006 (Schriftenreihe des Zentrums für Angewandte Politikforschung, 30), Wien: Facultas, 103–151
- Lengauer, Günther/Plasser, Fritz/Seeber, Gilg* (2012). Media Milieus. Politische Informations- und Mediennutzungstypen, in: *Plasser, Fritz* (Hg.). Erfolgreich wahlkämpfen. Massenmedien und Wahlkampagnen in Österreich (Schriftenreihe des Zentrums für Angewandte Politikforschung, 32), Wien: Facultas, 57–87
- Mazzoleni, Gianpiero* (2004). La comunicazione politica, Bologna: Il Mulino

- McCombs, Maxwell/Shaw, Donald L./Weaver, David* (Hg.) (1997). *Communication and democracy. Exploring the intellectual frontiers in agenda-setting theory*, Mahwah, NJ: Lawrence Erlbaum Associates
- Norris, Pippa* (2000). *A virtuous circle. Political communications in postindustrial societies*. Cambridge, UK/New York: Cambridge University Press
- Pallaver, Günther* (Hg.) (2006). *Die ethnisch halbierte Wirklichkeit. Medien, Öffentlichkeit und politische Legitimation in ethnisch fragmentierten Gesellschaften: theoretische Überlegungen und Fallbeispiele aus Südtirol*, Innsbruck/Wien/Bozen: StudienVerlag
- Pallaver, Günther* (2008). *South Tyrol's Consociational Democracy. Between Political Claim and Social Reality*, in: *Woelk, Jens/Palermo, Francesco/Marko, Joseph* (Hg.). *Tolerance through Law. Self Governance and Group Rights in South Tyrol*, Leiden-Boston: Martinus Nijhoff Publishers, 303–327
- Provinz Bozen* (2013). *Landtagswahlen 2013. Vorzugsstimmen Südtirol Gesamt. Scelta Civica per l'Alto Adige-Südtirol*. [www.provinz.bz.it/vote/landtag2013/results/prefvt\\_ld\\_p7797\\_vg.htm](http://www.provinz.bz.it/vote/landtag2013/results/prefvt_ld_p7797_vg.htm) (4.2.2014)
- Schulz, Winfried* (2010). *Politische Kommunikation. Theoretische Ansätze und Ergebnisse empirischer Forschung*, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften
- Tschigg, Heinz/Pallaver, Günther/Vorhofer, Hannes* (2009). *Der Medienwahlkampf. Akteure und Themen in der Logik einer ethnisch getrennten Berichterstattung*, in: *Pallaver, Günther/Kager, Thomas* (Hg.). *Politika 09. Jahrbuch für Politik*. Bozen: Edition Raetia, 145–172

## Abstracts

### **Nessuna apertura in vista – etnicamente frammentata la cronaca delle elezioni provinciali del 2013**

Per quanto riguarda il resoconto della campagna elettorale presentato dai media, l'Alto Adige si muove in maniera sempre più marcata lungo il solco tracciato a livello internazionale le cui linee guida sono caratterizzate in primo luogo da una grande attenzione ai temi metapolitici che ruotano in primis intorno alla campagna elettorale ed alla sua logica intrinseca. Sebbene il Presidente della Provincia uscente, Luis Durnwalder, non si sia candidato alle recenti elezioni provinciali, egli conquista ancora il gradino più alto del podio nella classifica delle presenze mediatiche. Al secondo posto segue, come c'era da attendersi, il suo successore alla carica di Presidente della Provincia, Arno Kompatscher.

In relazione al resoconto delle elezioni riportato separatamente dai due organi mediatici presi in esame dal presente studio – l'“Alto Adige” per il gruppo linguistico italiano e il “Dolomiten” per il gruppo linguistico tedesco – non si nota alcuna apertura nei confronti dell'altro gruppo linguistico. La cronaca elettorale rimane, come nel passato, etnicamente frammentata.

## Degun mëterman da udëi – cronica etnicamënter spartida dla veles dl Cunsëi provinziel 2013

Per cie che à da nfé cun la reportajes ti media se muev Südtirol for deplù te eghes inter-nazionaleles y ie senieda da una na pert da na cunzentrazion sterscia de tematiches meta-politiches che raïda dantaldut ntëur ala campania de vela y si logica. Nce sce l sëurastant Luis Durnwalder ne se à nia plu prejentà pra la veles ruvel mpo mo a cë dla tlassifica dla prejënzes. Sun l segundo post vën docà, coche n se l aspitova, si suzessëur tla ncëria de sëurastant dla provinzia, Arno Kompatscher. N referimënt ala reportajes aldò dla grupes de rujenedes vëniel ora ti doi media tëuc n cunscidrazion *Alto Adige* y *Dolomiten* che i ne se gëura nia ti cunfronc dl'otra grupa de rujeneda. La reportajes resta for mo spartides etnicamënter.

### No opening in sight – Ethnically fragmented reporting on the 2013 province elections

With regard to media coverage, South Tyrol is moving increasingly in international waters and is characterized on the one hand by a strong focus on metapolitical issues, which primarily revolve around the election campaign and its own logic. Although Province Governor Luis Durnwalder is no longer on the ballot, he still occupies the top spot on the podium when it comes to the media-presence rankings. In second place, as might be expected, is his successor in the office of province governor: Arno Kompatscher. Concerning media coverage, which is split according to language group, both media outlets studied – the *Alto Adige* and the *Dolomiten* – show no signs of opening up towards the other language group. Media reporting remains fragmented along ethnic lines.





Isabel Gallmetzer

# Der Wahlkampf der Parteien im Internet

## Soziale Netzwerke und die neuen Möglichkeiten der Interaktion

### 1. Einleitung

„Im Internet wird sicher nichts entschieden – aber ohne Internet auch nicht“, sagte Michael Mühlberger, Geschäftsführer einer Kommunikationsagentur in Bozen, der Tageszeitung Dolomiten vor den Landtagswahlen 2013 in Bezug auf die Bedeutung von sozialen Netzwerken in Wahlkämpfen.<sup>1</sup>

In der Tat wird die Rolle des Internets und der sozialen Medien in Wahlkämpfen und allgemein in der politischen Kommunikation kontrovers diskutiert (vgl. Jungherr/Schoen 2013). Abseits der wissenschaftlichen Diskussion zeichnet sich jedoch in vielen Ländern der Trend einer immer stärkeren Nutzung des Internets, insbesondere sozialer Netzwerke, als Wahlkampfmedium und darüber hinaus ab. Besonders interessant für Parteien ist diese Kommunikationsarena aufgrund der steigenden Internetnutzung und der Möglichkeit, von den herkömmlichen Medien ungefiltert, besonders vor Wahlen, neue WählerInnen anzusprechen und SympathisantInnen zu mobilisieren. Ein besonderes Merkmal dieser neuen technischen Möglichkeiten sind die erweiterten Interaktionsmöglichkeiten zwischen politischen

AkteurInnen und BürgerInnen, die laut ExpertInnen jedoch noch relativ wenig ausgeschöpft werden.

Seit dem erfolgreichen Onlinewahlkampf von Barack Obama im Jahr 2008 sind Wahlkämpfe ohne soziale Netzwerke nur mehr schwer vorstellbar. In Südtirol bietet sich nun erstmals die Möglichkeit, den Einsatz von sozialen Netzwerken durch Parteien in einem Landtagswahlkampf zu untersuchen.

## **2. Untersuchungsgegenstand und Methode**

Die Fragestellung dieses Beitrages lautet, ob und wie Südtiroler Parteien das Internet und insbesondere soziale Netzwerke im Landtagswahlkampf 2013 eingesetzt haben. Besonderes Augenmerk wird dabei auf die Interaktionsmöglichkeiten gelegt.

Untersucht werden die Onlineaktivitäten jener neun Parteien, die bei der Wahl zum Landtag am 27. Oktober 2013 den Einzug in den Landtag geschafft haben. Nach Stimmenstärke sind dies: Südtiroler Volkspartei (SVP), Die Freiheitlichen, Verdi-Grüne-Vërc/Sel (Grüne), Süd-Tiroler Freiheit (STF), Partito Democratico – Demokratische Partei (PD), Forza Alto Adige – Lega Nord – Team Autonomie (Team Autonomie), Movimento 5 Stelle (M5S), Bündnis Bürgerunion – Ladins Dolomites – Wir Südtiroler (BürgerUnion) und L'Alto Adige nel cuore. Bei den Wahlbündnissen werden nur jene Parteien untersucht, die seit den letzten Wahlen im Landtag vertreten sind.

Bevor die Untersuchungsergebnisse vorgestellt werden, soll aufgezeigt werden, welche Bedeutung dem Internet und den sozialen Netzwerken in der politischen Kommunikation, insbesondere zu Wahlzeiten, zugeschrieben werden und wie diese funktionieren. Der untersuchte Zeitraum geht vom 27.9.2013 bis zum 27.10.2013 und wird also auf die „heiße Phase“ (Woyke 2005, 110) im Wahlkampf beschränkt. Der Vergleich ergibt sich durch die Darstellung der Onlineaktivitäten der verschiedenen Parteien und weniger als Vergleich von Phasen vor und nach der Wahl. Dies auch deshalb, da einige Parteien zu unterschiedlichen Zeitpunkten Vorwahlen hatten und somit ein „erster“ Wahlkampf bereits Anfang 2013 stattgefunden hat.

Besonderes Augenmerk der Analyse liegt bei den sozialen Netzwerken, da diese in Südtirol erstmals in einem Wahlkampf verbreitet eingesetzt wurden und eine neue Art der Interaktion zwischen Parteien und BürgerInnen darstellen. Untersucht werden die Aktivitäten auf Facebook, Twitter und YouTube, da diese von den meisten untersuchten politischen AkteurInnen verwendet werden. Auch die Homepages der Parteien werden auf Interaktionsmöglichkeiten mit den WählerInnen untersucht.

Die einzelnen Auftritte auf Facebook, Twitter und YouTube wurden vorrangig durch Links auf den Parteiseiten identifiziert.

Zusätzlich wurden alle im Landtag vertretenen Parteien zur Betreuung der Profile der Parteien in den sozialen Netzwerken befragt. Die Fragen wurden den Parteien, wo dies möglich war, via Facebook gestellt. Die SVP, die Freiheitlichen, die Grünen, die STF, das Team Autonomie sowie der M5S haben innerhalb 24 Stunden geantwortet, die BürgerUnion eine Woche später. Vom PD und dem L'Alto Adige nel cuore kam keine Rückmeldung.

### 3. Das Internet und die sozialen Netzwerke in Wahlkämpfen

#### 3.1. Geschichtlicher Abriss

In der Politikwissenschaft ist die Analyse von Wahlkämpfen ein Teilbereich der Parteien- bzw. der politischen Kommunikationsforschung. Ausgehend vom angelsächsischen Raum, wo dieser Forschungszweig eine längere Tradition besitzt, hat dieser in den letzten Jahrzehnten auch im deutschsprachigen Raum stark an Bedeutung gewonnen, fristet aber im Vergleich zu anderen politikwissenschaftlichen Forschungszweigen noch immer eher ein Schattendasein (vgl. Lewandowsky 2013, 16; Schulz 2008).

Ab den 50er-Jahren bildeten neue elektronische Medien wie das Fernsehen und das Radio ein verändertes Medienumfeld, über welches politische Kommunikation möglich war. Die Rolle der Medien als *Gatekeeper* zwischen Politik und BürgerInnen und ihr Einfluss auf die Meinungsbildung der WählerInnen lagen damals im Fokus der politischen Kommunikationsforschung (vgl. Schulz 2008, 14ff). Mit Aufkommen des Internets entstand eine neue Kommunikationsarena, die seit Ende der 1990er-Jahre in Deutschland und in anderen Ländern auch für den Wahlkampf genutzt wird (vgl. Unger 2012, 16). Seitdem ist die zunehmende Bedeutung des Internets in der wissenschaftlichen Forschung unbestreitbar. Ab dem Jahr 2000 sind mehr wissenschaftliche Artikel zum Zusammenhang von Internet und Wahlkampf als zum Zusammenhang von Fernsehen und Wahlkampf veröffentlicht worden (vgl. Jungherr/Schoen 2013, 3).

Die Anfänge der politischen Kommunikationsprozesse im Internet konzentrierten sich, auch aufgrund der damaligen technischen Möglichkeiten, auf Informationsverbreitung. Dies war ein *Top-down*-Prozess. In Folge gab es Entwicklungen zu einer verstärkten Miteinbeziehung der BürgerInnen, die auch Kommunikations-

flüsse von unten nach oben (*bottom-up*) zuließen (vgl. Eilders 2006, 285). Die Entwicklung gipfelte 2005 im Web 2.0 oder *social web* (Rottbeck 2013, 81), deren Kernelemente Dialogizität und Ko-Produktion darstellen. Es war nun auch Mehrwegekommunikation (*many-to-many*) möglich (vgl. Jungherr/Schoen, 20). Die Interaktivität wurde zum Schlagwort. In der Wissenschaft wird kontrovers diskutiert, inwieweit diese neue Kommunikationsform auch zu einer verstärkten politischen Partizipation der BürgerInnen führen kann. Eine Studie diesbezüglich kam zum Ergebnis, dass die meisten NutzerInnen sogenannte *joiners* oder *spectators* seien, die sich nicht aktiv in die Netzöffentlichkeit einbringen, sondern weiterhin vorrangig Informationen beziehen (vgl. Rottbeck 2013, 89).

Vor allem die Tatsache, dass im Internet ungefilterte Kommunikationsflüsse zwischen Parteien und BürgerInnen stattfinden können, machen dieses Instrument für politische AkteurInnen interessant. Zudem kann in sozialen Medien zielgruppenorientiert, kostengünstig und mit großen Reichweiten kommuniziert werden. Außerdem sind die Internetnutzungszahlen und damit auch die NutzerInnen der sozialen Netzwerke in den letzten Jahren rapide angestiegen (vgl. Jungherr/Schoen 2013).

Unbestritten hat der innovative Onlinewahlkampf von Barack Obama im US-Präsidentenwahlkampf im Jahr 2008 erheblich dazu beigetragen, dass sich die politischen AkteurInnen mit der Nutzung neuer Onlinekommunikationskanäle verstärkt auseinandersetzten. Zudem hat eine Professionalisierung der politischen Kommunikation stattgefunden: Immer mehr Parteien lassen sich von KommunikationsexpertInnen beraten und bauen ihren Wahlkampf nach marketingstrategischen Prinzipien auf (vgl. Plasser/Plasser 2012, 28). Auch werden Wahlkampagnen immer öfter auf die SpitzenkandidatInnen zugeschnitten. Diese Tendenzen in der Wahlkampfführung (und darüber hinaus) werden häufig unter dem Begriff „Amerikanisierung“ zusammengefasst. Darin finden sich die Kampagnenelemente Mediatisierung, Personalisierung und Professionalisierung. Neben diesen drei Hauptmerkmalen der Amerikanisierungsthese gibt es noch spezielle Aspekte wie gezieltes Ereignis- und Themenmanagement usw. (vgl. Plasser/Plasser 2012). Dabei wird die Amerikanisierungsthese in der Wissenschaft sehr kontrovers diskutiert, da oftmals von einer von Amerika unabhängigen Modernisierung der Wahlkämpfe durch die Erschließung Neuer Medien gesprochen wird und deshalb ebenso gut von einem modernen und nicht zwingend „amerikanisierten“ Wahlkampf gesprochen werden kann. Holtz-Bacha (2002, 23) sieht das Hauptmerkmal dieser Veränderung der Wahlkampfführung in der Professionalisierung; die Personalisierung und Mediatisierung seien lediglich eine Folge davon. Auch Plasser (2012, 36) sieht die veränderten Wahlkampfstrategien weniger als Amerikanisie-

rung, sondern ebenso als Folge der Modernisierung des Mediensystems und des generellen politischen und sozialen Wandels. Somit stehen sich in der Literatur der Modernisierungsansatz und die Amerikanisierungsthese gegenüber (vgl. Plasser/Plasser 2012, 37). Beide gehen jedoch davon aus, dass diese neuen Wahlkampfelemente zuallererst in Amerika angewandt wurden und daraufhin auch von anderen Ländern übernommen worden sind. Filzmaier hält diesbezüglich Folgendes fest: „Unzweifelhaft hat die fortschreitende Mediatisierung, Personalisierung und Professionalisierung die Logik politischer Prozesse und des politischen Wettbewerbs weltweit nachhaltig beeinflusst“ (Filzmaier 2006, 45).

Wahlkämpfe haben sich auch aus anderen Gründen verändert: In Europa ist seit den 70er-Jahren die Bindung zwischen WählerInnen und Parteien/PolitikerInnen instabiler geworden. Die aufgeweichten Spaltungslinien (wie Zentrum-Peripherie, Arbeiter-Kapitaleigentümer und andere) veränderten die Parteiensysteme nachhaltig. Die WählerInnen wurden volatiler und die Wahlbeteiligung ging in vielen Staaten stetig zurück. Dies hatte großen Einfluss auf die Strategien und Organisation der Wahlkämpfe (vgl. Saalfeld 2007, 118f). Pippa Norris nennt in diesem Zusammenhang vier Einflussfaktoren auf die Wahlkampfpraktiken: das gesetzliche Umfeld, das Wahl- und Parteiensystem, das Mediensystem und die WählerInnenenschaft (vgl. Plasser/Plasser 2012, 110).

Die wissenschaftliche Diskussion über soziale Netzwerke hat in Deutschland im Rahmen der Bundestagswahl 2009 und in Österreich besonders seit den Nationalratswahlen 2013 an Bedeutung gewonnen. Zudem sind zahlreiche Onlineplattformen entstanden, die die Sozialen-Netzwerk-Aktivitäten von Parteien und PolitikerInnen erheben (z. B. Pluragraph.de, socialmediaradar.at).

### 3.2. Soziale Netzwerke

Unter dem Begriff soziale Netzwerke werden elektronische Kommunikationsmittel verstanden, die einen zeitnahen und ortsungebundenen Austausch von Informationen und Meinungen zwischen den NutzerInnen ermöglichen (vgl. Gärtner 2008). Prominente Beispiele dafür sind Facebook, Twitter und das Videoportal YouTube.

Die Einflüsse und Veränderungen dieser neu entstandenen Kommunikationsarena auf die gesellschaftliche Kommunikation werden unterschiedlich eingeschätzt. Ein wichtiger Punkt in diesem Zusammenhang ist, dass neben der Verbreitung von Informationen vor allem der Austausch von Meinungen in einem webbasierten sozialen Kontext im Mittelpunkt steht (vgl. Unger 2012, 67).

Immer mehr Menschen nutzen soziale Netzwerke auch für politische Zwecke, das heißt, dass entweder über Politik gesprochen wird, man direkt mit den politischen AkteurInnen in Kontakt tritt oder dass politische Missstände an die Öffentlichkeit getragen werden (vgl. Rottbeck 2013, 102).

Bei sozialen Netzwerken wird auch von einer „empfehlungsbasierten Kommunikation“ (Unger 2012, 68) gesprochen, da man auf die Aktivitäten befreundeter NutzerInnen automatisch aufmerksam gemacht wird (vgl. Jungherr/Schoen 2013, 141). Dadurch können enorme Reichweiten erzielt werden. Dieser euphorischen Ansicht steht jene Meinung gegenüber, die besagt, dass die Reichweiten zwar groß sein können, aber vorrangig AnhängerInnen und SympathisantInnen in ihrer bestehenden Meinung gestärkt werden (vgl. Schulz 2008, 243).

Bevor auf das Netzverhalten in Südtirol eingegangen wird, sollen in aller Kürze einige Informationen zu den relevanten sozialen Netzwerken Facebook, Twitter und YouTube gegeben werden.

Facebook wurde im Jahr 2004 in den USA entwickelt und wird mittlerweile von über einer Milliarde Menschen genutzt. 2013 nutzten in Deutschland 32 Prozent und in Österreich sowie in Italien 40 Prozent der InternetnutzerInnen dieses soziale Netzwerk (AllFacebook.de 2013).

Auf Facebook kann zwischen einem persönlichen Profil, einer Fanseite und einer Gruppe unterschieden werden. Die Vernetzung zwischen den NutzerInnen erfolgt über ihr Profil durch das beidseitige Einverständnis, eine Facebook-Freundschaft einzugehen. Bei einer Facebook-Seite hingegen ist dies ein einseitiger Vorgang. Der/die NutzerIn drückt die „Gefällt mir“-Schaltfläche (*like button*) und wird damit Fan der Seite. Bei beiden Varianten wird man über die Aktivitäten auf der gelikten Seite oder dem befreundeten Profil automatisch informiert. Außerdem können Statusmeldungen der Seiten bzw. der ProfilbetreiberInnen auf den jeweiligen Pinnwänden geteilt, kommentiert und gelikt werden. Das Hochladen von Videos und Fotos sowie Links sind möglich. Facebook sieht persönliche Profile für Privatpersonen und öffentliche Seiten für andere Gruppen vor, z. B. für Unternehmen, Organisationen und nicht zuletzt auch für PolitikerInnen. Die Seite bietet gegenüber einem Profil folgende zusätzliche Möglichkeiten: Die Anzahl der Fans ist unbeschränkt (bei einem Profil sind 5.000 Freunde die Obergrenze), es besteht die Möglichkeit, das NutzerInnenverhalten statistisch auszuwerten sowie die eigene Fanseite gegen Bezahlung zu bewerben. Kürzlich hat FacebookBerlin einen eigenen Leitfaden für PolitikerInnen veröffentlicht (Facebook 2013).

Twitter ist ein Kommunikationsnetzwerk, bei dem Kurznachrichten (*tweets*) mit maximal 140 Zeichen öffentlich verbreitet werden. Diese Tweets können auch

an bestimmte Personen gerichtet sein (@Nachrichten) oder mit Schlagworten (*#hashtags*) versehen werden, die eine bessere Auffindbarkeit gewährleisten sollen. Tweets können als *retweet* ebenso geteilt oder mit einem eigenen Tweet kommentiert werden. Ein Twitter Account kann abonniert werden; damit wir man ein sogenannter *follower*. Weltweit gibt es 200 Millionen NutzerInnen. Dieser Kommunikationskanal wird besonders von PolitikerInnen, JournalistInnen und FachexpertInnen genutzt.

Bei YouTube kann ein YouTube-Kanal eingerichtet werden, auf dem Videos hochgeladen werden können. Diese Videos können, sofern aktiviert, von anderen NutzerInnen kommentiert werden. Der Kanal kann zudem von anderen NutzerInnen abonniert werden.

Dass Parteien verstärkt soziale Netzwerke nutzen, lässt sich am besten damit erklären, dass die NutzerInnenzahlen in den letzten Jahren rasant angewachsen sind. Im Jahr 2012 lag der Anteil der Südtiroler Bevölkerung, der das Internet nutzte, bei 64,3 Prozent (ASTAT 2013). Davon nutzten 30,6 Prozent das Internet täglich und 24,9 Prozent mindestens einmal in der Woche. Im Vergleich zu Österreich (Anteil von 80 Prozent laut Statistik Austria 2013) und zu Deutschland (Anteil von 77 Prozent laut Destatis 2012) ist die Nutzung von Internet in Südtirol weniger verbreitet. Die Nutzung in Südtirol liegt aber deutlich höher als in Italien (Anteil von 52,5 Prozent laut ISTAT 2012).

Die Zunahme der Internetnutzung in Südtirol seit 2008 beträgt 9,1 Prozent. Die Gruppe jener Personen, die das Internet nie nutzen, ist deutlich gesunken, und zwar von 44,7 Prozent (2008) auf 35,5 Prozent der Bevölkerung.

Die häufigsten InternetnutzerInnen sind wie im Jahr 2008 weiterhin die 14- bis 39-Jährigen. Innerhalb dieser Gruppe ist der Anteil der täglichen NutzerInnen von 32,7 Prozent (2008) auf 52 Prozent gestiegen. Dem internationalen Trend entsprechend sind unter den NutzerInnen auch in Südtirol mittlerweile die Jüngeren und Älteren ebenfalls verstärkt zu finden. 2008 lag der Anteil an Personen über 66 Jahren, die das Internet nicht nutzten, bei 84 Prozent, 2012 betrug dieser Anteil 75,8 Prozent. 15,4 Prozent der 60- bis 65-Jährigen surfen mittlerweile täglich im Internet. Bei den unter 14-Jährigen sank der Prozentanteil der NichtnutzerInnen um 18,6 Prozent auf 36 Prozent. Täglich sind 14,4 Prozent dieser Altersgruppe im Internet unterwegs (2008: 5,5 Prozent). Die Diffusion bei älteren Jahrgängen sei nach Meinung von Schulz (2008, 242) lediglich eine Frage der Zeit. Jüngere NutzerInnen, sogenannte *digital natives*, die mit dem Internet aufwachsen, haben zudem weniger Hemmungen, private Dinge im Internet zu teilen (vgl. Rottbeck 2013, 80).

Wie 2008 besteht weiterhin ein Zusammenhang zwischen Bildungsgrad und Nutzungsgrad des Internets. Je höher der Bildungsgrad, desto höher der Anteil der InternetnutzerInnen. Innerhalb der Erwerbskategorien fällt auf, dass besonders die Zahl der Hausfrauen, die das Internet nicht nutzen, von 73,2 Prozent (2008) auf 52,6 Prozent, stark gesunken ist.

Die Nutzung von sozialen Netzwerken stellt sich in den verschiedenen Ländern wie folgt dar. In Südtirol nutzen 40 Prozent der InternetnutzerInnen soziale Netzwerke, in Österreich 46 Prozent (Statistik Austria 2013), in Deutschland sind es 53 Prozent (Destatis 2012) und in Italien 51,2 Prozent (ISTAT 2012). Wie in den anderen Ländern auch werden die sozialen Netzwerke vor allem von den jüngeren Altersgruppen genutzt.

Angesichts dieser Zahlen ist es nachvollziehbar, dass politische Parteien und ihre KandidatInnen auch im Internet und in den sozialen Netzwerken den WählerInnenkonsens suchen.

#### **4. Südtiroler Parteien im Internet und in den sozialen Netzwerken**

Nach Meinung von Unger (2012, 67) haben die Profile in den sozialen Netzwerken die Homepages der Parteien als Anlaufstelle für an politischen AkteurInnen interessierte BürgerInnen abgelöst. Mittlerweile wurden die Parteihomepages zwar um partizipatorische Elemente erweitert, doch nehmen die Auftritte in den sozialen Medien eine wichtigere Rolle in der politischen Kommunikation ein. Nunmehr stellen Homepages vorrangig eine „multifunktionelle Drehscheibe“ (Rußmann 2012, 191) dar, die vor allem Links zu den sozialen Profilen herstellen sollen. Bevor die Aktivitäten in den sozialen Netzwerken untersucht werden, gilt es dennoch, mögliche neue partizipatorische Funktionen auf den Webseiten zu identifizieren.

##### **4.1. Homepages der Parteien**

Wie in den meisten westeuropäischen Ländern richteten auch die im Rahmen dieser Arbeit untersuchten Südtiroler Parteien Ende der 1990er-Jahre eine Homepage ein. 1998 schalteten die SVP und die Grünen ihre Homepage frei, ein Jahr später folgten die Freiheitlichen. Die Süd-Tiroler Freiheit hat seit der Abspaltung von der Union für Bürger (heute BürgerUnion) im Jahr 2007 eine eigene Homepage



online gestellt, wie auch der PD nach der Neugründung im selben Jahr (Steiner/Kager 2009, 184). Mittlerweile haben alle im Landtag vertretenen Parteien eine eigene Webseite.<sup>2</sup>

Parteien nutzten anfangs Webseiten ausschließlich dazu, um Informationen zu verbreiten (Rußmann 2012, 192). Auch die Südtiroler Parteiseiten hatten im Wahlkampf von 2008 primär informativen Charakter (vgl. Steiner/Kager 2009). Informationen, die den Wahlkampf betreffen (Wahlprogramm, KandidatInnenvorstellung), sind von den Homepages aller Parteien abrufbar. Inhalte, die darüber hinausgehen, variieren in nur geringem Ausmaß. Über einzelne Parteiseiten (SVP bei Landtagsblog, Grüne, STF, Team Autonomie) kann ein Newsletter abonniert werden. Auch finden sich bei allen Parteiseiten Links zu den sozialen Netzwerken. Vor allem im Rahmen der vor Wahlkämpfen üblichen Überarbeitung von Webseiten wurde 2013 die Verlinkung zu den eigenen Profilen in den sozialen Netzwerken ausgebaut.

Zur Mobilisierung von AnhängerInnen über die Parteiwebseiten kann angeführt werden, dass auf den Seiten der SVP, der Grünen, der STF und des M5S eine Anleitung aufscheint, wie für die Partei gespendet werden kann. 2008 spielte dieses *online fundraising* noch keine Rolle (Steiner/Kager 2009, 196). Auch Online-shops sind mittlerweile auf den Seiten von Team Autonomie, STF und der SVP eingerichtet worden. Zudem finden sich auf einigen Parteiseiten Informationen, wie man aktiv den Wahlkampf unterstützen kann. Die Beantragung von Onlinemitgliedschaften war hingegen schon 2008 möglich.

Auf den verschiedenen Webseiten sind auch Möglichkeiten für die inhaltliche Partizipation der NutzerInnen eingerichtet worden. Die Parteiseiten der Freiheitlichen, der Grünen, des Teams Autonomie und des M5S bieten die Möglichkeit, veröffentlichte Beiträge zu kommentieren. Auf der Seite von L'Alto Adige nel cuore müssen sich die NutzerInnen dazu zuerst registrieren. Im Wahlkampfsjahr 2008 war die Feedbackfunktion für Textbeiträge bereits bei allen untersuchten Parteien mit Ausnahme der Grünen und der SVP eingebaut (Steiner/Kager 2009, 196). Mittlerweile ermöglichen auch die Grünen diese Funktion auf ihrer Homepage, während die SVP dies lediglich im eigens für die Landtagswahlen eröffneten KandidatInnenblog (<http://landtagswahl.svp.eu/>) anbietet. Einige der KandidatInnen haben diese Funktion allerdings deaktiviert.

Fünf Parteien (SVP, Grüne, STF, PD, L'Alto Adige nel cuore) haben die Homepage der RSS-Technik angepasst. Dies erlaubt den UserInnen, durch Klicken eines Icons ständig über Änderungen und neue Beiträge auf der Homepage informiert zu werden. Diese Parteiseiten sind somit als Newsseiten aufgebaut.

Die Parteiseite kann auch als Instrument für die Mitbestimmung der Mitglieder dienen. Das Wahlprogramm der SVP ist zum Beispiel nach eigenen Angaben das „Ergebnis eines breiten Diskussionsprozesses“ (Wahlprogramm SVP 2013, 3). Im Wahlkampf konnte offline bei Gesprächen sowie online mittels einer Onlineumfrage, bei der 1.500 Anregungen gesammelt wurden, Einfluss auf das Wahlprogramm ausgeübt werden (Mitbestimmen in der Südtiroler Volkspartei 2013).

Durchwegs vielfältig sind auch die Sprachen, in denen die Inhalte der Parteiseiten potentiellen WählerInnen angeboten werden. Die Freiheitlichen betreiben ihre Homepage ausschließlich in deutscher Sprache. Die Verfassung für den von ihnen vorgeschlagenen Freistaat liegt zusätzlich auf Italienisch und Englisch vor. Auch die BürgerUnion bietet ihre Seite nur auf Deutsch an, L'Alto Adige nel cuore hingegen nur auf Italienisch. Die STF-Seite stellt Informationen zur Geschichte der Bewegung sowie zum Selbstbestimmungsrecht auf Deutsch, Italienisch, Ladinisch, Grödnerisch, Englisch, Spanisch und Slowenisch sowie im Dialekt des Veneto zur Verfügung. 2008 beschränkte sich dieses Sprachangebot noch ausschließlich auf Deutsch. Die SVP bietet, wie bereits 2008, einen historischen Abriss, Informationen zur Organisationsstruktur und das Wahlprogramm auch auf Italienisch, Englisch und Ladinisch an. Die SVP, die Grünen und das Team Autonomie bieten ihre Homepage mit sämtlichen Inhalten sei es in einer deutschen als auch in einer italienischen Version an. Der M5S bietet einige Information zweisprachig an, einige ausschließlich auf Italienisch.

Internetseiten werden aber nicht nur dazu verwendet, eigene Inhalte darzustellen, sondern auch dazu, die Inhalte anderer zu kritisieren. Hauptziel von *negative campaigning* ist es, den politischen Gegner negativ darzustellen. Ein Vorteil dabei ist die große Aufmerksamkeit, die solche Kampagnen erregen, doch können sich solche Wahlkampfinstrumente auch als erfolglos herausstellen, und zwar dann, wenn eine Solidarisierung mit den Angegriffenen entsteht oder die Politikverdrossenheit gefördert wird. Außerdem sind eher StammwählerInnen und weniger WechselwählerInnen durch eine solche Art von Wahlkampf ansprechbar. Dieses Wahlkampfinstrument stammt aus den USA der 1960er-Jahre und war in Europa seit jeher weniger stark ausgeprägt (Filzmaier 2006, 34ff).

Wie bereits 2008 hat die BürgerUnion auch anlässlich der Landtagswahlen 2013 eine Negativkampagne gestartet. Die Partei hat mit [www.systemedelweiss.org](http://www.systemedelweiss.org) eine Webseite eingerichtet, in der auf einer Timeline das sogenannte „politische Sündenregister“ der SVP in der Legislaturperiode von 2008 bis 2013 aufgelistet ist. Ein weiteres Beispiel ist der YouTube-Kanal des freiheitlichen Landtagsabgeordneten Sigmar Stocker („Sigmar Stocker TV“).

## 4.2 Die Parteien in den sozialen Netzwerken

Die Präsenz der Parteien in sozialen Netzwerken spielte im Landtagswahlkampf 2008 noch so gut wie keine Rolle. Keine der untersuchten Parteien hatte zu diesem Zeitpunkt eigene Auftritte bei Facebook oder Twitter. Allerdings waren SVP und STF bereits mit YouTube-Kanälen im Internet präsent, die unter anderem für die Verbreitung von Wahlwerbespots verwendet wurden. Die SVP hatte mit dem „EdelweissTV“ auf YouTube ein innovatives Format gefunden, welches jedoch von Einwegkommunikation gekennzeichnet war (keine Kommentarfunktion).

Wie nachfolgend dargestellt, hatten zum Zeitpunkt der Landtagswahl 2013 alle Parteien einen eigenen Auftritt bei Facebook.<sup>3</sup> Auch Twitter und YouTube werden stark in Anspruch genommen. Präsent sind die Parteien beispielsweise aber auch bei Google+ und Soundcloud (Audioportal). Die folgende Tabelle gibt eine Übersicht über jene sozialen Netzwerke, in denen zumindest zwei der untersuchten Parteien vertreten sind:

**Tabelle 1: Die Parteien in sozialen Netzwerken (Stand: 1.1.2014)**

	Facebook	Twitter	YouTube	Google+	Soundcloud
SVP	X	X	X		
Die Freiheitlichen	X	X	X		
Grüne	X	X	X	X	
STF	X	X	X	X	X
PD	X	X	X	X	
Team Autonomie	X				
M5S	X		X		
BürgerUnion	X	X	X		X
L'Alto Adige nel cuore	X	X			

Quelle: eigene Darstellung

Die SVP nahm für ihren Auftritt in den sozialen Medien externe Expertise in Anspruch. So hat die SVP auf Nachfrage mitgeteilt, im Zeitraum von 2011 bis 2013 mit einem freiberuflichen Mitarbeiter, der sich wiederum von Experten beraten ließ, ein Konzept für die Nutzung sozialer Medien für die politische Kommunikation erarbeitet zu haben. Auch im Wahlkampf wurde auf die Hilfe des freiberuflichen Mitarbeiters zurückgegriffen. Auch die BürgerUnion nahm externe

Unterstützung in Anspruch. Bei den Grünen wurden die sozialen Netzwerke im Wahlkampf mit der Unterstützung von kundigen KandidatInnen betreut.

Die Betreuung der sozialen Netzwerke erfolgt bei den Grünen und der SVP über das Parteibüro in Teamarbeit. Bei der BürgerUnion erfolgt die Betreuung durch Parteifunktionäre und freie Mitarbeiter. Bei den Freiheitlichen ist der Generalsekretär der Partei dafür verantwortlich. Bei der STF, dem Team Autonomie und dem M5S erfolgt dies in Teamarbeit von Parteimitgliedern. Die Situation bei den anderen Parteien konnte nicht in Erfahrung gebracht werden.

#### *4.2.1 Facebook*

Im Wahlkampf zur Landtagswahl 2013 waren alle Parteien auf Facebook vertreten. 2008 war hier noch keine Partei präsent gewesen. Die Freiheitlichen eröffneten 2009 als erste Partei ein Profil, die anderen Parteien (außer den später gegründeten) folgten ein Jahr später.

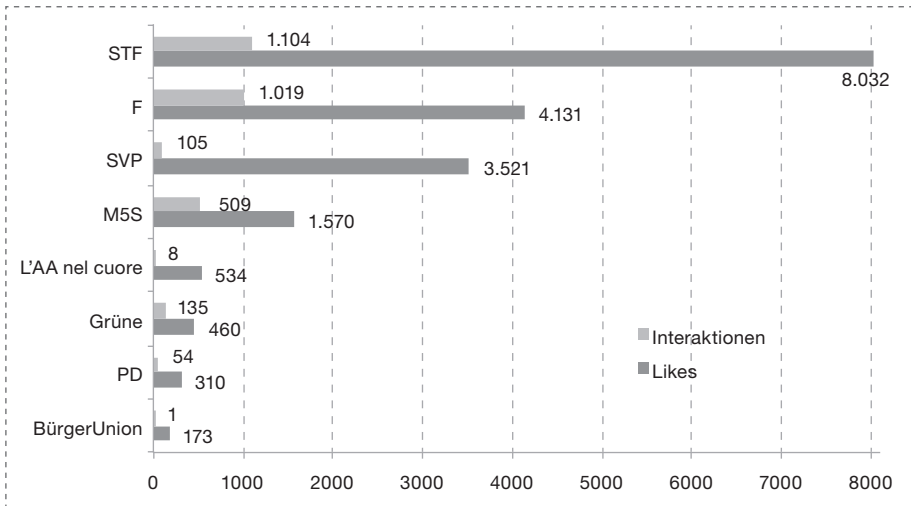
Alle auf Facebook vertretenen Parteien betreiben eine Seite. Lediglich das Team Autonomie hatte keine Seite, sondern eine Gruppe gegründet, die im Oktober 2013 1.700 Mitglieder zählte. Eine eigene Seite wurde erst kurz nach den Wahlen freigeschaltet. L'Alto Adige nel cuore, der PD und die BürgerUnion betreuen neben einer Seite zusätzlich ein Profil. Die Profile konnten bei der Analyse jedoch nicht berücksichtigt werden. Während der PD erst nach der Erstellung der Seite ein Profil eingerichtet hat, ist die BürgerUnion mit einem Profil gestartet und hat erst 2013 eine Facebook-Seite erstellt. Zusätzlich haben einige Ortsgruppen eigene Seiten, Profile sowie Gruppen eingerichtet. M5S betreibt zusätzlich mit 899 Mitgliedern (Stand. 31.12.2013) eine landesweite Gruppe.

In der folgenden Tabelle (Grafik 1) werden die Anzahl der Fans der verschiedenen Facebook-Seiten und die Interaktionen wenige Tage vor der Wahl dargestellt. Die Interaktionszahl der Seite beschreibt, in welchem Ausmaß NutzerInnen aktiv wurden, indem sie Inhalte der Seiten kommentiert, geteilt oder gelikt haben.

Weit voran an erster Stelle findet sich die STF mit über 8.000 Fans (Likes). Die Freiheitlichen haben knapp mehr als die Hälfte davon, die SVP rund 44 Prozent. Auch M5S hat mit knapp einem Viertel der Fans der STF noch eine beachtliche Zahl an Fans. Die anderen Parteien liegen weiter dahinter.

Betrachtet man die Interaktionszahlen bei Facebook wenige Tage vor den Wahlen zum Südtiroler Landtag, so fällt die im Verhältnis zur Anzahl der Fans hohe Interaktionsrate bei M5S und bei den Grünen auf. Vor allem die SVP schneidet vergleichsweise schlecht ab.

**Grafik 1: Die Parteien im Facebook-Check (Stand: 24.10.2013)**



Quelle: eigene Darstellung

Neben der Anzahl der UnterstützerInnen und den Interaktionszahlen wurde auch die Aktivität der Parteien auf der eigenen Facebook-Seite erhoben, um ein aussagekräftigeres Bild über die Nutzung vonseiten der Parteien vor allem in Hinblick auf die Interaktion mit den BürgerInnen zu bekommen. Neben der Anzahl der Statusmeldungen wurde auch die Anzahl der Kommentare auf NutzerInnen-Kommentare (positiver als auch negativer Art sowie Fragen) und die Anzahl der Likes, die Parteien bei NutzerInnenkommentaren setzten, erhoben.

Sechs Parteien wiesen gegenüber der BürgerUnion weniger als die Hälfte an Aktivität auf. Die BürgerUnion war, obwohl sie die geringste Anzahl an Seitenfans aufwies, am aktivsten. Betrachtet man die Reaktion auf NutzerInnenbeiträge, so zeigt sich, dass die Grünen am häufigsten darauf reagierten und die STF solche am häufigsten likte. Bei L'Alto Adige nel cuore war im besagten Zeitraum trotz mehr als 500 UnterstützerInnen der Seite fast keine Aktivität vorhanden. Setzt man die Aktivitäten der Parteien mit jenen der NutzerInnen (Liken, Kommentieren und Teilen der Statusmeldungen) in Verbindung, so wird deutlich, dass die meisten Parteien Facebook im Wahlkampf eher als Instrument zur Verbreitung von Informationen denn als Diskussionsplattform genutzt haben.

**Tabelle 2: Parteiaktivitäten auf Facebook-Seite (27.9.2013–27.10.2013)**

Partei	Aktivität der Parteien		
	Anzahl Statusmeldungen	Anzahl Kommentare	Anzahl Likes
BürgerUnion	62	5	3
M5S	53	6	7
STF	29	3	19
Grüne	27	7	0
PD	26	1	0
SVP	25	4	1
Die Freiheitlichen	23	5	3
L'Alto Adige nel cuore	21	0	0

	Aktivität der NutzerInnen in Bezug auf Statusmeldungen der Parteien		
	Anzahl Likes	Anzahl Kommentare	Anzahl Teilen
BürgerUnion*	94	19	17
M5S	417	32	320
STF	1.040	40	173
Grüne	146	26	21
PD	31	2	8
SVP	321	70	50
Die Freiheitlichen	1.526	77	181
L'Alto Adige nel cuore	40	0	73

Quelle: eigene Darstellung

Das Liken ist jene Form der Interaktion, die von den NutzerInnen am meisten verwendet worden ist. Inhalte zu kommentieren oder zu teilen ist seltener der Fall. Die UserInnen auf den Seiten der Freiheitlichen und der SVP äußerten sich am häufigsten zu Inhalten. UserInnen auf den Seiten von M5S, den Freiheitlichen und der STF teilten verstärkt auch Inhalte auf ihren Profilen. Bei M5S entfallen 201 der 320 *shares* allerdings auf einen einzigen *post* (der einen Wahlauf Ruf beinhaltet). Trotz jeweils mehr als 300 Fans wurden die Inhalte von PD und L'Alto Adige nel cuore selten gelikt, kommentiert und geteilt. Entsprechend eingeschränkt war die Möglichkeit für beide Parteien, darauf zu reagieren.

Es wird also deutlich, dass die Aktivität der Parteien nicht nur aufgrund der veröffentlichten Postings, sondern auch unter Einbezug der darauf folgenden Aktivitäten bestimmt werden muss.

Ein wesentliches Merkmal für die Bereitschaft, mit den NutzerInnen zu agieren bzw. deren Meinung zu erfahren, besteht darin, ob Parteien es zulassen, dass NutzerInnen nicht nur Statusmeldungen kommentieren, sondern auch selbst Beiträge auf die Pinnwand posten können. Die SVP, der PD, die BürgerUnion und die STF haben diese Funktion jedoch deaktiviert. Tabelle 3 zeigt, wie oft auf den Pinnwänden gepostet wurde und ob die Parteien diese oder darunter stehende Kommentare gelikt oder selbst kommentiert haben. Obwohl die Grünen im Vergleich zu den anderen Parteien wenig Feedback bekamen, wurden diese am häufigsten kommentiert.

**Tabelle 3: Funktion „Beiträge von anderen“ und die Reaktion der Parteien**

Partei	Beiträge von NutzerInnen	Kommentare der Partei	Likes der Partei
M5S	42	2	3
Grüne	4	6	0
Die Freiheitlichen	12	0	0
L'Alto Adige nel cuore	0	0	0

Quelle: eigene Darstellung

#### 4.2.2 Twitter

Alle Parteien außer Team Autonomie und M5S nutzen Twitter. Von drei der untersuchten Parteien wird es seit 2009 genutzt, STF hat aber erst Mitte 2012 begonnen aktiv zu twittern. Der PD stieß 2010 und die Grünen Ende 2012 dazu, L'Alto Adige nel cuore im Gründungsjahr 2013.

Zwar nutzt die BürgerUnion Twitter seit ihrer Anmeldung bei diesem Netzwerk am meisten, im Wahlkampf nutzte sie dieses Medium aber vergleichsweise wenig und hat dazu eine geringe Anzahl an Followern. Die Freiheitlichen hingegen liegen bei beiden Betrachtungsweisen an zweiter Stelle (Grafik 2 und Tabelle 4), was einen konstanten Einsatz dieses Mediums vermuten lässt. Die SVP hat eine auffallend hohe Anzahl an Followern.

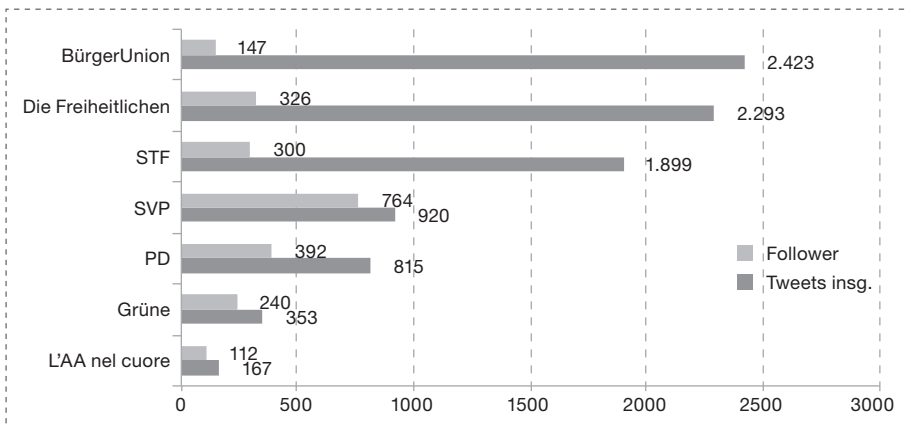
Im Zeitraum vom 27.9.2013 bis zum 27.10.2013 wurden die dialogischen Merkmale (Retweeten) oder an die Partei gerichtete Nachrichten (@Nachrichten) und die Selbstreferenzialität (Twittern als Tätigkeit in Form von Tweets) untersucht. Es ergibt sich folgendes Bild:

**Tabelle 4: Twitter-Aktivität (27.9.2013–27.10.2013)**

Partei @Twittername	Tweets der Partei	Gespräch	@Nachricht an Partei	Retweets der NutzerInnen
STF @tirolerfreiheit	348	0	2	28
Die Freiheitlichen @freiheitlich	66	0	1	4
SVP @SVP_Suedtirol	48	0	2	25
PD @pdaltoadige	37	0	1	5
L'Alto Adige nel cuore @AltoAdigecuore	35	6	15	14
BürgerUnion @buerger_union	30	0	0	0
Grüne @Grueneverdiverc	26	0	2	5

Quelle: eigene Darstellung

**Grafik 2: Die Parteien im Twitter-Check (Stand: 7.1.2014)**



Quelle: eigene Darstellung

Die STF twitterte sehr häufig im Wahlkampf. Mit großem Abstand folgen die Freiheitlichen und die SVP. Die meisten Parteien nutzen Twitter als reinen Newsticker, das heißt, es werden in der Regel Links zur eigenen Homepage, dem YouTube-Kanal und der Facebook-Seite gepostet. L'Alto Adige nel cuore verfasste fast keine Twitter-Nachrichten selbst, sondern teilte vor allem Inhalte von anderen NutzerInnen. So waren von den 35 Tweets 29 Retweets. Etwas weniger als die Hälfte



der Tweets der SVP stammen von der SVP-Landesversammlung. Tweets sind lediglich bei der SVP häufig mit Hashtags versehen.

Außer auf dem Twitter Account von L'Alto Adige nel cuore ist es nirgendwo zu einem Gespräch zwischen Partei und NutzerInnen gekommen. Die Aktivität der NutzerInnen beschränkte sich vorwiegend auf das Teilen der Inhalte (Retweeten) und weniger darauf, Parteien direkt anzusprechen (@Nachrichten). Verhältnismäßig oft wurden Tweets von SVP und L'Alto Adige nel cuore geteilt.

#### 4.2.3 YouTube

Alle Parteien, außer Team Autonomie und L'Alto Adige nel cuore, haben einen eigenen Kanal auf YouTube eingerichtet. Die Grünen nutzen YouTube seit 2011 nicht mehr. Die BürgerUnion hat den YouTube-Kanal im untersuchten Zeitraum nicht mit Inhalten bespielt. Im Jahr 2008 hatten die STF und die SVP („EdelweissTV“) einen eigenen YouTube-Kanal. Oft wurden Videos auch von Mitgliedern bzw. SympathisantInnen online gestellt (Steiner/Kager 2009, 192).

**Tabelle 5: Parteien im YouTube-Check (Stand: 7.1.2014)**

Partei YouTube-Name	Videos vom 27.9–27.10.2013	Videos insg.	AbonentInnen	Online seit
SVP Südtiroler Volkspartei	12	83	50	2010
Die Freiheitlichen Die Freiheitlichen (Freiheitliche Partei Südtirols)	7	7	22	2013
M5S altoadigesuedtirol5s	6	14	21	2013
STF Süd-Tiroler Freiheit – Freies Bündnis für Tirol	5	217	360	2008
PD PDAltoAdige	3	12	10	2011
BürgerUnion DieBuergerUnion	0	32	8	2011

Quelle: eigene Darstellung

Die SVP hat im untersuchten Zeitraum mit zwölf Videos am meisten Beiträge online gestellt. Die Hälfte davon sind von KandidatInnen, die sich vorstellen. Es gibt mehrere Playlists (z. B. Landtagswahlen 2013, Videos der verschiedenen Bewegungen innerhalb der Partei, KandidatInnenvideos oder Links zu deren Kanälen). Von 2008 bis 2010 wurde das „EdelweissTV“ als eigenes Format betrieben, danach wurde ein neuer Kanal eröffnet.

M5S und die Freiheitlichen nutzen den Kanal seit den Landtagswahlen 2013 und waren im Wahlkampf ähnlich oft aktiv. Sie sind auch die einzigen zwei Parteien, die die Kommentarfunktion aktiviert haben. Die Freiheitlichen haben im Wahlkampf insgesamt sieben Videos online gestellt, wobei sechs davon Teil einer Serie von Wahlkampfspots sind.

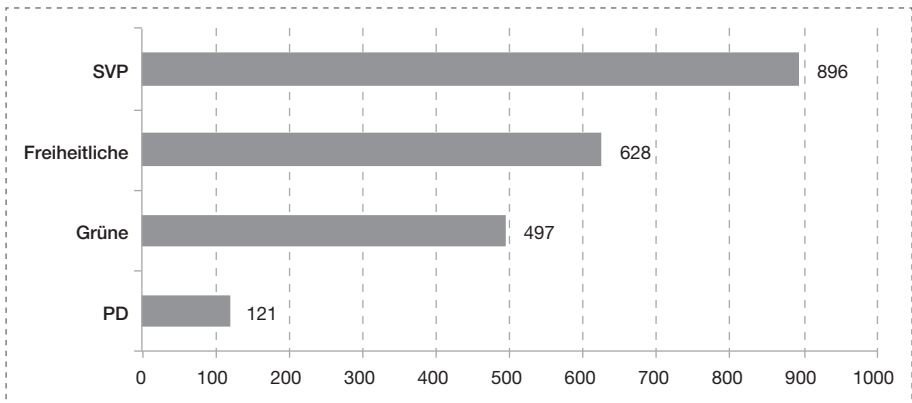
Der YouTube-Kanal der STF war mit bisher 217 online gestellten Videos unter den zurzeit genutzten Parteikanälen am aktivsten und hat die meisten Abonnenten (360).

Alle Parteien, die über einen YouTube-Kanal verfügen, haben einen Wahlwerbespot bzw. eine Video-Reihe auf YouTube verbreitet. Jene der SVP und der STF wurden bisher mehr als 10.000 bzw. 18.000 Mal abgerufen.

### 4.3. Exkurs: Webauftritte der Jugendorganisationen der Parteien

Bekanntlich werden soziale Netzwerke vorwiegend von jüngeren Altersgruppen genutzt. Werfen wir deshalb einen Blick auf die Webauftritte der Jugendorganisationen der Parteien. Lediglich die Junge Generation der SVP und die Freiheitliche Jugend betreiben eine eigene Webseite.<sup>4</sup> Die Grünen und die Süd-Tiroler Freiheit haben die Jugendseiten in der Parteiseite integriert. Auf Facebook sind alle Jugendorganisationen vertreten, wobei das Team Autonomie Young erst am 17.1.2014 eine Seite eingerichtet hat. Die Junge STF hat ein Facebook-Profil, welches seit 2011 aktiv ist. Die Anzahl der Freunde ist öffentlich nicht sichtbar. Die Freiheitliche Jugend ging 2009 und die Junge Generation der SVP 2010 online.

**Grafik 3: Fans der Facebook-Seiten der Parteijugendorganisationen (Stand: 20.1.2014)**



Quelle: eigene Darstellung

Im Landtagswahlkampf wurden alle Seiten regelmäßig mit Inhalten gefüllt. Lediglich die Freiheitliche Jugend hat von Ende September bis zu den Wahlen am 27. Oktober nur zwei Beiträge gepostet. Am aktivsten waren die Young Greens der Grünen, die sich dreimal in Form eines Kommentares geäußert haben. Auch die Junge Generation war äußerst aktiv, zog es jedoch vor, Kommentare der NutzerInnen zu liken und sich nicht direkt zu äußern.

Die Junge Generation der SVP, die Young Greens und die U40 des PD lassen Beiträge von Dritten auf der Pinnwand zu, die Freiheitliche Jugend hingegen nicht.

**Tabelle 6: Aktivitäten der Parteien und der NutzerInnen (27.9.2013–27.10.2013)**

Organisationsname (Partei) Name der Seite	Aktivität der Jugendorganisationen in Zahlen		
	Anzahl Statusmeldungen	Anzahl Kommentare	Anzahl Likes
Young Greens (Grüne) <i>young greens southtyrol</i>	48	3	3
Junge Generation (SVP) <i>Junge Generation in der SVP</i>	21	1	6
Freiheitliche Jugend (FJ) (Freiheitliche) <i>Freiheitliche Jugend</i>	2	0	0
U40 (PD) <i>U40 Giovani idee in superficie</i>	20	0	0
Aktivität der NutzerInnen in Bezug auf Statusmeldungen			
	Anzahl Likes	Anzahl Kommentare	Anzahl Teilen
Younggreens (Grüne) <i>young greens southtyrol</i>	293	14	4
Junge Generation (SVP) <i>Junge Generation in der SVP</i>	312	17	28
Freiheitliche Jugend (FJ) (Freiheitliche) <i>Freiheitliche Jugend</i>	11	0	2
U40 (PD) <i>U40 Giovani idee in superficie</i>	28	1	10

Quelle: eigene Darstellung

Auf Twitter sind die Jugendorganisationen des PD (seit 2013), der Freiheitlichen (seit 2009) und der SVP (seit 2010) vertreten. Die U40 des PD haben den Account im April 2013 eingerichtet und in diesem Monat die einzigen Tweets gepostet. Jener der Freiheitlichen Jugend ist seit 2012 inaktiv. Die Junge Generation ist die einzige Jugendorganisation, die Twitter auch im Wahlkampf genutzt hat.<sup>5</sup>

Zusammenfassend lässt sich feststellen, dass die Freiheitliche Jugend im Jahr 2009 als erste Jugendorganisation begann, soziale Netzwerke zu nutzen. Die Junge Generation der SVP zog ein Jahr später nach und ist heute mit Profilen auf Facebook, Twitter und YouTube die aktivste Jugendorganisation der Parteien. Die Grünen stechen durch ihre hohe Aktivität und die meisten Interaktionen mit NutzerInnen auf Facebook positiv hervor.

## 5. Zusammenfassung

Südtirol liegt, was die Nutzung von Internet und sozialen Netzwerken anbelangt, im Trend der Entwicklung in Italien, Österreich und Deutschland, wenn auch die Nutzung prozentuell gesehen nicht so stark ist wie in den beiden letztgenannten Ländern. Mit der zunehmenden Verbreitung des Internets hat auch in Südtirol die Nutzung der sozialen Netzwerke als Wahlkampfinstrumente an Bedeutung gewonnen.

Seit den 1990er-Jahren dienen die Parteihomepages vor allem zur Informationsverbreitung. Im Laufe der Jahre sind einige der Südtiroler Parteiseiten um partizipatorische Optionen für BürgerInnen erweitert worden. Die sozialen Netzwerke haben die Homepages in dieser Hinsicht aber überholt, da sie bessere Möglichkeiten zur Interaktion mit den BürgerInnen bieten.

Begonnen hat der Einsatz der sozialen Medien bereits im Landtagswahlkampf 2008 mit einem YouTube-Kanal der STF und der SVP. Die Freiheitlichen meldeten ein Jahr später als erste Partei ein Facebook-Profil an. Im Jahr der Gemeinderatswahlen 2010 folgten auch die anderen Parteien. Die ersten Parteien twittern seit 2009, als letzte begannen die Grünen im Jahr 2012.

Die Nutzung der sozialen Netzwerke als Wahlkampfinstrument war im Wahlkampf 2013 bei allen Parteien verbreitet. Facebook wurde von allen, Twitter von sieben und YouTube von fünf (der insgesamt neun untersuchten) Parteien eingesetzt.

Da die sozialen Netzwerke viele Möglichkeiten der Kommunikation und Interaktion bieten, ist es notwendig zu untersuchen, in welcher Form sie von den Parteien genutzt werden. Die Interaktionsmöglichkeiten der sozialen Netzwerke zwischen Politik und BürgerInnen stellen den innovativen Aspekt dieser Medien dar, der in Zeiten der sinkenden Wahlbeteiligung und abnehmenden Parteibindung eine mögliche neue Form der politischen Alltagskommunikation mit großem Potential darstellt.

Die Betreuung der sozialen Medien wird vorwiegend ehrenamtlich durchgeführt und weist kaum Merkmale einer professionalisierten Betreuung auf. Einige wenige Parteien haben diesbezüglich externes Coaching in Anspruch genommen.

Die Untersuchung hat gezeigt, dass Informations- und Mobilisierungselemente bei allen Parteien, wenn auch in unterschiedlicher Ausprägung, vorhanden waren.

Der kommunikativen Rückkoppelung wurde von allen Parteien wenig Beachtung geschenkt. Sie wurde auf YouTube, aber auch bei Facebook von einigen Parteien mit der Deaktivierung der Kommentarfunktion bzw. der Unterbindung des Postens von Beiträgen durch Dritte erschwert. Die NutzerInnen der Seiten zeigen zwar Interesse, die Beiträge der Parteien zu liken und zu teilen, es besteht aber ein geringes Interesse daran, die Beiträge zu kommentieren oder darüber zu diskutieren. Auch die Reaktion der Parteien auf die wenigen Rückmeldungen der Nutzerinnen ist gering, eine Ausnahme dabei bilden nur die Grünen. Das soziale Netzwerk, in dem am meisten Austausch stattfand, war Facebook, gefolgt von Twitter. Beinahe keine Interaktion fand bei YouTube statt.

Obwohl die jüngeren Altersgruppen die sozialen Netzwerke am stärksten nutzen, spiegelte sich auch bei den Jugendorganisationen der Parteien diese Situation wieder.

Auch wenn das Engagement der Parteien in den sozialen Netzwerken angestiegen ist, lässt sich aus der gegenständlichen Untersuchung ableiten, dass diese vorrangig zur Informationsverbreitung und weniger als Diskussionsplattform genutzt werden.

---

## Anmerkungen

- 1 Wenig zu holen bei „social-networks“, in: Dolomiten, 2.9.2013
- 2 SVP: [www.svp.eu](http://www.svp.eu); Die Freiheitlichen: [www.die-freiheitlichen.com](http://www.die-freiheitlichen.com); Grüne: [www.gruene.bz.it](http://www.gruene.bz.it); STF: [www.suedtiroler-freiheit.com](http://www.suedtiroler-freiheit.com); PD: [www.partitodemocratico.bz](http://www.partitodemocratico.bz); Team Autonomie: [www.teamautonomie.org](http://www.teamautonomie.org); M5S [www.altoadige5stelle.it](http://www.altoadige5stelle.it); Bürgerunion: [www.buergerunion.st](http://www.buergerunion.st); L'Alto Adige nel cuore: [www.altoadigenelcuore.it](http://www.altoadigenelcuore.it)
- 3 Zur Nutzung von Facebook durch die Landtagsparteien in der Vorwahlzeit vgl. Thaler 2013
- 4 [www.junge-generation.info](http://www.junge-generation.info); <http://www.freiheitliche-jugend.com>
- 5 Die Twitter Accounts sind @U40AltoAdige (PD), @JG\_Suedtirol (SVP) und @fjugend (Freiheitliche). Der YouTube-Kanal der Jungen Generation heißt JungeGenerationSVP.

---

## Literaturverzeichnis

- AllFacebook.de* (2013) Facebook Nutzerzahlen. [www.allfacebook.de/userdata](http://www.allfacebook.de/userdata) (3.2.2014)
- ASTAT (2013). PC- und Internetnutzung. Mehrzweckerhebung der Haushalte – 2012, in: ASTAT info, Nr. 28, April 2013, [www.provinz.bz.it/astat/de/haushalte-soziales-leben/513.asp?aktuelles\\_action=4&aktuelles\\_article\\_id=421982](http://www.provinz.bz.it/astat/de/haushalte-soziales-leben/513.asp?aktuelles_action=4&aktuelles_article_id=421982) (10.12.2013)
- Destatis-Statistisches Bundesamt (2012), IT-Nutzung, [www.destatis.de/DE/ZahlenFakten/Gesellschaft-Staat/EinkommenKonsumLebensbedingungen/ITNutzung/ITNutzung.html](http://www.destatis.de/DE/ZahlenFakten/Gesellschaft-Staat/EinkommenKonsumLebensbedingungen/ITNutzung/ITNutzung.html) (3.1.2014)
- Eilders, Christiane (2006). Politische Kommunikation, in: *Hans-Bredow-Institut* (Hg.). Medien von A bis Z. Ein Überblick, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 283–286
- Facebook (2013). Facebook erfolgreich nutzen. Leitfaden für Politiker und Amtsträger, <http://de.scribd.com/doc/136194390/Facebook-Leitfaden-fur-Politiker> (5.2.2014)
- Filzmaier, Peter (2006). Wag the Dog? Amerikanisierung der Fernsehlogik und mediale Inszenierungen in Österreich, in: *Filzmaier, Peter/Karmasin, Matthias/Klepp, Cornelia* (Hg.). Politik und Medien, Medien und Politik, Wien: Facultas Verlag, 9–51
- Gärtner, Reinhold (2008). Soziale Netzwerke, <http://www.politik-lexikon.at/soziale-netzwerke/> (3.2.2014)
- Holtz-Bacha, Christina (2002). Massenmedien und Wahlen. Die Professionalisierung der Wahlkampagnen, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, Nr. B 15-16/2002, 23–28
- ISTAT (2012). Cittadini e nuove tecnologie, Report vom 20.12.2013, <http://www.istat.it/it/archivio/781666> (6.2.2014)
- Jungherr, Andreas/Schoen, Harald (2013). Das Internet in Wahlkämpfen. Konzepte, Wirkungen und Kampagnenfunktionen, Wiesbaden: Springer VS

- Lewandowsky, Marcel (2013). Landtagswahlkämpfe. Annäherung an eine Kampagneform, Wiesbaden: Springer VS
- Mitbestimmen in der Südtiroler Volkspartei (2013) [www.svp.eu/de/partei/mitbestimmen](http://www.svp.eu/de/partei/mitbestimmen) (3.2.2014)
- Plasser, Fritz/Plasser, Gunda (2012). Globalisierung der Wahlkämpfe, Wien: WUV-Universitätsverlag
- Rottbeck, Britta (2013). Der Online-Wahlkampf der Volksparteien. Eine empirische Analyse, Wiesbaden: Springer VS
- Rußmann, Uta (2012). Kampagnen im Web. Neue Formen der Wahlkampfkommunikation, in Plasser, Fritz (Hg.). Erfolgreich wahlkämpfen. Massenmedien und Wahlkampagnen in Österreich, Wien: WUV-Universitätsverlag, 189–209
- Saalfeld, Thomas (2007). Parteien und Wahlen, Baden-Baden: Nomos
- Schulz, Winfried (2008). Politische Kommunikation. Theoretische Ansätze und Ergebnisse empirischer Forschung, 2. vollständig überarbeitete und erweiterte Auflage, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften
- Statistik Austria (2013). IKT-Einsatz in Haushalten 2012, [www.statistik.at/web\\_de/dynamic/statistiken/informationsgesellschaft/ikt-einsatz\\_in\\_haushalten/publdetail?id=305&listid=305&detail=559](http://www.statistik.at/web_de/dynamic/statistiken/informationsgesellschaft/ikt-einsatz_in_haushalten/publdetail?id=305&listid=305&detail=559) (3.1.2014)
- Steiner, Michaela/Kager Thomas (2009). Die Netz-Wahl. Das Internet im Landtagswahlkampf 2008, in: Pallaver, Günther /Kager, Thomas (Hg.). Politika09. Jahrbuch für Politik, Bozen: Edition Raetia, 175–213
- SVP Wahlprogramm (2013). Südtirol! Gutes bewahren. Neues wagen. Das Programm der Südtiroler Volkspartei. Landtagswahl 2013, <http://landtagswahl.svp.eu/positionen/> (3.2.2014)
- Thaler, Anna (2013). Facebook – ein sprachgruppenübergreifendes Interaktionsmedium? Am Beispiel Südtirol, politikwissenschaftliche Diplomarbeit, Universität Innsbruck
- Unger, Simone (2012). Parteien und Politiker in sozialen Netzwerken. Moderne Wahlkampfkommunikation in der Bundestagswahl 2009, Wiesbaden: Springer VS
- Woyke, Wichard (2005). Stichwort: Wahlen, 11. Auflage, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften

## Abstracts

### La campagna elettorale dei partiti in internet

La diffusione di internet è in costante aumento. Parallelamente aumenta anche la fruizione dei social network che, a partire dalle elezioni presidenziali americane del 2008, vengono ora utilizzati come strumento di comunicazione e divulgazione nelle campagne elettorali. Questo fenomeno è stato registrato anche nel corso della campagna elettorale per le elezioni provinciali del 2013. Il presente contributo ha lo scopo di illustrare se ed in quale forma i social network siano stati utilizzati dai partiti presi in considerazione per questa ricerca.

Il punto focale del lavoro è rappresentato dall'analisi delle attività online nell'ottica dell'interazione con i cittadini, dato che la principale valenza di questo strumento mediatico è costituita proprio dall'offrire all'utenza la possibilità di partecipare. Dalla ricerca è emerso che i social network vengono utilizzati dai partiti prevalentemente come strumento di informazione e di propaganda e meno come strumento di interazione.



## La campania de vela te internet

L internet se slergia ora for deplù. Ala medema maniera crësc nce i social networks che vën adurvei al plu tert dala campania de vela dl presidënt di Stac Unii d’America dl 2008 sciche mesun de comunicazion ntan la campania de vela. Nce te Südtirol fovel da udëi ora chësc trend pra la veles dl Cunsëi provinziel dl 2013. Te chësc lëur dëssel unì mustrà su sce y te ce maniera i social networks ie unic nuzei dai partic analisei. L pont plu mpurtant dl lëur ie de ejaminé la ativateies online n cont dla interazion cun i zitadins per l fat che chësc ie la majera carateristica de chisc media. L ie unì ora che i social networks vën nuzei dai partic dantaldut sciche strumënt de informazion, miec dit de relazion y manco sciche strumënt de interazion.

## The electoral campaign on the Internet

The Internet is continually becoming more and more prevalent. At the same time there is an increase in the prevalence of social networks, which have been used as communication tools in election campaigns since at least the 2008 American presidential campaign. This phenomenon was also noted during the 2013 elections for South Tyrol’s parliament. The aim of this paper is to illustrate whether and in what form local parties utilized social networks in their electoral campaigns. The focal point of this work is an analysis of online activity that was intended mainly as interaction with the public, because this is a primary characteristic of this new type of media. The research shows that social networks are used by the parties primarily as an informational and networking tool, and less as a means of interaction with the electorate.



Ingo Dejaco

## Wahlkampf plakativ

Die Plakate bei den Landtagswahlen 2013

### 1. Einleitung

„Wenn Plakate hängen, dann ist Wahlzeit“ (Radunski 1980, 111). Kaum ein anderes kommerzielles Wahlwerbemittel beherrscht in Zeiten des Wahlkampfs den öffentlichen Raum so entschieden wie Wahlplakate. Das Plakat ist im Wahlkampf zwar ein insgesamt unwesentlicher Teil der Gesamtkampagne, was den visuellen Auftritt einer Partei betrifft, aber ein markantes Untersuchungsobjekt. Dies vor allem deshalb, weil die Bildlichkeit und das Visuelle in der Kommunikation konstant an Bedeutung gewinnen und damit auch den Fokus von Wahlkampagnen in diese Richtung verschieben.

Im vorliegenden Beitrag wird der Hauptfokus auf jene Plakate gelegt sein, die 30 Tage vor der Wahl auf den dafür vorgesehenen Flächen (und nur auf diesen) laut Staatsgesetz Nr. 212 vom 4. April 1956 angebracht werden können. Zusätzlich werden auch jene Plakate in die Analyse miteinbezogen, die im Vorfeld dieser heißen Wahlkampfphase auf die sonst üblichen Plakatierungsflächen gehängt wurden, da sie teilweise in direktem Zusammenhang mit den nachfolgenden standen.

Während sich die Wahlkämpfe in den vergangenen Jahrzehnten durch einen revolutionierten Medienkonsum grundlegend verändert und sich zunehmend marke-

tingorientierter Strategien bedient haben (vgl. Hayek 2012, 11), bleibt die plakative Wahlwerbung durch den sehr engen gesetzlichen Rahmen in ihrer Form seit über 50 Jahren nahezu unverändert. Mit Plakaten übersäte Straßenstriche, wie sie in unseren Nachbarstaaten in Wahlkampfzeiten zu sehen sind, sind hierzulande unbekannt – selbst Veranstaltungsankündigungen dürfen laut dem zitierten Gesetz nur auf die von den Gemeinden bereitgestellten Flächen gehängt werden.

In der nachfolgenden Darstellung und Beschreibung der Plakate der unterschiedlichen Listen und Parteien, die zur Landtagswahl angetreten sind, soll vorrangig die Frage erörtert werden, welche Kernbotschaft kommuniziert wurde, wie sich diese in den Kontext der politischen Kommunikation der jeweiligen Partei bzw. Liste einbettet, welche visuelle und textliche Symbolik dafür verwendet wurde und wie diese das jeweilige Thema oder Image der Partei oder Liste verstärken soll.

## **2. Über die Bedeutung plakativer Wahlwerbung**

Wahlkämpfe bilden den Kristallisationspunkt der Parteienkonkurrenz um Aufmerksamkeit und Legitimation (Sarcinelli 2005, 201). Die Kreation einer erfolgreichen Wahlkampagne stellt deshalb im politisch-kommunikativen Geschehen einer Partei eine Zäsur dar. Da sich Wahlkampagnen an den neuen Kommunikationslogiken medienzentrierter Demokratien ausrichten, müssen sie sich insbesondere dem gesellschaftlichen Prozess der Individualisierung und Enttraditionalisierung anpassen, der dazu geführt hat, dass die Parteienbindung in den letzten Jahrzehnten stark abgenommen hat. Durch den gesteigerten Wert der Selbstentfaltung nimmt die „Bedeutung kollektiver Institutionen als Sinnvermittler für normative Orientierungen und Verhalten der Gesellschaftsmitglieder ab“ (Sarcinelli 2005, 205). Dadurch sind langfristige politische Bindungen brüchig geworden. Für die in Wahlkämpfen antretenden Parteien bedeuten diese Entwicklungen, dass sie ihr Kommunikationsarsenal erweitern und die Intensität ihrer Kommunikation erhöhen müssen, um auch das wachsende Kontingent tendenziell parteiabstinenter WählerInnen zur Stimmabgabe zu bewegen. Dies betrifft ganz besonders die Neuen Medien und sozialen Plattformen, die den Aktionsradius des Wahlkampfes erweitern. Außerdem steigt die Tendenz, die Vermittlung von zunehmend komplexeren politischen Inhalten durch eine stärkere Personalisierung der Kampagnen zu ersetzen. WählerInnen nehmen Politik zusehends als Wettstreit zwischen Individuen wahr und treffen ihre Wahlentscheidung verstärkt aufgrund der Beurteilung der einzelnen KandidatInnen (vgl. Hayek 2012, 212).

In diesem Kontext rückt das Wahlplakat, das vormals zentrales Element einer Kampagne war, zwar etwas in den Hintergrund, bleibt aber weiterhin ein zeitloses Medium mit ganz eigener Funktion und Wirkung. Durch seine durchgängige und unmittelbare Präsenz im öffentlichen Raum ist es in erster Linie ein Kontakt- und Wahrnehmungsmultiplikator und hat damit primär die Funktion, Aufmerksamkeit zu schaffen und auf die anstehende Wahl hinzuweisen (vgl. von Mannstein 2000, 359).

Neben dieser zentralen Funktion der Ankündigung hat das Plakat vor allem aber die Aufgabe, das politische Produkt, die KandidatInnen und SpitzenkandidatInnen, die Sachthemen sowie die wahlwerbende Liste zu bewerben. Als indirekte Kommunikationsleistung besticht das Plakat darüber hinaus, indem es ParteimitarbeiterInnen, SympathisantInnen und ParteifunktionärInnen motiviert.

In der Wahlkampagne dient das Plakat in erster Linie als Aktivierungs- und Verstärkungsmedium. Es soll und kann die WählerInnen nicht informieren, sondern will Meinungen und Images transportieren. Dabei eignet sich das Plakat besonders für die Kommunikation der zentralen Werbebotschaft einer Partei. Denn eine gute Werbebotschaft muss vor allem eines sein: plakativ. Das „Plakat ist ganzheitliche Aussage in kürzester Form“ (von Mannstein 2000, 362). Es muss deshalb aus wenigen, leicht verständlichen Elementen zusammengesetzt sein, um von den RezipientInnen beim flüchtigen Vorbeigehen oder Vorbeifahren wahrgenommen werden zu können. Sein Wesen liegt jedoch nicht in einem einzelnen Blickkontakt, sondern in der repetitiven Statik seines Sujets. Erst im Verbund mit mittelbarer Kommunikation und anderen Werbemitteln schafft es den idealen Aufbau und Transfer des zu erzielenden Images. Als weitere Eigenart des Mediums kann die Möglichkeit der idealen geografischen Zielgruppenorientierung genannt werden, die den Verhältnissen in einzelnen Ortschaften, Talgemeinschaften oder größeren Wahlkreisen Rechnung trägt.

Die Wirkung eines einzelnen Plakats ist praktisch irrelevant. Viel wichtiger ist sein indirekter Effekt der Mobilisierung der WählerInnen. Eine besonders hohe Wirkung kann es dann erfahren, wenn es kraft seiner Kreativität oder Provokation den Sprung in die anderen Medien schafft. Dass Werbung mediatisiert wird, ist aber äußerst selten der Fall. Beispiele hierfür kennt man in Südtirol hauptsächlich von der Süd-Tiroler Freiheit, die es mehrfach geschafft hat, durch Plakate mit provokanten Slogans die mediale Agenda zu beeinflussen.

Es ist nicht anzunehmen, dass das „alte“ Medium Plakat in Zukunft an Bedeutung einbüßen wird. Solange Menschen im öffentlichen Raum mobil sind, wird es seinen Platz sichern. Aufgrund seiner emotionalisierenden Kraft ist es für die poli-

tische Auseinandersetzung unverzichtbar (von Mannstein 2000, 369–270). In seiner Einfachheit, in der Reduktion von Komplexität und in seinem bildhaften Wesen liegt die Stärke, mobilisiert es Emotionen. Plakate eignen sich sehr gut für die Visualisierung von Themen durch emotional besetzte Bilder und Botschaften.

### **3. Politische Plakate in der Vorwahlkampfzeit**

Wurden politische Plakate über lange Zeit fast ausschließlich in Wahlkampfzeiten verwendet, so setzt man sie vermehrt auch in wahlkampffreien Zeiten gerne ein, um dem zunehmenden Zwang, Aufmerksamkeit zu erregen, gerecht zu werden.

Im Landtagswahljahr 2013 war dieser allgemeine Trend gut sichtbar. Zahlreiche politische Plakate wurden im Vorfeld der eigentlichen heißen Phase des Wahlkampfes (die letzten 30 Tage vor der Wahl) angebracht, um frühzeitig Themen zu besetzen, Images zu transportieren und zu verstärken, um langfristige Aktionen und Initiativen anzukündigen, vor allem aber, um neue politische Gruppierungen und Bündnisse der breiten Öffentlichkeit bekannt zu machen. Unter diesen Aspekten ist es augenscheinlich, dass gerade dem italienischen Mitte-rechts-Lager, das sich 2013 vielgesichtig neu formiert hat, in diesem Landtagswahljahr entsprechend zahlreiche Plakataktionen entwachsen sind.

Im deutschsprachigen Parteienspektrum hingegen ist es vor allem die Bewegung Süd-Tiroler Freiheit, die in regelmäßigen Abständen und auch in wahlkampffreien Zeiten für eine breitenwirksame Kommunikation ihrer politischen Botschaften auf das Medium Plakat zurückgreift, nicht selten durch eine provokante Sprache und Symbolik. Das große Schwerpunktthema der Bewegung ist das Thema der Selbstbestimmung Südtirols, das praktisch zeitlos die politische Agenda dieser Partei bestimmt. Nicht überraschend wurde deshalb im Wahljahr 2013 der eigentliche Wahlkampf durch zahlreiche Initiativen flankiert, die ihrem Kernthema hohe mediale Aufmerksamkeit beschern sollten: Im April wurde in Meran die Generalversammlung der Europäischen Freien Allianz abgehalten und zeitgleich eine europaweite Unterschriftensammlung zum Thema Selbstbestimmung und EU-Recht lanciert, im Herbst schließlich das selbstverwaltete Selbstbestimmungsreferendum (der Terminus Referendum wurde teilweise scharf kritisiert und gilt als äußerst umstritten) als Willensbekundung an die Politik. Im Zuge der Initiativen im April wurde landesweit ein Plakat gehängt, das die Einbettung des Selbstbestimmungsthemas in den europäischen Kontext unterstreichen und damit vor allem die Unterschriftenaktion unterstützen sollte. Das Plakat zeigt im oberen



Wahlplakate (von links nach rechts): Süd-Tiroler Freiheit, La Destra, Lega Nord, Fratelli d'Italia. Mit Blick auf die Landtagswahlen wurden bereits im Vorwahlkampf zahlreiche Plakatkampagnen lanciert, um Bekanntheit zu erlangen und sich thematisch zu positionieren.

Teil den bereits in unterschiedlicher Form verwendeten Text „Süd-Tirol ist nicht Italien!“ auf rot-weiß-rottem Hintergrund und darunter eine große Fahne der Europäischen Union sowie den Text „Wir bereiten Europa auf die Selbstbestimmung Süd-Tirols vor“.

Der Landtagsabgeordnete Mauro Minniti, der im Dezember 2012 die Partei Partito della Libertà verlassen und sich La Destra angeschlossen hatte, plante 2013 mit dieser Liste auch zu den Landtagswahlen anzutreten. Es war dies das erste Mal, dass sich diese Partei in der Provinz Bozen der Landtagswahl stellte, wenngleich sie aus dem Blickwinkel der nationalen Politik bereits weitgehend bekannt war. Um den Aufbau der Partei in Südtirol voranzubringen, hatte Minniti laut eigenem Bekunden auch die Präsidentschaft des Landtags mit 31.12.2012 niedergelegt. Unter der Warte des sehr zersplitterten Mitte-rechts-Lagers hatte eine „neue“ Partei wie jene von La Destra großen Bedarf an öffentlicher Aufmerksamkeit. So verwundert es auch nicht, dass sie im April eine Plakataktion lancierte, die darauf ausgerichtet war, ein starkes ideologisches Signal zu setzen und durch eine provokante Botschaft auch die Aufmerksamkeit der Medien zu erreichen. Das „*Alto Adige è Italia*“-Plakat besticht durch eine sehr einfache Symbolik und versteht sich offensichtlich als italienisches Pendant zum „Süd-Tirol ist nicht Italien!“-Plakat, indem es aus dem rot-weiß-rotten einen grün-weiß-rotten Hintergrund macht und „Südtirol ist Italien“ propagiert. Eine Reaktion der Medien blieb genauso wenig aus wie jene des politischen Gegners. Roland Lang von der Süd-Tiroler Freiheit etwa überklebte eigenmächtig auf zahlreichen Plakaten das Wort *Italia* mit dem

Text „*un'invenzione fascista*“, um so wiederum die Bedeutung ins Gegenteil zu verkehren.

Im Sommer schließlich wurde eine weitere Plakataktion von La Destra gestartet, die thematisch wie grafisch in Kontinuität zu den offiziellen Wahlplakaten steht, weshalb sie als Teil einer Gesamtkampagne gesehen werden kann. Eine Kampagne, die vorwiegend ein stark ideologisches Image zeichnet, später aber, wie wir sehen werden, sich auch ein partiell Kompetenz vermittelndes Image zulegt. Kernbotschaft dieser zweiten Aktion ist mit dem Spruch „*Prima agli altoatesini*“ eine klare Abgrenzung zu den im Land lebenden ausländischen MitbürgerInnen und kann als italienische Abwandlung des freiheitlichen Slogans „Einheimische zuerst“ gesehen werden. Wo die Südtiroler Bevölkerung Vorrang haben soll, wird mittels Klebezettel und Schlagworten zu unterschiedlichen Sozialleistungen grafisch dargestellt. Am unteren Rand schließlich klafft mittig das Listensymbol der Partei, gleichsam der Sender der Botschaft.

Die Mitte Mai von den VertreterInnen des Südtiroler Ablegers der Lega Nord neu gegründete Bürgerliste Team Autonomie hatte schon wenige Wochen nach ihrer Vorstellung die erste Plakataktion lanciert und ließ alsbald eine weitere folgen. Damit sollte die junge Gruppierung in Vorbereitung für eine Kandidatur bei den Südtiroler Landtagswahlen bekannt gemacht werden. Der Kernfokus beider Plakate liegt auf einem Imagetransfer. Der von der bisherigen Lega-Nord-Abgeordneten Elena Artioli verfolgte Politikstil sowie deren Themen und Wertorientierung sollten demnach auf die neue Liste übertragen werden. Auf beiden Plakaten ist folglich die Landtagsabgeordnete Artioli dominant abgebildet. Ebenso markant dargestellt ist jeweils das Symbol der neuen Bürgerliste, mit großem „A“ als Symbol und dem Schriftzug „Team Artioli“. Als eher atypisches Merkmal finden sich auf beiden Plakaten zahlreiche Kontaktinformationen – neben der gängigen Internetadresse auch eine E-Mail-Adresse sowie eine Handynummer. Artioli und das sogenannte A-Team wollen damit Bürgernähe und Erreichbarkeit signalisieren. Das Thema der Neuheit und des Aufbruchs wird auf Bild Nr. 1 durch das Herausbrechen des Listensymbols aus einer Backsteinwand visuell symbolisiert, während es auf Bild Nr. 2 durch den Text „*Vuoi veramente cambiare le cose? Noi si!*“ („Willst du wirklich etwas ändern? Wir schon!“) zum Ausdruck gebracht wird. Das A-Team wollte damit augenscheinlich vom allgemeinen Verlangen nach Erneuerung, das Südtirol 2013 unverkennbar erfasst hat, profitieren.

Bild Nr. 1 geht im unteren Bereich darüber hinaus noch auf zwei politische Kernthemen der Abgeordneten Artioli ein: zum einen auf die Sozialleistungen des Landes sowie auf das Thema der PolitikerInnenprivilegien. Durch ein „Erledigt“-





Mit zahlreichen Symbolen gespicktes Plakat von Donato Seppi und seiner Bewegung Unitalia zum Auftakt für eine sehr ethnische Wahlkampagne.

Symbol neben den ersten beiden von vier Einzelthemen signalisiert man eine Art *work in progress*, Artioli verbucht so die entsprechenden politischen Entscheidungen als eigenen Erfolg und bringt gleichzeitig zum Ausdruck, welche die verbleibenden Anliegen der neuen Gruppierung sind.

Ein mit markanten Symbolen gespicktes Plakat lancierte der Landtagsabgeordnete Donato Seppi, Leader der Partei Unitalia, im Vorfeld des Wahlkampfes und erreichte damit medial hohe Aufmerksamkeit. Wichtigstes Element auf dem Plakat ist das übergroße Bild des Siegesdenkmals in Bozen, das historisch für die Herrschaft des faschistischen Italien in Südtirol steht. Im Zuge der unterschiedlichen ethnisch geteilten Diskussionen der letzten Jahrzehnte wird es, vor allem aus Sicht der deutschsprachigen Bevölkerung, auch als generelles Symbol für die italienische „Präsenz“ und die Zugehörigkeit des Landes zum Staate Italien gesehen. Unter dem Bild steht, wofür Donato Seppi aus seiner Sicht in der ablaufenden Legislatur im Landtag vordringlich gearbeitet hat: *„Per la nostra comunità. I nostri toponimi. I nostri monumenti.“* Seppi forciert damit eine klare Abgrenzung zu den deutschsprachigen Parteien und Kräften im Lande, die sich (mit unterschiedlichen Perspektiven) für eine „Lösung“ und damit Änderung des Status quo in der Frage der historisch belasteten Ortsnamen und Denkmäler aussprechen. Das Plakat gibt für die Liste Unitalia den Auftakt zu einer ethnischen Wahlkampagne, was für Südtirol an und für sich kein Novum darstellt. Mediale Aufmerksamkeit indes erhielt das Plakat wegen des im Bild dargestellten Donato Seppi mit Alpinhut. In den unterschiedlichen Statements anderer Parteien, aber auch in einem offiziellen Schreiben der Alpinvertretung in der Region wurde die Verwendung eben jenes Hutes auf dem Plakat scharf kritisiert, weil dadurch eine Assoziation der Alpinisten insgesamt mit den dargestellten politischen Inhalten erfolgte.<sup>1</sup>

Schließlich sei noch ein Plakat der 2012 als Abspaltung des Popolo della Libertà gegründeten Partei Fratelli d'Italia besprochen, das die Partei rund um den ehe-

malignen Landtagsabgeordneten Giorgio Holzmann im Spätsommer veröffentlichte, geplant als inhaltlicher Auftakt zur Wahlkampagne, zu der es allerdings nicht mehr kommen sollte.<sup>2</sup> Auf dem grafisch sehr schlicht gehaltenen Plakat mit gelbem und beige Hintergrund befindet sich im unteren Teil der Slogan „*Diamo un taglio agli estremismi*“. Die Auflösung der Frage, welche „Extremismen“ damit gemeint sind, findet sich symbolisiert in der oberen Hälfte des Plakats: ein von oben herabhängender Zopf mit violetterm Band am Ende, der von einer Schere durchtrennt wird. Mit dem Zopf ist, unschwer zu erkennen, die Landtagsabgeordnete Eva Klotz von der Süd-Tiroler Freiheit gemeint. Darüber hinaus steht der Zopf und damit „die Klotz“ aber für das gesamte Spektrum der deutschsprachigen patriotischen Parteien und Bewegungen, von denen man sich mittels dieser Symbolik nicht nur abgrenzen will, sondern gleichsam wird die Botschaft lanciert, dass man sich politisch den ethnischen Ideen und Anliegen dieser Parteien und Bewegungen entgegensetzen will. Das mittige Band in den Farben der Trikolore unterstreicht die Zielgruppenorientierung und das ethnische Element dieser Kampagne.

#### **4. Die offiziellen Wahlplakate**

Zu den Landtagswahlen 2013 traten in Südtirol insgesamt 14 Listen an, die ihrerseits alle die laut Staatsgesetz (Nr. 212 vom 4. April 1956) zugewiesenen Plakatierungsflächen auf den von den Gemeinden errichteten Wänden bekamen. Da die Parteien für die Plakatierung selbst verantwortlich sind, gibt es traditionell Unterschiede in der Dichte der Plakatierungen zwischen den peripheren und urbanen Zonen des Landes.

Nachfolgend werden die Motive aller Plakate der bei den Landtagswahlen angetretenen Parteien beschrieben und teilweise interpretiert.

##### **4.1 Südtiroler Volkspartei**

Die Plakatkampagne der Südtiroler Volkspartei besticht in Summe erwartungsgemäß durch eine duale Botschaft. Während auf der einen Seite das Neue proklamiert wird, versinnbildlicht vorab durch den Spitzenkandidaten Arno Kompatscher, wird andererseits durch den altgedienten Aufruf zum Zusammenhalt das Vertraute und Bewährte beschworen und die Formel „Südtirol = SVP“ kommuniziert. Textlich verdichtet findet sich diese duale Botschaft im Titel des Wahlprogramms der Volkspartei: „Gutes bewahren. Neues wagen“.

Die Plakate wurden in drei Wellen lanciert, wobei die erste Serie kurz vor dem Start der heißen Wahlkampfphase auf den sogenannten *City Lights* an den Bushaltestellen angebracht wurden. In den drei Phasen gab es insgesamt fünf unterschiedliche Kernmotive mit den jeweiligen Abwandlungen hinsichtlich der einzelnen Wellen und einer geografischen Differenzierung: ein Themenplakat, ein Plakat des Spitzenkandidaten/der Spitzenkandidatin, verschiedene KandidatInnenplakate, ein Obmannplakat bzw. Mobilisierungsplakat sowie ein Plakat mit der Botschaft des Zusammenhalts.

Bei der ersten Plakatierungsphase, der *City-Lights*-Aktion, gab es zwei Motive: ein KandidatInnenplakat der gesamten SVP-Mann- und Frauschaft sowie ein Themenplakat. Beide bestechen durch einen sehr einfachen grafischen Aufbau und eine klare Botschaft. Beim Gruppenbildplakat wird Spitzenkandidat Arno Kompatscher in den Vordergrund gestellt, gleich dahinter steht sein Spitzenteam, gefolgt von der Parteispitze und allen weiteren KandidatInnen. Mit dem Claim „Gemeinsam für Südtirol“ wird auf den in der Politik und besonders in der SVP vielfach absenten Teamgeist fokussiert und die Arbeit für das Land und damit für das Allgemeinwohl unterstrichen. Kompatschers dominante Position und die sehr selbstbewusste Haltung unterstreicht dabei seine Rolle als Leitfigur dieser Gruppe und dieser Botschaft.

Das Themenplakat „Südtirol entscheidet“ wurde sowohl für die erste Phase als auch in der zweiten Welle als Plakat auf den öffentlichen Flächen verwendet. Es will mit seinem Aufruf die WählerInnen dahin gehend überzeugen, dass es für die großen und wichtigen Themen Wohlstand, ausgedrückt in den Begriffen Arbeit und Sicherheit, sowie Gerechtigkeit, umschrieben als „Fairness“, in Südtirol kompetente PolitikerInnen brauche und die SVP diese Kompetenz aufzuweisen habe. Das Plakat spricht damit primär das Sicherheitsbedürfnis der WählerInnen an. Der weiß-rote Hintergrund in Form einer Tiroler Fahne, der für ein Folgeplakat auch bei der dritten Plakatierungswelle verwendet wurde, soll ferner das ideologische Image der Partei unterstreichen, wohl zur Kompensation der zunehmend schwächer besetzten volkstumpolitischen Flanke der Partei.

In der zweiten Plakatierungsphase, gleichsam die erste Welle auf den öffentlichen Flächen, wurden drei unterschiedliche Motive kommuniziert: das bereits zuvor besprochene Themenplakat „Südtirol entscheidet“, ein Plakat mit dem Spitzenkandidaten Arno Kompatscher sowie neun unterschiedliche Plakate mit BezirkskandidatInnen für eine geografisch differenzierte Zielgruppenorientierung.

Mit dem ersten Kompatscher-Plakat wird der Spitzenkandidat der Partei erstmals markant als Zugpferd für seine Partei plakativ in Szene gesetzt. Bereits die partei-



Erste und zweite Plakatierungswelle der Südtiroler Volkspartei: Darstellung eines kompetenzvermittelnden Images und Fokussierung auf den neuen und unumstrittenen „Leader“ Arno Kompatscher.

internen Vorwahlen zur Ermittlung des Spitzenkandidaten hatten die Popularität des Völser Bürgermeisters deutlich offengelegt, laut Medienberichten<sup>3</sup> wurde vonseiten der SVP im Sommer 2013 eine Meinungsumfrage in Auftrag gegeben, welche die offensichtliche Zugkraft des neuen Politstars nochmals eindrucksvoll bestätigte. Das Plakat ist sehr einfach gestaltet, mit einem großen Porträt des Politikers, seinem Namen und dem Zusatz „Landeshauptmann-Kandidat der Südtiroler Volkspartei“.

Im unteren Bereich wird es durch das Corporate Design der Partei abgeschlossen. Das Porträt zeigt einen sehr selbstbewussten, gleichsam freundlichen Politiker, auf dessen Person, ausgelöst mitunter durch einen unvergleichlichen medialen Hype, der Großteil der Erwartungen nach Erneuerung projiziert wird.

Das dritte Plakatomotiv dieser Phase sind die Bezirksmutationen der KandidatInnenplakate. Auf neun unterschiedlichen Plakaten sind die jeweiligen Bezirks- bzw. GebietskandidatInnen (Gröden und Gadertal sind nochmals sprachlich differenziert) gemeinsam mit dem Spitzenkandidaten sowie dem Parteiohmann abgelichtet. Das ergibt für die entsprechenden Gruppenplakate insgesamt drei bis 14 KandidatInnen auf einem Bild. Beim Titel der Plakate greift man auf die oben bereits erwähnte Botschaft „Gemeinsam“ (ladinisch *adöm* bzw. *adum*) zurück, ergänzt durch den jeweiligen Bezirk oder die jeweilige Talschaft. Unterlegt sind die Titel farblich wie auch bei anderen Plakaten durch einen weiß-roten Balken, am unteren Rand abgeschlossen durch das Corporate Design der Partei.

Die zweite Plakatierungswelle besticht durch Kompetenzthemen und Personen und zielt daher hauptsächlich auf das Image der Regierungsfähigkeit der SVP so-



*Schlussmobilisierung der Südtiroler Volkspartei mit gezielten Botschaften für die heterogene Stamm- und Wechselwählerschaft, ganz nach dem Motto des Wahlprogramms: „Gutes bewahren. Neues wagen“.*

wie auf den Erneuerungsbonus, den die Partei durch ihren Spitzenkandidaten genießt.

In der dritten und letzten Plakatierungsphase wurden wiederum drei unterschiedliche Motive plakatiert (mit leichter geografischer Abwandlung). Zum einen ein Plakat des Spitzenkandidaten, das jenem der zweiten Welle sehr ähnlich ist. Kompatscher ist neuerlich mittels eines großen Porträts abgebildet, das ihn vor allem freundlich darstellt. Der Claim, der diesmal aber textlich hinzugefügt wird, ist „Südtirol entscheidet!“, auf weiß-rottem Hintergrund. In dieser Text-Bild-Kombination wird die Botschaft lanciert: Wer Kompatscher will und damit all das, wofür er steht, muss die Südtiroler Volkspartei wählen. Das Plakat zielt damit vor allem auf potenzielle zweckrationale WechselwählerInnen (vgl. Strohmeier 2002, 73), deren Wunsch nach einem Politikwechsel auf die neue Leitfigur der SVP projiziert wird.

Das zweite Plakatmotiv, das es in drei Varianten gibt, legt hingegen seinen Fokus auf die Thematik der Stabilität und will damit vor allem das Reservoir der StammwählerInnen ansprechen, gemäß dem Credo „Gutes bewahren“. Das Plakat ist im Vergleich zu den anderen grafisch eher untypisch, zweigeteilt durch einen nahezu gleich großen Text- wie Bildanteil. Der deutsche Text lautet: „In einer Welt, die oft genug unsicher ist, steht die SVP für Stabilität. Damit Südtirol eine lebenswerte Heimat bleibt!“, darunter befindet sich der Sender der Botschaft, gleichsam im Bild dargestellt. Die entsprechende ladinische Abwandlung erfolgt in den jeweiligen Idiomen für das Gröden- bzw. das Gadertal.

Während auf dem deutschsprachigen Plakat, das bis auf die ladinischen Täler in ganz Südtirol geklebt wurde, der Parteiohmann der SVP abgebildet ist, finden sich auf den ladinischen Plakaten der SVP-Spitzenkandidat Florian Mussner als der Kandidat für die LadinInnen sowie der amtierende Landeshauptmann Luis Durnwalder beim gemeinsamen *handshake* vor einer traumhaften Dolomitenkulisse. Es ist somit eine der wenigen Werbungen der SVP, bei der Durnwalder noch als Werbeträger aufscheint. Dass dies genau in den beiden ladinischen Tälern erfolgt, ist nicht verwunderlich, da Luis Durnwalder dort traditionell ein sehr gutes Standing hat. Deutlich „unglücklicher“ wirkt dazu das Bild des Parteiohmanns, auf dem dieser verhältnismäßig klein abgebildet ist. Zudem zeigt der Hintergrund einen sonderbaren, nicht genauer zu definierenden öffentlichen Raum, vermutlich eine Baustelle. Eine mögliche Symbolik verschließt sich den BetrachterInnen.

Das dritte Plakatmotiv dieser letzten Phase knüpft mit seinem Kernmotiv des (ethnischen) Zusammenhalts an die alte Plakattradition der SVP an und zielt damit vor allem auf die traditionellen StammwählerInnen, die es aufgrund ihrer politischen Sozialisation gewöhnt sind, immer dieselbe Partei zu wählen (vgl. Radunski 1980, 49) und durch die Vermittlung eines starken „Wir-Gefühls“ angesprochen werden können (vgl. Strohmeier 2002, 79). Grafisch lehnt sich das Plakat an das Themenplakat aus der ersten und zweiten Plakatierungsphase an, indem es einen ideologisch prägnanten Hintergrund verwendet, aber das Edelweißsymbol dieses Mal ins Zentrum des Plakats rückt. Diesem grafischen Grundsatz folgte die Partei seit Jahrzehnten fast immer, wenn die Botschaft zum Zusammenhalten beziehungsweise die damit verknüpfte Botschaft „Südtirol = SVP“ lanciert wurde (vgl. Dejacco 2006, 117). Der zweigeteilte Text ist so simpel in der Botschaft wie vertraut in seiner konstanten Wiederkehr: „Südtirol hält zusammen! Südtirol wählt SVP!“ Mit einer kleinen Neuheit wartete die SVP indes in den letzten Tagen vor der Wahl auf. Über die in den Grundfarben weiß und rot gehaltenen Plakate wurden quer zwei gelbe Streifen geklebt: Am Kompatscher-Plakat der Slogan „Sonntag: Kompatscher!“ und am Zusammenhalt-Plakat „... entscheidet für Arbeitsplätze“ kombiniert mit einem kleinen angekreuzten Edelweiß. Mit diesen Signalstreifen sollten im Sinne der Schlussmobilisierung das personelle und das inhaltliche Highlight der SVP nochmals betont werden.

## 4.2 Die Freiheitlichen

Im Unterschied zum Variantenreichtum der SVP hat die Freiheitliche Partei Südtirols bei der Landtagswahl 2013 nur ein sehr beschränktes Reservoir an plakativen Motiven. Genauer gesagt wurden von den „Blauen“ nur zwei unterschiedliche Plakate verwendet, die in erstaunlich markanter Kontinuität zu den Plakaten der Landtagswahl von 2008 stehen, grafisch ebenso wie thematisch. Wenngleich sich die Claims zwischen 2008 und 2013 ändern, bleiben die Kernbotschaften nahezu identisch.

Mit ihrem KandidatInnenplakat und dem Titel „System brechen. Freiheitlich wählen!“ zielt die größte Oppositionspartei Südtirols auf die jahrzehntelange politische Vorherrschaft der SVP. 2008 hieß der Titel des Plakats, das grafisch fast identisch war, mit derselben Anordnung der beiden SpitzenkandidatInnen und ähnlicher Bildkulisse „Südtirol gehört dir. Dafür sorgen wir.“. Wenngleich ein politisches „System“ sehr nüchtern betrachtet die Typologie der Staatsform beschreibt, so hat der Terminus in diesem Fall eine ganz eigene Bedeutung und für viele Menschen in Südtirol hat „System“ eine negative Konnotation. „System brechen“ bedeutet also die jahrzehntelange absolute Mehrheit der Südtiroler Volkspartei zu beseitigen. Dieselbe Botschaft wurde auch mit „Südtirol gehört dir“ schon 2008 gesetzt. Die beiden abgebildeten KandidatInnen, Parteiobfrau Ulli Mair und der Fraktionssprecher und Spitzenkandidat Pius Leitner gelten bei den „Blauen“ schon seit Jahren als unangefochtene Doppelspitze und sind damit *die* Aushängeschilder für freiheitliche Themen und Positionen. Anders als bei der SVP kommen keine anderen KandidatInnen auf irgendwelchen Plakaten vor, weder als Gruppe noch in geografischen Plakatvarianten. Diese Alleinstellung soll obendrein, wie auch bei vielen anderen Parteien, dem Spitzenpersonal ein respektables Wahlergebnis beschere. Die Darstellung der beiden KandidatInnen zielt auf Selbstbewusstsein und Sympathie. Augenfällig wurde diesmal als Hintergrund nicht irgendeine Bergkulisse, sondern der Schlern als Wahrzeichen Südtirols gewählt. Das Plakat mit den beiden SpitzenkandidatInnen wurde auch in einer ladinischen Übersetzung in Gröden und im Gadertal geklebt.

Auch das zweite freiheitliche Plakat lehnt sich an frühere Gestaltungen an. Es ist ein grafisch schlicht gehaltenes Themenplakat mit tiefblauem Hintergrund, das ein freiheitliches Kernthema zum Inhalt hat: die Einwanderung und Integration von AusländerInnen. Wurde vor Jahren noch „Einheimische zuerst“ plakatiert, so lautet der Claim 2013 „Einwanderung: Integrieren statt abkassieren!“ Neben dem Claim prangt noch relativ groß das freiheitliche Listensymbol, umrundet von einer





*Die Freiheitlichen bleiben in der plakativen Wahlkampfkommunikation ihrer Linie sowohl grafisch als auch inhaltlich treu und konzentrieren sich auf ihre beiden Kernthemen Ausländer und „System Südtirol“.*

weißen Schattierung, im rechten unteren Bereich des Plakats. Die Interpretation des Claims muss im Fokus der politischen Debatten der letzten Jahre zu diesem Themenkomplex stehen. Diskussionen, die sich vor allem rund um das in der vergangenen Legislaturperiode beschlossene „Integrationsgesetz“ gedreht haben, sowie die immer wieder aufgeflamnte Diskussion rund um die Vergabe von Sozialleistungen an Nicht-EU-BürgerInnen, die in Südtirol wohnen und arbeiten. Im Claim verdichtet sich die freiheitliche Position zu diesem Thema aufs Kompakteste, die man verkürzt wie folgt beschreiben könnte: Einwanderer aus (vorwiegend) Nicht-EU-Ländern, die nach Südtirol kommen und hier arbeiten und wohnen, sollen sich zunächst in diese Gesellschaft integrieren (wobei der Terminus Integration sehr interpretationsoffen ist und die Positionen der Freiheitlichen eher dem Terminus des Anpassens näher stünde) und erst nach erbrachter Leistung und gesellschaftlicher Anpassung auch die Möglichkeit bekommen, von den Sozialleistungen jedweder Form zu profitieren.<sup>4</sup>

Mit den beiden Plakaten setzen die Freiheitlichen im Landtagswahlkampf 2013 deutlich auf Kontinuität: bei den Inhalten genauso wie personell.



### 4.3 Grüne-Verdi-Vörc

Die zweitgrößte Oppositionspartei Südtirols, die Grünen, haben im Landtagswahlkampf insgesamt sechs unterschiedliche Plakatmotive geklebt. Der Grundaufbau sämtlicher Plakate ist identisch, mit einem wechselnden Claim im oberen Bereich, einem weißen, schrägen Balken mit dem Hauptclaim „Sauberes Land, gesunde Politik“ im unteren Bereich, dazu das Listensymbol der Grünen. Die sechs Plakate teilen sich in ein KandidatInnenplakat sowie fünf Themenplakate, wobei ein Plakat nur den Hauptclaim vor grünem Hintergrund trägt. Bei den vier anderen Plakaten wird mittels Wort-Bild-Kombination auf vier spezifische politische Themen eingegangen.

Alle Plakate der Grünen sind konsequent dreisprachig gehalten, wobei der Claim im Unterschied zu früheren Plakatkampagnen quasi einsprachig ist, indem eine Sprache dominant und die beiden anderen Landessprachen wesentlich kleiner darunter angeführt sind. Die Grünen beschreiten damit neue Pfade, indem sie versuchen, die Botschaften sprachlich zielgruppenorientierter zu positionieren.

Der Hauptclaim „Sauberes Land, gesunde Politik. *Politica pulita, ambiente sano. Ambiënt sann, politica nëta.*“ verknüpft ureigene grüne Kernthemen mit der spezifischen politischen Situation Südtirols. Mit „Sauberes Land“ können Themenbereiche wie Verkehrsberuhigung, Umweltschutz oder nachhaltiges Wirtschaften integriert werden, während „gesunde Politik“ eine mögliche Verbesserung der politischen Situation im Sinne von mehr Transparenz und einer neuen politischen Diskussionskultur meint und damit indirekt das bestehende „System“ im Sinne der oben beschriebenen Vorherrschaft der SVP kritisiert. Das Plakat mit diesem Hauptclaim ist absolut minimalistisch gehalten und stellt eine starke farblich-politische Assoziation zur Kernbotschaft her, ähnlich dem freiheitlichen Themenplakat.

Die vier weiteren Themenplakate bestehen durch einen eindrücklichen Wort-Bild-Witz. Aus der Logik grüner Politik negativ besetzte Begriffe (Flugzeuge, Verkehr, Privilegien und Seilschaften) werden als förderungswürdig „verkauft“, indem ihnen durch das Bild eine andere Konnotation verliehen wird. Mit dem Satzbeginn „Diese“ (und eben nicht die „anderen“) sowie der erklärenden Fußnote wird die Neudeutung verstärkt beziehungsweise erklärt. Das Flugzeug- sowie das Verkehrsplakat fokussieren auf das Thema Umwelt und nehmen konkreten Bezug auf die politischen Debatten zum Flugplatz Bozen und zum Lkw-Transit. Das Seilschafts-plakat zielt dagegen auf den generell von den Südtiroler Grünen vielfach kritisierten Einfluss zahlreicher Lobbys auf die Südtiroler Politik und mögliche Vorzugs-schienen durch Bekanntschaft, subsumiert im politischen Jargon durch das



Die Grünen-Verdi-Verc beschreiten mit ihrer Plakatkampagne teilweise neue Wege durch „einsprachige“ Plakate und ungewohnte Terminologie. Bei den Themenplakaten setzt man indes auf pointierte Aussagen zu den grünen Kernthemen.



Schlagwort „Vitamin B“. Das Privilegienplakat schließlich findet konkreten Niederschlag in einer Debatte, die weit über die Landesgrenzen hinausgeht und die europäische Ebene betrifft. So kann das Plakat auch in Anlehnung an die beherzte und intensiv geführte Debatte rund um die Privatisierung der Wasserversorgung verstanden werden, mahnt aber auch zum generell vorsichtigen Umgang in Sachen Umwelt.

Das KandidatInnenplakat schließlich zeigt die acht Erstgereihten auf der Liste der Grünen für die Landtagswahlen, sechs Personen, die im Zuge der Vorwahlen innerhalb der Grünen ermittelt wurden sowie zwei Personen (auf Platz

sieben und acht), die von der Partei Sinistra e Libertà ernannt wurden.<sup>5</sup> Der Claim „Wir schützen Südtirol.“ wirkt in der sprachlichen Tradition grüner Politik atypisch und wird von der Partei selbst wie folgt erklärt: „Wir haben dafür die Aussage ‚Wir schützen Südtirol‘ gewählt, weil wir uns genau dazu

berufen fühlen – entgegen allen Patrioten, die den Alleinanspruch für den Schutz unserer Heimat einfordern. Wir sind jene, die unser Land mit all seiner Vielfalt und seinen Möglichkeiten, aber auch seiner Verletzlichkeit wahrnehmen und immer genau dann unsere Stimme erheben, wenn es verteidigt werden muss.“<sup>6</sup>

Die Plakate der Grünen bei dieser Landtagswahl stehen einerseits im Zeichen grüner Plakattradition, es werden andererseits aber auch neue Wege beschritten. Die Plakate setzen weiterhin verstärkt auf Themen und weniger auf Personen, präsentieren ein Kernteam anstatt einzelner SpitzenkandidatInnen oder Duos, und setzen, wie auch schon bei anderen Wahlen auf pointierte Aussagen, um die Botschaft in einen gewissen Witz zu verpacken. Neue Wege beschreiten die Grünen mit dieser Kampagne durch die Differenzierung von „deutschen“ und „italienischen“ Plakaten, um so je nach Bevölkerungszusammensetzung besser auf die jeweilige Zielgruppe zu fokussieren, andererseits durch einen bisher im Vergleich weitgehend ungewöhnlichen Jargon (Beispiel „schützen“).

#### 4.4 Süd-Tiroler Freiheit

Die Süd-Tiroler Freiheit hat im Landtagswahlkampf drei unterschiedliche Plakate verwendet: ein KandidatInnenplakat sowie zwei Themenplakate. Während das KandidatInnenplakat und das Selbstbestimmungsplakat landesweit plakatiert wurden, fand sich das Krankenhausplakat nur in den vom Thema betroffenen Ortschaften.

Das KandidatInnenplakat zeigt, ähnlich den Freiheitlichen, das Spitzenduo der Bewegung, die nunmehrige Nummer eins Sven Knoll sowie die dienstälteste Politikerin des Südtiroler Landtags, Eva Klotz. Im Unterschied zum freiheitlichen Plakat hat dieses aber keinen Claim, besticht dafür durch mehr Symbolik. Zur Unterstreichung der Verbundenheit mit dem Land findet sich auch hier ein mit Wald, Hügeln und Bergen gespicktes Hintergrundbild. Im Vordergrund stehen die beiden KandidatInnen, Eva Klotz mit recht freundlichem, Sven Knoll hingegen mit einem ernsten und bestimmten Blick. Rechts neben den Gesichtern der beiden prangt das Listensymbol der Bewegung und darüber, vor blauem Himmelhintergrund, ein in Weiß gehaltener Adler mit Kranz, gleichsam Symbol des Landes Tirol. Der Adler findet sich außerdem auf der Gürtelschnalle und als Anstecker auf dem Sakko von Sven Knoll. Die beiden PolitikerInnen sowie das Hintergrundbild wurden je einzeln aufgenommen und als Ebenen zusammengesetzt. In der Positionierung der beiden KandidatInnen zeigt sich symbolisch die nunmehrige politische Hierarchie



*Wahlplakate der Süd-Tiroler Freiheit: Starke Symbolik und markante Leadership als Kernelemente des Hauptplakats. Mit dem „Krankenhaus“-Plakat setzt man erstmals auf eine geografische Zielgruppenorientierung.*

innerhalb der Bewegung, aus dem Kontext gerissen erinnert die Darstellung der beiden an eine Mutter-Sohn-Beziehung. Das Gesamtimage, das durch das Plakat transportiert werden soll, ist ein sehr bodenständig-traditionelles. Es unterstreicht zudem die Leadership der beiden Dargestellten.

Auch das Themenplakat, das selbstredend das Kernthema der Bewegung darstellt, ist geprägt durch markante Symbolik. Die Selbstbestimmung Südtirols wird dabei allerdings nicht nur rein thematisch abgebildet; das Plakat stellt das intensiv beworbene, selbstverwaltete „Selbstbestimmungsreferendum“ ins Zentrum seiner Darstellung. Unter dem Titel „Wähl dich frei!“ suggeriert das Plakat die Möglichkeit, durch die Teilnahme an einem entsprechenden Referendum eine Loslösung Südtirols von Italien erreichen zu können. Grafisch symbolisiert wird die Abtrennung durch das Abschneiden des grünen Teils einer Trikolore, sodass nur mehr eine weiß-rote Fahne (mit Tiroler Adler) übrig bleibt, sinnbildlich für die Unabhängigkeit des Landes vom restlichen Staatsgebiet. Am oberen rechten Rand findet sich das Logo zur Aktion, unten rechts das Listensymbol der Süd-Tiroler Freiheit und links daneben Informationen und die Webadresse zum Referendum.

Das dritte Plakat der Süd-Tiroler Freiheit im Wahlkampf war ein sehr einfach gehaltenes, auf eine lokale Zielgruppe begrenztes Themenplakat. Unter dem Claim „Spart[,] wo ihr wollt, aber nicht bei unserer Gesundheit“ bezieht man sich auf die politische Debatte rund um eine mögliche Schließung oder Auslagerung von Diensten bei den kleineren Krankenhäusern in Sterzing, Innichen und Schlanders. Die Süd-Tiroler Freiheit stellt sich damit klar hinter den Erhalt dieser drei Häuser, die alle abgebildet sind. Gehängt wurden die Plakate im näheren Einzugsgebiet der drei Strukturen.

#### 4.5 Partito Democratico – Demokratische Partei

Der Partito Democratico (PD) hat in seinem Wahlkampf insgesamt neun unterschiedliche Plakate verwendet, fünf Themenplakate sowie vier unterschiedliche KandidatInnenplakate. Sämtliche Plakate sind vom generellen Aufbau her sehr ähnlich. Allen gemeinsam, mit einer Ausnahme, ist der untere Abschluss mit dem Listensymbol des PD am linken Rand und einem gelben Balken mit den wiederkehrenden Schlagworten „*Lavoro, plurilinguismo, sociale* – Arbeit, Mehrsprachigkeit, Soziales“. Die Claims sämtlicher Plakate sind schließlich durch einen halbtransparenten schwarzen, einen grauen oder einen grünen Farbbalken unterlegt. Allen Plakaten gemeinsam, mit wiederum einer Ausnahme, ist ferner die konsequente Zweisprachigkeit der Texte. Jenes Plakat, das die Ausnahme bildet, ist einsprachig deutsch gehalten, wohl ein Novum für den PD in Südtirol. Es zeigt die vier deutschsprachigen KandidatInnen, die auf der Liste des PD kandidiert haben.

Der Claim für die vier KandidatInnenplakate ist „*L'Alto Adige a modo nostro* – Unser Weg für Südtirol“ (am deutschen Plakat einsprachig), gleichsam der Hauptclaim der gesamten PD-Kampagne. Mit „Unser Weg“ fokussiert der PD vor allem auf zwei politische Themen, bei denen man mit dem langjährigen Koalitionspartner SVP keine wirkliche Übereinstimmung findet: ein mehrsprachiges Schulmodell sowie mehr Autonomie für die Gemeinden mit besonderem Fokus auf die Hauptstadt Bozen. Zufällig oder nicht, „Unser Weg für Südtirol“ ist zwar in den letzten Jahren zur Marke der ArbeitnehmerInnen in der SVP geworden, wurde von diesen indes nicht im Wahlkampf verwendet.

Das Hauptplakat zeigt, ähnlich wie das erste SVP-Plakat, die gesamte Gruppe mit allen 35 KandidatInnen. Der Hintergrund ist in schlichtem Grau und Weiß gehalten, genauso wie die Schrift. Dadurch rückt der Fokus der Wahrnehmung auf die in der unteren Plakathälfte abgebildeten KandidatInnen. Die zwei verbleiben-



*Der Partito Democratico – Demokratische Partei lancierte im Landtagswahlkampf fünf Themen- und vier Kandidaten-Plakate, die bis auf jenes mit den deutschsprachigen Kandidaten alle konsequent zweisprachig gehalten sind.*

den KandidatInnenplakate folgen einer geografischen Zielgruppenorientierung. So gibt es ein Plakat mit den KandidatInnen des Eisack- und Pustertals, ein weiteres mit jenen des Unterlands. Auf beiden sind neben den entsprechenden BezirkskandidatInnen auch die beiden Spitzenexponenten der Partei, Christian Tommasini und Roberto Bizzo, abgebildet. Die beiden Plakate wurden in den jeweiligen Ortschaften der entsprechenden Bezirke gehängt.

Die Themenplakate des PD behandeln fünf (teilweise) gewichtige politische Positionen der Partei. Die Plakate sind jeweils in einer Text-Bild-Kombination komponiert: einem zweisprachigen Claim und einem ausfüllenden Hintergrundbild. Das Plakat mit dem Claim „*Il nostro territorio: energia per il futuro*“ und dem Bild eines Baches spielt wohl indirekt auf die umstrittene Energiepolitik an, steht aber auch für eine saubere Umwelt und eine nachhaltige Nutzung der Ressourcen. Ein weiteres Plakat behandelt das für den PD wichtige Thema der Gemeindeautonomie, mit besonderem Augenmerk auf die Eigenständigkeit der Stadt Bozen. „*Più autonomia ai comuni, più vicini alle persone*“ ist der entsprechende Claim dazu, das Plakat zeigt die Brixner Altenmarktgasse als Sinnbild für den urbanen Raum. Das dritte Themenplakat zeigt auf gelbem Hintergrund eine Computermaus, deren Kabel zu Zahnrädern geformt sind. „*Innovare per creare lavoro*“, so der Claim des Plakats, das auf eines der wichtigsten PD-Themen zielt: die Schaffung und den Erhalt qualitativer Arbeitsplätze. Die Maus als Symbol für Innovation und Fortschritt sowie die Zahnräder als Symbol für Arbeit gelten als Standardsymbole für diese Themenbereiche. Mit „*Una scuola plurilingue*“ setzt der PD beim vierten Themenplakat auf eines der prominentesten und emotionsgeladesten Themen und Forderungen im PD-Wahlkampf. Auf augenfälligem rotem Hintergrund hängen von oben herab vier unterschiedliche Sprechblasen, symbolisch für die Vielfalt der Sprachen, die miteinander in Kontakt stehen. Die teils unterschiedlichen Umrandungen der Sprechblasen stehen für die unterschiedlichen Sprachen in Südtirol. Das fünfte Themenplakat schließlich widmet sich den öffentlichen Diensten mit dem Claim „*Niente sprechi, più servizi*“. Auf grünem Hintergrund findet sich abgebildet ein grüner Apfel mit Tautropfen, dessen Symbolik wohl nur mit dem zusätzlichen Untertitel „*Un welfare in salute*“ zu deuten ist: der Apfel also als Symbol für ein gesundes Sozialsystem, das effizient arbeitet.



## 4.6 Forza Italia – Lega Nord – Team Autonomie

Bei den Landtagswahlen 2013 gab es insgesamt zwei Dreierbündnisse: eines im italienischen und eines im deutsch-ladinischen Parteienspektrum. Etwas unerwartet und überraschend kam das Bündnis rund um die Listen Forza Alto Adige, Lega Nord und Team Autonomie<sup>7</sup> zusammen, das schon von Beginn an mehr dem Charakter einer wahltechnischen Zweckehe denn eines echten politischen Bündnisses zu entsprechen schien. Das prompte Auseinanderbrechen gleich nach der Wahl bestätigte dies eindrucksvoll. Sichtbar wurde die „technische Ehe“ auch bei den Plakatflächen, die sich die beiden Lager im Bündnis je zur Hälfte aufteilten. Beide Seiten verwendeten KandidatInnenplakate, kombiniert mit einem Claim. Während Forza Alto Adige,



Wahlplakate von den beiden Dreier-Bündnissen Forza Alto Adige – Lega Nord – Team Autonomie (erstes und zweites) und Ladins Dolomites – BürgerUnion – Wir Südtiroler (drittes) sowie von der Bewegung Movimento 5 Stelle (viertes): Neue Listensymbole mit weitgehend altbekannten Gesichtern, die Garant für das politische Produkt sein sollen.

auch mit Blick auf vier mögliche Vorzugsstimmen, seine vier SpitzenexponentInnen als Team mit einem sehr prominenten „Schirmherrn“ präsentierte, setzte die Gruppe rund um die Lega Nord und das Team Autonomie ganz auf ihre Nummer eins Elena Artioli. „La squadra fa la forza: Alto Adige“ so der Claim bei den „Blauen“, während das Artioli-Lager zweisprachig „Squadra unita. Persona giusta“ bzw. „Starkes Team. Richtige Frau“ als Claim im oberen Bereich setzt, im unteren Bereich hingegen eine „Anleitung“ zur richtigen Wahl gibt: „Scrivi Schreibe Nr. 1 Artioli“.

Während die KandidatInnen von Forza Alto Adige einen gemeinsamen Teamwahlkampf inszenieren und die Liste selbst stärker in den Mittelpunkt rücken, ist



beim Artioli-Plakat die Liste nur Mittel zum Zweck, der gesamte Fokus liegt auf der Spitzenkandidatin.

#### 4.7 Movimento 5 Stelle

Die erstmals zur Landtagswahl angetretene Partei des Komikers Beppe Grillo, Movimento 5 Stelle, hatte mehrere unterschiedliche Plakatmotive. Hauptplakat war ein KandidatInnenplakat, auf dem 18 der 20 KandidatInnen der Liste in einem Gruppenbild dargestellt sind, darüber der dreisprachige Claim „*Votate per voi!* Wählt für euch selbst! *L'ita t'è instès!*“, direkt unter dem Bild angeschnitten das Listensymbol und am unteren Abschluss des Plakats ein Hinweis zur Webseite der Bewegung und die Eigendefinition als „*Movimento di cittadini per i cittadini*“ („Bewegung von Bürgern für Bürger“). Das Plakat folgt der Tradition des Movimento, sich als Antipartei zu präsentieren, welche die Trennung zwischen den einfachen BürgerInnen und den vermeintlich abgehobenen PolitikerInnen der etablierten Parteien überbrücken will.

Die unterschiedlichen Themenplakate der Partei, die unterhalb des Gruppenplakats gehängt wurden, sind keine neuen Kreationen, sondern vom Parlamentswahlkampf 2013 recycelt worden, indem das Datum der Parlamentswahl und der seinerzeitige Claim „*Usciamo dal buio*“ durch den Hinweis „*Elezioni provinciali 27 ottobre*. Landtagswahlen 27. Oktober“ sowie durch den Hinweis auf die Webseite überklebt wurden. Bei manchen Plakaten indes wurde das Überkleben vergessen. Welche und wie viele Themenplakate somit verwendet wurden, hängt daher wahrscheinlich davon ab, wie viele und welche Plakate noch aus Altbeständen verfügbar waren. Zu den wichtigsten Themenplakaten des Movimento zählt das blaue „*Mandiamoli tutti a casa*“-Plakat, das einen übergroßen gelben Fuß zeigt, der mehreren schwarzen Gestalten, stellvertretend für die politische Kaste Italiens, einen Tritt verpasst und sie ins Abseits schiebt. Ein weiteres Schwerpunktthema der Bewegung ist die Förderung der kleinen und mittelgroßen Betriebe. Das rote Themenplakat mit dem Claim „*Sviluppo piccole e medie imprese*“ zeigt mehrere schwarze Zahnräder und eine gelbe Hand, aus deren Zeigefinger ein Öltropfen rinnt, der die Zahnräder schmiert. Symbolisch betrachtet wird die Arbeit, dargestellt durch die Zahnräder (wie beim PD-Plakat) vom Movimento wieder in Schwung gebracht. Alle Themenplakate haben eine sehr einfache grafische Gestaltung mit markanten Farben, wobei das Gelb immer den Movimento symbolisiert. Optisch stehen sie in krassem Gegensatz zum KandidatInnenplakat der Bewegung, das ad hoc für die Landtagswahl 2013 gemacht wurde.

#### 4.8 Bündnis BürgerUnion – Ladins Dolomites – Wir Südtiroler

Das zweite Dreierlistenbündnis dieser Wahl, das Bündnis aus BürgerUnion, Ladins Dolomites und Wir Südtiroler, besticht durch eine sehr einfache Plakatkampagne und setzt im Unterschied zum „italienischen“ Bündnis auf eine gemeinsame Plakatkampagne. Das Bündnis hat nur zwei verschiedene Plakate mit sehr ähnlicher Gestaltung, die es in einer einsprachig deutschen sowie einer einsprachig ladinischen Variante gibt. Beide Plakate zeigen im unteren rechten Eck relativ groß das Listensymbol, das die Parteien mit ihren Schriftzügen und Farben vereint. Das ergibt in Summe ein Farbenspiel mit Weiß, Blau, Grün, Orange und Rot, das sich auch am oberen Rand des Plakats durch geschwungene Farbstreifen wiederholt.

Drei Schlagworte bilden den Claim der Kampagne: „Soziale Gerechtigkeit“, „Machtkontrolle“ und „Familie“. Sie spiegeln vorab die Kernthemen der BürgerUnion wider, die sich in den letzten Jahren mit den Themen Gerechtigkeit und Familie als soziale Partei der Mitte zu etablieren versuchte. Auf dem ersten Plakat sind die drei Schlagworte sehr groß vor weißem Hintergrund gesetzt, auf dem zweiten kommt ein Gruppenbild mit den vier SpitzenkandidatInnen des Bündnisses hinzu, die als kompakte Gruppe wahrgenommen werden. Dass neben den drei männlichen Parteileadern noch eine vierte Person hinzugenommen wird, liegt an der Notwendigkeit der Präsenz einer Frau im Spitzenteam<sup>8</sup>, passt aber auch gut mit der Tatsache der vier möglichen Vorzugsstimmen zusammen.

Die Plakate des Bündnisses verwenden insgesamt keine abstrakte Symbolik und setzen ganz auf die Kernthemen sowie auf das Spitzenteam, das vor allem mit Andreas Pöder und Thomas Egger zwei in der Südtiroler Politik weitgehend bekannte Gesichter zeigt.

#### 4.9 L'Alto Adige nel cuore

Der Ende 2012 als lokale politische Bewegung ins Leben gerufene L'Alto Adige nel cuore, dessen ExponentInnen vormals der nationalen Partei Futuro e Libertà angehörten, trat 2013 erstmals als eigenständige Liste bei den Landtagswahlen in Südtirol an. Unangefochtener Leader der Gruppierung und Spitzenkandidat war der Landtagsabgeordnete Alessandro Urzì, für eine Kandidatur gewinnen konnte man außerdem den ehemaligen PdL-Abgeordneten Maurizio Vezzali, der auf der Liste auf Platz zwei gesetzt wurde. Beide Spitzenexponenten bekamen, neben einem allgemeinen Plakat, ein eigenes KandidatInnenplakat, auf dem sie mit einem

großen Porträt, ihrem Namen und der Listennummer sowie einem eigenen Claim abgebildet wurden. „*La nostra forza!*“ war der Titel des Plakats von Urzì, „*La nostra passione*“ jener am Plakat von Vezzali.

Das allgemeine Plakat ist mit weißem Hintergrund sehr schlicht gehalten und zeigt das Listensymbol der Bewegung, einen Claim sowie eine geografische Darstellung Südtirols, geformt durch Hunderte von kleinen Icons und „behütet“ von zwei Händen links und rechts. Mit „*Il tuo movimento – La nostra terra*“ will die Bewegung zum einen auf die lokale und von den staatlichen Parteien unabhängige Eigenart verweisen, zum anderen den Charakter einer Bewegung andeuten, die sich von den klassischen Parteien abhebt. Die ethnische Zielgruppenorientierung wird symbolisch durch die grün-weiß-rote Farbkombination im Listensymbol sowie den Trennstrich beim Claim angedeutet.

#### 4.10 Unitalia Movimento per l’Alto Adige

Die 1996 entstandene stark rechtskonservative Partei Unitalia lancierte, wie weiter oben besprochen, bereits im Vorfeld der heißen Wahlkampfphase das ethnisch aufgeladene „Alpiniplakat“. Auf den offiziellen Plakatierungsflächen schließlich hingen drei unterschiedliche Themenplakate. Zwei dieser Plakate beginnen mit dem Satz „*Ho presentato documenti istituzionale per garantire: ...*“, worauf ein politisches Thema folgt. Schließlich der Sender der Botschaft: „*il Consigliere provinciale Donato Seppi*“. Auf einem der Plakate geht es um die „*precedenza agli italiani per casa e lavoro*“, auf dem zweiten um das „*garantire parità di diritti a tutti i gruppi linguistici nella scuola e nel lavoro*“. Während letzterer Claim auf das Verhältnis zwischen den beheimateten Sprachgruppen deutet und auf eine vermeintliche Ungleichbehandlung der italienischsprachigen Bevölkerung aufmerksam macht, kann mit ersterem auch die Abgrenzung zu den neu aus dem Ausland zugewanderten Personen gemeint sein und „*italiani*“ als StaatsbürgerInnen interpretiert werden. Auf beiden Plakaten prangt unterhalb des Claims sehr dominant das Listensymbol der Bewegung, abgeschlossen nach unten durch die Trikolore und den Spruch „*Al tuo fianco dal 1996*“. Der Hintergrund beider Plakate ist weitgehend neutral gehalten, im Unterschied zum dritten Themenplakat, das eine Berglandschaft mit viel Himmel zeigt und darin eine im Wind wehende Trikolore, darüber das Listensymbol von Unitalia.

Das Plakat besticht durch ein großes „*NO*“ sowie ein großes „*SI*“ und fokussiert damit auf jene politischen Inhalte, gegen die man ankämpfen will („*NO pro-*



Wahlplakate von *L'Alto Adige nel cuore* (erstes und zweites) und *Unitalia* (drittes und viertes): Losgelöst von den gesamtstaatlichen Parteien fokussiert die Mitte-rechts-Bewegung „*L'Alto Adige nel cuore*“ auf Lokalpatriotismus, die rechtspopulistische *Unitalia* lanciert eine ethnische Plakatkampagne.



porzionale e precariato“) und wofür man sich im Besonderen einsetzen will („*SI casa e lavoro agli italiani*“). Das Thema des Vorrangs einer bestimmten Bevölkerungsgruppe für bestimmte öffentliche Leistungen fand sich auch auf früheren Plakaten der Freiheitlichen („*Einheimische zuerst*“) oder auf den Plakaten in der Wahlkampfzeit beim Team Autonomie („*Assegni sociali prima ai nostri*“) und bei La Destra („*Prima agli Altoatesini*“). Die Plakate von *Unitalia* sind insgesamt inhaltlich sehr ethnozentrisch und abgrenzend und bedienen sich entsprechend ausgeprägter Symbolik.

#### 4.11 Scelta Civica per l'Alto Adige-Südtirol

Die im Juni aus der Taufe gehobene Liste *Scelta Civica per l'Alto Adige-Südtirol* ist ein Sammelbecken früherer ChristdemokratInnen, italienischer BürgerInnenlisten sowie einiger Personen, die bereits bei den Parlamentswahlen im Februar auf der Liste *Scelta Civica con Monti per l'Italia* kandidiert haben, versteht sich aber als lokal vollkommen autonome italienische Bewegung der Mitte.<sup>9</sup> Bewusst wurde

deshalb für die Versinnbildlichung dessen für das Listensymbol der Schlern als Wahrzeichen Südtirols, in Kombination mit einer Trikolore gewählt.

Die Gruppierung hatte zwei unterschiedliche und sehr einfach gestaltete Plakate. Zum einen ein allgemeines Plakat, auf dem sehr dominant das Listensymbol und der Claim „*Insieme protagonisti per la nostra Provincia*“ abgebildet sind, als Hintergrund die Umrisse des Schlern, alles in Blau gehalten. Durch Bild und Text will die Bewegung den lokalen Duktus unterstreichen und mit „*protagonisti*“ auch das Ziel einer möglichen Regierungsverantwortung andeuten. Das KandidatInnenplakat schließlich, auf dem alle 32 KandidatInnen im Porträt mit Namen abgebildet sind, enthält dieselben Symbole und Elemente wie das allgemeine Plakat und diente zur Vorstellung der gesamten Frau- und Mannschaft. Es gab dieses Plakat in der Standardgröße für eine Plakatfläche sowie in doppelt so großer Ausführung in Überlänge, sodass es zwei aneinanderliegende Plakatflächen ausfüllte.

#### 4.12 La Destra Minniti

Die Partei La Destra mit ihrem Leader und Spitzenkandidaten Mauro Minniti hatte, wie erwähnt, bereits in der Vorwahlkampfzeit plakatiert und setzte einige Akzente dieser ersten Kampagne fort. Die vier unterschiedlichen Plakate können in zwei Kategorien geteilt werden. Zwei Plakate stehen unter dem Claim „*Creare*“ und fokussieren auf zahlreiche klassische soziale Politikthemen, während mit zwei weiteren Plakaten eine ethnische Zielgruppenkampagne geführt wird.

Auf den unter dem Titel „*Creare*“ lancierten Plakaten findet sich der Spitzenkandidat Minniti selbst abgebildet, einmal stehend mit Kugelschreiber in der Hand und seitlich auf die auf Notizzettel geschriebenen Schlagworte „*Lavoro*“, „*Giovani*“, „*Famiglie*“, „*Casa*“, „*Anziani*“ und „*Scuola*“ schauend, gleichsam eine übersichtliche Darstellung aller Kernthemen der Bewegung. Auf einem weiteren ähnlich gestalteten „*Creare*“-Plakat sieht man Minniti hingegen kniend, mit Blick auf den Betrachter gerichtet. Hier wird das Kernthema Familie behandelt und eine detailliertere Antwort darauf gegeben, welches die entsprechenden notwendigen politischen Maßnahmen zu diesem Thema wären. Der Hintergrund der „*Creare*“-Plakate ist türkis gehalten, eine bestimmte Symbolik oder Interpretation dieser Farbwahl erschließt sich nicht und scheint eine rein ästhetische Entscheidung zu sein. Passend zum Claim der Plakate ist Minniti sehr leger gekleidet, mit weißem Hemd, ohne Krawatte, die Ärmel nach hinten gestürzt, um ein „Anpacken“ zu symbolisieren. Minniti will sich mit diesen Plakaten ein Kompetenz vermittelndes



Wahlplakate von Scelta Civica (erstes und zweites) und La Destra (drittes und viertes): Während bei der Mitte-Bewegung Scelta Civica eine klare Positionierung kaum erkennbar ist, fokussiert Mauro Minniti mit seiner La Destra auf Kompetenz und ein starkes ideologisches Image.

Image eines Politikers geben, der um die Sorgen und Nöte der Bürger Bescheid weiß und die richtigen „Rezepte“ parat hat.

Die beiden ethnischen Plakate sind in ihrer Konzeption sehr unterschiedlich. Eines wurde bereits in der Vorwahlkampfzeit gehängt und weiter oben bereits besprochen, nämlich das „L'Alto Adige è Italia“-Plakat. Das zweite Plakat ist in sehr schlichtem, dunklem Blau gehalten, mit einem Claim im oberen Bereich, in der Mitte prägnant das Listensymbol von La Destra Minniti und darunter mehrere Trikolorefahnen. Der Claim lautet „Solo noi con gli italiani dell'Alto Adige nel solco della tradizione“ und der Aufruf „vota“. Minniti und La Destra versuchen damit eine klare Abgrenzung zu den anderen italienischen Rechtsparteien und postulieren einen Vertretungsanspruch für die italienischsprachige Bevölkerung. Als Ergänzung zu den Kompetenz vermittelnden „Creare“-Plakaten will Minniti mit den „ethnischen“ Plakaten seinem Image auch ein scharfes ideologisches Profil verleihen.

#### 4.13 Partito della Rifondazione Comunista

Die beiden kommunistischen Kleinparteien Rifondazione und Comunisti Italiani schafften es nicht, sich für die Landtagswahl zu einem gemeinsamen Listenbündnis zu vereinen. So traten sie beide, praktisch chancenlos, mit der je eigenen Liste zur Wahl an. Rifondazione hatte drei unterschiedliche Plakatmotive, darunter ein





Wahlplakate von Rifondazione (ersten drei) und Comunisti (letztes): Während Rifondazione neben dem Listen-Plakat auch ein Kandidaten- sowie ein Themenplakat lanciert, betreibt man bei den Comunisti Minimalismus pur.

KandidatInnenplakat sowie zwei generische Plakate. Am KandidatInnenplakat finden sich 14 Personen unter einem stilisierten Herz, in dessen Mitte „wählt – vota“ steht, darunter der Claim „keine Freiheit ohne Rechte – *senza diritti non c'è libertà*“. Mit dem Herz und den auffällig freundlichen Gesichtern wollen die KandidatInnen Sympathie für die Liste gewinnen, die Grundfarbe am Plakat ist selbstredend Rot. Ein zweites Plakat ist sehr allgemein gehalten, das Listensymbol sehr groß in der Mitte auf blauem Hintergrund und der Claim „Vota Comunista“ oberhalb des Symbols sowie „Vota Rifondazione“ unterhalb desselben. Das dritte Plakat zeigt ein grafisch stilisiertes Porträt des russischen Astronauten und kommunistischen Idols Juri Gagarin mit dem Zitat „*Da quassù la terra è bellissima, senza frontiere né confini.*“ Damit wird auf die Gleichheitsidee des Kommunismus hingewiesen, kann aber auch in einer lokalpolitischen Interpretation der Abbau von Grenzen, etwa im Bereich der Sprachgruppen, gemeint sein.

#### 4.14 Partito dei Comunisti Italiani – Südtiroler Kommunisten

Die Comunisti, Letztgereichte bei den Landtagswahlen 2013, waren die einzige Partei, die nur ein einziges, sehr schlichtes Plakatmotiv klebten. Es zeigt vor rotem Hintergrund das übergroße Listensymbol der Partei, darüber steht „wähle“, darunter „vota comunista“. Relativ einfallslos, aber irgendwie retro, plakatieren die Comunisti damit einen aus vergangenen Jahrzehnten bekannten Plakattypus.

## 5. Resümee

Die im Vorfeld und in der heißen Phase der Landtagswahlen geklebten Plakate spiegeln eindrucksstark die politischen Entwicklungen des vergangenen Jahres wider, unterstreichen bereits bekannte Parteien- und KandidatInnenimages und demaskieren jene Anstrengungen, mit denen versucht wird, sich ein neues Image zuzulegen. Insgesamt kann als globale Interpretation zur plakativen Wahlkampfkommunikation erfasst werden, dass es entgegen der vermeintlichen Aufbruchstimmung im Zuge des unübersehbaren Erneuerungsdrangs 2013 erstaunlich viele Konstanten gibt. Die langfristige Tendenz zur stärkeren Personalisierung etwa kann im Vergleich zu 2008 nicht festgestellt werden und hängt tendenziell vom Grad der ausgeprägten Leadership bei den einzelnen Listen ab. Erwartungsgemäß setzen dementsprechend vor allem die deutschen und italienischen Rechtsparteien stärker auf die Personalisierung als die Parteien in der Mitte und links der Mitte. Bei der Südtiroler Volkspartei wurde zwar der Spitzenkandidat markant in Szene gesetzt, im Verhältnis zum medialen Hype rund um seine Person allerdings hätte man eine noch deutlichere Fokussierung auf ihn erwarten können.

Entsprechend der eingangs erwähnten Fragmentierung des rechten italienischen Parteienspektrums mussten sich diese Listen in besonderem Maße untereinander abgrenzen. Teilweise wurde dies durch eine starke Ideologisierung zu erreichen versucht, teilweise durch eine kraftvolle Betonung des Lokalkolorits oder, wie im Fall des Bündnisses Forza Alto Adige – Lega Nord – Team Autonomie mittels eines Mixes aus einer Schirmherrschaft durch eine nationale Großpartei (Forza Alto Adige) oder einer bedingungslosen Personifizierung (Lega Nord – Team Autonomie).

Was die verwendeten Sprachen betrifft, kann man die Konstante feststellen, dass die Listen des linken Parteienspektrums tendenziell zwei- oder dreisprachige Plakate haben, während jene im konservativ-rechten Spektrum weitgehend einsprachig sind. Als Neuerungen können das einsprachig deutsche Plakat des PD und die Plakate der Grünen gesehen werden. Letztere sind zwar konsequent mehrsprachig, wie es in der Tradition der Grünen liegt, wobei aber nunmehr eine der Landessprachen je nach geografischer Verwendung der Plakate größer gehalten ist.

Als neuer Trend der plakativen Wahlkampfkommunikation kann abschließend festgestellt werden, dass sich die kandidierenden Listen zusehends vom klassischen Parteiimage zu lösen versuchen, etwa indem sie sich mittels lockerer Termini als Team, Bündnis oder Bewegung darstellen und indem sie ihre KandidatInnen als natürlich, entkrampft und authentisch abbilden, um so BürgerInnennähe zu suggerieren.



Man kann insgesamt konstatieren, dass die direkte und unmittelbare politische Kommunikation mittels Plakaten den Trends moderner Wahlkampagnen folgt. Aufgrund der beständigen Erweiterung des Kommunikationsarsenals durch neue Kanäle und Medien werden Plakate ihre vormalige Bedeutung zwar weiter einbüßen, sich aber gewiss einen Nischenplatz erhalten.

## 6. Übersicht über die Plakate aller Listen

Liste	Kernbotschaft, Zielgruppenorientierung, besondere Merkmale
Südtiroler Volkspartei	Drei Plakatwellen mit über einem Dutzend unterschiedlicher Plakate und starker geografischer Differenzierung.  Erste Welle mit dem Ziel der Vermittlung eines Kompetenzimages. Zweite Welle: Kombination von Kompetenzimage mit der Botschaft Erneuerung und besonderem Fokus auf WechselwählerInnen. Dritte Welle: Weiterführung der Botschaft Erneuerung, zugleich stark ideologische Plakate zur Stabilisierung vor allem der traditionellen StammwählerInnenenschaft.
Die Freiheitlichen	Zwei Plakate mit starker Kontinuität zu 2008, inhaltlich wie personell. Kernthemen sind die Vormachtstellung der SVP sowie Einwanderung und Integration. Starkes ideologisches Image, das sich gleichermaßen an Stamm- und WechselwählerInnen richtet. Sozioökonomische Zielgruppenorientierung steht im Vordergrund.
Grüne-Verdi-Vërc	Im Unterschied zu früheren Plakatkampagnen erstmals quasi einsprachige Plakate für eine geografisch spezifische Zielgruppenorientierung, kombiniert mit teilweise ungewöhnlicher Wortwahl zur Akquisition von zweckrationalen WechselwählerInnen. StammwählerInnenenschaft wird vor allem durch grüne Kernthemen angesprochen.
Südtiroler Freiheit	Vermittlung eines starken ideologischen Images durch das Selbstbestimmungsplakat und das mit starker Symbolik angereicherte KandidatInnenplakat. Zusätzliches Themenplakat mit einer geografischen Zielgruppenorientierung und dem Anspruch der Vermittlung eines Kompetenzimages.
Partito Democratico	Grundsätzlich breite Orientierung am WählerInnenmarkt mit allgemein gehaltenen Botschaften und beständiger Zweisprachigkeit. Zielgruppenorientierte Plakate mit Bezug auf eine geografische Differenzierung der KandidatInnen.
Forza Alto Adige – Lega Nord – Team Autonomie	Plakate setzen zur Gänze auf Personalisierung und Leadership. Zum einen durch die populäre „Schirmherrschaft“ von Silvio Berlusconi, zum anderen wird die Spitzenexponentin der Liste, Elena Artioli, als Leitfigur stilisiert.
Movimento 5 Stelle	Allgemeines KandidatInnenplakat mit einem Antiparteienimage und besonderem Fokus auf politikferne WechselwählerInnen. Themenplakate wurden aus dem Parlamentswahlkampf recycelt.
Bündnis BürgerUnion – Ladins Dolomites – Wir Südtiroler	Sehr breite Orientierung am WählerInnenmarkt durch zwei einfache Plakate. Drei sehr allgemein gehaltene Themen und der Versuch, ein Kompetenzimage zu vermitteln.
L'Alto Adige nel cuore	Breitenorientierung durch ein weitgehend themenloses Plakat. Man verpasst sich ein starkes Lokalkolorit und setzt bei zwei weiteren Plakaten auf starke Personalisierung.

Liste	Kernbotschaft, Zielgruppenorientierung, besondere Merkmale
Unitalia Movimento per l'Alto Adige	Ethnische und abgrenzende, zielgruppenorientierte Kampagne mit markanter Symbolik und ideologischem Image aller drei Plakate.
Scelta Civica per l'Alto Adige-Südtirol	Ein allgemeines und ein KandidatInnenplakat mit absoluter Breitenorientierung durch eine weitgehend themenlose Kampagne, die sich ein starkes Lokalkolorit verpasst. Keinerlei Leadership.
La Destra Minniti	Einerseits markant ethnische und abgrenzende Kampagne mit starkem ideologischen Image und klarer Zielgruppenorientierung, andererseits Vermittlung eines Kompetenzimages durch Themenplakate.
Partito della Rifondazione Comunista	Besonders hohe Zielgruppenorientierung der Kampagne durch ein außergewöhnlich markantes, ideologisches Image mit Bezug auf die Symbolik bei allen drei Plakaten.
Partito dei Comunisti Italiani – Südtiroler Kommunisten	Sehr einfaches, minimalistisch gehaltenes Plakat ohne jeglichen Themen- oder Personenbezug, ideologische Zielgruppenorientierung durch das bestehende Parteiimage.

---

## Anmerkungen

- 1 Gli alpini contro Seppi: via il cappello dai poster, in: Alto Adige, 8.9.2013, 20
- 2 Bei der Kontrolle der gesammelten Unterschriften, die für eine Kandidatur nötig sind, wurden formelle Fehler festgestellt und die Liste somit nicht zur Landtagswahl zugelassen.
- 3 Franceschini, Christoph. Frischer Wind, in: Neue Südtiroler Tageszeitung, 23.8.2013, 2
- 4 Vgl. die Pressemitteilungen der Freiheitlichen vom 7.1.2014, 18.12.2013, 9.12.2013, 5.12.2013, 7.10.2013, 25.9.2013, 29.7.2013, 14.5.2013, 19.4.2013, 11.3.2013, Beschlussantrag im Südtiroler Landtag Nr. 12/13-XV vom 9.12.2013
- 5 Sel hatte auf eine eigene Kandidatur verzichtet und das bereits zu den Parlamentswahlen begonnene Bündnis mit den Südtiroler Grünen auch auf die Landtagswahlen ausgedehnt.
- 6 Vorstellung der Kampagne zu den Landtagswahlen 2013 auf [www.verdi.bz.it/landtagswahlen-2013](http://www.verdi.bz.it/landtagswahlen-2013) (28.12.2013)
- 7 Die beiden Letzteren können aus dem Blickwinkel der KandidatInnen als gemeinsame Liste gesehen werden.
- 8 Listenbündnis BürgerUnion – Ladins – Wir Südtiroler nun komplett – Frauen wichtiger Bestandteil, Pressemitteilung vom 21.8.2013
- 9 Nach einer Einschätzung des Mitgründers der Liste Alberto Stenico, vgl. [www.salto.bz/de/article/04062013/scelta-civica-al-di-la-della-destra-e-della-sinistra](http://www.salto.bz/de/article/04062013/scelta-civica-al-di-la-della-destra-e-della-sinistra) (28.12.2013)

---

## Literaturverzeichnis

- Dejaco, Ingo* (2006). politik plakativ. Ein Streifzug durch die visuelle Wahlkampfkommunikation der Südtiroler Volkspartei von 1948 bis 2006, Masterthese, Universitätslehrgang Bildwissenschaften, Donau-Universität Krems
- Hayek, Lore* (2012). Plakatwahlkampf. Personalisierung in österreichischen Nationalratswahlkämpfen, in: *Plasser, Fritz* (2012). Erfolgreich Wahlkämpfen. Massenmedien und Wahlkampagnen in Österreich (Schriftenreihe des Zentrums für Angewandte Politikforschung, Bd. 32), Wien: Facultas, 209–224
- Radunski, Peter* (1980). Wahlkämpfe. Moderne Wahlkampfführung als politische Kommunikation, München: Günther Olzog Verlag
- Sarcinelli, Ulrich* (2005). Politische Kommunikation in Deutschland. Zur Politikvermittlung im demokratischen System, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften
- Strohmeier, Gerd* (2002). Moderne Wahlkämpfe – wie sie geplant, geführt und gewonnen werden, Baden-Baden: Nomos Verlagsgesellschaft
- Von Mannstein, Coordt* (2000). Von Popularität bis Polarisierung. Zum Stellenwert des Plakativen in der politischen Kommunikation, in: *Altendorfer, Otto/Wiedemann, Heinrich/Mayer, Hermann* (Hg.). Handbuch des modernen Medienwahlkampfes, Zwickau: Media Plus Verlag, 359–370

## Abstracts

### Incisiva campagna elettorale

Nessun altro strumento propagandistico domina lo spazio pubblico durante una campagna elettorale come fanno i manifesti. In effetti, il manifesto non è una parte così rilevante all'interno di tutta la campagna elettorale ma è certo un importante oggetto di analisi riguardo all'identità visiva dei candidati. I manifesti incollati negli spazi pubblici rispecchiano i più recenti sviluppi politici, sottolineano l'immagine pubblica dei partiti e dei candidati e smascherano i tentativi, laddove si verificano, di crearsi una nuova immagine. Nonostante la frenesia di rinnovamento politico nel 2013 si registrano delle costanti sorprendentemente numerose nella comunicazione attraverso i manifesti. Il grado di personalizzazione dipende in maniera determinante dal carisma della leadership delle singole liste e non si può quasi riconoscere un trend generalizzato; per cui evidentemente la Svp non sfrutta in maniera sufficiente il proprio potenziale. Tra i partiti italiani si può identificare una tendenza di fondo verso un maggiore legame con il territorio. Il livello di bilinguismo rimane costante e sono soprattutto i partiti di sinistra a spingere in questa direzione. La tendenza generale a liberarsi dell'immagine pubblica del partito viene seguita da numerosi raggruppamenti.

## Campania de vela sun i placac

Degun auter mesun de retlam duminea tan ntan la campania de vela sciche i placac de vela. L placat ie per si cont de puech senificat ntan duta la campania de vela, ma n mesun mpurtant per nrescides sun la prejënza visiva di candidac. I placac tachei ora ntan duta la campania de vela spidlea l svilup politich di ultimi tēmps, sotrissea i retrac che ie di partit y candidac y desmascarea i tentatifs tres chēi che n prova de se fé su n retrat nuef. Nce sce tenion cont de tan busient che l renuvamēt politich globel ie, abinons tla comunicazion tres placac n grum de costantes nia aspitedes. L level de personalisazion depēnd n maniera fundamentela dala definizion de leadership dla singula listes, n trend n general ne n'ie belau nia da recunēscer, la SVP se noza evidentemēnter massa puech de si potenzial. Danter i partit talians recunēscen na tendēnza de basa per n nravisamēt plu sterch cun l raion. L level de bilinguism ie costant, dantaldut i partit de man ciancia va te chēsta direzion. Al trend general de se stizé sun coche l partit se prejēnta ti va do truepa grupes.

### A Bold Campaign

No other advertising medium dominates the public space during an election campaign as much as election posters. The poster is actually an insignificant part of the campaign as a whole, but a striking object of analysis in terms of visual appearance. The posters used during the province's parliamentary election reflect recent political developments, underline the images of existing parties and candidates, and unmask efforts made at the creation of a new image. Despite global political-renewal hype in 2013, there are a surprising number of constants in poster communication. The degree of personalization hinges primarily upon the distinctive leadership of the individual lists, a general trend is hardly detectable, and the SVP clearly draws insufficiently upon its potential. In the Italian parties a basic tendency towards a stronger local presence is notable. The level of bilingualism remains a constant theme, with this tendency primarily being seen in left-wing parties. A general trend to discard the party image, however, could be seen in numerous groups.

## **Parteien und Wahlen im Wandel**

Die beiden Infografiken auf den folgenden Seiten zeigen verschiedene statistische Daten zum italienischen Parlament sowie zum Südtiroler Landtag unter Berücksichtigung von einschneidenden Jahren. Die Grafiken skizzieren die (Nicht)Veränderung der beiden gewählten Legislativorgane in den letzten 60 Jahren anhand einiger interessanter Indikatoren.

Dabei geben die ausgewählten Grafiken die Zusammensetzung der Parlamente natürlich nur ausschnittsweise wieder. Die Statistiken sollen den BetrachterInnen jedoch kurz und bündig veranschaulichen, inwiefern Reformen des Wahlsystems (im Fall der Italienischen Republik) oder bedeutende historische Ereignisse (im Fall Südtirols) die Zusammensetzung der gewählten Organe bzw. der Abgeordneten beeinflussen und verändert haben.

Seit Ende des Zweiten Weltkrieges haben sich politische Prozesse, Parteiensysteme und WählerInnenverhalten verändert: Wirtschaftliche und soziale Umbrüche, neue gesellschaftliche Konfliktlinien und Modernisierungsprozesse können das Wahlverhalten der BürgerInnen beeinflussen und zur Entstehung von neuen Parteien führen (vgl. Pelinka 2005, 75ff). Demgegenüber sind politische Systeme auch mit institutionellen Veränderungen wie Verfassungsreformen und neuen gesetzlichen Rahmenbedingungen konfrontiert.

Von zentraler Bedeutung in einem politischen System ist das Wahlsystem. Auf welche Art die RepräsentantInnen in einer Demokratie gewählt und mit welchem Verfahren die erhaltenen Stimmen in Sitze umgerechnet werden, wirkt sich neben der Sitzverteilung vor allem auf das Parteiensystem eines Staates aus (vgl. Nohlen 2004, 367ff). So kann das Wahlsystem je nach Regelung große oder kleine Parteien bevorzugen bzw. benachteiligen oder die Mandate einer Partei soweit verzerren, dass die Zusammensetzung eines Parlaments nicht den erhaltenen WählerInnenstimmen entspricht (vgl. Saalfeld 2007, 50ff).

Die folgende Infografik stellt Italien hinsichtlich seiner Wahlsystementwicklung dar. So werden die Jahre 1948, 1994, 2006 und 2013 verglichen und einander gegenübergestellt. Es handelt sich um drei Jahre, in denen Italien sein Parlament stets mit einem anderen Wahlsystem gewählt hat, 2013 wird als aktuelles Referenzjahr hinzugenommen. Das italienische Wahlgesetz ist kein Verfassungsgesetz, sondern entspricht einem ordentlichen Gesetz – das erleichtert Reformen. Die Verfassung legt aber unter anderem fest, dass der Senat auf regionaler Ebene gewählt werden muss (Art. 57, italienische Verfassung). Von 1948 bis 1992, über vierzig Jahre lang, wählte Italien mit einem reinen Verhältniswahlsystem<sup>1</sup> ohne Sperrklausel und mit bis zu vier Vorzugsstimmen. Trotz relativ stabiler Großparteien (Democrazia Cristiana und Partito Comunista Italiano) waren eine starke Parteienfragmentierung mit vielen Kleinparteien die Folge (vgl. Onida/Pedrazza-Gorlero 2011, 154f). Nach der Implosion und der Transformation des italienischen Parteiensystems Mitte der 90er wurde die reine Verhältniswahl abgeschafft. Das Ergebnis war eine Kompromisslösung zwischen Mehrheitswahl und Verhältniswahl (75 Prozent der Parlamentssitze wurden von nun an nach Mehrheitswahl, 25 Prozent nach Verhältniswahl vergeben). Mit diesem von 1993 bis 2005 geltenden Mischwahlsystem<sup>2</sup> (andere nennen es kombiniertes Wahlsystem), dem sogenannten *Mattarellum*, sollte das krisengebeutelte italienische Parteiensystem stabilisiert, die Zersplitterung reduziert und vor allem stabile alternierende Regierungen ermöglicht werden (vgl. Köppl 2007, 76f).

Doch die Anzahl der Parteien verringerte sich trotz Einführung der 4-Prozent-Sperrklausel kaum. Zwar schlossen sich die Parteien vor der Wahl zu größeren Bündnissen zusammen, doch sie verselbstständigten sich nach der Wahl zum Großteil wieder (vgl. Köppl 2007, 78ff). Seit 2006 gilt in Italien das Verhältniswahlsystem<sup>3</sup> mit diversen Sperrklauseln für Koalitionen und einzelne Parteien, mit blockierten Listen und einer sogenannten Mehrheitsprämie für die stimmenstärkste Partei oder das stimmenstärkste Parteienbündnis (diese Prämie wird für die Kammer auf nationaler, für den Senat auf regionaler Ebene vergeben).<sup>4</sup>



Aktuell, im Januar 2014, wurde im Parlament wieder über ein neues Wahlsystem debattiert, da Teile des vorhergegangenen für verfassungswidrig erklärt wurden.<sup>5</sup> Das geplante Wahlsystem, genannt *Italicum*, sieht unter anderem eine Mehrheitsprämie für jene Partei/Parteienkoalition vor, die mindestens 37 Prozent der Stimmen erhält sowie (wiederum) blockierte Listen ohne Vorzugsstimmen. Dafür soll allerdings eine verpflichtende Frauenquote eingeführt werden (50 Prozent für jede Liste).

Mit Landesgesetz Nr. 5 vom 8. Mai 2013 wurde eine ähnliche Quote in Südtirol obligatorisch. Der Landtag ergänzte das bisher geltende Landesgesetz vom 14. März 2003, Nr. 4 und beschloss, dass „auf keiner Liste (...) ein Geschlecht mehr als Zweidrittel der Kandidatinnen/Kandidaten stellen [darf]“ (Art. 1, Absatz 5, Landesgesetz vom 8. Mai 2013). Während das Wahlsystem und das Wahlrecht in Südtirol in den letzten sechs Jahrzehnten relativ statisch geblieben sind, brachte die genannte Reform von 2013 noch weitere Veränderungen. Neben der Geschlechterquote sind dies die Einführung der Briefwahl für die AuslandssüdtirolerInnen sowie die Beschränkung der Wahlkampfausgaben.

Gemäß Autonomiestatut (Art. 47, ASt) wählt Südtirol seinen Landtag per Verhältniswahl, über die Wahlmodalitäten entscheidet der Landtag mit absoluter Mehrheit (vgl. Alber/Parolari 2010). Die hier gezeigte Infografik zum Südtiroler Landtag vergleicht im Gegensatz zu Italien keine Reformjahre, sondern für die Autonomiegeschichte bedeutende Jahre (1948, 1973, 1993), hinzu kommt der zuletzt gewählte Landtag (2013). Erfasst wurden somit der erste gewählte Landtag, die Wahlen nach dem Zweiten Autonomiestatut und das „Hohe Haus“ nach der Streitbeilegung zwischen Italien und Österreich. Mit Blick auf die Entwicklungen des Landtags in über 60 Jahren Autonomiegeschichte ist besonders die Transformation der Südtiroler Parteienlandschaft relevant (vgl. Pallaver 2011 und 2012).

Wie bekannt, erzielte die Südtiroler Volkspartei seit 1948 immer die absolute Mehrheit an Stimmen und somit auch die Mehrheit der Sitze im Landtag. Die Partei konnte deshalb als „hegemoniale Partei“ bezeichnet werden (vgl. Pallaver 2011, vgl. auch De Winter/Türsan 1998). Bei den Landtagswahlen 2008 fiel die SVP unter die 50-Prozent-Marke an WählerInnenstimmen, behielt jedoch die Mehrheit an Sitzen (18 von 35). Seit 2013 stellt die SVP nur mehr 17 von 35 Abgeordneten, womit sie ihren hegemonialen Status verloren hat. Obwohl die Partei im Laufe der Jahre zunehmender Konkurrenz innerhalb der eigenen Sprachgruppe ausgesetzt war (von rechts wie von links), ist sie die einzige Partei, die seit über sechzig Jahren konstant im Landtag vertreten ist (Pallaver 2012, 220). 2013 konnten bis auf die SVP alle deutschsprachigen Parteien bzw. die interethnischen Grünen ihre

Sitzanzahl halten oder erhöhen. Demgegenüber fielen die italienischsprachigen Repräsentanten in eine Krise. Die Anzahl der italienischen Parteien im Landtag ist anderen Jahren gegenüber zwar nicht stark gesunken, wohl aber die Zahl ihrer VertreterInnen (1993, 10; 2013, 5). Dies wiederum wirkt sich auf die Zusammensetzung der Landesregierung aus (Art. 50, Absatz 2, Ast; vgl. Lantschner/Poggeschi 2008, 225f), weil die Vertretung der italienischen Sprachgruppe auf ein Regierungsmitglied gesunken ist. Das WählerInnenverhalten verändert sich, dadurch ändern sich auch das Parteiensystem und die Institutionen.

Was die Wahlbeteiligung betrifft, so lag diese in den letzten Jahrzehnten zwischen 75 und 78 Prozent, in Italien wie auch in Südtirol. Für diese und andere detailliertere Erörterungen soll an dieser Stelle auf die spezifischen Beiträge in diesem Band verwiesen werden.

---

## Anmerkungen

- 2 L. n. 277/1993 für die Kammer, L. n. 276/1993 für den Senat
- 3 L. n. 270/2005
- 4 In der Region Trentino-Südtirol und dem Aostatal bleibt zum Schutz der sprachlichen Minderheiten die Mehrheitswahl in Kraft, es wird keine Mehrheitsprämie vergeben.
- 5 C. cost., sent. n. 1/2004

---

## Literaturverzeichnis

- Alber, Elisabeth/Parolari, Sara* (2010). Minderheiten und Wahlrechtsinstrumente in der regionalen Gesetzgebung. Südtirol und das Trentino im europäischen Vergleich, in: *Gamper, Anna* (Hg.). Entwicklungen des Wahlrechts am europäischen Fallbeispiel, Wien: Springer, 355–394
- De Winter, Lieven/Türsan, Huri* (1998). Regionalist parties in Western Europe, London and New York: Routledge
- Köppel, Stefan* (2007). Das politische System Italiens. Eine Einführung, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften
- Lantschner, Emma/Poggesi, Giovanni* (2008). Quota System, Census and Declaration of Affiliation to a Linguistic Group, in: *Woelk, Jens /Palermo, Francesco/Marko, Joseph* (Hg.). Tolerance through Law, Self Governance and Group Rights in South Tyrol, Leiden/Boston: Martinus Nijhoff, 219–234
- Nohlen, Dieter* (2004). Wahlrecht und Parteiensystem. Zur Theorie der Wahlsysteme, Opladen: Leske+Budrich/UTB für Wissenschaft
- Onida, Valerio/Pedraza-Gorlero, Maurizio* (2011). Compendio di Diritto Costituzionale, Milano: Giuffrè Editore
- Pallaver, Günther* (2011). Parteien und Parteiensystem in Südtirol. Zwischen ethnischen Bruchlinien und gesellschaftlichen Transformationsprozessen, in: *Kreisel, Werner/Ruffini, Flavio V./Reeh, Tobias/Pörtge, Karl-Heinz* (Hg.). Südtirol/Alto Adige. Eine Landschaft auf dem Prüfstand/Un paesaggio al banco di prova, Lana: Tappeiner, 210–220
- Pallaver, Günther* (2012): Transformationsprozesse der Südtiroler Autonomie 1972–2012, in: *Pallaver, Günther* (Hg.). Politika12. Jahrbuch für Politik/Annuario di politica/Anuar de politica (Südtiroler Gesellschaft für Politikwissenschaft/Società di Scienza Politica dell'Alto Adige/Südtiroler Società per Scienza Pulitica), Bozen: Edition Raetia, 205–239
- Pelinka, Anton* (2005). Vergleich politischer Systeme, Wien: Böhlau Verlag
- Saalfeld, Thomas* (2007). Parteien und Wahlen, Baden-Baden: Nomos

## Das italienische Parlament im Wandel



1948

1994

2006

2013

I. Legislatur: vom  
08.05.1948 bis 24.06.1953

XII legislatura: dal  
15.04.1994 all'08.05.1996

XV legislatura: dai  
28.04.2006 ai 28.04.2008

XVII legislatur:  
from march 15th, 2013



92,15%



86,07%



83,55%



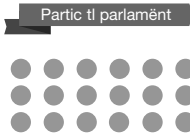
75,15%



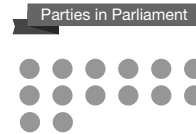
14



17



18



14



51,45



49,9

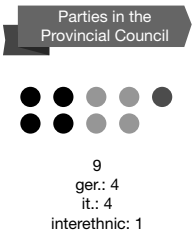
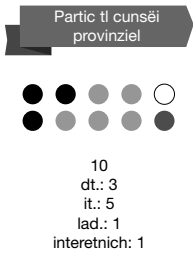
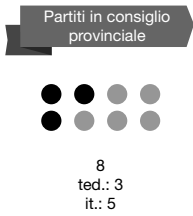
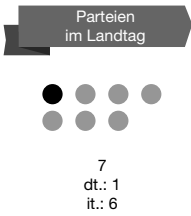
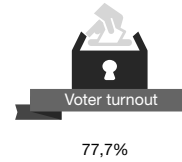
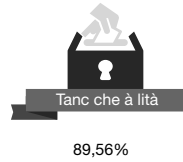
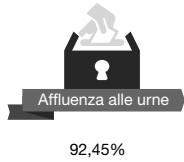
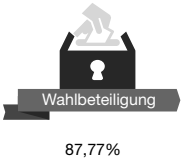
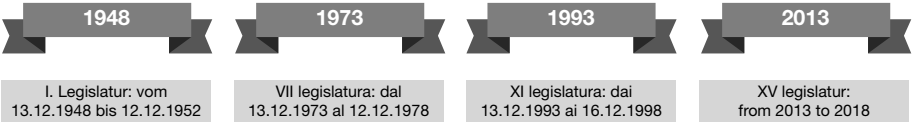


54,25



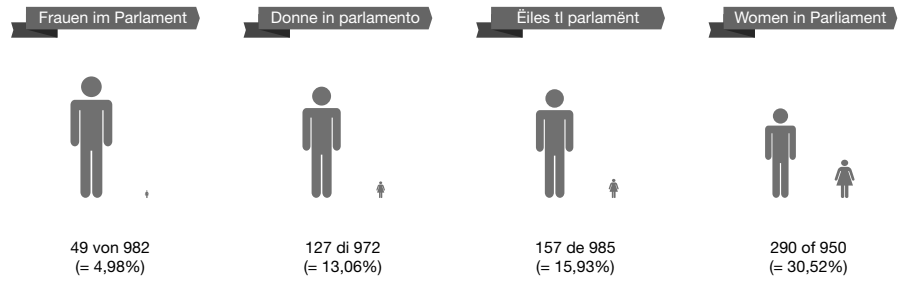
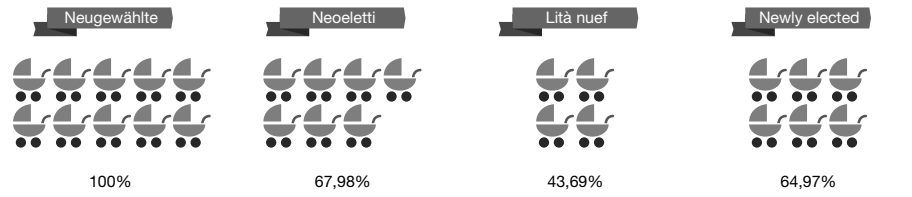
49,95

# Der Südtiroler Landtag im Wandel





I. Legislatur: vom 08.05.1948 bis 24.06.1948      XII legislatura: dal 15.04.1994 all'8.05.1996      XV legislatura: dai 28.04.2006 ai 28.04.2008      XVII legislatur: from march 15th, 2013



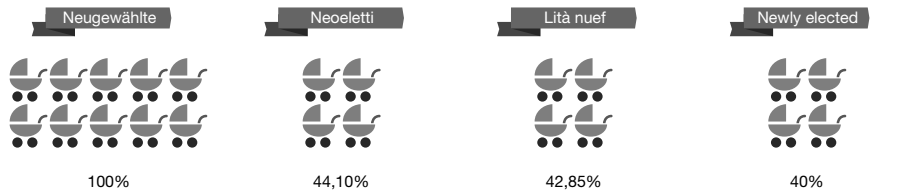
**Quellen:** Italien: Elaborazioni statistiche su dati tratti dal Portale Storico della Camera dei deputati (<http://storia.camera.it/>), dati dal sito della Camera dei deputati ([www.camera.it](http://www.camera.it)) e dati dal sito del Senato della Repubblica ([www.senato.it](http://www.senato.it)). Südtirol: Elaborazioni statistiche su dati tratti dal sito del Consiglio della Provincia autonoma di Bolzano (<http://www.landtag-bz.org/>) e della pubblicazione "Regionalrat Trentino-Südtirol (2011), Die Autonome Region Trentino-Südtirol und die Autonomen Provinzen Trient und Bozen. Die Gesetzgebungsorgane und die Regierungen. Von der I. bis zur XIV. Legislaturperiode" (abruflbar auf <http://www.landtag-bz.org/de/abgeordnete/abgeordnete-historisches-archiv.asp>).

**Grafik:** Academia 62, Juni 2013, Grafikerin Elisabeth Aster; Alessandra Stefanut

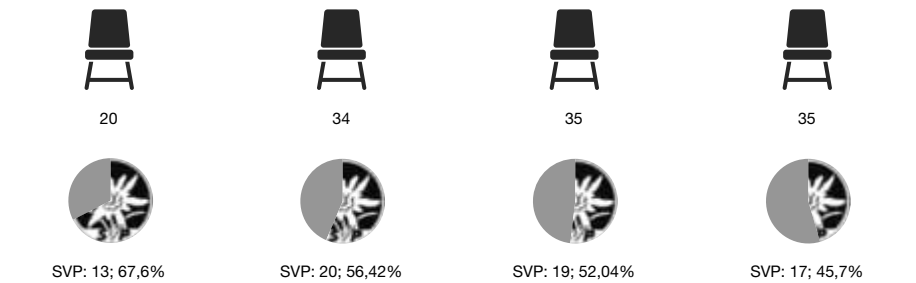


**1948**      **1973**      **1993**      **2013**

I. Legislatur: vom 13.12.1948 bis 12.12.1952      VII legislatura: dal 13.12.1973 al 12.12.1978      XI legislatura: dai 13.04.1993 ai 16.12.1998      XV legislatur: from 2013 to 2018



**Sitze im Landtag**      **Seggi in consiglio provinciale**      **Mandac te cunsèi provinziel**      **Seats in the Provincial Council**



**Frauen im Landtag**      **Donne in consiglio provinciale**      **Èiles ti cunsèi provinziel**      **Women in the Provincial Council**



## Abstracts

### Partiti e voti che cambiano

La parola rinnovamento nel corso del 2013 è stata sulla bocca di tutti. Sia a livello nazionale che locale. Sino a che punto si sono trasformate negli ultimi decenni le composizioni del parlamento italiano e del Consiglio provinciale? Due infografiche illustrano alcuni dati relativi alle due tornate elettorali in relazione ad anni politici particolarmente significativi e delineano, sulla base di importanti indicatori chiave, il loro (non) cambiamento.



## Partic y veles che se muda

La parola renumamënt fova ntan l ann 2013 bëndebò adurveda. Sibe a nivel nazional che a nivel lochel. A ce maniera se à pa mudà la cumposizion dl Parlamënt y dl Cunsëi provinziel de Südtirol ti ultimi dejeneies? Doi infografiches mostra su n valgun dac sun dui doi organs legislatives per cie che à da nfé cun ani politics de mpurtanza y dessënia tres indicadëures mpurtanc si (nia)mudamënt.

### Change within parties and in elections

The word “renewal” was on everyone’s lips in 2013, at the national as well as at the local level. In what way has the composition of the Italian Parliament and the South Tyrolean Parliament changed in recent decades? Two infographics show some statistical data about the two legislative bodies with regard to meaningful political years and, with the help of key indicators, outline their change – or lack thereof.

**5. Die Wahlen in den Nachbarregionen**  
**Le elezioni nelle regioni limitrofe**

A series of horizontal dashed lines for writing, spanning the width of the page.

**Marco Brunazzo**

## **Il 2013 tra elezioni nazionali e provinciali in Trentino. Fine del bipolarismo?**

### **1. Introduzione<sup>1</sup>**

Il 2013 in Trentino è stato un anno particolarmente intenso dal punto di vista politico. Vi sono stati almeno tre importanti appuntamenti, alla fine dei quali è lecito sostenere che gli elementi di discontinuità abbiano prevalso su quelli di continuità. Il 24 e 25 febbraio gli elettori si sono recati alle urne per l'elezione del parlamento nazionale; il 13 luglio si sono tenute le primarie del centrosinistra autonomista per l'identificazione del candidato alla presidenza della Provincia; il 27 ottobre gli elettori trentini hanno votato per il nuovo Consiglio provinciale e per il Presidente della Provincia. Questi appuntamenti hanno evidenziato tre mutamenti: il buono stato di salute del centrosinistra autonomista, anche se all'interno dello stesso centrosinistra cambiano gli equilibri tra i partiti; la crisi profonda del centrodestra; le difficoltà che incontrano i nuovi partiti ad affermarsi in Trentino e i risultati contrastanti del Movimento 5 stelle (M5s).

Le pagine che seguono considereranno i tre eventi politici in ordine cronologico. Si comincerà illustrando l'esito delle elezioni politiche, per passare poi a quello delle primarie, per analizzare, infine, i risultati delle elezioni provinciali e la composizione della nuova giunta che governerà il Trentino per la prossima legislatura.

## 2. Le elezioni politiche

Come evidenziato da diverse ricerche (si veda, a titolo di esempio, Itanes 2013), le elezioni politiche italiane del 24 e 25 febbraio hanno avuto delle implicazioni importanti per la politica italiana. Prima di tutto, sul piano nazionale si registra l'affermazione del nuovo partito di Beppe Grillo, il M5s, che, alle prime elezioni in cui si presenta, diventa subito il primo partito in Italia raccogliendo i consensi di circa un quarto degli elettori partecipanti. In secondo luogo, la coalizione di centrosinistra guadagna comunque un'ampia maggioranza alla Camera dei deputati grazie al premio di maggioranza stabilito dalla legge elettorale, ma non al senato, a causa della stessa legge elettorale che, in presenza di un sistema di partito oramai tripolare, impedisce il formarsi di maggioranze in questo ramo del parlamento. L'essere arrivati "primi senza aver vinto", per usare la famosa espressione di Pier Luigi Bersani coniata all'indomani delle elezioni, ha costretto il segretario del Partito democratico (Pd) a non portare a termine con successo l'incarico esplorativo attribuitogli dal Presidente della Repubblica per la formazione del governo. In terzo luogo, pur perdendo molti consensi (circa il 42 per cento rispetto alle elezioni politiche precedenti), il centrodestra di Silvio Berlusconi rimane un interlocutore essenziale per la formazione di qualsiasi governo (data la mancanza di disponibilità del M5s a sostenere qualsiasi esecutivo). Infine, il progetto chiamato Scelta civica (Sc) guidato dall'ex-premier Mario Monti raggiunge un risultato molto al di sotto delle aspettative. Sul piano nazionale, in altre parole, le elezioni politiche hanno portato alla nascita di un sistema di partito sostanzialmente tripolare, all'affermazione di un nuovo partito e alla nascita di un governo che, a causa della legge elettorale e della nuova configurazione della competizione elettorale, deve essere inevitabilmente di "larghe intese".

In Trentino si sono registrati elementi di consonanza con queste dinamiche nazionali, ma anche di dissonanza (tab.1). Anche in Trentino, per esempio, il M5s ha conosciuto un notevole successo, conquistando circa 64.000 voti (circa 21 per cento dei voti validi). Tuttavia, questo successo è stato meno pronunciato che sul piano nazionale. Anche in Trentino il centrosinistra ottiene circa un terzo dei voti. Tuttavia, esso riesce a vincere più seggi che in passato grazie ad una alleanza (nei collegi uninominali del senato) con Sc, che schierava tra i suoi candidati alla Camera l'ex-Presidente della Provincia Lorenzo Dellai e che si poneva come alternativo al centrodestra. L'elemento di maggiore scostamento tra lo scenario nazionale e quello locale è nel risultato ottenuto dal centrodestra. In Trentino, si è registrata una vera e propria emorragia di voti (74.000 voti in meno rispetto alle elezioni naziona-

li del 2008, corrispondenti a circa il 12 per cento dei consensi), proporzionalmente molto più pronunciata di quella conosciuta a livello nazionale. Infine, un ulteriore elemento di peculiarità del Trentino è stato quello del buon risultato ottenuto dal partito di Monti, che consegue una percentuale di voto che è circa il doppio di quella ottenuta a livello nazionale.

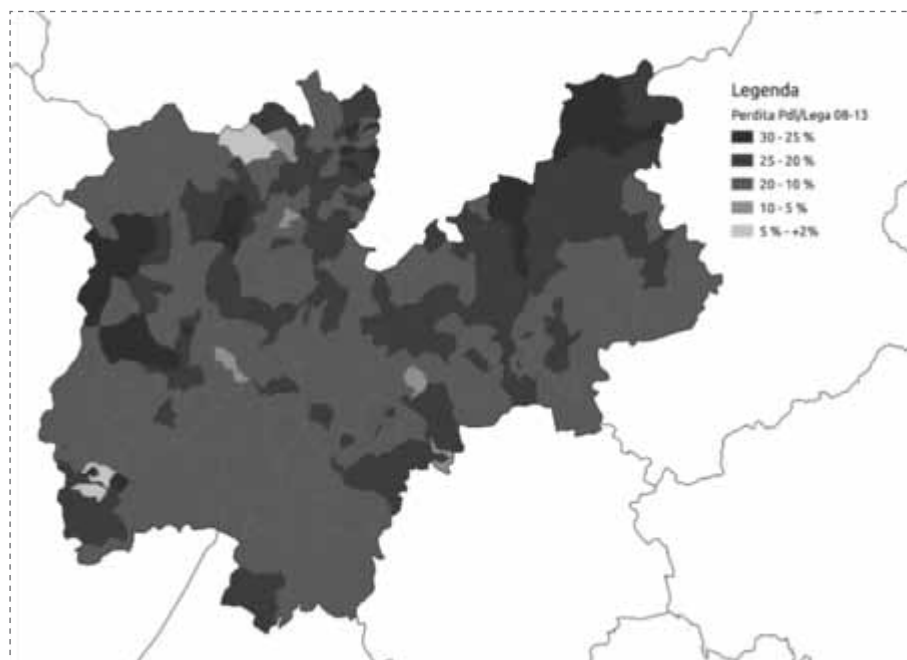
**Tab. 1. Percentuale dei voti ottenuti dai partiti per l'elezione della Camera dei deputati sul totale dei voti validi (2013)**

Partito	Livello nazionale		Provincia di Trento	
	n.	%	n.	%
Pd	8.646.034	25,43	72.852	23,72
Svp	146.800	0,43	14.641	4,77
Sel	1.089.231	3,20	7.458	2,43
Centro democratico	167.328	0,49	-	-
<i>Totale coalizione</i>	<i>10.049.393</i>	<i>29,55</i>	<i>94.951</i>	<i>30,91</i>
Pdl	7.332.134	21,56	46.187	15,04
Ln	1.390.534	4,09	22.513	7,33
Fdi	666.765	1,96	-	-
La Destra	219.585	0,65	1.925	0,63
Mir	82.557	0,24	1.348	0,44
Grande Sud-Mpa	148.248	0,44	-	-
Partito pensionati	54.418	0,16	-	-
Intesa popolare	26.120	0,08	-	-
Liberi per un'Italia equa	3.239	0,01	-	-
<i>Totale coalizione</i>	<i>9.923.600</i>	<i>29,18</i>	<i>71.973</i>	<i>23,43</i>
M5s	8.691.406	25,56	63.768	20,76
Sc	2.823.842	8,30	60.140	19,58
Udc	608.321	1,79	-	-
Fl	159.378	0,47	-	-
<i>Totale coalizione</i>	<i>3.591.541</i>	<i>10,56</i>	<i>60.140</i>	<i>19,58</i>
Riv. civ.	765.189	2,25	5.976	1,95
Fare	380.044	1,12	5.021	1,63
Die Freiheitlichen	48.317	0,14	683	0,22
CasaPound	47.911	0,14	1.064	0,35
altri	508.354	1,49	-	-
<b>Totale</b>	<b>34.005.755</b>	<b>100</b>	<b>307.149</b>	<b>100</b>

Fonte: Ministero dell'Interno, Servizi elettorali

Un'analisi della distribuzione territoriale del voto permette di evidenziare in quali territori sia maturata la sconfitta del centrodestra. Come si può vedere dalla mappa 1, l'emorragia di consensi è distribuita in modo sostanzialmente uniforme su tutto il territorio provinciale, anche se risulta più pronunciata nelle valli di Fiemme e Fassa, oltre che in Val di Non, Val di Sole e Val Rendena. Una lettura delle ragioni di questa sconfitta è quella della deputata Michaela Biancofiore, coordinatrice regionale del Pdl: "Purtroppo in Trentino abbiamo pagato per l'atteggiamento della dirigenza locale che ha remato contro... Leonardi (il coordinatore per il Trentino, ndr) ha fatto campagna elettorale per sé, de Eccher (senatore uscente e co-coordinatore provinciale, ndr) ha lasciato il collegio della Valsugana alla Lega... Hanno sbagliato tutto, non si vince con i veti incrociati" (Damiani 2013). Queste dichiarazioni gettano una luce chiara sulle polemiche che caratterizzeranno la vita interna del centrodestra trentino (e del Popolo della libertà – Pdl – in particolare) e che caratterizzeranno, come si vedrà, anche le altre consultazioni.

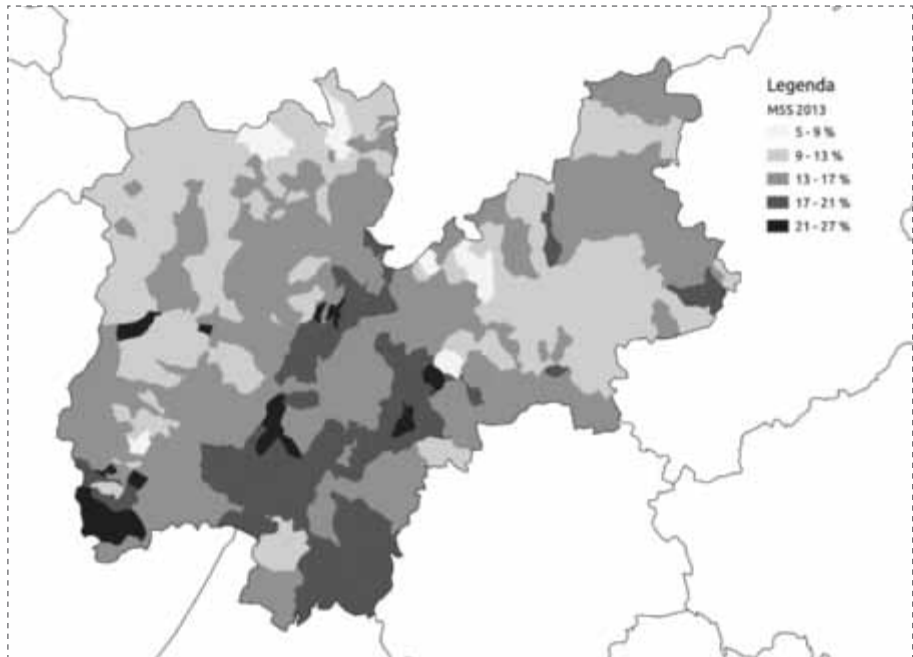
**Mappa 1. La distribuzione territoriale della perdita di voti della coalizione di centrodestra nelle elezioni 2013 rispetto a quelle del 2008**



Fonte: Brunazzo/Vezzoni 2013

La geografia elettorale ci dice, inoltre, che i voti persi dal centrodestra non sono andati al M5s. La mappa 2 mostra chiaramente come il partito di Beppe Grillo, infatti, si affermi maggiormente proprio nelle zone in cui la coalizione Pdl-Ln perde di meno (il Trentino meridionale, oltre che la Valle dell'Adige). Chi, probabilmente, ha maggiormente beneficiato della sconfitta della coalizione berlusconiana è stata Sc, come mostra, tra le altre cose, la mappa 3.

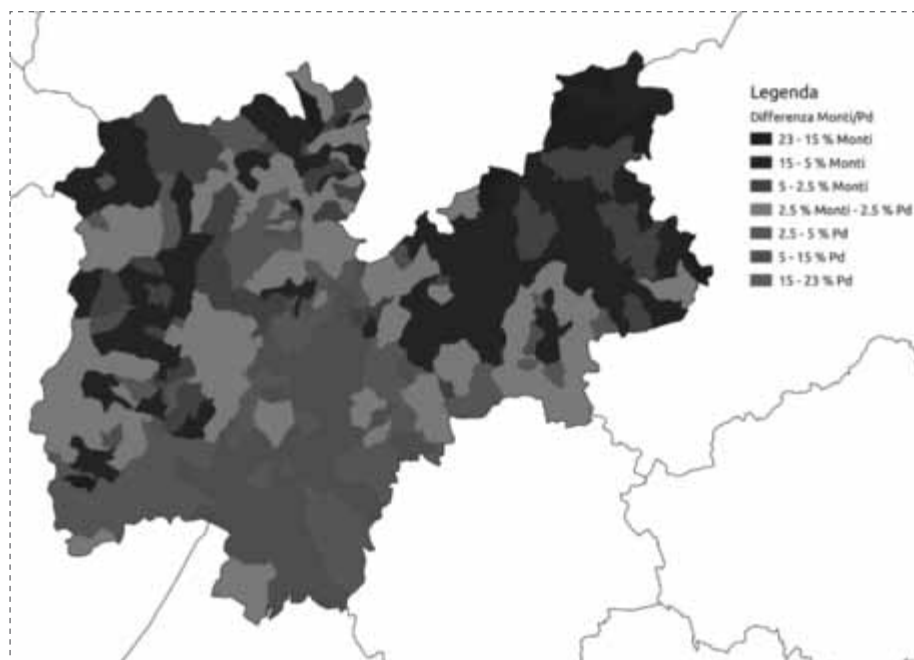
**Mappa 2. La distribuzione territoriale del voto al M5s nelle elezioni 2013**



Fonte: Brunazzo/Vezzoni 2013

In effetti, la lista Monti/Dellai si è affermata con maggiore forza proprio nel Trentino settentrionale e, in particolare, orientale. Il buon risultato ottenuto da Giorgio Tonini nel collegio elettorale del senato di Pergine dimostrerebbe infatti il successo dell'alleanza tra Sc e il centrosinistra autonomista (tab. 2) (Patrino 2013). La stessa mappa conferma inoltre che il Pd è di gran lunga più radicato nei grandi centri urbani della Valle dell'Adige di quanto non lo sia nei territori periferici. Non si tratta di un fenomeno nuovo, ma già largamente evidenziato da precedenti analisi (Brunazzo 2006 e 2009).

**Mapa 3. La distribuzione territoriale della differenza dei voti a Sc e Pd nelle elezioni 2013**



Fonte: Brunazzo/Vezzoni 2013

Qualche giorno dopo le elezioni, Brunazzo e Vezzoni (2013) concludevano tra l'altro: "Rispetto al passato anche in Trentino si è manifestata una maggiore fluidità dell'elettorato. Siamo di fronte ad una fase di deallineamento delle scelte di voto (ovvero di aumento della volatilità elettorale) ma è ancora presto per dire se questi cambiamenti si consolideranno nel futuro (producendo ciò che si potrebbe indicare come un riallineamento). Al momento si può dire che il mercato elettorale sia aperto e che, soprattutto nell'area di centrodestra, vi siano molti elettori delusi che in questa tornata elettorale hanno deciso di non confermare il sostegno ai loro precedenti referenti politici". Di conseguenza, in vista delle elezioni provinciali di ottobre, "il centrosinistra autonomista parte da una posizione di forza, ma la sua vittoria non può essere data per scontata. Molto dipenderà dalla strutturazione dell'offerta politica e dalla capacità di eventuali nuovi soggetti politici di aggregare quell'area di consenso che ad oggi sembra priva di referenti credibili".



**Tab. 2. I risultati per l'elezione del Senato della Repubblica nei collegi della Provincia di Trento (2013)**

Collegio	Candidati	Coalizione a sostegno	n.	%
Trento	<i>Franco Panizza</i>	Svp, Patt, Pd, Upt	58.735	49,01
	Giacomo Bezzi	Pdl, Ln	26.453	22,07
	Cristiano Zanella	M5s	25.673	21,42
	Ezio Casagrande	Riv. civ.	3.940	3,29
	Lorenzo Cadrobbi	Fare	3.896	3,25
	Alberto Sordo	Mir	1.142	0,95
Rovereto	<i>Vittorio Fravezzi</i>	Svp, Patt, Pd, Upt	42.065	45,06
	Milena Bertagnin	M5s	22.234	23,82
	Giorgio Leonardi	Pdl, Ln	22.121	23,70
	Ruggero Pozzer	Riv. civ.	3.041	3,26
	Alberto Azzolini	Fare	2.532	2,71
	Renato Zucchelli	Mir	1.351	1,45
Pergine	<i>Giorgio Tonini</i>	Svp, Patt, Pd, Upt	26.855	43,52
	<i>Sergio Divina</i>	Pdl, Ln	17.556	28,45
	Andreas Perugini	M5s	13.202	21,39
	Luigi Casanova	Riv. civ.	1.728	2,80
	Stefano Valle	Fare	1.447	2,34
	Bruno Donati	Mir	921	1,49

Nota: In corsivo il nome degli eletti. Sergio Divina eletto come miglior perdente.  
Fonte: Ministero dell'Interno, Servizi elettorali

Come si vedrà in seguito, l'incapacità del centrodestra di formulare un'offerta politica alternativa e competitiva nei confronti di quella del centrosinistra permetterà a quest'ultimo di confermarsi alla guida della Provincia, pur all'interno di un contesto di rilevanti spostamenti di elettori sia all'interno delle coalizioni che verso l'astensionismo. Allo stesso tempo, considerato l'esito delle elezioni, numerosi osservatori hanno cominciato a immaginare le conseguenze dell'aumentata volatilità elettorale interrogandosi su una eventuale conferma del M5s in occasione delle elezioni provinciali e, soprattutto, sulla possibile affermazione di un partito che nascerà di lì a poco (esattamente il 10 marzo), Progetto Trentino (Gottardi 2013).

### 3. Le primarie del centrosinistra

In vista delle elezioni provinciali, il 13 luglio il centrosinistra trentino ha tenuto le primarie di coalizione per l'identificazione del candidato alla presidenza. L'uscente presidente Lorenzo Dellai non era più ricandidabile, avendo raggiunto il limite dei due mandati previsto dalla legge elettorale, e si era già dimesso il 29 dicembre 2012 in vista di una sua candidatura alle elezioni politiche. Sarà eletto alla Camera dei deputati con Sc, di cui diventerà capogruppo alla Camera dei deputati.

A ciò si deve aggiungere che il candidato considerato da tutti il "naturale" successore di Dellai, il presidente vicario della Provincia ed ex-sindaco di Trento Alberto Pacher, si era dichiarato indisponibile a una sua candidatura con una lettera aperta dell'ottobre 2012. In essa Pacher criticava duramente il suo partito, le cui divisioni e contraddizioni erano emerse in occasione delle primarie dell'autunno 2012 per il candidato del Pd alla presidenza del Consiglio<sup>2</sup>. Tra le altre cose, Pacher scriveva: "Come si fa, accidenti, a pensare che delle primarie nelle quali concorre anche il segretario del partito non si trasformino in una sorta di congresso? Come si fa a concentrarsi su delle primarie senza sapere quale sarà la coalizione di governo? Primarie di coalizione? Quale coalizione, semmai primarie di una sorta di sub-coalizione di area, le primarie della cosiddetta area dei progressisti, area nella quale sembrano convivere visioni molto diverse, in alcuni casi del tutto opposte. Non credo si sia mai vista, in altre primarie, una simile eterogeneità di posizioni. Come possono confrontarsi, in elezioni primarie di una stessa area, le posizioni di chi dice mai con Monti e con Casini con quelle di chi ha lavorato e lavora a sostegno del governo Monti e nella prospettiva di una alleanza con l'area moderata di centro? Come possono delle primarie non voler essere un congresso quando si misurano posizioni così diverse? E soprattutto, come farà il segretario Bersani, se dovesse essere sconfitto, a rappresentare quel partito e quegli elettori che gli hanno negato la fiducia?". E ancora: "Quando è stato deciso, e da chi, che il nostro partito dovesse lasciare la propria vocazione maggioritaria, la propria vocazione inclusiva per dedicarsi all'area di sinistra? Chi ha deciso e quando è stato deciso che a noi sarebbe toccato il compito di cercare un accordo con Sel (Sinistra e libertà, ndr) ed altri, per così dire, minori mentre ad altri (Casini, Montezemolo, il centro degasperiano a cui sta lavorando Dellai?) sarebbe spettato il compito di rappresentare la parte moderata dell'elettorato?".

A detta dell'autore stesso, la lettera di Pacher non è mai stata al centro di un dibattito all'interno del Pd. Per molto tempo, al contrario, il Pd ha comunque accarezzato l'idea di una candidatura di Pacher, intensificando le pressioni su di lui a

mano a mano che emergevano le difficoltà interne al partito nel trovare un candidato altrettanto unitario. Quando, nella tarda primavera, l'ex-sindaco di Trento conferma la sua indisponibilità, il Pd si trova quindi nella condizione contraddittoria di essere il partito presumibilmente più grande della coalizione, di poter quindi aspirare alla presidenza (anche perché ad oggi nessun Presidente della Provincia è mai stato iscritto al Pd), ma di non avere un candidato unitario su cui puntare. Nascono quindi diverse autocandidature, tra cui quella di Luca Zeni e Donata Borgonovo Re. Seguono settimane di grandi tensioni, con un partito diviso non solo tra i sostenitori delle diverse candidature, ma anche sulle regole da adottare per la selezione del candidato del Pd. Da una parte vi erano coloro che credevano opportuno che il candidato emergesse attraverso delle primarie di partito, dall'altra chi sosteneva la necessità che fosse l'assemblea provinciale del Pd a identificare il candidato. Vincerà questa seconda posizione, dopo che numerose assemblee provinciali non erano riuscite ad esprimere una linea unitaria. Dopo il ritiro delle due autocandidature, il 3 giugno 2013 l'assemblea provinciale del partito decide di sostenere Alessandro Olivi, assessore provinciale all'industria e allo sviluppo economico.

Il 18 giugno il Pd, l'Upt, il Patt, l'Italia dei valori, il Psi, i Verdi del Trentino, l'Associazione "La Stella" e l'Associazione Comunità firmano la Carta di Intenti della Coalizione di centrosinistra autonomista che si conclude con le seguenti considerazioni: "Un patto e un programma di governo non potrà che strutturarsi su queste grandi linee e chi si candida al governo non potrà, pur interpretandole, che rispettarle e risponderne dell'attuazione. Assicurando la valenza politica di un patto che guarda al futuro del Trentino, garantendo una vera squadra di governo e la piena condivisione con la maggioranza consiliare"<sup>3</sup>. Le primarie si tengono quindi il 13 luglio. Ad esse possono partecipare tutti gli elettori che prenderanno parte alle elezioni provinciali del 27 ottobre, esibendo un documento di identità e il certificato elettorale.

Il risultato delle primarie sorprende i partiti, soprattutto il Pd, e mette chiaramente in evidenza le conseguenze delle spaccature dei mesi passati all'interno di questo partito: Alessandro Olivi, il candidato del più grande partito del Trentino, perde le primarie per soli 139 punti contro Ugo Rossi, il candidato del Partito autonomista trentino tirolese (Patt) (tab. 3). Molti elettori del Pd trentino preferiscono non recarsi a votare: rispetto alle primarie del 2009 per l'elezione del segretario del partito, gli elettori che questa volta si recano a sostenere il candidato del Pd sono solamente un terzo.

**Tab. 3. Risultati delle primarie del centrosinistra autonomista del 13 luglio 2013**

Candidato	Partito	n.	%
Italo Gilmozzi	Upt	6.610	27,85
Ugo Rossi	Patt	8.119	34,20
Alexander Schuster	Socialisti	455	1,92
Alessandro Olivi	Pd	7.980	33,62
Lucia Coppola	Verdi	462	1,95
<i>Schede bianche</i>		47	0,20
<i>Schede nulle</i>		64	0,27
<b>Totale</b>		<b>23.737</b>	<b>100</b>

Fonte: [www.verdideltrentino.net/2013\\_PRIMARIE%20CENTRO%20sinistra%20autonomista.html](http://www.verdideltrentino.net/2013_PRIMARIE%20CENTRO%20sinistra%20autonomista.html) (19.01.2014)

Il risultato delle primarie è quindi stato in larga parte determinato dalle fratture che attraversano il Pd. Allo stesso tempo, esso mostra anche la compattezza e il radicamento territoriale del Patt. Con i suoi 8.119 voti, Ugo Rossi riesce a ribaltare gli equilibri dentro la coalizione di centrosinistra, mostrando quanto ben inserito sia il suo partito soprattutto nei territori periferici e gettando le basi per il successo del Patt alle elezioni provinciali di ottobre.

Il 15 luglio, Alessandro Olivi dichiara: “Non è stata una mia sconfitta. È stata la sconfitta di quella parte del Pd che pensa che si possano vincere le elezioni senza umiltà, senza faticare, senza impegno... Il Pd deve riflettere. Abbiamo perso in città. Nelle valli, salvo la Val di Sole che sapevamo roccaforte del Patt, abbiamo dimostrato di esserci, pur con due candidati che proprio in Val di Sole (Ugo Rossi) e Val di Fiemme (Mauro Gilmozzi) hanno fondato la loro biografia politica. La prova che il Pd è anche un partito territoriale. Dove siamo mancati è nelle città.” (Bert 2013). A caldo, il vincitore Rossi dichiara invece: “Ora il mio ruolo diventa molto diverso: sarò il garante di una unità che tiene conto delle diverse sensibilità” (Terrerri 2013).

#### 4. Le elezioni provinciali

Pima di analizzare l’offerta politica promossa in occasione delle elezioni provinciali del 27 ottobre occorre considerare la legge elettorale con cui si è votato, la legge provinciale del 5 marzo 2003, n. 2. Questa legge stabilisce l’elezione diretta del Presidente della Provincia, contestualmente a quella dei membri del consiglio provinciale. Il presidente della Provincia nomina al massimo otto assessori. Tra

questi, al massimo tre possono essere scelti al di fuori del Consiglio. Il vicepresidente è necessariamente scelto, invece, tra i consiglieri. Il Consiglio provinciale è eletto per cinque anni ed è composto da 35 consiglieri. Alle liste che appoggiano il presidente eletto sono assegnati un minimo di 18 e un massimo di 24 seggi, compreso quello del presidente, che resta consigliere provinciale. I seggi diventano 21 se le liste collegate al presidente eletto hanno raggiunto il 40 per cento dei voti validi. I restanti seggi sono attribuiti alle forze politiche di opposizione, e un seggio è sempre riservato a un candidato espressione dei comuni ladini (Campitello di Fassa, Canazei, Mazzin, Moena, Pozza di Fassa, Soraga e Vigo di Fassa). I candidati presidente non eletti sono proclamati consiglieri se le liste che li appoggiano hanno ottenuto almeno un seggio.

Usata per la prima volta nelle elezioni del 2003, questa legge richiama le leggi maggioritarie introdotte a livello nazionale, regionale e locale. Come in questi ultimi casi, anche la riforma elettorale in Trentino si poneva l'obiettivo di semplificare il quadro politico favorendo, al contempo, la stabilità dei governi provinciali. In Trentino questi obiettivi sono stati raggiunti. Infatti, anche se il numero dei partiti che si presentano alle elezioni rimane alto (cosa dovuta sostanzialmente alla tradizionale frammentazione del sistema partitico locale), il numero dei partiti rappresentati nel Consiglio provinciale ha subito una razionalizzazione. Allo stesso tempo, le giunte provinciali sono oggi più stabili di quanto non fossero in passato, nonostante, come nella scorsa legislatura (2008-2013), non siano mancate le tensioni tra i partiti che compongono la maggioranza. Infine, la chiarezza del risultato elettorale ha permesso una sensibile riduzione dei tempi per la formazione dei governi provinciali dopo le elezioni.

Alle elezioni provinciali del 27 ottobre si sono quindi presentati undici candidati presidente (tab. 4). L'elevato numero di candidati deve essere associato soprattutto alla frammentazione del centrodestra. Infatti, mentre il centrosinistra autonomista sostiene in modo unitario la candidatura di Ugo Rossi, Forza Trentino (la versione locale di Forza Italia) sostiene quella di Giacomo Bezzi, la Lega nord propone Maurizio Fugatti e parte del centrodestra (uscito prima delle elezioni soprattutto dal Pdl) sostiene l'imprenditore Diego Mosna attraverso la creazione di liste civiche.

**Tab. 4. Voti e percentuali di voto dei candidati presidente**

Candidato presidente	Liste a sostegno	n. voti	%
Ugo Rossi	Ual, Riformisti per l'Aut., Upt, Idv, Pd, Verdi, Patt	144.616	58,11
Diego Mosna	Insieme per l'A., Civica T., il Trentino, Autonomia 2020, Fare, Pt	47.970	19,28
Maurizio Fugatti	Ln, Ceu	16.401	6,59
Filippo Degasperi	M5s	14.241	5,72
Giacomo Bezzi	Ft	10.631	4,27
Emilio Arisi	Sel	4.425	1,78
Cristano De Eccher	Fdi	3.839	1,54
Ezio Casagrande	Rif. com.	2.848	1,14
Alessandra Cloch	Fassa	1.992	0,80
Giuseppe Filippin	Mir	1.061	0,43
Agostino Carollo	Ago Carollo	829	0,33

Fonte: Provincia autonoma di Trento, Servizio Segreteria della Giunta ed Elettorale

La candidatura di Diego Mosna è stata sicuramente quella meno scontata, e, infatti, è giunta dopo un lungo periodo di riflessione da parte dell'interessato e dei partiti che avrebbero potuto sostenerlo. Si è trattato di una candidatura che, nelle intenzioni di Diego Mosna, avrebbe dovuto sfuggire alla logica del bipolarismo, contrapponendosi da una parte al centrosinistra autonomista e dall'altra al centrodestra nazionale, rappresentato in Trentino principalmente da Ft e Ln. Spiega lo stesso Mosna alla fine di una riunione con i suoi alleati: "L'aggregazione di civiche per il Trentino nasce dalla volontà di valorizzare forze politiche e movimenti territoriali contraddistinti da una spiccata discontinuità con i partiti nazionali in termini di contenuti, stile e legami. Coerenza e trasparenze nei confronti degli elettori che sposeranno la scelta della nostra coalizione hanno indotto a ritenere inaccettabile l'estensione dell'alleanza... Per noi è basilare rimanere fedeli alla territorialità senza dipendere da partiti nazionali." (Battistel 2013). La candidatura di Mosna viene infatti appoggiata principalmente da liste civiche e da un nuovo partito, Progetto Trentino, fondato dall'ex-assessore alle opere pubbliche della giunta Dellai (fino al 2007) e poi presidente dell'Autobrennero, Silvano Grisenti.

Progetto Trentino è stata la seconda novità dell'offerta politica in queste elezioni. Si tratta di un partito nato per valorizzare e promuovere la cultura politica popolare di ispirazione cristiana presente in Trentino. Il risultato, come si vedrà, è rimasto al di sotto delle attese, pur avendo contribuito, con ogni probabilità, a drenare alcuni consensi sia sul versante del centrodestra che su quello del centrosinistra.

Per molte settimane si era comunque discusso circa la capacità attrattiva del network relazionale di un politico molto conosciuto, per molto tempo considerato tra i politici più “potenti” della scena trentina, ma la cui immagine si era offuscata a seguito di alcune inchieste giudiziarie.

Incapace di trovare una candidatura unitaria, il centrodestra si è presentato diviso. Ft, un marchio inaugurato poche settimane prima del voto, sosteneva la candidatura di Giacomo Bezzi, un ex-presidente del Consiglio provinciale (2003-2006) e primo deputato eletto in parlamento del Patt (2006-2008), uscito poi dal Patt in opposizione con la scelta di questo partito di entrare nel centrosinistra autonomista. Come già detto, nei mesi precedenti le elezioni molti degli esponenti di punta di Ft (allora ancora Fi) lasciano il partito per entrare in diverse liste civiche. La nomina come coordinatore regionale, da parte di Silvio Berlusconi, della parlamentare bolzanina Michaela Biancofiore aveva generato una forte tensione con i due coordinatori provinciali del Pdl, Cristiano De Eccher e Giorgio Leonardi, il primo dei quali si sarebbe poi candidato alla presidenza della Provincia sotto le insegne di Fratelli d’Italia (Fdi). La Ln, infine, decide di candidare Maurizio Fugatti, segretario del partito trentino ed ex-deputato per due legislature (2006-2008 e 2008-2013).

Anche i risultati delle elezioni provinciali riservano alcune sorprese. La prima riguarda l’elevatissimo tasso di astensione (Fin 2013). Rispetto alle elezioni provinciali 2008, gli elettori che si recano alle urne sono 261.787, solamente il 62,81 per cento degli aventi diritto (contro il 73,13 per cento dei partecipanti alle elezioni provinciali 2008 e l’80,04 delle elezioni politiche del febbraio 2013) (tab. 5). Si tratta di un’astensione che probabilmente colpisce tutti i partiti (ad eccezione del Patt), ma concentrata soprattutto tra gli elettori dei partiti di centrodestra.

**Tab. 5. Percentuale dei votanti alle elezioni provinciali sul totale degli elettori**

	1973	1978	1983	1988	1993	1998	2003	2008	2013
% votanti	91,9	91,8	89,3	88,9	87,0	79,2	74,21	73,13	62,81

Fonte: Provincia autonoma di Trento, Servizio Segreteria della Giunta ed Elettorale

In effetti, considerando i dati relativi ai voti conseguiti dalle singole forze politiche (tab. 6), si può notare come Ft abbia conosciuto un vero e proprio tracollo (perdendo più di 23.000 voti rispetto alle provinciali 2008, quando si era presentata come Pdl). Circa 23.000 sono anche gli elettori persi dalla Ln tra le due tornate elettorali provinciali, anche se, probabilmente, il dato del 2008 era sovrastimato dato che la Ln esprimeva il candidato unitario del centrodestra alla presidenza della Provincia Sergio Divina.

**Tab. 6. Percentuale dei voti ottenuti dai partiti sul totale dei voti validi (2013)**

Partito	Elezioni provinciali 2013		Elezioni provinciali 2008	
	n.	%	n.	%
Pd	52.412	22,06	59.219	21,62
Patt	41.689	17,55	23.336	8,52
Upt	31.653	13,33	49.035	17,90
Pt	21.450	9,03		
Ln	14.768	6,22	38.536	14,07
M5s	13.889	5,85		
Ft*	10.495	4,42	33.597	12,27
Civica trentina	8.806	3,71		
Amministrare il Trentino	5.060	2,13	4.429	1,62
Verdi	4.548	1,91	7.579	2,77
Sel	4.286	1,80		
Idv**	3.927	1,65	7.474	2,73
Fdi	3.699	1,56		
Insieme per l'Autonomia	3.371	1,42		
Autonomia 2020 – Ntnt	3.160	1,33		
Rif. com.	2.747	1,15		
Ual	2.721	1,15	3.205	1,17
Riformisti per l'autonomia	2.579	1,09		
Associazione Fassa	1.963	0,83	1.669	0,61
Fare Trentino	1.946	0,82		
Mir	1.035	0,44		
Ago Carollo	793	0,33		
Cattolici europei uniti	547	0,23		
Civica Divina	–	–	11.832	4,32
Leali	–	–	6.449	2,35
Autonomia – Valli unite	–	–	5.846	2,31
Democratici per il Trentino	–	–	5.363	1,96
Altri	–	–	16.350	5,78

Note: (\*) Pdl nel 2008; (\*\*) Di Pietro nel 2008.

Fonte: Provincia autonoma di Trento, Servizio Segreteria della Giunta ed Elettorale

Ciò detto, i dati assoluti dei voti ottenuti dai singoli partiti evidenziano anche come il Pd e l'Upt abbiano conosciuto un calo di consensi. Nonostante la sua percentuale di voto aumenti leggermente rispetto alle elezioni del 2008 permettendogli di confermarsi primo partito della Provincia, il Pd perde circa 7.000 voti assolu-



ti. Privo del suo esponente politico più rappresentativo, Lorenzo Dellai (anche se il suo nome ritorna sul simbolo del partito), l'Upt perde 4,5 punti percentuali rispetto al 2008, ma circa 17.000 voti assoluti.

Gli elettori persi dai partiti sono andati solamente in parte a sostegno dei nuovi soggetti che componevano l'offerta politica. Progetto Trentino, per esempio, diventa sì il quarto partito provinciale con 21.450 preferenze alle prime elezioni a cui partecipa, ma non raggiunge il risultato a cui ambiva, come dimostrano le dichiarazioni sconsolate dei suoi candidati nei giorni seguenti le elezioni (Micheletto 2013, Conte 2013). Lo stesso dicasi per il M5s: il 20 per cento dei voti ottenuti nelle precedenti elezioni politiche si riduce ad un limitato 5 per cento in occasione delle elezioni provinciali, ponendo qualche interrogativo sia sulla durabilità del partito sul piano nazionale che sulla sua credibilità sul piano locale, mancando il partito di una struttura organizzativa solida.

Il partito risultato indiscutibilmente vincitore di queste elezioni è stato certamente il Patt. I suoi voti sono grosso modo raddoppiati, permettendogli di diventare il secondo partito della Provincia (Pasqualini 2013). Probabilmente il fatto che il candidato alla presidenza, poi risultato vincitore, fosse del Patt ha avuto un qualche effetto sul risultato conseguito dal Patt. Certamente, considerato il buon successo ottenuto anche in occasione delle elezioni politiche del 2013 questo risultato si inserisce in un trend di medio periodo, le cui radici vanno probabilmente cercate anche nel buon grado di radicamento ottenuto dal partito negli ultimi anni.

Avendo superato la soglia del 40 per cento dei consensi, il centrosinistra autonomista ottiene ventitré consiglieri, di cui nove Pd, otto Patt, cinque Upt e uno Ual. Rispetto alla legislatura precedente, il Pd guadagna un consigliere, il Patt cinque e l'Upt ne perde due (tab. 7).

Questi risultati saranno chiaramente considerati soprattutto in occasione del dibattito sulla composizione della Giunta provinciale (tab. 8). Oltre al Presidente, il Patt esprime un assessore del partito e un tecnico di area, l'Upt due assessori e il Pd tre assessori (tra cui il vicepresidente della Giunta). Quanto alle competenze, il Patt ne assume di molto importanti. Il Presidente della Provincia conserva per sé quelle sull'istruzione e l'assessore del Patt Michele Dallapiccola è incaricato di gestire l'agricoltura, le foreste, il turismo, la caccia e la pesca. Il Patt ha quindi rinunciato ad una presenza numericamente più significativa in Giunta, in cambio di competenze politicamente più significative ed elettoralmente più redditizie.

**Tab. 7. Consiglio provinciale e numero di seggi attribuiti ai partiti rappresentati (2008 e 2013)**

Partito	2008	2013
Patt	3	8
Lega nord	6	2
Ual	1	1
Verdi	1	
Fi		1
Pdl	5	
Civica Divina	2	
Di Pietro	1	
Pd	8	9
Upt	7	5
Pt		4
M5s		2
Civica trentina		2
Amministrare il Trentino	1	1
Totale partiti rappresentati	11	10
<b>Totale seggi</b>	<b>35</b>	<b>35</b>

Fonte: Provincia autonoma di Trento, Servizio Segreteria della Giunta ed Elettorale

**Tab. 8. La composizione della nuova Giunta della Provincia autonoma di Trento**

Nome	Competenze	Partito di appartenenza
Ugo Rossi	Presidente. Si riserva le competenze in materia di personale, affari finanziari e istituzionali, istruzione	Patt
Alessandro Olivi	Vice presidente e assessore allo sviluppo economico e lavoro	Pd
Donata Borgonovo Re	Assessore alla salute e solidarietà sociale	Pd
Michele Dallapiccola	Assessore all'agricoltura, foreste, turismo e promozione, caccia e pesca	Patt
Sara Ferrari	Assessore all'università e ricerca, politiche giovanili, pari opportunità, cooperazione allo sviluppo	Pd
Mauro Gilmozzi	Assessore ai lavori pubblici, ambiente, trasporti ed energia	Upt
Tiziano Mellarini	Assessore alla cultura, cooperazione, sport e protezione civile	Upt
Carlo Daldoss	Assessore alla coesione territoriale, urbanistica, enti locali ed edilizia abitativa	Tecnico

Fonte: Provincia autonoma di Trento, sito internet della giunta provinciale, [www.giunta.provincia.tn.it](http://www.giunta.provincia.tn.it) (19.01.2014)

## Conclusioni

Dopo due appuntamenti elettorali e un'importante elezione primaria nel centrosinistra, gli equilibri politici in Trentino sono leggermente cambiati. Per il centrosinistra il Trentino risulta essere ancora oggi una sorta di "isola felice" nel Nord-Est italiano. La vittoria alle elezioni politiche prima e alle elezioni provinciali poi conferma come in Trentino prevalga una sensibilità politica diversa rispetto a molte delle regioni limitrofe. Tuttavia, all'interno del centrosinistra autonomista sono cambiati gli equilibri. L'Upt ha perso il suo esponente di maggior spicco, Lorenzo Dellai, ora impegnato presso il parlamento italiano. Il Pd, pur confermandosi primo partito, perde diversi consensi. In più, esso è attraversato da forti tensioni interne. Solo dopo la nomina del nuovo segretario del partito, prevista per la primavera 2014, si potrà capire se il Pd riuscirà a superare queste tensioni e a frenare il lento processo di erosione del suo consenso. Il Patt, al contrario, si afferma come un punto di riferimento più importante per la politica trentina di quanto non fosse stato in passato. Ovviamente, la sovraesposizione mediatica che comporta l'esercizio della funzione presidenziale e la personalizzazione della politica porranno anche nuove sfide al Patt, che dovrà ora dimostrare di saper gestire competenze e ruoli più importanti di quelli ricoperti in passato. Questo richiederà, per esempio, la creazione di una classe politica partitica che sappia sostenere l'azione di assessori e consiglieri.

Il 2013 può inoltre essere ricordato come l'anno della crisi del centrodestra. Il consenso a Pdl e Ln non aveva mai raggiunto, in Trentino, il livello delle province limitrofe. Tuttavia, il centrodestra poteva a buon diritto essere considerato come l'elemento cardine delle forze di opposizione. Alla fine di questo anno elettorale, possiamo dire che così non è più. Nel 2014 il centrodestra dovrà trovare nuovi motivi di coesione e, almeno per quanto riguarda Fi, questo partito dovrà essere sostanzialmente rifondato.

Quest'anno ha però mostrato anche come i nuovi partiti (siano essi liste civiche o movimenti con riferimenti nazionali) faticino a intercettare la domanda di nuova offerta politica di cui è sintomo l'elevata percentuale di astensione registrata in occasione delle elezioni provinciali. Tanto è vero che, se sul piano nazionale, il bipolarismo è finito a causa dell'affermazione del M5s, in Trentino esso si è estinto per le difficoltà delle opposizioni al centrosinistra autonomista di investire in modo coordinato e congiunto su un progetto unico alternativo.

Sul contesto locale hanno certamente influito anche le vicende nazionali. La crisi del centrodestra (e del Pdl-Fi-Ft) in particolare non va solamente imputata alle

tensioni che pure hanno caratterizzato la vita del partito nell'ultimo anno e mezzo. Essa va imputata probabilmente anche a dinamiche politiche nazionali, come, per esempio, l'incertezza che, per tanto tempo, ha caratterizzato le sorti del Pdl e il destino giudiziario del suo leader, Silvio Berlusconi. La rifondazione del centrodestra trentino non potrà prescindere dal superamento delle difficoltà che Fi conosce sul piano nazionale. Per la sua peculiare e storica dipendenza da una leadership personale, Fi in Trentino dovrà o affrontare una rottura con il partito di riferimento nazionale o attendere la ricomposizione delle divisioni che caratterizzano il partito di Silvio Berlusconi.

Ugualmente, le incertezze che hanno caratterizzato il posizionamento sul piano nazionale dell'Upt (vicino a Sc, che, però, può essere considerata ormai sciolta) potrebbero appannare l'immagine di Lorenzo Dellai e confondere i suoi elettori. Tuttavia, l'Upt è un partito che non nasce come disarticolazione territoriale di un partito nazionale, ma come partito territoriale: il suo destino, in altre parole, sarà deciso più a Trento che a Roma.

### **Lista degli acronimi**

<i>Sigla</i>	<i>Nome esteso</i>
Psi	Partito socialista italiano
Ceu	Cattolici europei uniti
Fdi	Fratelli d'Italia
Fi	Forza Italia
Ft	Forza Trentino
Ln	Lega nord
M5s	Movimento 5 stelle
Mir	Moderati in rivoluzione
Patt	Partito autonomista trentino-tirolese
Pdl	Popolo della libertà
Pd	Partito democratico
Pt	Progetto Trentino
Rif. com	Rifondazione comunista
Riv. civ.	Rivoluzione civile
Sc	Scelta civica
Sel	Sinistra e libertà
Ual	Union autonomista ladina
Udc	Unione di centro
Upt	Unione per il Trentino

---

## Note

- 1 Vorrei ringraziare Cristiano Vezzoni, Moreno Mancosu e Riccardo Ladini per l'elaborazione delle mappe relative alla distribuzione territoriale del voto.
- 2 La lettera aperta di Alberto Pacher è disponibile sul sito [www.ladige.it/file/lettera-aperta-alberto-pacher](http://www.ladige.it/file/lettera-aperta-alberto-pacher) (19.01.2014).
- 3 La Carta di intenti del centrosinistra è disponibile sul sito [www.partitodemocraticotrentino/articolo3145.html](http://www.partitodemocraticotrentino/articolo3145.html) (19.01.2014).

---

## Riferimenti bibliografici

- Battistel*, Daniele (2013). Mosna scarica Lega e Forza Trentino, in: *L'Adige*, 17 settembre, 18
- Bert*, Chiara (2013). Primarie, le accuse di Olivi, in: *il Trentino*, 16 luglio, 11
- Brunazzo*, Marco (2006). Elezioni: Trento assediata dalle valli, in: *Questo Trentino*, 8, 22 aprile
- Brunazzo*, Marco (2009). Elezioni amministrative in Trentino: Plus ça change...?, in: *Pallaver*, Günther/*Kager*, Thomas (2009) (Hg.): *Politika 09. Jahrbuch für Politik/Annuario di politica/Anuer de pulitica (Südtiroler Gesellschaft für Politikwissenschaft/Società di Scienza Politica dell'Alto Adige/Südtiroler Sozietà per Scienza pulitica)*, Bozen: Edition Raetia, 391-411
- Brunazzo*, Marco/*Vezzoni*, Cristiano (2013). I voti persi da Pdl e Lega sono finiti a Monti-Dellai, in: *Corriere del Trentino*, 3 marzo, 1-2
- Conte*, Angelo (2013). Hanno vinto i poteri forti, in: *L'Adige*, 29 ottobre, 6
- Damiani*, Sergio (2013). Biancofiore: e ora la Grosse Koalition, in: *L'Adige*, 26 febbraio, 14
- Fin*, Giuseppe (2013). Ai seggi tanta delusione per la politica, in: *L'Adige*, 28 ottobre, 13
- Gottardi*, Franco (2013). Ma Progetto Trentino è pronto in agguato, in: *L'Adige*, 27 febbraio, 11
- Itanes* (2013). Voto amaro. Disincanto e crisi economica nelle elezioni del 2013, Bologna: il Mulino
- Micheletto*, Paolo (2013). L'Armata Rossi in Provincia, in: *L'Adige*, 29 ottobre, 3
- Pasqualini*, Guido (2013). Ecco come raddoppiano i voti in 5 anni, in: *L'Adige*, 29 ottobre, 14
- Patrino*, Luisa Maria (2013). Al centrosinistra unito 6 senatori su 7, in: *L'Adige*, 26 febbraio, 9
- Terreri*, Francesco (2013). Centrosinistra alla Renzi per vincere a ottobre, in: *L'Adige*, 15 luglio, 9

## Abstracts

### **Das Jahr 2013: nationale und regionale Wahlen im Trentino. Das Ende des Bipolarismus?**

Das Jahr 2013 war ein Wahljahr im Trentino. Am 24. und 25. Februar wurde das italienische Parlament neu gewählt, während am 27. Oktober die Wahl des Landtags stattfand. Dazwischen gab es noch die Vorwahlen für die Bestimmung des Spitzenkandidaten der Mitte-links-Koalition. Das Jahr 2013 brachte viele Änderungen mit sich, wie zum Beispiel das Verschwinden der Vertreter der Mitte-rechts-Parteien auf lokaler Ebene und das Ende des Bipolarismus im Trentino. Der Artikel behandelt in chronologischer Reihenfolge das Ergebnis der Parlamentswahlen, der Vorwahlen von Mitte-links und der Landtagswahlen. In den Schlussbemerkungen wird die politische Situation im Trentino analysiert: wie sie sich Ende 2013 darstellte und welche damit zusammenhängenden Herausforderungen es für die Parteien gab.

## **L 2013 danter veles nazioneles y provinzieles tl Trentin. Fin dl bipolarism?**

L 2013 ie stat n ann de veles tl Trentin. I litadëures à messù jì a lité per l Parlamënt italian ai 24 y 25 de fauré y per l Cunsèi provinziel nuef y la jonta nueva ai 27 de tober. Danter ite iel stat la veles danora dla coalizion de zënter-man ciancia per abiné ora l candidat ala Presidënza. L 2013 ie stat n ann che à purtà de gran mudamënc, danter chisc da auzé ora particularmënter, l unì mancia dla persona de referimënt sun l post dl zënter-man drëta nazionele y la fin de na dinamica bipolera dl sistem di partic tl Trentin. Sce jon inant per n orden cronologich prejënta l articul i resultac dla veles politiches, dla veles danora dl zënter-man ciancia y dla veles provinzieles. Tla cuntlujions vëniel analisà la piteda politica dl Trentin nsci coche la cëla ora ala fin dl 2013 y la sfides che la cumporta per i partic.

### **The year 2013 between national and provincial elections in Trentino: The end of bipolarism?**

In Trento, 2013 was an electoral year. Voters were involved in the election of the Italian Parliament (24–25 February) and chose the new members of the *consiglio provinciale* (27 October). In July, the center-left voters also participated in primaries for the selection of their candidate for president of the province. All of these appointments have emphasized several changes: the main one is the collapse of the center-right coalition and the end of the bipolar party system in Trentino. The article presents the results of the national election, of the center-left primaries, and of the provincial election in chronological order. It concludes by analyzing the political offer as it appears at the end of 2013 and the challenges faced by the main parties.





## Die Tiroler Landtagswahl 2013<sup>1</sup>

### 1. Rückblende: die Landtagswahl 2008 und ihre Folgen

Im Rückblick auf das vergangene Vierteljahrhundert sind Landtagswahlen in Tirol alles andere als von Berechenbarkeit und Kontinuität geprägt gewesen. Einen schockartigen Bruch hatte bereits die Wahl 1989 dargestellt, als – nach dem Abgang von Eduard Wallnöfer – die Volkspartei mit einem Verlust von 16 Prozentpunkten ihre Zweidrittelmehrheit im Landtag verlor und fortan mit einem Überhang von nur mehr einem Mandat regieren musste.

Bei der Wahl 1999 (im Jahr davor war per Änderung der Landesverfassung das Proporzsystem für die Regierungsbildung abgeschafft worden) ging erstmals auch die Mandatsmehrheit verloren; die ÖVP bildete eine Koalition mit der SPÖ, ebenso in der darauf folgenden Periode. Obwohl nach der Wahl 2003 wieder mit absoluter Mehrheit ausgestattet, verlor der neue VP-Obmann Herwig van Staa sukzessive an Popularität. Der Geschäftsführer der Partei beklagte nach der Wahl 2008 resümierend, dass sich das öffentliche Meinungsbild van Staas vom ursprünglichen positiven Macherimage als vormaliger Innsbrucker Bürgermeister im Verlauf der Legislaturperiode mehr und mehr zum Negativen gewandelt habe (Rauch 2009, 67).

Vor dem Hintergrund deutlich nach unten zeigender Umfragewerte des Parteichefs wurde die schon bald nach der Wahl virulent gewordene und emotional ge-

führte Kontroverse rund um das Thema Agrargemeinschaften nicht nur ein alles überlagerndes Streitthema zwischen Regierungs- und Oppositionsparteien; auch die Debatten innerhalb der ÖVP waren alles andere als von Einheitlichkeit getragen. Die Linie des Bauernbunds, wonach die aus Gemeindegut hervorgegangenen Agrargemeinschaften nicht wirklich ein Problem seien und allfällige Missstände rasch ausgeräumt würden, wurde von der Parteiführung anfangs mitgetragen. Mit zunehmendem Druck der Opposition und laufender medialer Berichterstattung sah sie sich aber schließlich dem Vorwurf ausgesetzt, die Lösung des Problems nicht wirklich mit der gebotenen Entschlossenheit anzugehen. Als innerparteilicher Kritiker des unter sinkenden Sympathiewerten leidenden Parteichefs meldete sich mit zunehmender Schärfe der Präsident der Arbeiterkammer (AK) Präsident Fritz Dinkhauser zu Wort. Nicht zum ersten Mal: Schon 2002, nach der Ablöse Wendelin Weingartners als Parteiobmann, mit dem er immer wieder in Konflikt geraten war (gipfelnd im Vorwurf, Weingartner fehle „das Herz für die Menschen“), hatte Dinkhauser die Gründung einer eigenen Partei in den Raum gestellt, nach Konzessionen seitens Nachfolger van Staa davon aber Abstand genommen. Neuerlich in scharfem Ton meldete Dinkhauser sich dann mit Näherrücken des Termins für die Landtagswahl 2008 zu Wort. Schon Mitte 2007 hatte er die Gründung einer „Bürgerbewegung“ angedeutet, um, wie er sich ausdrückte, der „erstarteten, reformunwilligen ÖVP“ die Mehrheit zu sichern. In den Monaten vor der Wahl knüpfte Dinkhauser ein Abgehen von diesem Plan ultimativ an die – zu diesem Zeitpunkt in der Partei wenig Rückhalt findende – Bedingung, dass anstelle van Staas der Obmann des Arbeitnehmerinnen- und Arbeitnehmerbundes (AAB) Günther Platter als Spitzenkandidat in die Wahl gehe. Schlussendlich trat der sich aus seiner Zeit als AK-Präsident breiter Bekanntheit und beachtlicher Sympathiewerte erfreuende Parteirebell mit seiner Liste Fritz an. Das Ergebnis von 18,4 Prozent der Stimmen überraschte in dieser Höhe und machte die neue Liste auf Anhieb zur zweitstärksten Kraft im Landtag. Überraschend war aber auch, dass die ÖVP zwar wie erwartet hohe Verluste verbuchte, die SPÖ und die Grünen relativ gesehen aber noch stärkere Einbußen zu verzeichnen hatten: Laut SORA-Wählerstromanalyse wechselten 7.000 ÖVP-Wähler zur neuen Liste, von den Grünen waren es 8.000, von der SPÖ sogar 9.000; weitaus am meisten ihrer Stimmen, nämlich 30.000, bezog die neue Liste aber von ehemaligen Nichtwählern (SORA 2013).

Das paradoxe Ergebnis dieser Wahl war also, dass die von der ÖVP abgespaltene Liste ihr erklärtes Ziel, nämlich van Staa aus dem Amt zu hebeln, erreichte, dabei aber weniger der Mutterpartei als ausgerechnet Parteien, die mit dem Duell zwischen Amtsinhaber und Herausforderer in keiner Weise etwas zu tun hatten,

schadete. Groß war letztendlich dann die Enttäuschung Dinkhausers, dass der designierte neue Landeshauptmann Günther Platter, immerhin sein Wunschkandidat, die Bildung einer Koalition mit der erfolgreichen Liste nicht in Betracht zog (Dinkhauser 2013, 38–39). Überhaupt wurde – schon allein im Hinblick auf die verhärtete Frontstellung zum Bauernbund, namentlich dessen Obmann Anton Steixner – eine Wiedereingliederung Dinkhausers und seiner Liste in die Partei nicht ins Auge gefasst.

## **2. 2013: Ausgangslage und neuerliche Zuspitzung**

Resümierend zur Landtagswahl vom 8. Juni 2008 ist festzuhalten, dass sie zu tiefgreifenden Verwerfungen in der politischen Landschaft Tirols führte, die in zweierlei Hinsicht auch die Wahl von 2013 beeinflussen sollten: Erstens umfasste der Landtag nun zunächst fünf, nach Abspaltung zweier Abgeordneter, darunter Fritz Gurgiser, von der Liste Fritz sogar sechs Klubs. Zweitens hatten die Erweiterung des Parteienspektrums und die Verschiebungen im Kräfteverhältnis nachhaltige Auswirkungen auf die Beziehungen zwischen Regierung und Opposition. Die in der Periode 2003–2008 auf lediglich sieben Mandate beschränkte Opposition war nun auf 15 Mandate (von 36) angewachsen, was allein schon in quantitativer Hinsicht die parlamentarische Kontrolle nachhaltig veränderte. In keiner der Perioden davor waren die Kontrollinstrumente der Opposition – das Spektrum umfasste unter anderem dringliche Anfragen, die Erteilung von Prüfaufträgen an den Landesrechnungshof, die Einberufung von Sonderlandtagen und auch ein Misstrauensvotum gegen ein Regierungsmitglied – so umfassend wahrgenommen worden. Und in keiner der Perioden davor hatte eine Tiroler Landesregierung sich einer so angriffigen und immer wieder auch geschlossen agierenden Opposition gegenüber gesehen. Die Beziehungen zueinander waren konfliktgeladen, nicht selten auch offen feindselig, in demokratiepolitischer Hinsicht aber jedenfalls Ausdruck eines lebendigen Parlamentarismus.

Für die Landtagswahl 2013 zeichnete sich ein dem Wahlgang 2008 frappant ähnliches Muster der Auseinandersetzung ab: Wieder war die Wahl von VP-internen Querelen geprägt; es gab Kritik an der Amtsführung des Parteichefs, dem mit Blick auf durchgängig schlechte Umfragewerte der Vorwurf gemacht wurde, es versäumt zu haben, einen nachhaltigen Amtsbonus aufzubauen. Als Hypothek erwies sich auch der Stil, mit dem 2008 die Regierungsbildung erfolgt war, im Zuge derer überraschend zwei populäre Landesrätinnen gegen ihren Willen und ihre Er-

wartung nicht berücksichtigt wurden: Elisabeth Zanon (die sich, laut Umfragen beliebteste Politikerin im Land, unmittelbar nach der Wahl als chancenreiche Anwärtin für die Nachfolge van Staas gesehen hatte) sowie Anna Hosp, ehemalige Hauptgeschäftsführerin der Landespartei und zuletzt als Landesrätin mit Schlüsselagenden wie Personal, Raumordnung und Gemeindeangelegenheiten betraut, überdies in der Wahl 2008 als Spitzenkandidatin im Bezirk Reutte überdurchschnittlich erfolgreich.<sup>2</sup> Um Letztere, so wurde schon Mitte 2012 kolportiert, begann sich eine Gruppe prominenter Exponenten der Partei zu formieren, in der Absicht, mit einer eigenen Liste – nachgerade ein Déjà-vu zu 2008 – den amtierenden Parteichef und Landeshauptmann zu Fall zu bringen. Diverse Medienberichte wurden von den Betroffenen vorerst aber weder bestätigt noch dementiert. Schlagartig öffentlich wurden die innerparteilichen Spannungen rund um die Gemeinderats- und Bürgermeisterwahl in der Landeshauptstadt Innsbruck. Seit 1994 der damalige ÖVP-Bürgermeister von seinem mit eigener Liste – „Für Innsbruck“ – antretenden innerparteilichen Herausforderer Herwig van Staa aus dem Amt gehebelt worden war, hatte dieser es bis zu seiner Wahl zum Landeshauptmann (2002) innegehabt. Die Mutterpartei ÖVP spielte im Stadtparlament eine Randrolle. Van Staas Nachfolgerin Hilde Zach hielt das Amt bis 2010 und übergab an Christine Oppitz-Plörer. Letztere stellte sich 2012 der – nach einer Novelle des Innsbrucker Stadtrechts erstmals durchgeführten – Direktwahl und sah sich dabei unerwartet einem Überraschungskandidaten aus den Reihen der ÖVP (Christoph Platzgummer) gegenüber. Die Wahlauseinandersetzung war begleitet von heftigem Schlagabtausch<sup>3</sup>, in der Stichwahl obsiegte schließlich die Amtsinhaberin. Als Konsequenz wurde die ÖVP erstmals nicht mit einem Ressort in der Stadtregierung betraut, vielmehr bildete Für Innsbruck eine Arbeitsgemeinschaft mit Grünen und SPÖ.

Ihren Höhepunkt erreichte die Kontroverse schließlich bei der Landtagswahl im darauf folgenden Jahr, bei der Oppitz-Plörer neben Anna Hosp als Mitbegründerin einer gegen Landeshauptmann und VP-Parteichef Günther Platter antretenden Liste „Vorwärts Tirol“ auftrat. Als Reaktion darauf wurden sie gemeinsam mit anderen Proponenten der Liste aus der ÖVP ausgeschlossen (was seinerzeit, sei an dieser Stelle angemerkt, bei van Staa – der 1994 in Innsbruck mit eigener Liste gegen den VP-Bürgermeister antrat – nicht der Fall gewesen war).

### 3. Die Wahl: Ergebnisse und Wählerströme

Nachdem, mit Blick auf die seit einem Jahr gelb-grün-rot regierte Landeshauptstadt, erstmals in der Geschichte des Landes eine Dreierkoalition ohne Beteiligung der ÖVP als mögliche (wenn auch wenig realistische) Variante für die nächste Landesregierung ins Spiel gebracht worden war, änderte die ÖVP kurzfristig ihre Wahlkampfstrategie und warb fortan mit der Warnung „Wir oder das Chaos“. Unberührt vom tatsächlichen Rückhalt Platters in der Partei, verstärkte die ausgegebene Parole die Sorge, dass am Ende tatsächlich eine Landesregierung ohne Beteiligung der ÖVP zustande kommen könnte; das erklärt wohl zum Gutteil die große Zahl an Bürgermeistern, die der Aufforderung, dem Personenkomitee des Spitzenkandidaten beizutreten, Folge leisteten.

Das Konzept ging insofern auf, als die ÖVP mit einem Rückgang von 40,5 auf 39,4 Prozent weniger als in den Umfragen prognostiziert verlor, während Vorwärts Tirol zwar auf Anhieb 9,5 Prozent erzielte, damit aber doch deutlich unter dem noch wenige Wochen vor dem Wahltag für möglich gehaltenen Ergebnis zwischen 15 bis 20 Prozent blieb.

In Bezug gesetzt zur Geschichte der Landtagswahlen seit 1945 markieren die Wahlen von 2008 und 2013 – ebenso wie 1989 – bemerkenswerte Zäsuren: 2008, unter van Staa, fiel die Partei von rund 50 auf nur mehr knapp über 40 Prozent Stimmenanteil; 2013, unter Platter, konnte die Partei diesen Verlust nicht nur nicht wettmachen, sondern büßte ein weiteres Mal Stimmenanteile ein und liegt nun unter 40 Prozent (siehe Tabelle 1). Von einer absoluten Mandatsmehrheit im Landtag ist die ÖVP heute weiter entfernt denn je. Und wie die Wahlergebnisse zeigen, durchläuft Tirols Parteienlandschaft, ablesbar am Pedersen-Index<sup>4</sup>, einen fortdauernden beschleunigten Wandel, was sich stärker als je zuvor in den Werten für die letzten beiden Wahlen mit ihren massiven Verschiebungen der Stimmenanteile ausdrückt.

Besonders markant heben sich die Wählerprofile der Listen Fritz und Vorwärts Tirol ab. Deren größte Gemeinsamkeit liegt zunächst darin, dass es sich in beiden Fällen um Abspaltungen von der Tiroler Volkspartei handelt. Motor und zentrale Leitfiguren waren hier wie dort in der Parteihierarchie maßgebliche Exponenten gewesen. In beiden Fällen waren die Initiatoren bemüht, Mitstreiter aus anderen Lagern zu gewinnen, mit einer allerdings durchgängig deutlichen Mehrheit von Exponenten mit ÖVP-Hintergrund: Vier von den sieben 2008 in den Landtag einziehenden Abgeordneten der Liste Fritz (Dinkhauser eingerechnet) waren dem AAB angehörende Funktionäre der AK Tirol. Das Faktum, dass von den vier seit 2013 im Landtag vertretenen Abgeordneten der Liste Vorwärts Tirol drei aus den

**Tabelle 1: Landtagswahlen 1945–2013 – Kräftekonfiguration der Parteien und Volatilität der Wählerschaft**

Jahr	ÖVP	SPÖ	FPÖ	Grüne	Fritz	Vorwärts Tirol	Sonstige	Pedersen-Index
1945	69,8 %	28,0 %	–	–	–	–		–
1949	56,4 %	24,0 %	17,4 %	–	–	–	2,2 %	9,8
1953	57,7 %	27,4 %	13,3 %	–	–	–	1,6 %	4,4
1957	59,3 %	31,0 %	8,5 %	–	–	–	1,2 %	5,0
1961	59,6 %	30,1 %	9,1 %	–	–	–	1,2 %	0,9
1965	63,5 %	30,5 %	6,0 %	–	–	–	0,0 %	3,7
1970	60,5 %	33,5 %	5,7 %	–	–	–	0,3 %	3,2
1975	61,1 %	32,4 %	5,9 %	–	–	–	0,6 %	1,0
1979	62,8 %	29,3 %	6,8 %	–	–	–	1,1 %	2,9
1984	64,6 %	25,2 %	6,0 %	–	–	–	4,2 %	3,4
1989	48,7 %	22,8 %	15,6 %	8,3 %	–	–	4,6 %	18,1
1994	47,3 %	19,8 %	16,1 %	10,7 %	–	–	6,1 %	5,4
1999	47,2 %	21,8 %	19,6 %	8,0 %	–	–	3,4 %	4,3
2003	49,9 %	25,9 %	8,0 %	15,5 %	–	–	0,7 %	14,8
2008	40,5 %	15,5 %	12,4 %	10,7 %	18,4 %	–	2,5 %	23,7
2013	39,4 %	13,7 %	9,3 %	12,6 %	5,6 %	9,5 %	9,9 %	21,3

Quelle: Amtliche Verlautbarungen (<http://wahlen.tirol.gv.at/>); eigene Berechnungen

**Tabelle 2: Zusammensetzung der Wählerschaft der Listen Fritz und Vorwärts Tirol\***

Wähleranteile von 2003	Fritz 2008	Fritz 2013	Vorwärts Tirol 2013
ÖVP	12 %	22 %	42 %
Fritz	0 %	46 %	21 %
SPÖ	16 %	5 %	4 %
Grüne	14 %	7 %	8 %
FPÖ	5 %	10 %	6 %
Sonstige	0 %	3 %	2 %
Nichtwähler	53 %	7 %	16 %
<b>Gesamt</b>	<b>100 %</b>	<b>100 %</b>	<b>99 %**</b>

\* Wählerströme in Bezug zur jeweils vorangegangenen Landtagswahl

\*\* Rundungsfehler

Quellen: SORA, Landtagswahl Tirol 2008 ([www.sora.at/themen/wahlverhalten/wahlanalysen/ltw-tir08.html](http://www.sora.at/themen/wahlverhalten/wahlanalysen/ltw-tir08.html)); SORA/ISA, Wahlanalyse Landtagswahl Tirol 2013 ([www.sora.at/themen/wahlverhalten/wahlanalysen/ltw-tir13.html](http://www.sora.at/themen/wahlverhalten/wahlanalysen/ltw-tir13.html))

Reihen der ÖVP kommen, wird allenfalls dadurch verstellt, dass der Spitzenkandidat und nunmehrige Klubobmann ehemaliger Landesrat für die SPÖ ist und erst 2012, also vergleichsweise knapp vor der Wahl, aus der Partei ausgetreten ist.

Ein gänzlich anderes Bild als die politische Herkunft der Abgeordneten der beiden Listen liefert der Blick auf die Herkunft der jeweiligen Wählerschaft. Sowohl für die Wahl 2008 als auch für 2013 zeigen die Wählerstromanalysen, dass die gewonnenen Wählerstimmen alles andere als überwiegend von der ÖVP stammen (siehe Tabelle 2). Die Liste Fritz holte sich von allen Parteien die meisten Stimmen von der SPÖ und den Grünen (16 bzw. 14 Prozent), von der ÖVP dagegen lediglich 12 Prozent. Am bemerkenswertesten freilich ist der Umstand, dass mehr als die Hälfte (53 Prozent) aus dem Segment der Nichtwähler kamen. 2013 ist die Zusammensetzung naturgemäß deutlich anders: Zum einen gibt es – bei in Summe stark gesunkenem Stimmenanteil – erstmals eine Behalterate (Wähler, die auch 2008 für die Liste gestimmt hatten), die mit 46 Prozent am höchsten ausfällt; von den konkurrierenden Parteien traf es diesmal relativ am stärksten mit 22 Prozent die ÖVP.

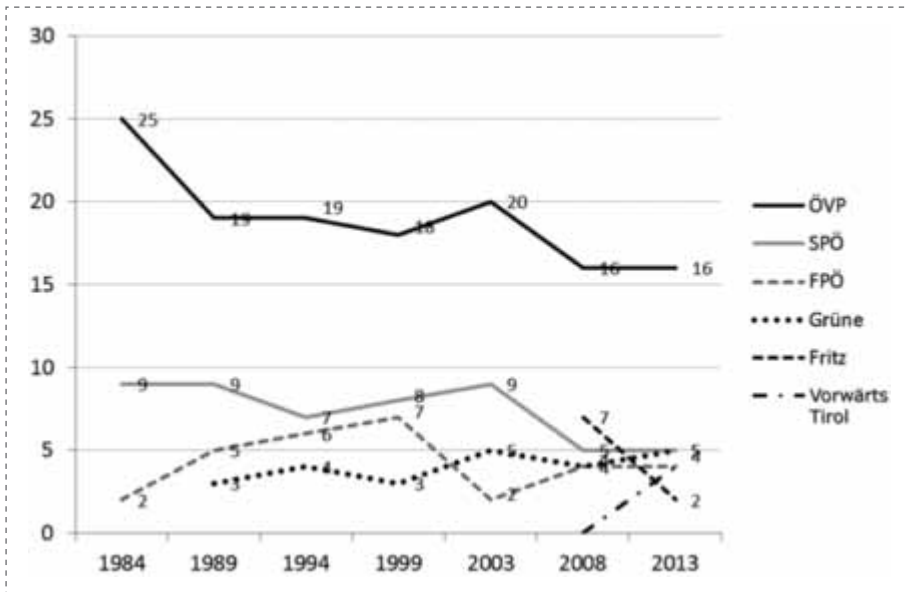
Die Zusammensetzung der Wählerschaft von Vorwärts Tirol zeigt sich im Vergleich dazu markant anders: Abgesehen von den 21 Prozent, die beim letzten Mal Liste Fritz gewählt hatten, sticht am stärksten der hohe Anteil ehemaliger ÖVP-Wähler ins Auge. Mit 42 Prozent ist der Wert hier wesentlich höher als der aller anderen Parteien, ein Indikator für die ÖVP-Affinität dieser Liste. Vorwärts Tirol hatte im Wahlkampf – deutlicher als 2008 Dinkhauser, dessen Wahlkampf mit seinem AK-Hintergrund stärker sozialpolitisch konnotiert war (und damit auch bei SPÖ-Wählern punktete) – klargemacht, dass sie gegen den Amtsinhaber antrat und nicht gegen die ÖVP als Partei.<sup>5</sup> Auffallend am Rande ist bei Vorwärts Tirol der mit nur vier Prozent eklatant niedrige Anteil ehemaliger SPÖ-Wähler – die vormalige Parteizugehörigkeit ausgerechnet des Spitzenkandidaten von Vorwärts hatte faktisch keinen sich in Stimmengewinnen niederschlagenden Effekt.

#### **4. Tirols Parteiensystem im Umbruch**

Der dynamische Wandel der Parteienlandschaft findet seinen Niederschlag auch in der Mandatsstärke der im Tiroler Landtag vertretenen Parteien (siehe Abbildung 1). In einer ersten Phase ist dieser Prozess wenig spektakulär verlaufen, inner- und zwischenparteiliche Konflikte wurden auf vergleichsweise geringer Intensitätsstufe ausgetragen. Die Hegemonie der ÖVP schien in einer Weise intakt geblieben zu sein, dass die Feststellung, der politische Wettbewerb in Tirol sei mit Blick auf die

Marginalisierung der anderen Parteien in vieler Hinsicht zuvorderst eine innerparteiliche Angelegenheit der Volkspartei, durchaus nicht übertrieben war (Karlhofer 2004, 45). Seit den beiden Landtagswahlen 2008 und 2013 gilt das so nicht mehr. Im Landtag sind sechs Fraktionen vertreten (eine Zahl, bundesweit anzutreffen nur in Kärnten), eine siebte Liste (der BürgerKlub um Gurgiser) verfehlte zuletzt die Fünf-Prozent-Hürde nur knapp.

**Abbildung 1: Mandatsstärke der im Tiroler Landtag vertretenen Parteien 1984–2013**



Quelle: Amtliche Verlautbarungen (<http://wahlen.tirol.gv.at/>)

Zwei Aspekte verdienen in diesem Zusammenhang eine nähere Betrachtung: a) In welcher Weise haben sich die Beziehungen zwischen Opposition und Regierung verändert? b) Wie stabil sind die einzelnen Parteien, und wie stabil ist das Parteiensystem insgesamt?

### a) Aufwertung der Opposition

Von einem „Mangel an Opposition“ (Pelinka 2004, 13–15), wie noch nach der Landtagswahl 2003 zu registrieren, kann seit 2008 keine Rede mehr sein. Die Beziehungen zwischen Opposition und Regierung im Landtag haben sich markant verändert:



- Die Opposition verfügt seither über eine Gesamtgröße, die es – anders als in der Vergangenheit – möglich macht, sämtliche in der Geschäftsordnung vorgesehenen Kontrollinstrumente zu nutzen;
- die Breite der Opposition mit vier Klubs erzeugt eine Art Profilierungsdruck untereinander, was sich in einer deutlichen Zunahme der parlamentarischen Initiativen widerspiegelt;
- um die Hürde für die Inanspruchnahme einzelner Kontrollinstrumente nehmen zu können, ist die Bildung von Allianzen unabdingbar – mit der Bildung der gemeinsamen Plattform TOP<sup>6</sup> nach der Wahl 2013 haben sich die vier Oppositionsparteien ein Instrument für die Koordinierung der Vorgangsweise bei bestimmten Fragen geschaffen; insbesondere gemeinsame Pressekonferenzen erzielen breite mediale Aufmerksamkeit.

### **b) Zur Stabilität der Parteien**

Bei der Analyse des Tiroler Parteiensystems in seiner aktuellen Konfiguration ist vor allem zu beachten, dass zwei von ihnen – Fritz und Vorwärts Tirol – eine erst sehr kurze Geschichte aufweisen und sich daher die Frage erhebt, inwieweit sie in der Lage sind, Strukturen aufzubauen, die ihren Bestand auf Dauer sichern. Von den etablierten Parteien finden sich die SPÖ und die Grünen mit dem Wechsel von der Regierung in die Opposition und umgekehrt in einer neuen Rolle wieder, mit Rückwirkungen unvermeidlich auch auf das Binnenleben der Parteien. Bei der FPÖ sind, abgesehen von personellen Rochaden im Gefolge von Landtags- und Nationalratswahl, keine bemerkenswerten Veränderungen zu registrieren. Anders verhält es sich bei der ÖVP, jener Partei, von der zwei der Fraktionen im Landtag sich abgespalten haben und bei der sich daher vor allem die Frage nach ihrer Integrationsfähigkeit stellt. Diese Frage ist Thema des abschließenden Kapitels dieses Beitrags.

— *FRITZ*: Die Liste Fritz, 2008 mit sieben Mandaten in den Landtag eingezogen und nun auf zwei geschrumpft, verfügt damit gerade noch über (den in Tirol niedrig angesetzten) Klubstatus und kann – mit der damit verbundenen Klubförderung – ihre parlamentarische Tätigkeit in vollem Umfang wahrnehmen. Als kleinste Fraktion ist sie aber bei der Wahrnehmung von Minderheitenrechten fast ausnahmslos auf gemeinsames Vorgehen mit anderen Parteien angewiesen. 2008 ohne Verankerung in den Gemeinden angetreten, hat die Partei es nicht geschafft, für die Kommunalwahlen 2010 ihr Ziel eines nachholenden Aufbaus regionaler und kommunaler Strukturen mit Kandidatur in 50 Gemeinden (Ernst 2009, 76) einzulösen, und ist damit in der „Fläche“ kaum präsent. Kommt es mit der zum Jahresende 2013 gestarteten Novellierung des Flurverfassungsgesetzes zu einer zufriedenstel-

lenden Lösung des Streitthemas Agrargemeinschaften, kommt der Liste ein Thema abhanden, mit dem sie sich als Oppositionspartei in der vergangenen Periode am meisten profiliert hatte.

— *Vorwärts Tirol*: Mit ihrer kurzfristigen Kandidatur bei der Wahl 2013 war die Partei eine, wie oben geschildert, ernsthafte Herausforderung für den amtierenden Landeshauptmann. Nachdem die Partei dann aber schlussendlich schlechter als erwartet abgeschnitten hatte, folgte ein Szenario, wie bei Parteien mit weniger Mandaten als Anwärtern häufig zu beobachten ist. Im Streit um einen Mandatsverzicht verselbständigten sich die vier Klubmitglieder von der Partei. Folge der Trennung war, dass die Partei keinen Anspruch auf Parteienförderung anmelden konnte und die Kontrahenten nach der Rückforderung eines Darlehens durch einen Sponsor gegeneinander prozessierten. Bei nicht abzusehendem Ausgang des Zivilverfahrens bestrebt, finanzielle Haftungen größeren Umfangs zu vermeiden, gaben Parteivorsitzende Anna Hosp und Hans Lindenberger auf einem „Einigungsparteitag“ am 14.12.2013 ihren Rückzug aus dem Parteivorstand bekannt, Letzterer allerdings ohne Verzicht auf die Funktion des Klubobmanns. Die kurze Geschichte von Vorwärts Tirol ist von bizarren wechselseitigen Vorwürfen rund um Eitelkeit und Intrigen durchzogen.<sup>7</sup> Politisches Profil ist wenig erkennbar, die Verankerung in der Hochburg Bezirk Reutte ist durch den Austritt Hosps nicht mehr gegeben. Nach dem Rückzug von Hosp und Oppitz-Plörer, beide offene Gegner von Platter, ist mit Blick auf den parteipolitischen Hintergrund von drei der vier Abgeordneten ein Brückenschlag zur ÖVP denkbar.

— *SPÖ*: 2008 am stärksten von Abgängen in Richtung Liste Fritz betroffen, schaffte die SPÖ – jedenfalls den Umfragen zufolge – es nicht, im Laufe der Periode dieses historische Tief zu überwinden, und verlor 2013 weitere fast zwei Prozentpunkte. Obwohl Koalitionspartner, war es ihr nicht gelungen, das von politischen Gegnern und auch in den Medien immer wieder bemühte Bild vom „Ministranten“ der großen Regierungspartei loszuwerden. Das Einschwenken auf die Linie der Opposition auf dem kurz vor dem Wahltermin abgehaltenen Sonderlandtag zum Thema Agrargemeinschaften trug vermutlich wesentlich dazu bei, dass sie für die ÖVP nicht mehr als Koalitionspartner in Betracht kam und die Entscheidung schlussendlich zugunsten der Grünen ausfiel. Der Wechsel von der Regierungs- auf die Oppositionsbank machte finanzielle Engpässe ebenso wie inhaltliche Profilschwächen sichtbar. 2013 wurde eine zehnköpfige Arbeitsgruppe mit dem Auftrag, eine umfangreiche Parteireform auszuarbeiten, gebildet, Abschluss des Berichts und Beschluss über die Parteireform auf einem Landesparteitag sind für 2014 vorgesehen.<sup>8</sup> Für die Oppositionsarbeit im Landtag mit ihrem Hintergrund

als einzige Partei mit Regierungserfahrung ist die SPÖ ein wichtiger Player. Zugleich wäre sie, würde die schwarz-grüne Koalition vorzeitig scheitern, vermutlich wieder ein logischer Kandidat als Regierungspartner.

— *Die Grünen*: Ungeachtet ihrer mehr als ein Vierteljahrhundert langen Geschichte liegt die Stärke der Grünen nach wie vor in den Städten, insbesondere dem Ballungsraum Innsbruck und Umgebung. In Innsbruck drittstärkste Partei und dort seit 2012 in Koalition mit Für Innsbruck und SPÖ, bei der Landtagswahl 2013 sogar stärkste Partei, sind die Grünen deutlich weniger mit internen Spannungen konfrontiert als die oben beschriebenen Parteien. Die Tiroler Grünen sind nicht die einzige an einer Landesregierung beteiligte Landesgruppe ihrer Partei; Beteiligungen gibt es mittlerweile – zum Teil schon seit längerer Zeit – auch in Oberösterreich, Wien, Kärnten und Salzburg. Mit der Übernahme sensibler Agenden, insbesondere Umwelt, Naturschutz und Verkehr, in Tirol allesamt besonders anfällig für die Zuspitzung von Interessenkonflikten, steht das politische Handeln hier immer in einem Spannungsfeld zwischen programmatischem Anspruch (verbunden mit Erwartungen der Parteibasis) und dem Zwang zu pragmatischer *Realpolitik*. Für ein Land wie Tirol ist die erstmalige Regierungsbeteiligung der Grünen (die Beteiligung 1994–1999 erfolgte seinerzeit unter anderen Prämissen) ohne Frage innovativ, zugleich aber auch mit der Unsicherheit unvermittelter Eskalation behaftet.

## 5. Reale Stärke und Perspektiven der Volkspartei

Die Tiroler Volkspartei hat mit den Landtagswahlen von 2008 und 2013, nach letzterer nun unter 40 Prozent liegend, ein Allzeittief erreicht. Nicht zwingend aber tangiert das die Mobilisierungsfähigkeit und das machtpolitische Netzwerk, auf das die Stärke einer Partei sich gründet, in gleichem Maße. Zwei Indikatoren für eine bis auf Weiteres gegebene Dominanz der VP in Tirols politischer Landschaft sind hier von besonderem Belang:

*Reformresistenz der Bünde*: Die Tiroler Volkspartei hat in den vergangenen 25 Jahren eine Entwicklung durchlaufen, in der besonders unter Weingartner eine Vielzahl an Initiativen gesetzt wurde, die Gewichte in der Partei gerade an neuralgischen Stellen zu verschieben und die Organisation neu aufzustellen.<sup>9</sup> „Wir Tiroler“ war das für Außenstehende sichtbarste Produkt politischen Marketings; offene Vorwahlen und Personalisierung des Wahlrechts (Stichwort Direktstimme) flankierten eine Strategie, mit der der Begriff „Partei“ in der politischen Kommunikation so weit wie möglich ausgeblendet werden sollte.

In einer Partei aber, in der die maßgeblichen Kräfte, nämlich die Bünde, eigene Rechtspersönlichkeit haben und sich eigene Statuten geben – mit anderen Worten rechtlich völlig unabhängig von der Zentralgewalt der Parteileitung sind – müssen Vorstöße dieser Art unvermeidlich als Versuch der Schmälerung ihres Einflusses gewertet werden. Von der alten Konvention, wonach Landtagsmandate und Regierungssitze nach einem mit den Bünden auszuhandelnden Schlüssel zu besetzen sind, wollten diese nicht abweichen. Und sie tun das auch nicht: Im 2013 gewählten Landtag sind 15 der 16 VP-Mandatare bündisch zugeordnet, in der Regierung sind es fünf der sechs von ihr gestellten Mitglieder. Und was vor 20 Jahren im VP-Landtagsklub üblich war, nämlich dass die Abgeordneten sich getrennt nach ihrer bündischen Zugehörigkeit im Plenarsaal gruppierten (Nick 1993, 201), ist heute noch Praxis in der Partei, wenn auch, geschuldet der insgesamt deutlich kleineren Zahl, nicht gänzlich ohne räumliche Trennung: Eine durchgängige Reihe bildet laut Sitzplan aber weiterhin der Bauernbund.

Seit jeher wachen die Bünde eifersüchtig darüber, dass die von ihnen erwartete Quote berücksichtigt wird. Dass in der aktuellen Regierungsriege (inklusive Landeshauptmann) drei dem AAB zuzurechnen sind, ist fast als Revolution zu werten, war doch bis in jüngste Zeit herauf die Rangfolge immer 1. Bauernbund, 2. Wirtschaftsbund und 3. AAB gewesen (der AAB bescheidet sich im Gegenzug im Landtag nun mit drei Mandaten, je sechs stellen die beiden anderen Bünde). Entscheidend ist aber vor allem, dass mit der Präsenz der Bünde im Landtag eine enge Verschränkung mit der Interessenausrichtung der großen Kammern einhergeht; in allen dreien verfügen in Tirol die VP-Bünde über absolute Mehrheiten.

*Verankerung der Partei in Wirtschaft und Gesellschaft:* Parteien sind *Gatekeeper* für eine Vielzahl von Ämtern und Schaltstellen. Je ausgewogener das Stärkeverhältnis zwischen den Parteien, umso mehr sind Besetzungen Ergebnis von Verhandlungen. Dominante Parteien dagegen haben in dieser Hinsicht praktisch ein Beinahmonopol bei der Kontrolle von Verwaltung, Aufsichtsräten und Vorständen landeseigener und landesnaher Gesellschaften. Nun ist es zwar keine neue Erkenntnis, dass eine Personalauswahl für solche staatsnahen Unternehmen nach parteipolitischen Gesichtspunkten der Fachkompetenz eher nicht förderlich ist.<sup>10</sup> Praktiziert wird sie dessen ungeachtet in Tirol so wie auch in den anderen Ländern und bundesweit.<sup>11</sup>

Die Verankerung der Tiroler Volkspartei reicht abseits staatsnaher Unternehmen bis weit in die freie Wirtschaft und die Gesellschaft hinein. Wie wirksam über dieses *Linkage* Netzwerke aktiviert werden können, zeigt das Beispiel der – von der Volkspartei nicht von ungefähr so gut wie exklusiv genutzten – Mobilisierung von

Prominenz in Form von „Personenkomitees“. Das bei der Landtagswahl 2013 für Günter Platter gebildete Komitee umfasste nach Angaben der Partei mehr als 1.000 Unterstützer, darunter zahlreiche bekannte Namen aus Wirtschaft, Sport, Kultur und anderen Bereichen. Auch die Präsidenten aller drei großen Kammern traten dem Komitee bei. Abgesehen vom Aufgebot an Opinion Leadern und Prominenz liefert der Rückgriff auf diese Ergänzung zum regulären Wahlkampfbudget schon allein in finanzieller Hinsicht einen beträchtlichen – unter dem Gesichtspunkt der Transparenz allerdings nicht unproblematischen<sup>12</sup> – Wettbewerbsvorteil.

Weiterer Vorteil der ÖVP: Sie ist nach wie vor die einzige im Land flächendeckend präsente Partei mit Ortsorganisationen in allen Gemeinden und verfügt mit ihrer bündischen Gliederung vielerorts sogar über ein mehrfaches Organisationsnetz, während die anderen Parteien meist große weiße Flecken auf ihrer politische Karte aufweisen. In kritischen Momenten, und die Landtagswahl 2013 war unübersehbar ein solcher, sind Loyalitätsbekundungen, intaktes Parteimanagement vorausgesetzt, unmittelbar und „vor Ort“ aktivierbar.

Was Tirols größte Partei aber von denen in anderen Bundesländern unterscheidet, ist ihre nachgerade inhärente, bis in die Gründungsphase der Partei zurückzuverfolgende Anfälligkeit für zentrifugale Tendenzen und Abspaltungen. Hatten sich in der Vergangenheit solche Listen aber über kurz oder lang wieder aufgelöst oder waren in die Partei reintegriert worden (etwa der AAB, der bei der Landtagswahl 1953 mit eigener Liste angetreten war), so sind die Freisetzungen der jüngeren Zeit irreversibel (Liste Fritz) oder zumindest schwierig (Vorwärts Tirol). Abzulesen ist die signifikant nachlassende Integrationskraft der VP besonders auch auf kommunaler Ebene. Die Volkspartei reklamiert zwar mehr als drei Viertel aller Bürgermeister für sich; abzulesen an den Listennamen, unter denen diese antreten, ist das aber keineswegs durchgängig. Seit Einführung der Bürgermeister-Direktwahl 1992 in Verbindung mit dem – für Tirol spezifischen – Listenkoppeln ist in vielen Gemeinden eine Eigendynamik zu beobachten, die sich darin äußert, dass Bürgermeister sich als allenfalls ÖVP-nah oder überhaupt als unabhängig begreifen.<sup>13</sup>

Einen verstärkenden Effekt hat in diesem Zusammenhang der Bruch der Partei mit Für Innsbruck. Bei regulärem Ablauf der Perioden von Landtag und Innsbrucker Gemeinderat finden für beide Körperschaften die nächsten Wahlen zeitgleich im Jahr 2018 statt – eine Herausforderung für die ÖVP, den Riss durch die Partei bis dahin zu überwinden.

---

## Anmerkungen

- 1 Dieser Beitrag stützt sich auf Analysen des Autors zur Landtagswahl 2008 (Karlhofer 2009), zur Bilanz der Legislaturperiode 2008–2013 (Karlhofer 2013) und zur Landtagswahl 2013 (Karlhofer 2014); Kapitel 4 und 5 sind mit geringfügigen Änderungen bzw. Aktualisierungen aus dem zuletzt erschienenen Beitrag übernommen. Soweit andere Publikationen herangezogen werden, sind sie im Text sowie im Literaturverzeichnis angeführt.
- 2 Siehe dazu die Medienberichte in Radio Tirol Abendinformation, 22.7.2008; Der Standard, 23.7.2008, 8; Kronen Zeitung, 23.7.2008, 16.
- 3 Oppitz-Plörer bezichtigte in diesem Zusammenhang Parteiohmann Platter der „Günstlingswirtschaft“ (Die Presse, 14.5.2012, 4).
- 4 Der Pedersen-Index ist eine Messgröße für Veränderungen im Wahlverhalten und den damit verbundenen Auswirkungen auf das Kräfteverhältnis der Parteien. Der Index ist ein – im Grunde simples, dabei aber sehr effektives – Verfahren zur Erfassung der Wählerdynamik: Es werden die Verluste und Gewinne aller Parteien (ungeachtet von Plus und Minus) gegenüber der vorangegangenen Wahl addiert und durch zwei geteilt. Der sich daraus ergebende Wert berücksichtigt nicht (kann auch nicht berücksichtigen), wie die Wählerwanderungen zwischen einzelnen Parteien aussehen, vermittelt aber eine Vorstellung über das Parteiensystem insgesamt – ein niedriger Wert indiziert Stabilität, je höher der Wert, umso mehr spiegeln sich darin Dynamik und Wandel. Mit anderen Worten: Die mit dem Index gemessene Volatilität macht Zäsuren und Bruchstellen sichtbar, gibt Auskunft darüber, ob und in welchem Ausmaß an Stärke gewinnende und verlierende Parteien zur Neuausrichtung des Parteiensystems insgesamt beitragen.
- 5 Deutlicher Indikator dafür, dass das von vielen Wählern auch so verstanden wurde, ist das weit überdurchschnittliche Ergebnis (33,3 Prozent) von Vorwärts Tirol im Bezirk Reutte, dem Heimatbezirk von Anna Hosp – die ÖVP fiel hier von 55,8 auf 37,2 Prozent Stimmenanteil.
- 6 TOP steht für „Die Tiroler Opposition“, wird von den vier beteiligten Parteien als „gemeinsame Geburt“ bezeichnet und „soll drei bis vier Mal im Jahr einberufen werden, um bestimmte wichtige Themen zu fokussieren“ (SPÖ-Abgeordnete Elisabeth Blanik, zitiert nach Gerhard Pirkner, „Aus 4 mach 1. Opposition fühlt sich ‚Top‘“, Dolomitenstadt, 19.8.2013).
- 7 Reinhard Fellner, „Lindenberger scheiterte mit Vorwärts-Klage gegen Hosp“, Tiroler Tageszeitung, 29.10.2013.
- 8 „Es soll ohne Tabus diskutiert werden, über Köpfe, über Positionen und über Inhalte“ (Parteivorsitzender Gerhard Reheis, zitiert nach Anita Heubacher, „Reheis installiert Reform-Gruppe, Chef nicht dabei“, Tiroler Tageszeitung, 2.10.2013). Die konfliktanfällige Suche nach neuen Strukturen führte unmittelbar nach Vorlage des ersten Zwischenberichts zum Eklat: Eine darin enthaltene Klausel, wonach Bürgermeister von Gemeinden ab 3.000 Einwohnern fortan kein Landtagsmandat mehr einnehmen sollen, hätte ausgerechnet die erfolgreichste Kommunalpolitikerin der Partei, die Bürgermeisterin von Lienz, zum Verlassen des Landesparlaments gezwungen (Tiroler Tageszeitung, 3.12.2013).
- 9 Die Reorganisierung und Straffung des Parteiapparats durch Helmut Kriehofer, von 1991 bis 2000 Hauptgeschäftsführer der Partei, unterstützt durch Politikberater Rainer Nick, war notwendig und im

- Sinne einer Professionalisierung des Parteimanagements auch erfolgreich. Der Versuch, die VP stärker als Wähler- denn als Mitgliederpartei zu positionieren, stieß allerdings auf Kritik. So warnte Robert Fiala, als langjähriger Parteisekretär Vorgänger Krieghofers, in einem Interview davor, dass mit dem Wegfallen „einer dichten bis auf die Ortsebene hinabreichenden Mitgliederorganisation die historisch gewachsene Partei als solche kaum Überlebenschancen habe, weil das Gefühl der Zusammengehörigkeit verloren gehe“ (zitiert nach Gehler 2004, 261).
- 10 Einen ausführlichen Problemaufriss dazu liefert Kruse (2008).
  - 11 Abgewichen von diesem Muster sind erstmals die Tiroler Grünen, die im Gefolge der Regierungsbildung für ein ihnen „zustehendes“ TIWAG-Aufsichtsratsmandat eine Expertin ohne Parteizugehörigkeit namhaft machten.
  - 12 Seitens des Rechnungshofs werden Personenkomitees wegen der fehlenden Kontrollmöglichkeiten als mögliche „Wahlkampf-Blackbox“ zur Umgehung der gesetzlichen Deckelung der Wahlkampfkosten kritisiert. Komitees dieser Art geben – unabhängig vom regulären Wahlkampfbudget – teilweise höhere Beträge für Inserate aus, als andere Parteien insgesamt zur Verfügung haben. Die Liste Fritz etwa inserierte bei der Wahl 2013 für 120.000 Euro als Partei, die Inseratenwerbung des Komitees für Platter belief sich, zusätzlich zur Werbung der Partei, auf 131.000 Euro (APA, 9.7.2013).
  - 13 Ausführlich dazu siehe das Länderprofil für Tirol von Karlhofer (2013a).

---

## Literaturverzeichnis

- Dinkhauser, Fritz* (2013). Vom Umbruch zum Aufbruch, in: *Karlhofer, Ferdinand/Pallaver, Günther* (Hg.). Politik in Tirol. Jahrbuch 2013, Innsbruck/Wien/Bozen: Studienverlag, 38–43
- Ernst, Bernhard* (2009). FritzSplitter, in: *Karlhofer, Ferdinand/Pallaver, Günther* (Hg.). Politik in Tirol. Jahrbuch 2009, Innsbruck/Wien/Bozen: Studienverlag, 72–77
- Gehler, Michael* (2004). Aufbrüche zur Postmoderne. Die Amtszeit von Tirols Landeshauptmann Wendelin Weingartner 1993–2002, in: *Karlhofer, Ferdinand/Pelinka, Anton* (Hg.). Politik in Tirol, Innsbruck/Wien/Bozen: Studienverlag, 245–276
- Karlhofer, Ferdinand* (2004). Das Parteiensystem, in: *Karlhofer, Ferdinand/Pelinka, Anton* (Hg.). Politik in Tirol, Innsbruck/Wien/Bozen: Studienverlag, 27–48
- Karlhofer, Ferdinand* (2009). Zeitenwende oder Zwischenspiel? Die Landtagswahl 2008 und die Folgen, in: *Karlhofer, Ferdinand/Pallaver, Günther* (Hg.). Politik in Tirol. Jahrbuch 2009, Innsbruck/Wien/Bozen: Studienverlag, 9–26
- Karlhofer, Ferdinand* (2013). Bruch, Kontinuität und neue Dynamik, in: *Karlhofer, Ferdinand/Pallaver, Günther* (Hg.). Politik in Tirol. Jahrbuch 2013, Innsbruck/Wien/Bozen: Studienverlag, 11–28
- Karlhofer, Ferdinand* (2013a). Tirol, in: *Karlhofer, Ferdinand/Pallaver, Günther* (Hg.). Gemeindewahlen in Österreich im Bundesländervergleich, Innsbruck/Wien/Bozen: Studienverlag, 129–148

- Karlhofer, Ferdinand* (2014). Abschied von der Dominanz. Fragmentierung der Volkspartei und neue Konturen im Parteiensystem, in: *Karlhofer, Ferdinand/Pallaver, Günther* (Hg.). Politik in Tirol. Jahrbuch 2009, Innsbruck/Wien/Bozen: Studienverlag, 9–33
- Kruse, Jörn* (2008). Parteien-Monopol und Dezentralisierung des demokratischen Staates, in: *Vollmer, Uwe* (Hg.). Ökonomische Analyse politischer Institutionen, Berlin: Duncker & Humblot, 41–47
- Nick, Rainer* (1993). Die Tiroler Demokratie, in: *Weingartner, Wendelin* (Hg.). Nachdenken über Tirol, Innsbruck: Haymon, 200–204
- Pelinka, Anton* (2004). Das Regierungssystem, *Karlhofer, Ferdinand/Pelinka, Anton* (Hg.). Politik in Tirol, Innsbruck/Wien/Bozen: Studienverlag, 9–26
- Rauch, Hannes*, Der Tiroler Weg, in: *Karlhofer, Ferdinand/Pallaver, Günther* (Hg.). Politik in Tirol. Jahrbuch 2009, Innsbruck/Wien/Bozen: Studienverlag, 67–72
- SORA*, Landtagswahl Tirol 2008. [www.sora.at/themen/wahlverhalten/wahlanalysen/ltw-tir08.html](http://www.sora.at/themen/wahlverhalten/wahlanalysen/ltw-tir08.html) (6.2.2014)
- SORA/ISA*, Landtagswahl Tirol 2013. [www.sora.at/themen/wahlverhalten/wahlanalysen/ltw-tir13.html](http://www.sora.at/themen/wahlverhalten/wahlanalysen/ltw-tir13.html) (6.2.2014)



## Abstracts

### Le elezioni provinciali tirolesi del 2013

In occasione delle elezioni provinciali tirolesi del 2013 la Tiroler Volkspartei ha registrato il livello dei consensi più basso di tutti i tempi, meno del 40 per cento. I retroscena e gli eventi antecedenti che hanno portato a questo risultato sono molto simili a quelli che hanno caratterizzato le elezioni del 2008: anche allora alcuni conflitti interni avevano portato alla spaccatura di una lista della Volkspartei.

Con queste due tornate elettorali è cambiato il panorama partitico e la Tvp ha perduto il suo predominio decennale. Il presente contributo si occupa dei risultati e delle correnti di voti ed, in particolare, del declino della forza aggregativa della Volkspartei.

## La veles dl Cunsëi dl raion Tirol 2013

Pra la veles dl Cunsëi dl raion Tirol dl 2013 à la Tiroler Volkspartei da mustré su l cunsëns plu bas da for cun manco dl 40%. L dovia y la storia danora de chisc evënc ie bëndebò daujin a chëla dla veles dl 2008: nce ntlëuta ova cunfllic interns purtà pro che na lista se ova spartì dala lista dla Volkspartei. Cun chësta doi veles se à mudà l mond di partic y la TVP à perdù si preduminanza che durova da dejeneies. L cuntribut se dà ju cun i resultac y l muviment dla ujes y n chësc cont dantaldut cun la forza integrativa che se à smendrà da pert dla Volkspartei.

### 2013 Tyrolean state election

With the state election on 28 April 2013 the Tyrolean People's Party fell to an all-time low of less than 40 percent. The background of this result closely resembled the 2008 election when, like now, internal rivalry in the People's Party led to a split. The outcome of these elections has changed the political constellation, with the People's Party losing much of its decades-long predominance. The article gives an analysis of results and voter shifts in the 2013 election, with a focus on the reasons for the declining cohesion of the People's Party.

Claudius Wagemann

## Wiedergewonnene Stabilität oder fortgesetzter Umbruch?

Die bayerischen Landtagswahlen vom 15. September 2013<sup>1</sup>

### 1. Einleitung: Bayern zwischen Kontinuität und Wandel

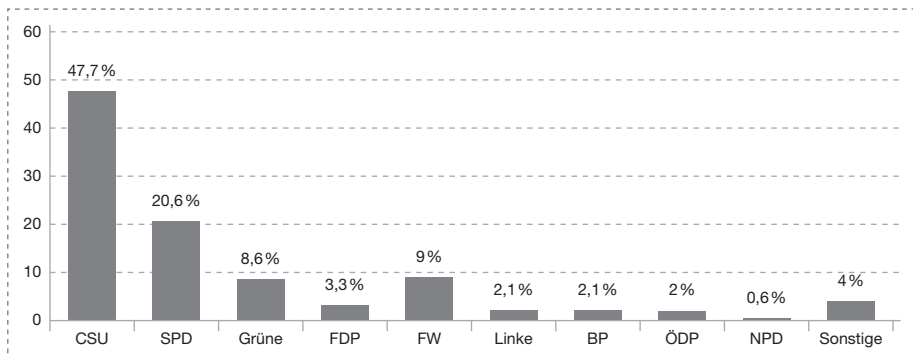
Es ist kein Geheimnis, dass sich tradierte WählerInnen-Milieus mehr und mehr auflösen (siehe exemplarisch Arzheimer 2006, Dalton 2000), was auch zu entsprechenden Veränderungen in der Zusammensetzung von Parteiensystemen führt. Selbst der deutsche Fall, der – im Gegensatz zum italienischen oder sogar dem österreichischen – von jahrzehntelanger erstaunlicher Kontinuität seines Parteiensystems geprägt war (allein die Zeit zwischen 1961 und 1983 hat als „Zweieinhalbparteiensystem“ Eingang in die Parteiensystemtypologie gefunden, siehe Blondel 1968), ist immer stärkeren Wandlungsprozessen unterworfen, was beispielsweise durch die Etablierung der Linken als feste parlamentarische Größe, den grünen Ministerpräsidenten Kretschmann in Baden-Württemberg – immerhin der erste Ministerpräsident seit 1959 (Ende der DP-geführten Regierung Hollwege in Niedersachsen), der weder CDU, CSU noch SPD angehört – und den Einbruch der Volkspartei SPD demonstriert wird. Umso mehr ziehen in diesen Zeiten des Wandels auftauchende Stabilitäten das politische und politikwissenschaftliche Interesse auf sich. Und so hinterließ auch das Ergebnis der bayerischen Landtagswahl vom 15. September 2013 bei den

BeobachterInnen den Eindruck einer Reminiszenz an die Vergangenheit: Auf Bayern war insofern Verlass, als die Serie der seit 1957 ununterbrochen amtierenden CSU-Ministerpräsidenten mindestens bis zum nächsten Landtagswahltermin 2018 fortgesetzt werden konnte und damit 61 (oder mehr) Jahre dauern wird. Aber auch die absolute Mehrheit der Sitze im bayerischen Landtag fiel wieder der CSU zu, was ja bereits zwischen 1966 und 2008 durchgehend der Fall war. Es waren nicht nur die recht gut zutreffenden Umfragen der Wochen vor der Wahl, die dieses Ergebnis nicht wirklich überraschend erscheinen ließen. Die Scharte, die der Verlust der absoluten, ja sogar Zweidrittelmehrheit der CSU bei den Landtagswahlen 2008 hinterlassen hatte, schien ausgemerzt zu sein. Allerdings: Wie wir aus der Institutionenliteratur wissen (Baum 1996, 94; Jepperson 1991, 145), können externe „Schocks“ institutionelle Systeme nachhaltig verändern, auch wenn an der Oberfläche scheinbar Kontinuität herrscht. Ein hierzu verwandter Literaturstrang des historischen Institutionalismus diskutiert einen ähnlichen Sachverhalt unter dem Stichwort der *critical junctures* (Mahoney 2000, 513; Thelen 1999, 387), nimmt also Bezug auf jene Geschehnisse, die einen Prozess so nachhaltig prägen, dass der Prozessverlauf in „vorher“ und „nachher“ gegliedert werden kann. Es steht außer Frage, dass der Verlust der Zweidrittelmehrheit und ein noch dazu sensationelles, fast einmaliges Abstürzen des Wahlergebnisses einer Partei in Deutschland (Wagemann 2009, 385) mit dem darauf folgenden Rücktritt der gesamten Führungsriege einer erfolgsverwöhnten Partei, die noch dazu ihren SpitzenfunktionärInnen üblicherweise relativ sichere Karrierewege zu bieten hat, ein solch umwälzendes Ereignis darstellen kann. Insofern stellt sich die Frage – und dies ist auch die Leitfrage dieses Beitrags – was denn nun eigentlich bei der Landtagswahl 2013 im Spannungsverhältnis von Kontinuität und Wandel geschehen ist: Straft das Ergebnis diejenigen TheoretikerInnen Lügen, die nach einer historischen Zäsur wie der Wahl 2008 einen Wandel postulieren würden, und ist stattdessen von einem Zurückpendeln in frühere Verhältnisse zu sprechen (*alte Stabilität*)? Oder werden Ergebnisse aus der Wahl von 2008 im Jahre 2013 weiter zementiert im Sinne der Herstellung eines neuen institutionellen Gleichgewichts (*neue Stabilität*)? Oder stellt die Landtagswahl 2013 noch mal einen neuen Abschnitt bayerischer Wahlergebnisse dar, der zwar einerseits das (in dieser Sichtweise sehr kurze) Intermezzo einer Koalitionsregierung beendet, aber andererseits auch nicht die Vor-2008-Verhältnisse wieder herstellt (*fortgesetzter Wandel*)?

Dieser Beitrag nähert sich diesen drei Optionen aus Sicht der handelnden Akteure, also der bayerischen Parteien. Damit fokussiert er weniger die CSU als zentralen Akteur, wie dies bei der Analyse der 2008er-Wahl geschehen ist (Wagemann 2009), die sich an Sartoris Modell eines dominanten Parteiensystems (Sartori 1976,

125ff.) orientiert hat, sondern begibt sich auf die systemische Ebene und betrachtet die einzelnen Komponenten eines sich wandelnden oder eben nicht wandelnden bayerischen Parteiensystems. Beginnen muss dieser Abriss natürlich trotzdem mit der CSU als dominanter Partei (Abschnitt 2), danach wird kurz auf die SPD eingegangen (Abschnitt 3), hernach auf die kleineren Parteien (Abschnitt 4), bevor dann die Zusammenfassung wieder die systemische Ebene einnimmt (Abschnitt 5).

**Abbildung 1: Ergebnis der bayerischen Landtagswahlen 2013**



Quelle: Eigene Darstellung auf der Grundlage von Daten des Bayerischen Statistischen Landesamts  
 CSU: Christlich-Soziale Union; SPD: Sozialdemokratische Partei Deutschlands; FDP: Freie Demokratische Partei; FW: Freie Wähler; BP: Bayernpartei; ÖDP: Ökologisch-Demokratische Partei; NPD: Nationaldemokratische Partei Deutschlands

## 2. Die CSU: Erfolg auf niedrigem Niveau

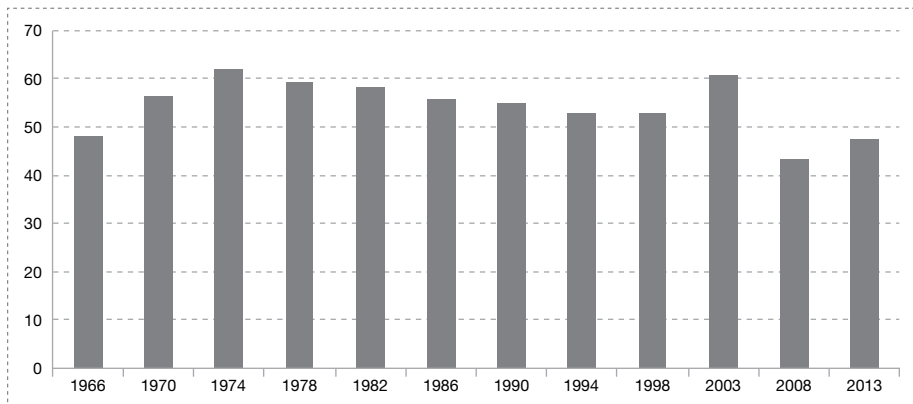
Der kontinuierliche Wahlerfolg der CSU hat PolitikwissenschaftlerInnen so stark beschäftigt, dass sich eine eigene Metapher gebildet hat, nämlich die der bayerischen Uhren, die angeblich anders gingen – eine Anspielung auf Uhren als folkloristische Souvenirartikel, bei denen sich die Zeiger (natürlich auf weiß-blau rauiertem Grund) von rechts nach links und nicht von links nach rechts bewegen (siehe die Diskussion der 80er-Jahre, Falter 1982, Mintzel 1987a, Falter 1988). Tatsache ist, dass die CSU in der Nachkriegszeit bei zwei Landtagswahlen über 60 Prozent erhielt, neunmal zwischen 50 und 60 Prozent, fünfmal zwischen 40 und 50 Prozent und bei den Landtagswahlen von 1950 und 1954 auf 27,4 bzw. 38,0 Prozent kam, was damals aber an den starken Wahlergebnissen der Bayernpartei sowie der noch existierenden Vertriebenenpartei GB/BHE (Gesamtdeutscher Block/Bund der Heimatvertriebenen und Entrechteten) lag.

Nach Erringung der absoluten Mehrheit (der Sitze, noch nicht der Stimmen) im Jahre 1966 haben sich die CSU-Wahlergebnisse bis einschließlich 1998 auf hohem Niveau relativ stabil bewegt, mit einem Positiv-Ausreißer im Jahre 1974 (62,1 %), gefolgt von einem leichten Absinken der Wahlergebnisse von Wahl zu Wahl bis 1998.

Erst das Jahr 2003 brachte mit 60,7 Prozent nicht nur das zweitbeste Ergebnis der CSU bei einer bayerischen Landtagswahl, sondern auch die bis dato einzige Zweidrittelmehrheit einer Partei in einem deutschen Landtag (Kießling 2008, 86). Umso stärker war der Einbruch im Jahre 2008, als das Ergebnis auf 43,4 Prozent abstürzte.

Betrachtet man nun das Ergebnis von 47,7 Prozent des Jahres 2013, so muss man feststellen, dass sich die Steigerung gegenüber der Vorwahl eigentlich im Rahmen hält (plus 4,3 Prozentpunkte).<sup>2</sup> Durch die Vielzahl der Parteien, die die 5-Prozent-Hürde nicht erreichten und damit nicht im bayerischen Landtag vertreten sind, genügte übrigens ein Prozentwert von knapp unter 43 Prozent, um die absolute Mehrheit der Sitze zu erreichen. Bei einer vergleichbaren Situation hätte also sogar das katastrophale Wahlergebnis von 2008 ausgereicht, um eine Alleinregierung zu stellen. Insofern verstellt uns die Tatsache, dass die absolute Mehrheit der Sitze vergleichsweise leicht zu erreichen war, den Blick dafür, dass die Erholung der CSU-Wahlergebnisse bei Weitem nicht so weit fortgeschritten ist, wie es die Tatsache einer CSU-Alleinregierung suggeriert. Das „Ende eines Mythos“ (Schultze 2009, 34) ist also nur teilweise überwunden. Interessant ist in diesem Zusammenhang auch die Feststellung, dass bei der Bundestagswahl 2013, die eine Woche nach der bayerischen Landtagswahl stattfand, die CSU in Bayern 49,3 Prozent der Zweitstimmen und damit geringfügig mehr als bei der Landtagswahl erreichte. Dies macht deutlich, dass die bayerischen WählerInnen die CSU nicht unbedingt als dominante *bayerische* Partei mit WählerInnen-Stimmen auszeichnen, sondern durchaus auch die *bundesrepublikanische* Gesamtkonstellation einer (großen) Schwesterpartei CDU und einer (kleinen) Schwesterpartei CSU mit dem unangefochtenen Gesamtführungsanspruch der CDU-Vorsitzenden Angela Merkel mit einer positiven Wahlentscheidung würdigen. Es kann hier aufgrund fehlender Daten (und auch angesichts des doch eher geringen Unterschieds in den Wahlergebnissen zwischen Landtags- und Bundestagswahl) natürlich nicht behauptet werden, dass die bayerische Komponente der CSU (siehe zu dieser Doppelrolle den geradezu paradigmatischen Aufsatz von Mintzel 1989) im Rückschritt begriffen sei; aber es wird andererseits schon auch deutlich, dass bundespolitische Aspekte und die Gesamtsicht von CDU und CSU als „Union“ durchaus eine Rolle bei Wahlentscheidungen in Bayern spielen.

**Abbildung 2: CSU-Ergebnisse bei bayerischen Landtagswahlen seit 1966 (erstmaliges Erringen der absoluten Mehrheit der Sitze)**



Quelle: Eigene Darstellung auf der Grundlage von Daten des Bayerischen Statistischen Landesamts

Auch wenn natürlich das (Wieder-)Erringen einer absoluten Mehrheit und noch dazu die Durchsetzung des Führungsanspruchs durch einen großen numerischen Abstand zur zweitplatzierten Partei in Zeiten hoher Volatilität immer noch als Großleistung einer politischen Kraft zählen müssen, so würden dennoch Feststellungen unangebracht bleiben, wonach es die CSU wieder zu alter Größe gebracht habe. Trotzdem ist dieser relative Erfolg aus zwei Gründen nicht zu unterschätzen. Erstens bekam Ministerpräsident Horst Seehofer das Ministerpräsidentenamt im Jahre 2008 nicht aufgrund einer gewonnenen Wahl, sondern der damalige Ministerpräsident Günther Beckstein ließ sich aufgrund des schlechten Wahlergebnisses der CSU nicht wieder vom Landtag zum Ministerpräsidenten wählen; auf gleiche Art übernahm Horst Seehofer auch den CSU-Vorsitz von Erwin Huber (Schultze 2009, 51), gegen den er kurz zuvor bei einem Parteitag noch unterlegen war. Somit hat das Kabinett Seehofer aus der Defensive und vor dem Hintergrund eines nicht unproblematischen Austausches des Spitzenpersonals seine Arbeit aufnehmen müssen. Zweitens war die Legislaturperiode für die CSU nicht frei von Affären. Am bekanntesten dürfte hier wohl die erst kurz vor den Landtagswahlen aufgedeckte „Verwandtenaffäre“ sein, bei der vor allem CSU-PolitikerInnen beschuldigt wurden, Verwandte (teilweise sogar illegal) auf Staatskosten zu beschäftigen. Aber auch das ungeschickte Agieren von Justizministerin Merk im Fall des in der Psychiatrie inhaftierten Gustl Mollath, die Versorgung der über viele Skandale gestürzten Monika Hohlmeier, ihres Zeichens Tochter des früheren langjährigen CSU-Vorsitzenden Franz-Josef Strauß, mit einem Abgeordnetenmandat im Europaparlament und die

Plagiatsaffäre des CSU-Shooting-Stars Karl-Theodor zu Guttenberg ließen die CSU zwischenzeitlich in fragwürdigem Licht erscheinen. Auch ist nicht unbedingt allgemein vermittelbar, wie sich die Nachfolgefrage für die Ämter Horst Seehofers abseits jeglicher demokratischer Verfahren abzuspielen und in Hinterzimmern ausgegungelt zu werden bzw. vom persönlichen Wohlwollen des Noch-Ministerpräsidenten und Noch-CSU-Vorsitzenden abzuhängen scheint.<sup>3</sup> Vor dem Hintergrund dieser negativen Startbedingungen und der vielen Stolpersteine während der Legislaturperiode kann das Wieder-Erreichen der absoluten Mehrheit der Mandate trotz des niedrigen Niveaus durchaus als CSU-Erfolg verbucht werden.

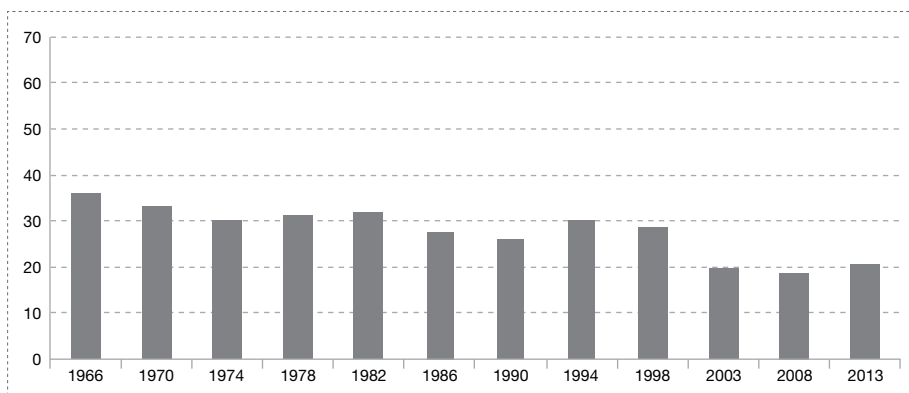
### **3. Die SPD: Misslungener Regierungswechsel**

Im Nullsummenspiel der Verteilung von WählerInnen-Stimmen wie auch der Verteilung von Machtoptionen impliziert jeder Ausreißer in positiver Hinsicht notwendigerweise mindestens einen Ausreißer in negativer Hinsicht. Allein schon aufgrund ihrer Größe gilt dies vor allem für die SPD. Die Geschichte ausnehmend guter CSU-Wahlergebnisse ist somit auch eine Geschichte ausnehmend schlechter SPD-Wahlergebnisse, wie auch den vielen CSU-Koalitions- und Alleinregierungen nur ein einziger SPD-Ministerpräsident der Nachkriegszeit gegenübersteht.<sup>4</sup> Die höchsten Wahlergebnisse erzielte die Bayern-SPD in den 60er-Jahren mit über 35 Prozent. Danach folgte ein nahezu kontinuierlicher Abstieg in die hohen 20er-Prozentwerte mit einer kleinen Positivabweichung 1994, als die populäre Spitzenkandidatin Renate Schmidt gegen den eher farblosen CSU-Ministerpräsidenten Max Streibl immerhin 30,0 Prozent der Stimmen erreichen konnte. Die von der CSU triumphal gewonnene Landtagswahl 2003 war dann auch die erste Wahl nach Renate Schmidts Spitzenkandidaturen, und die SPD fiel auf 19,6 Prozent ab, was nur noch 2008 mit dem bislang schlechtesten Ergebnis der SPD von 18,6 Prozent unterboten wurde. Das Ergebnis der Landtagswahl 2008 war also nicht nur für die CSU dramatisch, sondern auch für die SPD. Die Parallelität der Ereignisse lässt sich interessanterweise dann auch für 2013 wieder feststellen: Wie der CSU gelang es auch der SPD, ein historisch katastrophales Ergebnis der vorhergehenden Wahl leicht zu verbessern und damit zumindest eine Trendwende zu schaffen, die allerdings im Vergleich mit früheren Achtungserfolgen tatsächlich nur sehr klein ausgefallen ist: Die erreichten 20,6 Prozent zeugen nicht wirklich von einer ernsthaften Herausforderung für die CSU-Dominanz.

Dieser niedrige Wert ist insofern bemerkenswert, als die SPD mit dem scheidenden Münchner Oberbürgermeister Christian Ude<sup>5</sup> einen Spitzenkandidaten aufge-



**Abbildung 3: SPD-Ergebnisse bei bayerischen Landtagswahlen seit 1966**



Quelle: Eigene Darstellung auf der Grundlage von Daten des Bayerischen Statistischen Landesamts

wiesen hat, der nicht nur alle vier OB-Wahlen im ersten Durchgang trotz einer teilweise beachtlichen Anzahl von GegenkandidatInnen gewinnen konnte, sondern sein Stimmresultat kontinuierlich von 50,8 Prozent im Jahr 1993 bis auf 66,8 Prozent 2008 steigern konnte. Eine dermaßen hohe Popularität in einer pluralistisch-heterogenen Großstadt in der CSU-dominierten Gegend Oberbayern mit profilierten GegenkandidatInnen zu erreichen, kann nicht nur mit der stärkeren SPD-Verwurzelung in Städten bzw. mit dem desaströsen Zustand der skandalumwitterten Münchner CSU erklärt werden, sondern ist immer auch auf die Person zurückzuführen, gerade bei einer Personenwahl wie der OberbürgermeisterInnen-Wahl.<sup>6</sup> Insofern war es die Hoffnung der SPD, mit einem profilierten Spitzenkandidaten wenigstens einen Achtungserfolg zu erreichen. Dies wurde von den WählerInnen zunichte gemacht. Dabei gab es durchaus einen positiven Effekt der Ude-Kandidatur in der Stadt München (32,2 Prozent), wobei allerdings die Tatsachen, dass Münchner Ergebnisse generell über dem Landesschnitt liegen, und dass die SPD – wie auch schon beim historisch schlechtesten Wahlergebnis 2008 – in München nur ein Direktmandat (in Milbertshofen) gewinnen konnte, diese Einsicht wieder relativieren. Wenn man nun realistischere davon ausgeht, dass Christian Ude für die Landtagswahl 2018 nicht wieder zur Verfügung steht, dann wäre ein SPD-Erfolg auch in Zukunft eher überraschend als erwartbar. Zwar hat sich der erst 41-jährige SPD-Landesvorsitzende Florian Pronold bei den Koalitionsverhandlungen zur Großen Koalition auf Bundesebene nach der Bundestagswahl 2013 als SPD-Unterhändler in Verkehrsfragen gegen Bundesverkehrsminister Ramsauer von der CSU als harter Verhandler, vor allem in Fragen der umstrittenen Pkw-Autobahn-Maut für nicht in Deutschland re-

gistrierte Fahrzeuge hervorgetan, was einerseits angesichts des Reizthemas Pkw-Maut<sup>7</sup> nicht schwer war, Pronold aber auch kaum dauerhafte Wirkung eingebracht haben dürfte. Insofern befindet sich die bayerische SPD nach den Wahlen 2013 mehr denn je in der ihr schon seit Jahrzehnten vertrauten Situation strategischer Ratlosigkeit. Das Image als Dauerverliererpartei – selbst bei ansonsten sehr populären SpitzenkandidatInnen wie Renate Schmidt und Christian Ude – dürfte nur noch weiter zu dem beitragen, was der große Bayern- und CSU-Forscher Alf Mintzel eindringlich beschrieben hat: „Der jahrzehntelange Mißerfolg [sic] zehrt naturgemäß am Selbstbewusstsein, an Nerven und Ressourcen“ (Mintzel 1999, 115). Wie Mintzel auch bemerkt, ist dies ein Faktor, der die ohnehin schon konstatierbare organisatorische, strukturelle und mentale Schwäche der bayerischen SPD nur noch weiter verstärkt (Mintzel 1999, 115).

#### **4. Kleine Parteien: Entscheidende Verschiebungen**

Wir haben schon bei der Behandlung von CSU und SPD festgestellt, dass bei den Landtagswahlen 2008 und 2013 statt der erwartbaren Gegenläufigkeiten der Wahlergebnisse ein überraschender Parallelismus festzustellen ist: Das Jahr 2008 bringt für die beiden größten bayerischen Parteien starke Verluste und im historischen Vergleich sehr schwache Wahlergebnisse, während es beide Parteien 2013 schaffen, zwar im historischen Vergleich kleinere, aber doch spürbare Zuwächse zu erreichen. Dies bedeutet, dass auch erhebliche Veränderungen bei den Klein- und Kleinstparteien zu beobachten sind.

##### **4.1 Die FDP: Aus der Regierungsverantwortung ins parlamentarische Aus**

Die Landtagswahlergebnisse der bayerischen FDP sind zwar vor allem erratisch, gleichzeitig weist der Trend aber generell nach unten. Einer dauerhaften Präsenz im bayerischen Landtag seit Ende des Zweiten Weltkriegs bis 1982 folgten sechs Legislaturperioden (insgesamt 26 Jahre), bei denen es der FDP nur 1990 im Jahr der Wiedervereinigung (generell ein großes Erfolgsgeschäft der FDP und ihres Hauptakteurs Bundesaußenminister Hans-Dietrich Genscher) gelang, mit mageren 5,2 Prozent in den bayerischen Landtag einzuziehen. Ansonsten bewegten sich die Wahlergebnisse deutlich unter der 5-Prozent-Hürde, mit dem Negativrekord von geradezu erbärmlichen 1,7 Prozent im Jahre 1998, noch hinter der Kleinstpartei ÖDP. Umso erstaunli-

cher waren dann die 8,0 Prozent im Jahre 2003, die das historisch beste FDP-Nachkriegsergebnis bei einer bayerischen Landtagswahl darstellten. Klar war hierbei auch, dass das schlechte CSU-Ergebnis wie auch der insgesamt positive Bundestrend der FDP (Wagemann 2009, 383) eine große Rolle spielten. Allerdings konnte die FDP in der Legislaturperiode zwischen 2008 und 2013 ihren eigenständigen politischen Beitrag als Juniorpartner der bayerischen Staatsregierung wohl nicht so deutlich machen, wie es für eine Wiederholung des Wahlerfolgs nötig gewesen wäre. In der Tat, mit 3,3 Prozent hat die Regierungspartei FDP den Einzug in den bayerischen Landtag klar verfehlt; dass dies natürlich auch bundespolitische Gründe hat (eine Woche später hat dann die Bundes-FDP zum ersten Mal in der Nachkriegszeit den Sprung in den Deutschen Bundestag verpasst), steht außer Frage.

#### 4.2 Die Grünen: Nach wie vor kein entscheidender politischer Akteur

Das Wahlergebnis der Grünen ist wohl das unspektakulärste aller hier behandelten Parteien. Mit 8,6 Prozent lagen die Grünen nur leicht unter ihrem bisherigen Allzeithoch von 2008, das aber auch klar einstellig war. Vielleicht ist aber diese Unauffälligkeit des grünen Wahlergebnisses auch sein auffälligstes Kennzeichen, kann doch Bayerns Nachbarland Baden-Württemberg – strukturell konservativ wie Bayern, bei historisch starker CDU-Dominanz (die allerdings nach dem Ende der Regierungszeit Lothar Späths in den frühen 90er-Jahren gerade auch im Vergleich mit dem bayerischen Fall stark relativiert werden muss) – seit 2011 mit Winfried Kretschmann den ersten grünen Ministerpräsidenten aufweisen. Insgesamt gilt aber das Jahr 2013 für die Grünen eher als Misserfolgsjahr, was sich dann eine Woche nach den bayerischen Landtagswahlen bei den Bundestagswahlen nochmals bestätigt hat. Insofern ist das relativ schlechte Abschneiden der bayerischen Grünen wohl auch weniger von bayerischen Faktoren beeinflusst. Allerdings war es den bayerischen Grünen auch nicht gelungen, sich *positiv* vom Bundestrend abzusetzen.

#### 4.3 Die Freien Wähler: Die wirkliche Neuigkeit

Die Freien Wähler (FW) sind seit Jahrzehnten eine wichtige politische Größe in Bayern, wobei ihr Einfluss vor allem kommunalpolitischer Natur auf der Ebene von Kommunen und Landkreisen war. 2008 gelang den FW der Einzug in den bayerischen Landtag und das gleich mit einem spektakulären zweistelligen Ergebnis.

Dies war zu einem nicht unerheblichen Teil auf Kandidatur und Kampagne von Gabriele Pauli zurückzuführen, die sich in den Monaten und Jahren vor der Wahl 2008 einen Ruf als CSU-Rebellin erworben hat, die letztendlich zum Sturz des populären CSU-Ministerpräsidenten Edmund Stoiber beigetragen hat und die nach ihrem Austritt aus der CSU den FW-Wahlkampf erstens ganz auf sich, die sie nicht einmal offizielle Spitzenkandidatin war, zugeschnitten und zweitens am Erfolgsmodell der CSU orientiert hat (siehe Wagemann 2009 für eine ausführliche Darstellung). Als dann Gabriele Pauli auch aus den FW ausgetreten war und als fraktionslose Abgeordnete weiterhin dem Landtag angehörte (und sich ihre eigene Gründung der Partei Freie Union schon nach wenigen Wochen als großer Flop herausgestellt hatte), war die Frage, ob es der FW gelingen könnte, ihren kommunalpolitischen Erfolgsnimbus und vor allem ihre organisatorische Verankerung in der Fläche zu nutzen, um damit den positiven Pauli-Effekt des Jahres 2008 wettzumachen. Die 2013 erreichten 9,0 Prozent bestätigen dies. Mit den FW sitzt also (neben der CSU) eine zweite bürgerliche Partei im bayerischen Landtag, die es auch außerhalb der Sondersituation des Jahres 2008, in der die CSU aufgrund zahlreicher Skandale, Personalquerelen und relativer politischer Erfolglosigkeit einen großen Einbruch verzeichnen musste, schaffen kann, Stimmen vor allem aus dem CSU-Lager (Schultze 2009, 48) zu erhalten. Hierbei sind zwei situationelle und zwei strukturelle Erfolgsfaktoren anzuführen: Situationell hat sich der bayerische FW-Vorsitzende Hubert Aiwanger über die Legislaturperiode hinweg als sichtbarer Einzelpolitiker profiliert, wohl auch, um die durch Gabriele Pauli im Jahre 2008 erfolgte Prägung der FW als Rache-Arena für die in der CSU erlittenen Verunglimpfungen zu mildern. Ebenfalls situationell waren die FW die einzige im bayerischen Landtag vertretene Kraft, die der parteiübergreifenden Rettungspolitik in der Eurokrise eher skeptisch, dabei aber nicht populistisch oder gar rassistisch gegenüberstand. Damit griffen die FW die CSU-Tradition der Europa-Ressentiments auf (Wagemann 2005, 181ff.), die ja nur, weil sie die CSU nicht aktiv in ihren Strategien nutzt (zur CSU-Europapolitik als Hort der Bewahrung konservativer Grundsätze siehe Schöffbeck 2010, 232f.), nicht aus der bayerischen öffentlichen Meinung verschwunden sind. Ein struktureller Grund für den bleibenden Erfolg der FW ist, dass die FW mit ihrer großen Anzahl erfolgreicher und sachkundiger KommunalpolitikerInnen regelmäßig politische Sachkompetenz (und dies noch dazu auf kommunaler Ebene, also „nah bei den BürgerInnen“) unter Beweis stellen und damit nicht das Schicksal anderer Neo-Parteien erleben, aufgrund sachlicher oder politisch-strategischer Inkompetenz Momenterfolge nicht wiederholen zu können. Ein zweiter struktureller Vorteil der FW ist, dass natürlich auch die Übernahme öf-

fentlicher Ämter sowie die flächendeckende Präsenz der Organisation eine Infrastruktur bereitstellt, die sowohl die Durchführung von Wahlkämpfen als auch die Ausdehnung der Aktivitäten von der kommunalen auf die Landesebene erleichtert.<sup>8</sup>

Insgesamt stellt also der Wiedereinzug der FW in den bayerischen Landtag bei gleichzeitig nur moderat besserem Wahlergebnis der CSU die eigentliche Neuigkeit der Landtagswahlen 2013 dar; sollte es den FW gelingen, auch weiterhin auf kommunal- und landespolitischer Ebene ihre Kompetenz zu erhalten und die Legislaturperiode der FW weder durch Skandale noch durch Unsichtbarkeit geprägt sein, dann könnte sich hier tatsächlich eine Gefahr für die absolute Mehrheit und die strukturelle Dominanz der CSU entwickeln, wie sie auch profilierte SPD-SpitzenkandidatInnen wie Renate Schmidt und Christian Ude nicht dargestellt haben. Die FW fischen nämlich in den ureigensten Gewässern der CSU: Heimatverbundenheit, lokale Verankerung, kommunalpolitische Problemlösungskompetenz vor Ort und der richtige Schuss Populismus von Zeit zu Zeit.<sup>9</sup> Laut Newsletter der Forschungsgruppe Wahlen sind die FW auch die nach der CSU am zweitbesten bewertete Partei Bayerns. Insofern bleibt es spannend abzuwarten, ob es den FW gelingt, was anderen lokal und regional erfolgreichen Gruppierungen (wie der Arbeit für Bremen, der Schill-Partei oder der STATT-Partei) verwehrt geblieben ist, nämlich die dauerhafte Etablierung als Regionalpartei. Dies würde natürlich den bayerischen Fall insofern noch besonderer machen, als dann zwei bayerische Regionalparteien nebeneinander existieren würden, nämlich CSU und FW. Wenn auch unter vollkommen anderen Vorzeichen und mit vollkommen anderen Zahlenverhältnissen, so erinnert diese Konstellation doch auch an den Antagonismus zwischen CSU und Bayernpartei in den 50er-Jahren.

#### 4.4 Die Kleinstparteien: *Noise* unter der Fünf-Prozent-Hürde

Zu behaupten, die CSU-Hegemonie in Bayern werde nur von den Parlamentsparteien der Opposition kritisiert, ist nicht ganz vollständig. Die bayerische „Gegenkultur“ (Mintzel 1987b) umfasst auch gesellschaftliche Initiativen, KünstlerInnen und Bürgerinitiativen; gleichzeitig weist Bayern aber auch eine Vielzahl von Kleinstparteien auf, die nicht unbedingt dem rechts- oder linksextremen Spektrum zuzurechnen sind bzw. Eintagsfliegen sind. So lag seit 1994 der Gesamtanteil derjenigen Parteien, die aufgrund der 5-Prozent-Hürde nicht im bayerischen Landtag vertreten sind, über 10 Prozent (und damit die Grenze zur absoluten Mehrheit der Sitze unter 45 Prozent). Bei der Landtagswahl 2013 sind sogar 14,1 Prozent der

WählerInnen-Stimmen nicht durch Parlamentssitze repräsentiert. Hierbei entfallen 3,3 Prozent auf die schon oben besprochene FDP; 2,1 Prozent konnte die Linkspartei erringen. Damit hat die Linkspartei ihre bayerische Erfolglosigkeit fortgeschrieben, trat sie doch bis 2003 gar nicht in Bayern an (auch nicht als PDS) und scheiterte 2008 mit 4,4 Prozent an der 5-Prozent-Hürde. Überraschend stark schnitt die regionalistisch-separatistische Bayernpartei (BP) ab, die mit einem Ergebnis von 2,1 Prozent nicht nur mit der im Bundestag vertretenen Linkspartei gleichzog, sondern auch ihr bestes Ergebnis seit 1966 – als die CSU erstmals die absolute Mehrheit der Sitze errang – erzielte. Natürlich ist damit die BP nach wie vor meilenweit von einem Einzug in den bayerischen Landtag entfernt; man kann aber die Frage stellen, warum 2,1 Prozent der bayerischen WählerInnen ihre Stimme einer Partei geben, deren Einzug in den Landtag wohl niemand erwartet hat. Hier scheint entweder eine sehr starke Überzeugung oder auch Protesthaltung vorzuliegen.<sup>10</sup> Wenn auch inhaltlich ganz anders ausgerichtet, ist auch die Ökologisch-Demokratische Partei ÖDP seit mehreren Jahrzehnten Teil der bayerischen Gegenkultur. Als konservative Abspaltung von den frühen Grünen ist die ÖDP vor allem in Süddeutschland und Nordrhein-Westfalen aktiv und erzielt regelmäßig Achtungserfolge bei Kommunalwahlen<sup>11</sup> bzw. bei direktdemokratischen Urnengängen; so war sie federführend bei der Abschaffung des bayerischen Senats 1998 (einer ständischen zweiten Kammer im bayerischen Regierungssystem) sowie bei der Verabschiedung des strengen bayerischen NichtraucherInnen-Gesetzes 2010. Auffällig ist, dass die ÖDP seit 1990 ihr damaliges Ergebnis von 1,7 Prozent fast unverändert gehalten hat – 2013 waren es 2,0 Prozent. Gerade BP und ÖDP differenzieren also das bayerische Parteiensystem unterhalb der 5-Prozent-Hürde noch weiter aus.<sup>12</sup>

## 5. Zusammenfassung: Das bayerische Parteiensystem 2013

Das bayerische Parteiensystem nach der Landtagswahl von 2013 ist also durch drei Auffälligkeiten gegenüber dem bundesdeutschen Regelfall geprägt:

Erstens ist die Dominanz der CSU – wenn auch eingeschränkt – nach wie vor ein Alleinstellungsmerkmal des bayerischen Parteiensystems. Die CSU ist in WählerInnen-Stimmen bei Weitem unangefochten stärkste Partei. Zudem deutet nichts darauf hin, dass die CSU ihre Sonderrolle als nur-bayerische Partei verliert bzw. Konkurrenz durch eine auf Bayern ausgedehnte CDU fürchten muss. Zweitens entwickeln sich die FW zu einer bayerischen Partei, die viele Strategien und Inhalte der CSU übernommen hat, ohne die CSU zu sein. Sie ist damit ein Korrektiv einer-

seits aus der Opposition und andererseits aus der kommunalen Verankerung heraus (das eventuell auch kommunale Interessen stärker repräsentieren und damit sogar eine Art ständischer Funktion einnehmen könnte), das aber nicht über die Fraktionsgemeinschaft mit der CDU in Berliner Regierungs- bzw. auch Oppositionspolitik eingebunden ist. Drittens zeigen die Erfolge von BP und ÖDP auf niedrigem Niveau, dass sich die bayerische Parteienlandschaft vor allem regional und kommunal noch weiter ausdifferenziert. Allerdings kann man wohl auch behaupten, dass sich FW, BP und ÖDP in ihrer Agenda klar an der CSU ausrichten, sodass das Alleinstellungsmerkmal der CSU letztendlich die Klein- und Kleinstparteien in ihrer Ausrichtung prägt und damit begünstigt. Zu den momentanen Verlierern gehören die bundesdeutschen „Regelparteien“ wie SPD, FDP, Grüne und Linkspartei, aber auch die Rechtsextremen, also diejenigen Parteien, die bisher nicht in der Lage waren, eine besonders bayerische Komponente ihres Handelns zu erzielen.

Im Hinblick auf unsere Ausgangsfrage nach Stabilität und Wandel können wir also getrost davon ausgehen, dass die *alte Stabilität* wohl tatsächlich erst mal der Vergangenheit angehört; das Ergebnis von 2013 hat mit den Ergebnissen von 2003 und früher zwar im Falle der SPD, der FDP und der Grünen einige Gemeinsamkeiten; dennoch scheinen die Entwicklungen bei CSU und FW, wenn auch teilweise unter der 5-Prozent-Hürde, auf einen Wandel hinzudeuten. Ob schon eine *neue Stabilität* erreicht ist oder ob es sich um *fortgesetzten Wandel* handelt, werden die kommenden Wahlen zeigen müssen. Die Wahl von 2013 spricht eher für eine neue Stabilität (nachdem die Verschiebungen nicht wirklich dramatisch waren), aber Momentereignisse oder Skandale können diesen Stabilisierungsprozess jederzeit erschüttern.

Dennoch bleibt festzuhalten, dass – vielleicht sogar mehr denn je – das bayerische Parteiensystem ein Gebilde *sui generis* ist. Ob man deswegen gleich von andersgehenden Uhren sprechen muss, bleibt dahingestellt. Und ob sich ähnliche Ausdifferenzierungen auch in anderen deutschen Bundesländern ergeben können, ist eine spannende Frage, die vor allem vor dem Hintergrund flexibler gewordener Koalitionsarithmetiken nicht ernsthaft verlässlich zu beantworten ist. Der bayerische Fall bleibt aber interessant und damit untersuchenswert.

---

## Anmerkungen

- 1 Ich danke Nils Sartorius für die Zuarbeit zu diesem Artikel.
- 2 Hier sei der Vergleich mit der Hamburger Bürgerschaftswahl 2011 erlaubt, wo die SPD ganze 14,3 Prozentpunkte gegenüber der Vorwahl zulegte.
- 3 Hierbei geht die CSU übrigens auch erstaunlich offen davon aus, dass sie die kommenden Landtagswahlen ohnehin gewinnen und damit den Ministerpräsidenten stellen wird.
- 4 Genau genommen handelt es sich um zwei verschiedene und auch zeitlich getrennte Regierungen, nämlich einmal um die 1945/1946 amtierende Nachkriegsregierung aus SPD, CSU und KPD und dann um die berühmte Viererkoalition von 1954 bis 1957, die die doch sehr unterschiedlichen Parteien SPD, Bayernpartei, Vertriebenenpartei GB/BHE und FDP für nicht einmal eine volle Legislaturperiode vereinigte (übrigens auch die einzige bayerische Nachkriegsregierung ohne Beteiligung der CSU). Beide Male war der SPD-Politiker Wilhelm Hoegner Ministerpräsident.
- 5 Für (Ober-)BürgermeisterInnen gibt es in Bayern eine Altersgrenze, die Christian Ude eine Wiederkandidatur als Münchner Oberbürgermeister verwehrt. Diese Altersgrenze gibt es aber nicht für MinisterpräsidentInnen, sodass Ude hierfür kandidieren konnte.
- 6 Udes 66,8 Prozent bei der OB-Wahl des Jahres 2008 stehen nur 39,8 Prozent für die Münchner SPD-Stadtratsfraktion gegenüber. Dies macht die SPD zwar immer noch zur stärksten politischen Kraft in München (vor der CSU mit 27,7%), aber Udes persönliches Wahlergebnis ist trotzdem in einer anderen Dimension anzusiedeln.
- 7 Konkret hat sich der CSU-Vorsitzende, Bayerns Ministerpräsident Seehofer, wiederholt und deutlich mit seinen Vorschlägen von der Linie der Bundeskanzlerin Merkel von der Schwesterpartei CDU abgesetzt. Merkel selbst hatte in der Folge beim TV-Duell mit ihrem SPD-Herausforderer Steinbrück eine Pkw-Maut auch ausdrücklich abgelehnt. So bekam dieses Thema Symbolwert bei den Koalitionsverhandlungen als Kernforderung der CSU als kleinstem Partner der Großen Koalition.
- 8 Dass der Wahlerfolg der bayerischen FW dabei kein Selbstläufer ist, zeigt die nach wie vor deutliche Erfolgslosigkeit der FW in anderen Bundesländern bzw. auf Bundesebene und bei Europawahlen. Dies ist aber darin begründet, dass die FW eben nur in Bayern eine kommunalpolitisch wichtige Kraft sind bzw. eine entsprechende Infrastruktur haben.
- 9 Aufgrund fehlender Daten muss leider die hochinteressante Frage unbeantwortet bleiben, ob die prinzipielle Offenheit der FW gegenüber möglichen Koalitionen nach der Wahl 2013 (also Unterstützung einer CSU-geführten Regierung *versus* ein Dreierbündnis aus SPD, Grünen und FW) dazu geführt hat, dass das WählerInnen-Potenzial nicht voll ausgeschöpft werden konnte. Es kann nur darüber spekuliert werden, ob eine klare Koalitionsaussage zugunsten der CSU die FW nicht als CSU-Korrektiv derart positioniert hätten, dass ein noch besseres Wahlergebnis möglich gewesen wäre.
- 10 Wie auch in anderen großen deutschen Bundesländern gibt es auch in Bayern sogenannte Bezirke, die zwischen der Landes- und der Landkreisebene verschiedene Verwaltungsaufgaben übernehmen und für die ebenfalls (am Tag der Landtagswahlen) Parlamente, sogenannte Bezirkstage, gewählt werden. Konnte die Bayernpartei 2008 nur im Bezirkstag von Oberbayern einen Sitz erringen (es gibt keine 5-Prozent-Hürde für die Bezirkstage), so waren es 2013 schon drei in Oberbayern (bei einem stattd.



chen Wahlergebnis von 4,2 %) und je einer in Niederbayern, Schwaben und der Oberpfalz. Die Anzahl ihrer kommunalen MandatsträgerInnen beträgt derzeit bayernweit circa 50, darunter 15 KreisrätInnen und ein Stadtratsmitglied in München.

- 11 Hierbei ist – im Gegensatz zur BP – die Präsenz von ÖDP-Mitgliedern in bayerischen Kreistagen und Gemeinde- bzw. Stadträten eher die Regel als die Ausnahme. Die Gemeinden Pfreimd und Emskirchen haben sogar Bürgermeister, die bei der Wahl ausschließlich für die ÖDP angetreten sind.
- 12 Eine weitere zahlenmäßig wichtige, aber nicht sonderlich bayernspezifische Kleinpartei sind die Piraten, die 2,0 Prozent erzielten. Rechtsextreme Parteien spielten bei der Landtagswahl von 2013 keine Rolle (Republikaner 1,0%, NPD 0,6%), so wie dies abgesehen von den 7,4 Prozent der NPD 1966 und den 4,9 bzw. 3,9 Prozent der Republikaner 1990 und 1994 auch nie der Fall war. Die bayerische „Gegenkultur“ ist also nicht rechtsextrem geprägt.

---

## Literaturverzeichnis

- Arzheimer, Kai* (2006). „Dead Men Walking“? Party Identification in Germany, 1977–2002, in: *Electoral Studies*, 25, 791–807
- Baum, Joel A. C.* (1996). Organizational Ecology, in: Baum, Joel A. C./Clegg, Steward R. (Hg.). *Handbook of Organization Studies*, London: Sage, 77–114
- Blondel, Jean* (1968). Party Systems and Patterns of Government in Western Democracies, in: *Canadian Journal of Political Science*, 1, 180–203
- Dalton, Russell J.* (2000). The Decline of Party Identifications, in: Dalton, Russell/Wattenberg, Martin P. (Hg.). *Parties without Partisans. Political Change in Advanced Industrial Democracies*, Oxford: Oxford University Press, 19–36
- Falter, Jürgen W.* (1982). Bayerns Uhren gehen wirklich anders. Politische Verhaltens- und Einstellungsunterschiede zwischen Bayern und dem Rest der Bundesrepublik, in: *Zeitschrift für Parlamentsfragen*, 13, 504–520
- Falter, Jürgen W.* (1988). Wie gehen sie denn nun wirklich, die bayerischen Uhren?, in: *Zeitschrift für Parlamentsfragen*, 19, 113–114
- Jepperson, Ronald L.* (1991). Institutions, Institutional Effects, and Institutionalism, in: Powell, Walter W./Di Maggio, Paul J. (Hg.). *The New Institutionalism in Organizational Analysis*, Chicago und London: The University of Chicago Press, 143–163
- Kießling, Andreas* (2008). Das lange Ende der Ära Stoiber. Die CSU nach der Bundestagswahl 2005, in: Niedermayer, Oskar (Hg.). *Die Parteien nach der Bundestagswahl 2005*, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 83–100
- Mahoney, James* (2000). Path Dependence in Historical Sociology, in: *Theory and Society*, 29, 507–548
- Mintzel, Alf* (1987a). Gehen Bayerns Uhren wirklich anders?, in: *Zeitschrift für Parlamentsfragen*, 18, 77–93

- Mintzel, Alf* (1987b). Politisch-kulturelle Hegemonie und „Gegenkulturen“ in Bayern, in: Landshuter, Walter/Liegel, Edgar (Hg.). *Beunruhigung in der Provinz – Zehn Jahre Scharfrichterhaus*, Passau: Andreas-Haller-Verlag, 79–92
- Mintzel, Alf* (1989). Die Rolle der CSU-Landesgruppe im politischen Kräftespiel der Bundesrepublik Deutschland, in: *Politische Studien*, 1, 113–134
- Mintzel, Alf* (1999). *Die CSU-Hegemonie in Bayern*, Passau: Wissenschaftsverlag
- Sartori, Giovanni* (1976). *Parties and Party Systems. A Framework for Analysis*, Cambridge: Cambridge University Press
- Schöffbeck, Martina* (2010). Eine Bastion konservativer Grundideen? Die CSU-Europapolitik, in: Hopp, Gerhard/Sebaldt, Martin/Zeitler, Benjamin (Hg.). *Die CSU. Strukturwandel, Modernisierung und Herausforderungen einer Volkspartei*, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 219–237
- Schultze, Rainer-Olaf* (2009). Die bayerische Landtagswahl vom 28. September 2008: Betriebsunfall oder Ende eines Mythos?, in: *Zeitschrift für Parlamentsfragen*, 1, 34–55
- Thelen, Kathleen* (1999). Historical Institutionalism in Comparative Politics, in: *Annual Review of Political Science*, 2, 369–404
- Wagemann, Claudius* (2005). Again the Deviant Case? Why the CSU Fulfills the Image of an ‚Alpine Populist Party‘ Only Partially, in: Caramani, Daniele/Mény, Yves (Hg.). *Challenges to Consensual Politics. Democracy, Identity, and Populist Protest in the Alpine Region*, Brüssel: P.I.E.-Peter Lang, 167–185
- Wagemann, Claudius* (2009). Bayern: Zwischen Erfolgspolitik und Populismus. Wie der CSU ihre eigene Strategie zum Verhängnis wurde, in: Pallaver, Günther/Kager, Thomas (Hg.). *Politika 09. Jahrbuch für Politik*, Bozen: Edition Raetia, 369–390

## Abstracts

### Riconquistata stabilità o protratto cambiamento?

Le elezioni regionali bavaresi del 15 settembre 2013 hanno confermato nuovamente la maggioranza assoluta della CSU. Sarebbe però errato concludere che questo risultato elettorale significhi un completo ripristino del ruolo speciale ricoperto dalla CSU.

Da un lato, infatti, la percentuale di crescita dei voti è troppo bassa rispetto all'elezione precedente; dall'altro lato con i "Freie Wähler" sembra affermarsi una valida (anche se per adesso limitata) alternativa alla CSU, alternativa che sottende un'ulteriore differenziazione del panorama partitico bavarese. Il Bayernpartei e l'ÖDP sono altri partiti politici al di sotto dello sbarramento del 5 per cento che – e questa è una particolarità bavarese – sono cresciuti a livello regionale e locale diventando concorrenti della CSU.

Se considerate nel loro complesso le elezioni del 2008 e del 2013 rappresentano indubbiamente un nuovo concetto di stabilità caratterizzato da una forte, ma non più incontrastata, posizione di potere della CSU la cui continuità dovrà essere messa alla prova nel corso delle future tornate elettorali regionali.

## Stabilità davanieda da nuef o dejëuta che va inant?

La veles dl Cunsëi dl raion Paiern de setëmber dl 2013 à – inò n iede – purtà ala maiuranza assoluta dla CSU. Ma l fossa na fauza interpretazion miné che chësc resultat dla veles fossa inò na cunfërma dl post speziel dla CSU. Per chësc ie da una na pert l aumënt dla ujes n cunfront al'ultima veles massa bas; dal'otra pert semieiel che i Freien Wähler se afermea, desferenzian mo deplù l mond di partic dl Paiern, sciche alternativa dla CSU da tò n cunscidrazion a nivel bas. Nce sota l limit dl 5 percënt iel cun Bayernpartei y ÖDP partic che – nce chësc specifich per l Paiern – ie chersciui regionelmënter y localmënter sciche cuncurënc dla CSU. Sce n cunscidra adum la veles dl 2008 y dl 2013 ndicheieles zënzauter na forma de stabilità nueva, che ie senieda da na pusizion de pudëi sterscia, ma mpo mo nia tan che n ne possa nia ti la cuntesté ala CSU che perdrët muessa permò afermé si costanza tla proscima veles dl Cunsëi.

### Regained stability or continuing change?

The Bavarian elections at the *Land*-level, which took place in September 2013, produced – once again – an absolute majority of parliamentary seats for the CSU. However, we would be wrong in claiming that this electoral result would restore the special political role that the CSU had held in the past. On the one hand, the increase in the CSU's electoral result is rather small; while, on the other hand, a serious (but small) alternative to the CSU has been established through the Free Voters, implying a further differentiation of the Bavarian party system. The Bayernpartei and the ÖDP are further political parties below the 5 percent hurdle which – also this is specific to Bavaria – are regional and local competitors to the CSU. Taken together, the 2008 and 2013 Land-level elections indeed represent a new kind of stability which is characterized by a strong, but no longer uncontested dominant power position of the CSU, and whose durability still has to be proven in upcoming Land-level elections.

**6. Außerhalb des Jahresthemas**  
Altri temi

A series of horizontal dashed lines for writing.



## Randfiguren: Südtirols Landtags- abgeordnete der gesamtstaatlichen Parteien von 1948 bis 2013

*„Es scheint, dass Begriffe wie ‚rassisch‘ oder ‚ethnisch‘ [...] Symptome einer ideologischen Abwehr sind. Durch ihre Verwendung lenkt man die Aufmerksamkeit auf Nebenaspekte dieser Figuration (z. B. Unterschiede der Hautfarbe) und zieht sie ab von dem zentralen Aspekt (den Machtunterschieden).“*

(Elias/Scotson 1993, 27)

### 1. Generationenwechsel und soziale Mobilität als Triebkräfte der Politik

Martin Walser gab unlängst zwei Journalisten seine politischen Bewertungskriterien preis: „Ich beurteile Parteien schon lang nicht mehr nach ihren Programmen, sondern nach den Persönlichkeiten, die sie hervorbringen“ (Gathmann et al. 2013). Zwischen den Zeilen blitzen zwei geschichtliche Grundkonstanten auf: die stete Wechselwirkung zwischen Individuum und Gemeinschaft und der zeitliche Wandel, dem politische Parteien und die Karrieren ihrer Exponenten zwangsläufig unterworfen sind. Auch in Zeiten des gesicherten Wohlstands, in denen alles stillzu-

stehen scheint, geben immer noch die biologisch vorgezeichneten Lebensrhythmen den Takt vor.

Der wandlungsbedingte Druck auf das politische Leben und die unterschiedlichen Möglichkeiten, ihn aus der Mitte der Gesellschaft abzuleiten, zeigten sich in der jüngsten Vergangenheit gleich an mehreren Schauplätzen: an den gewaltsamen Umstürzen des Arabischen Frühlings, am verbissenen Machtkampf des betagten Silvio Berlusconi wie auch in Südtirol, wo ein 72-jähriger Landeshauptmann nach einem Vierteljahrhundert sein Amt zugunsten eines jüngeren Nachfolgers zurücklegte. Feinsinnigen Beobachtern lieferte das stille Ableben Giulio Andreottis und der langjährigen Südtiroler Landesräte Armando Bertorelle, Remo Ferretti und Giuseppe Sfondrini 2012/13 ergänzende Belege dafür, dass auch Langzeitpolitiker das Rad des Lebens nicht anhalten können (vgl. Jahresüberblick in diesem Band).

Anlässlich der genannten Ereignisse soll im folgenden Beitrag ein historischer Blick auf die Abfolge der Generationen in der Südtiroler Landespolitik geworfen werden. Da zur ethnoregionalen Südtiroler Volkspartei (SVP) bereits diverse sozialwissenschaftliche Studien publiziert wurden (vgl. Holzer 1991), rücken an dieser Stelle die weitgehend unerforschten Vertreter der gesamtstaatlichen (italienischen) Parteien ins engere Blickfeld. Das „Hervorbringen“ von Politgenerationen soll dabei nicht nur für gesonderte Einzelfälle rekonstruiert, sondern auf etwaig vorhandene Karrieremuster hin untersucht werden. Wie jedes soziale Phänomen lassen sich auch die biografischen Entwicklungen anhand quantitativer und qualitativer Kriterien beschreiben, wodurch sie miteinander vergleichbar werden:

— Quantität meint in diesem Zusammenhang die chronologische Generationenabfolge innerhalb der Jahre 1948–2013: Wie viele Politikergenerationen können in diesem Zeitraum überhaupt benannt werden? Gibt es Generationen, die das politische Geschehen länger bestimmt haben als andere? Waren bestimmte Generationen in Landtag und Parteien auch zahlenmäßig stärker vertreten als jüngere oder ältere Altersgruppen?

— Die qualitative Untersuchung bezieht sich hingegen auf den Steigungsverlauf der Karrieren einzelner Politiker und ihrer Parteien. Zu diesem Zweck muss einleitend ein Blick auf den sozialen und historischen Background der Abgeordneten und ihrer Parteien gerichtet werden. Hier gilt es grundsätzlich festzustellen, ob überhaupt von einem geschlossenen „italienischen“ Milieu in Südtirol gesprochen werden kann, dem die gesamtstaatlichen Parteien vor Ort entstammen. Nach Klärung dieser Ausgangslage eröffnet sich die Möglichkeit, rudimentär zu erörtern, wie erfolgreich sich die entsprechenden Gruppierungen seit 1948 weiterentwickelten. Der Ausbau sozialer Netzwerke und die Besetzung von Machtpositionen werden dabei



als grundsätzliche Ziele einer jeden Partei ausgegeben, an denen der soziale Auf- bzw. Abstieg ihrer Politiker und damit einhergehend die Festigung/Auflösung der Parteien messbar wird. Dem offenen Charakter des Beitrags entsprechend soll in einer abschließenden Zusammenschau der Ergebnisse auch ein Ausblick auf weiterführende Bearbeitungs- und Diskussionsmöglichkeiten gegeben werden.

## 2. Kollektive Weltkriegserfahrung und individualistische Jugend

Zur Bestimmung von Generationen erarbeitete Karl Mannheim Ende der 1920er-Jahre eine nach wie vor gültige Anleitung. Auch er orientierte sich an Geburtsjahrgängen, den Alterskohorten, hob allerdings hervor, dass von einer spezifischen Generation erst dann gesprochen werden könne, wenn Menschen ihre zeitgleich erlebten Umwelterfahrungen als verbindend begreifen, wobei das persönliche Lebensalter zwar einen wesentlichen, aber nicht zwingend determinierenden Einfluss ausübt. Heute gilt es als Common Sense, dass neben den Kindheits- und Jugenderfahrungen vor allem die Intensität gemeinsam durchgestandener Ausnahmesituationen dafür ausschlaggebend ist, wie stark eine spezifische Generationenerfahrung im kollektiven Gedächtnis der Beteiligten verankert bleibt (vgl. Mannheim 1964; Mittag 2006, 28–29).

Die 63 Landtagsabgeordneten gesamtstaatlicher Parteien, die zwischen 1948 und 2013 ein Mandat bekleideten, wurden zwischen 1879 und 1975 geboren (vgl. Anhang). Da das 20. Jahrhundert von sämtlichen Akteuren weder geschlossen noch aus derselben Altersperspektive erfahren werden konnte, bilden alle Mandatäre gemeinsam selbstverständlich keine Generation. Vielmehr lässt ein Blick in die National- und Regionalgeschichte der vergangenen 130 Jahre auf prägende Ereignisse und Zeitspannen schließen, die einige Abgeordnete als Exponenten einer gemeinsamen Generation kenntlich machen.

Im ersten Landtag von 1948 saßen noch vier von sieben italienischen Parteirepräsentanten, die damals das fünfzigste Lebensalter zum Teil bereits deutlich überschritten hatten. Sie waren vor 1905 geboren worden und mussten ihre erste Sozialisation zwangsläufig in den nationalistisch aufgeladenen Monarchien der Jahrhundertwende erfahren haben. Der kommunistische Abgeordnete Silvio Bettini (\* 1885) war beispielsweise als Trentiner Irredentist gegen Österreich-Ungarn in den Krieg gezogen; als Kriegsinvalide blieb er zeitlebens körperlich wie auch namentlich (durch seinen einstigen Kampfnamen Schettini) von den damaligen Ereignissen gezeichnet. Auf die erste Legislaturperiode der Nachkriegszeit projiziert, zeigt sein

Beispiel aber auch, dass die Generationenerfahrung des Ersten Weltkriegs für das Selbstverständnis der erneuerten Nachkriegsparteien 1945 nicht konstituierend war: Die Kommunistische Partei Italiens (PCI) verstand sich in erster Linie als Elite des nationalen Befreiungskampfs gegen Faschismus und Nationalsozialismus, das heißt, sie berief sich, wie alle anderen Parteien, auf prägende Ereignisse der 1930er- und 1940er-Jahre. Für Bettini-Schettini bewirkten seine Jahre im antifaschistischen Exil hingegen eine *zweite* Sozialisation, die ihn mit jenen Nachgeborenen zusammenschweißte, für die gelebter Antifaschismus das erste prägende Jugenderlebnis gewesen war (vgl. Gatterer 2012, 323; Andreucci 1980, 18–23). Der demografische Druck sorgte schließlich mit dafür, dass nicht nur Bettini-Schettini, sondern auch die restlichen Zeitzeugen des Ersten Weltkriegs – Guido Dorna, (\*1884, PRI), Luigi Negri (\*1879, DC) und Rolando Toma (\*1895, Indipendenti) – bereits 1952 vollständig aus allen Fraktionen der gesamtstaatlichen Landtagsparteien ausschieden. In den Reihen der SVP konnten sich Altösterreicher wie die Landeshauptleute Karl Erckert (\*1894) und Alois Vijo Pupp (\*1900) bis Ende der 1950er-Jahre in Führungspositionen halten (vgl. Anhang; Regione Autonoma 2011, 1146).

Quantitativ betrachtet wurde der Landtag mit Beginn der zweiten Amtszeit folglich noch klarer von jungen Protagonisten der Zwischenkriegszeit und des Zweiten Weltkriegs dominiert. Sie entstammen durchwegs den Geburtsjahrgängen zwischen 1910 und 1930. Im Landtag stellte diese Generation fast ausschließlich Männer, die 1945 im Alter zwischen 30 und 40 Jahren ihre (neuen) politischen Karrieren begonnen hatten. Blickt man in die Führungsetagen der lokalen Parteiorganisationen – bei Oppositionsparteien ist dies die Landtagsfraktion, bei Regierungsparteien sind es die darüber gelagerten Regierungsämter – so zeigen sich die frühen 1950er-Jahre auch als Beginn bemerkenswerter Langzeitherrschaften innerhalb der Parteien. Sie erstreckten sich fast durchgängig bis Anfang der 1980er-Jahre, im Falle des SVP-Führungsduos Silvius Magnago und Alfons Benedikter (beide Jahrgang 1914) sogar über drei Jahrzehnte, bis zum Fall der Berliner Mauer 1989. Eine vergleichbare Kontinuität zu Letztgenannten weisen lediglich die Brüder Andrea (\*1914) und Pietro Mitolo (\*1921) auf, die als unangefochtene Führungspersönlichkeiten der Neofaschisten (MSI) von 1948 bis 1973 bzw. von 1973 bis 1989 ihre Landtagsfraktion leiteten. Pietro Mitolo wirkte sogar bis ins angehende 21. Jahrhundert als politisch aktive Integrationsfigur des lokalen Mitte-rechts-Lagers (vgl. Anhang; Regione Autonoma 2011, 1006–1010, 1265–1271).

Die lange Stabilität der Südtiroler Nachkriegsparteien entspricht bis zum Ende des Kalten Krieges durchaus dem westeuropäischen Trend; auch die überdurchschnittliche Kontinuität in Führungspositionen ist vor allem im Vergleich mit itali-

enischen Spitzenpolitikern der Ersten Republik nicht wirklich außergewöhnlich (vgl. Pasquino 2002, 37). Kann man für diesen Zeitraum deshalb grundsätzlich von Generationenparteien sprechen? Tatsächlich hielt die SVP das Durchschnittsalter ihrer Landtagsfraktion bis dato fast durchgehend unter 50 Jahren, was nur möglich war, weil ein Teil ihrer Mandate bei Wahlen stets von der nachrückenden Jugend besetzt werden konnte. Dabei gilt es allerdings zu berücksichtigen, dass der Landtag (parallel zum Vordringen der Parteien in immer neue Gesellschaftsbereiche) sukzessive mit Mandaten aufgestockt wurde, von anfänglichen 20 im Jahr 1948 in mehreren Schritten auf 35 seit 1983 (Holzer 1991, 130; Südtiroler Landesregierung 2012, 77–92).

Von den gesamtstaatlichen Parteien Südtirols verfügte hingegen keine über einen vergleichbar breiten Wählerzuspruch, um ähnlich der SVP Kontinuität und Wandel in einer Landtagsfraktion reibungslos zu verbinden. Über weite Strecken hielten die gesamtstaatlichen Parteien nur jeweils ein bis zwei Mandate, und keine der Parteien kam über das einmalige Maximum der Democrazia Cristiana (DC) von fünf Landtagssitzen hinaus. Die Kleinparteien der Republikaner (PRI), Sozialisten (PSI), Sozialdemokraten (PSDI) und Liberalen (PLI) blieben unter diesen Bedingungen eindeutig Parteien der zweiten Weltkriegsgeneration. Sämtliche ihrer Mandatäre waren vor 1923 geboren worden; Rolando Boesso (\* 1920, PRI) und Tullio Agostini (\* 1921, PLI) erreichten den notwendigen Wählerzuspruch darüber hinaus nur phasenweise, aber auch Sozialisten und Sozialdemokraten lebten am Ende von ihren Langzeitabgeordneten Decio Molignoni (\* 1915) und Giuseppe Sfondrini (\* 1923), denen in den 1980er-Jahren, mit knapp 70 Jahren, offensichtlich die nachrückenden Wählerjahrgänge abhandenkamen. Molignonis PSDI schied 1983, Sfondrinis PSI 1993 endgültig aus dem Landtag aus (vgl. Anhang).

Wo boten sich jungen Politeinsteigern bessere Aufstiegschancen? Die erste Nachkriegsgeneration, die sogenannten Achtundsechziger (geboren circa 1940–1955), tendierten unter dem Eindruck von Wirtschafts- und Bildungsboom europaweit stark nach links. Ein Blick auf die Landtagswahlen 1978 bestätigt diesen Trend in abgeschwächter Form auch für Südtirol. Alexander Langer (\* 1946) erreichte mit dem neu geschaffenen Personennetzwerk Neue Linke/Nuova Sinistra 32-jährig sein erstes Landtagsmandat; in der Kommunistischen Partei gelang zeitgleich Gaetano D'Ambrosio (\* 1941) und Grazia Barbiero (\* 1951) der Beginn ihrer Landtagskarrieren. Überblickt man die Personalkontinuität des PCI und seiner Nachfolgeparteien von 1948 bis 2013, so fällt auf, dass im Gegensatz zu den meisten anderen Parteien kein Mandatar länger als fünfzehn Jahre im Amt blieb. Es zeigt sich jedoch auch, dass die Personalrochaden seit 1978 (für mehr als dreißig Jahre) fast



*Generationenvertreter: Remo Ferretti (\*1936) „Der italienische Dornwalder“ verkörperte Omnipotenz und Niedergang der Südtiroler Democrazia Cristiana. Grazia Barbiro (\* 1951) profitierte vom kommunistischen Wählerpotenzial der 68er-Generation. Giorgio Holzmann (\*1957) kanalisierte die italienischen Zukunftsängste der Nach-Paket-Ära. Michaela Biancofiore (\*1970) nutzte den Berlusconismus als Karrieresprungbrett.*

ausschließlich auf Jahrgänge der Achtundsechziger beschränkt blieben – ein Befund, der sich weitgehend mit der Entwicklung von Langers grün-alternativer Bewegung deckt (vgl. Anhang; Gatterer 2009, 159–162, 180–181).

Nach dem kurzen Linksruck der 1970er-Jahre gewannen in Südtirol ab den 1980er-Jahren wiederum die gesamtstaatlichen Parteien rechts der Mitte langfristig an Wählerzuspruch, den sie weit mehr als zwei Jahrzehnte relativ solide verwalteten. Eine wesentliche Ursache für diese Trendumkehr lieferte der südtirolspezifische Strukturwandel im öffentlichen Berufssektor durch die flächendeckende Einführung eines ethnischen Proporzsystems. Für italienisch deklarierte Südtiroler reduzierte diese gesetzliche Maßnahme schlagartig zentrale Berufsperspektiven, was entsprechende Untergangsstimmungen heraufbeschwor, die von den Neofaschisten lang anhaltend stimuliert wurden. Anfang der 1990er-Jahre gab die korruptionsbedingte Implosion der bis dahin staatstragenden DC einen zweiten Impuls, der weitere gemäßigte Wähler nunmehr nach rechts führte, primär in die Arme des neuen, wirtschaftsliberalen Politmäzens Silvio Berlusconi (vgl. Pallaver 2013, 259–266).

Proporzängste und Schmiergeldkrise, vermischt mit dem Ende des Kalten Krieges und den Anfängen des Globalisierungshypes, stellen aufgrund ihrer gesellschaftlichen Breitenwirkung generationsprägende Ereignisse dar, und sie fanden in den Landtagsfraktionen der nationalen Parteien auch ihren Niederschlag. 1988 stellten ausschließlich die Neofaschisten den dreißigjährigen Politnachwuchs, dessen

Zukunftsperspektiven erstmals besonders stark unter dem Eindruck der neuen Proportionalregelung gereift waren. Diese Generation (geboren circa 1955–1970) um Giorgio Holzmann (\*1957) und Marco Bolzonello (\*1958) konnte sich mit Mauro Minniti (\*1963) und Alessandro Urzì (\*1966) ab den 1990er-Jahren an der rechten Flanke des Parteienspektrums festsetzen. Die formal erneuerte, gemäßigte Rechte um Forza Italia und Lega Nord leistete bis zur Wahl von Michaela Biancofiore und Elena Artioli (beide Jahrgang 1970) hingegen keinen Beitrag zur Verjüngung der Provinzelite. Ihre ersten Mandate der 1990er-Jahre zählten vielmehr zu den Alterskohorten der Nachkriegsgeneration. Umberto Montefiori (\*1946, Lega Nord) und Antonio Lo Sciuto (\*1945, Forza Italia) entstammten höheren Stellen des Staatsapparats, der mit dem Ende der DC seine politische Stütze verloren hatte. Kandidatur und Wahl beider Exponenten können somit als Ausdruck des Interesses an Stabilität gelesen werden. Trotzdem verloren die gesamtstaatlichen Parteien aufgrund ihrer anhaltenden Metamorphosen ab der Jahrtausendwende weiter an Vertrauen. Das Ende der letzten Zentrumsparterie um Luigi Cigolla (\*1942) bei den Landtagswahlen 2008, italienische Wählerströme hin zur Südtiroler Volkspartei und eine drastische Zunahme der Nichtwähler im Jahr 2013 belegen diese These (vgl. Anhang; Pallaver 2013, 263–266).

Gab es zwischen 1948 und 2013 nun tatsächlich eine schleichende, der politischen Stabilität geschuldete Überalterung des Südtiroler Landtages? In den vergangenen fünfzig Jahren ist das Gremium trotz üppiger Mandatsaufstockung um satte zehn Jahre gealtert, von einem gerundeten Durchschnittsalter von 37 Jahren 1952 auf 48 im Jahr 2008. Im Spektrum der gesamtstaatlichen Landtagsparteien erfolgten kleinere Verjüngungen dabei in Schüben. Sie hingen vor allem in den 1970er- und 1980er-Jahren mit spezifischen Generationenprägungen zusammen und erfolgten bis zum Regierungseintritt des 33-jährigen Christian Tommasini (\*1975) im Jahr 2008 stets an den oppositionellen Rändern. Zwar hatte sich im regierenden Zentrum mit dem Ausscheiden Armando Bertolles (\*1919) zugunsten Remo Ferrettis (\*1936) bereits 1978 ein zaghafter Generationswechsel angedeutet, doch fehlte hier weitgehend die erlebte inhaltliche Differenz – beide Politiker waren nämlich in den Reihen der Azione Cattolica denselben Karrieremustern gefolgt. Auch Tommasini blieb analog dazu ein Jungpolitiker mit traditionellem Profil, der seine Ecken und Kanten beim Durchlaufen des Parteiapparats der Linksdemokraten offenbar früh abgestoßen hatte (vgl. die Zeitungsartikel von Dall’Ò 2013 und Mair 2008).

Das stete Altern des Landtags deckt sich im Übrigen mit dem gestiegenen Durchschnittsalter der Südtiroler Gesamtbevölkerung, das 2011 bei gerundeten 41 Jahren lag (Schmuck/Weiss 2012, 41). Insofern besteht hinsichtlich des Lebens-

alters keine grundsätzliche Entfremdung zwischen Gesellschaft und politischer Institution. Vielmehr steht jedwede Herrschaft mit zunehmender Dauer vor der Herausforderung, im Prozess der Entscheidungsfindung eine steigende Anzahl an widersprüchlichen Generationenerfahrungen vereinen zu müssen. Die westeuropäische Gegenwart zeigt, dass überalterte Parteien den Interessenausgleich mit jüngeren Alterskohorten nur unzureichend herbeiführen können. Ihre Omnipotenz trägt im Gegenteil mit zur Entsolidarisierung einer ohnehin stark individualisierten Jugend bei, die aus rationalen Überlegungen dazu neigt, sich an ältere (mächtige) Generationen anzupassen. Dadurch wird aber auch das Entstehen eigener, generationsprägender Kollektiverfahren erschwert, wodurch am Ende jener soziale Kitt nicht mehr produziert wird, der die Gesellschaft der Zukunft zusammenhält (vgl. Hobsbawm 1998, 17, 31). Auch ein Blick in die Historie bestätigt, dass konstante Geburtenraten allein noch kein politisches System am Leben erhalten haben, wenn die entsprechende Gesellschaft, einschließlich ihrer Jugend, krampfhaft an Vergangenenem festhält. Der soziale Wandel ist ein Fluss, der sich in irgendeiner Form immer eine Bahn bricht (vgl. Marx/Brunkhorst [Hg.] 2007, 9–11).

### **3. Migrationshintergrund, der nicht verblassen will**

Eine kollektive Identität ruht gemeinhin auf zwei Säulen: auf einer Auswahl an Ereignissen, die als Ursprung der Gruppe betrachtet werden (Historie), und auf der Erwartung, dass die historisch fundierte Gemeinschaft dem Einzelnen auch eine Zukunft garantieren kann (Loyalität) (vgl. Geulen 1999, 372). Vergangenheits- und Zukunftsperspektive sind es auch, die in Südtirol die Anhänger gesamtstaatlicher und regionaler Parteien maßgeblich voneinander unterscheiden, und auch unter diesem Aspekt zeigt sich das verbindende/trennende Element in den Biografien der Einzelnen.

Im Gegensatz zur ethnoregionalen SVP, die 1945 an lokal verwurzelte Machttraditionen anknüpfte, brachten die gesamtstaatlichen Parteien bis in die 1980er-Jahre fast zur Gänze Mandatare hervor, die außerhalb Südtirols geboren waren. Auch die Parteiexponenten nachfolgender Alterskohorten entstammen bis dato durchwegs den Milieus mit entsprechendem Migrationshintergrund (vgl. Pallaver 2000, 29; Anhang). Die historischen Fundamente dieser Entwicklung liegen in den staatlich geförderten Einwanderungswellen der Jahre 1920–1960 begraben. Da diese Migrationsphase kolonialistische Züge trug, wurden ihre Protagonisten von den historisch verwurzelten Eliten als kollektive Bedrohung empfunden – eine tief ein-

geprägte Außensicht auf Südtirols Italiener, die sogar in den Sprachduktus der öffentlichen Lokalverwaltung („staatliche[s] Mehrheitsvolk“) Eingang gefunden hat (Pristinger 1980, 154–158; Winkler/Bonell 2010, 90).

Das fragmentierte Südtiroler Parteienspektrum zeigt jedoch, dass die historische Selbstwahrnehmung der Einwanderer mit diesem offiziösen Geschichtsbild nicht übereinstimmt. Das Fehlen einer italienischen Einheitspartei in Südtirol stützt vielmehr die Ergebnisse der empirischen Sozialforschung, der zufolge Migranten aufgrund ihrer unterschiedlichen geografischen wie sozialen Herkunft über kein gewachsenes Personennetzwerk verfügen und sich deshalb nicht als homogene Gruppe, sondern als voneinander isolierte Subgruppen begreifen (vgl. Elias/Scotson 1993, 238–246). An den ideologischen Rändern der gesamtstaatlichen Parteien Südtirols sind diese sozialen Differenzen besonders deutlich erkennbar: Die Neo- und Postfaschisten rekrutierten ihr Personal in den ersten Nachkriegsjahrzehnten vor allem aus dem Umfeld jener eingewanderten Staatsbeamten, die mit dem Ende der Diktaturen ihre Privilegien verloren und in den demokratischen Parteien keine zweite Heimat gefunden hatten (Gatterer 1991, 291). Juristen und Freiberufler mit höherem Bildungsabschluss sind auch unter den Mandataren der späteren Mitte-rechts-Parteien überproportional vertreten. Am linken Rand haben die Abgeordneten hingegen fast durchgängig nachweisbaren Gewerkschaftsbezug, der auf das Milieu der italienischen, zum Teil antifaschistischen Arbeitsmigration verweist. Ab den 1980er-Jahren entstammen die Vertreter dieses Spektrums dabei nicht mehr handwerklich-technischen Berufen, sondern aufgrund des wirtschaftlichen Strukturwandels überwiegend öffentlichen Sozial- oder Bildungsinstitutionen (vgl. Anhang).

Ein Blick auf die soziokulturelle Herkunft der Landtagsabgeordneten seit 1948 zeigt weiters, dass die gesamtstaatlichen Parteien des ideologischen Zentrums und der Linken keine hermetisch abriegelten Parteien der Italiener sind. Zwar ist es keiner Gruppierung bis dato gelungen, einen relevanten Wähleranteil aus dem Milieu der alteingesessenen Bevölkerung auf ihre Seite zu ziehen, doch standen die Organisationen auch deutsch- und ladinischsprachigen Südtirolern schon in den 1950er-Jahren nachweisbar offen, wenngleich unter objektiv erschwerten Bedingungen. In den Reihen der DC, die sich als christlichsoziale Volks- und Regierungspartei verstand, wurden unter anderen Albino Dell’Antonio (1952) und Martin Flatscher (1993) als erklärte Ladinervertreter in den Landtag gewählt. Der PCI entsandte mit Josef Stecher von 1973 bis 1983 zweimal einen explizit deutschsprachigen Vertreter und 2013 erreichte Paul Köllensperger für die gesamtstaatliche Protestbewegung Movimento 5 Stelle ein Mandat (Alto Adige, 21.11.1952, 2; FF, 30.10.1993, 8; Gatterer 2009, 111).





*Gesamtstaatliche Parteien eröffneten auch einigen deutsch- und ladinischsprachigen Südtirolern Landtagskarrieren: Albino Dell'Antonio (links) war von 1952 bis 1956 ladinischer DC-Mandatar, Josef Stecher (Mitte) von 1973 bis 1983 PCI-Abgeordneter, Paul Köllensperger (rechts) wurde 2013 für den Movimento 5 Stelle in den Landtag gewählt.*

Welche Zukunftsperspektive machte gesamtstaatliche Parteien für Ortsansässige attraktiv? Ein Seitenblick auf die Südtiroler Wirtschaftsstruktur zeigt, dass die Unterschiede sämtlicher Nachkriegsparteien primär auf getrennten Erwerbssystemen basieren, die von den entsprechenden Parteien kontrolliert werden – eine universelle Logik, die in Österreich als „Lagermentalität“, in Italien mit dem Begriff der „politischen Subkulturen“ bezeichnet wird. Die Südtiroler Volkspartei war in diesem Sinn bereits 1945 der Zusammenschluss jener historisch verwurzelten Bevölkerung, die direkt oder in Form enger Familienbeziehungen über mehr als 70 Prozent der Grundflächen und mehr als 90 Prozent des historisch gewachsenen Privatbesitzes der Provinz verfügten (Landesstelle für Südtirol 1946, 9). Sprache und Kultur haben im darauf basierenden, bis heute stark kleinbetrieblich organisierten Erwerbssystem durchaus einen funktionalen Wert. Von den maßgeblichen Parteien wurden Sprache und Kultur phasenweise aber vorwiegend als ausgrenzendes Stigma eingesetzt, um die sozialen Barrieren zwischen Einheimischen und Migranten/Kolonialisten aufrechtzuerhalten (vgl. Atz 1991, 159–163; Pallaver 2000, 29–31). Der Drang, eine derartige Trennung zu überwinden, bleibt grundsätzlich gering, solange auf beiden Seiten materielle Bedürfnisse und Karriereambitionen ausreichend befriedigt werden. Die Biografien der vier Genannten weisen darauf hin, dass dieser Ausgleich vor Ort nicht immer gegeben war, und dass Staatsparteien dabei für bestimmte Personengruppen attraktiver waren als Regionalparteien: Der



Eintritt Stechers in den oppositionellen PCI fällt Anfang der 1950er-Jahre in eine Zeit, in der besitzlose Arbeiter im Umfeld der SVP keine Aufstiegschancen (vielfach auch keine Erwerbsmöglichkeiten) vorfanden (vgl. Holzer 1991, 127). Der ladinische Zuspruch zur regierenden DC verdeutlicht, dass sich aber auch ein Teil der ortsgebundenen Landbevölkerung mit der zum Teil nationalsozialistisch kompromittierten Geschichte der ethnischen Sammelpartei SVP nicht vollends identifizieren konnte. Köllenspergers Wahlerfolg steht wiederum in Zusammenhang mit universellen Wertvorstellungen (Privilegienabbau, Verteilungsgerechtigkeit usw.), in denen ethnonationale Schranken nicht existieren. Die Umriss dieses postmaterialistisch orientierten Wählersegments wurden mit der Wahl Alexander Langers bereits 1978 erstmals erkennbar (vgl. den Zeitungsartikel von Mair 2013).

Gab es im Gegenzug Tendenzen unter den Migrationsgemeinschaften, sich individuell oder als Partei im Territorium zu verankern, und – wenn ja – waren sie damit erfolgreich? Die staatlich geförderten Zuwanderungsschübe wurden beruflich durchwegs vom öffentlichen Verwaltungssektor und von der subventionierten Großindustrie aufgefangen. In diesen, relativ modernen Berufssektoren konnten die Zuwanderer aber nur in sehr eingeschränktem Maße selbst Eigentum an Produktionsmitteln erwerben; noch 2008 waren weniger als 55 Prozent der fast ausschließlich urban beheimateten Italiener Südtirols Eigentümer einer Privatwohnung (Atz 2013, 166). Daraus lässt sich im Vergleich mit den ortsgebundenen Südtirolern auf eine verhältnismäßig bescheidene Kapitalausstattung der Migrantenmilieus schließen. Für deren Politik ergibt sich somit, dass auch eigene Parteien tendenziell der finanziellen Unterstützung durch externe Machtzentren bedürfen. Wenn sich noch 1999 nur 11 Prozent der Jugendlichen aus italienischsprachigem Ortsmilieu als Südtiroler identifizierten, weist dies zudem darauf hin, dass sich die Karriereambitionen in diesen Milieus nicht zuletzt aus wirtschaftlichen Überlegungen gleichfalls am kulturellen und wirtschaftlichen Hinterland Italien orientieren. In dieses sind viele Südtiroler mit Migrationshintergrund offensichtlich stärker eingebunden als in die sozialen Netzwerke der Provinz, in der sie eigentlich beheimatet sein müssten (Gallenmüller-Roschmann 1999, 106).

Die fühlbare Distanz zu örtlichen Gegebenheiten ist auch auf der lokalen Parteebene klar erkennbar, doch lassen sich dort seit den 1950er-Jahren immerhin kleinere Verwurzelungsschübe feststellen, die spätestens ab der Jahrtausendwende in allen gesamtstaatlichen Parteien an Intensität zunahmten (vgl. Pallaver 2013, 252–255). Ausgelöst wurden sie stets von akutem Machtschwund in den römischen Parteizentralen (*Push*-Faktoren); die angestoßenen Fluchtbewegungen wurden aber umgehend von der grundsätzlich geringen Integrationsbereitschaft der dominanten

Regionalparteien beeinflusst (*Pull*-Faktoren). Auf keine der gesamtstaatlichen Parteien wirkten diese Zieh- und Fliehkräfte jedoch einheitlich. Häufig wirkten sie auf die jeweiligen Parteien sogar in gegensätzliche Richtungen, sodass die Annäherungen der Linken (a), des Zentrums (b) wie auch der nationalistischen Rechten (c) häufiger zu Kollisionen denn zu Kooperationen mit den Regionalparteien führten.

a) Die italienische Linke stand, ebenso wie die Südtiroler Regionalparteien, seit jeher in weitgehender Opposition zum Zentralstaat und seinen Institutionen. Seit dem 19. Jahrhundert versuchte sie als Basisbewegung der ökonomisch Ausgegrenzten ein staatsweites Oppositionsnetz auf Kommunal- und Regionalebene aufzubauen, womit Sozialisten und Kommunisten unter anderem unter den Sprachminderheiten Aostas und des Friaul zeitweise erfolgreich waren (vgl. Gatterer 1968, 1040–1057; Canestrini 1989, 99–102). In Südtirol gelang es Lokalpolitikern dieses Spektrums bis dato aber nicht, eine langfristig profitable Wechselwirkung mit den italienischen Nachbarregionen zu initiieren. Einigen Genossen wie dem PCI-Europaparlamentarier Anselmo Gouthier verhalf das überregionale Netzwerk zwar zu einer internationalen Karriere; im Gegenzug konnten Erfolge in Rom, von denen auch die Südtiroler Bevölkerung profitierte, über dieselben Kanäle jedoch nicht gewinnbringend in die Provinz kommuniziert werden. Der maßgebliche Einfluss der Linksparteien auf die grundlegende Verbesserung des Pflichtschulangebots (Einführung der Einheitsmittelschule 1963) und die umfassende Erweiterung von Arbeitsrechten (Arbeiterstatut 1970) blieb der Lokalbevölkerung so unbekannt, wie das Engagement Renato Ballardinis, Ruggero Griecos oder Emilio Lusus für die Ausgestaltung der Südtirol-Autonomie (vgl. Gatterer 2009, 103–104, 116–121).

Gleichzeitig war die Bündnisbereitschaft der Südtiroler Regionalparteien mit der aufgeschlossenen, aber politisch minderbemittelten Linken aus opportunistischen Gründen sehr gering. In Alexander Langers Bewegung wurden anfängliche Bezüge bald ausgemerzt, womit in den 1990er-Jahren auch das italienische Element der Südtiroler Grünen zusammenschrumpfte. Die antikommunistische SVP verweigerte den Linksparteien nicht zuletzt aus weltanschaulichen Gründen lange Zeit eine Zusammenarbeit. Bei der Regierungsbildung waren Sozialisten und Postkommunisten hinter den Zentrumsparteien stets zweite Wahl, weshalb deren Partnerschaften mit der Südtiroler Volkspartei ohne wesentliche Substanz blieben. Integrationswilligen wie dem PCI-Abgeordneten Romano Viola, der 1998 für die SVP hatte kandidieren wollen, blieb die Tür symptomatisch verschlossen (vgl. Gatterer 2009, 122–124).



*Gesamtstaatliche Parteien versuchen zunehmend, sich als autonomistische Regionalparteien zu präsentieren. Die Kommunisten des PCI (links) machten bei den Regionalratswahlen 1952 den Anfang, christdemokratische Zentrums Politiker (Mitte) zogen 2003 nach, Mitte-rechts-Parteien (rechts) folgten bei den Landtagswahlen 2013.*

b) Auf Lokalpolitiker der Democrazia Cristiana übte die Provinz Bozen lange Zeit eine wesentlich geringere Anziehungskraft aus. Im Gegensatz zu den Linksparteien kontrollierten die Christdemokraten zwischen 1945 und 1993 nicht nur die Regierungsgeschäfte (und damit zusammenhängende Wirtschaftsressourcen) in Rom, sondern bis 1972 auch die maßgeblichen Autonomiekompetenzen über die Einheitsregion Trentino-Südtirol, in der die Südtiroler Regionalparteien nur minoritär vertreten waren. Kooperationsversuche lagen in diesem Beziehungsverhältnis wesentlich im Interesse der SVP, die hierfür im Klima des Kalten Krieges auf einen katholisch-antikommunistischen Minimalkonsens mit der DC bauen konnte. Auf diesem Weg erreichte sie mit Unterstützung Österreichs schließlich die Abwertung der Einheitsregion zugunsten des SVP-kontrollierten Landtags in Bozen (vgl. Pallaver 2012, 165–166). Die rigide Umsetzung der erneuerten Südtirolautonomie, im ethnischen Proporz kristallisiert, begann das eingespielte Verhältnis der beiden Parteien jedoch zu stören. Kooperationsbereite DC-Lokalpolitiker verloren ob des demonstrativen Machtgewinns der SVP sukzessive an Wählerzuspruch; nach dem staatsweiten Kollaps ihrer Partei konnten sich die letzten Reste um Roberto Bizzo 2008 ins Mitte-links-Spektrum retten, doch hatten die dezimierten Christdemokraten von einst längst einen beträchtlichen Teil ihrer Macht eingebüßt (vgl. Giudiceandrea 2006, 61–70; Anhang).

c) Die Neofaschisten unterhielten seit 1948 bewusst den geringsten Kontakt zu den Regionalparteien. Vielmehr hatten sie jahrzehntelang beharrlich versucht, zu einer zentralistischen Politik zurückzukehren, um ihre ursprünglichen Macht- und Erwerbsressourcen im lokalen Staatsapparat nicht gänzlich an eine autonome Provinzverwaltung zu verlieren. Die genannten Veränderungen in Wirtschaft und Politik stärkten ihre antiautonomistische Haltung gegenüber den Regionalparteien. Doch das neofaschistische Gegenmittel zum gestiegenen Unbehagen der Italiener – die stärkere Bindung Südtirols an den Zentralstaat – war gerade in Bozen historisch vorbelastet. Spätestens seit den konstant wiederkehrenden Parteikrisen der 1990er-Jahre offenbarte sich der Zentralismus auch pragmatisch betrachtet als wenig effizient (vgl. Sorg 2003, 48–50; Giudiceandrea 2006, 71–84).

Einen zweiten Verschleißeffekt bewirkte schließlich das konstante Verharren in Opposition. Trotz beträchtlicher Wahlerfolge bei Landtagswahlen war es den Mitte-rechts-Parteien nie geglückt, die italienischen Koalitionspartner der SVP vollständig aus dem Landtag zu drängen und dadurch selbst Regierungsverantwortung zu übernehmen. Auch im römischen Parlament scheiterten die südtirolspezifischen Initiativen von Andrea und Pietro Mitolo, Adriana Pasquali, Franco Frattini, Giorgio Holzmann und Michaela Biancofiore, denn nach Jahrzehnten der Autonomieverhandlungen war die SVP in Rom mittlerweile vernetzt und dazu in der Lage, Parteien des Mitte-links-Spektrums erfolgreich zu eigenen Gunsten zu mobilisieren (vgl. Sleiter 2000, 138–143). Bei den Landtagswahlen 2013 endeten zweieinhalb Jahrzehnte des Höhenflugs, nachdem die römische Parteipolitik Monate zuvor zum wiederholten Male im Skandalsumpf versunken war. Elena Artioli's Versuch, sich im Stile Romano Violas in die SVP zu integrieren, blieb 2008 vorerst eine Einzelinitiative mit wegweisendem Charakter.

#### **4. Ausgrenzen, integrieren, selektieren oder motivieren?**

Was zeigt die Skizze? Ein Bild der gesamtstaatlichen Parteien Südtirols und ihrer Landtagsmandatare muss Mosaik bleiben, da im Gegensatz zu den Regionalparteien nach 1945 nie eine gesamtstaatliche Sammelpartei existierte. Von außen betrachtet bildet die Kolonisierung Südtirols durch den italienischen Staat zwar den gemeinsamen historischen Ursprung aller nationalen Parteiabteiler; in ihrer Selbstwahrnehmung beschränkten diese Gruppierungen aber von Anfang an getrennte, über weite Strecken offen gegensätzliche Wege. Die Ursachen für diese Entwicklung liegen vor allem in der unterschiedlichen Nähe zum Staatsapparat (Beamte vs. Ar-

beitsmigranten) und damit einhergehenden ökonomischen Interessenskonflikten begraben, deren Wurzeln bis an die italienische Staatsgründung des 19. Jahrhunderts zurückreichen.

Nähe und Distanz zum Zentralstaat haben in Südtirol gleichzeitig die Wirkung der gesamtstaatlichen Parteien auf die lokal verwurzelten Regionalparteien entscheidend beeinflusst. Ein Blick aus der Karriereperspektive hat gezeigt, dass der kolonialistisch gefärbte Migrationshintergrund der „italienischen“ Staatsparteien die territorial verwurzelten „deutschen“ Regionalparteien dazu veranlasst hat, zum Zweck des eigenen Machterhalts die Entwicklung der nationalen Parteien zu hemmen. Vor allem die Südtiroler Volkspartei beschränkte ihre Kontakte mit Konkurrenzparteien stets auf ein pragmatisches Minimum. Taktische Bündnisse mit gesamtstaatlichen Parteien wurden im Gegensatz zu anderen Sprachminderheiten Italiens seit 1919 aber tendenziell mit der „regierenden Macht“, nicht mit der „oppositionellen Moral“ geschlossen (Gatterer 1962, 193).

Im Gegenlicht der Generationsperspektive betrachtet – die den Ausgangspunkt der Untersuchung bildete – wird wiederum deutlich, dass die Südtiroler Regionalpolitik jenseits des besonderen Kolonisationstraumas durchaus nationalen und europäischen Trends (Weltkriege, Wirtschaftsbooms, Institutionskrisen) unterworfen ist. Diese Trends haben auch die jeweiligen Subkulturen der gesamtstaatlichen Parteien, und folglich die Prägung ihres politischen Personals, in unregelmäßigen Schüben verändert. Die externen Einflussfaktoren auf die regionalen Sozialmilieus waren dabei staatlich-institutioneller, aber auch ökonomischer und demografischer Natur, was für weiterführende Betrachtungen der Regionalpolitik eine ähnlich mehrdimensionale Beobachtungsperspektive nahelegt.

Die größten politischen Veränderungsimpulse scheinen diesbezüglich in nächster Zukunft nicht von den demokratischen Institutionen und daran gebundenen Parteiliten auszugehen als vielmehr von der sich wandelnden Zivilgesellschaft, die auch in Südtirol – abgesehen vom biologischen Austausch der Alterskohorten – von steigender Migration und einem krisenhaften Umbau der Erwerbsverhältnisse zunehmend in Bewegung gesetzt wird (vgl. Schmuck/Weiss 2012, 46; Landesinstitut für Statistik 2013). Diese Entwicklungen werden das historisch gewachsene Integrationsdefizit der italienischen Sprachgruppe und ihr nahestehender Parteien zwangsläufig beeinflussen. Die Regionalpolitik der nunmehr dritten Nachkriegsgeneration wird deshalb vor allem daran zu messen sein, ob sie die sozioökonomischen Veränderungen dahin gehend zu nutzen versteht, um historisch gewachsene Integrationsdefizite zu verringern.

## 5. Anhang

Südtirols Landtagsabgeordnete der gesamtstaatlichen Parteien von 1948 bis 2013

### a. Auflistung der Mandatare von 1948 bis 1993 (Erste Republik) nach Ideologieströmungen

#### Legende:

- Name (Partei)

\* Geburtsjahr, Geburtsort

*Ausbildung/Beruf* (Amtszeit im Landtag)

■ = zeitweise Mitglied der Landesregierung

● = zeitweise Mitglied der Regionalregierung

▶ = später im italienischen Parlament

▲ = später im europäischen Parlament

▼ = später für eine andere ideologische Strömung

(Rifondazione Comunista) im italienischen Parlament

#### Abkürzungen:

PCI-KPI: Partito Comunista Italiano/Kommunistische Partei Italiens

PSLI: Partito Socialista dei Lavoratori Italiani

PRI: Partito Repubblicano Italiano

PSI: Partito Socialista Italiano

PSDI: Partito Socialista Democratico Italiano

DC: Democrazia Cristiana

UI: Unione Indipendenti

MSI: Movimento Sociale Italiano

PLI: Partito Liberale Italiano

k. A.: keine Angaben

#### Kommunisten

*konstant in Opposition*

##### **Silvio Bettini-Schettini (PCI-KPI)**

\* 1885, Rovereto/TN

*Architekt/Gewerkschafter* (1948–1952)

##### **Ettore Nardin (PCI-KPI)**

\* 1923, Segonzano/TN

*Grundschullehrer* (1952–1964)

##### **Anselmo Gouthier (PCI-KPI) ▲**

\* 1933, Roreto Chisone/TO

*Anwalt* (1964–1979)

##### **Josef Stecher (PCI-KPI)**

\* 1930, Graun im Vinschgau

*Schneider/Gewerkschafter* (1973–1983)

##### **Gaetano D'Ambrosio (PCI-KPI)**

\* 1941, Bozen

*Eisenbahner/Gewerkschafter* (1978–1988)

##### **Grazia Barbiero (PCI-KPI)**

\* 1951, Bozen

*Lehrerin/Gewerkschafterin* (1979–1988)

##### **Romano Viola (PCI-KPI)**

\* 1941, Villadossola/PN

*Lehrer/Gewerkschafter* (1988–1993)

#### Sozialisten und Republikaner

*zeitweise an der Regierung beteiligt*

##### **Guido Dorna (PSLI/PRI) ■**

\* 1884, Vigo Rendena/TN

*Ingenieur* (1948–1952)

##### **Marcello Caminiti (PSI)**

\* 1913, Taormina/ME

*Amtsdirktor* (1948–1956)

##### **Decio Molignoni (PSDI) ■ ●**

\* 1915, Brez/TN

*Schulinspektor* (1952–1963; 1964–1967; 1973–1983)

##### **Pietro Arbanasich (PSI)**

\* 1915, Chiavari/GE

*Gewerkschafter* (1956–1960)

##### **Giuseppe Avancini (PSDI)**

\* 1918, Brez/TN

k. A. (1963–1964)

##### **Silvio Nicolodi (PSI)**

\* 1921, Cembra/TN

k. A. (1960–1978)

##### **Giuseppe Sfondrini (PSDI/PSI) ■**

\* 1923, Mezzana Bigli/PV

*Kinobetreiber* (1967–1993)

##### **Rolando Boesso (PRI)**

\* 1920, Riva/TN

*Leitender Beamter* (1983–1988)

## Christdemokraten

*konstant an der Regierung*

### Luigi Negri (DC) ●

\* 1879, Tres/TN

*Jurist/Beamter* (1948–1952)

### Sandro Panizza (DC) ■

\* 1922, Vermiglio/TN

*Gewerkschafter* (1948–1964)

### Albino Dell'Antonio (DC) ■

\* 1914, St. Ulrich

*Jurist, Bürgermeister* (1952–1956)

### Armando Bertorelle (DC) ■ ●

\* 1919, Rosà/VI

*Rechtsanwalt* (1952–1978)

### Giovanni Rizzi (DC) ■

\* 1928, Meran

*Akademiker* (1956–1960)

### Lino Ziller (DC) ■

\* 1908, Revò/TN

*Versicherungsagent, Bürgermeister*

(1960–1964)

### Lidia Menapace (DC) ■▼

\* 1924, Novara/TN

*Hochschullehrerin* (1964–1968)

### Valentino Pasqualin (DC) ■ ● ►

\* 1930, Ospedaletto Euganeo/PD

*Angestellter* (1964–1983)

### Amerigo Finato (DC) ■

\* 1922, Laghi/VI

*k. A.* (1968–1972)

### Giorgio Pasquali (DC) ■

\* 1925, Fiesso Umbertiano/RO

*Ingenieur* (1968–1983)

### Alessandro Leurini (DC) ●

\* 1927, Rimini

*Rechtsanwalt* (1972–1973)

### Fabio Rella (DC)

\* 1930, St. Ulrich

*k. A.* (1973–1978; 1983)

### Gaetano Marcon (DC) ■

\* 1932, Pederobba/TV

*k. A.* (1973–1978)

### Aldo Balzarini (DC) ●

\* 1930, Meran

*Kaufmann* (1978–1990)

### Remo Ferretti (DC) ■

\* 1936, Bozen

*Schuldirektor/Publizist* (1978–1993)

### Giancarlo Bolognini (DC) ■

\* 1938, Giacciano con Baruchella/RO

*Angestellter* (1983–1993)

### Alessandro Pellegrini (DC) ■ ●

\* 1938, Mezzolombardo/TN

*Beamter* (1990–1993)

### Martin Flatscher (DC)

\* 1961, Enneberg

*Historiker* (1993)

## Liberales und Neofaschisten

*konstant in Opposition*

### Rolando Toma (UI)

\* 1895, Lecce/LE

*Professor* (1948–1952)

### Andrea Mitolo (MSI) ►

\* 1914, Randazzo/CT

*Anwalt* (1948–1958; 1959–1973)

### Maurizio Lorandi (MSI)

\* 1913, Hallein/A

*Professor* (1958–1959)

### Tullio Agostini (PLI)

\* 1921, Trient/TN

*Jurist* (1964–1973)

### Pietro Mitolo (MSI) ▲

\* 1921, Bozen

*Ingenieur* (1973–1989)

### Luigi Montali (MSI)

\* 1921, Tricesimo/UD

*Versicherungsagent* (1983–1993)

### Ruggero Benussi (MSI)

\* 1924, Fiume/IST

*Leitender Angestellter* (1988–1993)

### Giorgio Holzmann (MSI)

\* 1957, Bozen

*Versicherungsinspektor* (1988–1993)

### Marco Bolzonello (MSI)

\* 1958, Bozen

*Geometer* (1989–1993)

## b. Auflistung der Mandatare von 1993 bis 2013 (Zweite Republik) nach Ideologieströmungen

### Legende:

- **Name (Partei)**

\* Geburtsjahr, Geburtsort

*Ausbildung/Beruf* (Amtszeit im Landtag)

■ = zeitweise Mitglied der Landesregierung

● = zeitweise Mitglied der Regionalregierung

▶ = später im italienischen Parlament

Abkürzungen:

PDS: Partito Democratico della Sinistra

PC-S: Progetto Centro-Sinistra/Mitte-links-Projekt

PeD: Pace e Diritti/Frieden und Gerechtigkeit

PD: Partito Democratico

UCAA: Unione di Centro per l'Alto Adige

PPI: Partito Popolare Italiano

UDA: Unione Democratica dell'Alto Adige

UA: Unione Autonomista

PAA: Popolari Alto Adige

MSI: Movimento Sociale Italiano

AN: Alleanza Nazionale

LN: Lega Nord

FI: Forza Italia

PdL: Popolo della Libertà

FT: Fiamma Tricolore

UI: Unitalia

TA: Team Autonomie

AAnc: L'Alto Adige nel Cuore

M5S: Movimento 5 Stelle

### Abgeordnete der Mitte-links-Parteien konstant an der Regierung

**Romano Viola (PDS)** ■

\* 1941, Villadossola/PN

*Lehrer/Gewerkschafter* (1993–1998)

**Luisa Gnechchi (PC-S/PeD)** ■ ● ▶

\* 1953, Bozen

*Gewerkschafterin* (1998–2008)

**Francesco Comina (PeD)** ■ ●

\* 1967, Bozen

*Journalist* (2008)

**Barbara Repetto (PD)** ■

\* 1947 in Bozen

*Leitende Beamtin* (2008)

**Christian Tommasini (PD)** ■

\* 1975, Bozen

*Bibliotheksmitarbeiter* (2008–)

**Roberto Bizzo (PD)** ■ ●

\* 1955, Bozen

*Ingenieur* (2008–)

### Abgeordnete der Zentrumsparteien bis 2008 zum Teil an der Regierung

**Armando Magnabosco (UCAA)**

\* 1930, Brentonico/TN

*Jurist/Lehrer* (1993–1995)

**Luigi Cigolla (PPI/UDA/UA)** ■

\* 1942, Vigo di Fassa

*Beamter* (1993–2008)

**Michele Di Puppo (PPI/PAA)** ■

\* 1945, Bozen

*Manager* (1993–2003)

**Franco Ianieri (UCAA)**

\* 1939, Rom/LZ

*Geometer* (1995–1998)



**Abgeordnete der Mitte-rechts-Parteien**  
*konstant in Opposition*

**Pietro Mitolo (MSI) ►**

\* 1921, Bozen

*Ingenieur* (1993–1994)

**Ruggero Benussi (MSI/AN)**

\* 1924, Fiume/IST

*Leitender Angestellter* (1993–1998)

**Umberto Montefiori (LN)**

\* 1946, Vezzano Ligure/SP

*Carabinieri-Offizier* (1993–1998)

**Giorgio Holzmann (MSI/AN) ►**

\* 1957, Bozen

*Versicherungsinspektor* (1993–2006)

**Marco Bolzonello (MSI/AN)**

\* 1958, Bozen

*Geometer* (1993–1998)

**Mauro Minniti (MSI/AN/PdL)**

\* 1963, Foligno/UM

*Publizist* (1994–2013)

**Beniamino Migliucci (FI)**

\* 1955, Bozen

*Rechtsanwalt* (1998–1999)

**Donato Seppi (FT/UI)**

\* 1953, Bozen

*Unternehmer* (1998–2013)

**Alessandro Urzì (AN/PdL/AAnC)**

\* 1966, Bozen

*Journalist* (1998–)

**Antonio Lo Sciuto (FI)**

\* 1945, Castelvetrano/SZ

*Quästor* (1999–2003)

**Michaela Biancofiore (FI) ►**

\* 1970, Bozen

*Unternehmerin* (2003–2006)

**Alberto Pasquali (FI)**

\* 1937, Bozen

*Rechtsanwalt* (2006–2008)

**Alberto Sigismondi (AN)**

\* 1957, Bozen

*Freiberufler* (2006–2008)

**Elena Artioli (LN/TA)**

\* 1970, Bozen

*Unternehmerin* (2008–)

**Maurizio Vezzali (PdL)**

\* 1961, Brixen

*Jurist* (2008–2013)

**Abgeordnete der Antiparteien-**  
**bewegung**  
*in Opposition*

**Paul Köllensperger (M5S)**

\* 1970, Bozen

*Unternehmer* (2013–)

Erstellt anhand der Informationen aus: Regione Autonoma Trentino-Alto Adige/  
Province Autonome di Trento e di Bolzano 2011, 953–1550; Südtiroler Landesre-  
gierung (Hg.) 1979–2013; Alto Adige, 3.12.1948, 2; Alto Adige, 21.11.1952, 2;  
Alto Adige, 14.11.1956, 2; Alto Adige, 9.11.1960, 5; FF, 30.10.1993, 8

---

## Literaturverzeichnis

- Andreucci, Franco* (1980). *I Leaders del P.C.I.*, Bergamo: Minerva Italica
- Atz, Hermann* (1991). Vershobene Grenzen. Strukturwandel und ethnische Arbeitsteilung, in: *Holzer, Anton/Kiem, Othmar/Mezzalira, Giorgio/Ralser, Michaela/Romeo, Carlo* (Hg.). *Nie nirgends daheim. Vom Leben der Arbeiter und Arbeiterinnen in Südtirol*, Bozen: Autonome Provinz Bozen, 155–164
- Atz, Hermann* (2013). Was ist dran am disagio der italienischen Volksgruppe in Südtirol?, in: *Pallaver, Günther* (Hg.). *Politika 13. Jahrbuch für Politik*, Bozen: Edition Raetia, 151–180
- Canestrini, Sandro* (1989). Italy's Ethnic Minorities and the Contradictions of Self-Determination, in: *Social Justice*, 35 (1), 99–102
- Elias, Norbert/Scotson, John L.* (1993). *Etablierte und Außenseiter*, Frankfurt a. M.: Suhrkamp
- Gallenmüller-Roschmann, Jutta* (1999). Die drei Sprachgruppen Südtirols im Vergleich, in: *Wakenhut, Roland* (Hg.). *Ethnische Identität und Jugend. Eine vergleichende Untersuchung zu den drei Südtiroler Sprachgruppen*, Opladen: Leske + Budrich, 83–101
- Gathmann, Florian/Medick, Veit* (2013). 150 Jahre SPD: „Herzlichen Glückwunsch, du alte Tante!“. [www.spiegel.de/politik/deutschland/150-jahre-spd-a-901086.html](http://www.spiegel.de/politik/deutschland/150-jahre-spd-a-901086.html) (23.5.2013)
- Gatterer, Claus* (1962). Der Freund stand links. Italienische Beiträge zur Diskussion um Südtirol, in: *Formv, IX* (101), 193–195
- Gatterer, Claus* (1968). *Im Kampf gegen Rom. Bürger, Minderheiten und Autonomien in Italien*, Wien: Europa Verlag
- Gatterer, Claus* (1991). Südtirol und der Rechtsextremismus, in: *Michael-Gaismair-Gesellschaft* (Hg.). *Claus Gatterer. Aufsätze und Reden*, Bozen: Edition Raetia, 285–309
- Gatterer, Joachim* (2012). „Alles geben, nichts erwarten!“. Die Kommunistische Partei Italiens in der Provinz, in: *Obermair, Hannes/Risse, Stephanie/Romeo, Carlo* (Hg.). *Regionale Zivilgesellschaft in Bewegung*, Wien: Folio-Verlag, 301–324
- Gatterer, Joachim* (2009). „rote milben im gefieder“. Sozialdemokratische, kommunistische und grün-alternative Parteipolitik in Südtirol, Innsbruck: StudienVerlag
- Geulen, Christian* (1999). Die Metamorphose der Identität, in: *Assmann, Aleida/Friese, Heidrun* (Hg.). *Identitäten*, Frankfurt a. M.: Suhrkamp, 146–173
- Giudiceandrea, Lucio* (2006). *Spaesati. Italiani in Südtirol*, Bozen: Edition Raetia
- Hobsbawm, Eric* (1998). *Das Zeitalter der Extreme. Weltgeschichte des 20. Jahrhunderts*, München: dtv
- Holzer, Anton* (1991). *Die Südtiroler Volkspartei*, Thaur: Kulturverlag
- Landesinstitut für Statistik* (2013). *ASTAT-Info Nr. 60. Indikatoren Europa 2020. Stärken und Schwächen der Südtiroler Wirtschaft*
- Landesstelle für Südtirol* (1946). *Die Besitzverhältnisse in Südtirol*, Innsbruck: Landeshauptmannschaft für Tirol
- Mannheim, Karl* (1964) [1928]. Das Problem der Generationen, in: *Mannheim, Karl/Wolff, Kurt* (Hg.). *Wissenssoziologie. Auszug aus dem Werk*, Berlin: Luchterhand, 509–565
- Marx, Karl/Brunckhorst, Hauke* (Hg.) (2007) [1852]. *Der achtzehnte Brumaire des Louis Bonaparte*, Frankfurt a. M.: Suhrkamp

- Mittag*, Jürgen (2006). Gesichter in der Menge. Kollektivbiographische Forschungen und das Beispiel der sozialdemokratischen Reichs- und Landtagsparlamentarier, in: *Gropo*, Bruno/*Unfried*, Berthold (Hg.). Gesichter in der Menge. Kollektivbiographische Forschungen zur Geschichte der Arbeiterbewegung (ITH-Tagungsberichte 40), Leipzig: Akademische Verlagsanstalt, 15–36
- Pallaver*, Günther (2000). Die Südtiroler Volkspartei. Erfolgreiches Modell einer ethnoregionalen Partei, Klagenfurt: Paper präsentiert anlässlich des 11. österreichischen Volksgruppenkongresses
- Pallaver*, Günther (2012). South Tyrol: Ethnic Winner in the Cold War, in: *Knight*, Robert (Hg.). Ethnicity, Nationalism and the European Cold War, London: Continuum, 147–171
- Pallaver*, Günther (2013). I partiti italiani in Alto Adige. Frammentati e deboli in cerca di una nuova identità, in: *Pallaver*, Günther (Hg.). *Politika 13. Jahrbuch für Politik*, Bozen: Edition Raetia, 247–282
- Pasquino*, Gianfranco (2002). Il sistema politico italiano. Autorità, istituzioni, società, Bologna: Bononia University Press
- Pristinger*, Flavia (1980). Ethnic conflict and modernization in the South Tyrol, in: *Foster*, Charles R. (Hg.). Nations without a State. Ethnic Minorities in Western Europe, New York: Praeger, 153–188
- Regione Autonoma Trentino-Alto Adige/Province Autonome di Trento e di Bolzano* (2011). Gli organi legislativi e di governo. Dalla I alla XIV legislatura, Trento: BQE Edizioni
- Schmuck*, Marion/*Weiss*, Patrizia (2012). Demographisches Handbuch für Südtirol 2012, Bozen: Landesinstitut für Statistik
- Sleiter*, Tommaso (2000). Die SVP im römischen Parlament. Vertrauensdebatten und Abstimmungsverhalten einer ethnoregionalen Partei, Innsbruck: politikwissenschaftliche Diplomarbeit
- Sorg*, Arnold (2003). Movimento Sociale Italiano (MSI) und Alleanza Nazionale (AN) in Südtirol, Innsbruck: politikwissenschaftliche Diplomarbeit
- Südtiroler Landesregierung* (Hg.) (1979–2013). Südtirol-Handbuch, 29 Ausgaben, Bozen
- Winkler*, Ivo/*Bonell*, Lukas (2010). Südtirols Autonomie, Bozen: Presseamt der Südtiroler Landesregierung, 10. überarbeitete Auflage

---

## Zeitungen und Zeitschriften

*Questi i consiglieri di Bolzano che siederanno al parlamento regionale*, in: Alto Adige, 3.12.1948, 2

*Consiglieri regionali della provincia di Bolzano*, in: Alto Adige, 21.11.1952, 2

*I ventidue consiglieri provinciali*, in: Alto Adige, 14.11.1956, 2

*Le note biografiche dei 22 neo-eletti*, in: Alto Adige, 9.11.1960, 5

*Erst Ladiner dann Partei*, in: FF, 30.10.1993, 8

Mair, Georg (2008). *Der neue Rote*, in: FF, 31.12.2008, 20-21

Dall'Ò, Norbert (2013). *Mister DC*, in: FF, 4.4.2013, 28-29

Mair, Georg (2013). *Keine Kompromisse*, in: FF, 18.4.2013, 22-24

---

## Bildnachweis

Bild 1: [www.vitatrentina.it](http://www.vitatrentina.it) (28.12.2013)

Bild 2: Copyright: Grazia Barbiero

Bild 3: Copyright: Die Neue Südtiroler Tageszeitung

Bild 4: [www.queerblog.it](http://www.queerblog.it) (28.12.2013)

Bild 5: Gemeindeamt St. Ulrich. Foto: Matthias Hofer

Bild 6: Südtiroler Panorama, Juli 1976

Bild 7: Copyright: Paul Köllensperger

Bild 8: Fondazione Istituto Gramsci, Rom

Bild 9: [www.provinz.bz.it/vote/2003/parteien\\_d.htm](http://www.provinz.bz.it/vote/2003/parteien_d.htm) (13.12.2013)

Bild 10: [www.teamautonomie.org](http://www.teamautonomie.org) (13.12.2013)

## Abstracts

### **Figure marginali: i consiglieri provinciali altoatesini eletti nei partiti nazionali dal 1948 al 2013**

Il fenomeno del ricambio generazionale svolge da alcuni anni un ruolo di primo piano nei dibattiti politici a livello europeo. In Alto Adige la tematica ha acquisito un ruolo importante in seguito alla non candidatura alle elezioni provinciali del 2013 del settantaduenne Presidente della Provincia, Luis Durnwalder. L'articolo affronta questo argomento d'attualità e descrive in maniera puntuale ed esaustiva il ricambio generazionale nella politica provinciale altoatesina dal 1948 ad oggi.

Rendendo fruibile per la prima volta una serie di curricula vitae, per lo più sconosciuti, con lo scopo di agevolare la ricerca inerente alla storia regionale, l'analisi fa riferimento alle biografie dei 63 consiglieri provinciali che appartengono a partiti nazionali (italiani). Attraverso il confronto sistematico delle carriere politiche divengono evidenti anche le cause che hanno portato ad un progressivo innalzamento dell'età media nel Consiglio provinciale. L'origine sociale dei consiglieri provinciali e le diverse carriere intraprese rendono evidente che le dinamiche del sistema dei partiti altoatesini possono essere identificate, in maniera precisa, con le sfere di pensiero connotate non da un carattere etnico, bensì da un carattere economico.

## Figures de curnisc: Cunselieres provinziei de Südtirol di partìc a livel nazional dal 1948 al 2013

L fenomen dl mudamënt generazonel se sburdla tla descuscions politiches te duta l'Europa da n valgun ani tresora sun la prima posizion. Te Südtirol dajova l se tré zeruch dl sëurastant dla provinzia de 72 ani Luis Durnwalder tl 2013 la sburdla per chësta tematica. L cuntribut tol l'ucajion atuela che se pieta y prova de mustré su plu avisa l mudamënt generazonel tla politica de Südtirol dal 1948 inant. Per mëter da garat ala nrescides de storia regionela tl medem mumënt, per l prim iede, na seria de curriculum vitae nia cunesciui se cunzentrea l'analisa sun la biografies di 63 cunselieres provinziei che purtën a n partit a livel nazional (talian). Tres l cunfront sistematich dla carieres di politici vëniel a lum nia mé la gaujes che à purtà a n aumënt var per var dl'età media tl Cunsëi provinziel. La purtenienza soziela di cunselieres provinziei y la carieres che se à svilupà autramënter auza nce ora che la dinamiches tl sistem di partìc de Südtirol possa unì capides nia tres categories de pensier etniches, ma economiches.

### Marginal figures: South Tyrol's parliamentary representative in the national parties from 1948–2013

The phenomenon of generational change has been edging more prominently into the foreground of European political debate for some years now. In South Tyrol, the resignation of 72-year-old Province Governor Luis Durnwalder provided the thematic impetus for the year 2013. This article draws upon the topicality of the subject, and tries to present the generational change in South Tyrolean policy since 1948 in a more comprehensive way. In order to simultaneously make a number of largely unknown CVs available for regional historical research for the first time, the analysis refers to the biographies of the 63 parliamentary representatives who belonged to a state (Italian) party. The systematic comparison of political careers sheds light not only on the causes that have led to a gradual increase in the average age in the state parliament: the social origins of the parliamentary representatives and their various career paths make it equally clear that the dynamics of the South Tyrolean party system cannot be accurately captured solely with ethnic categories of thinking, but only by taking economic ones into consideration as well.

Harald Prosch

# Die Position der Südtiroler Volkspartei (SVP) zur Integration ausländischer StaatsbürgerInnen

## 1. Einleitung

Durch die zunehmende Zahl der ausländischen StaatsbürgerInnen in Südtirol seit den 1990er-Jahren haben die Themen Migration und Integration auch für die politischen AkteurInnen in Südtirol an Relevanz und Aktualität gewonnen. Das spezielle Forschungsinteresse dieses Artikels stellt dabei der Umgang der Südtiroler Volkspartei (SVP) als Sammelpartei der autochthonen Minderheiten der deutschen und ladinischen Sprachgruppe mit den „neuen“, migrationsbedingten Minderheiten in Südtirol dar. Der starke Fokus der Partei auf den Faktor Ethnizität und ihre interne Heterogenität sind weitere Faktoren, welche es von Interesse erscheinen lassen, die politische Position der SVP zur Integration ausländischer StaatsbürgerInnen in Südtirol zu untersuchen.

Nach einer kurzen Einleitung über die Geschichte der Migration in Südtirol und die SVP wird der theoretische Rahmen zum Thema Integration dargestellt. Das Integrationskonzept von Ager/Strang sowie die Integrationsmodelle nach Castles dienen dabei als Kategorien für den empirischen Teil des Artikels. In diesem werden das SVP-Positionspapier „Fordern und Fördern“ (SVP 2010), das Südtiroler

Integrationsgesetz (Landesgesetz 2011), das SVP-Wahlprogramm aus dem Jahr 2013 (SVP 2013) sowie das Koalitionsabkommen zwischen der SVP und dem Partito Democratico (PD) vom Dezember 2013 (Koalitionsabkommen 2013) inhaltsanalytisch untersucht. Zusätzlich zur Dokumentenanalyse wurden Interviews mit ExpertInnen geführt, welche ebenfalls in die Analyse einfließen. Abschließend wird versucht, die Frage nach der politischen Positionierung der Südtiroler Volkspartei zur Integration ausländischer StaatsbürgerInnen zu beantworten.

## **2. Migration und die Südtiroler Volkspartei**

### **2.1. Migration in Südtirol**

Die Geschichte der deutsch- und ladinischsprachigen Bevölkerung Südtirols war bis in die 1990er-Jahre mit wenigen Ausnahmen von Auswanderung geprägt. Hinzu kamen innerstaatliche Migrationsströme nach Südtirol nach dem Ersten und Zweiten Weltkrieg. Durch die Veränderung der geopolitischen Situation in Europa mit dem Fall der Berliner Mauer und den Jugoslawienkriegen kam es dazu, dass erstmals mehr Menschen nach Südtirol einwanderten, als im Gegenzug das Land verließen. (vgl. Girardi 2011, 78–80). Seit 2003 nehmen die Migrationsströme aus allen geografischen Herkunftsregionen weltweit zu (vgl. Medda-Windischer/Girardi 2011, 17–18). Mit Ende des Jahres 2012 waren circa 42.500 ausländische StaatsbürgerInnen in Südtirol ansässig. Das entspricht einem Anteil von 8,3 Prozent an der Gesamtbevölkerung Südtirols (vgl. Astat 2013, 2–3). Ein Drittel der ausländischen StaatsbürgerInnen in Südtirol stammt aus einem EU-Mitgliedsstaat, ein weiteres Drittel der Menschen kommt aus einem europäischen Land, welches nicht der Europäischen Union angehört. Das dritte Drittel bilden Menschen asiatischer (16,5%) und afrikanischer Herkunft (12,7%) (vgl. Astat 2012, 9–11).

### **2.2. Die Südtiroler Volkspartei**

Die Südtiroler Volkspartei ist nach ihrer Selbstdefinition die Sammelpartei aller deutsch- und ladinischsprachigen SüdtirolerInnen und kann als ethnoregionale Partei klassifiziert werden. Der Politikwissenschaftler Günther Pallaver bezeichnet die SVP als „moderne, christlichsozial-konservative Partei, die [...] nach links blickt“ (2007, 634). Seit ihrer Gründung im Jahre 1945 nimmt die SVP eine „hegemoniale



Stellung“ (2007, 629) im politischen System Südtirols ein, was sich darin manifestiert, dass die Partei bis zu den Südtiroler Landtagswahlen im Jahr 2013 die absolute Mehrheit an Stimmen und Mandaten erreicht hat.<sup>1</sup> Ihr Anspruch, die deutsche und ladinische Volksgruppe zu vertreten, macht sie zu einer Sammelpartei, in der die Ethnizität den gemeinsamen, verbindenden Faktor darstellt (vgl. Pallaver 2007, 629–637).

### 3. Integration

#### 3.1. Inhaltliche Dimension des Integrationsbegriffes

Unter „Integration“ (lateinisch für Einbeziehung) wird allgemein die „Entstehung oder Herstellung einer Einheit oder Ganzheit aus einzelnen Elementen“ (Nohlen 2010, 412) verstanden. In einem weiteren Schritt kann man zwischen der Ebene der Systemintegration und jener der Sozialintegration unterscheiden. Bei der Systemintegration geht es um die Einbindung von Personen oder Gruppen in das institutionelle Grundgefüge, bei der Sozialintegration um die Einbindung individueller AkteurInnen in die Gesellschaft (vgl. Fassmann 2006, 226; Esser 2001, 1). Fassmann betont zudem, dass ZuwandererInnen aufgrund des Wechsels ihres Wohnsitzes „immer Teil einer aufnehmenden Gesellschaft, aber auch, oder noch immer, auch der Herkunftsgesellschaft“ (2006, 227) seien.

Stephen Castles beschreibt mehrere Modelle von Integration und unterscheidet dabei zwischen „differenzieller Exklusion“, „Assimilation“ und „Multikulturalismus“/„Pluralismus“ (vgl. Castles 2000, 134). Der Autor betont, dass auch Übergangsformen zwischen den Modellen möglich seien.

##### a) Differenzielle Exklusion

In diesem Modell nach Castles haben MigrantInnen Zugang zu bestimmten gesellschaftlichen Bereichen wie beispielsweise dem Arbeitsmarkt, bleiben jedoch von anderen gesellschaftlichen Bereichen wie dem Gesundheitssystem, der Staatsbürgerschaft und der politischen Partizipation ausgeschlossen. MigrantInnen werden zu ethnischen Minderheiten und bleiben von einer vollständigen gesellschaftlichen Partizipation ausgeschlossen.

Das Modell der differenziellen Exklusion findet man häufig in Ländern, wo das Zugehörigkeitsgefühl zu einer Nation mit der Zugehörigkeit zu einer bestimmten ethnischen Gruppe verbunden wird. Diese Länder sind laut Castles oftmals nicht

gewillt, MigrantInnen und deren Nachkommen als Mitglieder ihrer Gesellschaft zu akzeptieren. Sie sehen die Akzeptanz einer neuen sprachlichen und kulturellen Vielfalt als Bedrohung für die nationale Kultur an. MigrantInnen werden als temporäres Phänomen angesehen, ihre Ansiedelung wird durch strenge Vorschriften bezüglich des Wohnsitzes und des Familiennachzugs erschwert (vgl. Castles 2000, 135–136).

#### b) Assimilation

Beim Modell der Assimilation handelt es sich um einen einseitigen Prozess der Anpassung vonseiten der MigrantInnen an die Aufnahmegesellschaft. Dabei wird von den MigrantInnen erwartet, dass sie ihre eigenen sprachlichen, sozialen und kulturellen Eigenheiten aufgeben. Am Ende sind sie von der Mehrheitsgesellschaft nicht mehr zu unterscheiden. Wenngleich Anpassung einen graduellen Prozess darstellt, bleibt das Ziel die vollständige Übernahme der dominanten Aufnahmekultur. Staaten, in denen man assimilatorische Züge beobachten kann, definieren ihr Zugehörigkeitsgefühl sowohl über die Mitgliedschaft in der politischen Gemeinschaft als auch über das Teilen einer gemeinsamen Kultur (vgl. Castles 2000, 137–138).

#### c) Multikulturalismus oder Pluralismus

Ein ethnokultureller Pluralismus ist laut Castles durch die Akzeptanz der MigrantInnen als ethnischer Gemeinschaft und Rücksicht auf deren Sprache und Kultur gekennzeichnet. In einem pluralistischen Modell sollten gleiche Rechte für alle Menschen in allen Bereichen der Gesellschaft vorherrschen. Die MigrantInnen müssen ihre Diversität nicht aufgeben, allerdings wird eine Übereinkunft über wesentliche gesellschaftliche Werte erwartet. Dieses Modell findet sich in den „klassischen“ Einwanderungsländern USA, Kanada und Australien (vgl. Castles 2000, 139–140).

### 3.2. Analytische Dimension des Integrationsbegriffes

Der Begriff „Integration“ wird mit verschiedensten Bedeutungen verwendet. Alastair Ager und Alison Strang unternehmen in ihrer Studie den Versuch, einen konzeptionellen Rahmen zu Integration zu entwickeln. Dieser Rahmen enthält zehn Kernbereiche, welche normative Verständnisse des Begriffes reflektieren und einen potenziellen Analyserahmen für die gesellschaftliche Realität darstellen sollen. Die zehn Bereiche sind in die vier Kategorien unterteilt: erstens, Kennzeichen und Mittel (dazu zählen Beschäftigung, Wohnen, Bildung, Gesundheit); zweitens, soziale Beziehungen (Rechte, StaatsbürgerInnenschaft); drittens, Unterstützer (soziale Bindungen, soziale

Brücken, soziale Anbindung) und viertens, Grundlagen von Integration (Sprache und kulturelles Wissen, Sicherheit und Stabilität) (vgl. Ager/Strang 2008, 170).

Die Bereiche Beschäftigung, Wohnen, Bildung und Gesundheit gelten laut Ager/Strang (2008, 173) als wesentliche Bestandteile für eine erfolgreiche Integration. Die Bereiche StaatsbürgerInnenschaft und Rechte für MigrantInnen stellen für die AutorInnen notwendige Grundlagen für ein Verständnis von Integration dar (vgl. Ager/Strang 2008, 173). Den sozialen Beziehungen kommt eine wesentliche Vermittlerrolle im Integrationsprozess zu. Sie stehen zwischen formalen Prinzipien wie der StaatsbürgerInnenschaft und den Rechten von MigrantInnen einerseits und dem Einfluss von Faktoren wie Beschäftigung, Wohnen, Bildung und Gesundheit andererseits. Die sozialen Beziehungen stellen ebenfalls einen Faktor für das Konzept der Integration als beidseitigem Prozess dar (vgl. Ager/Strang 2008, 177–181). Inklusion und Exklusion handeln auch vom Umgang mit Barrieren, die einer Integration im Weg stehen und die ökonomische und soziale Partizipation in die Gesellschaft hemmen. Ager/Strang definieren die Bereiche Sprache und kulturelles Wissen sowie Sicherheit als Felder, wo solche potenziellen Barrieren bestehen. Zu diesen zählen beispielsweise das Fehlen sprachlicher und kultureller Kompetenzen, Angst und Instabilität (vgl. Ager/Strang 2008, 181–184).

### 3.3. Politische Parteien und Migration/Integration

In den Publikationen zu Migrationspolitiken spielen politische Parteien trotz ihrer zentralen Rolle im gesellschaftlichen und politischen Prozess meist nur eine geringe Rolle. Triadafilopoulos/Zaslove (2006) glauben, dass die These des sogenannten *hidden consensus* damit zu tun haben könnte, verstanden als ein „versteckter Konsens“ zwischen den Mitte-links- und Mitte-rechts-Parteien, nach dem die Beteiligten es bevorzugen würden, das Thema Migration in verschiedene Unterbereiche aufzuteilen und sich mit den jeweils betroffenen AkteurInnen abseits jeder Öffentlichkeit zu verständigen. Gründe dafür sind laut den Autoren das Interesse der Massenparteien, die eigenen Wählerschaften und parteiinterne Fraktionen nicht gegen sich aufzubringen, rassistische Tendenzen innerhalb der Bevölkerung zu umgehen und ihr Bemühen, die relativ liberalen Positionen zum Thema Einwanderung trotz einer mehrheitlich negativen Einstellung der Bevölkerung gegenüber MigrantInnen aufrechtzuerhalten. Eine Ausnahme stellen in dieser Hinsicht radikale Mitte-rechts-Parteien dar, welche Einwanderung als zentrales Element ihrer ideologischen Überlegungen und ihrer Wahlkämpfe präsentieren (vgl. Triadafilopoulos/Zaslove 2006, 171).

### 3.4. Nationale Minderheiten und Migration in Südtirol

Roberta Medda-Windischer stellt in ihrem Artikel „Diversity Management ‚neuer Minderheiten‘ in Alto Adige/Südtirol“ die Frage, ob der Schutz der autochthonen Minderheiten die Entstehung einer pluralistischen und toleranten Gesellschaft fördert oder eher hemmt (vgl. Medda-Windischer 2011, 19). Die Autorin bezeichnet die Haltung der SVP gegenüber Migration und der damit einhergehenden Vielfalt als „defensiv“ (2011, 21) und begründet dies mit der wesentlichen Zielsetzung der Partei, dem Schutz und der Förderung der deutschen und ladinischen Minderheit. Medda-Windischer konstatiert, dass Fragen bezüglich der Identität sowie möglicher Konflikte durch die entstehende Diversität „vorzugsweise der italienischen Gemeinschaft“ (2011, 28) überlassen werden. Gleichzeitig erkennt die Autorin aber auch Anzeichen dafür, dass innerhalb der deutschen Sprachgruppe und der SVP diesbezüglich ein Umdenken stattfindet und es erste Anzeichen einer Annäherung zwischen den „alten“, traditionellen, und den „neuen“ Minderheiten in Südtirol gebe (vgl. Medda-Windischer 2011, 31).

Lorenzo Piccoli stellt die Identität von nationalen Minderheiten und die Integration von MigrantInnen in einen Zusammenhang und vergleicht Südtirol und Quebec. Piccoli kommt für das Fallbeispiel Südtirol zum Schluss, dass die politischen Eliten im offiziellen Diskurs eine Bereitschaft zu einem beidseitigen, multikulturellen Inklusionsprozess vertreten, unter der Oberfläche aber nationalistische Interessen zur Bewahrung einer bestimmten Kultur und Identität dominant seien (vgl. Piccoli 2013, 16). In Bezug auf die politischen Maßnahmen schlussfolgert der Autor, dass sich die politischen Eliten Südtirols im Gegensatz zu jenen in Quebec nicht unter Druck fühlen würden, dass die Sprache der Minderheit an Bedeutung verlieren oder gar verschwinden könne. Die These, wonach die SVP praktische Maßnahmen treffe, um MigrantInnen entweder in die eigene Sprachgruppe zu assimilieren oder zu marginalisieren, lässt sich nach Piccoli nicht bejahen. Er schreibt, dass es weder eine einseitige Assimilierung noch eine beidseitige multikulturelle Inklusion der MigrantInnen in die Aufnahmegesellschaft gebe. Die fragmentierte und unvollständige Debatte über das Südtiroler Integrationsgesetz im Jahre 2011 hat laut Piccoli (2013, 21) gezeigt, dass es Ängste gebe, eine Art Büchse der Pandora zu öffnen, welche die ethnischen Spannungen zwischen den gesellschaftlichen Gruppen verstärken könnte.

## 4. Inhaltsanalyse und Vergleich

### 4.1. Qualitative Inhaltsanalyse des SVP-Positionspapiers „Fordern und Fördern“

Das Positionspapier „Fordern und Fördern“ aus dem Jahre 2010 ist die einzige gesamtparteiliche Stellungnahme der SVP zum Umgang mit Migration und der Integration ausländischer StaatsbürgerInnen. Das Papier wurde von der parteiinternen „Antragsgruppe Integration“ sowie dem Sozialpartnerforum der Partei ausgearbeitet. Der Antragsgruppe gehörten unter anderem Magdalena Amhof sowie Philipp Achammer<sup>2</sup> an. Achammer (2013, 45) betont, dass die Gruppe mit der Ausarbeitung dieses Positionspapiers versucht habe, das „sehr gefühlte und sehr emotionale Thema“ der Migration und Integration wieder auf eine Vernunftebene zurückzuführen.

Mit der Methode der inhaltlichen Strukturierung, einer Unterform der qualitativen Inhaltsanalyse, soll im Folgenden das SVP-Positionspapier analysiert werden. Die zehn Kernbereiche des Analyserahmens von Ager/Strang dienen dabei als Kategorien für die Analyse. Von Interesse erscheint dabei, auf welche Kernbereiche die SVP in ihrem Positionspapier eingeht und welchen Stellenwert sie ihnen beimisst. Das Ziel der Analyse ist es, die Position der Partei im Umgang mit der Integration ausländischer StaatsbürgerInnen zu charakterisieren.

In einer rein quantitativen Analyse fällt auf, dass am meisten Textstellen des Positionspapiers unter die Bereiche kulturelles Wissen, Sprache und Beschäftigung fallen. Das lässt vorläufig den Schluss zu, dass diese Bereiche für die Südtiroler Volkspartei wichtige Komponenten für eine Integration ausländischer StaatsbürgerInnen darstellen. Im Bereich der Kultur werden besonders die Rechtsstaatlichkeit, die Verfassung sowie die Traditionen und gelebten Grundwerte häufig betont. Im Bereich der Sprache wird immer wieder deren wichtige Funktion für die Integration betont und auf die Notwendigkeit des Erlernens für die gesamte Familie verwiesen. Beschäftigung und die damit verbundene ökonomische Unabhängigkeit sowie der Kontakt mit Menschen der Aufnahmegesellschaft werden ebenfalls als wesentlicher Bestandteil für eine Integration von MigrantInnen festgemacht.

Die Bildung der MigrantInnen nimmt für die SVP ebenfalls einen wichtigen Stellenwert ein. Vor allem die Selbstständigkeit der MigrantInnen werde durch Bildung erhöht. Auch die Bereiche soziale Bindungen und soziale Beziehungen spielen für die Integration nach Meinung der SVP eine Rolle. Im ersten Bereich will die SVP durch eine räumliche Verteilung der MigrantInnen verhindern, dass sogenannte Gettos und Parallelgesellschaften entstehen. Im letzteren Bereich betont die SVP, dass Integration ein beidseitiger Prozess sei, der Chancen biete, aber auch der

Regeln und Grenzen bedürfe. Unter den Kategorien soziale Brücken und soziale Anbindung finden sich Textstellen, in denen die SVP auf die verschiedenen Bereiche eingeht, wo Integration stattfindet und stattfinden kann, bzw. auf die daran beteiligten Institutionen.

Auffallend ist die Tatsache, dass die Bereiche Gesundheit und Wohnen im Positionspapier nie vorkommen. Es ist öfter von Bereichen die Rede, wo Leistungen von den MigrantInnen gefordert werden (Sprache, neue Kultur, Beschäftigung), als von Leistungen, die von der Aufnahmegesellschaft für die MigrantInnen erbracht werden müssten (Gesundheit, Wohnen). Es scheint, als überwiege bei der SVP das Fordern gegenüber dem Fördern der MigrantInnen.

#### 4.2. Qualitative Inhaltsanalyse des Integrationsgesetzes

Der Entwurf für das Südtiroler Integrationsgesetz (Landesgesetz 2011) wurde vom damals zuständigen Landesrat Roberto Bizzo (PD) in die SVP-geführte Südtiroler Landesregierung eingebracht. Dort wurde es abgeändert und überarbeitet. In vielen Teilen wurde das Gesetz „stark verschlankt, einige Passagen wurden vollkommen gestrichen“, bestätigt Achammer (2013, 500–501). Im Herbst 2011 wurde es vom Südtiroler Landtag beschlossen. Das Südtiroler Integrationsgesetz soll durch eine strukturierte Inhaltsanalyse ebenfalls mit dem Analyserahmen von Ager/Strang verglichen werden. Dabei soll analysiert werden, welche Kernbereiche im Gesetz angesprochen werden und welchen Stellenwert sie im Gesetz einnehmen.

Diese quantitative Beschreibung des Materials zeigt, dass Textpassagen über Rechte und Pflichten der MigrantInnen deutlich am öftesten im Gesetzestext vorkommen. Mit großem Abstand folgen Passagen zu den Verbindungen zwischen MigrantInnen und staatlichen Institutionen sowie zur Bildung. Im Bereich der Rechte und Pflichten werden häufig die Gleichheit aller BürgerInnen und deren Anerkennung, unabhängig von Ethnie, Sprache, Kultur und Religion, genannt. Nicht-EU-BürgerInnen haben Anrecht auf staatliche Grundleistungen, alle Leistungen darüber hinaus erfordern einen fünfjährigen, ununterbrochenen Wohnsitz und Aufenthalt in Südtirol. Auch für die Familienzusammenführung müssen bestimmte Voraussetzungen gegeben sein. Durch diese Einschränkungen unterscheidet sich das Integrationsgesetz deutlich vom theoretischen Rahmen von Ager/Strang, wo gleiche Bedingungen in der Gesetzgebung für alle Menschen gefordert werden.

Die Beziehungen zwischen MigrantInnen und staatlichen Institutionen sollen durch interkulturelle Mediation verbessert werden, der Landesbeirat für Einwande-

zung soll Gesetzesvorschläge für den Bereich Integration anregen. Am Arbeitsmarkt sind Maßnahmen für den Abbau von Barrieren aller Art vorgesehen. Im Bereich der Bildung sollen die Sprachkompetenzen ausländischer Kinder und der Jugendlichen gefördert werden, ohne jedoch sie von den einheimischen Kindern zu trennen. Zudem sollen berufliche Weiterbildungen und Umschulungen für ausländische BürgerInnen organisiert werden.

Im Bereich Gesundheit wird häufig auf den gleichberechtigten Zugang ausländischer BürgerInnen zu medizinischer Behandlung und Vorsorge hingewiesen. Das Land will MigrantInnen über die Dienste informieren, es sind aber keine Maßnahmen für den Abbau sprachlicher Barrieren zwischen PatientInnen und ÄrztInnen sowie zur Überwindung kultur- und geschlechterspezifischer Differenzen in der medizinischen Behandlung vorgesehen.

Im Gesetz werden im Bereich soziale Brücken die sprachliche und kulturelle Integration ausländischer BürgerInnen sowie deren Beteiligung am gesellschaftlichen Leben als Ziele genannt. Auch die Bedeutung von Vereinen und sozialen Einrichtungen für die Integration ausländischer BürgerInnen wird hervorgehoben. MigrantInnen sollen in das soziale Gefüge eingegliedert werden, um Gettobildungen zu vermeiden. Im Bereich Wohnen unterstützt das Land Südtirol die MigrantInnen beim Zugang zu Unterkünften. Bestimmte Leistungen im Wohnbau sind wiederum an Ansässigkeit und Arbeitsplatz geknüpft.

Im Bereich Sprache und kulturelles Wissen werden im Gesetz die Sprachkompetenzen in den drei Landessprachen Deutsch, Italienisch und Ladinisch als wesentlich erachtet. Zudem werden grundrechtliche, menschenrechtliche und demokratische Prinzipien als Basis der Aufnahmegesellschaft definiert. Der Prozess des gegenseitigen Kennenlernens zwischen MigrantInnen und Menschen der Aufnahmegesellschaft wird im Gesetz ebenfalls genannt. Im Bereich soziale Beziehungen wird Integration im Gesetz als beidseitiger Prozess des Austausches und Dialogs definiert, mit Rechten und Pflichten für ausländische BürgerInnen.

Als Fazit kann man festhalten, dass sich im Integrationsgesetz viele Passagen zu den Rechten und Pflichten der MigrantInnen, welche in etwa ausgeglichen sind, sowie über den Zugang von MigrantInnen zu staatlichen Institutionen finden. Diese beiden Bereiche lassen sich eher durch gesetzliche Bestimmungen regeln als beispielsweise sprachliches und kulturelles Wissen, Beschäftigung oder innerethnische Beziehungen von MigrantInnen. Diese Schlussfolgerung passt auch zum Eindruck, dass mit dem Integrationsgesetz ein grundsätzlicher Rahmen geschaffen wurde, dessen Regelungen auf die staatliche und europäische Gesetzgebung abgestimmt sind. In Bereichen, wo es beispielsweise um das alltägliche Zusammenle-

ben zwischen Menschen der Aufnahmegesellschaft und der aufzunehmenden Gesellschaft geht, wirkt das Gesetz dagegen inhaltsleerer. Innerhalb der SVP hat sich anscheinend jene Gruppierung durchgesetzt, welche dafür plädiert hat, sich beim Integrationsgesetz nicht auf eine klare Position festzulegen. Die Ablehnung eines liberalen Entwurfes für das Integrationsgesetz des Partito Democratico durch die SVP einerseits sowie die Zugeständnisse der SVP an die Freiheitlichen andererseits bestätigen die Aussage Pallavers (2013, 91–93), dass sich die SVP nicht dem Vorwurf einer „zu offenen Integrationspolitik“ aussetzen wollte.

#### 4.3. Qualitative Analyse des SVP-Landtagswahlprogramms

Im Wahlprogramm der SVP zu den Landtagswahlen 2013 findet sich ein kurzer Abschnitt zum Thema „Einheimische und Zuwanderer“. Darin betont die SVP, dass ihre Haltung in dieser Hinsicht von „christlichen und humanistischen Grundwerten, von Eigenverantwortung und Toleranz“ (SVP 2013, 19) geprägt sei. Die Partei trete für die Würde des einzelnen Menschen, für Solidarität und gegen Fremdenhass ein. Sie verwehre sich gegen eine „unkontrollierte Zuwanderung“ (SVP 2013, 20), diese solle sich nach dem Bedarf an Arbeitskräften im Land richten. Zudem werden getreu der Leitlinie des Positionspapiers „Fordern und Fördern“ Rechte und Pflichten für MigrantInnen aufgelistet. Die SVP investiere in sprachliche Integrationsmaßnahmen und erwarte im Gegenzug von den MigrantInnen „die Bereitschaft zur Integration sowie den Respekt vor Verfassung, Rechtsstaat und lokalen Sitten“ (SVP 2013, 20). Die Partei halte an der Bestimmung von fünf Jahren Ansässigkeit als Voraussetzung für finanzielle Zusatzleistungen vonseiten des Landes fest, um eine Zuwanderung in das Sozialsystem zu vermeiden (vgl. SVP 2013, 20).

Als Fazit kann man festhalten, dass im Abschnitt über „Einheimische und Zuwanderer“ im Wahlprogramm der SVP die Pflichten gegenüber den Rechten für MigrantInnen überwiegen.

#### 4.4. Qualitative Analyse des Koalitionsabkommens von SVP und PD

Im Koalitionsabkommen zur Bildung der Südtiroler Landesregierung zwischen der SVP und dem PD für die Legislaturperiode 2013–2018 gibt es einen Abschnitt zum Thema „Neue MitbürgerInnen“. Darin findet sich unter anderem, dass im Rahmen der Zuwanderung „vorrangig Arbeitskräfte aus EU-Ländern“ (Koalitionsabkommen



2013, 10) berücksichtigt werden sollen. Das Prinzip des „Wahrens von Rechten und Pflichten“ (Koalitionsabkommen 2013, 10) gilt als Leitlinie bei der Integration von MigrantInnen. Dieses Prinzip ist dasselbe wie jenes im Positionspapier der SVP. Der Schlüssel zur Integration liege laut den VerfasserInnen des Koalitionsabkommens in der Sprachenkenntnis: ZuwandererInnen sollten möglichst beide großen Landessprachen beherrschen, dazu solle das Angebot an Sprachvermittlung- und Sprachförderung ausgebaut, die Rolle der Sprachzentren und Kulturvermittler in Kindergärten und Schulen unterstützt werden. In der Bedeutung der Sprache für die Integration können Parallelen zum Positionspapier der SVP gezogen werden. Neu hingegen ist die Forderung aus dem Koalitionsabkommen, dass bestimmte Unterstützungsleistungen vom „Einsatz [...] beim Erlernen der Landessprachen“ (Koalitionsabkommen 2013, 10) abhängig gemacht werden sollen. Dagegen ist keine Rede von Ansässigkeit als Bedingung für finanzielle Grundleistungen für MigrantInnen. Auffallend ist auch die Textpassage, in welcher der Beitrag der MigrantInnen „zur Entwicklung der Gemeinschaft“ (Koalitionsabkommen 2013, 11) unterstrichen wird, was eine „verstärkte Identifikation mit der neuen Heimat“ (Koalitionsabkommen 2013, 11) bewirke. Die gesellschaftliche Partizipation der MigrantInnen solle gefördert werden ebenso wie Vereine und Arbeitsplatz als Orte des Austauschs und der Begegnung (vgl. Koalitionsabkommen 2013, 10–11).

#### 4.5. Vergleich SVP-Positionspapier „Fordern und Fördern“ – Integrationsgesetz – SVP-Wahlprogramm

Unter dem Vorbehalt, dass das Integrationsgesetz im Gegensatz zum Positionspapier und Wahlprogramm der SVP nicht nur der Partei alleine zugeschrieben werden kann, sondern auch von der politischen Opposition im Landtag mitbeeinflusst wurde, soll ein Vergleich der drei Dokumente vorgenommen werden.

##### SVP-Positionspapier „Fordern und Fördern“

Die Haltung der SVP in Bezug auf die Integration von MigrantInnen im Positionspapier erscheint auf den ersten Blick durchaus als liberal und offen. Integration wird als beidseitiger Prozess formuliert, welcher die MigrantInnen, aber auch die Aufnahmegesellschaft und die Politik in die Pflicht nehme. Verschiedene Bereiche von Integration wie Sprache, Bildung, Arbeit und Partizipation in Vereinen werden angesprochen. Auf den zweiten Blick fällt ins Auge, dass im Positionspapier öfter von Bereichen die Rede ist, in denen eine Leistung von den MigrantInnen gefor-

dert wird (Bereiche Sprache, Kultur, Beschäftigung) als von den Bereichen, in welchen Leistungen der Aufnahmegesellschaft zugunsten der MigrantInnen erbracht werden müssten (Bereiche Gesundheit, Wohnen).

Es entsteht der Eindruck, dass es im Papier vordergründig darum geht, wie die Aufnahmegesellschaft am besten mit den Themen Einwanderung und Integration von MigrantInnen zurechtkommen kann.

### Integrationsgesetz

Im Integrationsgesetz werden den MigrantInnen im Vergleich zum Positionspapier vermehrt Rechte zugestanden, allerdings gibt es auch sehr restriktive Regelungen, welche die formale Gleichberechtigung zwischen Einheimischen und MigrantInnen konterkarieren.

Laut Achammer (2013, 90) sollte das Positionspapier von der „grundsätzlichen politischen Ausrichtung die Basis für das Integrationsgesetz darstellen“. Die Migrationsexpertin Sonja Cimadom hat den Eindruck, dass sich die beiden Dokumente ähneln, was zum Beispiel den Stellenwert der Bereiche Sprache und Bildung für die Integration anbelangt. Es seien „vielleicht die Prioritäten unterschiedlich gesetzt“ (Cimadom 2013, 513). Als Unterschied macht Cimadom (2013, 516) aus, dass im Positionspapier ihrer Meinung nach manche Punkte „sozialer formuliert“ sind als im Integrationsgesetz.

### SVP-Wahlprogramm

Im Abschnitt „Einheimische und Zuwanderer“ im Programm der SVP für die Landtagswahlen 2013 werden wie im Positionspapier der Partei das Prinzip „Fordern und Fördern“ sowie die „christlichen Grundwerte“ betont. Dabei überwiegen die Pflichten der MigrantInnen gegenüber ihren Rechten, besonders sticht die Betonung der fünfjährigen Ansässigkeitsklausel als Voraussetzung für finanzielle Zusatzleistungen vonseiten des Landes ins Auge.

## 5. Politische Positionierung der SVP zur Integration ausländischer StaatsbürgerInnen

Um eine Antwort auf die Frage nach der politischen Positionierung der SVP zur Integration ausländischer StaatsbürgerInnen zu geben, stelle ich die Position(en) der Partei anhand von mehreren Unterbereichen dar. Zuerst werde ich auf die Bedeutung des Faktors „Ethnizität“ für den Umgang der Partei mit der Integration ausländischer StaatsbürgerInnen eingehen. Anschließend soll der Umgang der SVP als selbstdefinierte Minderheitenpartei mit neuen, migrationsbedingten Minderheiten betrachtet werden. In einem weiteren Schritt liegt der Fokus auf dem Faktor der SVP als Sammelpartei und ihrem Umgang in dieser Thematik. Danach sollen die These des *hidden consensus* mit Bezug auf das Verhalten der Partei im Umgang mit der Integration von ausländischen StaatsbürgerInnen überprüft und eine Einordnung in die Integrationsmodelle nach Castles vorgenommen werden. Den Abschluss bilden ein persönliches Fazit sowie der Ausblick auf künftige Entwicklungen in der Partei zu dieser Thematik.

### 5.1. Die Ethnizität der SVP und ihr Umgang mit Integration von ausländischen StaatsbürgerInnen

Auf die Frage, welche Rolle Ethnizität für die SVP im Umgang mit der Integration von MigrantInnen spielt, geben einige Passagen im Positionspapier der Partei einen ersten Einblick. Beispielsweise spricht sich die SVP „klar für die Integration ausländischer MitbürgerInnen auch in die deutsche und ladinische Sprachgruppe aus“ (SVP 2010, 2). Zudem fordert sie, dass bezüglich des Integrationsabkommens in Südtirol „die deutsche Sprache der italienischen gleichgestellt wird“ (SVP 2010, 3). Im Integrationsgesetz wird im Gegensatz dazu eine „Förderung der Sprachkompetenzen in allen drei Landessprachen“ (Landesgesetz zur Integration ausländischer Bürgerinnen und Bürger 2011, 3) betont.

Achammer erklärt, dass die Kenntnis einer der drei Landessprachen Voraussetzung für eine Integration sei, betont aber gleichzeitig, es sei „wirklich wichtig, dass Integration auch in die deutsche Sprachgruppe stattfindet“ (2013, 282–283). Nicht aufgrund der drohenden Verkleinerung der deutschen Sprachgruppe, sondern damit nicht nur „ein Teil der Einheimischen [...] diesen Anteil dieses beidseitigen Prozesses (der Integration, Anm. H.P.) übernehmen, sondern alle“ (2013, 289–290). Deshalb müsse laut Achammer die Integration „gleichermaßen in alle Sprachgrup-

pen“ geschehen (2013, 290), was zur Folge hätte, dass „sicherlich mehr Integration in der deutschen Schule stattfinden muss“ (2013, 292–293). Achammer ist der Ansicht, „wenn die Integrationsarbeit so weiterläuft wie bisher, [...] die italienische Sprachgruppe sehr stark zunimmt oder [...] verhältnismäßig stärker (wird)“, (2013, 342–344) und gesteht ein, die SVP hätte „einfach zu wenig Integrationsarbeit betrieben in vergangener Zeit“ (2013, 346–347).

Die Wissenschaftlerin Verena Wisthaler vom Institut für Minderheitenrechte (EURAC) glaubt, dass in der SVP „ein bisschen noch immer die Angst vorherrscht, dass sich die MigrantInnen, wenn sie [...] zu viel in die italienischen Vereine und in die italienischen Schulen gehen, [...] sie sich dann mit 18 Jahren oder nach einer bestimmten Zeit der italienischen Sprachgruppe zugehörig erklären“ (2013, 24–26). Wisthaler erkennt in der SVP eine Sichtweise, „dass man die Migranten nicht nur den Italienern überlassen kann“ (2013, 109–110). Dieser Haltung schließt sich auch Pallaver an. Seiner Meinung nach ist die Volkspartei „nicht daran interessiert, dass die italienische Sprachgruppe zunimmt“ (2013, 123–124). Pallaver glaubt, dass die SVP die MigrantInnen integrieren will, diese sollten dafür aber „nicht zur italienischsprachigen Seite, sondern zur deutschsprachigen Seite blicken“ (2013, 128–129).

Die Ethnizität spielt für die SVP bei der Integration von MigrantInnen eine Rolle, darin sind sich die ExpertInnen Wisthaler und Pallaver einig. Die Aussagen Achammers lassen darauf schließen, dass die SVP ein Interesse daran hat, die MigrantInnen in die deutsche Sprachgruppe zu integrieren. Der Grund dafür ist die sonstige Verschiebung des Proporztes zugunsten der italienischen Sprachgruppe. Die SVP begreift sich als Partei der deutschen und ladinischen Sprachgruppe in Südtirol und diese ethnische Konnotation zeigt sich auch in ihrem Umgang mit der Integration von MigrantInnen. Das Fehlen einer sprachgruppenübergreifenden Identität wirkt sich „auch auf die Eingliederung von Migranten aus“ (Wisthaler 2013, 290–291).

## 5.2. Die SVP als Minderheitenpartei und ihr Umgang mit „neuen“ Minderheiten

Achammer stimmt der These Medda-Windischers zu, wonach die SVP grundsätzlich eine „defensive Haltung“ zur Integration ausländischer StaatsbürgerInnen einnehme. Diese defensive Haltung ergibt sich laut Achammer aus dem „Selbstverständnis als Minderheit“ (2013, 393–394). Riccardo Dello Sbarba, Abgeordneter der Grünen im Südtiroler Landtag ist hingegen der Auffassung, dass sich die Angehöri-

gen der deutschen und ladinischen Sprachgruppen in Südtirol „nicht mehr als bedrohte Minderheit fühlen“ (2013, 75–76). Nicht anders sei es seiner Meinung nach zu erklären, dass die deutsche Sprachgruppe im Gegensatz zu Sprachminderheiten in anderen Ländern nicht versucht habe, die MigrantInnen in die eigene Gruppe zu integrieren, sondern sich „gegen die Ausländer gewehrt“ habe (2013, 62). Südtirol sei damit „eine Ausnahme, und das ist schon bezeichnend für die Situation“ (Dello Sbarba 2013, 66).

Wisthaler stellt die These infrage, nach welcher der defensive Umgang der SVP mit der Integration von MigrantInnen mit dem eigenen Status als Minderheitenpartei gerechtfertigt werden kann. Eine Minderheit, welche selbst Unterdrückung erfahren hat, könne auch offener gegenüber anderen Minderheiten sein (vgl. Wisthaler 2013, 366–368). Gleichzeitig nimmt die Autorin aber auch Anzeichen eines Wandels innerhalb der SVP bezüglich des eigenen Selbstverständnisses als Minderheitenpartei und des Umgangs mit MigrantInnen wahr. Als symbolisches Zeichen einer Öffnung gegenüber MigrantInnen wertet Wisthaler das Erscheinen eines interkulturellen Kochbuchs in deutscher Sprache mit Rezepten aus Herkunftsländern von MigrantInnen, die in Südtirol wohnen. Als Mitherausgeberin des Buches fungiert SVP-Mandatarin Martha Stocker, welche laut Wisthaler exemplarisch für jene Gruppierung innerhalb der Partei steht, die den Schutz der eigenen Minderheit als primäres Ziel ansieht. Die Tatsache, dass genau Stocker einen Schritt auf die MigrantInnen zu macht, sieht Wisthaler (2013, 30–32) als Anzeichen für diesen Wandel.

Für eine Öffnung der Partei gegenüber MigrantInnen plädiert auch Achammer. Er geht noch einen Schritt weiter und spricht das Thema der Partizipation von MigrantInnen in der Volkspartei an. Es gebe Interesse von MigrantInnen, in der SVP mitzuarbeiten. Wenn man die Zielsetzungen und den Schutz der deutschen und ladinischen Minderheit mitfrage, dann sei jeder in der Partei „sehr willkommen“ (Achammer 2013, 411–412). Achammer gesteht aber ein, dass das Thema innerhalb der Partei auch „sehr delikat“ (2013, 413) sei.

Zusammenfassend kann man sagen, dass das Selbstverständnis als eigene Minderheit die Haltung der Volkspartei noch immer prägt, sie aber nicht davon abhält, im Bereich der Integration von MigrantInnen einen Wandel hin zu einer aktiveren, engagierteren Haltung einzuleiten.

### 5.3. Die SVP als Sammelpartei und ihr Umgang mit der Integration ausländischer StaatsbürgerInnen

Achammer sagt in Bezug auf das SVP-Positionspapier „Fordern und Fördern“, man habe versucht, möglichst alle Interessensgruppen innerhalb der Partei, im Besonderen jedoch die Sozialpartner, den Wirtschafts- und Arbeitnehmerflügel und die Landwirtschaft einzubinden. Die gemeinsame Basis für das Positionspapier sei die christlich-soziale Ausrichtung gewesen. Das Positionspapier sei eine „Grundposition, die jetzt sicherlich Parteilinie ist und auch gilt“ (2013, 249). Das unterscheidet dieses Papier von anderen, restriktiveren Positionspapieren von SVP-PolitikerInnen in den Jahren zuvor, welche laut Achammer nicht als „Gesamtposition der Partei“ (2013, 228) bezeichnet werden konnten.<sup>3</sup>

Wisthaler glaubt nicht, dass es innerhalb der SVP noch „extreme feindliche Kräfte“ gegenüber Ausländern gebe wie noch vor ein paar Jahren (2013, 113–114). Sie ist allerdings der Meinung, dass es innerhalb der Partei unterschiedliche Auffassungen vom Umgang mit dem Thema Integration von MigrantInnen gibt. Sie glaubt, dass eine Gruppierung junger SVP-PolitikerInnen um Achammer, Amhof, Dejaco und Hoffmann das Positionspapier „Fordern und Fördern“ ausgearbeitet habe und dahinter stehe, während andere in der Partei es abgesegnet hätten nach dem Motto: „Es stört mich nicht, aber es ist jetzt nicht meine Meinung“ (Wisthaler 2013, 176–177).

Pallaver vertritt die Meinung, dass es innerhalb der Volkspartei sehr wohl unterschiedliche Positionen zur Integration von MigrantInnen gebe. Als Beispiel führt er „sehr nationale bis nationalistische Positionen“ (2013, 45) in der SVP, wie sie die „Arbeitsgruppe Heimat“ vertrete, an, Positionen, die sich von jenen der Wirtschaftsseite deutlich unterscheiden. Pallaver glaubt, dass dieser nationale Flügel „sporadisch, aber immer wieder, vor allem intern“ (2013, 49) Druck auf die Partei ausübe, was verschiedene Themenfelder im Bereich der Integration von MigrantInnen anbelangt. Noch seien diesem Druck laut Pallaver „nicht alle Tore geöffnet“ (2013, 60), es gebe auch Gegendruck und innerhalb der Partei werde nach einem Kompromiss gesucht. Derzeit sei der verbale Radikalismus gegenüber MigrantInnen in der Partei „relativ auf der unteren Ebene angesiedelt“ (2013, 62).

## 5.4. Die SVP und die These des *hidden consensus*

Der These des *hidden consensus* zufolge vermeiden politische Parteien im Umgang mit der Integration von MigrantInnen eine klare politische Positionierung, um parteiinterne Fraktionen und die eigene Wählerschaft nicht gegen sich aufzubringen und trotz Vorbehalten in der Bevölkerung ihre relativ liberale Position in der Thematik aufrechtzuerhalten. Diese These lässt sich im Fall der Südtiroler Volkspartei belegen.

Achammer ist der Meinung, das Positionspapier der SVP sei „eine klare politische Differenzierung gegenüber anderen Parteien“ (2013, 96). Pallaver dagegen erklärt, dass die SVP seiner Meinung nach eine klare Positionierung in dieser Thematik vermeide. Deshalb treffe die These des *hidden consensus* „eindeutig“ (2013, 179) auch auf die SVP zu. Laut Pallaver wird versucht, einen Grundkonsens innerhalb der Partei zu finden und dabei die internen Fraktionen „nicht zu brüskieren“ (2013, 181). Deshalb gehe die SVP in dieser Hinsicht „eher pragmatisch vor, weniger ideologisch“ (2013, 184). Die SVP müsse die Bedürfnisse der eigenen Wählerschaft berücksichtigen, laut Pallaver mache sie das „sehr gedämpft [...] und ein bisschen durch die Hintertür“ (2013, 26). Auch Wisthaler schätzt den täglichen Umgang der SVP mit der Integration von MigrantInnen als „nach wie vor relativ pragmatisch“ (2013, 204) ein.

Obwohl sich die SVP mit dem Positionspapier von den anderen politischen Parteien abgegrenzt hat, vermeidet sie eine klare Position zur Integration von MigrantInnen. Das wird auch beim Integrationsgesetz deutlich, das laut Achammer schon „im Vorhinein als Rahmen ausgerichtet war, der dann auch mit Durchführungsmaßnahmen ausgefüllt werden soll“ (2013, 485–486). Wisthaler glaubt, dass die SVP das Integrationsgesetz inhaltlich so offen gehalten habe, um „nicht zu viel die Gemüter auf diesem Feld zu erhitzen“ (2013, 144–145). Dieses Vorgehen der Volkspartei steht exemplarisch für die These des *hidden consensus*.

## 5.5. Einordnung der Position der SVP in die Integrationsmodelle nach Castles

Auf der Grundlage der Analyse des Materials kann man die Politik der SVP im Umgang mit MigrantInnen am ehesten in das Modell der „differenziellen Exklusion/differenziellen Inklusion“ einordnen. Aufgrund der Tatsache, dass die Argumente von Castles sehr verallgemeinernd ausgedrückt sind, fallen lediglich einige Ansätze der Politik der SVP unter dieses Modell.

Wie im Modell von Castles beschrieben, sollen MigrantInnen nach dem Willen der SVP Zugang zu bestimmten gesellschaftlichen Bereichen wie zum Beispiel zum Arbeitsmarkt, zur Bildung und zum Gesundheitssystem haben. Dagegen sollen sie nur erschwert Zugang zu finanziellen Leistungen über Grundleistungen hinaus sowie zur politischen Partizipation erlangen. Zudem befürwortet die SVP ebenso wie in Castles' Modell restriktive Regelungen bezüglich des Familiennachzugs. In Südtirol ist zudem das Merkmal des Zugehörigkeitsgefühls zu einer bestimmten ethnischen Gruppe, insbesondere was die deutsche Sprachgruppe und damit auch die SVP anbelangt, erfüllt – laut Castles tritt das Modell der „differenziellen Exklusion/differenziellen Inklusion“ häufig in Ländern auf, wo diese Bedingung gegeben ist. Laut dem Autor erfüllen vor allem „neue“ Einwanderungsländer dieses Modell und würden eine ambivalente Haltung einnehmen. Einerseits sehen sie MigrantInnen als billige Arbeitskräfte an, andererseits entwickle sich nur langsam ein Verständnis als Einwanderungsland. Vor allem diesen letzten Satz würde ich in Hinblick auf die SVP und Südtirol im Allgemeinen als zutreffend bezeichnen.

Andererseits stimmt die Politik der SVP nicht in allen Bereichen mit diesem Modell überein. MigrantInnen bleiben in Südtirol nicht von Gesundheitsleistungen ausgeschlossen, wie es im Modell von Castles der Fall ist. Dazu gibt es laut Positionspapier der SVP und dem Integrationsgesetz Bemühungen, damit MigrantInnen vollständig am gesellschaftlichen Leben partizipieren können.

## 6. Fazit und Ausblick

Generell sei die SVP laut Wisthaler dafür, „MigrantInnen zu integrieren und in die Gesellschaft aufzunehmen“ (2013, 20–21), wenn die geltenden Regeln eingehalten würden. Wisthaler glaubt, dass sich in der Partei die Ansicht durchgesetzt habe, dass Migration ein Phänomen sei, das man „aktiv [...] gestalten“ muss (2013, 120). Cimadom glaubt, die SVP habe in Bezug auf die Integration von MigrantInnen grundsätzlich einen „realistischen Blick auf die Sache, die Menschen sind hier und bleiben hier“ (2013, 132). In Bezug auf das Integrationsverständnis der Partei glaubt Cimadom, dass „momentan eher von Anpassung gesprochen wird, mit dem wohlwollenden Blick, ‚Ich meine Integration schon als Beidseitiges und so““ (2013, 158). Der Stellenwert, den die SVP dem Thema zuweist, lässt sich laut Cimadom an den im Integrationsgesetz dafür zur Verfügung gestellten finanziellen Mitteln abmessen. Das Thema sei für die Partei wichtig, „aber es sollte irgendwie gratis, [...] von alleine funktionieren“ (2013, 171).



Dello Sbarba erklärt, die SVP habe in Bezug auf die Integration von MigrantInnen „zu spät reagiert“ (2013, 123). Die SVP hätte sich in diesem Bereich nur bewegt, weil sie Stimmen an die Freiheitlichen verloren habe. Pallaver hat den Eindruck, dass die SVP sich in Bezug auf die Integration von MigrantInnen „relativ gemäßigt“ (2013, 14) verhalte, wengleich auf der unteren Ebene schon „gewisse Vorbehalte“ (2013, 15–16) vorhanden seien. Die SVP verhalte sich in dieser Thematik „auf zweiter Ebene“ (2013, 24), weil ihr laut Pallaver bewusst sei, dass sie die Themenführerschaft in dieser Frage nicht übernehmen könne. Pallaver stimmt der Eigendefinition der SVP zu, dass sie eine „vernünftige Ausländerpolitik“ (2013, 36) betreibe.

Sowohl Pallaver als auch Wisthaler erklären, dass die Position der SVP zur Integration von MigrantInnen aus dem Jahre 2013 nicht mit jener aus dem Jahre 2008 zu vergleichen sei. Damals hätte die SVP laut Pallaver versucht, eine ähnlich restriktive Position im Umgang mit MigrantInnen einzunehmen wie die Freiheitlichen. Das hätte sich aus mehreren Gründen nicht bewährt, deshalb habe sich die SVP auf diese „definitive Position des Pragmatismus“ (Pallaver 2013, 196–197) zurückgezogen. Die SVP sei laut Pallaver somit „keine explizit ausländerfeindliche Partei“ (2013, 199). Wisthaler glaubt, dass die SVP in dieser Thematik seit den Landtagswahlen 2008 einen Wandel durchgemacht habe, der auch noch nicht abgeschlossen sei. Sie ist jedoch weiterhin der Meinung, dass innerhalb der Partei noch nicht „die kongruente Haltung“ (2013, 70; Hervorhebung im Original, Anm.) in dieser Thematik gefunden wurde.

Diese Aussage von Wisthaler, dass es innerhalb der SVP einen Wandel hin zu einem aktiveren Umgang mit der Integration von MigrantInnen gibt, jedoch nach wie vor keine parteiübergreifende kongruente und eindeutige politische Positionierung zu erkennen sei, kann als Fazit für diesen Artikel dienen. Dazu kommen der innerparteiliche Pragmatismus und die Tatsache, dass die Position der SVP keinesfalls „in Stein gemeißelt“, sondern sehr wandlungsfähig erscheint.

Mit Achammer und Amhof haben bei den Landtagswahlen im Herbst 2013 auch zwei VerfasserInnen des SVP-Positionspapiers den Einzug in den Südtiroler Landtag geschafft.

Achammer wird in der neuen Landesregierung unter anderem auch das Ressort für Integration innehaben, welches zuletzt in Händen des Koalitionspartner Partito Democratico war. Durch die Entscheidung der SVP, dieses Ressort selbst zu bekleiden, weist die Partei der Thematik einen höheren Stellenwert zu. Damit könnte sich auch der Wandel der Partei hin zu einem aktiveren Umgang mit MigrantInnen in Zukunft fortsetzen.

---

## Anmerkungen

- 1 Bei den Landtagswahlen 2013 verlor die SVP erstmals seit dem Jahr 1948 die absolute Mehrheit an Mandaten im Südtiroler Landtag.
- 2 Achammer war von 2009 bis 2013 Parteisekretär der SVP. Das Interview mit ihm wurde noch in dieser Funktion geführt. In der Legislaturperiode 2013–2018 sitzt Achammer ebenso wie Amhof für die SVP im Südtiroler Landtag. Achammer ist zudem Landesrat für deutsche Schule und Kultur und führt unter anderem auch das Ressort „Integration“.
- 3 Die SVP-MandatarInnen Franz Pahl, Martina Ladurner, Hanspeter Munter und Seppl Lamprecht verfassten im Jahr 2008 eine Grundsatzschrift zum Thema Einwanderung, in der sie vor allem die schwierige Integration muslimischer MigrantInnen betonten. Wisthaler hatte unter anderem deshalb die Politik der SVP im Bereich der Migration und Integration als Mischung von „extreme segregation and assimilation measures“ (Wisthaler 2008, 5) beschrieben.

---

## Literaturverzeichnis

### Primärquellen

Achammer, Philipp (2013). Experteninterview (27.3.2013)

Cimadam, Sonja (2013). Expertinneninterview (26.3.2013)

Dello Sbarba, Riccardo (2013). Experteninterview (4.4.2013)

*Koalitionsabkommen zur Bildung der Landesregierung für die Legislaturperiode 2013 bis 2018* (2013).

Dezember 2013. <http://static.squarespace.com/static/514dcba2e4b023ca28fbed3e/t/52c1d57ce4b0491644559b2b/1388434812383/Koalitionsabkommen%20DE.pdf> (16.1.2014)

*Landesgesetz zur Integration ausländischer Bürgerinnen und Bürger* (2011). 28. Oktober 2011, Nr. 12.

[http://lexbrowser.provinz.bz.it/doc/de/194047/landesgesetz\\_vom\\_28\\_oktober\\_2011\\_nr\\_12.aspx?view=1](http://lexbrowser.provinz.bz.it/doc/de/194047/landesgesetz_vom_28_oktober_2011_nr_12.aspx?view=1) (16.1.2014)

Pallaver, Günther (2013). Experteninterview (11.6.2013)

SVP (2010). Positionspapier „Fordern und Fördern“

SVP (2013). Das Programm der Südtiroler Volkspartei. Landtagswahlen 2013. [www.svp.eu/de/themen/](http://www.svp.eu/de/themen/) (8.1.2013)

Wisthaler, Verena (2013). Expertinneninterview (5.4.2013)

## Sekundärquellen

- Ager, Alastair/*Strang*, Alison (2008). Understanding Integration. A Conceptual Framework, in: *Journal of Refugee Studies*, Vol. 21, Nr. 2, Oxford: University Press, 166–191
- Astat (2012). Ausländische Wohnbevölkerung 2011. Astat-Info, Nr. 41. 6/2012, Bozen: Landesinstitut für Statistik. [www.provinz.bz.it/astat/de/bevoelkerung/404.asp?aktuelles\\_action=4&aktuelles\\_article\\_id=396557](http://www.provinz.bz.it/astat/de/bevoelkerung/404.asp?aktuelles_action=4&aktuelles_article_id=396557) (14.2.2013)
- Astat (2013). Ausländische Wohnbevölkerung 2012. Astat-Info, Nr. 71. 9/2013. Bozen: Landesinstitut für Statistik. [www.provinz.bz.it/lpa/service/news.asp?archiv\\_action=4&archiv\\_article\\_id=435563](http://www.provinz.bz.it/lpa/service/news.asp?archiv_action=4&archiv_article_id=435563) (16.1.2014)
- Castles, Stephen (Hg.) (2000). *Ethnicity and Globalization. From Migrant Worker to Transnational Citizen*, London: Sage, 133–154
- Esser, Hartmut (2001). Integration und ethnische Schichtung. Zusammenfassung. Arbeitspapier 40. <http://library.fes.de/pdf-files/akademie/online/50366.pdf>; [http://sportmedizin.uni-paderborn.de/\\_pdf/smi\\_material/433/2323-0.pdf](http://sportmedizin.uni-paderborn.de/_pdf/smi_material/433/2323-0.pdf) (7.5.2013)
- Fassmann, Heinz (2006). Der Integrationsbegriff: missverständlich und allgegenwärtig – eine Erläuterung, in: *Oberlechner*, Manfred (Hg.). *Die missglückte Integration? Wege und Irrwege in Europa*, Wien: Braumüller, 225–238
- Girardi, Rainer (2011). Geschichtlicher Abriss und demographische Daten zur Migration in Südtirol, in: *Medda-Windischer*, Roberta/*Hetfleisch*, Gerhard/*Meyer*, Maren (Hg.). *Migration in Südtirol und Tirol. Analysen und multidisziplinäre Perspektiven*, Bozen: EURAC Research, 77–94
- King, Russell/*Mai*, Nicola (2011). *Out of Albania. From crisis migration to social inclusion in Italy*, Oxford: Berghahn
- Medda-Windischer, Roberta/*Girardi*, Rainer (Hg.) (2011). *Jahresbericht über Einwanderung in Südtirol 2010*, Bozen: EURAC Research
- Medda-Windischer, Roberta/*Hetfleisch*, Gerhard/*Meyer*, Maren (Hg.) (2011). *Migration und Integration in Südtirol und Tirol. Analysen und multidisziplinäre Perspektiven*, Bozen: EURAC Research
- Nohlen, Dieter/*Schulze*, Rainer-Olaf (Hg.) (2010). *Lexikon der Politikwissenschaft. Theorien, Methoden, Begriffe*, München: C.H. Beck Verlag
- Pallaver, Günther (2007). Die Südtiroler Volkspartei, in: *Ferrandi*, Giuseppe/*Pallaver*, Günther (Hg.). *Die Region Trentino-Südtirol im 20. Jahrhundert. Politik und Institutionen*, Trento: Museo Storico del Trentino, 631–657
- Piccoli, Lorenzo (2013). Redrawing Identity Boundaries through Integration Policies. Strategies of Inclusion/Exclusion of Immigrants in Québec and South Tyrol. *European Diversity and Autonomy EDAP Papers*, 01/2013, Bozen: EURAC Research. [http://aei.pitt.edu/39795/1/2013\\_edap01.pdf](http://aei.pitt.edu/39795/1/2013_edap01.pdf) (16.1.2014)
- Triadafilopoulos, Triadafilos/*Zaslove*, Andrej (2006). Influencing Migration Policy from Inside. Political Parties, in: *Giugni*, Marco/*Passy*, Florence (Hg.). *Dialogues on Migration Policy*, Lanham MD: Lexington Books, 171–192

## Abstracts

### **La posizione della Südtiroler Volkspartei sull'integrazione degli immigrati**

Nell'articolo viene analizzata la posizione della Südtiroler Volkspartei in merito all'integrazione degli immigrati in Alto Adige. I documenti presi in esame sono la dichiarazione della Volkspartei su questo argomento (2010), la legge provinciale sull'integrazione (2011), il programma del partito per le elezioni 2013 nonché il programma di coalizione Volkspartei/Partito democratico per la legislatura 2013-2018. I metodi adottati sono l'analisi qualitativa e le interviste con esperti. Il risultato dell'analisi evidenzia che la Südtiroler Volkspartei evita di prendere una posizione esplicita sul tema dell'integrazione degli immigrati. Negli ultimi anni si notano un'inversione di tendenza ed un'intensificazione delle attività in questo campo da parte della Volkspartei. Con Philipp Achammer, nuovo assessore per l'integrazione nel governo provinciale, questo cambiamento a favore dell'integrazione e contro l'esclusione potrebbe accentuarsi ulteriormente.

## La posizion dla Südtiroler Volkspartei n cont dla integrazion de zitadins da oradecà

L cuntribut se dà ju cun la posizion dla Südtiroler Volkspartei (SVP) n cont dla integrazion de zitadins da oradecà. Per chësc fin vëniel analisà i cuntenuc dla plata dla SVP “Fordern und Fördern” (2010), la lege de integrazion de Südtirol, l program dla veles 2013 dla SVP, sciche nce l cuntrat de coalizion danter SVP y PD (2013). Leprò vëniel nce interpretà ntervistes a esperc. Daujin ala posizion politica di partic fovel de nteres nce fatores sciche etnizità y l cumpurtamënt a nivel de partit dla mendranzes autoctones cun la mendranzes “nueves”. Sciche resultat possen di che l partit schiva na posizion tera te chësta tematica, nce ajache tl partit iel pozizions defrëntes n cont dla integrazion de zitadins da oradecà. Ma l ie da udëi na tendënza tl partit de vieres de na politica de integrazion plu ativa, n chësc cont dëssa de plu migranc unì integrei tla grupa de rujenada tudëscia y ladina. Cun la sëurantëuta dl ressort “integrazion” da pert dl mandatar Philipp Achammer tla jonta provinziela nueva pudëssa l mudamënt de vieres de n cumpurtamënt plu atif n cont dla integrazion de migranc jì inant tl daunì.

## The integration policy of the South Tyrolean People's Party

This article deals with the integration policy of the South Tyrolean People's Party (SVP). The key documents used for the analysis are the official statement of the party on integration policy (2010), the integration law (2011) and the party program presented in the course of the regional elections in 2013. The methods applied are qualitative content analysis and expert interviews. The paper resumes arguing that the South Tyrolean People's Party tries to avoid taking a clear stance on this question. Some groups within the party show a tendency towards a more active integration policy. The SVP-integration officer, Philipp Achammer, who has been newly introduced, indicates the party's willingness to preserve this growing activity also in the future.

**7. Politische Bildung**  
**Educazione politica**

A series of horizontal dashed lines spanning the width of the page, intended for writing notes or answers.

**Andrea Felis**

## **L'educazione politica/civica nelle scuole di lingua italiana dell'Alto Adige**

### **1. Radici ingombranti**

La scuola di lingua italiana della provincia di Bolzano ha ereditato dal passato un carico ingombrante, legato profondamente alla propria storia ed alle dinamiche di insediamento della comunità di lingua italiana nel territorio del Tirolo meridionale, a partire dal primo dopoguerra.

Dal 1919 si situa una presenza di lingua italiana non più episodica ma stanziale, a seguito dell'annessione territoriale di quello che diventa il Trentino-Alto Adige (che fin dalla denominazione, con il richiamo alla divisione per dipartimenti fluviali, parrebbe rimandare ad uno sfondo napoleonico, statualista, in cui nulla viene salvato della denominazione precedente, con la cancellazione del toponimo "Tirolo"). Qui comincia a nascere una "politica scolastica" forse unica in tutta la storia dell'istituzione formativa nazionale, legata dal suo sorgere alla volontà di porre le basi per un controllo efficace non di tipo sociale, o morale, o ideologico, bensì fondamentalmente etnico.

Da principio tale fisionomia si lega al portato della cultura post-risorgimentale, sabauda eppure anche con rimandi di ispirazione vagamente mazziniana; ma è in

particolare con l'avvento del fascismo, e nello specifico dopo il 1925 con il varo di una politica di nazionalizzazione forzata della comunità di lingua tedesca e il contemporaneo progressivo insediamento coatto di una comunità operaia e contadina di lingua italiana, che la scuola altoatesina comincia a svolgere un compito ed una funzione di "fabbrica identitaria", dal connotato – come si diceva – davvero unico.

È una storia davvero speciale, in quanto solo come sfondo rimaneva legata alle istanze pedagogico-culturali derivate dall'eredità romantico-patriottica altrove dominante (verrebbe da definirla "deamicisiana", profilata com'è sul mix ideologico robustamente espresso dall'estetica pedagogica del libro "Cuore", autentico viatico patriottico-educativo per le generazioni diventate "italiane" fra il 1861 ed il 1900). I propri caratteri originari li derivava soprattutto dalla sua missione "civilizzatrice", tutta locale, di confine, fino ad essere "di contrasto" con la cultura linguistica e tradizionale legata alla comunità germanofona o – in misura diversa – romancia. Tali caratteri non risultavano in fondo troppo lontani dai toni, gli stili, le estetiche presenti su tutto il territorio nazionale nella fase di rafforzamento del regime autoritario, ma trovavano una traduzione in loco, rafforzata, condensata attorno al nucleo identitario, ed ideologicamente perseguita con maggiore incisività che altrove.

Qui infatti giocavano una funzione ed un ruolo davvero particolari non solo la presenza anomala di un ipernazionalista irrisolto quale il tardivo Ettore Tolomei, un autentico sopravvissuto di una cultura ormai sparita – quanto meno negli anni Trenta – anche dall'orizzonte ideologico del regime (quella degli Oriani, di Corradini ed epigoni); ma anche il fatto di svolgersi in una realtà confinaria sorta da un conflitto immane quale quello della Grande Guerra, nel corso del quale (e in particolare dopo il 1917) la figura del "nemico", il "tedesco", era stata enfatizzata come non mai in precedenza con funzione già ideologica, e nella quale la precedente esperienza risorgimentale di "furore patriottico" si era concentrata sul nemico per eccellenza, che parlava tedesco ed era l'incarnazione della barbarie nordica contro la solarità della civiltà latina.

Ora, nella provincia di Bolzano, dopo la guerra, "il nemico" era situato dentro i confini nazionali, parlava un dialetto germanofono, risultava legato a stili e tradizioni della civiltà contadina di montagna ed era acquattato con la forza dei suoi sei anni dentro un'aula, collocata magari anche in zone remote, con collegamenti relativi con il fondovalle, lontano dal contatto redentore con la civiltà di Dante e Carducci.

La missione civilizzatrice si colorava pertanto di tinte assai più forti che altrove, dove prevaleva magari l'aspetto di classe o di controllo politico-sociale della cultura pedagogica fascista, e pertanto l'enfasi sul carattere dell'italianità nel con-



testo altoatesino da poco costruito significava qualcosa di diverso rispetto a quanto era stato anche nei disegni del '23 di Giovanni Gentile o di quanto, in altro momento, sarà varato da Giuseppe Bottai nel '39.

Se in entrambi i quadri di riforma fascista il sistema scolastico di regime si muoveva sempre e comunque lungo un asse profilato in età liberale – con alcuni tratti certo peculiari ai sistemi autoritari del primo Novecento, quali il mantenimento di una visione sostanzialmente elitaria della gerarchia delle scuole, con il ginnasio-liceo al vertice, e degli ordini socioculturali di riferimento, la piccola borghesia<sup>1</sup> prevalentemente letteraria gentiliana o quella moderatamente modernista di Bottai – la traduzione nel contesto altoatesino ne faceva virare la barra verso esiti ben più ideologici, discriminatori, impositivi. Il divieto dal 1925 dell'insegnamento e apprendimento della lingua tedesca e gli accordi fatidici delle opzioni che tenderanno nel 1939 ad eliminare del tutto la componente di lingua tedesca della società locale, sono aspetti di un volto dell'istituzione scolastica che avvicina la scuola altoatesina, nei suoi compiti e funzioni, più a un modello di tipo totalitario – certo incompiuto – che autoritario tradizionale.

Non è inutile infine ricordare che i provvedimenti discriminatori della politica razzista del fascismo in funzione antiebraica successivi al luglio del '38 produrranno nella piccola provincia effetti altrettanto eclatanti – considerata la visibile presenza della comunità ebraica di Merano anche tra la popolazione scolastica, anche ai livelli più elevati, quali quelli liceali – che affiancano l'inclinazione totalitaria di un'istituzione che più che includere esclude, che più che civilizzare emargina o elimina, che ideologizza uno scenario educativo in chiave etnica, identitaria, idiomatica.

La violenta e deformante parentesi dell'occupazione nazista del territorio fra il settembre del '43 e il maggio del '45 non farà altro che mostrare da un lato drammaticamente l'inutilità di un tale apparato scolastico di fronte all'irrompere delle dinamiche belliche, mentre dall'altra tale istituzione totale aveva già prodotto i suoi frutti, per così dire, descritti in modo illuminante da Claus Gatterer: “I bambini delle minoranze – ancor più di quanto generalmente accade a tutti i ragazzi negli Stati a regime dittatoriale – apprendevano fin dalla scuola un comportamento schizofrenico. A casa, o in famiglia, Cesare Battisti o Guglielmo Oberdan passavano per ‘traditori’; a scuola erano esaltati come eroi. I padri della maggior parte di quei bambini avevano partecipato – più o meno volentieri – alla guerra mondiale dalla parte austriaca. E adesso a scuola si insegnava che i soldati austriaci erano barbari, disumani, crudeli; i bambini dovevano ripeterlo durante le ore di storia, e loro recitavano la lezione, scrivevano i compiti come era prescritto, però sapevano che li

stavano costringendo a dire e a scrivere delle cose non vere. C'è da stupirsi che considerassero non vero tutto quello che gli italiani – maestri e non – dicevano loro? Che attribuissero agli italiani, nella loro fantasia, tutto quello che i testi scolastici addossavano ai loro padri? Scuole tedesche in Sudtirolo e scuole slave nella Venezia Giulia non sarebbero mai riuscite a suscitare e a diffondere tanto odio per l'Italia quanto ne scaturì dalle scuole italiane imposte ai bambini di questi territori” (Gatterer 1994, 530).

### 1.1. Sotto le ceneri

Quale scuola sorge pertanto, in un territorio così pesantemente ferito dalle vicende novecentesche, in età repubblicana? Le ceneri della devastante esperienza di guerra, ceneri da cui ricostruire, non sono qui, ancora una volta, quelle rimaste dagli incendi, le distruzioni, gli eccidi commessi da un'anonima e barbarica “canaglia soldatesca” nemica, estranea, soggetto astratto e impersonale nella sua brutalità estrema; qui il volto e le fattezze dell'artefice della distruzione, del disastro, responsabile di colpe indicibili sono quelli del vicino di casa, e questi è il nemico. L'italiano fascista per il sudtirolese, il tedesco nazista per gli italiani altoatesini. Vicino e lontano, noto e incomprensibile.

Ancora una volta, è il paradigma etnico-linguistico l'architrave che regge la ricostruzione dell'istituzione scolastica: la discontinuità prodotta dall'evento bellico e dall'occupazione nazista del territorio si risolve nella riproposizione, in forme nuove ma affini, del paradigma identitario quale elemento di fondo caratterizzante l'azione formativa ed educativa.

Nello scenario postbellico, l'Italia democratica e postfascista fatica a elaborare un modello di scuola ad un tempo nazionale e specifico per questo territorio, e si limita ad importare il modello che sta prendendo piede, fino al 1962 quando la legge 1859 del ministro Luigi Gui rivoluziona la società con l'introduzione della scuola media unificata.

Ora, l'elemento significativo dal secondo dopoguerra è che cominciano ad esistere tre scuole nel sistema altoatesino, garantite dallo statuto speciale del '48, distinte per gruppi linguistici, con un ruolo istituzionale quasi prefettizio in materia scolastica affidato alla sovrintendenza di lingua italiana, quale garante dell'aderenza della scuola locale alle norme e ai fondamenti del sistema nazionale.

Dagli anni Cinquanta, e con l'escalation della tensione fra i gruppi linguistici, nel quadro certo mediato comunque dalla cornice istituzionale democratica e dal

referente internazionale, la scuola non costituirà dunque per la comunità di lingua italiana uno strumento principe di democratizzazione e di progresso politico e civico per le giovani generazioni, se non in virtù dei contenuti culturali generali diffusi e trasmessi: ma certo non lo sarà come strumento di crescita in relazione alla consapevolezza della complessità del territorio o per gli aspetti di pluralismo linguistico, culturale, tradizionale ad esso collegati.

Fino ai primi anni Settanta la scuola di lingua italiana perpetuerà quella funzione di luogo di miscela di appartenenza socioculturale e spazio di consacrazione nazionale attraverso la cultura, i rituali trasmissivi, la stessa provenienza del ceto scolastico dei docenti e perlopiù degli studenti, “immigrati di prima generazione” nella maggioranza dei casi. Collocata quasi dappertutto in fondovalle e comunque nei centri di medie dimensioni, la scuola di lingua italiana difficilmente pratica spazi, linguaggi ed azioni aperte alla conoscenza del territorio in cui è collocata, se non in modo episodico e certo non in virtù del sostegno delle istituzioni. In buona parte dei casi, funge da sentinella, ancora fino agli anni Settanta, di un’identità italiana confinaria, preoccupata, spesso instabile, che si sente minacciata o comunque garantita solo dal perpetuarsi del cordone ombelicale con la madrepatria che si estende a sud delle Alpi. L’insegnante meridionale, o dell’Italia centrale, inviato a Vipiteno, a Brunico, a Silandro, impara a sopravvivere *in partibus infidelium*, e intorno a lui – o a lei – una realtà estranea, se non ostile.

## 1.2. Piccoli fuochi

Solo l’importante ma effimera parentesi della contestazione studentesca costituisce l’elemento nuovo che irrompe nello spazio angusto della divisione per gruppi linguistici dentro un confine interno, quasi organico, cui la scuola presiede per vocazione storicamente stratificata.

Il decennio degli anni Settanta si conclude con esperimenti – perlopiù puramente verbali ed extrascolastici, ma significativi – di richieste di nuove modalità e nuovi spazi di incontro fra i giovani dei diversi gruppi linguistici, ma è dinamica destinata a terminare con il riflusso dell’onda generale, e ripiegherà in ambiti non scolastici seppur culturali (associazionismo, organizzazioni del tempo libero e della cultura) nati a ridosso dell’esperienza scolastica stessa<sup>2</sup>.

Di questa esperienza rimane l’importanza, davvero unica nel suo genere, di avere portato dentro le mura scolastiche forme di impegno e di ricerca legate alla sfera politica, civica, normativa, ma nella maggior parte dei casi solo “nella” scuo-

la e non “dentro l’istituzione scuola”, se non addirittura “contro” la scuola stessa. Una palestra di educazione civica collettiva in cui la scuola è lo scenario ma non lo spazio di riflessione o luogo di elaborazione di strumenti: ciò che è rimasto intanto costante da allora è invece la funzione svolta dalle forme di rappresentanza per componenti, dal 1974 (gli “organi collegiali”: i consigli di circolo o di istituto, i consigli di classe). Questi organismi però esauriranno presto la loro blanda funzione, giunti troppo tardi per dare forma alle richieste portate all’epoca dagli studenti e inadatti a dare spessore agli esperimenti invocati. La loro sopravvivenza, come si vedrà, garantirà comunque una pur debole presenza di “consapevolezza formativa civica” nella scuola, rivolta principalmente ai genitori nella scuola primaria e secondaria di primo grado, ma estesa ai ragazzi nelle secondarie di secondo grado.

Intanto cambiamenti strutturali si stavano verificando in capo alla normativa nazionale – quali il decreto ministeriale 9 febbraio 1979 in ordine al riordino della scuola media<sup>3</sup> e i nuovi programmi per la scuola primaria del 1985 – ma soprattutto sul piano locale, con l’applicazione integrale del secondo statuto di autonomia, licenziato nel 1972 ma realizzato progressivamente proprio a partire dalla fine degli anni Settanta, con la novità per la scuola di porre l’attenzione – in precedenza poco o per nulla presente – sull’asse linguistico, improvvisamente emerso come il centro nevralgico dell’attività scolastica.

L’articolo 3 del d.p.r. n. 752 del 1976 aveva certamente rivoluzionato in modo silenzioso il ruolo della scuola di lingua italiana, e soprattutto di quella superiore, ma i frutti si sarebbero visti solo nel corso del decennio successivo.

Infatti, la vocazione professionale dei gruppi dirigenti della comunità di lingua italiana, che aveva uno sbocco occupazionale storicamente consolidato nel settore degli uffici e segnatamente in quelli pubblici, si trovava all’improvviso di fronte ad un ostacolo non immediatamente previsto né visibile: il conseguimento dell’attestato di conoscenza della seconda lingua per qualunque – o quasi – carriera nel settore pubblico.

Il merito scolastico, tradizionale strumento di misurazione per l’accesso ai profili professionali di rango quanto meno nelle intenzioni della scuola nazionale, qui improvvisamente veniva meno o si rifrangeva sullo scoglio della conquista del titolo di bilinguismo, certificato in modo estremamente rigido e con criteri talvolta misteriosi.

Alla scuola veniva allora affidato un compito sociale che altrove era impensabile, e affiorava dopo il decennio “rosso” della scuola di lingua italiana – in cui sventolavano le bandiere dell’intera gamma cromatica del sinistrismo nazionale, da

quello estremo e settario a quello riformista e legato al comunismo italiano – il latente e poi esplosivo disagio e l'insofferenza di parti consistenti della comunità giovane di lingua italiana, sia verso il principio della proporzionale etnica per l'accesso al lavoro pubblico, che soprattutto verso la conoscenza certificata della lingua tedesca.

Dall'insofferenza socioculturale al riaffiorare dei mai del tutto sopiti sentimenti nazionalisti o revanscisti il passo fu davvero breve, e nel volgere di un lasso brevissimo di tempo le scuole, anziché ospitare i collettivi dei sopravvissuti o dei nostalgici degli anni caldi, andarono a diventare il luogo di sedimentazione di un rancore etnico-sociale di grande pericolosità per i delicati equilibri raggiunti in questo territorio.

Dai primi anni Ottanta e per tutto il ventennio successivo, con qualche eccezione nei licei, la scuola superiore di lingua italiana – ma con radici già nella scuola media – contribuirà a dare forma e voce nella maggioranza dei casi a culture politiche giovanili perlopiù connotate “a destra”, dentro la cornice del riflusso generale dei movimenti di sinistra e nella fase montante dell'onda che comincerà a crescere nella società italiana di deriva genericamente destrorsa: ma nella provincia di Bolzano il terreno di coltura sarà particolarmente vivace, e rifletterà per molto tempo gli effetti della cosiddetta “onda nera” del 1985 con un sentire comune fortemente nazionalista, in chiave anti-Svp e tendenzialmente ostile ai mutamenti linguistici in atto (Giudiceandrea 2006, Vasalli 1985). Nonostante la relativa debolezza in campo culturale, formativo e propositivo delle esperienze maturate nella cornice della destra nazionalista italiana, la scuola solo relativamente saprà diventare il luogo di formazione di modelli culturali di impegno e partecipazione più incisivi sul piano del dialogo, dell'apertura, del confronto.

Dentro il contesto del riflusso generale di impegno e consapevolezza civico-politica, l'istituzione scolastica di lingua italiana nei grandi numeri si chiamerà fuori da compiti di irrobustimento di una coscienza civica, democratica e pluralista, e preferirà recitare il ruolo e svolgere la funzione di uno spazio asettico, impersonale, dove solo l'ambito chiuso e quasi da confessionale della lezione permetterà in qualche raro caso a studenti ed insegnanti di riflettere sulle modalità costitutive dell'agire politico, del pensiero politico, delle teorie e delle pratiche che sostanziano il discorso civico e politico stesso; la scuola invece al più si costituirà come spazio particolare in cui, attraverso forme e modi consentiti dal principio della “libertà d'insegnamento”, si verranno a creare, in diversi casi, “aree riservate” di consenso, dove le affinità ideologiche, di orientamento o di scelta di campo si richiameranno fra docente e discente, o ammiccheranno dentro la dimensione del contenuto disci-

plinare, nella metodica della lezione frontale, con il rischio di farne un simulacro di catechismo laico.

L'educazione civica si stava intanto avviando, dopo un'esistenza umbratile dal 1958 in poi, alla propria progressiva estinzione.

D'altra parte, a livello nazionale nonostante il tentativo di parziale riforma dei programmi di insegnamento nelle secondarie di secondo grado dei primi anni Novanta (programmi Brocca), e soprattutto con i programmi per la scuola primaria del 1985 prima e del '91 poi, l'impostazione sostanziale dei piani di studio della scuola italiana non era mutata. Occorrerà attendere il 1997 con l'esperimento di riforma della scuola di Luigi Berlinguer per trovare dopo più di un decennio di radicali e rivoluzionarie trasformazioni del sapere (il web, la disarticolazione del mondo industriale post-taylorista, la scomparsa di interi soggetti sociali collettivi) qualche tentativo di fornire risposte alle nuove domande, dentro al contenitore storico di un gigantesco ritardo di un'intera società.

Nel frattempo, una circolare del 1991 aveva eliminato l'educazione civica dalla scuola secondaria di primo grado, e solo una direttiva ministeriale del 1996 proverà a riportare in auge una disciplina mai divenuta tale e nel migliore dei casi "ancillare" nei confronti dell'insegnamento della storia, ma con scarsi risultati<sup>4</sup>.

Nello scenario altoatesino però qualche segnale di cambiamento si cominciava ad avvertire, in contrasto con il perdurare di una silente ma effettiva presenza di aspetti di insofferenza di vasti settori del mondo giovanile verso la nuova realtà politica e amministrativa che si stava venendo ad istituire sulla base degli effetti statuari. Già alla fine degli anni Settanta erano iniziate pratiche scolastiche con l'effettuazione di un anno di studio all'estero, durante il quarto anno di scuole superiori, con la Germania federale quale meta preferenziale: l'emergere di queste esperienze di scambio culturale aveva avuto come primo risultato di dimostrare gli effetti quasi prodigiosi delle pratiche immersive linguistiche nelle dinamiche di apprendimento della seconda lingua, considerata nelle scuole al contrario come materia ostica, difficile, e prevalentemente da imparare mnemonicamente. Ma a parte qualche avanguardia di viaggiatori europei – con una ridotta diffusione delle esperienze anche a causa degli alti costi di gestione delle stesse, non alla portata di tutti i ceti – la scuola continuava ad affrontare in modo non sistematico i nodi caldi della convivenza civile, di strumenti partecipativi diversi ed aperti, di forme di apertura verso il territorio e le altre culture – in primis, quella dell'altro gruppo linguistico – come *mission* forte educativa, oltre che formativo-linguistica. A partire da queste condizioni di fondo si giunge ai giorni nostri.

## 2. Scenari presenti

### 2.1. L'età di Pericle

Alla fine degli anni Novanta nella scuola di lingua italiana della provincia di Bolzano, il progetto “Pericle” rappresentò un tentativo interessante – sulla scorta delle indicazioni del progetto Berlinguer – di approntare uno strumento a sostegno della reintroduzione dell’educazione civica come materia di studio nelle scuole, dalle primarie alle secondarie di secondo grado. Si trattò di un gruppo di lavoro<sup>5</sup> voluto dalla sovrintendenza scolastica del tempo, con un programma molto ambizioso<sup>6</sup> ma forse non altrettanta determinazione nel perseguirlo. Il progetto, certo generoso, si concluse con una pubblicazione che puntava forse troppo in alto e con un linguaggio difficilmente destinato a portarlo al successo nelle sue linee applicative<sup>7</sup>.

Al di là dei lemmi allusivi a tenebrose ascendenze heideggeriane commiste ad influenze francofortesi, di fatto il progetto si componeva di un onesto elenco di azioni in classe, di schemi concettuali cui riferirsi, di letture di brani scelti e cercava di comporre un possibile manuale di educazione civica più plastico e flessibile dei testi allora in uso, che riportavano per lo più brani commentati della Costituzione<sup>8</sup>. Certo, l’orizzonte di riferimento culturale solo in una minima parte dei moduli didattici proposti trovava una rispondenza con le questioni calde, locali, dei temi identitari, dell’appartenenza, che nel contesto del dibattito politico reale e della coscienza civica assumevano importanza centrale nel contesto altoatesino del 1998.

In quella minima parte, singolarmente, non facevano capolino né Claus Gatterer, né Leopold Steurer o figure di spicco della storia politica recente – da Alex Langer a Silvius Magnago – che potevano fornire spunti importanti: nei testi<sup>9</sup> Jules Ferry o John Locke potevano stare accanto ad una pregevole operetta divulgativa sulla presenza italiana in Tirolo meridionale nel primo dopoguerra, e via discorrendo. Certo è che anche il nobile tentativo mostrava come una doppia debolezza – quella derivante dalla ormai endemica disaffezione “nazionale” verso l’educazione civica, e l’altra erede di una incertezza culturale profonda della comunità di lingua italiana nel definirsi, in questo particolare territorio – non si traduceva davvero in una nuova proposta forte, anzi.

Caduta l’ipotesi periclea, i settori più vivaci del mondo della scuola del tempo si orientarono in direzioni differenti per sostenere in qualche modo la crescita di una maggiore consapevolezza civica della scuola di lingua italiana verso le tematiche del proprio territorio, compiendo per così dire un’operazione di aggiramento.

In questo contesto si può inquadrare l'azione del progetto *Lab\*doc storia*, un gruppo di lavoro costituitosi inizialmente all'interno dell'Istituto pedagogico, che dal 2003 al 2010 sotto la guida di Milena Cossetto ha costruito un proprio spazio autonomo con una rivista indirizzata alle scuole, dalle primarie alle secondarie di primo grado, con la finalità dichiarata di “far acquisire ai bambini e alle bambine, ai ragazzi e alle ragazze tutte quelle competenze che permettano loro di leggere il presente con consapevolezza critica, di orientarsi nel mondo, di rapportarsi con altre culture e altri mondi alla ricerca di quello scambio e di quella interazione simbolica che da sempre hanno caratterizzato il genere umano. È una delle principali sfide del nuovo millennio” (Visintin Rauzi 2003). Come si vede, si tratta quasi di una parafrasi di quanto affermava la normativa del 1979 a proposito dell'educazione civica, la cui funzione “è quella di far maturare il senso etico come fondamento dei rapporti dei cittadini, di rendere coscienti del compito storico delle generazioni e dei singoli, di promuovere una concreta e chiara consapevolezza dei problemi della convivenza umana ai vari livelli di aggregazione comunitaria, guidando l'allunno a realizzare comportamenti civilmente e socialmente responsabili”<sup>10</sup>. La storia ciceroniana ed umanistica che guida all'azione politica e civica, che insegna comportamenti esemplari<sup>11</sup>, diventa ora lo strumento pedagogico per eccellenza sulla strada della formazione del cittadino locale, con un chiaro riferimento ai valori della “collaborazione e cooperazione fra lingue”, che sopperisce alla fragilità dell'insegnamento *ex cathedra* delle virtù civili o delle tecniche della politica.

A questo punto, dalla metà del primo decennio degli anni duemila al termine dello stesso, la forma dell'educazione alla dimensione politico-civica, presente nelle scuole, pare essere diventata sostanzialmente un triangolo.

Un lato è rappresentato dalla formazione per i ragazzi e le ragazze presenti all'interno degli organismi di rappresentanza di livello provinciale, cioè la consulta studentesca, costituita dai rappresentanti dei consigli di istituto delle scuole superiori di lingua italiana di tutta la provincia di Bolzano, dei quali un rappresentante siede anche in Consiglio scolastico provinciale, organismo istituzionale dal solo ruolo consultivo.

La consulta degli studenti ha posto spesso all'istituzione scolastica – esiste un ufficio di riferimento interno – la richiesta di ricevere una “formazione tecnico-politica”, ed un paio di anni fa ha ricevuto qualche risposta in sede locale<sup>12</sup>, mentre per il resto veniva invitata nei momenti di formazione “nazionali” coordinati da Roma dal ministero<sup>13</sup>. Un secondo lato è invece quello trasversale dell'educazione storico-civica promossa dall'Istituto pedagogico e dalla sovrintendenza fino al 2010, che negli intendimenti doveva giungere alle scuole di ogni ordine e grado; il



terzo lato, quello per così dire “dal basso”, era quello invece intessuto dalle esperienze concrete di scambio culturale, linguistico, relazionale e personale prodotto dalle ragazze e dai ragazzi protagonisti delle esperienze di scuola in altra lingua, effettuate o nella provincia di Bolzano, certamente le più significative, o nel contesto europeo, in cui comunque l’apertura alla dimensione europea fungeva da viatico ad una nuova consapevolezza, critica e di prospettiva. Curiosamente, non appare documentata alcuna forma di esperienza di cambio-scuola (denominata “Un anno in L2”) che abbia costituito il preludio di qualche forma di rivendicazione più schiettamente politico-culturale da travasare nella vita delle scuole stesse: esperienza forte, determinante perfino per molti dei suoi protagonisti (cfr. Dal Negro/Provenzano 2012, 18-19), la conoscenza diretta di un altro mondo linguistico-culturale si è depositata evidentemente in una forma di esperienza non collettiva ma individuale, certo non solo strumentale, ma priva di una aderenza effettiva ad un contesto allargato.

A fianco di questi tre lati del triangolo, si muove una costellazione di esperienze più o meno grandi, episodiche o con un certo grado di continuità, promosse direttamente dalle scuole, in cui i contatti con gli istituti – dalle primarie alle secondarie di secondo grado – hanno costituito momenti di incontro con un forte afflato “civico”, oltre che linguistico o culturale: l’elemento assiale si è sempre depositato però principalmente in quello “storico-ciceroniano”, nutrito di contributi di tipo etico-culturale dai docenti o promosso dalle istituzioni più sensibili alla logica dell’incontro e dello scambio<sup>14</sup>.

È difficile dire se e come i tre lati di questa azione abbiano prodotto risultati significativi: certamente l’esperienza diretta di un incontro fra mondi linguistici, culturali e scolastici tenuti lontani da più di settant’anni di storia è la più importante, quasi epocale, se non fosse che è poi mancata un’elaborazione teorica – anche da parte istituzionale – del valore e peso di una tale novità nel panorama scolastico locale.

Quasi inavvertita nel territorio altoatesino fu quindi la promulgazione della legge 30 ottobre 2008, n. 169, che sotto il titolo “Conversione in legge, con modificazioni, del decreto legge 1° settembre 2008, n. 137, recante disposizioni urgenti in materia di istruzione e università” presentava all’articolo 1 il riferimento a “Cittadinanza e Costituzione”, nuovo nome che reintroduceva l’insegnamento a tutto campo della vecchia educazione civica<sup>15</sup>. Infatti, la spinta innovativa vera giunse da due direzioni differenti: la prima dall’esterno, con il necessario adeguamento in sede provinciale della normativa nazionale nota con il nome di “riforma Gelmini” del 2010, che in modo molto criticato e discontinuo affrontò il riordino della scuo-

la italiana, con strumenti teorici che furono certo molto discussi. La seconda spinta giunse invece dal Servizio giovani della Provincia, rinnovato nelle persone e nel gruppo dirigente dal 2008 e teso a promuovere uno scambio più fecondo ed innovativo fra scuola ed “extrascuola”.

## 2.2. Riforme ed indicazioni

Nel primo caso, occorre ricordare il clima culturale dell’epoca gelminiana: la riforma nazionale del comparto-scuola avvenne all’insegna del “ritorno all’ordine”, la rivendicazione piena in senso neoconservatore di una “controriforma” rispetto ai tentativi di apertura sorti al tempo della riforma Berlinguer ed all’eredità delle molte forme di sperimentazione in autonomia promosse dalle scuole italiane.

La parola d’ordine fu quella di risparmiare nel settore, ottimizzando – e tagliando – le iniziative sorte nel periodo passato: l’attacco al tempo pieno o prolungato nella scuola primaria, l’eliminazione completa in quella secondaria, le presunte “innovazioni” sbandierate nel campo delle “tre I” (informatica, inglese, impresa) cui faceva da pendant il ritorno alla scuola delle conoscenze intese come cognizioni, slegate dalle competenze (come invece avveniva nel quadro europeo), con singolare calo nelle competenze linguistiche a seguito del “risparmio” di ore nelle lingue straniere, nelle pratiche laboratoriali e nel monte ore generale di insegnamento-apprendimento.

Le maggiori competenze legislative acquisite in ambito istruzione-formazione permisero alla scuola di lingua italiana della provincia di Bolzano di non accettare supinamente l’ideologia sottesa al disegno romano, ma di recepirne quelle parti che potevano almeno positivamente incidere comunque in una idea di cambiamento rispetto alla tradizione sommativa presente nella scuola locale.

Detto in altri termini, la scuola di lingua italiana della provincia di Bolzano, nel corso del tempo almeno dagli anni Novanta in poi, aveva cercato di estendere il tempo-scuola da dedicare all’apprendimento della seconda lingua – il tedesco – cercando di non togliere ore di lezione alle altre discipline ed in più continuando a promuovere alcune forme di sostegno innovativo, tra cui, ad esempio, l’introduzione nel biennio delle superiori della disciplina “Diritto ed economia” in tutti gli indirizzi, che avrebbero dovuto quindi avere un’area disciplinare di riferimento per “educazione alla legalità” dentro l’ambito giuridico.

Il risultato, soprattutto nelle scuole superiori, era stato quello di avere un monte ore settimanale di lezione nettamente superiore alla media nazionale (attorno alle

36/38 ore) con l'insegnamento di due lingue oltre alla lingua materna. La Gelmini, come veniva chiamata per metonimia, aveva il vantaggio – opportunamente modificata – di porre l'accento su una razionalizzazione dei contenuti, per agire poi sulla ridefinizione di cornice del contenuto scolastico, in modo da rendere meno opprimente il peso delle materie di insegnamento, mantenendo le sperimentazioni già in atto, le pratiche di laboratorio esistenti, ecc.

In forma un poco gattopardesca, ma rovesciata, si trattava di conservare gli elementi di progresso accettando formalmente la sfida posta dalla proposta regressiva.

Prese forma così dapprima nel 2008 la legge provinciale n. 5, seguita poi nel 2009 dalla deliberazione n. 1928, relativa alla scuola primaria con il nuovo curriculum; giunse quindi nel 2010 la legge provinciale n. 11, con la sua coda nella deliberazione n. 1301 del 2012 per le secondarie. Nel caso delle primarie, suggestive le annotazioni poste dal Consiglio nazionale della Pubblica istruzione (CNPI) che approvò le linee guida dei nuovi curricula sottolineando proprio “i curricula di Cittadinanza e Costituzione e quelli relativi alla competenza digitale, secondo una dimensione che riconduce entrambe le aree di lavoro alla trasversalità ...”, entrando nel merito<sup>16</sup> proprio dell'insegnamento di Cittadinanza e Costituzione di cui venne apprezzata l'impostazione complessiva costruita attorno ai nuclei fondanti di tipo costituzionale, ma di cui paventò la scarsa realizzabilità, “una proposta che di fatto dettaglia minuziosamente le conoscenze e le competenze specifiche nella scuola primaria e secondaria di primo grado, che appare sovradimensionata nella definizione di un profilo di competenza assai complesso”, e di cui veniva notata la irrealizzabilità, considerati i tempi di preparazione realisticamente prevedibili, con margini temporali troppo stretti per potere affrontare le aree “denominate della cittadinanza democratica, dell'educazione stradale, dell'educazione ambientale, della salute, dell'educazione alimentare, dell'affettività”.

La scuola secondaria di secondo grado affrontò invece la questione dell'educazione a Cittadinanza e Costituzione, risolvendo il tema come *Grenzbegriff* di orizzonte dell'intero processo formativo superiore<sup>17</sup>, ponendola come premessa di principio ma non inserendola come disciplina specifica, destinandola invece all’“area storico umanistica”<sup>18</sup>. Di fatto, tale riduzione strideva con la solenne *Premessa* posta in calce all'intero ampissimo documento, di cui vale la pena citare per esteso la parte eticamente saliente: “Il secondo ciclo ha come finalità la progettazione di una scuola per la società della conoscenza in cui vengano considerate le problematiche della nuova adolescenza e le caratteristiche della cultura giovanile, allo scopo di stabilire un patto formativo con le nuove generazioni e costruire insieme un progetto educativo che promuova motivazione intrinseca, curiosità e piacere nell'apprendimento.

Le Indicazioni provinciali per il secondo ciclo ripropongono il curricolo come strumento primario di progettualità didattica, un curricolo che sappia armonizzare elementi di continuità e di discontinuità (verticalità con il primo ciclo) e garantire prerequisiti per proseguire con successo il percorso di studi intrapreso in un ambiente di apprendimento dove crescano la cultura e la capacità di partecipare alla vita sociale. I percorsi della scuola superiore, tenendo conto delle diversità culturali e linguistiche che connotano il nostro territorio e dei bisogni formativi dei ragazzi e delle ragazze, mirano, come recita la Raccomandazione del parlamento europeo del dicembre 2008 ad ‘assicurare che i sistemi di istruzione e formazione iniziale offrano a tutti i giovani i mezzi per sviluppare competenze chiave a un livello tale che li prepari per la vita adulta e che costituisca la base per ulteriori occasioni di apprendimento’. Sarà cura della scuola in collaborazione con le famiglie ed il territorio: indurre il senso di responsabilità, quale premessa per costruire insieme e negoziare le regole della vita collettiva a scuola, riconoscerne l’identità e provare senso di appartenenza alla comunità scolastica; riconoscere e apprezzare le occasioni di arricchimento umano, culturale e sociale offerte dal contesto multilingue in cui si articola la società dell’Alto Adige-Südtirol”<sup>19</sup>.

Un “doppio movimento” quindi, che, negli esiti, delegava ancora una volta al settore storico-umanistico il compito di fornire “i presupposti culturali e la natura delle istituzioni politiche, giuridiche, sociali ed economiche, con riferimento particolare all’Italia e all’Europa, e comprendere i diritti e i doveri che caratterizzano l’essere cittadini”, mentre dall’altra proiettava nel regno degli Universali la “missione” civica della scuola, rarefacendola e, di fatto, eliminandola.

Così, ci si trovava di fronte alla riproposizione con parole nuove della vetusta “Storia ed Educazione Civica” di altri tempi, in linea con l’ispirazione “ciceroniana” perseguita con altri mezzi e al massimo coadiuvata dall’apporto piuttosto rigido e formalista dell’insegnamento di Diritto ed Economia posto nel biennio: “L’insegnamento della Costituzione Italiana, afferente a Cittadinanza e Costituzione, è affidato ai docenti di Storia e Diritto ed Economia e si realizza in rapporto alle linee metodologiche ed operative autonomamente definite dalle istituzioni scolastiche in attuazione della legge 30/10/2008, n. 169, che ha rilanciato la prospettiva della promozione di specifiche ‘conoscenze e competenze’ per la formazione dell’uomo e del cittadino (art. 1)”<sup>20</sup>.

### 2.3. LiberaMente e i suoi fratelli

Nel frattempo, tre importanti iniziative erano sorte in un contesto esterno a quello scolastico, ma ad esso interfacciato, e cioè il *Festival delle Resistenze*, l'iniziativa di *LiberaMente* e il *Treno della Memoria*. Frutto dell'attività del Servizio giovani provinciale di lingua italiana e parte di un progetto fortemente voluto dall'assessorato di Christian Tommasini, si trattava di tre momenti che sfondavano le pareti leggere dell'edificio scolastico, entravano direttamente in contatto con le ragazze ed i ragazzi – peraltro, dei tre (e più...) gruppi linguistici – e andavano a costruire reti e relazioni “di pelle” con il mondo giovanile e studentesco, incentivando in forme differenti una partecipazione ed un impegno diretti, verso temi e sensibilità etico-civiche di forte impatto. Dal 2010 ad esempio il Festival ha costruito una autentica palestra per interrogarsi sulle diverse sfaccettature del termine “legalità”, proponendo incontri con figure come i registi Ferrario ed Andò, i filosofi Giorello e Galimberti, lo scrittore Zoderer e molti altri ospiti, di cui tanti legati alla letteratura ed al mondo dello spettacolo.

Fra questi, spicca il ruolo che si è ritagliata la scrittrice e maestra Anna Sarfatti, che ad esempio nell'edizione del 2013 ha presentato “Piccoli maestri e piccole maestre di Costituzione”, in collaborazione con l'intendenza scolastica italiana, l'istituto pluricomprendivo “Europa 1”, l'istituto comprensivo “Bolzano 3”, “Bassa Atesina”, scuola dell'infanzia “Airone” ed altri. Il percorso era sorto da lontano, e si snodava già da due anni dentro un fitto dialogo con alcune scuole primarie che aveva già dato i primi frutti nella seconda edizione del Festival<sup>21</sup>. Da questa iniziativa ne è scaturita una nuova che ha cominciato a vedere la luce nelle scorse settimane, con la presentazione di un testo pubblicato dall'assessorato e scritto dall'autrice per le scuole del territorio<sup>22</sup>, una serie, “Alla scoperta della Costituzione”, che è il frutto degli incontri con le bambine ed i bambini di Bolzano e provincia.

Risulta evidente anche da questo che la scuola primaria ha saputo mettersi in relazione con il contesto civile, associativo, anche istituzionale, diverso da quello strettamente scolastico per misurarsi sui temi della legalità, del rispetto delle regole civili, della scoperta del sistema di funzionamento – o non funzionamento – degli apparati pubblici e delle leggi.

La scuola secondaria, di primo e secondo grado, appare invece tutt'al più spettatrice ma non attrice di questa messa in movimento di idee e passioni civili: le stesse iniziative forti legate allo scossone prodotto dal Servizio giovani, quali il *Treno della Memoria*, sono state spesso più sopportate che promosse incentivate; in alcuni casi, addirittura accolte con fastidio. Il *Treno* è nato originariamente da

un'idea del Gruppo Abele di Torino, guidato da don Ciotti, che ha portato nel corso del passato decennio migliaia di ragazze e ragazzi italiani a vedere i luoghi della deportazione e dell'annientamento ebraico e dei resistenti europei; a Bolzano, sede a sua volta fra il '44 ed il '45 di un Durchgangslager dai caratteri già compiutamente "efficienti", il Treno ha assunto una valenza straordinaria per i ragazzi delle scuole superiori che vi hanno preso parte, dei diversi gruppi linguistici, viaggiando insieme verso Auschwitz in Polonia e vivendo per giorni dentro una atmosfera di enorme impatto emotivo ma anche culturale, formativo, civile<sup>23</sup>.

Ma il punto focale di tutta questa grande macchina organizzativa rimane quello costituito da LiberaMente<sup>24</sup>, laboratorio sorto già nel 2008 e proseguito poi nelle successive edizioni, sempre a ridosso delle mura scolastiche ma mai in interazione con esse.

È proprio nel contesto di LiberaMente che si è costituita una pattuglietta di giovani – ora studenti universitari – che hanno poi preso parte attivamente ad alcuni momenti della vita politica del territorio, ricalcando bizzarramente le orme dei padri che una generazione fa si erano avvicinati all'impegno attraverso la scuola, mai "con" la scuola, per porsi subito fuori dalla scuola, e non portandovi se non marginalmente quel valore aggiunto frutto di una seria presa di coscienza critica. Anzi, dentro le mura scolastiche anche questo gruppo ristretto di "giovani consapevoli" non ha svolto che una funzione accessoria anche sul piano propriamente politico, lasciando la scena in molte scuole superiori, negli anni passati, ad esponenti di un estremismo di destra movimentista legato a CasaPound, sotto la sigla di Blocco studentesco. Da singole voci, isolate, legate all'esperienza di LiberaMente, è giunta la richiesta, un paio d'anni orsono, di affrontare il tema di una seria ridefinizione di uno spazio apposito di "educazione politica e civica", qualcosa che dovrebbe stare fra l'illustrazione delle tecniche della comunicazione politica, un percorso di storia delle dottrine politiche, una palestra di allenamento alla discussione ed al confronto. Ma non vi è stata una ricezione istituzionale di tali blande richieste, deboli sul piano propositivo e di rappresentatività.

### 3. In conclusione

Il 26 gennaio 1955 Piero Calamandrei, uno degli esponenti di spicco del movimento di Liberazione italiano nonché “padre costituente”, incontrò gli studenti milanesi per una serie di letture sulla Costituzione, presso la Società umanitaria, e disse fra le altre cose: “La Costituzione non è una macchina che una volta messa in moto va avanti da sé. La Costituzione è un pezzo di carta, la lascio cadere e non si muove: perché si muova bisogna ogni giorno rimetterci dentro il combustibile; bisogna metterci dentro l’impegno, lo spirito, la volontà di mantenere queste promesse, la propria responsabilità. Per questo una delle offese che si fanno alla Costituzione è l’indifferenza alla politica” (Calamandrei 1955). Per uno strano scherzo del destino, l’autore di queste straordinarie parole era anche l’ufficiale dell’esercito italiano che entrò in Bolzano nei primi giorni del novembre del 1918 (Calamandrei 2006) e si trovò di fronte a qualcosa di inaspettato, lontanissimo dalla retorica della “terra irredenta”, un altro mondo (Rizzi 1960, 4-13), con altre lingue, costumi, stili. La realtà altoatesina, verrebbe da dire, con i suoi piccoli numeri e la sua notevole complessità storica, culturale, linguistica, rappresenta un terreno ideale per portare le ragazze ed i ragazzi ad esercitarsi sul piano del confronto, della discussione, anche della passione d’impegno: ma la scuola di lingua italiana sembra impaurita o timida di fronte a tale prospettiva, di aprire cioè le sue porte ad un confronto articolato con le forme del vivere civile, le sue regole, misurandole a partire dalla concretezza del caso reale. Però qualcosa si muove, anche se perlopiù dall’esterno: il mondo reale fa capolino e prima o poi bisognerà parlarci.

---

## Note

- 1 Nel 1929 Tolomei promuoveva migliori condizioni per gli insegnanti, con l'assegnazione di un alloggio decoroso e l'aumento dell'indennità del 10 per cento ai maestri coniugati e del 20 per cento ai coniugati con più di due figli (Tolomei 1929, 514).
- 2 A questo proposito, illuminante l'ultimo bagliore, quello dell'occupazione dell'ex "monopolio di stato tabacchi" in via Dante a Bolzano (dove oggi sorge il Museion) dal settembre al novembre 1979, conclusosi con uno sgombero violento su sollecitazione dell'allora sindaco di Bolzano, il giovane democristiano Giancarlo Bolognini: il pacifico insediamento di esponenti locali dell'associazionismo culturale, sindacale e del mondo giovanile, nonché dell'allora scena artistica, si infranse contro la resistenza delle autorità del tempo, cittadine e provinciali, anche e soprattutto di lingua italiana, ma vide la partecipazione effettiva dei diversi gruppi linguistici, in prima fila Arci, Südtiroler Kulturzentrum, Radio Popolare, Südtiroler Hochschülerschaft ed altri. Dai frammenti sorsero alcune significative esperienze aggregative di stampo sindacale – in particolare legate al mondo della Cisl – interetniche, e spinte sul piano politico dall'allora Neue Linke-Nuova sinistra di Alex Langer. Ma nulla poté modificare il nuovo quadro di riassetto, alimentato dalla divisione per gruppi linguistici ma foraggiato da una abbondante pioggia di contributi alle associazioni e gruppi (Südtiroler Hochschülerschaft & Südtiroler Kulturzentrum 1980).
- 3 (In S.O. alla G.U. 20 febbraio 1979, n. 50) Programmi, orari di insegnamento e prove di esame per la scuola media statale: introduce art. 3. "Principi e fini generali della scuola media. Come scuola per l'istruzione obbligatoria, la scuola media risponde al principio democratico di elevare il livello di educazione e di istruzione personale di ciascun cittadino e generale di tutto il popolo italiano, potenzia la capacità di partecipare ai valori della cultura, della civiltà e della convivenza sociale e di contribuire al loro sviluppo." Parte IV. "Le discipline come educazione metodologie dell'apprendimento art. 2.- Le articolazioni di una educazione unitaria. [...] b) Educazione storica, civica, geografica. [...] Funzione dell'educazione civica a partire dai suoi primari motivi di educazione morale e civile, è quella di far maturare il senso etico come fondamento dei rapporti dei cittadini, di rendere coscienti del compito storico delle generazioni e dei singoli, di promuovere una concreta e chiara consapevolezza dei problemi della convivenza umana ai vari livelli di aggregazione comunitaria, guidando l'alunno a realizzare comportamenti civilmente e socialmente responsabili. A tal fine l'insegnamento dell'educazione civica si giova sia della riflessione sulle situazioni emergenti nella stessa vita scolastica, sia di informazioni essenziali ma precise sulle forme di organizzazione civile e politica della società a livello locale, regionale, nazionale, internazionale, viste come risultanti di un processo storico pervenuto a formulazioni giuridiche positive e come presupposto per ulteriori sviluppi".
- 4 Direttiva ministeriale n. 58, 8 febbraio 1996: "1. Programmi di insegnamento di educazione civica, art. 1 – Gli obiettivi propri dell'educazione civica sono perseguiti, da un lato, nella complessiva attività didattica ed educativa, che riguarda tutti gli insegnamenti, le attività extracurricolari e i diversi momenti della vita scolastica, con modalità flessibili, anche in relazione all'autonomia delle singole scuole; dall'altro, nell'ambito di un insegnamento specifico, come previsto dal d.p.r. 585 del 1958".
- 5 Introduzione: "I quaderni di Pericle sono il risultato di un progetto di ricerca didattica promosso dalla sovrintendenza scolastica e finalizzato ad una sistemazione flessibile ed organica delle idee guida dei



- percorsi di formazione sull'educazione civico-politica rivolta agli alunni di una società plurilingue e multietnica, come quella della Provincia di Bolzano. I quaderni indicano novità di metodo e di destinazione circa un'ipotesi di curriculum verticale e orizzontale, continuo, a struttura ciclica, distinto per la complessità cognitiva propria del grado di scuola e quindi destinato alla autonoma programmazione didattica dei consigli di classe: propongono un percorso non prescrittivo, aperto e da sviluppare, ma finalmente tracciato in mappe concettuali a convergenza pluridisciplinare" (Finetto/Fraternali/Zucal 1998).
- 6 "I contenuti ricorrenti nei tre volumi propedeutici e complementari alla cultura costituzionale ricercano alcuni archetipi culturali universali che sottendono diverse forme istituzionali ed analizzano nel linguaggio, nell'ambiente e nelle prospettive interculturali alcune dimensioni della identità della realtà di appartenenza empiricamente esplorate e concettualmente svolte in percorsi didattici in una tensione rifondativa di valori etici e giuridici della persona" (Finetto/Fraternali/Zucal 1998).
  - 7 "... si richiede un nuovo sapere razionale in grado di comprendere il disvelarsi dialettico della diversità e di mediare verso il suo mantenimento, in una posizione esistenziale di ascolto ontologico di fronte alle disposizioni della politica e dell'economia condizionate da strumenti tecnologici e produttivi totalizzanti" (Finetto/Fraternali/Zucal 1998).
  - 8 A titolo esemplificativo (Baldassarre/Mezzanotte, 1986).
  - 9 *Cicerone*, La nozione di umanità secondo gli stoici; *Lucio Anneo Seneca*, Anche gli schiavi sono uomini; *Küng*, Hans, L'umano come criterio ecumenico fondamentale; *King*, Martin Luther, Io ho un sogno (1963); *La Pira*, Giorgio, Una costituzione per l'uomo; *Bobbio*, *Norberto*, La persona e lo Stato; *Locke*, John, L'idea di tolleranza; Dal *Mein Kampf* di Adolf Hitler; *Strong*, Josiah, Il darwinismo sociale: il primato della razza anglosassone (1885); La concezione imperialistica di Jules Ferry; La popolazione altoatesina (tabelle 1880-1971); *Milesi*, Carlo/*Ruggera*, Fausto, Arrivano gli italiani; Estranei in casa propria; *Egger*, Kurt, La politica linguistica del fascismo; *Pizzorusso*, Alessandro, La tutela delle minoranze linguistiche; *Bobbio*, Norberto, Libertà ed eguaglianza; *Demarchi*, Franco/*Abbruzzese*, Salvatore, La sacra terra. Chiesa e territorio; *Griessmair*, Hans, I crocifissi campestri: storia e significato; Note integrative alla sezione sull'ambiente antropico; Depliant sull'affido familiare dell'associazione Il Girotondo di Bolzano; *Buzzetti*, A., Il vino buono del Monferrato; Il FAI per la scuola; L'albero dei bisogni: esempi; L'educazione civica e cultura costituzionale nella scuola secondaria di secondo grado.
  - 10 Vedi sopra, nota n. 3.
  - 11 "Noi adulti, tutti, dobbiamo fare uno sforzo di fantasia e creatività, di modestia e attenzione, e nei confronti delle nuove generazioni provare a confrontarci con 'i limiti della nostra storia', accettarne 'le brutture' e per andare anche alla ricerca di tutti quegli aspetti che, soprattutto in questa terra di confine, ci hanno permesso di 'sconfinare' e di sperimentare concretamente momenti di autentica collaborazione e cooperazione tra lingue, culture, esperienze, storie, mondi diversi. L'antico motto del 'dare l'esempio', il narrare per aiutare a vivere, non sono svaniti nel mondo virtuale delle nuove tecnologie, anzi, rappresentano proprio quel terreno fecondo che permette ad ogni generazione di vivere consapevolmente il presente, con la fiducia che il passato non sia un turbine minaccioso pronto a distruggere non solo il presente, ma anche qualsiasi progetto per il futuro" (Visintin Rauzi 2003).
  - 12 In quel contesto, chi scrive ha preso parte ad un breve corso di formazione di circa una decina di ore per le ragazze ed i ragazzi della Consulta, dove in modo un po' accademico si sono illustrati i principali aspetti dell'organizzazione scolastica, dei raccordi con la sfera politica, i principi guida e via di-

scorrendo: occorre notare che i principali promotori di questa richiesta formativa si muovevano dall'esperienza "esterna" alla scuola, di LiberaMente, su cui torneremo fra poco nel dettaglio.

- 13 Curiosamente, il lato per così dire "romano" ebbe nel 2007/08 un risvolto significativo con la partecipazione – fortemente critica ma di sostanza – di una studentessa del liceo classico Carducci di Bolzano, Giulia Chiarel, che aveva condotto l'esperienza all'estero l'anno precedente, e che prese parte agli incontri dei nuovi "Stati generali" voluti dalla ministra Gelmini per la presunta preparazione ad una riforma radicale della scuola.
- 14 Pionieristica l'esperienza delle due scuole di Bolzano, le primarie e secondarie di primo grado Manzoni-Foscolo e le Archimede-Longon, fortemente legate all'esperienza cosiddetta "immersiva" linguistica che ebbe l'onore delle cronache e dell'attenzione del mondo politico dagli anni Novanta – con un forte dissenso da parte Svp, nel passato – e che produsse poi una cascata di esperienze simili: ma significativa fu anche l'apertura in Pusteria, a Brunico, negli anni Duemila, di un rapporto forte fra le due scuole di lingua italiana e tedesca, con qualche addentellato anche nella sfera delle problematiche civili e politiche, con momenti di incontro fra classi su temi di carattere civico, sperimentate alcuni anni fa.
- 15 "1. A decorrere dall'inizio dell'anno scolastico 2008/2009, oltre ad una sperimentazione nazionale, ai sensi dell'articolo 11 del regolamento di cui al decreto del Presidente della Repubblica 8 marzo 1999, n. 275, sono attivate azioni di sensibilizzazione e di formazione del personale finalizzate all'acquisizione nel primo e nel secondo ciclo di istruzione delle conoscenze e delle competenze relative a 'Cittadinanza e Costituzione', nell'ambito delle aree storico-geografica e storico-sociale e del monte ore complessivo previsto per le stesse. Iniziative analoghe sono avviate nella scuola dell'infanzia; 1 bis. Al fine di promuovere la conoscenza del pluralismo istituzionale, definito dalla Carta costituzionale, sono altresì attivate iniziative per lo studio degli statuti regionali delle regioni ad autonomia ordinaria e speciale; 2. All'attuazione del presente articolo si provvede entro i limiti delle risorse umane, strumentali e finanziarie disponibili a legislazione vigente." (Codice delle leggi della scuola 2013, 412).
- 16 MIURAOODGOS prot. n. 10137, 7 ottobre 2009.
- 17 D.g.p. 1301 03.09.2012, Profilo educativo culturale e professionale dello studente liceale: "I percorsi dell'istruzione liceale forniscono alle studentesse ed agli studenti un'ampia istruzione generale e gli strumenti culturali e metodologici per una comprensione approfondita della realtà affinché esse/essi si pongano con atteggiamento razionale, creativo, progettuale e critico – riflessivo di fronte alle situazioni, ai fenomeni ed alle sfide del mondo moderno. I percorsi dell'istruzione liceale assicurano l'acquisizione di conoscenze e competenze generali e specifiche adeguate al proseguimento degli studi di ordine superiore e al proseguimento della carriera professionale" (art. 3 comma 1 l.p. 11/2010). [...] "Per raggiungere questi risultati occorre il concorso e la piena valorizzazione di tutti gli aspetti del lavoro scolastico: lo studio delle discipline in una prospettiva sistematica, storica e critica; la pratica dei metodi di indagine propri dei diversi ambiti disciplinari; l'esercizio di lettura, analisi, traduzione di testi letterari, filosofici, storici, scientifici, saggistici e di interpretazione di opere d'arte; l'uso costante del laboratorio per l'insegnamento delle discipline scientifiche; la pratica dell'argomentazione e del confronto; la cura di una modalità espositiva scritta ed orale corretta, pertinente, efficace e personale".
- 18 D.g.p. 1301 03.09.2012, 4. Area storico umanistica: Conoscere i presupposti culturali e la natura delle istituzioni politiche, giuridiche, sociali ed economiche, con riferimento particolare all'Italia e all'Europa, e comprendere i diritti e i doveri che caratterizzano l'essere cittadini.

- 19 Ivi, Premessa.
- 20 Ivi, Storia, p. 94; inoltre, per quanto riguarda Diritto ed Economia, 103-105.
- 21 “Verso Resistenze 2012” è un percorso di iniziative organizzate dal Dipartimento Cultura italiana della Provincia autonoma di Bolzano per preparare già durante le ultime settimane del 2011 la seconda edizione del Festival delle Resistenze contemporanee, in programma dal 25 aprile al primo maggio dell’anno successivo. Il percorso prende il via con l’incontro di 300 bambini e ragazzi delle scuole elementari e medie altoatesine e la scrittrice esperta di educazione alla legalità Anna Sarfatti con la quale affronteranno il tema “L’educazione ai diritti e alla legalità” (la Sarfatti è autrice dei volumi “La Costituzione raccontata ai bambini” e “La Resistenza raccontata ai bambini”, uscito nei mesi scorsi, ma anche di “Sei Stato tu? La Costituzione attraverso le domande dei bambini”, scritto insieme al giudice Gherardo Colombo così come di “Educare alla legalità. Suggestioni pratiche e non per genitori e insegnanti”) (Provincia Autonoma di Bolzano Alto Adige 2011).
- 22 “Anna Sarfatti ha avviato il primo percorso della nuova edizione del Festival ‘Educare alla cittadinanza e alla Costituzione’ per l’anno scolastico 2013-2014, presentando il volume ‘Alla scoperta della Costituzione 2’ che riassume i temi trattati nella scorsa edizione e lancia quello della nuova ‘diversità e uguaglianza’. Il libro è illustrato da Simone Frasca che, presente all’incontro, ne ha riprodotto in diretta alcune illustrazioni per i bambini. È seguito l’intervento di Antonella Brischetto, assessore alla cultura di Lampedusa in collegamento skype. Quindi, hanno parlato la garante per i diritti dell’infanzia, Vera Nicolussi Leck, e la vicepresidente della Commissione provinciale per le pari opportunità, Franca Toffol, che hanno inteso far comprendere ai bambini che esistono, nel caso di bisogno, anche queste figure istituzionali, in grado di rappresentare e difendere i loro diritti” (Provincia Autonoma di Bolzano Alto Adige 2013).
- 23 “Terra del Fuoco, Arciragazzi e l’Arbeitsgemeinschaft der Jugenddienste (AGJD), grazie al sostegno finanziario dei dipartimenti scuola e cultura italiana e tedesca della Provincia, offrono la possibilità anche per il 2013 a 150 ragazzi dell’Alto Adige di partecipare alla nuova edizione del progetto ‘Treno della Memoria – Zug der Erinnerung’. Incontri preparatori, il viaggio in Polonia e due giorni di riflessione a Dobbiaco” (Provincia Autonoma di Bolzano Alto Adige 2012).
- 24 “LiberaMente è un laboratorio pensato da e per giovani dai 16 ai 25 anni che vuole promuovere il principio dello Youth-led development, secondo il quale i giovani devono essere i reali promotori del cambiamento e dello sviluppo. Questa officina di idee [...] punta a raggiungere il suo obiettivo attraverso diversi canali: organizzando seminari e discussioni con esperti in diversi settori; strutturando workshop basati su specifiche metodologie di partecipazione che permettono ai ragazzi di confrontarsi e sviluppare idee in maniera efficiente ed efficace; Partecipando a meeting nazionali ed internazionali, al fine di scambiarsi esperienze, conoscere best practices nonché creare e consolidare ‘network’; supportando e promuovendo strategie e iniziative pensate dai ragazzi; realizzando progetti e iniziative attraverso i modelli e i principi della democrazia partecipativa, sia direttamente che attraverso partnership con altre realtà locali e nazionali.” (LiberaMente 2013).

---

## Riferimenti bibliografici

- Baldassarre, Antonio/Mezzanotte, Carlo* (1986). Introduzione alla costituzione, Bari: Laterza.
- Calamandrei, Piero* (1955). Discorso sulla Costituzione. [www.memoteca.it/upload/dl/Appunti\\_di\\_Storia\\_Contemporanea/Piero\\_Calamandrei.pdf](http://www.memoteca.it/upload/dl/Appunti_di_Storia_Contemporanea/Piero_Calamandrei.pdf); la registrazione del discorso ora si trova anche in [www.calamandrei-vc.it/web/index.php?option=com\\_content&task=view&id=233&Itemid=124](http://www.calamandrei-vc.it/web/index.php?option=com_content&task=view&id=233&Itemid=124)
- Calamandrei, Piero* (2006). Zona di guerra, Roma-Bari: Laterza
- Codice delle leggi della scuola* (2013). Raccolta di legislazione scolastica. Consiglio per il concorso a cattedre, Santarcangelo di Romagna: Maggioli
- Dal Negro, Silvia/Provenzano, Claudia* (a cura di) (2012). Un anno in L2/Zweischsprachjahr/N ann te L2 y L3, Dipartimento Istruzione e Formazione, Bolzano-Parma: Junior, 18-19
- Finetto, Maria Teresa/Fraternali, Sandro/Zucal, Cristina* (1998). Identità, persona, ambiente. Percorsi didattici per il biennio della scuola superiore, Milano: Franco Angeli
- Gatterer, Claus* (1994). In lotta contro Roma. Cittadini, minoranze e autonomie in Italia, Bolzano: Praxis 3
- Giudiceandrea, Lucio* (2006). Spaesati. Italiani in Südtirol, Bolzano: Raetia
- LiberaMente* (2013). [www.liberamente.bz.it/it/liberamente](http://www.liberamente.bz.it/it/liberamente)
- Provincia Autonoma di Bolzano Alto Adige* (2011). Con Anna Sarfatti Tommasini avvia percorso verso il Festival delle Resistenze 2012, comunicato stampa del 16.11.2011, [www.provincia.bz.it/usp/285.asp?art=Press378454](http://www.provincia.bz.it/usp/285.asp?art=Press378454)
- Provincia Autonoma di Bolzano Alto Adige* (2012). Treno della Memoria per 150 ragazzi altoatesini, comunicato stampa del 03.10.2012, [www.provinz.bz.it/usp/285.asp?aktuelles\\_action=4&aktuelles\\_article\\_id=405421](http://www.provinz.bz.it/usp/285.asp?aktuelles_action=4&aktuelles_article_id=405421)
- Provincia Autonoma di Bolzano Alto Adige* (2013). La Costituzione insegnata ai bambini – Anteprima del Festival delle Resistenze contemporanee, comunicato stampa del 27.11.2013, [www.provincia.bz.it/usp/285.asp?art=Press443340](http://www.provincia.bz.it/usp/285.asp?art=Press443340)
- Rizzi, Bice* (1960). Il centro di collegamento presso il XXIX Corpo d'Armata sul fronte trentino e l'opera di Piero Calamandrei, in: Bollettino del Museo trentino del Risorgimento, 4, 4-13
- Südtiroler Hochschülerschaft & Südtiroler Kulturzentrum* (a cura di) (1980). Occupato "Ex-Monopolio" in via Dante-Str. 6 Besetzt: per un centro culturale aperto – für ein offenes Kulturhaus, Bolzano
- Tolomei, Ettore* (1929). Azione scolastica, in: Archivio per l'Alto Adige, Gleno (Alto Adige), Annata XXIV.
- Valente, Paolo* (a cura di) (2003). Culturali: AltoAdige 1945–2000: associazioni culturali, personaggi, reti societarie, contributi di Antonio Lampis, Bruno Sanguanini, Paolo Valente, Provincia autonoma di Bolzano, Ufficio Cultura.
- Vasalli, Sebastiano* (1985). Sangue e suolo. Viaggio tra gli italiani trasparenti, Torino: Einaudi
- Visinin Rauzi, Bruna* (2003). Editoriale, in: StoriaE, n. 1, I. [www.emscuola.org/labdocstoria/storiae/Rivista/Rivista01/download/art01.pdf](http://www.emscuola.org/labdocstoria/storiae/Rivista/Rivista01/download/art01.pdf)

## Abstracts

### **Die politische Bildung/Sozialkunde in den italienischsprachigen Schulen in Südtirol**

Im Jahr 2010 wurde das Schulfach „Sozialkunde und Verfassung“ (cittadinanza e costituzione) – bisher bezeichnet als „Politische Bildung“ – in den italienischsprachigen Schulen des Landes aufgenommen. Die Betrachtung dieser Entwicklung ermöglicht es, einen Blick auf die sich etablierte, historisch gewachsene Rolle der italienischsprachigen Schule in Südtirol zu werfen. In diesem Gebiet, das aufgrund der Kriege des 20. Jahrhunderts als „italienisch“ gilt, hat das Zusammenleben von mehreren sprachlichen Minderheiten – deren größte die deutsche Sprachgruppe darstellt – dazu geführt, dass die Institution Schule vor ideologischen und identitätsbedingten Aufgaben und Bedürfnissen steht, die anderswo unbekannt sind. Ein Beispiel hierfür ist, welche Auffassung von Aufgabe und Funktion der Schule in der Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg herrschte, was sich im Unterricht bzw. beim Erlernen der „bürgerlichen Tugenden“ besonders detailliert zeigt. Die Schule wird so zur „Beschützerin“ der nationalen Identität.

## **L’educazion politica/zivica tla scoles de rujeneda taliana dl Südtirol.**

Liejer y nterpreté l purté ite dla materia Zitadinanza y costituzion - bele dant “educazion zivica” – tl 2010 tla scoles de rujeneda taliana dla provinzia de Bulsan pieta l’ucajion per dé na udleda sun ciuna che l ie la “miscion storica” dla scola de rujeneda taliana dedite ti cunfins de chësc raion particular, l Südtirol. La prejënza tl medem raion – te na realtà che dala vieres dl Nuefcënt à pertendù che l sibe “talian” – de de plu cumunteies linguistiche danter chëstes la majera chëla tudëscia à purtà a desvië la istituzion a duvieres y istanzas ideologiches-identiteres nia cunesciudes nzaul d’auter: y la maniera cun chëla che l ie unì interpretà si ncëria y si funzion do la segunda gran viera - che n se rënd cont particularmënter tl detail tl mumënt dl nseniamënt-tò su dla “virtù zeviles” – ie de ejëmpl. Scola sciche garant dla identità nazionela che vede a una cun la “educazion zivica”.

### **Political/civil education in South Tyrol’s Italian-language schools**

The reading and interpretation of the 2010 inclusion of the discipline of citizenship and constitution – also called “civic education” – into the Italian-language schooling system in the province of Bolzano offers the opportunity of gaining insight into what is characterized as the “historical mission” of Italian-language schools within the confines of this particular region, South Tyrol. Coexistence – in a situation claimed as “Italian” by the wars of the twentieth century – of multiple minority-language communities, of which the predominant one is German, has shaped the structure of the institution towards ideological-identity tasks and requirements that are unknown elsewhere. The way in which its task and function was interpreted in the second postwar period – which is illuminated in great detail at the time of the teaching/learning of “civic virtues” – becomes illustrative. Schooling becomes a guarantor of national identity, using “civic education” as a testing ground.

Thomas Benedikter

## Die Sozialgenossenschaft POLITiS: ein neuer Ansatz für politische Bildung und Forschung

### *politis* = der Bürger

Eine lebendige Demokratie braucht kritisch denkende, fürs Gemeinwohl engagierte BürgerInnen, die mitreden und mitgestalten wollen. Politis (πολιτης) bedeutet im Griechischen Bürger, und dieser Name ist für die im September 2013 gegründete Organisation auch Programm: das bürgerschaftliche Engagement unterstützen, mehr qualifizierte Beteiligung an der Politik fördern, unabhängige Forschung aus der Perspektive der BürgerInnen anbieten. Den zehn GründerInnen liegt eine aktiv mitgestaltete, lebendige Demokratie am Herzen, die sich nicht im Wählen erschöpft. Rechtzeitig zum „Europäischen Jahr der Bürgerbeteiligung 2013“ haben sie dafür eine Sozialgenossenschaft gegründet, die vielfältige Hilfestellung bieten will: zeitgemäße politische Bildung als zentrale Voraussetzung für aktive Teilhabe, Dialog und Austausch zu politischen Themen, Beratung zur Nutzung demokratischer Beteiligungsrechte, Vermittlung von Hintergrundwissen in zeitgemäßer Form, aber auch über die virtuell-mediale Welt hinaus.

## **Politische Bildung für qualifiziertes bürgerschaftliches Engagement**

POLITiS geht dabei davon aus, dass politische Bildung nicht nur Wissen vermitteln soll, sondern auch gemeinsame Handlungskompetenz und so zu aktiver Beteiligung ermutigen soll. Soziale Verantwortlichkeit und Bürgerkompetenz zählen laut EU zu den acht Schlüsselkompetenzen für lebenslanges Lernen. Politische Bildung befähigt zur aktiven Teilhabe in der Demokratie, fördert den Dialog zwischen BürgerInnen und politisch Verantwortlichen, unterstützt bürgerschaftliches Engagement, motiviert zu von unten gesteuerten demokratischen Prozessen. Politische Bildung soll auch gesellschaftlichen und politischen Entwicklungen, die humanistische Grundwerte, demokratische Grundrechte und Rechtsstaatlichkeit verletzen, entgegenwirken, bekräftigt das Statut. Auch in Südtirol ist mehr politische Bildung gefragt, um sich jenseits von Großorganisationen und Parteien als BürgerInnen aktiv und qualifiziert ins politische Geschehen einbringen zu können. Trotz einiger interessanter und bewährter Angebote ist politische Bildung in Südtirol sowohl in der Schule wie in der Erwachsenenbildung ausbaufähig.

### **Zentrales Anliegen: kritisches Verständnis fördern, zu aktiver Beteiligung ermuntern**

POLITiS will politische Bildung im umfassenden Sinn fördern, sich mit allgemeinen politischen Fragen der Zeit befassen wie mit ganz konkreten Anliegen vor Ort, will auf Hintergründe in Politik und Gesellschaft mit den verschiedensten Methoden eingehen. Die kritische Auseinandersetzung mit Machtverhältnissen schafft Freiräume für politisches Handeln aus zivilgesellschaftlicher Perspektive, vor allem in der Erwachsenenbildung. Kritische Erwachsenenbildung ist gesellschafts- und herrschaftskritisch, lehnt inhumane, ungerechte Praxis ab und zieht vorherrschende Normen und Unterdrückungsbegründungen in Zweifel. Sie sucht nach Überschreitungen gewohnten Denkens und nach Möglichkeiten der Ermächtigung mit dem Ziel solidarischen Handelns. Ausgehend von diesem Verständnis von politischer Bildung will POLITiS beitragen, die bestehenden Bildungsangebote in Südtirol in Zusammenarbeit mit öffentlichen und privaten Bildungsträgern zu ergänzen. Dabei geht es verstärkt darum, mit politischer Bildung mehr als nur die üblichen Engagierten, die politische Bildung am wenigsten nötig haben, zu erreichen. Hier wird POLITiS versuchen, politische Bildung so zu vermitteln, dass breitere und unterschiedlichere Schichten sich positiv angesprochen fühlen, wobei die



drei „klassischen“ didaktischen Grundsätze des Beutelsbacher Kompromisses zur politischen Bildung zu beachten sind (Kontroversitätsgebot, Überwältigungsverbot, Orientierung an den Lebensinteressen der Menschen).

## **Unabhängige Forschung im Dienste der BürgerInnen**

Politische Bildung findet ihre Entsprechung und Grundlage in der unabhängigen Forschung zu aktuellen, die Südtiroler Gesellschaft betreffenden Fragen vor allem auf sozial-, wirtschafts- und politikwissenschaftlichem Gebiet. Dabei geht POLITiS von selbst bestimmtem Forschungsinteresse aus, das nur dem Gemeinwohl, der sozialen Solidarität, ökologischen Nachhaltigkeit und humanistischen Grundwerten verpflichtet ist. POLITiS ist eine multidisziplinäre Plattform freier WissenschaftlerInnen, die Forschung im Auftrag von Dritten betreiben, selbst Forschungsprojekte entwickeln, regelmäßige Publikationen veröffentlichen, Beratungs- und Gutachtertätigkeit anbieten. Als unabhängige, dem Gemeinwohl verpflichtete Sozialgenossenschaft konzentriert sich POLITiS dabei auf Anliegen von nicht dominanten Gruppen in unserer Gesellschaft, aktuelle Themen unseres Landes und Probleme, die im Interesse aller gelöst werden sollen.

## **Zielgruppen von POLITiS**

Politische Bildung richtet sich grundsätzlich an alle. Insbesondere kann politische Bildung den MitarbeiterInnen von Nicht-Regierungs-Organisationen (NROs), Vereinen und Bürgerinitiativen wichtige Kenntnisse ihrer Rechte, gesellschaftlicher Entwicklungen, Wirtschaftsfragen und politischer Hintergründe vermitteln. BürgerInnen selbst können ihre Themen einbringen. POLITiS kann zu den von den BürgerInnen autonom definierten Anliegen wissenschaftlich recherchieren und neue Möglichkeiten des Engagements zur Lösung aktueller Probleme erschließen. Politische Bildung muss niederschwellig angelegt sein, um den Dialog auf Augenhöhe mit den politischen Entscheidungsträgern zu befördern und die Bereitschaft in der Bevölkerung zur Beteiligung an der Politik zu stärken. Besonderes Augenmerk liegt dabei auf bildungsferneren sozialen Gruppen, um politisches Engagement und Einfluss nicht nur den sozialen Eliten zu überlassen.

## Was bietet POLITiS?

- Veranstaltungen zu aktuellen politischen Themen (Vortragsreihen, Einzelveranstaltungen, Bürgerforen, Symposien, Podiumsdiskussionen usw.)
- Vertiefungsseminare, Lehrgänge, Tagungen usw.
- Workshops, Schulungen, Neue Medien in der politischen Bildung
- Spezielle Angebote zur Nutzung der Instrumente der Bürgerbeteiligung
- Neue Formen der Vermittlung von politischer Bildung, speziell für Jugendliche und bildungsferne soziale Gruppen
- Unterstützung von Lehrpersonen bei Angeboten zur politischen Bildung in der Schule, Zusammenarbeit mit Schulen
- Forschungsarbeiten, Studien und Gutachten zu aktuellen politischen Themen
- Vergabe von Forschungsaufträgen, Zusammenarbeit mit bestehenden Forschungseinrichtungen
- Regelmäßige Publikation von Forschungsergebnissen
- Politikanalyse und Politikberatung für BürgerInnen und öffentliche Körperschaften
- Initiativen zur Demokratie- und Gemeinwesenentwicklung
- Studienreisen und Studienbesuche zu Politik, Kultur und Landeskunde
- Grenzüberschreitende Projekte der *citizenship education*
- Multiplikatordienste für spezielle Anliegen der politischen Bildung
- Zusammenarbeit mit Gesellschaften, Vereinen und Institutionen für politische Bildung im deutschen und italienischen Sprachraum

Kontakt: Sozialgenossenschaft POLITiS – 39100 Bozen, Dominikanerplatz 35,  
Tel. 0471 973124, [info@politis.it](mailto:info@politis.it); [www.politis.it](http://www.politis.it)

## Abstracts

### POLITiS = il cittadino

Una democrazia viva ha bisogno di cittadini che pensino criticamente e si impegnino per il bene comune, che partecipino alle scelte politiche e si attivino dando il loro personale contributo. Per tale motivo questa nuova cooperativa si è data il nome greco *politis* (πολίτης) che significa “cittadino”. Si può partecipare meglio se si è dotati di una conoscenza di base della materia in questione, se si riflette insieme sui bisogni dei cittadini. Una maggior formazione politica non vuole fornire solo conoscenze e competenze ma anche incoraggiare tutti a partecipare attivamente alla vita politica e promuovere il dialogo tra cittadini e responsabili politici. POLITiS cerca di sostenere l’impegno civico, incoraggiare i processi democratici che partono dal basso, fornire una formazione politica indipendente, avulsa da intenti partitici e interessi di gruppi, tesa a sostenere un impegno civile qualificato. La partecipazione diretta dei cittadini – al di là delle elezioni e della rappresentanza di interessi di categoria – è segno di una democrazia viva. Il confronto critico con il potere costituito crea spazi per l’impegno politico orientato al bene comune.

## POLITiS = I zitadin

Na democrazia viva à de bujèn de zitadins che pënse criticamënter y che se mpënie per l bèn de duc, che tole pert ala dezijions politiches y che se ativeie dajan si cuntribut persunel. Per chësta gauja se à dat chësta cooperativa nueva l inuem grech *politis* (πολίτης) che uel di “zitadin”. N possa tò pert miéc sce n à na cunescënza de basa dla materia, sce n pënse do deberieda sun i bujèns di zitadins. Na majera furmazion politica ne n’uel nia mé pité cunescënzes y cumpetënzes ma nce dé snait a duc a tò pert ativamënter ala vita politica y a dé mpuls al dialogh danter zitadins y respunsabli politics.

POLITiS cëla de sustenì l mpëni zivich, de dé na sburdla ai pruzesc democratics che pea via dala bassa, de pité na furmazion politica indipendënta, zënza avëi fins de partic y nteres de grupa y che mira a sustenì n mpëni zivich cualificà. La partezipazion ndrëta di zitadins – dla dala veles y dala reprejentanza de nteres de categoria – ie sèni de na democrazia viva. L cunfront critich cun l pudëi fej lerch per l mpëni politich avisà de vieres dl bèn de duc.

## POLITiS = The citizen

A living democracy needs citizens who think critically, who commit themselves to the common good, who participate in political choices and who make an active personal contribution. It is for this reason that this new cooperative is named after the Greek word *politis* (πολίτης), meaning “citizen.” One can participate better if one has a basic knowledge of the subject matter at hand, and if we all reflect together on the needs of the citizens. A superior political education strives not only to impart knowledge and develop skills, but also encourages everyone to participate actively in political life and to promote dialogue between the citizens and those who make policy. POLITiS seeks to support civic engagement, encourages grassroots democratic processes, provides an independent political education, steers clear of partisan intent and interest groups, and is aimed at supporting well-informed civil commitment. The direct participation of citizens – above and beyond elections and special interest groups – is a sign of a living democracy. Critical confrontation with the powers that be creates space for political engagement that is in alignment with the common good.

## **Politik der Vielfalt – quo vadis?**

Antwort- bzw. Forschungsansätze vernetzter Südtiroler  
Politikwissenschaft – Bericht über die Dreiländertagung 2013

Entscheidungsfindungsprozesse sowie Mehrebenensysteme sind aufgrund der Europäisierung und Globalisierung gezwungen, neue Verfahren und Instrumente für ein gemeinsames, problemlösungsorientiertes Regieren zu finden. Auch stellen die Individualisierung und die gesellschaftliche Differenzierung die Integrations- und Konfliktlösungsfähigkeit der Gesellschaft sowie deren politische Rahmenbedingungen infrage. Der krisengebeutelte Politikstil sucht nach neuen Lösungen, um Einheit und Vielfalt unter einem Dach zu vereinen. Die Politikwissenschaft ist deshalb aufgerufen, Phänomene sichtbar zu machen sowie Zusammenhänge zu analysieren und zu erklären. Die Politikwissenschaft soll jedoch auch innovative Lösungen für mehr Vielfalt in der Einheit, aber auch mehr Einheit in der Vielfalt aufzeigen.

Politik der Vielfalt lautete das Generalthema der gemeinsamen Dreiländertagung der Deutschen Vereinigung für Politische Wissenschaft (DVPW), der Österreichischen Gesellschaft für Politikwissenschaft (ÖGPW) und der Schweizerischen Vereinigung für Politische Wissenschaft (SVPW), die vom 19. bis 21. September 2013 an der Universität Innsbruck stattfand. Die Südtiroler Gesellschaft für Politikwissenschaft (POLITIKA) war Kooperationspartnerin dieser Tagung, die sich

allgemein der gesteigerten Komplexität im Verhältnis zwischen Politik und Gesellschaft im Zuge immer weiter fortschreitender Prozesse der Auflösung bzw. Veränderung traditioneller Grenzen sowie Zugehörigkeiten widmete. Diese Komplexität führt zu neuen Demokratiebewusstseinsmustern in bzw. für die Politik sowie auch in der Gesellschaft. Die repräsentative Demokratie, wie sie in Westeuropa vorherrscht, ist samt ihrer technokratischen Elemente an ihre Grenzen gestoßen. Öffentliche Verwaltung, politische Institutionen sowie Politiker sind nicht mehr alleinige Träger des Gemeinwohls, sondern Teil eines sich wandelnden politisch-gesellschaftlichen Pluralismus auf Augenhöhe.

## **Neue Wege der demokratischen Willensbildung<sup>1</sup>**

Die BürgerInnen als zentrale Bausteine des Mehrebenensystems bzw. als aktive Rechtssubjekte im gemeinsamen Mehrebenen-Regieren einzubeziehen, scheint die notwendige Lösung darzustellen, vom Stadtbezirk bis zur EU. Die zeitgerechte Einbindung der BürgerInnenschaft soll der Politikentfremdung entgegenwirken und scheint der einzige Ausweg aus sich überlappenden Krisen zu sein. Einerseits um Gemeinwohl zu aktivieren, andererseits um Entscheidungen zu legitimieren. Unterschiedlichste Beteiligungsverfahren mit Vorschlagscharakter (vgl. BürgerInnenhaushalte, *Citizens' Assemblies*, BürgerInnenräte, *21<sup>st</sup> Century Town Meetings* usw.) zielen darauf ab, das Demokratieverständnis und den demokratischen Willensbildungsprozess mit neuem Leben zu füllen. Die Analyse, Weiterentwicklung bzw. Konzeptualisierung solcher alternativer Formen der Entscheidungsfindung sind prioritär. Unter Berücksichtigung der Tatsache, dass die repräsentative Demokratie sicherlich auch in Zukunft weiterhin eine essenzielle Einrichtung aller institutionellen Systeme bleibt, bedarf es neuer komplementärer Wege der demokratischen Willensbildung. Assoziative und deliberative Verfahren zur Entscheidungsfindung sind innovative Formen von politischer Legitimation, die die parlamentarische Demokratie flankieren und auch verändern werden. Komplementäre demokratische Entscheidungsfindungsprozesse versuchen sich auch im Sinne einer kooperativen Gemeinwohlkonkretisierung mittels partizipatorischen Mitentscheidungsprozessen und -verfahren (vgl. PPP-Projekte) neu zu definieren. Dies aufgrund der Tatsache, dass sich Parlamente vor immense Herausforderungen gestellt sehen angesichts der Supranationalisierung und Europäisierung von Politik, gerade in akuten Krisensituationen, angesichts komplexer politischer Sachverhalte, die oftmals in nicht-hierarchischen Netzwerken zusammen mit nichtstaatlichen AkteurInnen und über

mehrere politische Ebenen hinweg verhandelt werden, und angesichts nachlassender Unterstützung durch die Bevölkerung (vgl. die These vom „Postparlamentarismus“).

Analog zu föderalen Staatsstrukturen und Regierungsprozessen gibt es aufgrund der Kontextgebundenheit in den sich wandelnden Demokratieprozessen viele unterschiedliche Beteiligungsverfahren. Alle haben jedoch aus politologischer sowie rechtswissenschaftlicher Perspektive eines gemeinsam: Sie „höhlen“ die Legitimation repräsentativer Demokratie zum Teil „aus“ und werfen die Frage auf, inwiefern deren Legitimation sich mit demokratietheoretischen, integrationspolitischen und bundes- sowie regionalstaatlichen Aspekten vereinen lässt. Denn ein Mehr an Partizipation heißt nicht notgedrungen ein Mehr an Demokratie. Demokratie reduziert sich nicht auf Partizipationsverfahren. Demokratie ist ein Herrschaftsprinzip und deren Elemente sind systemtheoretisch gekennzeichnet durch strukturelle Kopplungsmodelle (vgl. die Systemtheorie von Niklas Luhmann). Die Gretchenfrage lautet, wie neue Partizipationsverfahren bzw. sich wandelnde Handlungsrationalitäten prozessual an bestehende politische Systeme gebunden werden können. Wie steht es um die Verrechtlichung neuer Partizipationsverfahren? Welche Grenzen sind der Institutionalisierung von Beteiligungsmechanismen gesetzt, damit sich wandelnde Handlungsrationalitäten politisch flexibel eingebaut werden können?

## **Exklusion als Reaktion. Rechtspopulismus als Parteienfamilie<sup>2</sup>**

Politische AkteurInnen reagieren unterschiedlich auf die komplexen Herausforderungen der postindustriellen Gesellschaft. Manche politische Parteien vertreten einen exklusiven Ansatz, wobei sie Teile der Gesellschaft nicht in ihre Vorstellungen miteinbeziehen, sondern sich nach außen hin abgrenzen. In diesem Zusammenhang treten Parteien auf die politische Bühne, die einfache Antworten auf komplexe Herausforderungen bieten und gegen das Establishment aufbegehren. Ein Großteil der europäischen Parteiensysteme des 21. Jahrhunderts unterliegt dem wachsenden Einfluss einer neuen Parteienfamilie, den sogenannten RechtspopulistInnen. Handelte es sich zuerst noch um einzelne Bewegungen, welche unter anderem die traditionellen Parteien anprangerten, ist inzwischen ein in Europa fast flächendeckendes Protestphänomen entstanden. Diese Parteien sind mit Wahlergebnissen zwischen 10 und 20 Prozent zu einem stabilen Gegenwartsphänomen vieler politischer Systeme avanciert, wobei manche von ihnen derart erfolgreich agierten, dass sie es bis zur

regionalen oder nationalen Regierungsbeteiligung brachten. Zwar handeln diese Parteien in vielen europäischen Staaten als Klein- oder Mittelparteien, gewannen aber vor allem in den letzten zehn bis zwanzig Jahren massiv an Zuspruch. Ihr Aufkommen ist einem Konglomerat aus postindustriellen sozialen, politischen und ökonomischen Entwicklungen geschuldet, wobei staatsabhängige Gegebenheiten ebenso zum jeweiligen Erfolg beitrugen. Die Parteien profitieren unter anderem von kontemporären Krisenerscheinungen, wie der steigenden Politikerverdrossenheit.

Populismus ist ein wissenschaftlich unterschiedlich definierter Begriff, denn er kann sowohl auf das rechte wie das linke Parteienspektrum angewandt werden, nur eine Art der politischen Kommunikation bezeichnen oder ideologisch behaftet sein. Populismus als politische Strömung ist in der Politikwissenschaft schon seit Jahrzehnten ein Thema, doch erst seit Beginn des neuen Jahrtausends beschäftigt man sich gezielt mit der rechtspopulistischen Parteienfamilie, die von Teilen der Wissenschaft zu einer bestimmten Ideologie zusammengefasst werden (vgl. Frank Decker: *Der neue Rechtspopulismus*. Opladen: Leske + Budrich, 2004). Die rechtspopulistischen Parteien reagieren in besonderer Weise auf die neuen gesellschaftlichen Herausforderungen. Ihr thematischer Schwerpunkt liegt häufig in der Identitäts-, Integrations- und Immigrationspolitik. Rechtspopulistische Parteien sind allem Anschein nach vor allem als OppositionsakteurInnen nachhaltig erfolgreich, können sie sich so doch leichter von ihrem Feindbild – den klassischen etablierten Parteien – abgrenzen. Zuweilen werden rechtspopulistische AkteurInnen aber auch mit in die Verantwortung genommen und in die Regierungsarbeit integriert. Beispiele aus Österreich, der Schweiz, Dänemark oder Italien haben gezeigt, dass RechtspopulistInnen in Folge einer Regierungsbeteiligung nicht zwingend scheitern müssen und ihr Einfluss – insbesondere in der Immigrations- und Sicherheitspolitik – deutlich spürbar ist. Mittlerweile scheint klar, dass die rechtspopulistischen Parteien Europas kein kurzfristiges Phänomen sind, sondern überaus stabil agieren können, falls es ihnen gelingt, ihr politisches Profil gegenüber den restlichen Parteien aufrechtzuerhalten und die institutionellen Faktoren des Landes dies ermöglichen. Einige dieser Parteien haben in den vergangenen zwei Jahrzehnten gezeigt, dass sie im politischen System sehr wohl kontinuierlich bestehen und dort mit den großen Parteien um die Gunst der WählerInnen konkurrieren können.



## **Immigration und regionale Diversität: Politiken kultureller Vielfalt auf regionaler Ebene<sup>3</sup>**

Fragen der Integration und Akkommodierung verschiedener kultureller Gemeinschaften werden in zunehmendem Maße auf gliedstaatlicher oder auch lokaler Ebene bearbeitet. Für Gliedstaaten, die selbst durch eine eigenständige Kultur und Identität gekennzeichnet sind – das heißt, in denen kompakt siedelnde Minderheiten leben –, stellt wachsende Zuwanderung und neue kulturelle Diversität eine besondere Herausforderung dar. Einerseits streben Vertreter dieser Gliedstaaten und der dort lebenden Gemeinschaften danach, ihre kulturellen Besonderheiten zu bewahren. Andererseits verlangt die zunehmende gesellschaftliche Heterogenität auch von diesen Gliedstaaten Politiken, die auf die Integration oder Akkommodierung der kulturellen Besonderheiten eingewanderter Gruppe gerichtet sind. Der Fall Quebec zeigt beispielsweise, wie Immigrations- und Integrationspolitiken an dem grundsätzlichen Ziel der Wahrung des besonderen, frankophonen Charakters der Provinz und ihrer Stärkung im kanadischen Föderalstaat ausgerichtet werden. Integrationspolitiken von Gliedstaaten können auch, wie im Falle Schottlands, die Abgrenzungsbedürfnisse einer Region vom Gesamtstaat unterstützen oder die Möglichkeit eröffnen, neue Ansätze zu initiieren, die von anderen Regionen keine Unterstützung finden würden. Die regionale Verantwortlichkeit für die Politikfelder Immigration- und Integrationspolitik kann somit hilfreich sein, regionalen Besonderheiten gerecht zu werden, kann aber auch Spannungen zwischen Ebenen, Regionen oder Gemeinschaften verstärken. Aus vergleichender Perspektive gilt es zunächst aufzuzeigen, wie Regionen, Bundesländer, Provinzen oder Kantone die erworbenen Kompetenzen in diesem Politikfeld nutzen, um gezielt auf regionale Gegebenheiten und Herausforderungen zu reagieren. Welche Rolle spielen hierbei identitäre Besonderheiten in der Region, welche Bedeutung kommt Unterschieden der regionalen Wirtschaft zu? Die regionale Integrationspolitik muss auch aus der Perspektive unterschiedlicher AkteurInnen beleuchtet werden, um den Einfluss unterschiedlicher politischer und gesellschaftlicher AkteurInnen (der Parteien, Wirtschaftsverbände, Vereinigungen sowie der MigrantInnen selbst) erfassen zu können.

---

## Anmerkungen

- 1 Forschungsergebnisse zu diesem Thema wurden bei der Dreiländertagung in zwei Panels vorgestellt, organisiert von Elisabeth Alber, Vize-Präsidentin der Südtiroler Gesellschaft für Politikwissenschaft und wissenschaftliche Mitarbeiterin am Institut für Föderalismus- und Regionalismusforschung der Europäischen Akademie Bozen (EURAC), zusammen mit Annegret Eppler, Assistant Professor for Studies on European Integration, Institut für Politikwissenschaft, Universität Innsbruck, und Mitglied des Vorstands des Europäischen Zentrums für Föderalismus-Forschung, Universität Tübingen.
- 2 Forschungsergebnisse zu diesem Thema wurden bei der Dreiländertagung in zwei Panels vorgestellt, organisiert von Reinhold Gärtner, Institut für Politikwissenschaft der Leopold-Franzens-Universität Innsbruck, und Greta Klotz, Mitglied der Südtiroler Gesellschaft für Politikwissenschaft und wissenschaftliche Mitarbeiterin am Institut für Föderalismus- und Regionalismusforschung der Europäischen Akademie Bozen (EURAC). Georg Schedereit, Mitglied der Südtiroler Gesellschaft für Politikwissenschaft, referierte „Zur Langlebigkeit des Phänomens Berlusconi“.
- 3 Forschungsergebnisse zu diesem Thema wurden bei der Dreiländertagung in zwei Panels vorgestellt, organisiert von Verena Wisthaler, wissenschaftliche Mitarbeiterin am Institut für Minderheitenrecht der Europäischen Akademie und Doktorandin an der Universität Leicester, in Zusammenarbeit mit Bettina Petersohn, EXC 16 Universität Konstanz, Research Fellow – Future of the UK and Scotland, University of Edinburgh.

## Abstracts

### La Politica della Pluralità – Quo vadis?

Il presente rapporto analizza sinteticamente il coinvolgimento di politologi altoatesini nella conferenza congiunta delle tre associazioni di scienza politica di lingua tedesca tenutasi all'Università di Innsbruck lo scorso settembre. Partendo dal presupposto che la democrazia rappresentativa sia in crisi, i politologi si sono interrogati sia sul significato di governo multilivello e di nuove forme di democrazia, sia sul fenomeno dell'accrescimento della famiglia partitica basata sulle idee del populismo di destra. Inoltre, sono state analizzate le principali ragioni che stanno alla base delle politiche sub-statali d'integrazione e delle nuove competenze in codesto campo, tenendo conto delle caratteristiche socio-economiche ed identitarie ivi presenti.

## Politica dla pluralità – Quo vadis?

Chësc cuntribut analisea plu avisa la partezipazion di politologs dl Südtirol pra la conferenza tenida deberieda dala trëi lies de scienza politica de rujeneda tudëscia tl'Università de Dispruch de setëmbër dl ann passà. Pian via dal fat che la democrazia reprejentativa ie te na crisa, se à i politologs damandà ora sibe sun l senificat de n guviern a plu livei y formes de democrazia nueva, che sun l fenomen dl crëscher dla familia partitica che se stiza sun la ideies dl populism de man drëta. Sëuraprò univel analisà la majera rejons che ie ala basa dla politiches sub-stateles de integrazion y dla cumpetënzes nueves te chësc ciamp, tenian cont dla carateristiches sozio-economiches y de identità che ie iló.

## Politics of diversity – Quo vadis?

This report briefly analyzes the involvement of South Tyrolean political scientists in the joint conference of the three German-language political science associations, which took place last September at the University of Innsbruck. Starting from the assumption that representative democracy is in crisis, the political scientists focused on the relationship between multilevel government and new forms of democracy as well as on the accretive phenomenon seen in right-wing populist political parties. The analysis includes the reasons behind and strategies regarding subnational policies of integration as well as the increasing competences within this field, taking into account the socio-economic characteristics and identities therein.

**8. Rezensionen**  
Recensioni

A series of horizontal dashed lines for writing.



## **Federico Scarano: Tra Mussolini e Hitler – Le opzioni dei sudtirolesi nella politica estera fascista. Milano: Franco Angeli, 2012**

Federico Scarano ist Professor für internationale Beziehungen an der Universität Neapel. Er zählt illustre Namen aus der „konservativen Reichshälfte“ der italienischen Diplomatiegeschichte wie Renzo de Felice, Mario Toscano und Pietro Pastorelli zu seinen Lehrmeistern. Das Arbeiten mit den Dokumenten im Bundesarchiv in Berlin ist ihm genauso geläufig wie in den Archiven in Rom. Er ist ein Kenner aller deutschsprachigen Publikationen zur Südtirolfrage sowie zu den Themen der internationalen Politik im 20. Jahrhundert und ist dank seiner Forschungen zur italienischen Außenpolitik zu einem der wichtigsten Experten der diplomatischen Beziehungen Italiens mit Österreich und Deutschland geworden. Im Jahre 1996 hatte Scarano, versehen mit dem „Segen“ des Direktors der *Documenti Diplomatici Italiani*, Pietro Pastorelli, ein voluminöses Werk über die außenpolitischen Beziehungen zwischen dem faschistischen Italien und der Weimarer Republik publiziert und sich damit definitiv als der Newcomer der italienischen Diplomatiegeschichte akkreditiert. Nun hat Scarano 2012 sein neuestes Werk „*Tra Mussolini e Hitler – Le opzioni dei sudtirolesi nella politica estera fascista*“ vorgelegt. Seit der Publikation Renzo de Felices von 1973 („*Il problema dell’Alto Adige nei rapporti italo-tedeschi dall’Anschluß alla fine della seconda guerra mondiale*“) hat es bisher kein Buch in italienischer Sprache mehr gegeben, das die Geschichte Südtirols der Zwischenkriegszeit 1919–1939 auf dem Hintergrund der Entwicklung der außenpolitischen Beziehungen zwischen Rom, Wien und Berlin nachzeichnet. Den einleitenden „Segen“ zum Buch Scaranos erteilte diesmal nicht mehr ein historiografischer Altmeister italienischer Sprache, sondern Michael Gehler, seit seinem Abgang aus Innsbruck Ordinarius für Zeitgeschichte an der Universität Hildesheim und – zumindest was den quantitativen Umfang betrifft – zweifellos der einsame Rekord-

halter an Veröffentlichungen zur Süd-/Tiroler Zeitgeschichte. Gehlers Einleitung beinhaltet im Wesentlichen zwei Aspekte: Einerseits seine Einschätzung des Buches von Scarano und andererseits sein Urteil über die wichtigsten Protagonisten der zeitgeschichtlichen Forschung in Südtirol. Gehler überschüttet den Autor und Freund Scarano mit einem geradezu euphorischen Crescendo an Komplimenten („*esamina sistematicamente e illumina approfonditamente*“, „*eccellente ricerca*“, „*affascinante e scrupoloso utilizzo della letteratura scientifica ... e la sua mirata ed equilibrata interpretazione*“, „*convincente ricerca*“, „*analisi seducente*“ etc.) so dass das Lob nicht selten zur Lobhudelei wird. Weniger Lob verdient nach Gehler die zeitgeschichtliche Forschung zu Südtirol. Hier unterscheidet er schematisch drei verschiedene Strömungen. Die erste ist jene rechtskonservative repräsentiert durch Alfons Gruber und Franz Huter: Sie habe den Makel, dass sie die Ungerechtigkeiten und Verfolgungen des Faschismus an den Südtirolern übertreibe, den Widerstand der Südtiroler gegen den italienischen Faschismus über Gebühr hervorhebe und dagegen den Widerstand gegen den Nationalsozialismus ignoriere, ja tendenziell sogar verächtlich mache. Die zweite ist jene früher einmal sich marxistisch und heute mehr links-liberal gebende Strömung. Sozusagen als Antipode zur ersten verharmlose sie die Missetaten des italienischen Faschismus, operiere mit Schlagworten wie „Heimatverrat“ zur Interpretation der Option, präsentiere die Südtiroler als Opportunisten und betone über Gebühr deren komplizenhafte Verstrickung in Nationalsozialismus und Drittes Reich. Für derartige Fehlurteile stehen die Namen von Leopold Steurer, Reinhold Messner, Karl Stuhlpfarrer und Gerald Steinacher. Für den sozusagen „goldenen Mittelweg“ und die richtige Bewertung und Ausgewogenheit in der Darstellung der Südtiroler Zeitgeschichte erwähnt Gehler als dritte Strömung das von Gottfried Solderer herausgegebene fünfbandige Werk sowie dessen „*Spiritus Rector der Südtiroler Geschichte*“ Hans Heiss. Abgesehen von der Absurdität und Überheblichkeit einer derartigen Schablonisierung und Beurteilung der Südtiroler Zeitgeschichteforschung „*ex cathedra*“ muss dem aufmerksamen Leser des Buches doch einiges reichlich komisch vorkommen: Da werden Historiker wie Steurer und Stuhlpfarrer von Gehler wegen ihrer Einseitigkeit getadelt, von dem von Gehler hochgelobten Autor Scarano aber immer wieder (und zwar fast immer zustimmend!) zitiert, ja Steurer einmal sogar als „*lo studioso forse più attendibile sulla storia del Sudtirolo*“ (S. 47, Fußnote 96) bezeichnet. Wie sich derartige Widersprüche erklären lassen, bleibt jedenfalls schleierhaft. Ob da der Verfasser der Einleitung den Text des Autors aus Mangel an Zeit nicht genau gelesen oder aus Mangel an Kenntnis der italienischen Sprache nicht genau verstanden hat? Das professionelle Handwerk Scaranos ist die Diplo-



matiegeschichte in Reinkultur und darin ist er auch ein kenntnisreicher Meister. Jede kleinste, für den Verlauf der Ereignisse auch vollkommen unbedeutende Äußerung irgendeines Diplomaten wird mit akribischer Genauigkeit registriert, eventuell mit gegenteiligen Positionen konfrontiert und vom Autor kommentiert. Dabei verliert sich der Autor wiederholt (weniger im Text als in den oft ausufernden Fußnoten) auch in der Wiedergabe von an und für sich banalen, unwichtigen Details, die für das bessere Verständnis des gestellten Themas vollkommen überflüssig sind. Hier nur zwei Beispiele (von mehreren möglichen) dafür: Trägt es etwa zu einem leichteren und profunderen Verständnis des Phänomens „Option der Südtiroler 1939“ bei, wenn erwähnt wird, dass bei der Neuauflage des Buches von Eduard Reut-Nicolussi von 1928 („Tirol unterm Beil“) im Jahre 1983 der Name des Vaters von Silvius Magnago aus politischen Überlegungen in Malpaga umgewandelt (S. 41, Fußnote 69) wurde? Oder dass sich die faschistische Diplomatie nach dem Anschluss 1938 wiederholt in Berlin für Kurt Schuschnigg bzw. die Familienangehörigen des ermordeten Bundeskanzlers Engelbert Dollfuß einsetzte (S. 68–69)? Kann man Ersteres wohl nur als einen süffisanten Seitenhieb auf den opportunistischen Umgang der Südtiroler mit ihrer Vergangenheit ansehen, so ist Zweiteres eher geeignet, bei vielen italienischsprachigen Lesern den im Unterbewusstsein gespeicherten Topos *italiani brava gente* wachzurufen. Aspekte außerhalb der diplomatiegeschichtlichen Optik interessieren Scarano wenig bis gar nicht. So etwa Motive für die Südtirolpolitik der beiden Länder und totalitären Systeme, die sich z. B. aus dem ideologischen Bereich ergaben (Konzept von Nation und Staat im Faschismus, Konzept und Bedeutung der „Volkstumspolitik“ im Nationalsozialismus etc.) oder Fragen der Wirtschafts- und Finanzpolitik der beiden Staaten, die vor allem bei den Verhandlungen zu den Umsiedlungsverträgen 1939 eine zentrale Rolle spielten. Nur aus dieser einseitigen Fixierung auf rein diplomatiegeschichtliche Aspekte ist es wohl zu erklären, dass z. B. eine so wichtige Studie wie jene von Andrea di Michele von 2003 („*L’italianizzazione imperfetta*“) über die faschistische Verwaltung, in der auch sehr präzise und synthetisch die Gründe für das Scheitern der angestrebten „totalen Italianisierung“ Südtirols aufgelistet werden, weder in den Text eingearbeitet noch ins Literaturverzeichnis aufgenommen wurde. Die unterschiedlichen, oft total konträren wirtschafts- und finanzpolitischen Standpunkte Roms und Berlins (Sonderkurs Reichsmark-Lira, Errechnungsmodus des abzulösenden Optantenbesitzes etc.) bei den Verhandlungen zu Option und Umsiedlung 1938–1939 werden zwar angesprochen (S. 197–200), aber kaum weiter vertieft. Vor allem Karl Stuhlpfarrer hat sich in seinem zweibändigen Werk von 1985 („Umsiedlung Südtirol 1939–1940“) sehr ausführlich mit diesen ökonomi-

schen Aspekten von Option und Umsiedlung beschäftigt. Da ihm dabei nur Quellen von deutscher Seite zur Verfügung standen, hätte sich der interessierte Leser zur Vervollständigung des Bildes eine ähnliche Darstellung der kontroversen Verhandlungen vom Sommer/Herbst 1939 anhand von Quellen aus den römischen Archiven erwartet. Diese Erwartung wird freilich in nur ganz marginaler Weise erfüllt (S. 199–200) und im Wesentlichen erfährt der Leser kaum etwas Neues, was über die bereits von Stuhlpfarrer aufgezeigten Probleme und getroffenen Urteile hinausgeht. Auch die von italienischer Seite vorliegenden Studien zu den wirtschaftlichen Beziehungen zwischen Rom und Berlin nach dem Anschluss Österreichs wie etwa jene von Brunello Mantelli von 1992 und 1996 über die italienischen „Gastarbeiter“ im Dritten Reich 1938–1943 sowie die Entwicklung der Handelsbilanz zwischen beiden Ländern werden zwar in den Fußnoten erwähnt (S. 120), aber leider nicht argumentativ in den Text eingebaut. Da die Interessen des Dritten Reiches bei allen Umsiedlungen von „Volksdeutschen“ 1939–1943 neben dem Gewinn von Devisen, von Soldaten für den Krieg, von raum- und siedlungspolitisch wichtigem „Menschenmaterial“ für die Realisierung der angestrebten „Germanisierung Osteuropas“ eben auch jener von Arbeitskräften waren, wäre es vielleicht für den Leser nicht uninteressant gewesen zu erfahren, dass die ersten Züge mit italienischen „Gastarbeitern“ im März 1938 über den Brenner Richtung Norden rollten, um den in der Landwirtschaft und Rüstungsindustrie des Dritten Reiches akuten Arbeitskräftemangel zu lindern. Eben genau zu einer Zeit, als sowohl in Rom wie Berlin die ersten konkreten Überlegungen und Gespräche zu einer einvernehmlichen Lösung der Südtirolfrage mittels Umsiedlung stattfanden. Den zentralen Teil der Arbeit Scaranos bilden, nach einem summarischen Rückblick auf den Stellenwert Südtirols im politischen Konzept Mussolinis und Hitlers sowie auf die bilateralen „diplomatischen Vorgeplänkel“ vom März/April 1938 zu einer möglichen Umsiedlungslösung, die gut 100 Seiten des Buches, die mit „*L’Alto Adige nelle trattative per il trattato di alleanza fra Roma e Berlino*“ und „*Il dramma delle opzioni*“ (S. 107–212) überschrieben sind.

Hier werden von Scarano als exzellentem Kenner alle bereits publizierten und zum Teil neu im Archivio Storico del Ministero degli Affari Esteri in Rom sowie im Politischen Archiv des Auswärtigen Amtes in Berlin konsultierten Dokumente aufgearbeitet. Angefangen vom Einmarsch der Wehrmacht in Prag im März 1939 über die Verhandlungen zum Stahlpakt bis zur „Berliner Konferenz“ vom 23.6.1939 und dem Abschluss der Umsiedlungsverträge im Oktober 1939 werden minutiös und facettenreich alle diplomatischen Gespräche und Positionen der wichtigsten Akteure in der Südtirolpolitik in Rom und Berlin aufgelistet. Zu Recht wird dabei

von Scarano betont, dass es der faschistischen Politik primär um das Ziel einer möglichst vollständigen Italianisierung Südtirols und der Schaffung der dafür notwendigen Voraussetzungen ging, dass die italienische Seite in der Phase der Verhandlungen wie der Durchführung der Option weitaus mehr auf der „Freiwilligkeit“ der Entscheidung insistierte, während es auf deutscher Seite nach der definitiv getroffenen Entscheidung über die Grenze am Brenner durch die Erklärungen Hitlers nach dem Anschluss Österreichs bzw. mit der Unterzeichnung des Stahlpaktes in Berlin eigentlich nur mehr Vertreter der angestrebten „totalen“ Lösung durch Umsiedlung gab, die allenfalls auch mit den Mitteln der physischen und psychischen Gewaltanwendung erreicht werden sollte. Ausgesprochen informativ und gut gelungen ist auch die in der abschließenden „*Conclusion*“ (S. 219–224) enthaltene Beschreibung der jeweiligen Vertreter einer Total- bzw. Teilumsiedlung auf italienischer Seite. Die Kapitelüberschrift „*Il dramma delle opzioni*“ (S. 155) kann man hingegen wohl nur als irreführend bezeichnen, denn die Auswirkungen des Beschlusses zu Option bzw. Umsiedlung vonseiten der beiden totalitären Regime auf die betroffene Bevölkerung werden überhaupt nicht behandelt. Über die auch im Untertitel des Buches angekündigten „*opzioni dei sudtirolesi*“ erfährt der Leser lediglich vom Streit zwischen den deutschen und italienischen Akteuren um die nackten Zahlen des Optionsergebnisses, das aus Gründen politischer Opportunität von den einen nach oben und von den anderen nach unten „frisirt“ wurde. Die wirklich „dramatische“ Spaltung der Südtiroler in „Dableiber“ und „Optanten“ sowie die Methoden, Argumente und Konsequenzen des „Optionskampfes“ vom Herbst/Winter 1939 bleiben vollständig ausgeblendet. Dass dieser, auch mit seinen Langzeitfolgen so wichtige, auf der menschlich-psychologischen Ebene verlaufende Teil der Geschichte Südtirols dem italienischsprachigen Leser vorenthalten bleibt, ist zweifellos ein Manko des Buches. Denn nur dadurch wären für den italienischsprachigen Leser auch so manche Phänomene der Nachkriegsgeschichte Südtirols besser verständlich geworden. Ein besonderes Problem des Buches erheischt eine kurze, separate Erörterung. Es handelt sich um die Aufzeichnung von Max Lorenz vom 24.3.1938, des früheren Leiters des deutschen Generalkonsulats in Mailand und damals für die Beziehungen zu den auslandsdeutschen Minderheiten zuständigen Beamten in der Kulturabteilung des Auswärtigen Amtes. Karl Stuhlpfarrer, der dieses Dokument als Erster „entdeckte“, hat es in seinen Publikationen mehrmals ausführlich zitiert und richtigerweise als eigenständige Überlegung des Auswärtigen Amtes zu einer möglichen Umsiedlung der Südtiroler bewertet. Es handelt sich dabei um eine Stellungnahme zu einer Aufzeichnung von Ernst von Weizsäcker über dessen Unterredung mit dem italienischen Botschaftsrat

Massimo Magistrati vom 14.3.1938, in der dieser eine „radikale, saubere, endgültige und freundschaftliche Lösung“ der Südtirolfrage angeregt hatte. Nun wurde in einem von Rudolf Lill 1991 herausgegebenen Band („Die Option der Südtiroler 1939“) dieses Dokument nochmals vollständig abgedruckt und irrtümlich und ohne weitere Begründung dem SS-Obergruppenführer und Leiter der Volksdeutschen Mittelstelle (VOMI) Werner Lorenz zugeschrieben. Scarano hat diesen Fehler Lills unkritisch übernommen und in sein Buch eingebaut (S. 89–90). Dass es sich beim Autor dieses Dokuments vom 24.3.1938 tatsächlich um Generalkonsul Max Lorenz und *nicht* um den SS-Obergruppenführer Werner Lorenz handelt, geht freilich aus mehreren Gründen einwandfrei hervor. Zunächst würde allein schon ein Vergleich des Schriftzuges der beiden Personen genügen. Das Dokument trägt lediglich die Unterschrift „Lorenz“ in Form eines ganz flachen Schriftzuges, während alle Unterschriften von Werner Lorenz einen ausgesprochen steilen Schriftzug aufweisen. Abgesehen von diesem „grafologischen“ Unterschied und Beweis, handelt es sich beim Dokument eindeutig um einen „amtsinternen“ Akt des Auswärtigen Amtes, wie ja aus der Überschrift („Aufzeichnung zu Pol I geh. betr. Anregung des Botschaftsrates Magistrati zur Bereinigung der Südtiroler Frage“) hervorgeht. Auch ist es gänzlich auszuschließen, dass Staatssekretär Weizsäcker diese seine geheime Aufzeichnung vom 14.3.1938 dem VOMI-Chef Werner Lorenz mit der Bitte um eine Stellungnahme übermittelt haben könnte. Erstens wäre in einem solchen Fall ein diesbezüglicher Vermerk vorhanden und zweitens ist aus der wissenschaftlichen Literatur zur Genüge bekannt, dass das Auswärtige Amt die Einmischungen eines SS-Amtes in außenpolitische Angelegenheiten als lästige und unerbetene Konkurrenz betrachtete. Während die höchsten Beamten des Auswärtigen Amtes mit dem Ende 1937 von der SS entmachteten Bundesleiter des Volksbundes für das Deutschtum im Ausland (VDA), Hans Steinacher, im Wesentlichen konform gingen, war dies seit der Übernahme der gesamten Volkstumspolitik durch die SS 1938 eben nicht mehr der Fall. Es wäre angebracht, dass der Autor bei einer allfälligen Neuauflage seines Buches diesen Irrtum korrigieren würde. Für die italienische Geschichtsschreibung zu Südtirol ist Scaranos Publikation eine gelungene kompilatorische Arbeit auf dem Stand der aktuellen Forschung, die eine bisher vorhandene Lücke schließt. Gemessen am Wissensstand der diesbezüglichen deutschsprachigen Forschung bringt sie freilich wenig Neues.

Leopold Steurer  
*poldi@ines.org*

**Gerald Steinacher: Hakenkreuz und Rotes Kreuz.  
Eine humanitäre Organisation zwischen Holocaust und Flüchtlings-  
problematik. Innsbruck/Wien/Bozen: Studienverlag, 2013**

Unsere gegenwärtigen Zeitläufte sind neben „Ein Jahrhundert Urkatastrophe“ auch sonst genug angefüllt mit Gedenktagen und Gedenkjahren. So etwa wurden vor 150 Jahren nicht nur die Tscherkessen von den eroberungssüchtigen Russen nach einer vernichtenden Schlacht aus Sotschi in alle Welt vertrieben, 1863 Jahren avancierte auch, in Anlehnung an die Schweizer Nationalfahne, das rote Kreuz auf weißem Grund zum Symbol der ein Jahr zuvor auf Initiative des Genfer Kaufmanns Henri Dunant gegründeten humanitären Organisation gleichen Namens. Dunant hatte sich von seinen persönlichen Erlebnissen 1859 in der Schlacht von Solferino südlich des Gardasees zu dieser menschlichen Großtat inspirieren lassen. 75 Jahre später, also ein Lebensalter nach 1863, kam es in der Pogromnacht vom 9. auf den 10. November in Innsbruck zu einer menschlichen Schandtat, über die der heute in Hildesheim auf einem Jean-Monnet-Lehrstuhl dozierende Historiker Michael Gehler 1986 in der mittlerweile nicht mehr existenten Südtiroler Kulturzeitschrift Sturzflüge wie folgt berichtete:

*„Der gebürtige Klagenfurter Gerhard Lausegger (Burschenschaft Suevia), der vor dem ‚Anschluss‘ schon illegal den Innsbrucker N.S.D.St.B. anführte, 2 Semester von der Universität relegiert und von Oktober 1936 bis Juli 1937 SS-Führer war, erhielt am 9.11.1938 den Auftrag, den Führer der Israelitischen Kultusgemeinde und ehemaligen Präsidenten der zionistischen Ortsgruppe Innsbruck, Ing. Richard Berger, ‚als Strafsanktion gegen die Ermordung vom Rath’s in Paris aus dem Weg zu räumen‘. Ing. Berger wurde von Lausegger, der erst einige Tage vorher von der Universität Innsbruck promoviert worden war, und einem Rollkommando in ein Auto gezerrt und nach Kranebitten zum Innufer geschleppt. Dort wurde Ber-*

ger zu Boden geworfen und mit dem Kolben einer Pistole mehrere Male auf den Kopf geschlagen. Berger wurde öfters an der Schläfe getroffen und erlag sofort dem Mordanschlag. Seine Leiche wurde daraufhin von den Tätern in den Inn geworfen.“

In welcher Beziehung steht nun die kriminelle Tat Lauseggers, dessen immer noch „ehrend“ am „Schwabendenkmal“ im Innsbrucker Westfriedhof gedacht wird, zur humanitären Tat Henri Dunants und dessen Organisation? Auskunft darüber erhält man in dem schon 2008 im Studienverlag erschienenen Buch „Nazis auf der Flucht“ des nunmehr in den USA lehrenden Historikers und Politologen Gerald Steinacher:

*„Gerhard Lausegger [...] wurde bei Kriegsende in Kärnten verhaftet, floh aber 1947 aus alliierter Haft und setzte sich nach Südtirol ab. Für die Flucht besorgte er sich einen IKRK-Ausweis und wanderte nach Argentinien aus. Bis zu seinem Tod im Juni 1966 lebte er ‚als ehemaliger rumänischer Staatsbürger‘ Nicolo Gracea. Sein Vorgesetzter bei den Mordaktionen der Kristallnacht, SS-Oberführer Johann Feil, konnte sich ebenfalls absetzen.“*

Aber nicht nur diesen beiden Mördern, an deren Händen tatsächlich Blut klebte, gelang es, mithilfe des Vatikans und des IKRK in Genf, ihr Heil in der Flucht via Südtirol und Genua nach Südamerika zu finden, sondern auch vielen Nazigrößen wie etwa Adolf Eichmann, Erich Priebke, Klaus Barbie oder Josef Mengele und Franz Stangl. Deren Schicksal spürt nun Gerald Steinacher in seinem neuesten Werk „Hakenkreuz und Rotes Kreuz“ genauer nach, wobei er besonders die Rolle, die die humanitäre Weltorganisation dabei spielte, untersucht.

Das Internationale Komitee vom Roten Kreuz steckte in einem Dilemma, das sich schon aus den Grundgedanken der Genfer Konventionen ergab. Steinacher zitiert dazu den kanadischen Historiker Michael Ignatieff:

*„In diesen Konventionen werden keine wohlklingenden Forderungen nach Brüderlichkeit erhoben. Stattdessen wird in ihnen der Krieg als normales anthropologisches Ritual akzeptiert – als der einzige Weg, auf dem bestimmte Konflikte zwischen Menschen gelöst werden können.“*

Das konkrete Dilemma ergab sich nun daraus, dass nach dem „Ritual“ des Zweiten Weltkriegs menschliches „Strandgut“ als unvermeidliches Relikt der „rituellen“ Handlungen übrig blieb, welches nach neuen Identitäten sowie deren Dokumentation suchte. Steinacher erläutert den Weg dazu im Kapitel „Nazi-Fluchthilfe wider Willen“ seines Buches:

*„Für Nationalsozialisten und Kriegsverbrecher wurde das IKRK in den ersten Nachkriegsjahren zur begehrten Anlaufstelle für neue Reisedokumente. Die Aus-*

*stellung von Reisepapieren gehörte traditionell nicht zu den Aufgaben des IKRK. Doch die ungewöhnliche Notlage von Millionen in Westeuropa gestrandeter Flüchtlinge bewog die Genfer, sich vermehrt in der Flüchtlingsbetreuung zu engagieren. Europa sah damals gewaltige Flüchtlingsströme, Millionen Menschen waren auf der Flucht: Überlebende des Holocaust, Anti-Kommunisten, Nazi-Kollaborateure und vertriebene Deutsche aus Osteuropa, Opfer und Täter.“*

Dieses Treibgut der Geschichte, mit der beschönigenden Bezeichnung *displaced persons* versehen, wurde von den Siegermächten unterschiedlich behandelt. Für die vertriebenen „Volksdeutschen“ erklärten sie sich nicht zuständig. Die waren de facto staatenlos und oft auch ohne Ausweispapiere (*sans papiers* würde man heute sagen), deren es allerdings für einen Neubeginn anderswo, etwa in Südamerika und dort vor allem im um Deutsche besonders bemühten Argentinien Juan Peróns, bedurfte. Hier sprang nun das IKRK mit seinen *titres de voyage* behelfsmäßig und ohne Gewährleistungskompetenz ein. Steinacher zu den Folgen:

*„Die Kontrolle der Angaben der Antragsteller lag laut IKRK bei den Einwanderungsländern, was diese aber meist nicht wahrnahmen. Es sollte daher nicht überraschen, dass die Praxis der Ausstellung der Reisetitel massiven Missbrauch förderte. Gerade Menschen mit problematischer Vergangenheit konnten sich unter die Masse der Flüchtlinge mischen. In den chaotischen Nachkriegsjahren war das kein Problem. Man konnte jahrelang unerkannt bleiben, eine neue Identität annehmen und damit auch in Übersee ein neues Leben anfangen. Gesuchte Nationalsozialisten, Holocaust-Täter, Kriegsverbrecher und Kollaborateure aus ganz Europa konnten auf diese Weise auch der Justiz entkommen.“*

Bei der Fluchthilfe gab es eine mehr oder weniger bewusst in Kauf genommene unheilige Allianz mit vatikanischen Kreisen, die Steinacher bereits in seinem vorigen Werk („Nazis auf der Flucht“) hat anklingen lassen. Jetzt geht er näher darauf ein, denn das IKRK vertraute bei der Herstellung runderneuerter Identitäten gerne Empfehlungsschreiben kirchlicher Stellen, insbesondere der Vatikanischen Hilfsstelle für Flüchtlinge in Rom, einer 1944 auf Anordnung von Papst Pius XII. gegründeten Institution, die sich vorwiegend vertriebener Katholiken aus den von der Sowjetunion unterworfenen Ländern Ost- und Südosteuropas annahm. Dementsprechend war dort in Vorwegnahme des nachfolgenden Kalten Kriegs offener Antikommunismus Trumpf.

Steinacher scheut sich nicht, die verhängnisvolle Vorgehensweise der Kirche mit klaren Worten anzuprangern:

*„Einen Teil der Arbeit der Hilfsstelle übernahmen ad hoc entstandene nationale Unterkomitees, die bald zu beliebten Anlaufstellen von schwerbelasteten Nazis,*



*Kriegsverbrechern, Faschisten und Kollaborateuren aus Mittel- und Osteuropa wurden. Einzelne Leiter dieser nationalen Hilfsstellen, wie der kroatische Faschisten-Priester Krunoslav Draganovic oder der zu den Hitler-Bewunderern zählende österreichische Bischof Alois Hudal waren bei der Reinwaschung von Belasteten sicher besonders exponiert, waren aber nicht jene ‚einsamen schwarzen Schafe‘, als die sie innerhalb der Kirche in den letzten Jahrzehnten vorgeführt wurden. Papst Pius XII. wusste nicht nur von den Aktivitäten Hudals und Draganovics, sondern er selbst setzte sich mit seinen engsten Mitarbeitern wiederholt für Nazi-Kollaborateure und Kriegsverbrecher ein. Nicht wenige Kleriker in Italien, Österreich und Deutschland halfen (ehemaligen) Faschisten und Nazis, wobei Antikommunismus und christliche Vergebenshaltung anscheinend wichtige Motive waren.“*

Und Steinacher resümiert: „Den Tätern wurde rasch vergeben, während die Opfer rasch vergessen wurden“. Allerdings erkennt er in dem unheilvollen Zusammenspiel des IKRK mit der katholischen Kirche nur den „zweiten Sündenfall“ der „Humanitarier“. Davor gab es bereits „das große Schweigen“, das nur zum Teil aus der quasistaatlichen Konstruktion des IKRK erklärbar ist, aber viel mehr noch mit persönlichem Fehlverhalten seines leitenden Personals zu tun hat. Diese Konstruktion ergibt sich daraus, dass das IKRK zwar ein privater Verein ist, der sich statutarisch aber aus 25 Mitgliedern ausschließlich Schweizer Bürgerschaft, „meist einflussreichen Politikern, Diplomaten und hochrangigen Beamten“ rekrutiert. Auch „die MitarbeiterInnen waren in der Vergangenheit ebenfalls nahezu immer Schweizer Staatsbürger“, sodass es „zwischen dem IKRK und der Schweizer Regierung von Anfang an ein sichtbares Naheverhältnis“ gab, was zur Folge hatte, dass sich das IKRK „gegen die Sirenenklänge des Schweizer Nationalismus nicht immer immun zeigte“, zitiert Steinacher den US-Politologen David P. Forsythe aus dessen Buch „The Humanitarians“. Besonders fatal wirkte sich das im Verhalten der Schweiz zur faschistischen Diktatur in Italien und zur nazistischen Diktatur in Deutschland aus:

*„Die Schweiz war wie das IKRK keine eigentliche Macht, zumindest nicht militärisch [...]. Besonders in Krisenzeiten griff man daher zu nichtmilitärischen Strategien des Überlebens. Geheimdiplomatie spielte hier genauso eine Rolle wie die Wirtschaft oder das Bankwesen [...]. Öffentliche Proteste oder Anklagen gehörten hingegen kaum zum Instrumentarium weder der Schweiz noch des Roten Kreuzes.“*

Und so brach schon angesichts des genozidalen massiven Giftgaseinsatzes durch Mussolini-Italien in Abessinien ebenso das „große Schweigen“ aus, wie es dann auch zur großen Diskretion der Genfer Humanitarier im Zusammenhang mit dem Holocaust kam. Langzeitpräsident des IKRK zwischen 1928 und 1944 war



Max Huber, Spross einer Zürcher Patrizierfamilie und neben seinen Funktionen als Verwaltungsratspräsident zweier Großunternehmen auch Professor für Staats- und Völkerrecht an der Universität Zürich. Der Jurist hielt eine „Einmischung in die inneren Angelegenheiten Deutschlands“ für ausgeschlossen und außerdem war der Schutz von internierten Zivilisten in keiner Konvention vorgesehen.

Für Max Huber war der christliche Glaube Motor seines Einsatzes im IKRK und somit definierte der Titel eines 1943 erschienenen kleinen Büchleins („Der barmherzige Samariter. Betrachtungen über Evangelium und Rotkreuzarbeit“) sein Selbstverständnis und verlieh ihm auch gegenüber der Kirche und dem Papst im Vatikan eine gewisse Legitimität. Andererseits schreibt der Schweizer Autor und Biograf Carl J. Burckhardts, Paul Stauffer, 1998 in seinem Buch „Sechs furchtbare Jahre ...“ über ihn:

*„IKRK-Präsident Max Huber war eine Persönlichkeit von unbezweifelbarer moralischer Integrität, aber in seiner Eigenschaft als Verwaltungsrats-Vorsitzender der Maschinenfabrik Oerlikon und der Aluminiumindustrie AG musste auch ihm an der Erhaltung eines den schweizerischen Exportinteressen förderlichen spannungsfreien Verhältnisses zwischen der Schweiz und Italien gelegen sein.“*

Offen herausgefordert wurde die Loyalität der „Humanitarier“ zu ihrer selbst verordneten Humanität im Sommer 1942. Angesichts der zunehmenden Intensivierung des Bombenkrieges zulasten der Zivilbevölkerung sowie der systematischen Umsetzung der grausamen Beschlüsse der Wannsee-Konferenz vom 20. Jänner wuchs der internationale Druck auf das IKRK, mittels eines öffentlichen Appells endlich Stellung zu beziehen. Hier rächte sich nun aber die enge personelle und finanzielle Verquickung mit der Regierung in Bern. Steinacher erläutert:

*„Die Nachricht von einem geplanten Aufruf des Roten Kreuzes alarmierte die Schweizer Regierung. In der Bundeshauptstadt Bern wurden die Staatslenker nun sichtlich nervös. Im Falle eines Protests gegen das ‚Dritte Reich‘ befürchtete man schwere außenpolitische Auswirkungen auf die Schweiz. Sie war im Herbst 1942 von Hitler-Deutschland und seinen Verbündeten umklammert. Die neutrale Insel wollte die eigene schwache Position nicht gefährden und verfolgte eine sehr anpassungsfreundliche Politik gegenüber Nazi-Deutschland. Die Politik der Eidgenossenschaft war daher darauf ausgerichtet, die Nazis möglichst bei Laune zu halten, um so keinen Grund für einen deutschen Einmarsch zu liefern.“*

Bei der entscheidenden Sitzung der Vollversammlung des Komitees am 14. Oktober, an der – ungewöhnlicherweise – auch der amtierende schweizerische Bundespräsident Philipp Etter teilnahm, wurde ein solcher allgemeiner Appell nach heftiger interner Diskussion nicht mehr unterstützt und einstimmig verworfen, weil er

als „Verurteilung“ hätte verstanden werden können. Steinacher lässt den US-Politologen Forsythe in seinem Kapitel „Der beschämendste Augenblick“ bilanzieren:

*„Mit der schlimmsten humanitären Krise des Krieges konfrontiert, blieb das IKRK nicht nur schweigsam, sondern es erlaubte Schweizer Staatsinteressen, über die unabhängigen humanitären Entscheidungen des IKRK zu triumphieren. [...] Es unterstellte sich Bern, dessen Prioritäten darauf hinausliefen, Nazi-Deutschland nicht zu verärgern.“*

Besonderen Anteil am „Triumph der Staatsinteressen“ hatte Carl Jakob Burckhardt, bereits seit einiger Zeit inoffizieller „Außenminister“ des IKRK, der in dieser Rolle Bundespräsident Etter wesentlichen Suktors leistete und bald darauf dem schwer kranken Max Huber als IKRK-Präsident nachfolgte. Wer war nun dieser Abkömmling eines Basler Großbürgergeschlechts und wie war er „gepol“?

Seine ersten diplomatischen Gehversuche machte Burckhardt Ende des Ersten Weltkrieges an der schweizerischen Botschaft in Wien, von wo aus er 1919 auch die linken Revolutionen in Bayern und Ungarn miterlebte, „schockiert von der Gewalt und dem Chaos durch die Bolschewisten“, wie sein Biograf Stauffer konstatiert. Diese Erlebnisse ließen in ihm einen Antikommunismus reifen, den er schließlich auch antisemitisch verbrämte: „Kaffeehaustheoretiker. Alles Juden, die jahrelang in unproduktiven Theorien unbefriedigtem Machttrieb huldigten“, schrieb er über die Rote Räterepublik 1919 in Budapest. Und auch folgendes entlarvende Zitat stammt von dem historisierenden Diplomaten selbst: „Es gibt einen bestimmten Aspekt des Judentums, den ein gesundes Volk bekämpfen muss.“ Steinacher spinnt diesen „völkischen“ Faden im Kapitel „Helfer unter Hitler“ seines Buches weiter: „Burckhardt bewunderte das deutsche Volk und seine Geschichte und sah sich selbst als Teil dieser Kultur.“ Und: „So wenig er die primitiven Nazis leiden konnte, so sah er in Deutschland doch ein wichtiges Bollwerk des Abendlandes gegen die ‚rote Gefahr aus dem Osten‘.“ Sogar 1960 schrieb der Historiker noch in seinen Erinnerungen: „Während der Jahre des Kampfes und über den Kampf hinaus hat man nicht begriffen, dass hinter der Episode des Nationalsozialismus die eigentliche Entscheidung erst einsetzte.“

So verwundert es auch nicht weiter, dass Burckhardt sich 1935 als Rotkreuz-Delegierter bei einem (dem einzigen übrigens) Konzentrationslagerbesuch in Deutschland weniger vom Schicksal der Internierten als von anderem beeindruckt zeigte. Steinacher: „Nach seinem groß inszenierten Deutschlandbesuch lobte Burckhardt in einem Brief an Hitler lieber die ‚faustische Leistung der Reichsautobahn und des Arbeitsdienstes‘.“ 1937 wurde dann seine diplomatische Karriere durch die Ernennung zum Hochkommissar des Völkerbundes im unabhängigen

Stadtstaat Danzig gekrönt, da sie ihn europaweit bekannt machte. Sein Abschlussbericht über diese Tätigkeit veranlasste in der Folge Joseph Goebbels zu der bezeichnenden Tagebucheintragung: „Der Mann wäre irgendwo einmal brauchbar. Schade, dass wir solche Diplomaten nicht haben.“ Eine Gelegenheit zur Probe aufs Exempel sollte sich erst gegen Kriegsende ergeben. Burckhardt war nach starkem Druck aus den USA mit dem Vizepräsidenten des Schwedischen Roten Kreuzes, Graf Folke Bernadotte, darüber in makabren Wettstreit geraten, wer wohl der effizientere „Judenretter“ sei. Es ging um ein Geschäft „Menschenleben gegen Lastwagen“, wie das Kapitel in Steinachers Buch überschrieben ist. Adolf Eichmann sollte es über Auftrag von Heinrich Himmler mit dem „Wechselkurs“ 100 Juden für einen Lastwagen einfädeln. Wobei der Reichsführer SS eher an den guten Kontakten Graf Bernadottes, der mit einer Amerikanerin verheiratet war, zu Regierungskreisen in den USA interessiert war. Steinacher beschreibt Bernadotte als „sehr ambitioniert“, der sich – als Neffe des schwedischen Königs – „wohl auch beim Schwedischen Roten Kreuz beweisen wollte“. Sogar eine eigene Offiziersuniform hatte er für seine neue Tätigkeit entworfen. Himmler wiederum „sah den Schweden wohl als idealen neutralen Vermittler für seine geplante Sonderkapitulation gegenüber den Westalliierten“. Die allgemein propagierte „Humanität“ fand sich dergestalt plötzlich im Würgegriff persönlicher Ambitionen unterschiedlichster Akteure wieder. Steinacher deckt die wahren Beweggründe auf:

*„Die Juden und KZ-Häftlinge wurden für Himmler nun zu ‚Spielkarten‘ und damit zu den letzten Trümpfen, die der SS-Führer noch in der Hand hielt. Die KZ-Häftlinge waren in Himmlers Gedankengängen wohl auch als Anreiz für Churchill und Roosevelt gedacht, bei seinem ‚Spiel‘ mitzumachen. Selbst bei einem eventuellen Scheitern der Verhandlungen konnten Himmler und andere Nazis nach dem Krieg behaupten, sie hätten alles versucht, noch Juden zu retten. Diese Verhandlungen waren also in jedem Falle eine gute Rückversicherung für eventuelle Kriegsverbrecherprozesse. Doch Himmlers Vorschläge zum Freikauf von Menschen wurden letztlich von den Alliierten abgelehnt.“*

Der Reichsführer SS sah aber noch eine letzte Chance für seine Bestrebungen, entsann sich des Ehrgeizes Burckhardts und lud diesen nun zu einem Zusammentreffen ein, wobei er sogar das Beisein Hitlers andeutete, „wenn der Gesundheitszustand des Führers es gestatte“. Mit diesem Lockmittel kam er, so Steinacher, einem heimlichen Wunsch des Historikers Burckhardt entgegen, selbst noch einmal Geschichte zu machen:

*„Laut Stauffer sehnte sich Burckhardt geradezu nach einer Wiederbegegnung mit Hitler: ‚Der Geschichtsästhet und Selbststilisator, der sein Leben bewusst mit*

*Blick auf das künftige historiographische Erscheinungsbild seines Tuns und Lassens lebte, hätte sich zur Bereicherung seiner Vita nichts Denkwürdigeres wünschen können, als ein neuerliches Zusammentreffen mit dem Diktator gerade zum damaligen Zeitpunkt.‘ Unmittelbar, bevor der Vorhang fiel, würde Burckhardt nochmals gemeinsam mit Hitler auf der Bühne der Weltgeschichte stehen.“*

Doch der „große Coup“ geriet zur weltgeschichtlichen Posse. Ausgerechnet am 12. März 1945 „überquerte der Präsident des IKRK in Begleitung eines Mitarbeiters die Grenze zwischen Deutschland und der Schweiz in Feldkirch. Die beiden IKRK-Repräsentanten wurden dann von der SS zu einem Gasthof an der Arlbergstraße zwischen den Vorarlberger Städten Feldkirch und Bludenz gebracht, wo SS-Offiziere schon auf die Schweizer warteten. Entgegen der Hoffnungen Burckhardts wurde er jedoch weder von Hitler noch von Himmler begrüßt, sondern lediglich von SS-Obergruppenführer Ernst Kaltenbrunner. Der Reichsführer SS ließ sich entschuldigen, er sei an der Ostfront unentbehrlich, hieß es. Offenbar setzte Himmler für eventuelle Verhandlungskontakte mit den Westalliierten nun nicht mehr auf Burckhardt.“

Die Gloriole des IKRK-Präsidenten als „großer Vermittler“ war somit dahin. Die von ihm „erhoffte Freilassung aller überlebenden Juden durch die SS und ihre Überstellung in die Schweiz oder andere neutrale Staaten kam niemals zustande. Himmler hielt sich nicht einmal an die Versprechen gegenüber dem IKRK, die KZs ordnungsgemäß und ohne Morde in letzter Stunde zu übergeben“, resümiert Gerald Steinacher den deprimierenden Ausgang eines finsternen Kapitels der schweizerisch-deutschen Beziehungen, die auch direkte Bezüge zu Italien und dessen nördlichster Region aufweisen. Der engagierte Autor tritt abschließend als Mahner auf: „Eine Lehre aus dem Buch scheint zeitlos: Humanität sollte man nicht allein den professionellen Humanitariern und nationalen Regierungen überlassen.“

Karl Heiden  
paganus7@chello.at

## **Giovanni Agostini: Eravamo la Dc. Memorie della classe dirigente democristiana in Trentino. Trento: Il Margine, 2013**

Giovanni Agostini, giovane pubblicista trentino noto per il volume “Sociologia a Trento 1961-1967: una ‘scienza nuova’ per modernizzare l’arretratezza italiana” (Il Mulino, 2008), ci riprova con un saggio molto particolare sulla storia della Dc trentina, intitolato “Eravamo la Dc”. La particolarità deriva dalla scelta di basarsi su una modalità da “storia orale”. Agostini costruisce infatti il libro basandolo sulle interviste a undici importanti politici democristiani trentini scelti in un arco generazionale che va dalla rinascita del partito cattolico dopo la guerra, alla sua dissoluzione: Bruno Fronza (classe 1924), Remo Segnana (1925), Enrico Bolognani (1926), Giorgio Grigolli (1927), Flavio Mengoni (1929), Armando Paris (1932), Pierluigi Angeli (1938), Giorgio Postal (1939), Alberto Robol (1945), Paolo Piccolli (1946) e Mario Malossini (1947). Ma le interviste non sono “stringenti”, a botta e risposta. L’intervistatore cerca di essere meno direttivo possibile, “spingendo il testimone – dice – a propormi una sorta di ‘storia di vita’ ed evitando di sottoporlo ad una sessione inquisitoria”. Naturalmente l’autore non scompare affatto: cuce, chiosa, appunta, problematizzando le testimonianze raccolte, con l’obiettivo di “consegnare al lettore l’autobiografia di una classe dirigente”.

Molto interessanti – per una reale messa a fuoco della fucina da cui è uscito il partito che ha dominato il Trentino per mezzo secolo (ma ancora lo domina, possiamo dire, con la sua eredità) – sono le memorie sul primissimo dopoguerra, quando occupa tutto lo spazio possibile una schiera di giovani e giovanissimi dirigenti formati durante il fascismo in associazioni cattoliche come l’Azione Cattolica e la Juventus, che si sbarazza senza tanti complimenti degli ultimi esponenti della tradizione “popolare” di prima del fascismo. Con loro arriva alla ribalta un cattolicesimo politico molto “sociale” e “territoriale”, che si propone alla sottosviluppata

società trentina del tempo sia come rappresentanza sia come società di servizio profondamente innervata nella vita locale, più di paese e di valle che di città. Questi giovani arrivano prestissimo (da ventenni o al massimo trentenni) alle massime responsabilità, e sono ancora impregnati – all’inizio – dallo spirito delle classi popolari da cui emergono, dalla povertà trentina del tempo. In una dimensione totalizzante: il Trentino del dopoguerra sembra tutto racchiuso entro la “cinta murata” del mondo cattolico e del suo partito. Non c’è traccia nelle memorie di altre tradizioni politiche, spazzata via la tradizione liberal-nazionalista dagli esiti fascisti, e quella socialista dalla micidiale combinazione di irredentismo prima e repressione fascista dopo: verrebbe da dire “nella memoria degli intervistati”, ma l’impressione è che la stessa restituisca proprio una condizione anche oggettiva, di dominio cattolico assoluto. Il tessuto connettivo di questo mondo politico era la sua perfetta aderenza alla realtà locale, ma non mancava naturalmente una dimensione ideologica radicata nella guerra fredda, una ideologia anticomunista astratta (dall’autore ricondotta alla dicotomica categoria schmittiana di amico/nemico), che guardava solo lontano, oltrecortina, ai “vescovi imprigionati”, ai “cristiani maciullati”, come dice ancora oggi Angeli.

Questa “totalità locale”, l’abitudine a questo avere tutto dentro e niente fuori, gioca però un brutto scherzo ai democristiani trentini quando in un “altro da sé” si imbattono fatalmente sul proprio cammino istituzionale, nello spazio della Regione: è la minoranza tedesca dei sudtirolesi. È un “altro da sé” che ha la coriacea consistenza di chi s’è formato nelle fucine della Storia, avendo subito nel modo peggiore due guerre mondiali ed avendo dovuto sopportare la politica di sgermanizzazione del fascismo italiano. Tutto questo a pochi chilometri di distanza e solo alcuni decenni prima, ma pare che i democristiani trentini non se ne siano mai accorti. Le parole più esemplari al riguardo sono quelle di Grigolli (il più lucido fra questi intervistati): “L’Alto Adige era il grande sconosciuto. Si sapeva che c’era. Un territorio sconosciuto, una realtà da guardare... ma che non sentivamo”. La prima autonomia, quella derivata dal patto De Gasperi-Gruber, era notoriamente su base regionale, e l’articolo 14 del primo statuto prevedeva che l’attività legislativa spettasse alla Regione, la conseguente attività amministrativa, invece, alle province. Ma sull’interpretazione dell’articolo 14 salta la Regione, i sudtirolesi chiedono il “Los von Trient”, scoppiano le bombe. Armando Paris riconosce adesso, col senno di poi: “Lì abbiamo avuto noi delle lacune anche sul piano culturale... Odorizzi [l’allora presidente democristiano trentino della Regione] aveva la concezione del rappresentante dello Stato... non capiva niente di queste cose”, e Fronza lo accusa di essersi fatto mal consigliare “dall’ex prefetto di Bolzano Innocenti, che era di-

rettore generale al ministero degli Interni”, insomma dalla burocrazia di “prima”. Ci provano alcuni religiosi a far da tramite fra le due comunità, personalità come don Bruno Vielmetti (docente al seminario di Trento) da una parte e il vescovo di Bressanone Joseph Gargitter dall’altra tentano di usare canali ecclesiali per costruire occasioni di confronto e conoscenza reciproca, ma ha la meglio la burocrazia. Icastico sull’articolo 14 – pur nella sua approssimazione verbale – Angeli: “Però quell’articolo che dice che ‘normalmente’ le deleghe e non le deleghe... beh, quel ‘normalmente’ è stato tirato un po’ troppo perché il ‘normalmente’ sarebbe quasi sempre! Eh, non ‘mai’!”. Quando le bombe risvegliano dal brutto sogno dovrà essere la politica romana a prendere in mano i rapporti fra Trento e Bolzano, creando l’autonomia “speciale” delle due province, di fatto svuotando la Regione.

È una lettura della storia della crisi dei rapporti regionali che in Trentino, in anni recenti, ha avuto un’altra importante conferma in ambito cattolico: monsignor Igino Rogger – il più autorevole intellettuale della chiesa trentina – nella sua “*Lectio magistralis*” tenuta in occasione del cinquantesimo anniversario della morte di Alcide De Gasperi (Pieve Tesino, 18.8.2009), ha affermato: “Uno studio anche sommario della stampa locale di quegli anni basterebbe da solo a dimostrare come il Trentino preferì schierarsi dalla parte più facile e più redditizia del centralismo statale, piuttosto che andare alla ricerca di quei temi di comune interesse che, pur nella diversità delle lingue, potevano associarci nella ricerca di una migliore convivenza democratica”. Contesta questa interpretazione Postal nella sua memoria: “Ma siamo proprio convinti che se per caso fosse stato applicato bene l’articolo 14 la questione dell’Alto Adige non sarebbe mai nata?”. Ed anche alla presentazione del libro alla Fondazione Bruno Kessler, a Trento, ha affermato che l’attività dei democristiani trentini nella commissione dei 19 (per la definizione della seconda autonomia) dimostrerebbe il contrario. Tesi poco convincente. Certo che poi una commissione dei 19 bisognava farla, e con dentro anche la classe dirigente trentina. Ma prima ci sono volute le bombe. Diciamo pure che a Trento è mancato un regionalismo autonomistico.

Roberto Antolini

*robertoantolini1950@libero.it*

**Michael Gehler/Günther Pallaver (Hg.): Universität und Nationalismus. Innsbruck 1904 und der Sturm auf die italienische Rechtsfakultät, Trient: Museo Storico del Trentino, 2013**

**Peter Goller/Georg Tidl: „Jubel ohne Ende!“ Die Universität Innsbruck im März 1938, Wien: Löcker-Verlag, 2012**

**Österreichische HochschülerInnenschaft (Hg.): Österreichische Hochschulen im 20. Jahrhundert. Austrofaschismus, Nationalsozialismus und die Folgen, Wien: Facultas, 2013**

Bildungsgeschichte ist auch politische Geschichte, denn Wissen, so sagt man, ist Macht. Dass etablierte Macht die Verbreitung von Wissen aber nicht uneingeschränkt fördert, sondern zuweilen auch korrumpiert, fällt in der vereinfachten Logik unter den Tisch. Literaturinteressierte kennen die paradoxen Facetten der Wissen-Macht-Beziehung spätestens seit Umberto Ecos Bestsellerroman „Der Name der Rose“. Ausgewiesene WissenschaftlerInnen sprechen über Bildungsgeschichte hingegen bevorzugt im eingeschworenen Kreis, weil öffentliche Selbstreflexion mitunter Schatten auf die eigene Biografie wirft.

Drei jüngere Publikationen zur bedeutendsten Bildungseinrichtung des Tiroler Raums, der Universität Innsbruck, haben vor Kurzem Erkenntnisse zum sozialpolitischen Aspekt der Bildungsgeschichte aufbereitet. Im Gegensatz zu Ecos fiktiver Erzählung, die im Spätmittelalter angesiedelt ist, stehen hier reale Studenten und Professoren des ausgehenden 19. Jahrhunderts und der NS-Zeit im wissenschaftlichen Fokus. Zahlreiche bis dato unbekannte Quellen wurden in individueller Kleinarbeit zu kompakten Aufsätzen verarbeitet, sodass sie sich auch jenseits der jeweiligen Bände in ein schlüssiges Geschichtsbild einfügen. Es zeigt, wie ein Großteil



der Tiroler Geisteselite in jenen Jahren die Erarbeitung von Wissen zugunsten der Macht aufgab, um in einem menschenverachtenden Herrschaftsapparat weiterhin Karriere zu machen. Die enorme Fülle an Exempeln lässt gleichzeitig erkennen, wie weit die historischen Wurzeln dieser wissenschaftlichen Doppelmoral zurückreichen und dass mit den daraus erwachsenen Traditionen bis heute nur selten, oberflächlich und bestenfalls verspätet gebrochen wurde.

Zu einem dieser späten Brüche setzt die Publikation von Michael Gehler und Günther Pallaver an. Sie widmet sich den Ausschreitungen rund um die Eröffnung der italienischen Rechtsfakultät 1904, die als *fatti di Innsbruck* vor allem das kollektive Bewusstsein des Trentino geprägt haben. Der Sammelband entstand anlässlich des 100-jährigen Gedenkens an die Ereignisse; österreichische und italienische ForscherInnen diskutierten hierzu unter Schirmherrschaft der Landesmuseen von Trient und Innsbruck erstmals ihre jeweiligen Analysen zum Thema, die nun mit zeitlicher Verzögerung geschlossen in deutscher Übersetzung vorliegen.

Spannungsbogen und Zuschnitt des Faktenkorsetts werden über die beiden Symposiumsbeiträge der Herausgeber festgelegt. Gehler gibt einleitend einen Überblick zu den Eröffnungsfeierlichkeiten der Fakultät und den anschließenden Tumulten in der Innsbrucker Innenstadt, die mit einem Todesopfer, Inhaftierungen und der Verwüstung der Fakultätsräumlichkeiten endeten. Gleichzeitig wird das Ereignis in die politische Realität der ausgehenden Habsburgermonarchie eingeordnet, in der es lediglich als einer von mehreren Höhepunkten des aufkochenden Nationalitätenkonflikts erscheint. Pallaver streicht am Ende des Bands den sozialen Druck hervor, der durch die ungleich verteilten Bildungschancen auf den Italienern Österreichs lastete. An Gehlers Darstellung des *Fin de Siècle* schließt er Vergleiche mit der Regionalgeschichte des 20. Jahrhunderts an. Im Bildungsengpass der Südtiroler unter dem italienischen Faschismus spiegelt sich dabei die Wiederholung der Szenerie mit umgekehrten Vorzeichen. Erst für die 1990er-Jahre zeigen die Quellen zaghafte Ansätze universitärer Kooperation zwischen Innsbruck, Trient und Bozen.

Ergänzende Details werden über sechs weitere Beiträge und einen Zeitzeugenbericht zutage gefördert. Irmgard Plattner erbringt durch ihre Einbettung der Universität in den urbanen Kontext der Landeshauptstadt den Beweis, dass der Campus 1904 kein abgeschlossenes Geistesidyll war, sondern die eingelegte Lunte im nationalistisch angefüllten Pulverfass. Andreas Bösche und Eva Michaela Bauer beleuchten die Professoren- und Studentenschaft beider Lager und machen ebenso die stete Steigerung des Spannungspotentials unter allen Beteiligten sichtbar. Mit den Ausführungen von Vincenzo Calì, Graziano Riccadonna und Magda Perricelli weitet sich das Blickfeld auf die überregionale, italienische Öffentlichkeit. Dabei

zeigt sich vor allem, wie der lange Kampf um höhere Bildung dem Irredentismus in die Hände spielte, aber auch die Identität des Trentino prägte, dessen HochschulInnen erst 1962 eine eigene Universität erhielten.

Auch im Buch von Peter Goller und Georg Tidl wird einleitend eine Brücke zu den *fatti di Innsbruck* geschlagen. Anhand einer Vielzahl weiterer Fakten illustrieren die Autoren das stete Wirken von „Antisemitismus, Rassismus, bürgerliche[m] Irrationalismus“ und „rabiante[m] Antimodernismus“, die einer reibungslosen Machtübernahme der Nationalsozialisten bereits Jahrzehnte zuvor den Weg ebneten.

Herzstück des Buchs sind rund 40 Seiten an originalgetreu abgedruckten Berichten des Innsbrucker NS-Dozentenbunds. Sie kamen nach 1945 über Umwege in das Privatarchiv des ORF-Journalisten Georg Tidl. Entstanden waren sie 1938, wenige Wochen nach dem „Anschluss“, um Grundlagen für die geplante Säuberung der Universität Innsbruck zu liefern, die letztlich zur Enthebung mehrerer Professoren, zum Lehrverbot für Dozenten und zum Universitätsausschluss von Studierenden führte.

Die geschichtliche Rahmendarstellung zu den Dokumenten bündelt die Essenz der umfangreichen Vorarbeiten zum Thema, die seit den 1990er-Jahren von Peter Goller und Gerhard Oberkofler am Universitätsarchiv Innsbruck geleistet wurden. Aus diesem wissenschaftlichen Fundus konnte neben der zeitlichen Rückschau auch jene nationalsozialistische Universitätspolitik rekonstruiert werden, welche auf den März 1938 folgte und u. a. in der Schließung der theologischen Fakultät und der Förderung rassistischer wie kriegsorientierter Forschungsprojekte gipfelte.

Lexikalisch geordnete Kurzbiografien der über 160 genannten Universitätsangehörigen liefern in knapper Form sämtliche greifbaren Hintergrundinformationen und machen sie einer weiterführenden Bearbeitung zugänglich. Zwei Aufsätze im Anhang runden die Publikation ab, wobei speziell die dargestellte Korrespondenz zwischen dem Philosophen Oskar Becker und dem Sprachwissenschaftler Hermann Amann nochmals prägnant verdeutlicht, welche Hoffnungen von Professoren in den Nationalsozialismus gesetzt wurden und wie unterschiedlich die Entnazifizierung nach 1945 erlebt werden konnte.

Der einschlägigen Universitätsgeschichte widmete sich 2012/2013 auch ein bundesweites Forschungsprojekt der Österreichischen HochschülerInnenschaft, dessen Ansatz und Ergebnisse die enorme Verspätung der Aufarbeitung nochmals vor Augen führen. Über ein halbes Jahrhundert nach den Ereignissen liefert der rund 460 Seiten starke Band die erste österreichweite Zusammenschau zum Thema, und er markiert dabei auch methodisch einen radikalen Bruch mit letzten Resten überheblicher Wissenschaftstradition, denn es sind über 50 Studierende, die als „GeschichtsschreiberInnen von unten“ 29 Aufsätze firmieren.

Die Arbeiten zur Universität Innsbruck wurden im Rahmen eines Studienseminars vom Leiter des Instituts für Zeitgeschichte, Dirk Rupnow, betreut. Auf mehreren interuniversitären Treffen erhielt die Publikation schließlich ihren Feinschliff, den auch sechs Mosaikstücke zur Innsbrucker Universitätsgeschichte durchlaufen haben. Der Beitrag von Dorit Häfele-Senoner und Jeremy Lentner öffnet den Blick in die sperrigen Vorlesungsverzeichnisse von 1938–1946, wobei die ideologische Wandlung der Lehrinhalte zu Themen wie „Rassenhygiene“ und „Wehrpsychologie“ von beiden Autoren in eine anschauliche Form übertragen wurde. Katharina Santer widmet sich den Schicksalen der neun Promovierten, denen in Innsbruck der Dokortitel aus politischen Gründen aberkannt wurde. Dabei zeigt sich, wie formale Bildungsabschlüsse als politisches Druckmittel eingesetzt wurden und dass Wiedergutmachung des Unrechts in keinem der genannten Fälle bis dato erfolgt ist. Christian Lechner und Leonhard Baumgartl ergänzen jeweils einen Beitrag zum Innsbrucker „Institut für Erb- und Rassenbiologie“ bzw. der institutionalisierten „Volkskunde“ – zwei Fachbereiche, in denen sich der Nationalsozialismus auch in Tirol besonders entfalten konnte und in denen er nach 1945 in unterschiedlicher Intensität (nicht) aufgearbeitet wurde. Die schleichenden Kontinuitäten werden in Anlehnung an die Arbeit von Goller/Tidl auch in Markus Spricks Ausführungen zur Entnazifizierung von Hermann Amann sichtbar. Stefanie Gutschlhofer und Michael Kalb analysieren gegen Ende des Buchs öffentlich sichtbare Relikte der Erinnerungskultur am Universitätscampus und kommen wiederholt zum Schluss, dass eine kritische Auseinandersetzung mit akademischer NS-Vergangenheit in Innsbruck bis heute weitgehend ausgeblieben ist.

Wie selbstbewusst begegnet das Wissen der Macht in den drei Publikationen? Allen AutorInnen verleiht die zeitliche Distanz ein sattes Maß an Unabhängigkeit, die durchgängig genutzt wird, um heilsame Finger in brennende Wunden zu legen. Gehler und Pallaver spannen den Bogen dabei bis in die Gegenwart. Die uneingeschränkt positive Deutung der laufenden Europäisierung des Bildungswesens lässt allerdings die geistige Spannkraft vermissen, mit der die *fatti di Innsbruck* im selben Band seziert wurden. Die Arbeiten zur akademischen NS-Geschichte bleiben im engeren zeitlichen Rahmen und führen zu durchwegs unbequemen, aber erkenntnisreichen Einschätzungen. Bezeichnenderweise haben gerade die Studierenden am Faktengerüst Haltung bewahrt.

Joachim Gatterer

*joachim.gatterer@involved.it*

**9. AutorInnen**  
**Autori**

A series of horizontal dashed lines for writing.

**Elisabeth Alber**, wissenschaftliche Mitarbeiterin und Projektleiterin am EURAC-Institut für Föderalismus- und Regionalismusforschung. Unter anderem betreut sie das „EURAC Federal Scholar in Residence Programme“ und das Projekt „Politische Partizipation Junger Erwachsener in der Europaregion Tirol-Alto Adige/Südtirol-Trentino“. Ausgebildet in *Scienze Internazionali e Diplomatiche* an der Universität Turin sowie in *European Studies* an der Universität Turku arbeitet und forscht sie insbesondere in den Bereichen multiethnischer Föderalismus und Regionalismus, Minderheiten, Autonomien und partizipative Demokratieformen in Mehrebenensystemen.

*elisabeth.alber@eurac.edu*

**Marco Angelucci**, laureato in Scienze politiche a Bologna nel 2000, è giornalista professionista dal 2007, lavora al “Corriere dell’Alto Adige” come redattore per le pagine di Cronaca e politica. Corrispondente da Bolzano per “Radio popolare”.

*M.Angelucci@corrierealtoadige.it*

**Hermann Atz**, Sozialforscher, Studium der Politikwissenschaft und der Physik in Innsbruck und Wien, leitet seit 20 Jahren gemeinsam mit Helmuth Pörnbacher das Institut für Sozialforschung und Demoskopie „apollis“ in Bozen. Seit den 1980er-Jahren, als er noch im Landesinstitut für Statistik ASTAT tätig war, beschäftigt er sich mit Fragen des Zusammenlebens der Volksgruppen aus Sicht der Umfragenforschung und mit dem politischen System Südtirols.

*hermann.atz@apollis.it*

**Thomas Benedikter**, economist and social researcher in Bozen (South Tyrol, Italy, 1957), graduated in economics and political economy. In addition to many years of doing empirical social and economic research in South Tyrol, he worked together with EURAC in Bozen from 2003 to 2009 on an exchange programme for minority protection systems with South Asian partners. Today he is the director of South Tyrol’s Centre for Political Studies and Civic Education (POLITIS).

*thomas.benedikter@dnet.it*

**Marco Brunazzo** è coordinatore del Centro Jean Monnet e ricercatore di Scienza politica presso l'Università degli Studi di Trento, dove insegna Politica europea e Governo locale. Ha pubblicato diversi libri e articoli su riviste nazionali e internazionali su temi relativi all'integrazione europea, alla politica italiana e alla politica trentina. È anche editorialista del "Corriere del Trentino".

*marco.brunazzo@unitn.it*

**Isabella Cherubini**, 54 anni, tre figli, è caposervizio nella redazione di lingua italiana del telegiornale regionale della RAI. Da vent'anni abita a Bolzano, dove è arrivata proprio per lavoro. Prima ha fatto parte attiva del movimento femminista a Milano e ha lavorato, assunta o collaborando, con diverse testate, fra cui il "Quotidiano dei lavoratori", giornale legato ad una formazione di sinistra e, come responsabile, nella redazione giornalistica di una delle prime radio private milanesi "Radio Città".

*isabella.cherubini@rai.it*

**Ingo Dejaco**, Studium der Politikwissenschaft an der Universität Innsbruck (2002) und Master of Arts in Bildwissenschaft an der Donau-Universität Krems (2006). Seit 2005 selbstständig als Experte für Digitales Sammlungsmanagement und Konservierung audiovisueller Medien. Berufserfahrungen im Bereich der politischen Kommunikation. Langjähriges ehrenamtliches Engagement in der Jugendarbeit, seit 2010 politisches Mandat im Brixner Gemeinderat.

*ingo.dejaco@gmail.com*

**Andrea Felis** è nato a Bolzano nel 1961, laureato in Filosofia a Bologna e specializzato a Padova, ha conseguito un dottorato di ricerca presso l'Università di Trento. Docente di Storia e Filosofia nei licei dal 1986, ha pubblicato lavori sul pensiero di Arthur Schopenhauer e di Max Stirner, sul positivismo italiano ottocentesco, sul sionismo, sulla filosofia del corpo nel Rinascimento. Ispettore scolastico presso l'Intendenza scolastica di Bolzano, collabora anche con l'Università di Trento alla cattedra di Storia della filosofia dal Rinascimento all'Illuminismo.

*andrea.felis@gmail.com*

**Isabel Gallmetzer**, geboren 1988, lebt in Margreid und Salzburg. Studentin der Politikwissenschaften und Geschichte an der Paris Lodron Universität in Salzburg. Zusätzlich in Ausbildung zur Kulturmanagerin. Verschiedene Praktika und Arbeits-erfahrungen in der öffentlichen Verwaltung, in der Privatwirtschaft und am Institut für Föderalismus- und Regionalismusforschung an der EURAC. Derzeit Vizepräsi-dentin des deutschen Landesjugendbeirats, Gemeinderätin in Margreid.

*isabelgallmetzer@hotmail.it*

**Joachim Gatterer**, geboren 1980, Studium der Politikwissenschaft an den Uni-versitäten Innsbruck und Bologna. 2007/08 Lehrtätigkeit an der Fachoberschule für Soziales in Meran, anschließend Doktoratsstudium. Seit 2010 Forschungsstipendi-at am Institut für Geschichte und Europäische Ethnologie an der Universität Inns-bruck. Mehrere Veröffentlichungen zu Themen der politischen Zeitgeschichte Süd-tirols, Italiens und Österreichs.

*joachim.gatterer@involved.it*

**Gernot Gruber**, Jahrgang 1969. Studium der Politikwissenschaften, Medien-kunde und Zeitgeschichte an der Universität Innsbruck. 1996 Gründung gemein-sam mit Andreas Marmsoler und Günther Pallaver der Forschungsgruppe Media-watch zur professionellen Medienbeobachtung und Medienanalyse. Diverse Publikationen gemeinsam mit Günther Pallaver. Seit 2001 in verschiedenen Institu-ten und selbstständig in der strategischen Markt- und Meinungsforschung für Poli-tik und Unternehmen tätig.

*gernot.gruber@roiteam.com*

**Ferdinand Karlhofer**, a. o. Univ.-Prof. und Leiter des Instituts für Politikwis-senschaft an der Universität Innsbruck. Forschungsschwerpunkte: Österreichische Politik, Interessenverbände, Föderalismus. Zahlreiche Bücher und Fachbeiträge, zuletzt: „Austria’s International Position after the End of the Cold War“ (gemein-sam mit Günter Bischof), 2013; „Gemeindewahlen in Österreich im Bundesländer-vergleich“ (gemeinsam mit Günther Pallaver), 2013.

*ferdinand.karlhofer@uibk.ac.at*

**Greta Klotz** ist wissenschaftliche Mitarbeiterin am EURAC-Institut für Föderalismus- und Regionalismusforschung. Sie hat an der Universität Innsbruck Politikwissenschaften und Geschichte studiert und dort mit einer interdisziplinären Diplomarbeit zur Performanz von rechtspopulistischen Regierungsparteien in Europa ihren Magister abgeschlossen. An der EURAC ist sie Projektleiterin des internationalen Bildungsprogramms „Winter School on Federalism and Governance“ und arbeitet bei diversen Forschungsprojekten mit, unter anderem zur Südtiroler Autonomie.

*greta.klotz@eurac.edu*

**Ulrich Ladurner**, geboren 1983 in Meran, studierte Rechts- und Politikwissenschaften in Innsbruck, Padua und Mailand. Er arbeitete im Institut für Föderalismus- und Regionalismusforschung an der EURAC. Heute ist er beruflich in einer Rechtsanwaltskanzlei sowie als Biobauer und Gemeindereferent in Algund tätig.

*ulrichladurner@gmx.net*

**Günther Pallaver**, geboren in Bozen, ist Universitätsprofessor für Politikwissenschaft an der Universität Innsbruck. Studium der Rechtswissenschaften (Dr. jur.), Geschichte und Politikwissenschaft (Dr. phil.) an den Universitäten Innsbruck, Salzburg, Wien, Verona und London. 1991 Journalistenprüfung in Rom. Von 1987 bis 1994 Journalist bei der Tageszeitung „Alto Adige“ (Deutsches Blatt) und beim Südtiroler Wochenmagazin „ff“ in Bozen. Seit 1995 am Institut für Politikwissenschaft in Innsbruck. Gründer der Forschungsgruppe Mediawatch (Innsbruck/Wien). Mehrere Gastprofessuren. Präsident der Südtiroler Gesellschaft für Politikwissenschaft.

*guenther.pallaver@uibk.ac.at*

**Harald Prosch**, M.A., studierte von 2007 bis 2013 Politikwissenschaften und Geschichte an der Universität Wien. Seine Forschungsschwerpunkte sind Migration/Integration in Italien und Südtirol. Seine Masterarbeit verfasste er zum Thema „Die Position der Südtiroler Volkspartei (SVP) zur Integration ausländischer StaatsbürgerInnen“. Er absolvierte Praktika bei der youngCaritas Wien, der Organisation für eine solidarische Welt (oew) sowie bei den Medienhäusern „Format“ und „Dolomiten“. Zudem ist er als Trainer der youngCaritas Käfig League tätig, einem sport-integrativen Fußballprojekt in Wien.

*harald.prosch@gmx.net*



**Christoph Tauber**, geboren 1983. Studium der Politikwissenschaften und Erziehungswissenschaften an der Universität Innsbruck. Ausbildung zum akademischen Kommunikationsberater und theaterpädagogische Ausbildung in Innsbruck. Journalistische Tätigkeit in Tirol und Südtirol. Derzeit PhD-Studium der Politikwissenschaften in Innsbruck. Vorstandsmitglied des Club Alpbach Südtirol und des Westbahntheaters Innsbruck.

*christoph.tauber@uibk.ac.at*

**Claudius Wagemann** ist seit 2012 Professor für qualitative Methoden der Sozialwissenschaft an der Goethe-Universität Frankfurt. Zuvor war er am Europäischen Hochschulinstitut Florenz, dem Istituto italiano di scienze umane (SUM) Florenz sowie am Auslandsprogramm der New York University tätig. Neben seinen Publikationen zur CSU und zu anderen Fragen politischer Soziologie beschäftigt er sich hauptsächlich mit vergleichenden Fallstudienmethoden, wie zum Beispiel Qualitative Comparative Analysis (QCA) und Fuzzy Sets.

*wagemann@soz.uni-frankfurt.de*





STIFTUNG SÜDTIROLER SPARKASSE

---

FONDAZIONE CASSA DI RISPARMIO DI BOLZANO

1854

**Wir stiften Kultur**  
**Promuoviamo cultura**



# Politika 14

**Bestellen Sie ein Abonnement und Sie erhalten fundiertes Wissen über die politische Situation Südtirols:**

***Sottoscrivete un abbonamento per garantirvi un'informazione dettagliata e approfondita sulla situazione politica in Alto Adige:***

Neuabonnenten bekommen alle sechs Ausgaben von POLITIKA als PDF-Download gratis dazu!

Jahresabo (inkl. Porto und Verpackung): Euro 24,90

Mitglieder- und Studentenabo (inkl. Porto und Verpackung): Euro 19,90

*Per i nuovi abbonati, in omaggio tutti e sei i numeri di POLITIKA in versione PDF!*

*Abbonamento annuale (spedizione inclusa): 24,90 euro*

*Abbonamento soci e studenti (spedizione inclusa): 19,90 euro*

Die Lieferung der aktuellen Ausgabe erfolgt alljährlich zum Erscheinungstermin und wird parallel dazu in Rechnung gestellt. Das Abonnement verlängert sich um ein Jahr, wenn nicht 12 Wochen vor Jahresende eine schriftliche Kündigung erfolgt.

*La spedizione della nuova edizione avviene sempre al momento della pubblicazione e verrà debitamente fatturata. L'abbonamento si ritiene automaticamente rinnovato senza previa comunicazione scritta di risoluzione inviata entro 12 settimane dalla fine dell'anno.*

Fax Edition Raetia: 0039 0471 976 908

E-Mail Edition Raetia: [info@raetia.com](mailto:info@raetia.com)

Mehr Informationen unter: [www.politika.bz.it](http://www.politika.bz.it) und [www.raetia.com](http://www.raetia.com)

*Ulteriori informazioni presso: [www.politika.bz.it](http://www.politika.bz.it) e [www.raetia.com](http://www.raetia.com)*

**Das Abo und das Einzelheft erhalten Sie in jeder guten Buchhandlung!  
È possibile sottoscrivere l'abbonamento e acquistare i singoli numeri dell'annuario nelle migliori librerie.**

# Politika15

Informationen zur nächsten Ausgabe von Politika finden Sie auf der Seite der Südtiroler Gesellschaft für Politikwissenschaft: [www.politka.bz.it](http://www.politka.bz.it)

Per informazioni sulla prossima edizione di Politika vedi il sito della Società di Scienza Politica dell'Alto Adige: [www.politka.bz.it](http://www.politka.bz.it)

Nfurmazions sun la proscima edizion de Politika giapëis sota la plata dla Sozietà de scienza politica de Südtirol: [www.politika.bz.it](http://www.politika.bz.it)

Information on the next issue of Politika can be found on the website of the South Tyrolean Political Science Association: [www.politka.bz.it](http://www.politka.bz.it)



MITGLIEDER

MITGLIEDER

MITGLIEDER



## SÜDTIROLER GESELLSCHAFT FÜR POLITIKWISSENSCHAFT



Der Vorsitzende der Südtiroler Gesellschaft für Politikwissenschaft | Prof. Dr. Gerd Altmann, Präsident der Südtiroler Gesellschaft für Politikwissenschaft in Bozen, Südtirol

- Die Förderung der Politikwissenschaft und der Politikwissenschaftler in der Öffentlichkeit in Südtirol
- die wissenschaftliche Vernetzung in Südtirol in Kooperation mit der Universität Triest, der Universität Bozen, der Universität Innsbruck und der Universität Wien

## WAS GIBT ES NEUES?

### DEUTSCHE EROFFNUNG

Tagung und Workshop der  
Europäischen Parlamentarier  
Freitag, 9. Mai 2014, 10:00 Uhr, Bozen, Südtirol  
Tagungsort  
Europäisches Parlament  
10000 Bozen, Südtirol

Prof. Dr. Politikwissenschaftler Dr. Gerd Altmann

### LEHRSTUHLANFANG

Alte Nationalität, Südtirol, Bozen  
Freitag, 10. Mai 2014, 10:00 Uhr

